

# Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

1977 · Teil III

AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR  
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

# Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

## *Unter beratender Mitarbeit von*

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (Großbritannien), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (VR Polen),  
H. Mottek (DDR), S. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR), S. I. Tjulpanow (UdSSR)

## *Auslandskorrespondenten*

Emil Niederhauser (UVR), S. Sak (UdSSR), Ju. A. Tichonow (UdSSR), Jerzy Tomaszewski (VR Polen)

## *Redaktionskollegium*

Jan Peters (Chefredakteur), Traute Scholz (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Renate Günther,  
Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar, Hansgünter Meyer, Hans-Heinrich  
Müller, Helga Nussbaum, Hans Radandt, Karl Reißig, Waldtraud Schmidt, Alfred Schröter, Rolf Sonnemann

## *Arbeitsgruppe Literaturkritik*

Hans-Heinrich Müller (Leiter), Gisela Buchheim, Siegfried Epperlein, Hildegard Hoffmann, Parviz Khalat-  
bari, Hermann Lehmann, Peter Musiolek, Manfred Nussbaum, Jörg Roesler, Heinzpeter Thümmeler

*Redaktionssekretär:* Ingrid Thümmeler

1977 · TEIL III

# Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1977

Redaktionsschluß: 15. 9. 1976

Anschrift der Redaktion:

108 Berlin, Zimmerstr. 94

Erschienen im Akademie-Verlag, 108 Berlin, Leipziger Straße 3—4

© Akademie-Verlag Berlin 1977

Lizenznummer: 202 · 100/129/77

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 582 Bad Langensalza/DDR

Bestellnummer: 753 281 3 (2103/77/3) · LSV 0305

Einzelpreis des Bandes 18,— M

Abonnementpreis des Jahrganges 72,— M (4 Bände)

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Zum 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

Monika Schulze	Die Lage der Arbeiter und der Klassenkampf in kapitalistischen Betrieben der Sowjetunion in der Periode der Neuen Ökonomischen Politik	CC95 954 9
Hartmut Mehls	Der Erfahrungsaustausch des VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg mit sowjetischen Partnerbetrieben 1956 bis 1960	BL4 31
Jürgen Kuczynski	Die allgemeine Krise des Kapitalismus und die Oktoberrevolution	A74 43
Werner Pade	Die Handelsbeziehungen des deutschen Imperialismus zu Argentinien (1918 bis 1933)	BA 47
Günther Meyer	Deutsches Kapital in Niederländisch-Indien vor dem ersten imperialistischen Weltkrieg	BA 67
Horst Handke	Untersuchungen August Bebels zur Lage der arbeitenden Klasse (achtziger und Anfang der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts)	BA 87
Fritz Staude	Clara Zetkins Positionen zur Rolle der Frauenberufsarbeit	BA 109
Hartmut Harnisch	Die agrarpolitischen Reformmaßnahmen der preußischen Staatsführung in dem Jahrzehnt vor 1806/07	BA 129
M. A. Dandamaev	Zur Sklaverei im Neubabylonischen Reich Gimillu, ein Tempelsklave von Eanna in Uruk (6. Jahrhundert v. u. Z.)	X 92 155
Hagen Fischer	Zu den Beziehungen zwischen dem Römischen Reich und den Völkern des Steppengürtels nördlich vom Schwarzen Meer	169

## LITERATURKRITIK

Hans-Heinrich Müller	Wirtschaftsgeschichte und Kunst	185
Jürgen Kuczynski	Eine wertvolle Arbeit - leider mit einem Zuschuß von Philosophie	199
Hermann Lehmann	Zur Betrachtung der Klassenstruktur in der klassischen politischen Ökonomie des Bürgertums	203

## FORSCHUNGSBERICHTE

CC 691 621	Siegfried Epperlein	Zur Rolle der Kaufleute und des Handels in der mittelalterlichen russischen Stadt. Forschungsergebnisse und Probleme zur Geschichte der russischen Stadt vom 10. bis 15. Jahrhundert (II)	221
---------------	---------------------	---	-----

## BETRIEBSGESCHICHTE

Renate Günther	Das Bild in der Betriebsgeschichte (Tagung vom 11. bis 13. November 1976 in Berlin)	237
----------------	---	-----

## TAGUNGEN UND KONFERENZEN

Wilfried Strenz	Historische Geographie auf dem XXIII. Internationalen Geographen - Kongreß (28. Juli bis 3. August 1976 in Moskau)	247
Sigrid Dillwitz †	Bauernwirtschaft und Gutsbetrieb während des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus (15. bis 17. September 1976 in Rostock)	251
Wolfram Brandes/ Marlene Njammasch	Die Herausbildung des Feudalismus in Byzanz (15. bis 18. Dezember 1976 in Schwerin)	257

## BIBLIOGRAPHIE

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (Renate Günther)	263
Mitteilung über die Verleihung des "René-Kuczynski-Preises" 1976	285
Autorenverzeichnis	287
Содержание, Contens, Contenu, Sumario	289

*Abhandlungen,  
Studien, Miscellen*

## DIE LAGE DER ARBEITER UND DER KLASSENKAMPF IN KAPITALISTISCHEN BETRIEBEN DER SOWJETUNION IN DER PERIODE DER NEUEN ÖKONOMISCHEN POLITIK

von Monika Schulze

1. Der Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik
2. Der Staatskapitalismus und die private Industrie
3. Die Lage der Arbeiter
4. Maßnahmen zur Einschränkung der Ausbeutung
5. Die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiter

Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus ist durch die Vielgestaltigkeit ihrer Ökonomik gekennzeichnet. Neben dem sozialistischen Sektor der Volkswirtschaft bestehen noch kapitalistische und kleine Warenproduktion. Ausgehend von der Lage der Arbeiter in Betrieben des kapitalistischen Sektors der Volkswirtschaft in der Sowjetunion während der Übergangsperiode soll die vorliegende Arbeit zeigen, wie die kommunistische Partei und die Sowjetgewerkschaften trotz vieler anderer komplizierter Aufgaben die Klasseninteressen der Ausbeuteten verteidigten, deren Klassenbewußtsein entwickelten und sie dazu befähigten, ihre Interessen selbst zu verteidigen. Es soll deutlich werden, welche Rolle die Gewerkschaften als Verbindungsglied zwischen Partei und Masse spielten und wie der Klassenkampf dieses Teils der sowjetischen Arbeiterklasse gegen die Ausbeuter half, letztlich die Ausbeutung überhaupt zu liquidieren und sozialistische Produktionsverhältnisse zu errichten.

Das umfangreiche Material ermöglicht es, ein umfassendes Bild über Lage und Klassenkampf der Arbeiter kapitalistischer Betriebe zu geben. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß es sich hierbei um den kleinsten Teil der Arbeiterklasse in der Sowjetunion handelte, daß für über 95 Prozent der sowjetischen Arbeiterklasse die Ausbeutung bereits seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution abgeschafft war. Im Mittelpunkt der Übergangsperiode in der Sowjetunion stand gesetzmäßig die Entwicklung des sozialistischen Sektors der Volkswirtschaft, die Entwicklung der führenden Rolle der sowjetischen Arbeiterklasse beim sozialistischen Aufbau.



## 1. Der Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik

Mit dem siegreichen Abschluß des Bürgerkrieges und der Zerschlagung der ausländischen militärischen Intervention standen vor der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) und vor dem Sowjetvolk neue wichtige Aufgaben.

In den Jahren des Bürgerkrieges und der ausländischen militärischen Intervention hatte sich das politische Kräfteverhältnis grundlegend zugunsten des Sozialismus verändert, die Rolle der KPR (B) als Führer und Organisator der werktätigen Massen war entscheidend gewachsen. Die ökonomische Lage jedoch war außerordentlich schwer. Auf keinem Gebiet der Industrie und der Landwirtschaft war auch nur annähernd der Vorkriegsstand erhalten geblieben. Das Nationaleinkommen betrug im Jahre 1920 4 Milliarden Rubel gegenüber 11 Milliarden im Jahre 1917. Die wirtschaftliche Lage Sowjetrußlands wird auch durch folgende Angaben charakterisiert: Die Eisenerzgewinnung, die 580 Millionen Pud im Jahre 1913 ausgemacht hatte, betrug 1920 noch 8 Millionen Pud. Für die Stahlerzeugung lauten die entsprechenden Zahlen 4 216 000 Tonnen und 168 000 Tonnen. Die Roheisenproduktion betrug 1920 noch 2,4 Prozent des Vorkriegsstandes, die Produktion der Baumwollindustrie noch 4 Prozent. Vor dem Krieg hatte das zaristische Rußland einen Anteil von 2,6 Prozent an der Weltindustrieproduktion, 1921 umfaßte der Anteil des Sowjetstaates nur noch 0,5 Prozent.

Katastrophal war auch die Lage im Transportwesen. Fast 75 000 Kilometer Eisenbahnstrecken und 4 500 Eisenbahnbrücken waren zerstört. Das führte zur Störung der Wirtschaftsverbindungen sowohl zwischen einzelnen Gebieten des Landes als auch zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Stadt und Dorf.

In den Jahren 1915 bis 1921 wurden im Werte von 97,9 Millionen Rubel landwirtschaftliche Maschinen und anderes landwirtschaftliches Inventar produziert. Das entsprach knapp der Menge eines Vorkriegsjahres. Ein Drittel aller bäuerlichen Wirtschaften besaß nicht einmal Pflüge. Aussaatfläche und Ertrag hatten sich wesentlich verringert. Hatte die Aussaatfläche 1913 noch 105 Millionen Hektar betragen, so waren es 1920 nur noch 97,3 Millionen Hektar. Der Ertrag ging von 50,3 Pud pro Desjatine im Jahre 1913 auf 35,8 Pud pro Desjatine im Jahre 1920 zurück.<sup>1</sup>

Zudem forderten Bürgerkrieg und ausländische militärische Intervention die Mobilisierung aller materiellen und menschlichen Reserven, die Einstellung des gesamten wirtschaftlichen Lebens auf die Verteidigung der Revolution.

Der Bourgeoisie wurde während des Bürgerkrieges jeder Einfluß auf die Wirtschaft entzogen. Die Arbeiterklasse hatte die gesamte Leitung der Industrie und des Transports mit der Nationalisierung aller Großbetriebe des Bergbaus, der metallurgischen und Metallindustrie, der Textilindustrie und Elektrotechnik bereits bis Mitte 1918 übernommen. Unter den gegebenen Bedingungen war eine solche Zentralisierung der Leitung aller wirtschaftlichen Prozesse die einzige Möglichkeit, die knappen Mittel in einer Hand zu konzentrieren und in erster Linie für die Front zu nutzen.

Solche Maßnahmen wie das völlige Verbot des Privathandels, unentgeltliche Ernährung an den Arbeitsplätzen, Lohn in Naturalform, unentgeltliche Kommunal-

<sup>1</sup> Die Zahlenangaben sind entnommen Katorgin, I. I., Istoričeskij opyt KPSS po osuščestvleniju novoj èkonomičeskoj politiki 1921 - 1925 gg., Moskau 1971, S. 21 ff.

und Dienstleistungen bedeuteten dem Wesen nach eine fast völlige Abschaffung der Warenproduktion und des Geldsystems und hätten unter friedlichen Bedingungen keine reale ökonomische Basis gehabt. Eben deshalb konnte die Politik des "Kriegskommunismus" nach Beendigung des Bürgerkrieges nicht mehr den wirtschaftlichen Aufgaben der sozialistischen Revolution entsprechen. Sie war nur als eine zeitweilige Politik möglich und notwendig gewesen.

Das Klassenwesen des Kriegskommunismus bestand im militärischen Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft für den Kampf gegen Weißgardisten und Interventionen. Das Bündnis basierte zunächst nur auf der Übergabe des Bodens durch die Arbeiterklasse an die Bauern im Ergebnis der Revolution und der Lieferung von Getreide und anderen Agrarprodukten an den Sowjetstaat, insbesondere für die Rote Armee und die Verteidigungsindustrie.

Für die Verwirklichung der Aufgaben des friedlichen sozialistischen Aufbaus, für die Wiederherstellung und Entwicklung der Produktivkräfte war die ökonomische Politik des "Kriegskommunismus" ungeeignet. Die Ablieferungspflicht ließ den Bauern keine Möglichkeit, über die Produkte ihrer Arbeit frei zu verfügen; damit verloren sie jedes Interesse an der Entwicklung ihrer Wirtschaft. Da in Rußland die bäuerliche kleine Warenproduktion überwog (84, 5 Prozent der Bevölkerung lebten 1920 auf dem Lande), war die "Ersetzung der Ablieferungspflicht durch eine Steuer ... vor allem und am meisten eine politische Frage, denn der Kernpunkt dieser Frage besteht in dem Verhältnis der Arbeiterklasse zur Bauernschaft".<sup>2</sup> Lenin wies darauf hin, "daß nur eine Verständigung mit der Bauernschaft die sozialistische Revolution in Rußland retten kann, solange die Revolution in anderen Ländern nicht eingetreten ist".<sup>3</sup>

Bei dieser Schlußfolgerung berücksichtigte Lenin auch die Veränderungen, die sich in den Jahren nach der Oktoberrevolution in der Klassenstruktur des Landes vollzogen hatten. Die Ausbeuterklassen waren enteignet worden, 1, 5 bis 2 Millionen Gutsbesitzer und Kapitalisten waren mit ihren Familien ins Ausland gegangen, jedoch existierten im Land noch Angehörige dieser Klassen.

Die Arbeiterklasse, das heißt die Zahl der Arbeiter in der Großproduktion, hatte sich gegenüber dem Vorkriegsstand bedeutend verringert. Viele Arbeiter waren im Krieg gefallen, ein Teil war nach dem Krieg im Dienst der Roten Armee verblieben, viele fortschrittliche Arbeiter hatten Partei- und Staatsfunktionen übernommen. Groß war auch die Anzahl der Arbeiter, die vor allem aufgrund der schlechten Ernährungslage ins Dorf abgewandert waren.

Hatte die Anzahl der Arbeiter in der Großindustrie 2 430 000 im Jahre 1917 betragen, so waren es 1920 noch 1 190 000, davon arbeiteten in Petrograd 384 000 im Jahre 1916 und 88 000 im Jahre 1920, in Moskau 148 000 im Jahre 1914 und 87 000 im Jahre 1920.<sup>4</sup>

Auf dem Lande hatten sich große Veränderungen vollzogen. Nach der Verwirklichung des Dekrets über den Boden waren nur noch 5 Prozent der Bauernstellen Kulakenwirtschaften. Die armen Bauern, die 1913 noch 65 Prozent der Dorfbewölkerung ausgemacht hatten, hatten sich schnell zu Mittelbauern entwickelt. Zur

<sup>2</sup> Lenin, W. I., X. Parteitag der KPR (B), 8. - 16. März 1921. Referat über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer, in: Werke, Bd. 32, Berlin 1961, S. 216.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 217.

<sup>4</sup> Zahlenangaben nach Katorgin, I. I., a. a. O., S. 24.

Dorffarmut zählten 1921 nur noch 30 Prozent der Dorfbewölkerung, während die mittelbäuerlichen Wirtschaften von 25 Prozent im Jahre 1913 auf 65 Prozent im Jahre 1921 angewachsen waren.<sup>5</sup> Damit wurde der Mittelbauer zum entscheidenden Faktor im Dorf.

Lenin hatte sich bereits 1918 im Zusammenhang mit seiner Arbeit "Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" mit der Problematik der Ablösung des "Kriegskommunismus" beschäftigt. Es gibt in der sowjetischen Literatur zu diesem Thema Hinweise darauf, daß bestimmte Gedanken Lenins zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) bereits in der Periode der friedlichen Atempause 1918 verwirklicht wurden.<sup>6</sup>

Der historische Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik wurde durch die Beschlüsse des X. Parteitagés der KPR (B) (8. bis 16. März 1921) vollzogen.

In der Auseinandersetzung mit Trotzki, Bucharin und der "Arbeiteropposition" zerschlugen Lenin und die Bolschewiki die Hoffnungen des Imperialismus auf eine Wiederbelebung des Kapitalismus in Rußland und machten immer wieder deutlich, daß sich auch nach dem Übergang zur NÖP die strategische Grundaufgabe der ökonomischen Politik der Diktatur des Proletariats nicht geändert hatte. Sie bestand nach wie vor in der Überwindung der verschiedenen Wirtschaftsformen, der Liquidierung der Ausbeuterklassen, in der Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und im Aufbau der sozialistischen Gesellschaft.

Die sozialistische Industrialisierung des Landes war nach Wiederherstellung der durch Bürgerkrieg und Intervention zerstörten Wirtschaft das Hauptziel der ökonomischen Entwicklung. In Überwindung des "Kriegskommunismus" wurden neue Formen und Methoden gefunden, die den Bedingungen des beginnenden friedlichen Aufbaus und den konkret-historischen Gegebenheiten entsprachen.

Die Neue Ökonomische Politikdiente also in erster Linie der Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, der Stärkung der Diktatur des Proletariats und der Entwicklung des Landes in Richtung zum Sozialismus. Der Kapitalismus wurde in bestimmten Grenzen zugelassen, um seine Potenzen für die Wiederherstellung der Volkswirtschaft und für die Entwicklung der Produktivkräfte auszunutzen; die Kommandohöhen der Volkswirtschaft befanden sich dabei ständig in den Händen des proletarischen Staates.

Insgesamt war die NÖP auf den Sieg der sozialistischen Elemente über die kapitalistischen, auf den Aufbau des Sozialismus gerichtet. Dabei konnte die Wiederherstellung und Weiterentwicklung der Volkswirtschaft unter den konkreten Bedingungen Sowjetrußlands nur auf dem Weg erfolgen, den Lenin in seiner Arbeit "Über die Naturalsteuer" begründet hat: Zunächst die Landwirtschaft und die Kleinindustrie beleben, auf dieser Grundlage die Großindustrie wiederherstellen und danach die materiell-technische Basis des Sozialismus schaffen.<sup>7</sup>

5 Ebenda, S. 25.

6 Vgl. Savickaja, R. M., V. I. Lenin i ispol' zovanie gosudarstvennogo kapitalizma v period mirnoj perydyški 1918 g., in: Voprosy istorii KPSS, Nr. 3/1967.

7 Vgl. Lenin, W. I., Über die Naturalsteuer (Die Bedeutung der neuen Politik und ihre Bedingungen, in: Werke, Bd. 32, a. a. O., S. 356, 379.

## 2. Der Staatskapitalismus und die private Industrie

Zur Wiederherstellung der Volkswirtschaft war es notwendig, bestimmte kapitalistische Wirtschafts- und Eigentumsformen bestehenzulassen bzw. neu zuzulassen. Lenin hat vielfach darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, die Erfahrungen des Kapitalismus, die von ihm geschaffenen Formen der Produktionsorganisation und seine Spezialisten durch den proletarischen Staat zu nutzen, die NÖP ging von folgender Leninscher These aus: Da der Kapitalismus "in gewissem Maße unvermeidlich ist als elementar entstehendes Produkt der Kleinproduktion und des Austausch"<sup>8</sup>, muß die Diktatur des Proletariats ihn in die Bahn des Staatskapitalismus lenken. Der Staatskapitalismus wurde von der Partei als untergeordnete Wirtschaftsform der Übergangsperiode betrachtet, in der die führende Rolle der sozialistischen Eigentumsformen vorhanden ist, die die Großindustrie, den Transport, den Boden und die Banken umfassen.

Lenin war der Meinung, daß man den Staatskapitalismus im Interesse des Aufbaus des Sozialismus als Hilfsmittel ausnutzen kann, um die Entwicklung der Produktivkräfte zu beschleunigen, die Warenproduktion schneller zu erhöhen und die ausländische Technik für die Wiederherstellung und Entwicklung der eigenen Industrie anzuwenden.

Die Formen des Staatskapitalismus in der sowjetischen Übergangsökonomie waren mannigfaltig. Kuperman teilt in seinem 1929 erschienenen Buch "Die sozialökonomischen Formen in der Industrie der UdSSR" die gesamte Industrie zunächst in Großindustrie und Klein- und Handwerksindustrie ein. Dabei faßt er unter Großindustrie alle Betriebe mit mehr als 30 Beschäftigten, bei Vorhandensein mechanisch betriebener Maschinen bereits ab 16 Beschäftigte. Diese Betriebe unterteilt er in staatliche, genossenschaftliche und private.<sup>9</sup>

Im privaten Sektor existierten Konzessions-, Pacht- und reine Privatbetriebe (diese allerdings vornehmlich als Kleinbetriebe). Der nach der Nationalisierung noch bestehende kapitalistische Sektor brachte 1920 noch eine Produktion von 56 Millionen Rubel, das waren knapp 10 Prozent der gesamten Industrieproduktion.

Folgende Zahlen zeigen den Platz dieser Betriebe in der sowjetischen Volkswirtschaft in den Jahren 1923/24. (Siehe Tabelle 1 auf der nächsten Seite.)

Diese Zahlen machen deutlich, daß zwar noch 25,4 Prozent aller Betriebe kapitalistisches Eigentum waren, daß aber in diesen Betrieben nur 2,7 Prozent der sowjetischen Produktionsarbeiter beschäftigt waren. Der Anteil dieser Betriebe an der Bruttoproduktion der gesamten Volkswirtschaft war mit 4,4 Prozent von geringer Bedeutung. Dazu kommt noch, daß die durchschnittliche Beschäftigtenzahl in den kapitalistischen Betrieben sehr niedrig war, sie lag bei 22 Arbeitern gegenüber 257 in den sozialistischen Betrieben.

Im Jahre 1926 entfielen mehr als zwei Drittel des kapitalistischen Sektors der Industrie auf Pacht- und Konzessionsbetriebe<sup>10</sup>, waren also zum staatskapitalistischen Sektor zu rechnen. Diese beschäftigten drei Viertel der Arbeiter des kapitalistischen Sektors und brachten etwa vier Fünftel seiner Produktion, Reine Privatbetriebe hatten demnach keine große Bedeutung.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 364.

<sup>9</sup> Vgl. Kuperman, O., Social'no-ekonomičeskie formy promyšlennosti SSSR, Moskau/Leningrad 1929, S. 7, 11.

<sup>10</sup> Alle Zahlenangaben nach Statističeskij spravočnik SSSR 1927 g., Moskau 1928.

Tabelle 1

Anteil des kapitalistischen Sektors an der Volkswirtschaft der UdSSR 1923/24<sup>+</sup>

Industriezweig	Betriebe			Anteil der		Bruttoproduktion	
	Anzahl der soz. kap.	Kap. Betr. in %		Arbeiter in soz. Betr. in %	kap. Betr. in %	in soz. Betr. in %	kap. Betr. in %
Gesamte Volkswirtschaft	7 613	1 930	25,4	97,3	2,7	95,6	4,4
Bergbau	517	27	5,2	99,4	0,6	99,8	0,2
Metallindustrie	457	52	11,4	94,9	5,1	94,6	5,4
Nahrungsmittelindustrie	2 035	1 024	50,3	88,4	11,6	88,5	11,5
Bekleidungsindustrie	233	58	24,9	95,0	5,0	96,2	3,8

+ Nach Statističeskij spravočnik SSSR 1927 g., Moskau 1928.

Der Sowjetstaat vergab an ausländische Unternehmer 7 Konzessionen im Bergbau mit 7 858 Beschäftigten, 4 in der Metallurgie mit 1 523 Beschäftigten und 5 im Maschinenbau mit 665 Beschäftigten.<sup>11</sup>

Ein bedeutender Teil kapitalistischer Industriebetriebe konzentrierte sich in Moskau und Leningrad. Dort befanden sich 14 Prozent aller Privatbetriebe, die 35 Prozent aller in der Privatindustrie Arbeitenden beschäftigten. In Moskau existierten einige relativ große kapitalistische Betriebe mit jeweils über hundert Arbeitern, zum Beispiel die einer Handels- und Industrie-Gesellschaft gehörende Bierbrauerei mit 310 Beschäftigten, die Tabakfabrik "Maikonar" mit 240, die Appreturfabrik Karjakin mit 167 und die Wurstfabrik der Brüder Kulakow mit 105 Beschäftigten.

In Leningrad wurden 113 kapitalistische Industriebetriebe gezählt, sieben davon mit 300 und mehr Beschäftigten. Der größte kapitalistische Betrieb Leningrads war der Pachtbetrieb "Novaja Bavarija" mit 370 Arbeitern.

Trotzdem war der Anteil des Privatkapitals in der Industrie gering; 1924 betrug seine Grundfonds 33 Millionen Rubel von 4,7 Milliarden wertmäßiger Fonds in der Gesamtindustrie. Hauptobjekt der Kapitalanlage des Privatkapitals war die Klein- und Handwerksproduktion. So machte 1924 der Anteil des Privatkapitals am Gesamtwert dieses Bereichs 544 von 644 Millionen Rubel, also 84 Prozent, aus.<sup>12</sup>

Nicht ohne Bedeutung für die Periode der NÖP waren auch die sogenannten Konzessionsbetriebe. Konzessionsverträge - vergleichbar den Pachtverträgen mit inländischen Privatunternehmern - schloß der Sowjetstaat mit ausländischen Kapitalisten oder Kapitalgesellschaften ab. Der Anteil der Konzessionsindustrie wuchs in den Jahren von 1924 bis 1927 von 5,6 auf 18,5 Prozent. Dabei erreich-

<sup>11</sup> Ebenda.<sup>12</sup> Zahlenangaben nach Trifonov, I. Ja., Klassy i klassovaja boľba v načale něpa, Leningrad 1969, S. 51 ff.

te die Produktion der Konzessionsbetriebe fast 50 Millionen Rubel. Die Mehrzahl der Konzessionen konzentrierte sich auf Moskau (15) und Leningrad (4), Bergbaukonzessionen existierten im Fernen Osten und im Kaukasus. Die nationale Zusammensetzung der Konzessionäre ergab folgendes Bild: unter anderen zehn englische, acht deutsche, sechs amerikanische und fünf japanische Konzessionen, wobei sich die englischen Konzessionäre vor allem der Holzgewinnung, die deutschen der Metallindustrie, die amerikanischen und japanischen dem Bergbau widmeten. Die Zahlungen der Konzessionäre an den Sowjetstaat wuchsen von 1924 bis 1927 von 6,8 Millionen auf etwa 16 Millionen Rubel.<sup>13</sup>

Das Wesen der Konzessionen und ihre Rolle im Wirtschaftssystem der UdSSR legte Lenin folgendermaßen dar: "Die sozialistische Staatsmacht überläßt dem Kapitalisten die ihr gehörenden Produktionsmittel: Betriebe, Materialien, Bergwerke; der Kapitalist arbeitet als Kontrahent, als Pächter mit den sozialistischen Produktionsmitteln und zieht aus seinem Kapital Profit, während er dem sozialistischen Staat einen Teil der Erzeugnisse überläßt ... Und so ergibt sich der Staatskapitalismus. Ist er gefährlich für uns? Nein, denn wir werden bestimmen, in welchem Maße wir Konzessionen erteilen ... Gewiß, es wäre völlig widersinnig, wenn die Sowjetregierung den größeren Teil dessen, was ihr gehört, als Konzessionen vergäbe; dann wären das keine Konzessionen, sondern es wäre eine Rückkehr zum Kapitalismus. Die Konzessionen brauchen uns nicht zu schrecken, solange wir sämtliche Staatsbetriebe in Händen halten und genau und streng erwägen, welche Konzessionen wir erteilen können, unter welchen Bedingungen und in welchem Umfang. Der Kapitalismus, der solcherart heranwächst, steht unter Kontrolle, unter Überwachung, die Staatsmacht aber bleibt in den Händen der Arbeiterklasse und des Arbeiterstaates."<sup>14</sup>

Wenngleich der Staatskapitalismus aus verschiedenen, vor allem aus politischen Gründen in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Sowjetunion keine breite Anwendung fand, so muß doch eingeschätzt werden, daß er als eine Form der Übergangsökonomik, als ein Sektor in der Mehrsektorenwirtschaft der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus von großer Bedeutung war. Er diente der Wiederherstellung und Weiterentwicklung der Produktivkräfte. Ihre praktische Verwirklichung fanden die Leninschen Gedanken zum Staatskapitalismus auch unter anderen konkret-historischen Bedingungen in einigen volksdemokratischen Ländern während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, besonders in der DDR in Form der Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit der Mittel- und Kleinbourgeoisie im Interesse des Aufbaus des Sozialismus. Damit ist gleichzeitig durch die Praxis bewiesen, daß die Leninsche Theorie vom Staatskapitalismus sowohl auf industriell schwach- wie auf industriell hochentwickelte Staaten, die den Weg des sozialistischen Aufbaus beschreiten, anwendbar ist.

13 Častnyj kapital v narodnom chozjajstve SSSR, Moskau/Leningrad 1927, S. 278 - 283.

14 Lenin, W. I., Referat über die Naturalsteuer in der Versammlung der Sekretäre und verantwortlichen Vertreter der Zellen der KPR (B) der Stadt und des Gouvernements Moskau, 9. April 1921, in: Werke, Bd. 32, a. a. O., S. 306 - 308.

### 3. Die Lage der Arbeiter

Lenin hat immer wieder darauf hingewiesen, daß die NÖP kein friedlicher Wettbewerb sei, sondern unerbittlicher Kampf um die Lösung der Frage "Wer wen?" zwischen dem wachsenden, aber noch schwachen Sozialismus und dem gestürzten jedoch noch nicht zerschlagenen und um seine Wiedergeburt bemühten Kapitalismus. Wichtigste Bedingung für den Sieg der Arbeiterklasse in diesem Kampf war und ist ihr festes Bündnis mit den werktätigen Bauern bei führender Rolle der Arbeiterklasse.

Ein kleiner Teil der sowjetischen Arbeiterklasse (1923 waren es 2,7 Prozent) befand sich jedoch in Betrieben des kapitalistischen Sektors, war damit der kapitalistischen Ausbeutung ausgesetzt und unmittelbar dem Einfluß der Bourgeoisie unterworfen. Dazu kam die immer noch große Arbeitslosigkeit. 1925/26 gab es in der Sowjetunion etwa eine Million Arbeitslose; reichlich die Hälfte davon waren ungelernete Arbeiter, die um den Preis einer Anstellung auch die schärfste Ausbeutung in kapitalistischen Betrieben auf sich nahmen.

Partei, Sowjetstaat und Gewerkschaften sahen deshalb auch eine wichtige politische Aufgabe in der Verteidigung der Interessen dieses Teils der Arbeiterklasse, um sie vor grober Ausbeutung zu schützen, sie dem Einfluß der Bourgeoisie zu entziehen und die Einheit der Arbeiterklasse des ganzen Landes zu festigen. Die Notwendigkeit dieser Aufgabe war vom XI. Parteitag der KPR (B) begründet worden: "Die in Privatbetrieben beschäftigten Arbeiter stehen unter den Bedingungen des unmittelbaren Klassenkampfes mit den Unternehmern."<sup>15</sup>

Die in- und ausländischen kapitalistischen Unternehmer, die Pacht- und Konzessionsverträge mit dem Sowjetstaat abgeschlossen hatten, und die kleinen kapitalistischen Privatunternehmer kannten nur ein Ziel, die Erringung höchsten Profits in möglichst kurzer Zeit.

Tabelle 2

Die Jahresprofitrate einiger Konzessionsbetriebe um 1927/28<sup>+</sup>

Konzession	Land	Produkt	Beschäftigte	Profit in Rubel
Berger & Wirth	Deutschland	Druckfarben	150	170 000
Simp	Frankreich	Filme	510	580 000
Zellugal	Deutschland	Zelluloidwaren	353	957 000
Tiefenbacher	Österreich	Knöpfe	828	1 126 000
Hammer	USA	Bleistifte u. ä.	540	980 000

+ Vgl. Brin, I. D., Gosudarstvennyj kapitalizm v SSSR v perechodnyj period ot kapitalizma k socializmu, Irkutsk 1959, S. 118 f.

Die Konzession "Lena-Goldfields Ltd." erzielte in vier Jahren einen Profit von 8 Millionen Rubel, davon wurden 6,6 Millionen ins Ausland transferiert und nur 1,4 Millionen Rubel als Investitionen in der Konzession eingesetzt.<sup>16</sup>

<sup>15</sup> KPSS v rezolucijach i rešenijach s-ezdov, konferencij i plenumov CK, T. 1, Moskau 1954, S. 625.

<sup>16</sup> Brin, I. D., Gosudarstvennyj kapitalizm v SSSR v perechodnyj period ot kapitalizma k socializmu, Irkutsk 1959, S. 95.

Das zeigt deutlich, daß die kapitalistischen Unternehmer nicht daran interessiert waren, die Grundmittel und Ausrüstungen der Betriebe zu erhalten oder gar zu erweitern, Ebensovienig scheuten sie vor schärfsten Formen der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft zurück. Auf jede Art versuchten sie, die staatlichen Bestimmungen zu umgehen, die von ihnen die Ausgabe von Mitteln zur Instandhaltung der Räumlichkeiten, für sanitäre Einrichtungen oder technische Verbesserungen forderten. Bei Untersuchungen durch die vom sozialistischen Staat eingesetzten Arbeitsinspektoren wurde immer wieder festgestellt, daß sich Ventilation, Schutzvorrichtungen an den Maschinen, Beleuchtung und Beheizung der Arbeitsräume in unbefriedigendem Zustand befanden und Spezialarbeitskleidung nicht oder sehr selten zur Verfügung gestellt wurde.

Zum Beispiel ergab die Untersuchung in dem Betrieb des deutschen Kapitalisten Walter (Herstellung von Emaille- und Zinngeschirr): "In der Schmelzabteilung ist der Fußboden nicht repariert ... In der Lithographie-Abteilung ist es zu dunkel, die Wände sind schmutzig, die Schienen am Trockenofen liegen so, daß Unfallgefahr besteht ... Beim Trocknen des Lacks zieht der Rauch den ganzen Tag durch die Werkstatt. Es gibt keine Schutzvorrichtungen an Transformatoren und Treibriemen." <sup>17</sup>

Ähnliche Bedingungen herrschten in einer privaten Spitzenweberei und Trikotagenfabrik in Moskau. Die Trockenabteilung war dort in einem kleinen Kellerraum untergebracht, der nur ein kleines Fenster und ständig feuchte Wände hatte. In diesem Raum arbeiteten 12 bis 14 Mann, die die Ware anfeuchteten, auf Rahmen spannten und in einen anderen Raum brachten, in dem stets Temperaturen bis zu 80 Grad Celsius herrschten. Noch schlechter waren die Arbeitsbedingungen in der Appreturfabrik, wo die Arbeiter während der gesamten Arbeitszeit im Wasser standen. Eine in diesem Betrieb 1925 durchgeführte medizinische Untersuchung ergab, daß 80 Prozent der Arbeiter an Tuberkulose und ein großer Teil an Rheuma erkrankt waren.

Die sowjetische Gesetzgebung hatte auch für den kapitalistischen Sektor den Achtstundentag festgelegt. Eine Untersuchung der Moskauer Gewerkschaft in 377 Betrieben mit insgesamt 3 368 Arbeitern und Angestellten zeigte jedoch, daß in 272 Betrieben gegen die festgelegte Arbeitsdauer verstoßen wurde. Dabei wurde in 44 Betrieben täglich 10 bis 12, in 11 Betrieben sogar 14 bis 16 Stunden gearbeitet. In einer Reihe von Betrieben wurden entgegen dem staatlichen Verbot Kinder unter 12 Jahren beschäftigt, häufig gab es für die Arbeiter keine Mittagspausen. <sup>18</sup> Besonders schwer war die Lage der Frauen, Halbwüchsigen und Jugendlichen in den kapitalistischen Betrieben. Sie erhielten für die gleiche Arbeit nicht den gleichen Lohn wie die Männer. In privaten Cafés und Teestuben arbeiteten Frauen häufig ohne jeglichen freien Tag und mit vielen Überstunden, die nicht bezahlt wurden. Auch für Halbwüchsige und Kinder waren 10 bis 12 Stunden Arbeit am Tag keine Seltenheit, wie in einem Rundschreiben des ZK des Komsomol vom 21. April 1922 festgestellt wird. <sup>19</sup>

17 Leningradskij gosudarstvennyj archiv Oktjabr'skoj revoljucii i socialističeskogo stroitel'stva (im folgenden: LGAORSS), zit. nach Rafailova, T. K., Položenie rabočich i klassovaja borba na častnokapitalističeskich predprijatijach v period NEPa (1921 - 1929), in: Trudy Leningradskogo tehnologičeskogo instituta imeni Lensoвета, 47. Ausg. Leningrad 1958.

18 Vgl. Belkin, G., Rabočij voproc v častnoj promyšlennosti, Moskau 1926, S. 9 - 11.

19 Vgl. Trifonov, I. Ja., a. a. O., S. 92, aus dem Archiv des ZK des Komsomol.



Besonders unerträglich, weil auch vor allem in den ersten Jahren der NÖP staatlich kaum kontrollierbar, war die Ausbeutung der Heimarbeiter. Sie arbeiteten bis zu 16 Stunden täglich, wobei Kinder und alte Familienmitglieder in die Arbeit einbezogen wurden. Für sie gab es keinerlei soziale und gesundheitliche Betreuung, der Verdienst war grundsätzlich niedriger als bei Fabrikarbeitern. So erhielt zum Beispiel ein Schuhmacher für ein Paar in Heimarbeit gefertigter Schuhe 5 Rubel, wogegen sonst 8 Rubel zu zahlen waren. Im Gouvernement Pensa verdiente ein Heimarbeiter bei 16 Stunden Arbeit am Tag 25 bis 30 Kopeken.<sup>20</sup>

1925 unternahm Mitglieder des ZK des Komsomol Reisen in Gebiete, in denen die Landwirtschaft überwog. Über die Lage der Heimarbeiter der Spitzenindustrie in der Gegend von Jeleck berichtet ein Delegationsmitglied: "Jetzt, besonders in Zusammenhang mit der Hungersnot, verstärkt sich die Ausbeutung der Spitzenarbeiterinnen durch die privaten Verleger, wobei in der Spitzenproduktion in breitem Maße auch Kinderarbeit zu verzeichnen ist. In einem Dorf bei Suvorovo stellte ich fest, daß dort Mädchen im Alter von 6 bis 7 Jahren von Sonnenaufgang bis zum Einbruch der Dunkelheit arbeiten und dafür wöchentlich einen Rubel Lohn erhalten. Der Arbeitslohn der Frauen ist um wenig höher. Private Verleger und Spekulanten betrügen diese Spitzenarbeiterinnen und beuten sie erbarmungslos aus."<sup>21</sup>

Für die Arbeiter im kapitalistischen Sektor der Industrie gab es bestimmte gewerkschaftliche Festlegungen über die Höhe der Löhne, die von den Unternehmern einzuhalten waren. An die Arbeiter der privatkapitalistischen Betriebe mußten etwas höhere Löhne gezahlt werden als an die Arbeiter staatlicher Betriebe, da letztere in den Genuß einer Reihe sozialer Maßnahmen kamen (Betriebsessen, medizinische und kulturelle Betreuung usw.). Natürlich versuchten die Unternehmer, diese Bestimmungen soweit wie möglich zu umgehen. Im Jahre 1926 war das Verhältnis des Durchschnittslohnes in staatlichen zu privatkapitalistischen Betrieben 100 zu 134.<sup>22</sup> Allerdings darf man dabei nicht vergessen, daß die Arbeitsintensität in den Privatbetrieben bedeutend höher war. Im staatlichen Sektor produzierte ein Arbeiter täglich im Durchschnitt Ware für 16,63 Rubel, im privatkapitalistischen Sektor für 34,42 Rubel.<sup>23</sup>

Wesentliche Unterschiede gab es auch im politischen und kulturellen Niveau der Arbeiter staatlicher und privater Betriebe. Eine der Ursachen dafür ist darin zu suchen, daß die Besitzer der Betriebe vor allem ehemalige Bauern, halbbäuerliche Elemente und Kleinbürger einstellten. In Moskau zum Beispiel waren 1925 in den kapitalistischen Betrieben zwei Drittel der Arbeiter ehemalige Bauern oder Dorfbewohner, die die Verbindung zum Dorf noch nicht aufgegeben hatten. Außerdem nutzten die Unternehmer auch die Schwierigkeiten der sich erst entwickelnden sozialistischen Wirtschaft, vor allem die Arbeitslosigkeit, um "unbequeme", das heißt politisch tätige Arbeiter aus den Betrieben zu entfernen. Kommunisten, Komsomol- oder Gewerkschaftsfunktionäre wurden für niedrig bezahlte oder schwere Arbeit eingesetzt bzw. mit der Begründung entlassen, die Produktion einschränken zu müssen. Die Unternehmer scheuten nicht einmal materielle Ausgaben, um solche Arbeiter loszuwerden bzw. sie zu korrumpieren. Obwohl im gesamten Betrieb, wenn auch verkürzt, gearbeitet wurde, zahlte der Besitzer der

<sup>20</sup> Vgl. Belkin, G., a. a. O., S. 40, 90.

<sup>21</sup> Trifonov, I. Ja., a. a. O., S. 93, aus dem Archiv des ZK des Komsomol.

<sup>22</sup> Trud, 22. 8. 1926.

<sup>23</sup> Ebenda.

Moskauer Metallwarenfabrik "Svetoč" an sechs Mitglieder des Betriebskomitees den vollen Lohn mit der Bedingung, daß sie der Arbeit ganz fernblieben,<sup>24</sup> Die deutsche Konzession "Mologoles" zahlte einem Mitarbeiter das Gehalt für drei Monate und besorgte ihm eine Wohnung in Leningrad, nur um ihn von seinem Arbeitsplatz zu entfernen.<sup>25</sup>

Andererseits, und das trug wesentlich zur Erhaltung des niedrigen politischen Niveaus bei, beschäftigten viele Unternehmer und Konzessionäre Angehörige der ehemaligen herrschenden Klasse und andere sowjetfeindliche Elemente. Im Pachtbetrieb "Novoja-Bavarija" arbeiteten 26 ehemalige zaristische Offiziere, und der Konzessionsbetrieb "Mologoles" hatte alle leitenden Funktionen der Verwaltung und des Ingenieurbereichs mit ehemaligen Ausbeutern besetzt (Holzindustrielle, Fabrikbesitzer, Gutsbesitzer, Großhändler).

Notwendigerweise wurde in jedem Betrieb eine kleine Gruppe qualifizierter Arbeiter und Angestellter gebraucht. Diese machte sich der Unternehmer in der Regel durch höhere Löhne und andere Vergünstigungen hörig. So wurden sie zur Hauptstütze des Unternehmers bei der Durchsetzung seiner Wünsche und Forderungen unter der übrigen Belegschaft im Betrieb. Durch bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne, Prämien und Geschenke zu Feiertagen einerseits, Drohung mit Entlassung, Herabsetzung der tariflich festgelegten Löhne und verschiedene Schikanen andererseits entstand in den Betrieben eine Atmosphäre des Kriechertums. Die "bevorzugten" Arbeiter oder Angestellten gratulierten ihren "Herren" zu Feiertagen mit Geschenken oder Blumen und schwärzten ihre Kollegen an. Es kam sogar vor, daß solche Arbeiter in Gerichtsverhandlungen als Verteidiger ihrer angeklagten Fabrikbesitzer auftraten.

Besonders groß wurde der Einfluß der Unternehmer dann, wenn es ihnen gelang, Gewerkschaftsfunktionäre oder Mitglieder der Betriebskomitees zu korrumpieren oder ihre Günstlinge in solche Funktionen zu lancieren. So war es dem Pächter der Ersten Velgisker Papierfabrik (Gouvernement Novgorod) gelungen, eine qualifizierte Oberschicht der in seinem Betrieb tätigen Arbeiter "zu kaufen". Sie beeinflusste die Masse der Arbeiter im Sinne des Unternehmers, so daß diesem auf einer Belegschaftsvollversammlung am 29. Januar 1923 "feinfühliges Verhalten gegenüber allen Sorgen der Arbeiter" bescheinigt wurde, obwohl der Unternehmer gerichtlich mit einer Strafe von 950 Goldrubel wegen ungesetzlicher Ausbeutung Halbwüchsiger und ungesetzlicher Nacharbeit belegt worden war. Die Belegschaftsversammlung stellte an das Gericht den Antrag auf Erlassung dieser Strafe. Gleichzeitig beantragte sie beim Volkswirtschaftsrat wertvolle Anlagen für die Erweiterung der Produktion. Der anwesende Vertreter der Novgoroder Gouvernementsleitung des Papierarbeiterverbandes, ebenfalls vom Unternehmer bestochen, unterstützte diese Anträge.<sup>26</sup>

Solche und ähnliche Maßnahmen und Methoden der Unternehmer erschwerten die politische Arbeit in den kapitalistischen Betrieben wesentlich. Dazu kam die Zersplitterung der Produktion, die geringe Beschäftigtenzahl pro Betrieb und die Angst vor der drohenden Arbeitslosigkeit. Ein Delegierter der Nahrungsmittelarbeiter sagte auf dem Gewerkschaftskongreß des Gouvernements Petrograd im November 1922: "Die Arbeiter wagen es nicht, dem Arbeitsinspektor die Wahr-

24 LGAORSS, zit. nach Rafailova, T. K., a. a. O.

25 Trud, 11. 5. 1926.

26 LGAORSS, zit. nach Rafailova, T. K., a. a. O.

heit zu sagen. Sie fürchten den Herrn, der dank der Arbeitslosigkeit den Arbeiter auspreßt."27

In unmittelbarer Konfrontation mit den Ausbeutern stand also, wie es in einem Rundschreiben des ZK der KPR (B) vom 11. Juli 1922 heißt, gerade die "am wenigsten organisierte und politisch am meisten zurückgebliebene proletarische Masse".28

Außerdem gab es in den Anfangsjahren der NÖP keine genaue Übersicht über die Zahl der vorhandenen (vor allem der kleinen) Privatbetriebe. Parteiorganisationen waren erst in einigen wenigen Betrieben geschaffen worden, ihre Mitgliederzahl war sehr gering (bei "Novaja Bavarija" in Petrograd gab es zum Beispiel unter 300 Arbeitern fünf Kommunisten).

Das oben Gesagte macht sichtbar, daß die kapitalistischen Unternehmer, die während der NÖP wieder zugelassen wurden, keineswegs der Sowjetmacht positiv gegenüberstanden oder sie gar unterstützen wollten; ihnen ging es allein um die Erbringung von Profit, und dazu nutzten sie alle gegebenen Möglichkeiten.

Im kapitalistischen Sektor der sowjetischen Volkswirtschaft waren nur 2,7 Prozent der Arbeiterklasse beschäftigt, aber obwohl im einzelnen noch ausgebeutet, gehörten sie dennoch zur politisch herrschenden Klasse. Zu beachten ist auch, daß die in der NÖP entstandene "neue Bourgeoisie", wie sie in der sowjetischen Literatur grundsätzlich genannt wird, politisch keinerlei Rechte (Wahlrecht usw.) besaß.

Politisch war die Arbeiterklasse stark genug, die Bourgeoisie zu unterdrücken, aber sie befand sich erst beim Aufbau ihrer ökonomischen Macht. Dazu mußte sie alle Möglichkeiten, alle Reserven nutzen, und solch eine Möglichkeit war eben auch der kapitalistische Sektor der Volkswirtschaft. Wenn die Bourgeoisie auch versuchte, durch verstärkte Ausbeutung höchsten Profit zu erzielen und einen kleinen Teil der Arbeiterklasse zu korrumpieren und politisch zu beeinflussen, so half andererseits die Produktion dieser Betriebe nicht nur die größte Not zu lindern, sondern durch Steuerabführung an den Staat (1926/27 allein von den Konzessionen immerhin 1 627 000 Rubel) und durch den Ausbau bestimmter Industriezweige, die später verstaatlicht wurden, die Wirtschaftskraft des jungen Sowjetstaates zu stärken.

#### 4. Maßnahmen zur Einschränkung der Ausbeutung

Die noch vorhandene kapitalistische Ausbeutung, die oben geschilderte komplizierte Lage der Beschäftigten in Konzessions-, Pacht- und Privatbetrieben verlangte von Partei und Regierung verstärkte Aufmerksamkeit gerade für diesen Teil der Arbeiterklasse, für seine Organisation, für die Verteidigung seiner ökonomischen, sozialen und kulturellen Interessen und für seine Klassenerziehung.

Eine wichtige staatliche Maßnahme zur Einschränkung der kapitalistischen Ausbeutung war die Verabschiedung des neuen Arbeitsgesetzbuches der RSFSR im November 1922 (Kodeks zakonov o trude). Es stellte eine Erweiterung des bereits 1918 geschaffenen Arbeitsgesetzes dar und erfaßte jetzt alle in Lohnarbeit

27 Ebenda.

28 Pravda, 12. 7. 1922.

stehenden Personen, auch Heimarbeiter. Da es wie für alle staatlichen und genossenschaftlichen so auch für die privaten Betriebe und Einrichtungen verbindlich war, verhinderte es juristisch jede Art von Zugeständnissen an die Kapitalisten auf Kosten der ökonomischen oder rechtlichen Lage der Werktätigen.

Verletzungen des Arbeitsgesetzbuches und der damit verbundenen Verordnungen durch die Unternehmer, Nichteinhaltung der Normen des Arbeitsschutzes und der Sozialversicherung wurden als kriminelle Verbrechen betrachtet und entsprechend geahndet. 35 Prozent der im vierten Quartal 1922 von der Moskauer Staatsanwaltschaft behandelten Fälle waren Wirtschaftsvergehen.<sup>29</sup> Strafen wurden ausgesprochen wegen Umgehung des Arbeitsamtes bei der Einstellung von Arbeitern, wegen Verlängerung des Arbeitstages über die festgelegten acht Stunden hinaus oder wegen Entlohnung unter dem von der Gewerkschaft festgesetzten Tarif.

Damit wuchs auf der Grundlage des Arbeitsgesetzbuches die Bedeutung der sowjetischen Gerichtsbarkeit für die Einschränkung der Ausbeutung der Arbeiter durch die Bourgeoisie. Wurden im Jahre 1922 noch 16 Prozent der Besitzer überprüfter Betriebe gerichtlich zur Verantwortung gezogen, so waren es im Jahre 1923 etwa 40 Prozent. 1922 waren 61 Prozent der vom Gericht wegen Verletzung des Arbeitsgesetzbuches vorgeladenen Betriebsleiter Privateigentümer, 1923/24 waren es mehr als 80 Prozent.<sup>30</sup> Die für Vergehen gegen die Arbeitsgesetzgebung ausgesprochenen Strafen waren von beträchtlicher Höhe. Das Volksgericht Petrograd zum Beispiel verurteilte den Besitzer der Fabrik "Svetlačok", Saltukov, zu einem Jahr Freiheitsentzug und 1 500 Goldrubel Geldstrafe, den Besitzer der Schneiderei Toplennikov zu einem Jahr Freiheitsstrafe und 1 000 Goldrubel Geldstrafe, den Unternehmer Fradkin zu drei Jahren Freiheitsentzug und einer Geldstrafe von 1 000 Goldrubel.<sup>31</sup> Insgesamt zeigen die Angaben aus den verschiedensten Quellen, daß die sowjetischen Gerichtsorgane während der gesamten Periode der NÖP einen ständigen Kampf gegen Verletzungen des Arbeitsgesetzbuches durch Privatunternehmer führten. Und obwohl der Anteil der Privatbetriebe an der gesamten Industrie des Landes gering war, hatte der kapitalistische Sektor den höchsten Prozentsatz an Gesetzesverletzungen zu verzeichnen. Auch das macht deutlich, wie scharf in diesen Jahren der Klassenkampf zwischen der Arbeiterklasse und den noch vorhandenen Ausbeutern geführt wurde und daß der Staat seiner Rolle als Machtinstrument der Arbeiterklasse gerecht wurde.

Für die Klassenauseinandersetzungen um die Lösung der Frage "Wer wen?" war die aktive Teilnahme der Arbeiter der kapitalistischen Betriebe an der Kontrolle über die Unternehmer notwendig. Als Hauptziel der politisch-ideologischen Arbeit im privat- und staatskapitalistischen Sektor der Industrie formulierte die Partei deshalb die Erziehung der Arbeiter dieses Bereiches zum Klassenbewußtsein. Es galt zunächst, Partei- und Gewerkschaftsgruppen in den kapitalistischen Betrieben zu bilden, ihre Arbeit in Gang zu bringen und zu festigen. Erschwert wurde die Lösung dieser Aufgabe durch die geringe Zahl der Kommunisten in diesen Betrieben, die bereits ausführlicher behandelte Korruption und die Versuche der Unternehmer, eine politische Tätigkeit der Arbeiter zu verhindern. Außerdem erfolgte in der ersten Zeit auch kaum eine Anleitung der in diesen Betrieben tätigen Kommunisten durch die Rayonkomitees der Partei, die mit vielen anderen Aufgaben überlastet waren und selbst noch Erfahrungen bei der politischen Leitung der Wirtschaft sammeln mußten.

29 Eženedel'nik sovetskoj justicii, Nr. 24/1923, S. 368.

30 Belkin, G., a. a. O., S. 74.

31 LGAORSS, zit. nach Trifonov, I. Ja., a. a. O., S. 183.

Seit dem XI. Parteitag 1922 orientierte die Partei consequent darauf, daß dort, wo keine Kommunisten in kapitalistischen Betrieben arbeiteten, die Gewerkschaftsmitglieder und Komsomolzen für die politisch-ideologische Tätigkeit verantwortlich seien. In einem Rundschreiben des ZK der KPR (B) vom 11. Juni 1922 heißt es: "Es wird allen Parteiorganisationen empfohlen, die Arbeit in den kapitalistischen Betrieben in engem Kontakt mit der Gewerkschaft zu führen; Kommunisten, die in Privatbetrieben arbeiten, müssen in erster Linie die Werktätigen in den Gewerkschaften vereinigen und ihren Einfluß auf die gewählten Organe der Gewerkschaft sichern."<sup>32</sup>

Die Aufgaben der Partei für diesen Sektor der Wirtschaft wurden im Beschluß des ZK der KPR (B) vom 8. Juli 1922 "Über Parteiarbeit in Privatbetrieben" folgendermaßen formuliert: "Die Parteiarbeit in Privatbetrieben muß voll und ganz alle konkreten Momente der Verteidigung der Arbeit vor der Ausbeutung durch das Kapital mit dem Ziel nutzen, die Arbeiter im Geiste des Klassenkampfes zu erziehen und ihr Klassenbewußtsein herauszubilden."<sup>33</sup>

Die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen mußten die Arbeiter der kapitalistischen Betriebe zunächst mit der sowjetischen Arbeitsgesetzgebung vertraut machen, ihnen an praktischen Beispielen ihre Rechtslage erklären und sich im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen an die Spitze stellen. Gleichzeitig galt es, bei den Arbeitern das Bewußtsein der Unversöhnlichkeit ihrer Klasseninteressen mit den Interessen der Kapitalisten zu entwickeln, sie über die Erfolge der Arbeiter in den sozialistischen Großbetrieben zu informieren und ihnen bewußt zu machen, daß sie Teil der machtausübenden Klasse sind. In diesem Zusammenhang spielte vor allem der Kampf gegen jede Form der Liebedienerei gegenüber den Unternehmern eine große Rolle.

Da die Zahl der Kommunisten in den kapitalistischen Betrieben gering war, bezog man sie zunächst in die Parteiarbeit benachbarter staatlicher Betriebe ein. Gleichzeitig wurden die Parteizellen dieser Betriebe beauftragt, sich um die politische Arbeit in dem entsprechenden kapitalistischen Betrieb zu kümmern. Im März 1924 wurden dann Parteizellen in solchen Industriebetrieben des kapitalistischen Sektors geschaffen, wo mindestens drei Kommunisten arbeiteten. In privaten Handelseinrichtungen wurde die Bildung von Parteizellen bei mindestens fünf Kommunisten festgelegt.

Die Gewerkschaft bildete in den größeren kapitalistischen Betrieben Betriebskomitees, Gewerkschaftsmitglieder territorial beieinandergelegener kleinerer Betriebe gleicher Produktion bildeten Gruppenkomitees, während sogenannte Abschnittskomitees die Organisationsform für die Kleinbetriebe wurden.

Durch diese organisatorischen Maßnahmen gelang es, die politische Arbeit der Partei und der Gewerkschaften wesentlich zu verbessern und, entsprechend den Leninschen Hinweisen über die Verbindung von Partei, Klasse und Masse, vor allem über die Gewerkschaften den Klassenkampf in den kapitalistischen Betrieben zu führen. Die von Lenin erarbeitete Resolution des XI. Parteitages der KPR (B) "Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften unter den Bedingungen der NÖP" macht dies noch einmal deutlich: "Die Gewerkschaften müssen engste und unmittelbare Mitarbeiter der Staatsmacht sein, die in ihrer gesamten politischen und ökonomischen Tätigkeit von der bewußten Avantgarde der Arbeiterklasse, der kommuni-

<sup>32</sup> Pravda, 12. 6. 1922.

<sup>33</sup> Spravočnik partijnogo rabotnika, 3. Ausg. Moskau 1923, S. 116.

stischen Partei, geleitet wird."<sup>34</sup> Der proletarische Staat kann die Entwicklung des Kapitals nur in einem bestimmten Maße zulassen, und auch das nur bei staatlicher Regulierung und Kontrolle. Lenin sagte hierzu: "Aber selbst bei vollem Erfolg einer solchen Regelung bleibt der Gegensatz zwischen den Klasseninteressen der Arbeit und des Kapitals unbedingt bestehen. Darum besteht von nun an eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften darin, die Klasseninteressen des Proletariats in seinem Kampf gegen das Kapital in jeder Hinsicht und mit allen Mitteln zu verteidigen."<sup>35</sup>

Die Verteidigung der Arbeiterinteressen in kapitalistischen Betrieben durch die Gewerkschaften konzentrierte sich vor allem auf den Abschluß von Kollektivverträgen mit den Besitzern der Betriebe und von Tarifvereinbarungen sowohl für organisierte als auch für nichtorganisierte Arbeiter. In den vom Rat der Volkskommissare angenommenen Grundprinzipien des Konzessionsvertrages, die Lenin vor der kommunistischen Fraktion des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften am 11. April 1921 erläuterte, heißt es unter Punkt 5: "Der Konzessionär ist verpflichtet, die Gesetze der RSFSR zu befolgen und insbesondere hinsichtlich der Arbeitsbedingungen, Zahlungstermine usw. ein Abkommen mit den Gewerkschaften zu treffen."<sup>36</sup> Vor allem in den Konzessionsbetrieben spielte der Kampf um den Abschluß von Kollektivverträgen eine große Rolle, da sich in diesen Betrieben eine größere Anzahl von Arbeitern konzentrierte.

Das Präsidium des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften hatte bereits im Oktober 1921 das Beispiel eines Kollektivvertrages für private und Konzessionsbetriebe erarbeitet. Auf der Grundlage dieses Vorbildes wurde zwischen den Arbeitern und der Betriebsleitung des Konzessionsbetriebes "Kursker Magnet-Anomalie" ein Kollektivvertrag abgeschlossen. Während der gesamten Zeit der Vorbereitung und des Abschlusses des Vertrages wirkten Mitglieder des Präsidiums aktiv mit. Dieser Vertrag legte unter anderem eine monatliche Kündigungsfrist für die Arbeiter, bestimmte Tarifsätze und die Bildung einer Konfliktkommission fest.

Die Kollektivverträge beinhalteten in der Regel Festlegungen zum Arbeitslohn und Arbeitsschutz, zur Auszahlung von Urlaubsgeld und angemessener Vergütung bei Entlassungen, zur Bereitstellung von Plätzen in Erholungsheimen und Sanatorien. Weiter wurden die Beträge festgesetzt, die der Unternehmer pro Arbeiter an die Sozialversicherungskasse bzw. an den Kulturfonds des Betriebes zu zahlen hatte.

Alle diese gewerkschaftlichen Forderungen stießen auf den Widerstand der Unternehmer, so daß sich in den Privat- und Konzessionsbetrieben ein scharfer Klassenkampf um den Abschluß der Kollektivverträge entwickelte. Häufig vergingen mehrere Monate, bis die Arbeiter ihre Forderungen durchgesetzt hatten und die Verträge abgeschlossen wurden. Oft drohte der Unternehmer mit Produktionseinschränkungen oder Schließung der Betriebe, um den Abschluß der Verträge überhaupt zu verhindern. Dadurch drohte den Arbeitern Entlassung und Arbeitslosigkeit, deshalb gelangen solche Tricks zum Teil.

34 KPSS v rezolucijach ..., a. a. O., S. 607.

35 Lenin, W. I., Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik, Beschluß des ZK der KPR (B) v. 12. Januar 1922, in: Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 170.

36 Derselbe, Referat über die Konzessionen in der Sitzung der Kommunistischen Fraktion des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften, 11. April 1921, in: ebenda, Bd. 32, a. a. O., S. 316.

Eine Reihe von Konzessionären leistete höhere materielle Aufwendungen, nur um sich nicht vertraglich binden zu müssen. So erhielten die Arbeiter und Angestellten des englischen Konzessionsbetriebes "Tiglay-Morgan" über längere Zeit höhere Löhne, kostenlose, beheizte Werkwohnungen und andere kostenlose Dienstleistungen. Unter dem Einfluß des von den Konzessionären korrumpierten Gewerkschaftsvorsitzenden des Betriebes nahm die Belegschaftsversammlung im August 1924 eine Resolution gegen den Abschluß des Kollektivvertrages an. Darin hieß es, daß "ein Kollektivvertrag nur Bedeutung gegenüber Gesetzesverletzern und unmenschlichen Unternehmern" hätte, wogegen die Arbeiter im Werkleiter ihres Betriebes einen "wirklichen Beschützer" hätten.<sup>37</sup> Trotz gewerkschaftlicher Maßnahmen unterschrieben die Konzessionäre von "Tiglay-Morgan" auch 1926 den Kollektivvertrag nicht. Um sich der Kontrolle der Gewerkschaft zu entziehen, versprachen sie den Arbeitern höhere Löhne als die tariflich geforderten.

Die Partei war auf solche Formen des Klassenkampfes vorbereitet, auf die Lenin auf dem VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongreß 1920 hingewiesen hatte: "Man sagte uns, die Konzessionäre würden Ausnahmebedingungen für ihre Arbeiter schaffen, sie würden bessere Kleidung, besseres Schuhwerk, bessere Lebensmittel für sie bereitstellen. Auf diese Weise würden sie Propaganda unter unseren Arbeitern treiben, die Entbehrungen ertragen müssen und noch lange Zeit ertragen werden. Es wäre dann so, daß wir eine sozialistische Republik hätten, in der die Arbeiter darben, und daneben eine kapitalistische Insel, wo die Arbeiter ausgezeichnet leben. Solche Befürchtungen kann man sehr oft in unseren Parteiversammlungen hören. Gewiß bleibt eine derartige Gefahr bestehen, und sie zeigt, daß die Konzession eine Fortsetzung des Krieges ist und nicht Frieden."<sup>38</sup>

Von der Schärfe der Auseinandersetzung mit den Konzessionären zeugt auch der Kampf um den Abschluß eines Kollektivvertrages für das Jahr 1928 zwischen der Konzession "Lena-Goldfields Ltd." und dem Zentralkomitee der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter.<sup>39</sup> Als Abschlußtermin war der 1. März 1928 festgelegt worden. Die Konzessionäre verzögerten die Vorverhandlungen über mehrere Monate und lehnten die geforderte Lohnerhöhung von 5 Prozent kategorisch ab. Im April 1928 waren von 125 Punkten nur 47 geklärt, weitere Übereinstimmungen konnten nicht erzielt werden. Die Forderungen der Gewerkschaft, den Kollektivvertrag auch auf die Saisonarbeiter auszudehnen, bei Entlassungen wegen Rationalisierungsmaßnahmen oder Invalidität eine Unterstützung zu zahlen und die Mieten der Werksunterkünfte zu senken, lehnte der Konzessionär ab. Ein heftiger Kampf entbrannte um das Problem der Einstellung und Entlassung von Arbeitern.

37 LGAORSS, zit. nach Rafailova, T. K., a. a. O.

38 Lenin, W. I., VIII. Gesamtrussischer Sowjetkongreß, 22. - 29. Dezember 1920. Referat über die Konzessionen, gehalten in der Sitzung der KPR (B) - Fraktion des VIII. Sowjetkongresses, 21. Dezember, in: Werke, Bd. 31, Berlin 1959, S. 481.

39 Vgl. zu dem folgenden Nurgalin, Z. A., O klassovoj boľbe na gosudarstvenno-kapitalističeskich predprijatijach v gody něpa, in: Voprosy istorii KPSS, Nr. 3/1968; derselbe, Osobennosti partijnoj raboty sredi rabočich, zanjatyč na koncessionnych i častnych predprijatijach v period něpa (1921 - 1930 gg.), Diss. an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU, Lehrstuhl Geschichte der KPdSU, Moskau 1968; außerdem berichten darüber Kašjanenko, V. I./Morozov, L. F./Škarenkov, L. K., Iz istorii koncessionnoj politiki sovsetskogo gosudarstva, in: Istorija SSSR, Nr. 4/1959; Brin, I. D., a. a. O.

Das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaft lehnte der Konzessionär prinzipiell ab, da es ihm die Möglichkeit genommen hätte, solche Arbeiter und Angestellte einzustellen, auf die er sich in der Auseinandersetzung mit der Gewerkschaft stützen konnte, bzw. die Arbeiter zu entlassen, die in Partei und Gewerkschaft aktiv für die Verteidigung ihrer Klasseninteressen auftraten.

Wie viele Konzessionsbetriebe waren auch die "Lena-Goldfields Ltd." zum Unterschlupf konterrevolutionärer Elemente geworden. In diesem Betrieb arbeiteten zum Beispiel Angestellte, die an Erschießungen von Arbeitern während des Goldarbeiterstreiks 1912 an der Lena beteiligt gewesen waren, ehemalige weißgardistische Offiziere und Generale und andere antisowjetische Elemente.

Im April 1928 befaßte sich das Uraler Gebietskomitee der KPdSU (B) mit Fragen des Abschlusses von Kollektivverträgen und stellte fest, daß der Abschluß bei "Lena-Goldfields Ltd." vom Konzessionär bereits über sechs Monate verzögert worden war. Das Büro des Gebietskomitees wies darauf hin, daß sich das negativ auf die Autorität der Partei- und Gewerkschaftsorganisation im Betrieb auswirken mußte, und empfahl dem Metallarbeiterverband für den Fall, daß es nicht zu einer Klärung komme, zum Mittel des Streiks zu greifen. Mitte Mai empfahl der Zentralrat des Sowjetgewerkschaften dem ZK des Metallarbeiterverbandes, eine Kompromißlösung mit dem Konzessionär einzugehen, da unbedingt eine Lohnerhöhung für die Arbeiter erreicht werden mußte. So kam es endlich im Juli 1928 zur Unterzeichnung des Vertrages, wobei ein großer Teil der Fragen ungeklärt blieb. Geklärt wurde, daß sich der Vertrag künftig auch auf die Saisonarbeiter erstrecken würde, und es wurde ein zusätzlicher Fonds für Lohnerhöhungen geschaffen. Aufgenommen wurde auch ein Punkt über die bevorzugte Einstellung von Gewerkschaftsmitgliedern. Trotzdem blieb das eine Kompromißlösung, da es nicht gelang, die ausschließliche Einstellung über das Arbeitsamt durchzusetzen.

Das angeführte Beispiel zeugt von der großen Bedeutung der Tätigkeit der Gewerkschaften in den Konzessionsbetrieben, vor allem was den Abschluß von Kollektivverträgen und die Kontrolle ihrer Erfüllung betraf. Auf einer Beratung des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften im Sommer 1930 wurde die Tatsache unterstrichen, daß "der hartnäckige Kampf für die Erfüllung jedes Punktes des Kollektivvertrages beweist, wie wichtig diese Arbeit in Anbetracht der Klassenerziehung der Arbeiter für den Kampf mit dem Privatkapital ist".<sup>40</sup>

## 5. Die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiter

Mit dem XIV. Parteitag der KPdSU (B) 1925, der Kurs nahm auf die sozialistische Industrialisierung des Landes, verstärkte sich die Offensive gegen die kapitalistischen Elemente. Ihre Rolle, ihre Tätigkeit in Industrie und Handel wurden ökonomisch immer mehr eingeengt, je mehr die proletarische Staatsmacht ökonomisch erstarkte.

Das stürmische Wachstum der staatlichen und genossenschaftlichen Industrie erforderte die Bereitstellung von ständig mehr Ausrüstungen, Roh- und Brennstoffen, die damit immer mehr dem privaten Sektor entzogen wurden. Letztlich mußten viele Privatbetriebe die Produktion wegen Roh- und Brennstoffmangels einstellen. In Moskau verringerte sich allein 1926 die private Textilindustrie um

40 Zit. bei Nurgalin, Z. A., O klassovoj borbe ..., a. a. O.



fast die Hälfte, <sup>41</sup> Die geschlossenen Fabriken wurden vom Staat übernommen und in den sozialistischen Sektor eingegliedert. Auch die Zahl der Konzessionen nahm entscheidend ab. Gab es im Oktober 1926 noch 82 Konzessionen, so waren es Anfang 1929 nur noch 59, <sup>42</sup>

Der Kapitalismus räumte das Feld nicht kampflos; er suchte neue Wege, um seine ökonomischen Positionen zu festigen. Die Unternehmer investierten in die Zweige der Volkswirtschaft, in denen der Einfluß des sozialistischen Sektors noch schwach war, versuchten auf illegalem Wege zu Material und Ausrüstungen zu kommen oder bildeten "Pseudokooperationen", das heißt, sie schlugen den Arbeitern ihres Betriebes vor, gemeinsam eine Genossenschaft zu bilden, unter deren Deckmantel sie dann weiter als kapitalistische Unternehmer wirtschafteten.

Auf jede Art versuchten die kapitalistischen Unternehmer, die sehr wohl erkannt hatten, daß ihre Tage als Kapitalisten gezählt waren, höchste Profite zu erzielen. Sie verschärften die Ausbeutung; der Zehn- bis Zwölfstundentag, unbezahlte Überstunden und Lohnsenkungen wurden zur Regel. Sie benutzten selbst Methoden der sozialistischen Produktion, zum Beispiel Produktionsberatungen mit den Arbeitern, und stützten sich dabei auf die Hilfe korrumpierter Gewerkschaftsfunktionäre. So diskutierte die Belegschaft des Werkes "Čurbanov" (Moskau) in einer Produktionsberatung, wie Material für die weitere Produktion beschafft werden könne. Der Besitzer einer Moskauer Textilfabrik richtete zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und zur Verbesserung der Qualität einen Aufruf an seine Arbeiter, den auch der Gewerkschaftsvorsitzende unterschrieb, <sup>43</sup> Beschaffung von Material, Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Verbesserung der Qualität brachten jedoch in erster Linie höhere Profite für den Unternehmer, so daß Partei und Gewerkschaft konsequent gegen eine solche Haltung einzelner Funktionäre auftraten.

Zu dieser Zeit, das heißt Ende der zwanziger Jahre, als die sowjetische Arbeiterklasse die materiell-technische Basis des Sozialismus errichtete, waren sowohl die Notwendigkeit als auch die Bedingungen für die endgültige Liquidierung der noch vorhandenen kapitalistischen Überreste gegeben. Der Sowjetstaat verfügte über alle wichtigen Voraussetzungen für den völligen ökonomischen Sieg über die in der NÖP entstandene "neue" Bourgeoisie. Das waren die Schlüsselpositionen in der Volkswirtschaft, die Kenntnis des Wirkens der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft, die Macht des sowjetischen Staatsapparates und die richtige Politik der kommunistischen Partei. Damit stand der "neuen" Bourgeoisie der höchste Typ der Organisation der gesellschaftlichen Produktion, die sozialistische Produktion, gegenüber.

Daß ein Teil der Arbeiter der Privatbetriebe trotzdem auf die Forderungen der Unternehmer einging und die kapitalistische Ausbeutung ertrug, lag in den Schwierigkeiten der jungen sozialistischen Wirtschaft, vor allem in der noch bestehenden Arbeitslosigkeit, begründet.

Neben der Angst vor der drohenden Entlassung war es vor allem das niedrige politische Niveau der meisten Arbeiter, das es den Unternehmern ermöglichte, in ihren Betrieben Einfluß auf die Arbeiter zu behalten. Viele Unternehmer versuchten, sich in die kulturell-politische Arbeit der Gewerkschaft einzuschalten, stell-

<sup>41</sup> Trud, 23. 3. 1927.

<sup>42</sup> Rafailova, T. K., a. a. O.

<sup>43</sup> Ebenda.

ten finanzielle Mittel für kulturelle Veranstaltungen, für die Einrichtung von Klubräumen, für die Durchführung von Zirkeln zur Verfügung, immer mit dem Ziel, ihren eigenen ideologischen Einfluß geltend zu machen.

So versuchten die Privatbesitzer einerseits, die Ausbeutung zu verstärken, andererseits durch verschiedene Vergünstigungen politisch zurückgebliebene, schwankende Teile der Arbeiterklasse zu korrumpieren, sich gefügig zu machen. Damit entstand die Gefahr, daß sich Teile der Arbeiterklasse vom Einfluß der Partei und der Sowjetmacht lösten. Das hätte den sozialistischen Aufbau gehemmt und die Offensive des Sozialismus aufgehalten.

Deshalb befaßte sich der XVI. Parteitag der KPdSU (B) 1930 auch mit Problemen der Gewerkschaftsarbeit in Privat- und Konzessionsbetrieben. Der Parteitag verurteilte alle Versuche einzelner Gewerkschaftsverbände, den Klassenkampf gegen den Privatkapitalismus auf die ökonomischen Beziehungen zwischen Privatunternehmer und sowjetischen Staats- und Wirtschaftsorganen zu reduzieren. Er wies darauf hin, daß sich Kampfkraft, Organisiertheit und Solidarität der Arbeiter in Privatbetrieben nur im Prozeß des Klassenkampfes entwickeln können.

In Verwirklichung des vom ZK der KPdSU (B) im August 1926 gefaßten Beschlusses "Zur Parteiarbeit in Privat- und Konzessionsbetrieben"<sup>44</sup> verstärkten die Parteiorganisationen dieser Betriebe die massenpolitische und erzieherische Arbeit unter Kommunisten und Parteilosen. In Belegschaftsvollversammlungen und Delegiertenkonferenzen wurden aktuell-politische Probleme sowie Aufgaben der Kollektivverträge und ihre Erfüllung diskutiert. Sehr verbreitet, vor allem in den großen Städten, war die Durchführung von Delegiertenkonferenzen der Arbeiter mehrerer Privatbetriebe. Auch die kulturelle Bildungsarbeit kam in Gang. So erzwangen die Arbeiter einiger Konzessionsbetriebe (Harriman, Lena-Goldfields, Krupp) den Bau von Klubgebäuden und die Einrichtung von Roten Ecken. Neben Lektionen und Vorträgen, Kulturveranstaltungen und Exkursionen spielte der Kampf gegen das Analphabetentum eine besonders große Rolle. Bei richtiger Anleitung durch Partei und Gewerkschaft wurden auch die Betriebswandzeitungen zu einem Mittel der Klassenerziehung der Arbeiter. Bei den Gewerkschaftswahlen setzten sich die progressiven Kräfte immer mehr durch. In verschiedenen Betrieben wurden auf Forderung der Arbeiter Gewerkschaftsfunktionäre oder ganze Gewerkschaftskomitees abgelöst, weil sie die Interessen der Arbeiterklasse ungenügend verteidigten, so bei "Diagas", einem chemischen Privatbetrieb, und in der Baumwollfärberei "Aga", einem Konzessionsbetrieb in Leningrad. Der Einfluß der Privatbesitzer war schon nicht mehr stark genug, sich diesen Forderungen entgegenzustellen. In die neuen Betriebskomitees wurden Parteimitglieder und bewährte Gewerkschaftsfunktionäre gewählt. Im Metallarbeiterverband Leningrad waren zum Beispiel 44,4 Prozent aller Mitglieder von Leitungen Kommunisten.<sup>45</sup> Das Wachstum des Einflusses der Parteiorganisationen zeigte sich auch an den zunehmenden Neuaufnahmen in die Partei. So erhöhte sich die Mitgliederzahl im Soletzker Sägewerk der deutschen Konzession "Mologoles" im Verlaufe eines Jahres von 3 auf 10 Kommunisten.<sup>46</sup>

Dieser Aufschwung in der Aktivität und Organisiertheit der politischen Arbeit in den Privat- und Konzessionsbetrieben widerspiegelte die Erfolge des sozialisti-

44 Spravočnik partijnogo rabotnika, 4. Aus., T. 2, Moskau/Leningrad 1928, S. 510 - 513.

45 Rafailova, T. K., a. a. O.

46 Leningradskaja pravda, 15. 3. 1927.

schen Aufbaus in der Sowjetunion. Mit der Festigung der Sowjetmacht verstärkte sich die Offensive gegen die kapitalistischen Elemente in der Stadt und im Dorf. Gleichzeitig wuchs das materielle und kulturelle Niveau der werktätigen Massen, wozu der schnelle Rückgang der Arbeitslosigkeit beitrug.

Das alles führte dazu, daß die Werktätigen der Privat- und Konzessionsbetriebe wesentlich klarer als früher ihre Lage erkannten und bewußter mit Forderungen an die Fabrikbesitzer herantraten.

Scharfe Klassenkämpfe spielten sich Ende der zwanziger Jahre in der deutschen Konzession "Mologoles" ab, die in den Waldgebieten der Gouvernements Čerepoveck, Novgorod und Tver<sup>47</sup> zeitweilig bis zu 20 000 Arbeiter, vor allem Holzfäller und Fuhrleute, beschäftigte. Schwere Arbeits- und Lebensbedingungen, die Nichteinhaltung des Kollektivvertrages und Verzögerungen in der Lohnauszahlung führten sogar zu Streiks. Diese Streiks wurden von der Holzarbeitergewerkschaft sanktioniert und finanziell unterstützt. Obwohl die Konzession den Forderungen der Arbeiter in einigen Fragen nachgab, änderte sich im Grunde nichts, so daß der Sowjetstaat die Konzession im Juli 1927 zurücknahm und die Betriebe von einem staatlichen Trust übernommen wurden.<sup>47</sup>

Sowohl die inneren antagonistischen Widersprüche zwischen Privatbesitzer und Arbeitern des Betriebes als auch die Einengung des kapitalistischen Sektors durch den schnell wachsenden sozialistischen Sektor der Volkswirtschaft führten unvermeidlich zum Untergang der privatkapitalistischen Betriebe. Sie stellten ihre Produktion ein und wurden vom Staat übernommen, ausländische Konzessionen wurden mehr und mehr vom Staat liquidiert.

Der Anteil der privatkapitalistischen Industrie an der gesamten Volkswirtschaft betrug 1930 noch 0,3 Prozent. Damit war auf dem Gebiet der Industrie die Frage "Wer wen?" zugunsten des Sozialismus gelöst. Bis Mitte der dreißiger Jahre wurde der Privatbesitz auch aus dem Handel verdrängt und die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft vollzogen.

Damit waren im Innern des Landes alle sozialökonomischen Bedingungen für eine Wiedergeburt des Kapitalismus beseitigt. Im Ergebnis des Sieges des Sozialismus hatte in der Sowjetunion die Arbeiterklasse ihren Charakter grundlegend verändert. Sie war eine von Ausbeutung freie, Produktionsmittel besitzende, produzierende und machtausübende Klasse geworden.

Zusammenfassend muß hervorgehoben werden, daß es trotz komplizierter historischer Bedingungen in der Sowjetunion gelang, den Staatskapitalismus als ein Produktionsverhältnis der Übergangsperiode zu praktizieren. Er wirkte sich fördernd auf die wirtschaftliche Entwicklung des Sowjetstaates aus, obwohl er aufgrund der Härte der inneren und internationalen Klassenauseinandersetzung keinen größeren Anteil an der Mehrsektorenwirtschaft der Übergangsperiode hatte.

Wenn man einzelne der oben angeführten Beispiele der noch vorhandenen Ausbeutung der Arbeiter in kapitalistischen Betrieben während der NÖP herausgreift und aneinanderreihet, so könnte der Eindruck entstehen, die "linken Kommunisten" hätten mit ihrer Behauptung, die Arbeiterklasse würde durch den Staatskapitalismus versklavt, recht gehabt. Bei der Auseinandersetzung mit solch einer Behauptung muß man folgende Faktoren beachten:

<sup>47</sup> Rafailova, T. K., a. a. O.

1. Nur ein geringer Prozentsatz der sowjetischen Arbeiterklasse war in kapitalistischen Betrieben beschäftigt.
2. Staat, Gerichtsorgane, Partei und Gewerkschaften besaßen alle Mittel der Kontrolle nicht nur der kapitalistischen Produktion, sondern auch der Ausbeutung und nutzten sie wirksam für die Verteidigung der Klasseninteressen der Arbeiter im kapitalistischen Sektor.
3. Partei und Gewerkschaften leisteten eine große Arbeit zur Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiter dieser Betriebe, um sie in die Lage zu versetzen, selbst die Klassenauseinandersetzung mit den Kapitalisten zu führen.
4. Der Staatskapitalismus ist ein Produktionsverhältnis der Übergangsperiode, also nichts Endgültiges; er wird mehr und mehr eingeengt im Verlauf der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus und verschwindet mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse oder im Prozeß der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.

Auf der Grundlage der Leninschen Theorie vom Staatskapitalismus in der Übergangsperiode und der von der KPdSU während der NÖP gesammelten Erfahrungen konnten Formen des Staatskapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg auch in anderen sozialistischen Ländern angewandt werden. Zu beachten waren dabei die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, vor allem das mit dem Entstehen des sozialistischen Weltsystems veränderte internationale Kräfteverhältnis. Eine besondere Entwicklung und neue Formen fand der Staatskapitalismus vor allem in der DDR, wo er dazu diente, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Mittel- und Kleinbourgeoisie zu festigen und diese Bevölkerungsschichten an den Sozialismus heranzuführen. Damit wurde auch auf einem einzelnen Gebiet nachgewiesen, daß die Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus allgemeingültigen Charakter tragen und entsprechend den spezifischen Bedingungen eines einzelnen Landes angewandt und schöpferisch weiterentwickelt werden können. In der gesellschaftswissenschaftlichen Literatur der UdSSR ist nachgewiesen worden, daß die Leninsche Theorie und die Erfahrungen der KPdSU über den Staatskapitalismus in der DDR schöpferisch verwertet wurden, ohne zeitbedingte Formen und Methoden aus der Periode der NÖP in der Sowjetunion schematisch zu übernehmen.

DER ERFAHRUNGSUSTAUSCH DES VEB ELEKTROKOHLE BERLIN-  
DES VEB ELEKTROKOHLE BERLIN-LICHTENBERG MIT SOWJETISCHEN  
PARTNERBETRIEBEN  
(1956 bis 1960)

von Hartmut Mehls

Mit dem Abschluß des Staatsvertrages zwischen der DDR und der UdSSR vom September 1955 und dem weiteren Ausbau der Beziehungen zwischen der SED und der KPdSU sowie zwischen der DDR und der UdSSR Mitte der fünfziger Jahre<sup>1</sup> entstanden bessere Voraussetzungen für die immer effektivere Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und wissenschaftlich-technischem Gebiet. Heitzer unterstrich die Bedeutung dieser Beziehungen für die Entwicklung der DDR: "So wurde der DDR beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus nicht nur eine umfassende politische und materielle Unterstützung zuteil, aus der Sowjetunion floß auch über viele Kanäle ein Strom reicher Erkenntnisse und bewährter Erfahrungen, was es der DDR wesentlich erleichterte, die komplizierten Probleme der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus zu meistern."<sup>2</sup> Die Vertiefung der Beziehungen erfolgte auf der Basis des sozialistischen Internationalismus. Sie war auf das engste mit dem politischen Ziel verbunden, die Einheit und Geschlossenheit der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) weiter zu festigen und den Sozialismus in der Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus zu stärken.

Ausgangspunkt und Aufgabenstellung für den ersten direkten Erfahrungsaustausch zwischen dem VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg (EKL) und sowjetischen Betrieben ergaben sich aus den Beschlüssen der 3. Parteikonferenz der SED. Für die Ausarbeitung der weiteren Perspektive der DDR wandte die SED die bisher gewonnenen Erkenntnisse des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus an und wertete den XX. Parteitag der KPdSU (Februar 1956) schöpferisch aus. Das Ziel der Direktive des zweiten Fünfjahresplanes, die auf der 3. Parteikonferenz verabschiedet wurde, war die allseitige Stärkung der DDR als fester Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft. Die 3. Parteikonferenz hob hervor: "Im zweiten Fünfjahrplan gilt es, auf der Basis der vordringlichen Entwicklung der Schwerindustrie - insbesondere jener Grundstoffindustrien, für die in der Deutschen Demokratischen Republik die Bedingungen vorhanden sind - den ununterbrochenen technischen Fortschritt zu gewährleisten mit dem Ziel, das Weltniveau zu errei-

1 Vgl. Roßmann, Gerhard, Die brüderlichen Beziehungen zur Partei und zum Lande Lenins - Grundlage unseres Weges zum Sozialismus, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 2/1975; Heitzer, Heinz, Hauptetappen der Kampfgemeinschaft von SED und KPdSU, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 9/1976; Kanzig, Helga/Rolfs, Klaus, Zur Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR 1949 - 1974, in: ebenda, Nr. 9/1974.

2 Heitzer, Heinz, a. a. O., S. 982.

chen, den weiteren Aufschwung der Landwirtschaft zu sichern, die Arbeitsproduktivität zu steigern und auf dieser Grundlage den materiellen Wohlstand des Volkes zu erhöhen sowie die fortschrittliche Kultur weiterzuentwickeln und zur Sache des ganzen Volkes zu machen." <sup>3</sup>

Die 3. Parteikonferenz stellte der Industrie hohe Aufgaben, besonders für den Aufbau der Energieerzeugung, der Brennstoffindustrie, der Baustoffindustrie und einiger Zweige der chemischen Industrie sowie für die Hebung des technischen Niveaus im Maschinenbau. <sup>4</sup> Die chemische Industrie erhielt die Auflage, ihre Produktion mit dem Ziel zu erhöhen, die Leichtindustrie, den Maschinenbau und andere Zweige der Volkswirtschaft weit besser mit Erzeugnissen zu versorgen sowie den Export wesentlich zu erhöhen. <sup>5</sup>

Eine feste Grundlage für die weitere Entwicklung der Staaten des RGW bildeten die Abschlüsse langfristiger Wirtschaftsverträge und Handelsabkommen auf der Basis gegenseitiger Abstimmung der Perspektivpläne sowie die gegenseitige wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Hilfe. Mit der Koordinierung und Abstimmung der Wirtschaftspläne der DDR und der UdSSR für die Jahre 1956 bis 1960 wurde die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit besser auf die internationale sozialistische Arbeitsteilung zwischen beiden Ländern eingestellt. Die Aufgabenstellung der 3. Parteikonferenz und die Bedingungen und Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit sowjetischen Betrieben wirkten auf die Richtung und das Tempo der Entwicklung des VEB EKL ein.

Der VEB EKL zählt zu den elektrochemischen Betrieben und liefert Erzeugnisse vor allem für die metallurgische, chemische und elektrotechnisch-elektronische Industrie, das heißt für wichtige Wirtschaftszweige der DDR. Ein großer Teil seiner Erzeugnisse geht in den Export. In der Arbeitsteilung sowohl innerhalb der DDR als auch im Rahmen des RGW besitzt der VEB EKL bestimmte Schlüsselstellungen. Er verarbeitet große Mengen von Anthrazit <sup>6</sup>, Koks, Graphit und Ruß sowie andere Rohstoffe, die, mit Ausnahme von Anthrazit, Mitte der fünfziger Jahre noch größtenteils aus dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet importiert wurden. Eine gleichbleibend hohe Qualität der Erzeugnisse hängt von der sorgfältigen und genauen Einhaltung aller technologischen Vorschriften, der Sauberkeit in der Produktion, von gleichbleibenden guten Rohstoffen und rechtzeitiger, strenger Kontrolle ab; zum Beispiel müssen die Rohstoffe bestimmten technischen Anforderungen entsprechen, was gleichbleibende - möglichst von demselben Ursprungsort stammende - Lieferungen verlangt. Jede Veränderung der Rohstoffnormen zieht eine Veränderung der Rezepturen und der Verfahren nach sich.

Der VEB EKL ist ein relativ alter Betrieb, der vom Siemenskonzern ohne Rücksicht auf Arbeits- und Umweltschutz oder Großräumigkeit und Arbeiterleichterung gebaut worden war. Hier war Mitte der fünfziger Jahre neben einer breiten Schicht ungelerner Arbeiter eine große Gruppe erfahrener und mit ihrem Betrieb eng verbundener Facharbeiter tätig. In dieser Zeit bestanden bereits gute Tradi-

3 Protokoll der Verhandlungen der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 24. - 30. März 1956, Bd. 1, Berlin 1956, S. 60.

4 Ebenda, Bd. 2, Berlin 1956, S. 1032.

5 Müller, Hans / Reißig, Karl, Wirtschaftswunder DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1968, S. 251.

6 Ende der fünfziger Jahre benötigte der VEB EKL z. B. bis zu 40 000 t Anthrazit jährlich.

tionen in der Wettbewerbs- und Neuererbewegung im Betrieb.<sup>7</sup> Demgegenüber gab es aber Tendenzen zur Verabsolutierung der eigenen Erfahrungen und zum Konservatismus gegenüber Erfahrungen und Erkenntnissen anderer Betriebe.

Aus den Beschlüssen der 3. Parteikonferenz der SED zur Weiterentwicklung der Industrie der DDR erwuchsen dem VEB EKL schwierige Aufgaben für die Steigerung der Produktion, die Erreichung einer gleichbleibenden Qualität der Erzeugnisse, die Erweiterung und Intensivierung der Forschung und Entwicklung vor allem für die fünfzehn Erzeugnisse, die besondere Bedeutung für die metallurgische Industrie, den Kalibergbau, die Feinmechanik/Optik, die Elektrotechnik/Elektronik und die Kinoindustrie hatten.<sup>8</sup> Um diese Aufgaben zu lösen, entsandte das Ministerium für Chemie der DDR vom 19. November bis zum 8. Dezember 1956 eine Studiengruppe in die UdSSR. Wie umfassend das Ministerium die Aufgaben sah und stellte, läßt sich aus der Zusammensetzung der Delegation ablesen. Ihr gehörten ein Wissenschaftler der Bergakademie Freiberg, der Produktionsleiter für anorganische Chemie im Ministerium für Chemie, ein leitender Mitarbeiter des VEB Buna und fünf Vertreter des VEB EKL an: der Parteisekretär, der Technische Direktor, der Kaufmännische Direktor, der Technologe und der Leiter der Abteilung Forschung und Entwicklung. Die Delegation erhielt den Auftrag, einen Erfahrungsaustausch über die Produktion von Elektroden, Lichtkohlen und Kohlebürsten einzuleiten und vor allem die Verwendung von Anthrazit in sowjetischen Betrieben zu studieren. Ferner sollte festgestellt werden, welche Anthrazitsorten für die Produktion von Elektroden in der UdSSR verwendet werden.<sup>9</sup>

Die Delegation führte in drei sowjetischen Ministerien Gespräche. Sie studierte Fragen der Produktion und der Forschung im Dnepr-Elektrodenwerk in Zaporoz'e, im Graphitelektrodenwerk in Novočerkassk und im Betrieb Elektrokohle in Kudino bei Moskau. Um den Aufenthalt maximal für den Erfahrungsaustausch zu nutzen, bildete die Delegation Studiengruppen. Während eine Gruppe zum Beispiel in Novočerkassk weilte, besuchte eine andere Kohlenschächte und ihre Aufbereitungsanlagen im Donezgebiet.

Das Dnepr-Elektrodenwerk in Zaporoz'e gehörte zu den Betrieben, die im Verlauf der sozialistischen Industrialisierung des jungen Sowjetlandes entstanden waren. Durch den deutschen Faschismus im zweiten Weltkrieg zerstört, war das Werk nach seiner Wiederingangsetzung im Jahre 1946 der größte Betrieb seiner Art in der UdSSR, großzügig und unter anderem nach den neuesten Erkenntnissen des Arbeitsschutzes bei günstigen Arbeitsbedingungen errichtet, also ein direkter Gegensatz zum Vorläuferbetrieb des VEB EKL. Der Betrieb wurde kontinuierlich weiter modernisiert, wobei Partei-, Gewerkschafts- und Betriebsleitung dem Neuererwesen große Aufmerksamkeit schenkten. Die Delegation besichtigte den Betrieb und führte Gespräche im Laboratorium zu den Prüfmethode, vor allem für Anthrazit.<sup>10</sup>

7 Vgl. 20 Jahre Parteiorganisation im VEB Elektrokohle. Brüder in eins nun die Hände, hg. v. der SED Betriebsparteiorganisation, Berlin 1966.

8 Vgl. Qualitätselektrode, Betriebszeitung des VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg, Nr. 1/1958, S. 3.

9 Vgl. Betriebsarchiv EKL 5265, Bericht über Reise in die Sowjetunion vom 19. 11. - 8. 12. 1956; 6065, Technischer Bericht über Reise in die Sowjetunion vom 19. - 29. 11. 1956.

10 Betriebsarchiv EKL 5265, Bericht über Reise in die Sowjetunion vom 19. 11.

Das Graphitелеktrodenwerk von Novočerkassk nahm Mitte der fünfziger Jahre seine Produktion auf. Der Betrieb war nach den neuesten Erkenntnissen von Wissenschaft und Technik erbaut worden, wobei ganze Arbeitsgänge mechanisiert und teilweise automatisiert worden waren. Der Produktionsablauf vollzog sich vom Rohstoffeingang bis zur Fertigung des Endproduktes kontinuierlich. Der gesamte Transport vom Rohmaterial bis zur Endfertigung lief über Transportbänder und Rollbahnen, auch schwere Gabelstapler dienten als Transportmittel.<sup>11</sup> Während in der Großkohlenfertigung des VEB EKL 1960 zum Beispiel elf Maschinentypen verwendet wurden, fand für den gleichen Arbeitsvorgang im Elektrodenwerk von Novočerkassk nur ein Typ Anwendung.<sup>12</sup> Der Maschinenpark, die Rezepturen, die Produktionsverfahren sowie die Ausbildung der Arbeiter und Ingenieure wurden ständig weiterentwickelt. Eine erheblich größere Zahl von Diplom- und Fachschulingenieuren arbeitete - wie auch in den anderen sowjetischen Betrieben für Kunstkohle- und Graphiterzeugnisse und anders als im VEB EKL in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre - direkt in der Produktion; demgegenüber lag der Anteil der über lange Praxis verfügenden Facharbeiter niedriger als im VEB EKL.<sup>13</sup>

Am intensivsten studierten die Delegierten aus dem VEB EKL das Werk Elektrokohle in Kudinovo. Die UdSSR begann den Betrieb Mitte der fünfziger Jahre vollkommen zu rekonstruieren. Wegen des großen Sortiments und der relativ geringen Stückzahl bei den meisten Erzeugnissen des Betriebes - die noch immer weit höher lagen als im VEB EKL - strebten die sowjetischen Fachleute bei der Rekonstruktion zunächst die Mechanisierung und Automatisierung einzelner Arbeitsgänge an. Sie gingen davon aus, daß die Mechanisierung und Automatisierung keine einmalige Aufgabe ist, sondern nur über die Senkung bzw. Standardisierung des Sortiments und die Erhöhung der Stückzahl in einem langen und komplizierten Prozeß erreicht werden kann.<sup>14</sup>

Im Vergleich zum Entwicklungsstand des VEB EKL hob die Studiengruppe hervor, "daß in der Sowjetunion eine Reihe von modernen Produktionsbetrieben in der Herstellung von Kunstkohle- und Graphiterzeugnissen besteht, die ... vorbildliche Einrichtungen in Hinblick auf Mechanisierung und Automatisierung sowie Arbeitsschutz entwickelt haben. Noch bestehende ältere ... Produktionsanlagen ... werden in großzügiger Weise nach denselben Gesichtspunkten modernisiert".<sup>15</sup> Die Delegation wies auf ein hohes Entwicklungstempo bei Kunstkohle- und Graphiterzeugnissen in der Sowjetunion hin.

Die Expertengruppe erfüllte die ihr gestellten Aufgaben. Darüber hinaus informierte sie die Wirtschaftsorgane der DDR über die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf dem Gebiet der Produktion von Kunstkohle und Graphiterzeugnissen sowie über die Struktur der Forschung und Entwicklung und deren Verbindung mit der Produktion in der UdSSR. Von den Erkenntnissen ihres Besuches in den drei sowjetischen Betrieben ausgehend, arbeiteten die

- 8, 12, 1956; Qualitätselektrode, a. a. O., Nr. 9/1959, S. 3; Nr. 10/1959, S. 2.

11 Qualitätselektrode, a. a. O., Nr. 6/1959, S. 3.

12 Ebenda, Nr. 29/1960, S. 3.

13 Gespräch mit dem damaligen Hauptenergetiker des EKL, Bruno Amling, am 6. 4. 1976 (Tonbandaufzeichnung des Autors).

14 Betriebsarchiv des EKL 5265, Bericht 1956; vgl. dazu auch ebenda, Bericht über Reise in die Sowjetunion vom 16. - 29. 10. 1962.

15 Ebenda, Bericht ... 1956.



Spezialisten des VEB EKL unter anderem folgende Vorschläge aus: 1. Prüfung von sieben in der UdSSR verwendeten Rohstoffen, die die DDR zu diesem Zeitpunkt noch aus dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet importierte; 2. Ausbau von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen in der DDR, Einsatz von Forschungskollektiven für die Mechanisierungs- und Automatisierungsmaßnahmen bei der Herstellung von Serien mit großer Stückzahl im VEB EKL, Erhöhung der Anzahl der Wissenschaftler und Ingenieure in der Produktion; 3. Vorschläge für eine Zusammenarbeit bei ausgewählten Erzeugnissen von der Forschung bis zur Prüfung.<sup>16</sup>

In bezug auf die Verwendung des Anthrazits ergab der Erfahrungsaustausch, daß in der UdSSR 1956 zwei Flöze abgebaut wurden, die den Anforderungen der Elektroden- und Anodenproduktion entsprachen. Die sowjetischen Wirtschaftsorgane sagten Lieferungen von Anthrazit aus diesen Flözen zu. Die Delegation wurde über die Lagerungsverhältnisse, die Förderkapazität und den voraussichtlichen Zeitpunkt der Veränderung der Qualität des Anthrazits informiert, damit sich der VEB EKL langfristig auf den Wechsel des Rohstoffes einstellen konnte, um die dann notwendigen Umstellungen ohne Schwierigkeiten vornehmen zu können.<sup>17</sup>

Durch das umfassende Studium der praktischen Erfahrungen und theoretischen Erkenntnisse der sowjetischen Arbeiter, Wissenschaftler und Ingenieure konnten die Spezialisten des VEB EKL Tendenzen und neue Fragestellungen für die perspektivische Entwicklung der Produktion von Lichtkohle- und Graphiterzeugnissen aufwerfen, die weitreichende Schlußfolgerungen von seiten des Staates erforderten. Das galt vor allem für die Maßnahmen zur Durchsetzung der Mechanisierung und Automatisierung, für die Erhöhung der Zahl der wissenschaftlichen und technischen Kräfte in Forschung, Entwicklung und Produktion sowie für die Umstellung auf weitere sowjetische Rohstoffe; darüber hinaus konnten Schlußfolgerungen über die Bedeutung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die Entwicklung der Produktion und über die Formen seiner Durchsetzung gezogen werden.

Die Betriebsleitung des VEB EKL wertete die Ergebnisse dieser Reise in die UdSSR nicht genügend aus. Der Studienaufenthalt war vom Ministerium für Chemie organisiert worden, das die Reise aber im Betrieb ebenfalls nicht auswertete. So wurden die gewonnenen Erfahrungen nur ungenügend genutzt.

Die SED faßte auf ihrem V. Parteitag (Juli 1958) Beschlüsse, mit deren Durchsetzung die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus abgeschlossen wurde. Sie betonte, daß die Steigerung der Produktion durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts mit Hilfe des sozialistischen Wettbewerbs und der weiteren Entfaltung der sozialistischen Demokratie erfolgen muß. Der Parteitag wies den Weg der weiteren Entwicklung der sozialistischen Industrie: politisch-ideologische, fachliche und kulturelle Qualifizierung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen sowie die verstärkte Herausbildung der sozialistischen Moral; Förderung der Wissenschaft und ihrer Verbindung mit der Produktion; sozialistische Rekonstruktion der Betriebe auf der Basis der modernsten Technik und Technologien, verbunden mit der Konzentration, Kooperation, Spezialisierung und Standardisierung der Produktion; Aufbau von völlig neuen Betrieben, vor allem der chemischen und elektrotechnisch-elektronischen Industrie als Grundlage für die Modernisierung ganzer Wirtschaftszweige. Da diese Aufgaben nicht in allen Industriezweigen und

16 Ebenda.

17 Ebenda; 6065, Technischer Bericht ... 1956.

Bereichen gleichzeitig gelöst werden konnten, legte der Parteitag fest, daß die Herstellung von Erzeugnissen mit einem hohen Veredlungsgrad gefördert werden soll.

Der V. Parteitag widmete den Fragen der chemischen Industrie besondere Aufmerksamkeit, weil diese in die gesamte Volkswirtschaft eingreift. Sie schafft die Voraussetzungen für eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern. Durch die chemische Industrie werden für eine Reihe von Zweigen der Volkswirtschaft Bedingungen für die Steigerung der Arbeitsproduktivität und der technischen Weiterentwicklung hervorgebracht. Mit seiner Orientierung auf die chemische Industrie faßte der Parteitag weitreichende Beschlüsse, die große Bedeutung für die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der DDR hatten.

Nach einer kritischen Analyse des erreichten Entwicklungsstandes der chemischen Industrie in der DDR und nach der Klarlegung des Weges zur Beseitigung wachstumshemmender Faktoren<sup>18</sup> beschloß die SED ein überdurchschnittliches Anwachsen dieses Wirtschaftszweiges. Als günstige Bedingungen für das beschleunigte Wachstum der chemischen Industrie hob der Parteitag hervor, daß die DDR über eine hochentwickelte Chemieindustrie mit relativ günstiger Rohstoffgrundlage verfügt. "Ihr Reichtum ist das große Kollektiv erfahrener Chemiker, Ingenieure, Verfahrenstechniker und Zehntausender Chemiarbeiter, von denen sich viele in den revolutionären Kämpfen der deutschen Arbeiterbewegung bewährt haben."<sup>19</sup> Seit der 3. Parteikonferenz hatte die DDR im Bereich des Hoch- und Fachschulwesens große Anstrengungen zur Heranbildung junger Kader für die Chemieindustrie unternommen. "Auf Grund der Vereinbarungen mit der Sowjetunion erfolgt auf bestimmten Gebieten der chemischen Industrie eine Kooperierung der Forschung und der Produktion. Die Sowjetunion gibt uns eine bedeutende Unterstützung, indem sie uns für die Entwicklung bestimmter Zweige der chemischen Industrie langfristige Kredite zur Verfügung stellt."<sup>20</sup>

Auf der Grundlage der Beschlüsse des V. Parteitages entstand das Chemieprogramm, das von einer Konferenz des ZK der SED und der Staatlichen Plankommission im November 1958 verabschiedet wurde. An der Konferenz nahm von seiten des VEB EKL der stellvertretende Parteisekretär, W. Quies, teil.

Die Zentrale Parteileitung des VEB EKL (ZPL) erarbeitete in Auswertung des V. Parteitages und der Chemiekonferenz eine Grundlinie für die schnelle Steigerung der Produktion, die qualitative Verbesserung der Erzeugnisse und die Senkung des Ausschusses als Hauptweg für die Senkung der Selbstkosten. Die ZPL ging von der Erkenntnis aus, daß diese Aufgaben nur durch die Mobilisierung aller Arbeiter und Angestellten gelöst werden konnten. Um alle Fähigkeiten und Fertigkeiten der Arbeiter zu entfalten, rückte die ZPL die Fragen der Qualifizierung der Arbeiter und Angestellten und deren Wirksamkeit in der Produktion in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Breiten Raum nahmen in der politisch-ideologischen Arbeit der ZPL die Unterstützung der FDJ-Arbeit und die fachlich und politische Qualifizierung der Lehrlinge und Schüler ein. Um die Forschung und die Überführung ihrer Ergebnisse in die Produktion zu verkürzen, forderte die ZPL von der Betriebsleitung, Forschungskollektive zu bilden, die sich aus Wissenschaftlern, Ingenieuren und Arbeitern zusammensetzen. Sie sollten mit konkreten Zielstel-

18 Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 10. bis 16. Juli 1958, Bd. 2, Berlin 1959, S. 1486 f.

19 Ebenda, Bd. 1, S. 74.

20 Ebenda.

lungen nach festen Terminen arbeiten. Einen solchen Forschungsschwerpunkt bildeten zum Beispiel jene Faktoren, die die Technologie des Betriebes beeinflussen. Auf der Grundlage dieser Führungskonzeption erarbeiteten die ZPL, die Betriebsleitung und die Betriebsgewerkschaftsleitung im Dezember 1958 einen konkreten Maßnahmenplan für die allseitige Auswertung der Chemiekonferenz und des Chemieprogramms im ganzen Betrieb, um eine breite und konkret auf den Betrieb abgestimmte Initiative zur Erfüllung des Chemieprogramms zu entwickeln.<sup>21</sup> Zweifellos fußten mehrere der konkreten Vorschläge dieser Konzeption auf den Erfahrungen, die die Studiengruppe des VEB EKL 1956 in den sowjetischen Betrieben gesammelt hatte.

Um die Anforderungen des V. Parteitages und der Chemiekonferenz an den Betrieb zu erfüllen und maximale Ergebnisse zu erreichen, beantragte die Leitung des VEB EKL über die VVB bei der Staatlichen Plankommission eine Reise in die Sowjetunion. Aufgrund dieses Antrags reisten zwei Delegationen des EKL vom 26. November bis zum 17. Dezember 1958 in die UdSSR. Zur Vorbereitung der Reisen studierten die Funktionäre der VVB und die Teilnehmer der Delegationen des VEB EKL die Reiseberichte aus dem Jahre 1956, analysierten den Erkenntniszuwachs und prüften, in welchen Betrieben der UdSSR für welche Aufgabenstellungen des VEB EKL Antwort gefunden werden könnte. Daran anschließend wurden die Reiserouten und die konkreten Fragestellungen erarbeitet.

Die eine Delegation besuchte die Elektrodenwerke in Novočerkassk und Zaporoz'je. Ihr gehörten der stellvertretende Parteisekretär, der stellvertretende Leiter des chemischen Labors, der Leiter der Elektrodenfabrik II und der stellvertretende Leiter der Brennerei an. Das Arbeitsprogramm dieser Delegation lautete: 1. Konsultationen über Fragen der Rohstoffe, Rezepturen, technologischen Fertigung, Prüfmethodik, Weiterentwicklung der Erzeugnisse; 2. Ausbildung des Leiters der Elektrodenfabrik II des VEB EKL während des Aufenthaltes der Delegation in allen Fragen des Mischens, Pressens usw. in den sowjetischen Betrieben - besonders an den Arbeitsplätzen, an denen subjektive Einschätzungen für die Qualität der Erzeugnisse erforderlich waren; 3. Studium der Arbeits- und Prüfmethoden in den Laboratorien; 4. Prüfung der Möglichkeiten, ob und welche Dokumentationen bzw. Rezepturen und Verarbeitungsvorschriften von seiten des VEB EKL den sowjetischen Betrieben übergeben werden können. Um den Wirkungsgrad des Erfahrungsaustausches zu erhöhen, wurden diese Schwerpunkte noch weiter untergliedert, die Studien auf Erkenntnisse zur Überwindung neuralgischer Punkte im unmittelbaren Produktionsprozeß des VEB EKL sowie auf Fragen nach dem Herangehen an theoretische Grundprobleme bei der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unter den konkreten Bedingungen der sowjetischen Betriebe orientiert.<sup>22</sup>

Aufbauend auf den Ergebnissen der Reise von 1956, konnte das Arbeitsprogramm 1958 wesentlich präziser formuliert werden: Es war stärker auf die perspektivische Entwicklung der Produktion des VEB EKL ausgerichtet, ohne jedoch die Tagesaufgaben zu vernachlässigen. Es orientierte von vornherein auch darauf, daß die Delegation des VEB EKL selbst Vorschläge zur Verbesserung der Produktion in den Elektrodenbetrieben der UdSSR machte. Der Spielraum zur Gewinnung von

21 Vgl. Bezirksparteiarchiv der SED Berlin (im folgenden: BPA), IV/7/046, Bde. 16, 17, 18.

22 Betriebsarchiv EKL 6536, Bericht von W. Quies über Reise in die Sowjetunion vom 26. 11. - 17. 12. 1958.

zusätzlichen Erkenntnissen, der bei der Expertengruppe von 1956 notwendigerweise noch sehr groß war, blieb erhalten,

Der Erfahrungsaustausch im Graphitelektrodenwerk von Novočerkassk erfaßte alle Bereiche der Produktion vom Eingang der Rohstoffe bis zur Qualitätsprüfung der fertigen Erzeugnisse. Im Mittelpunkt standen aber vor allem Fragen der Mechanisierung und Automatisierung des Arbeitsablaufes, Fragen der Senkung des Ausschusses, des Arbeitsschutzes und der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Arbeitern bei der Lösung von wissenschaftlich-technischen Aufgaben im Betrieb. Neben den hier genannten Problemen studierte die Delegation des VEB EKL im Dnepr-Elektrodenwerk in Zaporož'e vor allem die politisch-ideologische Arbeit der KPdSU, der Gewerkschaft und des Komsomol, die Einheit von politisch-ideologischer und sozialpolitischer Arbeit bei der Steigerung der Produktion, die Entwicklung der sozialistischen Demokratie im Betrieb, Fragen des Wettbewerbs, der Kulturarbeit, der Qualifizierung der Arbeiter und des Neuererwesens. Nach seiner Rückkehr beschrieb der stellvertretende Parteisekretär in der Betriebszeitung des VEB EKL ausführlich den sowjetischen Betrieb, die sozialen und kulturellen Errungenschaften der Arbeiter und Angestellten dort und resümierte, die sowjetischen Menschen "wissen, daß ihr Leben ständig besser und schöner wird und handeln auch danach".<sup>23</sup>

Die Delegation, die die Elektrodenbetriebe besuchte, erfüllte die gestellten Aufgaben; viele Fragen konnten geklärt werden, bei anderen wurden Lösungswege aufgezeigt. Als wichtige Erkenntnisse betonte die Delegation des VEB EKL: Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit vor allem unter der Jugend und in der DSF; Förderung der jungen wissenschaftlichen und technischen Kader; Erhöhung der Rolle des Meisters; Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den leitenden wissenschaftlichen und technischen Kadern und den Produktionsarbeitern durch Aussprachen und Schulungen; verstärkte Anwendung der Meßtechnik in der Produktion; Vorschläge für die Verbesserung des Produktionsablaufes, der Forschung und Erprobung unter den Bedingungen des VEB EKL sowie Einführung von bestimmten Pechen, Bindemitteln, Rezepturen und Nachbau bzw. Import von sowjetischen Maschinen.<sup>24</sup>

Der zweiten Delegation, die ebenfalls vom 26. November bis 17. Dezember 1958 in die UdSSR fuhr, gehörten R. Liedtke, Leiter der Bürstenfabrik, und R. Lenz, Leiter des Bürstenentwicklungslabors, an. Sie erhielten den Auftrag, den Erfahrungsaustausch über die Produktion von Elektrobürsten und Lagerbuchsen zu führen. Die Delegation studierte umfassend die Produktion des Betriebes Elektrokontakt in Kinešma an der Wolga und führte zwei Aussprachen mit einem führenden Wissenschaftler der UdSSR auf dem Gebiet der Elektrokohle zu Forschungs- und Entwicklungsproblemen.<sup>25</sup>

Der Betrieb in Kinešma produzierte einige Elektrobürstenmarken in großer Stückzahl, wodurch die Mechanisierung und Automatisierung erleichtert wurden. Als typische und für den Lichtenberger Betrieb vorbildliche Merkmale hob die Delegation den kontinuierlichen Arbeitsfluß, die beginnende Mechanisierung und Automatisierung, die gute soziale Versorgung der Werk tätigen, die Sauberkeit und Großräumigkeit des Betriebes hervor. Die Delegation des VEB EKL schlug vor, fünf Maschinentypen sowjetischer Bauart bei Neu- bzw. Ersatzinvestitionen zu impor-

23 Qualitätselektrode, a. a. O., Nr. 9/1959, S. 3.

24 Betriebsarchiv EKL 6536, Bericht von W. Quies ...

25 Ebenda 5265, Bericht ... 1958.

tieren und fünf Verfahren sowie fünf Rohstoffe nach Abschluß der Erprobungen unter den Bedingungen des VEB EKL bzw. nach Klärung der Beschaffungsmöglichkeiten einzuführen. Die Delegation zeigte in ihrem Bericht das Hauptkettenglied für die sozialistische Zusammenarbeit zwischen dem VEB EKL und den sowjetischen Betrieben für Elektrokohlen: "Solange auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung nicht engste Zusammenarbeit herrscht, ist eine Kooperation und Spezialisierung der Produktion nicht gegeben."<sup>26</sup>

Im Unterschied zu 1956 wurden die Reisen in die UdSSR 1958 im VEB EKL umfassend ausgewertet. Es fanden unter anderem Aussprachen in der Leitung und im Technischen Rat des Betriebes mit dem Ergebnis statt, daß einige Konstruktions- und Erprobungsarbeiten noch in den Plan für 1959 aufgenommen wurden. Bei der Realisierung des Planes wurden dann aber von seiten der Betriebsleitung Verzögerungen zugelassen.<sup>27</sup>

In Zusammenhang mit den Delegationsreisen in die UdSSR und der Auswertung des XXI. Parteitages der KPdSU (Januar/Februar 1959) fand die in der Geschichte des VEB EKL bis dahin breiteste und konkreteste Diskussion über die sozialistische Entwicklung in der UdSSR statt. Die Aussprache wurde mit den Fragen des Kampfes der UdSSR, der DDR und der anderen sozialistischen Staaten für Frieden und Entspannung in Mitteleuropa verknüpft. Die Betriebszeitung veröffentlichte eine Artikelserie über die Reisen nach Novočerkassk und Zaporoz'je. Der Betriebsfunk berichtete mehrfach über die Ergebnisse. Die Teilnehmer der Delegationen hielten Vorträge in Gewerkschafts- und Parteiversammlungen. Faktisch wurde jeder Angehörige des Betriebes mit den Ergebnissen der Reisen bekanntgemacht. Was ein Teilnehmer an einer Versammlung zusammenfassend in der Betriebszeitung schrieb, galt für den ganzen Betrieb: "Eins ist jedoch gewiß, manchem Kollegen wird diese persönliche Schilderung über seine bisherige Vorstellung und Einstellung zu Fragen der Sowjetunion zu denken geben."<sup>28</sup>

Im Mittelpunkt der propagandistischen Auswertung der Reisen standen: die Darstellung des Zusammenhangs zwischen der Friedenspolitik der KPdSU und der UdSSR und der Entwicklung der Produktion zum Wohle des Volkes sowie die Hilfe der Sowjetunion als Ausdruck des proletarischen Internationalismus. Besonders eindrucksvoll wurden die herzlichen Begegnungen mit den Sowjetmenschen geschildert, ihre kameradschaftliche Einstellung, ihr Eintreten für die kommunistischen Ideale und ihre Einstellung zum Betrieb, zur Arbeit, zum Lernen, zur Kultur und zum Leben.

Die breite und allseitige propagandistische Auswertung der Reisen führte dazu, daß die sowjetischen Erfahrungen, Erkenntnisse und Errungenschaften in den Erfahrungsschatz der Arbeiter und Angestellten des VEB EKL aufgenommen wurden. Die Auswertung der Reisen und die Aussprachen über den Betriebskollektivvertrag fielen zeitlich zusammen und befruchteten sich gegenseitig. Im Januar 1959 fanden im VEB EKL mehr als 50 Versammlungen zum Betriebskollektivvertrag mit nahezu 2 000 Teilnehmern statt. In Auswertung der Reisen in die UdSSR hatte die Leitung des VEB EKL zusätzliche Vorschläge zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Betriebskollektivvertrag aufgenommen. Die Arbeiter schlugen ihrerseits technische und organisa-

26 Ebenda.

27 Entsprechende Angaben machte Walter Quies im Gespräch mit dem Autor am 28. 3. 1976.

28 Qualitätselektrode, a. a. O., Nr. 8/1959, S. 3.

torische Verbesserungen im Betrieb, Maßnahmen zur Erleichterung der Arbeitsbedingungen und eines kontinuierlichen Arbeitsflusses in den Abteilungen vor.<sup>29</sup> All das mündete in die Diskussionen über die Rekonstruktion des Betriebes ein, die im Mai 1959 begannen.<sup>30</sup> Die Vorstellungen und Pläne für die Rekonstruktion orientierten sich an den sowjetischen Vorbildern.<sup>31</sup> Dies kam am deutlichsten darin zum Ausdruck, wie an das Problem des innerbetrieblichen Transports herangegangen wurde.

Da im VEB EKL jährlich weit über 100 000 t/km im innerbetrieblichen Transport bewältigt werden mußten und dies 1959 zum Teil noch mit Hand- und Elektrokarren erfolgte, werteten die Arbeiter und Angestellten die Angaben über die großzügigen Lösungen dieses Problems in den sowjetischen Betrieben besonders intensiv aus und erarbeiteten für den VEB EKL Vorschläge, die sie auf Transportkonferenzen 1959 und 1960, in Beratungen und in der Betriebszeitung unterbreiteten. In den konkreten Vorschlägen für die Verbesserung des Transports wurden die sowjetischen Erfahrungen aufgegriffen und auf die konkreten Bedingungen des VEB EKL schöpferisch angewendet. Der Betrieb kaufte sowjetische Transportmittel an und beauftragte 1960 eine Delegation, die Transportlösungen zu studieren, die in den sowjetischen Betrieben durch Förderbänder erreicht worden waren.<sup>32</sup>

Nach dem Beispiel der Brigaden der kommunistischen Arbeit in der Sowjetunion entwickelte sich unter der Führung der SED und mit aktiver Unterstützung des FDGB und der FDJ die Bewegung der Brigaden der sozialistischen Arbeit in der DDR. Ausgelöst wurde sie durch den Aufruf der Jugendbrigade "Nikolai Mamai" des VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld vom 3. Januar 1959. Die mit dem Titel "Verdiente Jugendbrigade der DDR" ausgezeichnete Schlosserbrigade "1. Mai" des VEB EKL gehörte zu den ersten, die die Initiative der Bitterfelder aufgriffen. Sie hatte bereits seit dem 1. Juni 1958 nach der Methode des sowjetischen Neuerers Nikolai Mamai die größeren Reparaturen und Neuanfertigungen nach der Planaufschlüsselung auf die täglichen Aufgaben ausgeführt. Durch schnelle Realisierung der Reparaturen in der Silitfabrik des VEB EKL hatte sie mit dazu beigetragen, daß diese ihre Verpflichtungen zum V. Parteitag der SED erfüllen konnte.<sup>33</sup> Die Jugendbrigade "1. Mai" stellte noch in der ersten Januarwoche 1959 ein konkretes Wettbewerbsprogramm auf und forderte die anderen Brigaden des Betriebes zum Wettbewerb heraus. Der Aufruf hatte das Ziel, eine Bewegung im Betrieb zu entwickeln, die die "Produktion erhöht, die Qualität unserer Erzeugnisse verbessert. Wir alle tragen den Nutzen - durch ein schöneres Leben; denn mehr, bessere und billigere Waren, mehr hochwertige Importe durch gute Exportproduktion wäre das Ergebnis".<sup>34</sup>

Am 14. Mai 1959 fand in Magdeburg eine Begegnung zwischen Mitgliedern sozialistischer Brigaden der DDR und Aktivisten der kommunistischen Arbeit aus der UdSSR statt, an der etwa 400 Personen teilnahmen. Im Auftrage der ZPL wertete

29 BPA, IV/7/046-17.

30 Vgl. ebenda.

31 Um die sowjetischen Erkenntnisse vollständiger anwenden zu können, schlug die Betriebszeitung vor, den Direktor des Graphitelektrodenwerkes von Novočerkassk als Berater für die Rekonstruktion des EKL heranzuziehen. (Qualitätselektrode, a. a. O., Nr. 10/1959, S. 2.)

32 Gespräch mit Bruno Amling am 6. 4. 1976.

33 Qualitätselektrode, a. a. O., Nr. 22/1958, S. 1.

34 Ebenda, Nr. 2/1959, S. 1.

H. Joswiakowski das Treffen im VEB EKL aus. Er hob als entscheidende Aufgaben für die weitere politisch-ideologische und organisatorische Arbeit hervor: Beteiligung der Meister an der Bewegung sozialistisch arbeiten, lernen und leben; Anwendung von Neuerermethoden als Kriterium des sozialistischen Wettbewerbs; Erhöhung der Aufmerksamkeit für die Einführung der neuen Technik; monatliche Abrechnung der Wettbewerbsbeschlüsse. Auf die Formung der sozialistischen Arbeiterpersönlichkeit wirken Arbeit, Qualifizierung, Brigadeleben und sinnvolle Freizeitgestaltung ein. Das Leben der sozialistischen Brigaden müsse auf die Familien ausstrahlen.<sup>35</sup> Vom Magdeburger Erfahrungsaustausch gingen starke Impulse für die Entwicklung der Wettbewerbs- und Neuererbewegung im VEB EKL aus.

Die ZPL griff die Anregungen und Hinweise auf, die der Magdeburger Erfahrungsaustausch vermittelt hatte, um die Bewegung des sozialistischen Arbeitens, Lernens und Lebens zu verbreitern. Besondere Aufmerksamkeit schenkte sie der Bildung von Frauen- und Jugendbrigaden, denen sie verantwortliche Aufgaben übertrug.

Die Verbindung der Erfahrungen von älteren Facharbeitern mit dem Wissen und der Experimentierfreudigkeit der Jugend wurde zu einem Schwerpunkt der politisch-ideologischen Arbeit. In diesem Zusammenhang führte die ZPL zahlreiche Diskussionen über die Rolle des Facharbeiters und die Fragen der Qualifizierung. Die Klärung dieser Probleme und eine klare Aufgaben- und Terminstellung, verbunden mit den sowjetischen Erfahrungen in der Zusammenarbeit von Arbeitern, Ingenieuren und Wissenschaftlern bei der Lösung von Problemen, führten im VEB EKL zu einem relativ schnellen Anwachsen der Wettbewerbs- und Neuererbewegung, der Arbeit der sozialistischen Brigaden und der sozialistischen Arbeitsgemeinschaften.

Die Ergebnisse im Wettbewerb zum zehnten Jahrestag der DDR hatten zu einem bedeutenden Teil ihre Wurzeln in der Umsetzung sowjetischer Erfahrungen im VEB EKL: Die Zahl der Teilnehmer am sozialistischen Wettbewerb stieg vom ersten bis zum dritten Quartal 1959 um zirka 300 und erfaßte nahezu alle Produktionsarbeiter. Im Oktober 1959 kämpften 16 Brigaden um den Titel "Brigade der sozialistischen Arbeit"; es arbeiteten bereits 27 sozialistische Arbeitsgemeinschaften. Die Teilnahme an Qualifizierungen und kulturellen Veranstaltungen stieg stark an. Die Zahl der Verbesserungsvorschläge wuchs von 112 im ersten Quartal auf 457 im dritten Quartal. Unter Führung der Partei nahmen die Arbeiter und Angestellten das schwierige Problem des innerbetrieblichen Transports in Angriff.<sup>36</sup>

Die Betriebsorganisation der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, die bis Anfang 1959 mit Großveranstaltungen und Beiträgen im Betriebsfunk und in der Betriebszeitung zu Aspekten der Kultur der Sowjetvölker aufgetreten war, veränderte unter dem Einfluß der Reise der Delegation in die Sowjetunion Form und Inhalt ihrer Arbeit. In den Brigaden organisierte sie jetzt Vorträge von Teilnehmern der Delegationen in die Sowjetunion über persönliche Erlebnisse und über wissenschaftlich-technische Themen. Sie bildete 1959 einen Zirkel zum Studium der "Presse der Sowjetunion"; 1961 kam ein zweiter Zirkel hinzu. Die Gruppe der DSF übernahm die Patenschaft über drei Projekte, die in Auswertung der Reisen vom November/Dezember 1958 beschlossen worden waren. Trotz großer

35 BPA, IV/7/046-18.

36 Ebenda.

organisatorischer und personeller Schwierigkeiten, die nur unter Führung und mit Unterstützung der Betriebsparteiorganisation gelöst werden konnten, aktivierte die DSF ihre Arbeit 1959/60 und wirkte bei der Herausbildung einer neuen Einstellung der Arbeiter und Angestellten zur UdSSR mit.<sup>37</sup>

Die Erfahrungen und Ergebnisse der Reisen von Delegationen des VEB EKL in die Sowjetunion zeigten die Notwendigkeiten und die Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches zwischen Betrieben der DDR und der UdSSR. In diesem Sinne wirkten die Ergebnisse auch dieser Reisen auf den Meinungsaustausch, den eine Partei- und Regierungsdelegation der DDR im Juni 1959 in der Sowjetunion führte und in dessen Ergebnis vereinbart wurde, "unmittelbare Kontakte und eine enge Zusammenarbeit zwischen Großbetrieben beider Länder herzustellen. Beide Seiten stimmen darin überein, daß die Bedingungen vorhanden sind und die Notwendigkeit herangereift ist, zu höheren Formen der brüderlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf ökonomischem Gebiet überzugehen, wie es in den Beschlüssen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe vorgesehen ist. Die Aufgabe besteht darin, die Arbeitsproduktivität in den sozialistischen Ländern ... zu steigern".<sup>38</sup>

Um die Arbeiter und die anderen Werktätigen in zunehmendem Maße in die Entwicklung der brüderlichen Beziehungen und in die Vertiefung des Zusammenwirkens der DDR und der UdSSR direkt einzubeziehen, beschloß das Sekretariat des ZK der SED in Übereinstimmung mit der KPdSU am 23. November 1959, den Delegations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Bezirksorganisationen der SED und Republiks- bzw. Gebietsorganisationen der KPdSU zu entwickeln.<sup>39</sup> Damit wurden das unmittelbare Kennenlernen der sowjetischen Erfahrungen durch wachsende Teile der Arbeiterklasse der DDR und die Herausbildung persönlicher Kontakte mit der sowjetischen Arbeiterklasse gefördert.

37 Vgl. ebenda, Bde. 17, 18, 19.

38 Kommuniqué über den Freundschaftsbesuch einer Partei- und Regierungsdelegation der DDR in der Sowjetunion, 19. Juni 1959, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. 3, Berlin 1968, S. 107.

39 Roßmann, Gerhard, a. a. O., S. 225.



## DIE ALLGEMEINE KRISE DES KAPITALISMUS UND DIE OKTOBERREVOLUTION

von Jürgen Kuczynski

In den Jahren der Kommunistischen Internationale sprachen wir von dem "offenen Ausbruch der allgemeinen Krise des Kapitalismus mit dem ersten Weltkrieg und der Oktoberrevolution".

Im Gegensatz zu der Meinung der überwältigenden Mehrheit der Marxisten heute, wollten wir damals in den zwanziger und zu Anfang der dreißiger Jahre damit nicht etwa sagen, daß die allgemeine Krise einen anderen Zeitraum des Kapitalismus als den des Imperialismus umfaßt, daß sie etwa eine spezielle Etappe (oder wie immer man den Zeitabschnitt nennen mag) innerhalb des Imperialismus darstellt. Wir hätten damals der Meinung, daß ein sterbender Kapitalismus noch in eine Phase einer besonderen allgemeinen Krise verfallen kann, die Frage entgegengehalten, was es denn noch für eine allgemeinere Krise geben kann, als zu sterben.

1947, in der ersten, in der wissenschaftlichen, Diskussion seines Buches über "Veränderungen in der kapitalistischen Wirtschaft im Gefolge des zweiten Weltkrieges"<sup>1</sup> sagte E. Varga: "Die allgemeine Krise des Kapitalismus kann man nicht auf ein bestimmtes Jahr, einen Monat oder gar einen Tag festlegen. Es gibt Genossen, die behaupten, die allgemeine Krise des Kapitalismus habe mit der Oktoberrevolution, mit dem Anfang der Spaltung der Welt in zwei Systeme begonnen. Genosse Stalin weist aber im Gegenteil darauf hin, daß der erste Weltkrieg ein Ausdruck der allgemeinen Krise des Kapitalismus gewesen sei. Wenn dem aber so ist, dann müssen wir sagen, daß die allgemeine Krise des Kapitalismus bereits damals bestand. Wenn eine Erscheinung ihren Ausdruck findet, dann muß sie auch existent sein. Das ist meine Auffassung. Wenn dem aber so ist, dann bedeutet dies, daß es schon vor 1914 eine allgemeine Krise des Kapitalismus gab."<sup>2</sup>

Wir sehen, damals, 1947, gab es schon sehr verschiedene Auffassungen über die allgemeine Krise des Kapitalismus, und sie haben sich in dieser Form bis heute gehalten, der Meinungsstreit geht weiter. Doch muß klar gesagt werden, daß wohl eine Mehrheit der Marxisten in unserer Republik zwar von dem Ausbruch der allgemeinen Krise des Kapitalismus mit dem ersten Weltkrieg und der Oktoberrevolution sprechen, also nicht "die Spaltung der Welt in zwei Systeme" als Grund

1 Diskussion über das Buch Veränderungen in der kapitalistischen Wirtschaft im Gefolge des zweiten Weltkrieges von E. Varga = 1. Beiheft zur Sowjetwissenschaft, hg. v. Jürgen Kuczynski, Wolfgang Steinitz, Berlin 1948, übersetzt aus: Mirovoe chozjajstvo i mirovaja politika, Nr. 11/1947.

2 Ebenda, S. 127.

der allgemeinen Krise des Kapitalismus sehen, sondern die inneren Widersprüche des Kapitalismus - daß diese Mehrheit aber nicht die, mir auch heute noch selbstverständliche, Auffassung teilt, daß, wenn die allgemeine Krise zu einem bestimmten Zeitpunkt aufgrund bestimmter Ereignisse offen ausbricht, sie zuvor unter der Oberfläche geschwelt haben, also vorhanden gewesen sein muß.

Wie Varga sehe ich daher den Beginn der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus vor dem ersten Weltkrieg. Sie beginnt mit der außerordentlichen Verschärfung der Widersprüche dadurch, daß die Monopole in den verschiedenen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern um 1900 - natürlich nicht alle im Jahre 1900, manche schon einige Jahre früher, manche erst einige Jahre später - zur Herrschaft kommen und so die Länder in imperialistische verwandeln.

Und in der Frühzeit des Imperialismus finden zwei Ereignisse statt, die die schwellende allgemeine Krise des Kapitalismus zum offenen Ausbruch bringen: der erste Weltkrieg und die Oktoberrevolution.

Die allgemeine Krise des Kapitalismus wäre auch ohne die Oktoberrevolution offen ausgebrochen. Nicht eine Revolution hat die allgemeine Krise des Kapitalismus hervorgerufen, sie ist vielmehr das Produkt der ständigen innerimperialistischen Widersprüche. Schon vor der Revolution von 1848 (und noch einige Zeit danach) glaubten Marx und Engels, daß der Kapitalismus in eine allgemeine Krise geraten wäre. Im "Kommunistischen Manifest" schreiben sie: "Seit Dezennien ist die Geschichte der Industrie und des Handels nur noch die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse, gegen die Eigentumsverhältnisse, welche die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind. Es genügt, die Handelskrisen zu nennen, welche in ihrer periodischen Wiederkehr immer drohender die Existenz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellen."<sup>3</sup> Engels hat später zu dieser Auffassung noch einmal, und zwar in der "Einleitung zu Karl Marx' 'Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850'" von 1895 Stellung genommen: "Die Geschichte ... hat klargemacht, daß der Stand der ökonomischen Entwicklung auf dem Kontinent damals noch bei weitem nicht reif war für die Beseitigung der kapitalistischen Produktion; sie hat dies bewiesen durch die ökonomische Revolution, die seit 1848 den ganzen Kontinent ergriffen und die große Industrie in Frankreich, Österreich, Ungarn, Polen und neuerdings Rußland erst wirklich eingebürgert, aus Deutschland aber geradezu ein Industrieland ersten Ranges gemacht hat - alles auf kapitalistischer, im Jahre 1848 also noch sehr ausdehnungsfähiger Grundlage."<sup>4</sup>

Stets haben die Klassiker des Marxismus-Leninismus den Niedergang des Kapitalismus, sein Sterben, also seine allgemeine Krise aus den Widersprüchen des Kapitalismus selbst abgeleitet - und uns diese Ableitung vor, nicht nach dem Ausbruch von Revolutionen gegeben!

Wie anders als 1847 war die Situation siebzig Jahre später! Welch einzigartige Bestätigung des Sterbens des Kapitalismus war die Oktoberrevolution! Von Janu-

3 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 467 f.

4 Engels, Friedrich, Einleitung zu Karl Marx' "Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850", in: Marx/Engels, Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 515.

ar bis Juni 1916 hatte Lenin "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" geschrieben und darin nachgewiesen, daß das Stadium des Imperialismus das Stadium des parasitären, des faulenden, des sterbenden Kapitalismus ist - nachgewiesen ausschließlich an Hand der Entwicklung, der Verschärfung, der gewaltigen Zuspitzung der Widersprüche des Kapitalismus.

Und im Oktober des folgenden Jahres führte diese gewaltige Zuspitzung der Widersprüche zu einer Explosion, wie sie einzigartig in der Geschichte der Menschheit war und geblieben ist: zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, zum Ausbruch eines Sechstels der Erde aus dem Herrschaftsbereich des Kapitals. Mußte Engels 1895 feststellen, daß der Kapitalismus 1848 eine "noch sehr ausdehnungsfähige Grundlage" hatte, so bewies die Große Sozialistische Oktoberrevolution, daß der Kapitalismus nicht nur auf, infolge seiner allgemeinen Krise, stark schwankendem Grund stand, sondern daß dieser Grund abzubröckeln begann, kleiner wurde, sich nicht mehr ausdehnte, sondern kleiner wurde.

Bisweilen, wenn die Menschheit sich durch einen ihrer ganz Großen der Wirklichkeit in ganz besonderer Weise bemächtigt, reagiert die Wirklichkeit eilig mit Beweisen für die Richtigkeit dieser Aneignung, gewissermaßen um uns alle auf die besondere Bedeutung dieser Leistung hinzuweisen - so auf das "Kapital" die Reaktion der Gründung der ersten großen marxistischen Arbeiterbewegung, der deutschen, und die Reaktion der Pariser Kommune, so auf den "Imperialismus" die Reaktion der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

Einzig aber ist es, daß der Mensch, der sich in so erstaunlicher Weise der Wirklichkeit bemächtigt hat, wie Lenin im "Imperialismus", auch der Führer der Wirklichkeit bei ihrem Antritt zum Beweise ist.

Es gibt eine neuere Richtung unter den amerikanischen Wirtschaftshistorikern - The New Economic History School -, die die Idee einer "counterfactual history" entwickelt hat, einer Geschichtsschreibung, die zum Beispiel statistisch untersucht, wie sich die amerikanische Wirtschaft ohne Eisenbahnen im 19. Jahrhundert entwickelt hätte. Eine solche Untersuchung hat einen Sinn, wenn man die Bedeutung eines Faktors wie die Eisenbahn für die Wirtschaftsentwicklung herausarbeiten will.

Überlegen wir einen Augenblick, was geschehen wäre, wenn die erste siegreiche Revolution der Arbeiterklasse später stattgefunden hätte.

Selbstverständlich hätte sich die allgemeine Krise des Kapitalismus weiter verschärft. Doch diese Verschärfung wäre ohne die Spaltung der Welt in zwei Gesellschaftssysteme, ohne die Existenz der Sowjetunion weniger akut gewesen. Auch wäre die Ausbeutung der Werktätigen, obgleich die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus nicht so stark, viel stärker gestiegen, viel brutaler gewesen. Denn die Existenz eines sozialistischen Landes hat stets einen gewissen Einfluß auf Grad und Methode der Ausbeutung im Kapitalismus - man denke nur an die Vorteile der Arbeiterklasse in der BRD durch die Existenz der benachbarten sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik.

Selbstverständlich hätte die Arbeiterklasse weiter gegen die steigende Ausbeutung gekämpft, hätte neue Methoden des Kampfes entwickelt, wie etwa die Betriebsbesetzungen, auch ohne die moralische und materielle Unterstützung - man denke zum Beispiel an die sowjetischen Hilfssendungen im englischen Generalstreik 1926 - eines sozialistischen Landes. Denn niemals senkt das Proletariat seine

Fahnen vor dem Feind, immer fanden und finden sich Hände, um sie hochzuhalten, allen sichtbar in die Zukunft weisend,

Aber -

die Geschichte hätte noch nicht den Beweis geliefert gehabt, daß die Arbeiterklasse die Macht erringen und eine sozialistische Gesellschaft aufbauen kann,

das Kapital hätte, wenn auch krisengeschüttelt, noch ungestört "seine" Welt, in der alle Menschen für seinen Profit arbeiten müßten, beherrscht,

das Proletariat hätte - ohne eine siegreiche marxistische Partei als Beispiel und auf das stärkste bedrängt von einem ausgebreiteten Reformismus und Opportunismus - seinen steten Kampf gegen ein in seiner Herrschaft unerschüttertes Monopolkapital führen müssen.

Noch breiter, viel detaillierter könnte man das Bild ausmalen, ganz "realistisch", weil es ein genaues Gegenbild zur Realität wäre. Doch diese wenigen Züge genügen, um zu zeigen, wie unsere Welt ohne die Oktoberrevolution ausgesehen hätte, und positiv: was die Oktoberrevolution für die Arbeiterklasse, für die ganze Menschheit bedeutet.

Sechzig Jahre sind am 7. November seit jenem gewaltigen Ereignis im Herbst des Jahres 1917 vergangen.

Sechzig großartige und sechzig schwere Jahre. Sie brachten die Befreiung eines Drittels der Menschheit von der Herrschaft des Kapitals. Sie zerbrachen das Jahrhundert alte Kolonialsystem des Kapitalismus. Sie brachten aber auch einen zweiten Weltkrieg sowie einen dreißig Jahre währenden Krieg in Vietnam und forderten bis auf den heutigen Tag schwerste Opfer des Weltproletariats.

Sechzig Jahre, in denen die Sowjetunion die stärkste Kraft des Sozialismus war. Sechzig Jahre, in denen das Sowjetvolk die größten Leistungen für eine neue Welt vollbracht hat.

Anders sieht unsere sozialistische Realität aus, als sie sich Marx und Engels vorgestellt haben, denn sie hatten gemeint, daß der Kapitalismus in einer Weltrevolution gestürzt werden würde. Anders sieht unsere sozialistische Realität aus, als sie sich Lenin vorgestellt hatte, denn er hatte erwartet, daß mehr Länder schneller dem Beispiel der Sowjetunion folgen würden.

Die Existenz des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium, in seiner allgemeinen Krise ist eine schwere Belastung auch des Sozialismus - mandenke nur an stete Kriegsgefahr und die Mittel, die wir aufbringen müssen, um ihr zu begegnen.

Je länger die allgemeine Krise des Kapitalismus dauert, desto furchtbarer sind ihre Folgen in den Ländern des Kapitals für die Menschen. Wenn Marx einst die Alternative vor die Menschheit gestellt hat: Sozialismus oder Verfall in die Barbarei, dann ist die Situation heute eine andere. Wir sehen, wie die Welt heute sowohl voranschreitet zum Sozialismus wie auch in Barbarei verfällt. Die allgemeine Krise des Kapitalismus ist zum Verfall in die Barbarei geworden, und diesen Verfall gilt es aufzuhalten und in seine gegenteilige Bewegung umzukehren durch den Sturz des Monopolkapitals in allen imperialistischen Ländern zur Rettung der Menschheit.

## DIE HANDELSBEZIEHUNGEN DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS ZU ARGENTINIEN (1918 BIS 1933)

von Werner Pade

1. Die Rolle Argentiniens in der deutschen Lateinamerikapolitik nach 1914
2. Die Wiederherstellung der deutsch-argentinischen Handelsverbindungen 1918 bis 1923
3. Der Übergang von der Wiederherstellung zur offensiven Nutzung der wirtschaftlichen Verbindungen (bis 1929)
4. Der deutsche Imperialismus auf dem Wege zur faschistischen Lateinamerikapolitik (1929 bis 1933)

Die ökonomische Ausbeutung und politische Unterwerfung schwächer entwickelter Länder gehört zum Wesen des Kapitalismus. Sie zeigen sich nicht nur in der Schaffung direkten Kolonialbesitzes, sondern auch in der Sicherung der finanziellen und ökonomischen Abhängigkeit anderer, politisch selbständiger Länder.

Unter den außereuropäischen Interessengebieten des deutschen Monopolkapitals sind am Beginn des 20. Jahrhunderts neben den Kolonien in Afrika und der Südsee auch die Länder Lateinamerikas zu finden, die in ihrer überwiegenden Mehrheit seit Beginn des 19. Jahrhunderts politisch selbständig waren. Ohne den dominierenden Einfluß des britischen und später des nordamerikanischen Kapitals ernsthaft gefährden zu können, gelang es dem deutschen Imperialismus, namentlich in Argentinien, Brasilien und Chile, bis zum ersten Weltkrieg bedeutende Positionen zu erringen. Nach Großbritannien nahm das Deutsche Reich den zweiten Platz im Handel mit Lateinamerika und in der Handelsschiffahrt zum La Plata ein. Das Bankkapital - bereits vor 1914 mit der Deutschen Bank an der Spitze -, Monopole der Elektro- und Schwerindustrie sowie der chemischen Industrie und hanseatische Reedereien und Überseefirmen dehnten ihre Verbindungen zu Lateinamerika aus. Die Tätigkeit preußisch-deutscher Militärs bei der Reorganisation lateinamerikanischer Armeen und die deutsche Auswanderung und Ansiedlung in Lateinamerika wurden, teilweise recht erfolgreich, zur Erhöhung des ökonomischen und politischen Einflusses genutzt.<sup>1</sup>

In Lateinamerika war Argentinien eines der begehrtesten Expansionsziele.

<sup>1</sup> Vgl. dazu Katz, Friedrich, Deutschland, Diaz und die mexikanische Revolution, Berlin 1964; Der deutsche Faschismus in Lateinamerika 1933 - 1943, Berlin 1966; Kannapin, Klaus, Die deutsch-argentinischen Beziehungen von 1871 -

# 1. Die Rolle Argentinien in der deutschen Lateinamerika-politik nach 1914

In Argentinien entstand nach dem ersten Weltkrieg und besonders seit der Weltwirtschaftskrise eine einheimische Industrie, deren Entwicklung vor 1945 ein weit aus höheres Niveau erreichte als in anderen Ländern Lateinamerikas, ohne daß die rückständige Agrarstruktur und die Abhängigkeit vom Imperialismus überwunden wurden.

Das internationale Monopolkapital gab unter Ausnutzung seines Einflusses auf die Entwicklung der argentinischen Wirtschaft früher als in anderen ökonomisch und finanziell abhängigen Ländern seinen Widerstand gegen eine Industrialisierung auf und ging dazu über, sich in den neu entstehenden Wirtschaftszweigen Einfluß und Profit zu sichern. In dieser für die kapitalistische Entwicklung Argentinien entscheidenden Phase trug das ausländische, darunter mit einem erneut wachsenden Anteil das deutsche Kapital dazu bei, die relative Rückständigkeit und Abhängigkeit zu vertiefen. Die im wesentlichen gleiche ökonomische Stoßrichtung der einzelnen imperialistischen Staaten führte zu heftiger Konkurrenz untereinander um den argentinischen Markt.

Die Grundlagen für den Einfluß des deutschen Kapitals wurden vor dem ersten Weltkrieg geschaffen.<sup>2</sup> Die entscheidenden Kräfte der deutschen Kapital- und Wirtschaftsverbindungen mit Lateinamerika waren die Großbanken (Deutsche Bank mit der Deutschen Überseeischen Bank; Disconto-Gesellschaft und Dresdner Bank mit der Deutsch-Südamerikanischen Bank), die Monopol der Schwerindustrie (Krupp, Mannesmann, Klöckner, Thyssen, die Gutehoffnungshütte, die Deutsche Kohledepot-G. m. b. H.), der Elektroindustrie (AEG und Siemens mit der Deutschen Überseeischen Elektrizitäts-Gesellschaft) und der Chemie (Fried. Bayer & Co.) sowie die führenden Hamburger und Bremer Reedereien (in der La Plata-Fahrt die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft vor der Hamburg - Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd) und die großen Überseefirmen.

Eine während des Krieges vorgenommene Aufstellung deutschen Wertpapierbesitzes im Ausland verzeichnete für Argentinien 552 649 353 Mark<sup>3</sup>, das damit nach Österreich-Ungarn, Rußland, den USA, Großbritannien, der Türkei und Rumänien den siebenten Platz noch vor China, Mexiko und Frankreich einnahm.<sup>4</sup> Die Mehrheit der deutschen Kapitalien war in Staats- und Kommunalanleihen angelegt.

1914 unter besonderer Berücksichtigung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und der Auswanderungspolitik, phil. Diss. Berlin 1969; Hell, Jürgen, Die Politik des deutschen Reiches zur Verwandlung der drei brasilianischen Südstaaten in ein überseeisches Neudeutschland (1890 - 1914), phil. Diss. Rostock 1966. - Die ausführliche, materialreiche Darstellung von Ebel, Arnold, Das Dritte Reich und Argentinien. Die Wirtschaftsbeziehungen unter besonderer Berücksichtigung der Handelspolitik 1933 - 1939, Köln/Wien 1971, stellt vor allem die enge Verbindung zwischen dem deutschen Monopolkapital und seinen Vertretern am La Plata, der offiziellen Diplomatie und den faschistischen Organisationen unzureichend dar.

<sup>2</sup> Vgl. Kannapin, Klaus, a. a. O.

<sup>3</sup> Zentrales Staatsarchiv Potsdam (im folgenden: ZStA), Reichswirtschaftsministerium (im folgenden: RWM), Nr. 19952, Bl. 192 ff., Geheime Aufstellung v. 23. 8. 1916.

<sup>4</sup> Ebenda, Bl. 208.

Die wilhelminische Lateinamerikapolitik konzentrierte sich vor allem auf die ökonomisch-politische Durchdringung der ABC-Staaten (Argentinien, Brasilien, Chile). Sie konnte sich dabei in Argentinien auf eine einflußreiche Gruppierung deutscher und deutsch-argentinischer Großkapitalisten stützen, die über enge Verbindungen zum argentinischen Wirtschaftsleben und zu den an der Macht befindlichen Klassen - bis 1916 der traditionellen Landaristokratie, danach bis 1930 der aufstrebenden Industriebourgeoisie - verfügten.

Die Unterbrechung der Verbindungen zwischen Deutschland und Argentinien ab etwa 1915 und der alliierte Wirtschaftsboykott gegenüber deutschen Firmen konnten den Einfluß des deutschen Kapitals am La Plata nach der Niederlage des deutschen Imperialismus von 1918 verringern; dennoch blieb er nicht unbedeutend.<sup>5</sup> An der grundsätzlichen Zielstellung gegenüber Argentinien änderte die geschwächte Position des deutschen Kapitals nichts; sie schränkte die Möglichkeiten für eine Expansion jedoch erheblich ein.

Lateinamerika rückte nach der Niederlage des deutschen Imperialismus und der Unterzeichnung des Versailler Vertrages an die Spitze der von der deutschen Monopolbourgeoisie begehrten Auslandsmärkte und potentiellen politischen Partner. Sie forderte offen die Beteiligung an der Ausnutzung des "letzten freien Kontinents"<sup>6</sup> und betrachtete Lateinamerika als Region mit relativ günstigen Möglichkeiten für die Erhaltung allen verbliebenen ökonomischen Einflusses und den baldigen Übergang zu seiner Erweiterung. Nicht zuletzt ergab sich die Stoßrichtung Lateinamerika aus dem Verlust der Kolonialgebiete und der Hoffnung auf die Nutzung der lateinamerikanischen Märkte und Ressourcen mit kolonialpolitischen Methoden, aber ohne direkte Annexion.

Die Vorkriegspositionen, die Existenz einer einflußreichen Deutschen Handelskammer in Buenos Aires (seit 1916), der Bedarf an industriellen Fertigwaren aus Deutschland und das Interesse an der Lieferung von Rohstoffen und Lebensmitteln lenkten größtes Interesse auf Argentinien. Wie bereits in schwächerem Maße vor 1914 spielte in der Planung einer erneuten deutschen Einflußnahme die Überlegung eine Rolle, von Argentinien aus die Durchdringung anderer Länder Lateinamerikas zu erreichen.

Als Befürworter einer Wiederanknüpfung und Nutzung der Verbindungen mit Lateinamerika traten in der Weimarer Republik dieselben Kräfte der deutschen Monopolbourgeoisie in Erscheinung wie vor 1914. Sie gehörten ohne Ausnahme zu den führenden Unternehmen ihrer Wirtschaftszweige und sicherten ihr Interesse an Lateinamerika innerhalb der Gesamtkonzeption der deutschen Monopolbourgeoisie hauptsächlich über den Reichsverband der Deutschen Industrie. Bereits 1915 war auf Initiative des ehemaligen Staatssekretärs im Reichskolonialamt und Aufsichtsratsvorsitzenden der Darmstädter und Nationalbank, Bernhard Dernburg, der Deutsche Wirtschaftsverband für Süd- und Mittelamerika gegründet worden<sup>7</sup>, seit 1909 war der Deutsch-Argentinische Centralverband zur Förde-

5 Vgl. Sommi, Luis, Los capitales alemanes en la Argentina. Historia de su expansión (Deutsches Kapital in Argentinien. Geschichte seiner Ausbreitung), Buenos Aires 1945, S. 40; Einwirkungen des Weltkrieges auf die Volkswirtschaft Argentiniens. Studie der Deutschen Handelskammer in Buenos Aires, Buenos Aires 1920.

6 Frankfurter Zeitung, 7. 11. 1919.

7 Vgl. ZStA, RWM, Nr. 90, Bl. 109; ZStA, Auswärtiges Amt (im folgenden: AA), Nr. 4886, Bl. 75.

rung wirtschaftlicher Interessen (DACV) tätig, dessen Leitung in der Weimarer Republik Conrad von Borsig übernahm.

Beide Verbände richteten zusammen mit dem Verein für das Deutschtum im Ausland, dem Hauptverband deutscher Flottenvereine im Ausland, dem Handelsvertragsverein, dem Deutschen Auslands-Institut und anderen Einrichtungen noch während des Krieges, am 14. April 1918, eine vertrauliche Eingabe an das Auswärtige Amt, in der sie die "kaum zu überschätzende Bedeutung" Lateinamerikas für das industrielle Ausfuhrgeschäft und den Nachkriegshandel betonten.<sup>8</sup> Sie einigten sich über die Entsendung von Vertrauensleuten zur Erkundung der Wirtschaftslage in den Ländern Lateinamerikas, speziell für den Absatz deutscher Waren, über die gemeinsame Finanzierung von Studiendelegationen, deren Anliegen unter anderem die Festigung der Beziehungen zu den Auslandsdeutschen sein sollte, sowie über die Vergabe von Stipendien an lateinamerikanische Bürger zum Studium in Deutschland.<sup>9</sup> Wenige Tage nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes im November 1918 schrieb der DACV: "Argentinien ist nach wie vor von allen Überseegebieten dasjenige, mit dem wir am ehesten wieder in umfassende wirtschaftliche Beziehungen werden treten können, sowohl wegen der großen Menge der dort angesammelten Rohstoffe wie auch wegen des großen Bedarfs an Industriewaren aller Art, der dort herrscht."<sup>10</sup>

Die kleine Schicht der ökonomisch und in den politischen Vereinen der deutschen Kolonie von Buenos Aires führenden Deutschen strebte zunächst eine Wiederherstellung jener wirtschaftlichen Verhältnisse an, die vor 1914 eine relativ ungehinderte Entwicklung des Handels garantiert hatten.

Der 1916 gegründete Deutsche Volksbund für Argentinien propagierte eine als unpolitisch getarnte, kulturell begründete Sammlung aller Kräfte der Deutschen in Argentinien, die exakt in das Konzept der sich formierenden außenpolitischen Revanchepolitik des deutschen Monopolkapitals paßte. Die Haltung des Deutschen Volksbundes stimmte in ihren Grundpositionen mit der der kolonialpolitischen Zweckverbände und anderer Propagandaorganisationen überein. Die gleiche Position bezog die ebenfalls 1916 - zunächst zur Abwehr des alliierten Wirtschaftsboykotts - gegründete Deutsche Handelskammer in Buenos Aires.<sup>11</sup> Nach dem Kriege wurde sie zum Sammelpunkt der handelspolitischen Interessen des deutschen Kapitals in ganz Lateinamerika und behauptete unter den später entstehenden deutschen Handelskammern in Lateinamerika die führende Position. Auf ihre Initiative erfolgte 1921 die Gründung der Geschäftsstelle der deutschen Handelskammern in den lateinamerikanischen Ländern (Gelatino) in Hamburg.<sup>12</sup>

Als die Friedensbedingungen und ihre Fixierung im Versailler Vertrag eine schnelle Wiederaufnahme der Überseeverbindungen für das deutsche Kapital illusorisch werden ließen, erhoben seine aggressivsten Vertreter Protest. Er richtete sich gegen die Konfiszierung der Überseeflotte, der überseeischen Kabel, gegen die Reparationszahlungen und die im Zusammenhang damit von den deutschen Regierungen erzwungenermaßen errichteten Außenhandelsbeschränkungen.

8 ZStA, AA, Nr. 4884, Bl. 174, 172.

9 Ebenda, Bl. 187.

10 Deutsches Wirtschaftsinstitut (im folgenden: DWI), Nr. 2050, Bericht der Sitzung des Vorstandes und des Ausschusses des DACV, 21. 11. 1918.

11 Vgl. Der Bund, Organ des Deutschen Volksbundes für Argentinien, Buenos Aires, 1916 ff.

12 Vgl. ZStA, AA, Nr. 44176, Bl. 8.



Der Reichsverband der Deutschen Industrie hatte relativ große Bewegungsfreiheit in handelspolitischen Fragen erwartet, und zwar aus dem bereits 1857 zwischen Preußen und Argentinien abgeschlossenen, später auf das Reich übertragenen Vertrag über Freundschaft, Handel und Schifffahrt, der von der gegenseitigen Meistbegünstigung ausging. Ebenso hatte er mit prodeutschen Motiven der argentinischen Neutralität im Weltkrieg spekuliert.<sup>13</sup>

Die Einschränkung der handelspolitischen Selbständigkeit des deutschen Imperialismus veranlaßte die am Geschäft mit Argentinien interessierten Gesellschaften zunächst zu einer Kampagne gegen "deutschfeindliche Firmen". Das führte schließlich dazu, daß die Handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes eine Anweisung an alle diplomatischen und konsularischen Vertretungen erließ, in der vor "gegnerischer Wirtschaftsauskundschaftung" gewarnt und verlangt wurde, alle "deutschfeindlichen Firmen" - wohlgemerkt mit Ausnahme derjenigen, die für die Anknüpfung neuer Verbindungen nützlich sein könnten - in Berlin namhaft zu machen.<sup>14</sup>

In der Propaganda für die Erneuerung bzw. Vertiefung der Beziehungen mit Lateinamerika und speziell mit Argentinien verbreitete die großbürgerliche und "hansatische" Presse in Deutschland, die deutschsprachigen Presseorgane "Deutsche La Plata-Zeitung" (monarchistisch) und "Argentinisches Tageblatt" (republikanisch) in Europa Zweckpessimismus, während sie in Lateinamerika sehr zuversichtlich auftraten.<sup>15</sup> Diese Zuversicht war zum Teil durch die Haltung der argentinischen Regierung gerechtfertigt, die selbst eine Wiederherstellung der Wirtschaftsverbindungen mit Deutschland als dem vor 1914 zweitwichtigsten Absatzmarkt landwirtschaftlicher Erzeugnisse Argentiniens anstrebte.

Das deutsche, am Geschäft mit Argentinien interessierte Kapital strebte insbesondere die Sicherung fester Verbindungen für die Beschaffung von Rohstoffen an, den Absatz industrieller Fertigwaren, den Kapitalexport und Kapitalanlagen in Lateinamerika, die Schaffung handelspolitischer, organisatorischer und finanzieller Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Überseebeziehungen sowie den Wiederaufbau der Überseeflotte.

## 2. Die Wiederherstellung der deutsch-argentinischen Handelsverbindungen 1918 bis 1923

Obwohl der Versailler Vertrag und die innenpolitische Situation in Deutschland eine schnelle und umfassende Wiederherstellung der Handelsverbindungen mit Lateinamerika behinderten, gelang es dem deutschen Kapital bis zum Ende der revolutionären Nachkriegskrise erneut, einen vorderen Platz unter den Abnehmern argentinischer Landesprodukte zu erobern. Die Überseebanken beherrschten nach wie vor die Finanzierung der Handelsgeschäfte; stärker als vor 1914 orientierten sie sich auf die Zusammenarbeit mit dem einheimischen argentinischen Kapital. Die deutschen Monopole der Chemie und Elektroindustrie konnten auch nach 1918

13 Vgl. ebenda, Nr. 4787, Bl. 179, Reichsministerium des Innern (im folgenden: RdI) an AA, 31. 1. 1920.

14 Vgl. ebenda, Nr. 4732, Bl. 586, Rundschreiben des AA, 12. 12. 1919.

15 Vgl. ebenda, Nr. 44515, Bl. 12 f., Deutsche Gesandtschaft Buenos Aires (im folgenden: Dt. Ges.) an AA, 10. 5. 1920; ebenda, Nr. 45478, Bl. 2 f., AA an RdI u. Deutschen Handelstag, 18. 4. 1921.

Ihre Rolle bei der Mitbestimmung des Weltstandes und die sehr enge Zusammenarbeit mit dem internationalen Monopolkapital ausnutzen, um Vorkriegspositionen zurückzuerobern. Die Unternehmen der Schwerindustrie nutzten das völlige Fehlen einer schwerindustriellen Basis am La Plata zum Absatz ihrer Erzeugnisse. Sowohl die Hochkonjunktur der argentinischen Wirtschaft unmittelbar nach Kriegsende als auch die 1920 einsetzende Krise veranlaßten die argentinische Regierung zur Förderung des Exports nach Europa.

Die lückenhafte deutsche Statistik weist nach, daß bis 1923 dem Wert nach mit Abstand Wolle und Tierhäute sowie Getreide an der Spitze der deutschen Einfuhr aus Argentinien standen, während deutscherseits Eisen- und Stahlwaren, Chemikalien, Maschinen, Drogen und Papierwaren dominierten.<sup>16</sup>

Nachdem 1919 die ersten Lebensmittellieferungen aus Buenos Aires in Deutschland eingetroffen waren, gelangten Mitte 1920 die ersten Sendungen deutscher Industrieprodukte mit gecharterten Schiffen nach Argentinien.<sup>17</sup>

Die Lebensmittel wurden aus Argentinien in bedeutenden, allerdings nicht zahlenmäßig fixierbaren Mengen über die Niederlande nach Deutschland geleitet, auch über belgische und skandinavische Häfen, vereinzelt sogar über Italien.

Schiffahrts- und Handelsgesellschaften aus Hamburg und Bremen forderten lautstark die "Freiheit des Handels und der Meere". Sie kauften nicht nur ehemals ihnen gehörende Schiffe zurück bzw. bauten neue, sie nutzten auch die ihnen aus Steuerermitteln gezahlten Entschädigungen als wichtiges Mittel zur Wiederaufnahme der Überseeschifffahrt. Dreißig Milliarden Mark hatten sie aus dem Reedereiabfindungsvertrag und der sogenannten Nachentschädigung erhalten, die wesentlich dazu beitrugen, daß Deutschland bis 1923 in der La Plata-Fahrt hinter Großbritannien und Italien wieder den dritten Platz einnehmen konnte.<sup>18</sup> Nach zeitgenössischen Berechnungen liefen 109 deutsche Schiffe mit einer Gesamttonnage von 539 982 Bruttoregistertonnen 1923 gegenüber 198 mit 822 319 Bruttoregistertonnen im Jahre 1913 Buenos Aires an.<sup>19</sup>

Durch Abkommen der Hamburg - Amerika-Linie mit der United American Line und des Norddeutschen Lloyd mit der U. S. Mail Steamship Company erreichten die Reedereien 1920 eine Zusammenarbeit mit nordamerikanischen Gesellschaften, noch bevor das USA-Kapital nach dem deutsch-amerikanischen Sonderfrieden und in größerem Umfang nach Unterzeichnung des Dawes-Plans nach Deutschland strömte.

Die Wiederaufnahme der Schiffahrtsverbindungen zum amerikanischen Kontinent erhielt durch die 1920 einsetzende Exportoffensive des deutschen Monopolkapitals

16 Laut Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 44. Jg. 1923, betrug 1923 die Ausfuhr nach Argentinien 209,8 Millionen Goldmark = 3,4 % des gesamten deutschen Exports; der Import aus Argentinien 358,3 Millionen Goldmark = 5,8 % des gesamten Imports. Argentinien nahm damit die 11. Stelle im deutschen Export und die 4. im deutschen Import ein.

17 Vgl. Überseedienst, Nr. 65/1923, S. 666.

18 Vgl. Wätgen, Hermann, Der Wiederaufbau der deutschen Handelsschifffahrt nach dem Weltkriege, Leipzig 1926; Die Hamburg Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft seit ihrer Gründung, o. O. 1930.

19 Vgl. Grotewold, Christian, Die Entwicklung der deutsch-argentinischen Beziehungen in der Nachkriegszeit, in: Argentinische Rundschau, Buenos Aires, Nr. 7/1924, S. 2.

neuen Anreiz. Damit und durch die starke Emigration aus Deutschland konnten die Reedereien einen bedeutenden Anteil am Überseege­schäft zurückerobern.

In heftiger Konkurrenz gegeneinander erreichten die Hamburg - Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd und nach ihnen auch die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft und die Stinnes-Linie Konzessionen zur Auswandererbeförderung nach Südamerika.<sup>20</sup>

Angesichts der finanziellen Misere in Deutschland bedienten sich verschiedene Firmen nach dem Scheitern deutsch-argentinischer Kreditverhandlungen des bargeldlosen Austausches. Zu den großen Nutznießern der Kompensationsgeschäfte gehörte 1921 die Friedr. Krupp AG, die Weizen gegen die Lieferung von nicht weniger als 30 000 Tonnen Schienen an die argentinischen Staatsbahnen bezog.<sup>21</sup>

Häufiger waren jedoch die Versuche, in Argentinien einen Warenkredit zur Aufnahme der Handelstätigkeit zu erhalten. Ein großsprecherisches Angebot des bereits zur Persona non grata erklärten Gesandten Graf Luxburg über einen 100-Millionen-Peso-Kredit von deutschen, deutsch-argentinischen und argentinischen Großkapitalisten konnte nicht verwirklicht werden.<sup>22</sup> Dennoch erfolgten weitere Vorstöße auf privater oder Regierungsebene. Dabei wurde deutlich, daß das Hauptanliegen aller Gruppen in der Schaffung von Voraussetzungen für dauerhafte Handelsverbindungen und weiterreichenden ökonomischen Einfluß bestand. Deutlicher als auf anderen Gebieten erhellten die Anleiheverhandlungen, daß der Einfluß des deutschen Kapitals in Argentinien im Verhältnis zum stark gewachsenen Einfluß des USA-Kapitals geringer geworden war, obwohl die deutschen Überseebanken während des Krieges eine günstige Entwicklung genommen hatten.<sup>23</sup>

Die Kreditverhandlungen scheiterten. Die dabei geschaffenen Kontakte führten jedoch zur Ausdehnung der bestehenden Wirtschaftsbeziehungen. Das wurde 1922 deutlich, als die argentinische Regierung unter dem Druck der landwirtschaftlichen Absatzkrise in Berlin ein Angebot zu Vergünstigungen bei der Abnahme von Wolle, Fleisch und Getreide unterbreitete<sup>24</sup>, die sehr weitgehenden deutschen Forderungen nach einem Kredit von 500 Millionen Goldpesos für den Ankauf von 700 000 Tonnen Weizen jedoch ablehnte.<sup>25</sup> In dieser Situation betonte der einflußreiche deutsch - argentinische Grundbesitzer Francisco Mühlenkamp in einer Denkschrift für den Präsidenten Yrigoyen, wie sich die Interessen Deutschlands und Argentinien ergänzten, und leitete daraus die Notwendigkeit ab, die Wirtschaftsbeziehungen zu fördern. Er empfahl die Vergabe eines 100-Millionen-Peso-Kredits, die Bildung einer Landwirtschaftsbank und einer Verkaufsorganisation des deutsch-argentinischen Handels sowie gemischte deutsch-argentinische Industriebetriebe.<sup>26</sup>

20 Vgl. ZStA, AA, Nr. 29917, Bl. 23 ff., 31 f., 50, 68 ff., 180 ff., Anträge und Verhandlungen über Konzessionen.

21 Vgl. ebenda, Nr. 44515, Bl. 145 f., Aufzeichnung v. 8. 2. 1922.

22 Vgl. ebenda, Nr. 4731, Bl. 359 f., von Luxburg an Staatssekretär des Reichskolonialamtes Solf, 1. 12. 1918.

23 Vgl. Deutsch-Südamerikanische Bank, Banco Germánico, Berlin-Charlottenburg 1926; Deutsche Überseeische Bank 1886 - 1936, Berlin 1936; Deutsche Überseeische Bank, Banco Alemán Transatlántico, Banco Alemão Transatlántico, Berlin (West) 1961.

24 Vgl. ZStA, AA, Nr. 44515, Bl. 124.

25 Vgl. ebenda, Bl. 132.

26 Vgl. ebenda, Bl. 204 ff., Denkschrift Mühlenkamp an Präsident Yrigoyen, 17. 4. 1922 (Abschrift, spanisch).

Auch diese Verhandlungen scheiterten, behinderten aber nicht die Herstellung dauerhafter Verbindungen zum Import argentinischer Fleischprodukte. Die bedeutendste der daran interessierten Firmen, die Hamburger Fleisch-Einfuhr-Gesellschaft, bildete mit deutschem und argentinischem Kapital in Buenos Aires die *Compafia Exportadora de Carnes Argentinas*. Stinnes sicherte sich einen einmaligen Auftrag über die Verschiffung von 60 000 Tonnen Gefrierfleisch und 50 000 Stück Lebewild, <sup>27</sup> Deutsches Kapital beteiligte sich auch an der Gründung des *Frigerifico Argentino-Alemán* in der Provinz Entre Ríos.

Die deutschen Monopole im Argentiniengeschäft verbanden die Wiederaufnahme des Absatzes von Industrieerzeugnissen mit Bemühungen um den Rohstoffbezug. Der Versuch deutscher Banken und Erdölfirmen, sich in Argentinien einen Ersatz für andere vorläufig nicht zugängliche Rohstoffquellen zu schaffen, blieb jedoch erfolglos. Neben den Aktivitäten der Deutsch-Südamerikanischen Bank in der Provinz Salta, auch zusammen mit der argentinischen "Astra"<sup>28</sup>, gewann das Vorgehen der Deutschen Bank (Deutsche Petroleum AG) und der Stinnesgruppe an Bedeutung. <sup>29</sup> Die beiden Banken investierten zunächst unabhängig voneinander, dann gemeinschaftlich bedeutende Summen in den Erdölgebieten von Comodoro Rivadavia und Chubut. Die überragende Stellung der nordamerikanischen und einiger britischer Erdölgesellschaften und die Anfänge einer nationalen Erdölpolitik veranlaßten die deutschen Gesellschaften jedoch zum Rückzug.

Kurz vor dem Kriege hatte das deutsche Reich Baumwolle aus den argentinischen Nordprovinzen bezogen. Der ehemalige Landwirtschaftsexperte der deutschen Gesandtschaft, Ernst Pfannenschmidt, arbeitete ein umfassendes Projekt aus<sup>30</sup>, um durch deutsche Siedler die Versorgung Deutschlands mit Baumwolle und später auf diesem Wege eine Stärkung des deutschen Einflusses auf Argentinien zu erreichen. <sup>31</sup> Die deutsche Regierung, speziell die Handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes, erhoffte sich hierdurch auch eine Stärkung der deutschen Position in anderen Ländern Lateinamerikas<sup>32</sup> und befürwortete das Projekt trotz gewisser politischer und finanzieller Bedenken. <sup>33</sup> Es scheiterte daran, daß zwar die Bremer Baumwollbörse, nicht aber die in Argentinien interessierten Großunternehmen zur Finanzierung des Planes bereit waren, weil das den ihnen selbst verbliebenen Einfluß gefährdet hätte. Sie verfolgten bei ihrer Zusammenarbeit mit den internationalen Monopolen durchaus eigene Ziele. <sup>34</sup>

Eine Reihe von Firmen sahen Möglichkeiten zur Vergrößerung ihres Einflusses darin, ihre Unternehmen in Gesellschaften lateinamerikanischen oder spanischen Rechts zu verwandeln. Wie aus der Deutsch-Südamerikanischen Bank 1920 der *Banco Germánico de la América del Sur* mit dem Sitz in Madrid geworden war,

27 Vgl. ebenda, Nr. 45567, Bl. 1 ff.

28 Vgl. ebenda, Nr. 2547, Bl. 551 ff., Streng vertraulicher Bericht über die Situation im Erdölgebiet von Comodoro Rivadavia, Ende Mai 1922.

29 Vgl. Ufermann, Paul/Hüglin, Carl, Stinnes und seine Konzerne, Berlin 1924.

30 Vgl. ZStA, AA, Nr. 45864, Bl. 1 ff., Eingabe Dr. Pfannenschmidt an Reichskanzler, 21. 12. 1920.

31 Vgl. ebenda, Bl. 3.

32 Vgl. ebenda, Bl. 69, AA an Reichsfinanzministerium, Febr. 1921.

33 Vgl. ebenda, Bl. 72.

34 Siehe dazu ausführlich Pade, Werner, Die Expansionspolitik des deutschen Imperialismus gegenüber Lateinamerika 1918 - 1933, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 4/1976, S. 578 ff.

wurde 1921 aus dem größten aller deutschen Auslandsunternehmen vor dem ersten Weltkrieg, der Deutschen Überseeischen Elektrizitäts-Gesellschaft, die Compañía Hispano-Americana de Electricidad (CHADE), Während die Umwandlung mit Hilfe der führenden spanischen Banken erfolgte, geschah die weitere Belieferung über die Société Financière de Transports et Entreprises Electriques (SOFINA) in Brüssel, von der wiederum die Verbindungen zum Bankhaus Tornquist, einer ursprünglich deutschen Gründung, führten. "Deutscher Einfluß und starke deutsche Geldbeteiligung bleiben erhalten", konstatierte das Auswärtige Amt.<sup>35</sup>

AEG und Siemens gelang es noch 1918/19, die Transradio Internacional auf der Basis einer von Argentinien erhaltenen Konzession für den Funkverkehr von und nach Argentinien zu gründen.<sup>36</sup> Obwohl die Vorbereitungen weit fortgeschritten waren, einigten sich die beiden Firmen mit den gleichfalls an diesem Geschäftsinteressierten Gesellschaften der USA, Großbritanniens und Frankreichs über ein gemeinsames Vorgehen. Dieses Verhalten wurde vom deutschen Außenminister Simons, der die politische Bedeutung eines rein deutschen Funknetzes nach Argentinien hervorhob, scharf kritisiert.<sup>37</sup> Dennoch bevorzugten diese Gruppierungen der Elektroindustrie eine Annäherung an die Konzerne der Alliierten. Die Rückgabe deutscher Vorkriegsanteile durch die Geschäftspartner in New York, London und Paris förderte die Zusammenarbeit und garantierte dem deutschen Kapital in Lateinamerika einen raschen Positionsgewinn. Anfang 1924 war der direkte Funkverkehr zwischen Argentinien und Deutschland möglich.

Auf ähnliche Weise, mit Unterstützung nordamerikanischer und britischer Gesellschaften, gelang den Aktionären der konfiszierten Kabelgesellschaften bereits 1923 der Zugang zum Fernspreckverkehr mit Asien, Afrika und Lateinamerika. Zur Finanzierung erhielt die Deutsche Bank als Hauptaktionär auf dem Höhepunkt der Inflation vom Harriman-Konzern eine 10-Millionen-Dollar-Anleihe.<sup>38</sup>

So gelang den expansionistischen Kräften der Elektroindustrie bereits in diesem Zeitraum auf einzelnen Gebieten der Einbruch in die imperialistische Konkurrenz und teilweise die Einflußnahme auf neue Bereiche des argentinischen Wirtschaftslebens.

Die deutschen schwerindustriellen Unternehmen, bei denen eine solche internationale Zusammenarbeit weitgehend fehlte, hatten die Wiederherstellung der Verbindungen zum La Plata in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg recht erfolgreich betreiben können. Der mit der argentinischen Industrialisierung wachsende Bedarf an Produktionsmaschinen und Ausrüstungen sowie die Wiederaufnahme der Lieferungen für die Staatsbahnen hatten das Vordringen der schwerindustriellen Monopole mit Krupp und Mannesmann an der Spitze gefördert. Sie hatten zusammen mit Henschel, HANOMAG, MAN, Schwartzkopff, den Linke-Hoffmann-Werken und den Humboldt-Werken seit der Jahreswende 1919/20 ständig argentinische Regierungsaufträge erreicht und sich gegenüber der imperialistischen Konkurrenz eng zusammengeschlossen.

35 Vgl. ZStA, AA, Nr. 45484, Bl. 6.

36 Vgl. 25 Jahre Telefunken 1903 - 1928, Festschrift, Berlin 1928; Sommi, Luis, a. a. O., S. 145.

37 Vgl. ZStA, AA, Nr. 21996, Bl. 5 f., Simons an Reichspostministerium, 20. 1. 1921.

38 Vgl. DWI, Nr. 4189, Aufsichtsratssitzung vom 17. 1. 1922 u. 31. 3. 1925; Streng vertrauliches Protokoll der AR-Sitzung v. 11. 6. 1923.

1921 bildete die Thyssengruppe die Compañia Industrial y Mercantil Thyssen "Lametal", die sich der Einfuhr von Halbfabrikaten und deren Verarbeitung und Vertrieb widmete. 1923 entstanden die Establecimientos Klöckner. Das Interesse der schwerindustriellen Firmen an der Rohstoffgewinnung (zum Beispiel Erdöl, Wolfram und andere Mineralien) konnte nur in geringem Umfang verwirklicht werden.<sup>39</sup>

Sein Gesamtpotential sicherte dem deutschen Monopolkapital auch nach Compiègne und Versailles die Überlegenheit gegenüber Argentinien. Es erlaubte trotz der schwierigen Situation des deutschen Imperialismus im eigenen Land und der Konkurrenz in Lateinamerika, eine relativ schnelle Wiederherstellung der ökonomischen, vorwiegend der Handelsverbindungen, nach Argentinien und eine relativ erfolgreiche Durchdringung des Landes.

### 3. Der Übergang von der Wiederherstellung zur offensiven Nutzung der wirtschaftlichen Verbindungen (bis 1929)

In der Periode der relativen Stabilisierung konnte der deutsche Imperialismus seine ökonomischen Positionen ausbauen und zur Forderung nach politischer Gleichberechtigung im Kreis der übrigen Großmächte übergehen. Er trat immer nachdrücklicher mit dem Anspruch auf seine Wiedereinordnung in die Phalanx der großen imperialistischen Staaten auf und erreichte seine ersten Erfolge über die Konferenz von Locarno und den Völkerbund. Das Bestreben zur Sicherung außereuropäischer Märkte, das vor allem als Forderung nach erneutem Kolonialbesitz sichtbar wurde, nahm einen wichtigen Platz in seiner außenpolitischen Zielstellung ein. Hierbei war die ökonomische Expansion ein entscheidendes Mittel zum Ausbau der internationalen Stellung des deutschen Imperialismus. Sie war, wie Gustav Stresemann 1925 ausdrücklich betonte, das Feld, auf dem für die herrschenden Kreise der Weimarer Republik zuerst Erfolge möglich waren.<sup>40</sup>

Auf die Wiederherstellung der Beziehungen sollte die offensive Durchdringung der Außenmärkte folgen.

In Lateinamerika sah das deutsche Monopolkapital auch weiterhin das wichtigste Reservoir zur Rohstoffbeschaffung sowie eine entscheidende Sphäre deutscher Kapitalanlage und industriellen Exports außerhalb Europas. Seine ökonomische Stärke und politische Stellung unter den lateinamerikanischen Ländern garantierten Argentinien den ersten Platz in der deutschen Lateinamerikapolitik.

Der deutsch-argentinische Austausch zwischen beiden Weltkriegen erlebte in den Jahren 1927 bis 1929 seinen Höhepunkt.<sup>41</sup> Argentinien wurde 1926 bis 1928 dem Wert nach zum zweitwichtigsten deutschen Bezugsland überhaupt. In diesen Jahren stieg der Anteil der direktexportierenden Monopole am Handel auf Kosten der

39 Vgl. Sommi, Luis, a. a. O., S. 105 f.

40 Vgl. Stresemann, Gustav, Politik und Weltwirtschaft in ihren Wechselbeziehungen, in: Hamburger Übersee-Jahrbuch 1925, S. 113.

41 1928 exportierte Deutschland für 374 Millionen Mark nach Argentinien; 1927 bezog es für 1076 Millionen Mark Erzeugnisse von dort. (Vgl. Statistik der industriellen Ausfuhr Deutschlands 1925 - 1929, hg. v. Reichsamt des Innern, Berlin 1930, S. 8 f.; Statistisches Handbuch von Deutschland 1928 - 1944, hg. v. Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, München 1949, S. 412 f., 454.

Hamburger und Bremer Überseefirmen. Die deutschen Exporte erreichten 1928/29 ihre größte Ausdehnung, die Importe aus Argentinien 1927/28. Ihre Zusammensetzung veränderte sich im Vergleich zu den ersten Nachkriegsjahren nur unwesentlich. 1929 wurde Argentinien zum ersten deutschen Weizenlieferanten; aber auch der überwiegende Teil der anderen aus Lateinamerika bezogenen Waren, darunter Gefrierfleisch<sup>42</sup>, stammte aus Argentinien.

Wie in den vorangegangenen Jahren war die deutsche Außenhandelsbilanz mit Argentinien stark passiv. Das blieb deutscherseits das Hauptargument für die Förderung des deutschen Exports zum La Plata. Die Jagd nach Rohstoffen und Profiten erhöhte das Interesse des deutschen Imperialismus an Lateinamerika. Es zwang ihn zur intensiven Ausnutzung der imperialistischen Widersprüche unter seinen Konkurrenten einerseits und zur begrenzten Zusammenarbeit mit ihnen andererseits.

An der erheblichen Ausdehnung der Handelsbeziehungen in den Jahren vor der Weltwirtschaftskrise profitierten die großen Schifffahrtsgesellschaften. Die Konzentration in der Überseeschifffahrt<sup>43</sup> begünstigte die Rückeroberung des zweiten Platzes Deutschlands in der La-Plata-Fahrt - mit weitem Abstand zu Großbritannien.

Die Tätigkeit des deutschen Kapitals in Argentinien war zwischen 1924 und 1929 vor allem durch folgende Momente gekennzeichnet:

1. die nach wie vor überragende Rolle der Überseebanken;
2. die Stärkung des Einflusses der Chemie- und Elektrokonzerne (der keine gleichwertige Erweiterung der Positionen der vor und unmittelbar nach dem Weltkrieg sehr einflußreichen schwerindustriellen Unternehmen gegenüberstand);
3. die Verstärkung der Zusammenarbeit mit der sich entwickelnden argentinischen Industriebourgeoisie und der traditionellen Landaristokratie;
4. die wachsende Verflechtung des internationalen Monopolkapitals bei seiner Tätigkeit in Argentinien einerseits und das erneute Hervortreten des deutsch-britischen Gegensatzes andererseits;
5. die Teilnahme am Ausbau des Luftverkehrsnetzes nach und in Lateinamerika und eine ständige Erweiterung des Schiffsverkehrs.

Die Deutsche Überseeische Bank und die Deutsch-Südamerikanische Bank waren seit Jahrzehnten in Argentinien aktiv und hatten von dort ihren Wirkungsbereich auf andere Länder Lateinamerikas ausgedehnt.<sup>44</sup> Die Deutsche Überseeische

42 Auseinandersetzungen in bezug auf Gefrierfleisch begannen 1925 mit der Festlegung eines bis dahin nicht üblichen Kontingents für die zollfreie Einfuhr nach Deutschland. Die Kontingentierung wurde unter ständigen argentinischen Protesten schrittweise zurückgenommen und in der Weltwirtschaftskrise völlig aufgehoben.

43 Die Hamburg - Amerika-Linie übernahm 1925/26 die Hugo-Stinnes-Linie, die Austral-Linie (Hamburg) und die Kosmos-Linie (Bremen); im Norddeutschen Lloyd gingen die Roland-Linie, die Lübecker Reederei Horn und die Hamburg-Bremer Afrika-Linie auf.

44 Vgl. Lück, Karlheinz, Die Entwicklung der englischen, deutschen und nordamerikanischen Bankinteressen in Südamerika, wirtschaftswiss. Diss. Quakenbrück 1939.

Bank verfügte in Argentinien über Filialen in Córdoba, Rosario, Mendoza und Santa Fé und war darüber hinaus in Brasilien, Chile, Peru, Uruguay, Bolivien und Spanien tätig.<sup>45</sup> Die Deutsche Bank als ihr Hauptaktionär konnte 1929 ihren Einfluß auf alle wichtigen deutschen Finanzaktionen in Lateinamerika entschieden festigen, als sie nach der Fusion mit der Disconto-Gesellschaft der Deutschen Überseeischen Bank die Brasilien-Bank<sup>46</sup> unterstellte. Die deutschen Banken hatten sich zunächst auf die Finanzierung des Handels konzentriert. Nach dem Weltkrieg begannen sie sich immer stärker auf die direkte Beteiligung an der Wirtschaft der Länder Lateinamerikas zu orientieren, in erster Linie durch Finanzierung von deutschen und zunehmend von argentinischen Unternehmen. Außerdem profitierten die deutschen Banken noch aus ihrem Altbesitz an Anleihen, der Mitte der zwanziger Jahre auf 5 bis 6 Millionen Reichsmark geschätzt wurde.<sup>47</sup>

Das Hauptabsatzgebiet Deutschlands blieb die Belieferung der argentinischen Staatsbahnen, wenn die Aufträge auch gegenüber den ersten Nachkriegsjahren zurückgingen. Da der Ausbau des argentinischen Kohlebergbaus wie der Energiebasis überhaupt gerade erst im Aufbau begriffen war, sicherten sich die Monopole des Ruhrgebiets über die Deutsche Kohledepot-G. m. b. H. einen ständigen Anteil an der Kohleversorgung Argentiniens. Sie nutzten den britischen Kohlearbeiterstreik, um 1926 vorübergehend einen großen Teil der englischen Lieferungen zu übernehmen, behielten aber auch danach einen höheren Anteil als vorher.<sup>48</sup>

Im Handel mit Eisen- und Stahlwaren dominierte das deutsch-argentinische Bank- und Handelshaus Staudt & Co. Es importierte über seine Technische Abteilung und ab 1927 über die mit dem Handelshaus gleichen Namens gegründete *Bromberg y Compañía* als einziges Handelsunternehmen in Lateinamerika ganze Fabrikanlagen und montierte sie.<sup>49</sup>

Der Einfluß der deutschen schwerindustriellen Monopole auf die Förderung der außereuropäischen ökonomischen Expansion läßt sich deutlicher als in der unmittelbaren wirtschaftlichen Tätigkeit durch ihren erheblichen Einfluß auf die Leitung des Deutschen Wirtschaftsverbandes für Süd- und Mittelamerika und des Deutsch-Argentinischen Centralverbandes nachweisen. Charakteristisch für das Vorgehen der Schwerindustrie in Argentinien war ihre enge Verbindung zu den Filialen der deutschen Großbanken und über diese sowie durch die Bildung der Siemens-Rheinelbe-Schuckert-Union auch zur Elektroindustrie. Mit ihr waren in Argentinien häufig auch die Bau- und Konstruktionsfirmen liiert, in erster Linie die Philipp Holzmann AG, Wayss & Freytag, Dykerhoff & Widmann, Grün & Bilfinger, die Siemens Bauunion und die AG für überseeische Bauunternehmungen. Sie profitierten an der argentinischen Industrialisierung, dem Ausbau der Verkehrsverbindungen (Brücken- und Tunnelbau) und dem Bestreben der argentinischen Oligarchie, ihr Kapital in Bauten sicher und dauerhaft anzulegen.

Die deutschen Chemie- und Elektrokonzerne hielten enge Verbindung zu nordamerikanischen Gesellschaften. Die AEG gründete 1925 nach Aufnahme einer 10-Mil-

45 Vgl. *Handbuch der deutschen Aktien-Gesellschaften 1924/25*, Bd. Ia, S. 78 f.

46 Bei der Brasilien-Bank handelte es sich um eine Tochtergesellschaft der Disconto-Gesellschaft, die aber lange nicht die Bedeutung der Deutschen Überseeischen Bank (von der Deutschen Bank gegründet) und der Deutsch-Südamerikanischen Bank (Gründung der Dresdner Bank) erreichte.

47 Vgl. ZStA, AA, Nr. 43863/1, Bl. 16, Dt. Ges. an AA, 7. 9. 1926.

48 Vgl. *Geschäftsbericht der Deutschen Kohledepot-G. m. b. H.*, o. O. 1924 ff.

49 Vgl. *Staudt & Co. 1887 - 1937*, o. O. o. J., S. 43, 47 f.



lionen-Mark-Anleihe von der National City Bank of New York, die ihr Beziehungen zu einer der führenden Gesellschaften am La Plata, The Electric Bond & Share Co., einbrachte, die Compañía Argentina de Electricidad. Daran beteiligten sich auch Thyssen und Stinnes. Die traditionelle Abgrenzung der Interessen der AEG und der General Electric Co. sowie speziell in Argentinien die Zusammenarbeit bei der Kontrolle des Funkverkehrs sicherten eine erfolgreiche Nutzung der AEG-Anlagen in Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko und anderen lateinamerikanischen Ländern.<sup>50</sup> Der wohl bedeutendste Vorstoß zwischen 1924 und 1929 gelang den Elektrokonzernen durch die Übernahme des Sindicato Eléctrico Argentino durch die AEG und Felten & Guillaume und seine Umwandlung in die Sociedad Electro-Metalúrgica Argentina.<sup>51</sup>

Die deutsch-nordamerikanische Zusammenarbeit fand wesentliche Ergänzungen durch die Abgrenzung der Interessen bei der Stromversorgung und im Straßenbahnwesen von Buenos Aires mit Großbritannien bzw. der belgischen SOFINA. Das deutsche Kapital hatte aber nach 1918 auch die Verbindungen zu kleineren Nationen (wie Spanien, der Schweiz, Belgien usw.) genutzt, um Teile der an die USA, England oder Frankreich verlorenen Vorkriegspositionen zurückzuerobern. Mit Unterstützung von USA-Konzernen konnte die Deutsch-Atlantische Telegraphen-Gesellschaft 1927 den Kabelverkehr Emden - Azoren - New York wieder aufnehmen und gleichzeitig ihren Anteil an den argentinischen Telefongesellschaften vergrößern.<sup>52</sup> In das Jahr 1928 fielen die unmittelbaren Vorbereitungen zur Eröffnung des direkten Fernsprechverkehrs Berlin - Buenos Aires.<sup>53</sup>

Die Elektrokonzerne verfügten in Argentinien über großen Einfluß. Die Siemens-Schuckert-Werke beispielsweise waren an der in Belgien ansässigen SOFINA, der schweizerischen Brown, Boveri & Co. und der spanischen Cía. Hispano-Americana de Obras Públicas y Financieras direkt beteiligt; durch ihre führenden Aktionäre besaßen sie geschäftliche und persönliche Verbindungen zu Staudt, der Kreditgesellschaft Cía. Financiera Unitas, der DÜB und den Bankhäusern Delfino und Tornquist.<sup>54</sup>

In der Chemieindustrie entstanden bis zur Weltwirtschaftskrise als wichtigste Tochtergesellschaften der zur IG Farben AG gehörenden Bayer Farbenfabriken die Anilinas Alemanes (1926) und La Química Bayer (1928, zuerst als Absatzorganisation). Durch die Einigung der Bayer Farbenfabriken mit der ursprünglich als Tochtergesellschaft in den USA gegründeten The Bayer Inc. wurde die Exportoffensive der IG Farben wesentlich unterstützt. Bis 1926 gelang in mehreren Verträgen die Sicherung von 75 Prozent des gesamten Anilinabsatzes in Lateinamerika, wobei die deutsche Seite auf den nordamerikanischen Markt verzichtete.<sup>55</sup>

Das Vordringen der chemischen Firmen - neben den IG Farben auch Merck und Schering - wurde dadurch erleichtert, daß die im ersten Weltkrieg entstandenen argentinischen Betriebe der imperialistischen Konkurrenz nicht gewachsen waren und viele von ihnen ihre Tätigkeit einstellen mußten. Die deutsch-argentinische Firma Retienne, Vertreter der Köln-Rottweil AG, erwarb beispielsweise

50 Vgl. DWI, Nr. 4065 (6); Sommi, Luis, a. a. O., S. 165.

51 Vgl. ebenda, S. 134.

52 Vgl. DWI, Nr. 4189, AR-Sitzung v. 31. 3. 1925 u. 19. 3. 1929.

53 Vgl. ZStA, AA, Nr. 46070, Bl. 161 ff.

54 Vgl. Sommi, Luis, a. a. O., S. 123 ff.

55 Vgl. Ter Meer, Fritz, Die I. G. Farben Industrie Aktiengesellschaft, Ihre Entstehung, Entwicklung und Bedeutung, Düsseldorf 1953, S. 60.

1927 einen Großauftrag zum Bau eines Munitionsdepots und einer Pulverfabrik für die argentinische Armee. 56

Noch vor der Weltwirtschaftskrise drangen deutsche Flugzeugfirmen erfolgreich vor - in Argentinien Junkers, in Brasilien die Lufthansa -, und von Spanien aus erfolgten die ersten Postflüge per Zeppelin. 57

Ein weiterer Aktivposten des deutschen Kapitals blieb der bedeutende, in seinem exakten Umfang nicht nachzuweisende deutsche Großgrundbesitz, wo Lahusen, Mühlenkamp, Ellerhorst, Grüneisen die größte Rolle spielten.

Nach nordamerikanischen Berechnungen waren bis 1926 die deutschen Investitionen in Argentinien auf 326 Millionen Dollar angestiegen<sup>58</sup> - eine Zahl, die der Wahrscheinlichkeit nahekommen dürfte, wenn man bedenkt, daß allein zwischen 1919 und 1928 neunzig "argentinische" Gesellschaften mit deutscher Mehrheitsbeteiligung entstanden. 59 Durch den Weltkrieg und die ökonomisch-politische Situation des deutschen Imperialismus in den ersten Nachkriegsjahren wurden engere Beziehungen zwischen dem deutschen Monopolkapital und dem argentinischen Wirtschaftsleben wesentlich begünstigt. Zur Vertiefung dieser Beziehungen bediente sich der deutsche Imperialismus während der Weimarer Republik demagogisch einer antiimperialistischen Terminologie, die an den Antianquismus der auftretenden lateinamerikanischen Bourgeoisie anknüpfte. Er rechnete einerseits mit der Stimmung eines großen Teils der argentinischen Bevölkerung gegen die USA-Expansion (und zwar bis zu Gruppen der traditionellen Landaristokratie, für die die USA, anders als die westeuropäischen Staaten, einer der Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt waren), er mußte zum anderen die Bindung Argentiniens an den britischen Markt berücksichtigen. Das Bündnis des deutschen Kapitals mit der einen oder anderen Macht war meist vorübergehender Natur. Dennoch überwog in Argentinien vor der Weltwirtschaftskrise wieder deutlich die Zusammenarbeit mit dem nordamerikanischen und die heftige Konkurrenz mit dem britischen Kapital.

Der Wettlauf um den argentinischen Markt fand seinen Ausdruck in den Bestrebungen zur Neuregelung der Handelsverhältnisse, zum Ausbau der bereits starken Positionen der - damals - "neuen" Industrien, wie Chemie, Elektroindustrie oder Flugzeugkonstruktion, sowie zur Sicherung bedeutender Aufträge für die Belieferung der Staatsbahnen.

Die deutsche Außenpolitik bediente sich der ökonomischen Expansion der Monopole zur Gewinnung von Einflußsphären und politischen Verbündeten. Der Ausbau der wiedererrungenen Stellung in Südamerika sollte ein Baustein im Streben nach Neuverteilung der Interessengebiete sein. Die Wirtschaftskrise setzte der begonnenen Offensive vorläufig Grenzen.

56 Vgl. Die Republik Argentinien, Nr. 2/1927, S. 37.

57 Vgl. Bundeskalender 1927, hg. v. Deutschen Volksbund für Argentinien, Buenos Aires 1926, S. 137.

58 Vgl. Sommi, Luis, a. a. O., S. 43.

59 Vgl. ebenda, S. 44.

#### 4. Der deutsche Imperialismus auf dem Wege zur faschistischen Lateinamerikapolitik (1929 bis 1933)

Die Weltwirtschaftskrise machte die Gebrechen des Kapitalismus deutlich. Die herrschenden Klassen versuchten, die Krisenlasten auf die Werktätigen abzuwälzen und der daraus resultierenden Zuspitzung des Klassenkampfes durch eine politische Rechtsentwicklung Herr zu werden. International verschärfen sich die imperialistischen Widersprüche in Ökonomie und Politik und ließen die Bestrebungen zur Neuverteilung der Märkte und Einflußsphären deutlich hervortreten. In Deutschland verknüpfte die herrschende Klasse diesen Anspruch mit den Forderungen nach Revision des Versailler Vertragssystems und speziell des Young-Planes.

Die imperialistischen Hauptländer versuchten, die Auswirkungen der Krise auch über die außerhalb Europas liegenden Absatzmärkte zu mildern, indem sie sie den ökonomisch rückständigeren und abhängigen Ländern aufbürdeten, obwohl diese selbst ebenfalls von der Krise betroffen waren. Das trifft auch für Lateinamerika zu, das gerade der deutsche Imperialismus als wichtigen Markt und als bedeutendes ökonomisch-politisches Interessengebiet zu erhalten suchte.

Warf die Weltwirtschaftskrise die deutsche Industrieproduktion auf den Stand von 1923 zurück, so sank der Überseehandel auf den Stand von 1901. Die deutschen Reedereien rückten in der La Plata-Fahrt vom zweiten auf den vierten Platz zurück; die von ihnen gebildete Frachtkonferenz brach 1932 vorübergehend zusammen.<sup>60</sup>

Der deutsche Anteil am gesamten Außenhandel Argentiniens sank 1932 wertmäßig auf 8,7 Prozent (1928 = 13,7 Prozent). Trotz dieses absoluten Rückgangs konnte das deutsche Kapital seine Positionen in einigen Bereichen (zum Beispiel bei elektrischen Maschinen, Landmaschinen, Eisen- und Stahlwaren und bei der Kohlelieferung) relativ aufbessern.<sup>61</sup>

Argentinien spielte zu dieser Zeit in den Plänen des deutschen Imperialismus eine bedeutende Rolle:

1. Argentinien nahm in der lateinamerikanischen Wirtschaft und als bedeutendster lateinamerikanischer Lieferant für den deutschen Markt eine wichtige Position ein. Die spätere, auf die ABC-Staaten konzentrierte faschistische Lateinamerikapolitik erfuhr bereits in der Weimarer Republik ihre ökonomische Untermauerung.
2. Deutschland hatte bis 1929 wieder einen bedeutenden Rang in Argentinien erreicht. Die nachfolgenden handelspolitischen Spannungen änderten nichts an der Gesamtbewertung Argentiniens durch die deutschen Monopolisten als einem der bedeutendsten außereuropäischen Rohstoff-, Absatz- und Investitionsmärkte, der in der Krise keineswegs nur verteidigt, sondern als Sprungbrett für spätere weitergehende ökonomisch-politische Expansionsbestrebungen angesehen wurde.
3. Der reaktionäre Umsturz von 1930, durch den der in der deutschen Armee ausgebildete General Uriburu die Restaurierung der konservativen Herrschaft

<sup>60</sup> Vgl. Jahresbericht der Handelskammer Hamburg 1932, S. 7; ZStA, AA, Nr. 44508, Bl. 188, Bericht der Deutschen Gesandtschaft in Buenos Aires 1931.

<sup>61</sup> Vgl. Phelps, Vernon, The International Economic Position of Argentina, Philadelphia 1938, S. 147 ff., Tab. XXIV.

einleitete, schuf insgesamt günstigere Positionen für das ausländische Kapital und veranlaßte deutscherseits zu Spekulationen.

4. Der deutsche Imperialismus unterstützte weiterhin die Haltung argentinischer Kreise gegen die voranschreitende USA-Expansion in Südamerika. Er hoffte, die Hegemonieansprüche der argentinischen Oligarchie innerhalb Lateinamerikas zu seinem Vorteil ausnutzen zu können.
5. Die aktive Rolle der Auslandsdeutschen bei der Förderung der ökonomischen Expansion und der Verbreitung konservativ reaktionären und offen faschistischen Gedankengutes erhöhte sich.

Einer der wichtigsten Konkurrenten des deutschen Imperialismus in Argentinien war Großbritannien. Unmittelbar vor Ausbruch der Krise hatte der britische Imperialismus die Unterzeichnung eines Wirtschafts- und Kreditabkommens mit Argentinien (d' Abernon-Abkommen) erreicht, das die Gewährung eines beiderseitigen 100-Millionen-Peso-Kredits zum Ankauf der jeweiligen Landeserzeugnisse beinhaltete, jedoch jeweils in der Höhe, die durch die britischen Käufe bestimmt wurde.<sup>62</sup> Die deutschen Monopole forderten energisch Gegenmaßnahmen.<sup>63</sup> Sie fürchteten den Verlust der Regierungsaufträge und hielten darüber hinaus die Gesamtinteressen Deutschlands in Argentinien und in ganz Lateinamerika für gefährdet.

Als Anlaß und Ausgangspunkt einer antibritischen Kampagne gegen jede Einschränkung der handelspolitischen Bewegungsfreiheit deutscher Firmen wurde ein ökonomisch eigentlich völlig uninteressanter argentinischer Vorzugszoll für britische Kunstseide genutzt. Wurde nach der Unterzeichnung des Young-Planes ohnehin ständig die Forderung nach größtmöglicher Unterstützung des Exports erhoben, so mehrte sie sich jetzt noch um die Anträge, die verlangten, ein dem britischen Vertrag gleichwertiges Abkommen abzuschließen.<sup>64</sup>

Die deutsche Regierung unterstützte die Forderungen der Monopole und befürwortete deshalb trotz der von den deutschen Agrariern zu erwartenden Proteste die erweiterte Abnahme von argentinischem Getreide und Fleisch.<sup>65</sup>

Mit Unterstützung der Deutschen Gesandtschaft in Buenos Aires wandten sich die Deutsch-Südamerikanische Bank, schwerindustrielle Unternehmen (Thyssen, Mannesmann), die AEG und einige deutsch-argentinische Handelsfirmen direkt an den Präsidenten Yrigoyen, um die Finanzierung argentinischer Käufe in Deutschland anzubieten und gleichzeitig auf die deutschen Käufe in Argentinien zu verweisen, die nach Darstellung der Unterzeichner im Ergebnis des d' Abernon-Abkommens möglicherweise reduziert würden.<sup>66</sup> Dieses Vorgehen, das von F. Mühlenkamp vermittelt wurde, dürfte einer der Gründe dafür gewesen sein, daß die Vereinigten Stahlwerke wenige Zeit nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise

62 Vgl. Očerki istorii Argentiny, unter d. Red. v. V. I. Ermolaeva, N. M. Lavrova, A. I. Štrachova, Moskau 1961, S. 332.

63 Vgl. ZStA, AA, Nr. 44516, Bl. 37 f., Dt. Ges. an AA, 16. 11. 1929.

64 Vgl. ebenda, Nr. 44545, Bl. 145.

65 Vgl. ebenda, Bl. 145, 152.

66 Vgl. ebenda, Nr. 44516, Bl. 48 ff., Denkschrift der Deutsch-Südamerikanischen Bank u. a. v. 16. 12. 1929; ebenda, Nr. 44536, Bl. 21 ff., dass. in der von Mühlenkamp Präsident Yrigoyen überreichten vertraulichen Fassung (Abschrift, spanisch).

zu einem Auftrag über die Lieferung von Schienen und Lokomotiven an die argentinischen Staatsbahnen im Wert von 30 Millionen Reichsmark gelangten. 67

Die entschiedene Forderung deutscher Großagrарarier nach erhöhten Einfuhrzöllen für ausländische Agrарprodukte gewährte der deutschen Handelspolitik nur wenig Spielraum für Verhandlungen. Sie wurden in der Erkenntnis eingeleitet, daß sie nur bei gewissen Zugeständnissen Erfolg haben würden, und mit der Absicht geführt, diese Zugeständnisse so gering wie möglich zu halten.

Auf lange Sicht versprach sich das deutsche Kapital in Argentinien große Möglichkeiten. Dieser Optimismus wurde Mitte 1930 erneut durch einen Auftrag der argentinischen Regierung zur Lieferung von 110 000 Tonnen Schienen gefördert. 68 Die neue Regierung Uriburu war auch zur Weiterführung der deutsch-argentinischen Verhandlungen über die Neugestaltung der Handelsbeziehungen bereit. 69 Die argentinische Wirtschaftssituation hatte sich aber verschlechtert. Daher forderte die Regierung als Vorbedingung die Abnahme von mehr Gefrierfleisch, worauf sich die deutsche Seite nicht einließ. Daraufhin stagnierten die Verhandlungen vorläufig wieder. 70

Die Krise reduzierte den deutsch-argentinischen Austausch stark und ließ vorrangig die Expansionskraft der Monopole zum Tragen kommen. Der Geschäftstätigkeit des deutschen Monopolkapitals boten sich, obwohl die Krise die Absatzmöglichkeiten in dem ökonomisch noch schwach entwickelten Lateinamerika ebenfalls eingeengt hatte, immer noch hohe Profitmöglichkeiten. Die Auseinandersetzungen um Rohstoffgebiete und Absatzmärkte spitzten sich zu und verstärkten die Hartnäckigkeit des deutschen Imperialismus im Kampf um seine Stellung in Lateinamerika.

Bereits ab 1930 stieg die deutsche Investitionstätigkeit in Argentinien stark an. 71 Das versetzte den deutschen Imperialismus in eine günstige Ausgangssituation für die nach der Überwindung der Krise zu erwartende erneute Offensive der kapitalistischen Konkurrenz. Eine Reihe von Monopolen erweiterte ihre Tätigkeit, und die Reichsregierung gewährte ihnen Subventionen. Die Überseebanken intensivierten ihre Geschäfte in Argentinien trotz Schließung einzelner Filialen. Die Cía. Platense Siemens-Schuckert besaß, als sie 1930 dort ihr 25jähriges Geschäftsjubiläum beging, 50 Millionen Pesos Kapital und beschäftigte 3 500 Arbeiter und Angestellte. Sie verfügte über ausgedehnte Verbindungen zu führenden argentinischen Banken, industriellen Unternehmen und Handelshäusern, unterhielt eine eigene Vertriebsgesellschaft und war zur Gründung verschiedener Tochtergesellschaften übergegangen. 72 Die Deutsch-Atlantische Telegraphen-Gesellschaft bemühte sich

67 Vgl. u. a. Von dem Bussche-Haddenhausen, Geschäft mit Ibero-Amerika, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, Berlin, 16. 4. 1930.

68 Vgl. ZStA, RWM, Nr. 2551, Bl. 226, Mühlenkamp an Reichskanzler Brüning und Glückwunschtelegramm Brünings an Mühlenkamp.

69 Vgl. ebenda, Bl. 292, Verbalnote der Argentinischen Gesandtschaft, 3. 10. 1930.

70 Vgl. ebenda, Bl. 294, Reichsfinanzministerium an RWM, 14. 10. 1930.

71 Vgl. Sommi, Luis, a. a. O., S. 40; Alemann, Eduardo, Deutsch-Argentinische Zusammenarbeit auf industriellem Gebiet. Der deutsche Beitrag zur Industrialisierung Argentinien, in: Cámara de Comercio Argentino-Alemán, 1916 - 1966. Deutsch-Argentinische Handelskammer, Buenos Aires 1966, S. 59.

72 Vgl. La Razón, Buenos Aires, 25. 9. 1933, número especial; Deutsche La

ihre Zusammenarbeit mit britischen und USA-Konzernen mit der Bildung einer den gesamten Funk- und Fernsprechverkehr über den Atlantik beherrschenden internationalen Gesellschaft zu krönen, wurde daran aber durch die Umwandlung der Transradio AG in einen staatlichen Betrieb gehindert.<sup>73</sup> Die IG Farben AG gründete oder erwarb allein nach 1929 sechs Chemiegesellschaften.<sup>74</sup>

Obwohl die Auswirkungen der Krise die Überseefirmen - kleine und mittlere Häuser mußten den Betrieb vorübergehend oder ganz einstellen - und die Reedereien am empfindlichsten trafen<sup>75</sup> und auch durch die Interessenabstimmung der führenden Schifffahrtsgesellschaften<sup>76</sup> nicht ausgeglichen wurden, unterstützte die Reichsregierung die Wiederherstellung ihrer früheren Expansivkraft durch die Bereitstellung eines bedeutenden, von ihr garantierten Kredits.<sup>77</sup>

Die Zuspitzung der imperialistischen Konkurrenz bei der Rohstoffbeschaffung und die Forderung der Agrarproduzenten nach weitgehender Reduzierung ausländischer Agrarimporte bzw. hohen Einfuhrzöllen wirkten sich auch auf die deutsch-argentinischen Beziehungen aus. Im Kampf um die süd- und südosteuropäischen Agrarländer erreichte Frankreich dank seiner dominierenden Stellung im Völkerbund die Verpflichtung der Mitgliedstaaten zu den sogenannten Balkanpräferenzen. Als die deutsche Regierung Mitte 1931 im geplanten Handelsvertrag mit Rumänien Vorzugszölle für Mais und Gerste vorsah, übermittelte Argentinien seine Bedenken und wurde bald zum entscheidenden und schließlich einzigen Gegner der deutschen Pläne.<sup>78</sup> Damit beeinflusste es die handelspolitische Konzeption der deutschen Regierung für Europa und Lateinamerika, da selbst die Kündigung des Meistbegünstigungsvertrages möglich war. Ein solcher Schritt war gerade von seiten Chiles wegen der eingeschränkten Salpeterimport nach Deutschland erfolgt und wurde deshalb dort als "höchst unerwünscht" angesehen.<sup>79</sup>

Die deutsche Regierung beobachtete die argentinische Reaktion auf die Ratifizierung der französischen Präferenzverträge mit den Balkanländern genauso aufmerksam wie den Ausgang der britischen Empire-Präferenz-Verhandlungen. Erst die Ergebnisse der Konferenz von Ottawa 1932 machten eine Neuregelung der britisch-argentinischen Handelsbeziehungen möglich, die für Argentinien vor der mit Deutschland erfolgen mußte.

Die deutsche Regierung orientierte darauf,

1. unbedingt auf der Anerkennung der uneingeschränkten Meistbegünstigung zu bestehen;

Plata-Zeitung, 1. 10. 1933, - Der argentinische Gesandte in Berlin, Restelli, war Präsident der Compañía Platense.

73 Vgl. DWI, Nr. 4189, Geschäftsbericht der Deutschen Allgemeinen Telegraphen-Gesellschaft 1929 und AR-Sitzung v. 15. 3. 1930.

74 Vgl. Sommi, Luis, a. a. O., S. 137 ff.

75 Vgl. Bessel, Georg, 1857 - 1957. Norddeutscher Lloyd. Geschichte einer bremischen Reederei, Bremen 1957, S. 162 f.

76 Vgl. DWI, Nr. 872 (3), Geschäftsbericht der Hamburg - Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft 1932.

77 Vgl. ZStA, Berliner Handels-Gesellschaft, Nr. 15321, Bl. 5 ff., Deutsche Bank/Disconto-Gesellschaft an Berliner Handels-Gesellschaft, 20. 5. 1932.

78 Vgl. ZStA, AA, Nr. 44545, Bl. 186 ff.

79 Vgl. ebenda, Bl. 199.

2. wenn Argentinien die Meistbegünstigung für Deutschland garantiert hätte, diese in den Verträgen mit Ungarn und Rumänien zu brechen und
3. gewisse Zugeständnisse für Argentinien offenzuhalten, um trotz der Präferenzverträge den argentinischen Markt zu sichern, dabei aber jede Diskussion über Gefrierfleisch auszuschalten.

Unter den Bedingungen der sich verschärfenden Krise unterzeichnete Argentinien im November 1932 einen Vertrag mit Chile, der für eine Reihe wichtiger Güter im beiderseitigen Austausch bedeutende Zollvergünstigungen vorsah.<sup>80</sup> Die deutsche Regierung antwortete mit einem handelspolitischen Ultimatum.<sup>81</sup> Ab 10. Januar 1933 wurde nach Ablehnung einiger argentinischer Vermittlungsvorschläge<sup>82</sup> der sogenannte Obertarif für argentinische Waren wirksam. Die argentinische Regierung hatte zwar der Erneuerung des Handelsvertrages auf "moderner Grundlage", nicht aber der unbedingten Meistbegünstigung zugestimmt.<sup>83</sup> Damit wäre Großbritannien nicht einverstanden gewesen, und die bereits vereinbarte Reise des argentinischen Vizepräsidenten Roca nach London wäre nutzlos geworden; eine eindeutige Ablehnung durch Argentinien wäre dagegen - jedenfalls vorläufig - dem Verlust des deutschen Marktes gleichgekommen.

Bei ihrer Entscheidung, in den Handelsbeziehungen zu Argentinien vorübergehend bis zum äußersten zu gehen, ging die deutsche Regierung davon aus, daß die Abhängigkeit Argentiniens von den führenden kapitalistischen Staaten genügend Raum bot, um neue Zugeständnisse von der argentinischen Regierung zu erzwingen. Außerdem erreichte die deutsche Seite zum Zeitpunkt der Zuspitzung des Verhältnisses mit Argentinien eine Beilegung der handelspolitischen Differenzen mit Chile, die sogleich als Vorstufe für größere deutsche Aktivitäten in Lateinamerika angesehen wurde.<sup>84</sup>

Die Sicherung des chilenischen Marktes erlaubte es, im Interesse einer Schaffung günstiger Voraussetzungen für die künftige Durchdringung Lateinamerikas vorübergehend Argentinien derart unter Zolldruck zu setzen, daß es - trotz der Schädigung einzelner deutscher Firmen - danach einer deutschen Offensive willig zur Verfügung stand. Hierin verdeutlichte sich bereits der Sieg jener aggressiven Teile des deutschen Monopolkapitals, die auf die Schaffung von Stützpunkten in Übersee als Bestandteil weltweiter Herrschaftspläne abzielten. Daß Argentinien zur Einigung mit der deutschen Seite gezwungen war und die letztere eindeutig beabsichtigte, die Bedingungen für die Tätigkeit des deutschen Kapitals in Argentinien zu verbessern und zu diesem Zweck eine Einigung mit der dortigen Regierung zu erreichen, machten den deutschen Zollkrieg zu einem kurzen Intermezzo. "Die Richtung der deutschen Wirtschaft nach Übersee und insbesondere nach Argentinien wird grundsätzlich weiterhin bestehen bleiben"<sup>85</sup>, schrieb die "Deutsche La Plata-Zeitung".

Mit Wirkung vom 1. Februar 1933 galten durch den Vertrag von Mendoza für Deutschland die gleichen Zollsenkungen wie für Chile und wie sie inzwischen auch für England, Frankreich und Italien galten.<sup>86</sup>

80 Vgl. ebenda, Nr. 44546, Bl. 86, Dt. Ges. an AA, 24. 11. 1932.

81 Vgl. ebenda, Bl. 80, Handelspolitischer Ausschuß, 30. 12. 1932.

82 Vgl. ebenda, Bl. 93 f., AA an Dt. Ges., 21. 12. 1932.

83 Vgl. ebenda, Bl. 86 f., Dt. Ges. an AA, 16. 12. 1932.

84 Vgl. Industrie und Handel, Berlin, 5. 1. 1933.

85 Deutsche La Plata-Zeitung, 12. 2. 1933.

86 Vgl. ZStA, AA, Nr. 44534, Bl. 109.

Die Einigung über die argentinisch-britischen Handelsbeziehungen<sup>87</sup> hatte die Forcierung der deutsch-argentinischen Gespräche - nun schon unter dem Vorzeichen faschistischer Lateinamerikapolitik - ermöglicht, in deren Ergebnis Ende 1934 das deutsch-argentinische Handels- und Zahlungsabkommen zustande kam.<sup>88</sup> Auf seiner Grundlage vollzog sich die faschistische ökonomische Expansion in Argentinien und entstanden gleichzeitig bessere Bedingungen für die politische Einflußnahme des deutschen Faschismus am La Plata.

Das Beispiel der deutsch-argentinischen Beziehungen zwischen 1918 und 1933 verdeutlicht, daß das deutsche Kapital die Abhängigkeit eines sich entwickelnden Landes zu erhöhen vermochte, in dem die eigene Klassenbeschränktheit der Bourgeoisie und der innenpolitische Druck der einflußreich gebliebenen Reaktion eine konsequent antiimperialistische, auf die Erringung einer wirklichen nationalen Unabhängigkeit abzielende Politik verhinderten.

Die deutschen Monopole und Handelshäuser schufen sich in Argentinien während der Weimarer Republik eine ökonomische Stellung, auf die sie sich bei der faschistischen Lateinamerikapolitik des deutschen Imperialismus stützten, wenn sie auch nicht den ersten Platz unter den an der ökonomisch-finanziellen Ausnutzung Argentiniens profitierenden imperialistischen Staaten einnahmen. Die Expansion des deutschen Monopolkapitals nach Argentinien in der Weimarer Republik schuf eine Basis für den Export industrieller Fertigwaren und die Kapitalanlage sowie günstigere Bedingungen für die deutsche Durchdringung der Länder Lateinamerikas. Sie führte zu einer relativen Stärkung der Positionen des deutschen Imperialismus.

87 Vgl. Convention between the Government of the United Kingdom and the Government of the Argentine Republic relating to Trade and Commerce with Protocol, 1. Mai 1933, London 1933.

88 Vgl. Abkommen über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Argentinien vom 28. 9. 1934. Wortlaut, Entwürfe, Protokolle der Verhandlungen, in: ZStA, AA, Nr. 44549, Bl. 40 ff.



## DEUTSCHES KAPITAL IN NIEDERLÄNDISCH-INDIEN VOR DEM ERSTEN IMPERIALISTISCHEN WELTKRIEG

von Günther Meyer

Nach der Restauration der niederländischen Kolonialherrschaft in Ostindien auf der Grundlage der Verträge mit England vom 13. August 1814 und vom 17. März 1824 blieb die Wirtschaft der Kolonie bis zum zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts durch die Zwangskultur-Wirtschaft der Regierung und durch die Privilegien der Nederlandschen Handelsmaatschappij charakterisiert. Während dadurch die niederländische Aristokratie und die mit der Handelsmaatschappij verbundene sogenannte alte Handelsbourgeoisie begünstigt wurde, war fremdes Kapital fast völlig und selbst das niederländische Privatkapital weitgehend von der Beteiligung an Handel und Agrarwirtschaft der Kolonie ausgeschlossen. Der steigende Kapitalbedarf der Plantagenwirtschaft angesichts der raschen Entwicklung der Produktivkräfte zwang die Kolonialverwaltung jedoch schließlich zu einer Öffnung der Kolonie für die freie Konkurrenz der Kapitale. Diese Änderung der kolonialen Wirtschaftspolitik in den sechziger Jahren entsprach zugleich dem Wunsch der Industriebourgeoisie der niederländischen Metropole, das von ihr akkumulierte Kapital auch in den Kolonien anlegen zu können. Seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts, insbesondere seit den 1870 für Niederländisch-Indien beschlossenen Agrargesetzen des niederländischen Kolonialministers de Waal konnte daher neben niederländischem Privatkapital auch ausländisches, also auch deutsches Kapital in die Kolonie eindringen. Das Vordringen ausländischen Kapitals, insbesondere des englischen, und die gleichzeitige Ausdehnung des englischen Einflusses in unmittelbarer Nähe Niederländisch-Indiens, zum Beispiel von Protektoraten auf Kalimantan (Brunei, Sarawak, Britisch Nord-Borneo), ebenso wie der Widerstand der Indonesier gegen die Kolonialherrschaft führten im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts zur aggressiven Ausdehnung und Festigung der niederländischen Herrschaft auch über die sogenannten Außenbesitzungen.<sup>1</sup> Sie wurden dadurch zugleich dem Eindringen des niederländischen und anderen europäischen Kapitals geöffnet.

Deutsches Kapital war bis in die achtziger Jahre nur durch kleine und mittlere Unternehmen vertreten. Im Gegensatz zum niederländischen und englischen Ka-

1 Niederländisch-Indien umfaßte in dem hier behandelten Zeitraum Java und Madura sowie die als "buitenbezittingen" bezeichneten übrigen Großen und Kleinen Sunda-Inseln, darunter Sumatra, Kalimantan (ohne die britischen Kolonialgebiete im Norden der Insel), einen Teil Timors, ferner die Maluku, Sulawesi, West-Neuguinea (Westirian) sowie eine Reihe weiterer kleiner Inseln bzw. Inselgruppen. Das Gesamtgebiet der früheren Kolonien bildet heute das Staatsgebiet der Republik Indonesien.

pital hatte es in der Kolonie keinen Rückhalt an eigenen Banken. Seine fehlende Konzentration entsprach auch nicht mehr den größeren Anforderungen, die die aufkommende Großplantagenwirtschaft an die Höhe des Betriebskapitals stellte. Trotz einer anfänglich recht bedeutenden Stellung in der Plantagenwirtschaft Sumatras war es daher mit fortschreitendem Übergang zum Großbetrieb nicht mehr stark genug, um sich gegen die Konkurrenz der niederländischen und englischen Gesellschaften durchzusetzen.

An der Wende zum 20. Jahrhundert geriet Niederländisch-Indien jedoch stärker in das Blickfeld deutscher imperialistischer Kreise. Die Diskrepanz zwischen der wachsenden ökonomischen und militärischen Stärke des deutschen Imperialismus einerseits und der politischen Stellung des Deutschen Reiches sowie der geringen Bedeutung seines eigenen Kolonialbesitzes andererseits, die seit der Mitte der neunziger Jahre den herrschenden junkerlich-bourgeois Gruppen immer mehr bewußt wurde, fand ihren Ausdruck in Forderungen nach einer Vergrößerung des territorialen Anteils Deutschlands an überseeischen Besitzungen.

Bei der wachsenden Bedeutung Ostasiens richteten sich die Bestrebungen der expansionistischen Kreise des Handels- und Schifffahrtskapitals und der Marine Deutschlands neben anderen auch auf die den Schifffahrtsweg nach Ostasien flankierenden Gebiete Südostasiens. Diese Territorien, wie Niederländisch-Indien, waren im Besitz der kleineren imperialistischen Staaten. Deren Schwäche suchten die imperialistischen Großmächte, wie England, die USA und Deutschland, auszunutzen, um ihre Kolonien neu zu verteilen. Aber gerade die rivalisierenden Interessen der Großmächte verhinderten eine direkte Annexion dieser Gebiete durch eine der großen imperialistischen Mächte. Nachdem der deutsche Imperialismus 1898/99 bereits in der Frage einer Besitzergreifung der Philippinen vor den USA zurückweichen mußte, erzielte er 1898 mit England eine Einigung über die Teilung der portugiesischen Kolonien. Sie blieb aber im Hinblick auf das im Bereich Niederländisch-Indiens liegende Portugiesisch-Timor nur ein Scheinerfolg.

Die Interessen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie waren bestimmend für eine zweite Gruppierung. Sie versuchte, über einen Zollverband Deutschlands mit den Niederlanden stärkeren Einfluß auf die niederländischen Kolonien zu gewinnen. Die Projekte für eine solche Zollunion in den Jahren 1898/99 scheiterten aber, da die handelspolitischen Grundinteressen beider Partner nicht vereinbar waren: Die Übernahme der hohen deutschen Schutzzölle hätte den Profit der niederländischen Handelsbourgeoisie aus dem Handel mit den ostindischen Kolonialprodukten wesentlich geschmälert.

Dennoch gab es Ansätze für engere ökonomische Beziehungen zwischen dem deutschen und dem niederländischen Imperialismus, da das deutsche Kapital in Industrie und Bankwesen der Niederlande selbst kräftig vordrang. Dadurch wurde das Eindringen deutschen Kapitals in Niederländisch-Indien seit der Jahrhundertwende begünstigt. Unmittelbare Beteiligungen an niederländischen Banken bzw. Verbindungen zu ihnen bestanden zur Allgemeinen Maatschappij voor Handel en Nijverheid, zur Amsterdamer Bank, zur Handelsbank van Nederlandsch Indie und anderen.<sup>2</sup> Insbesondere die beiden letztgenannten Banken waren stark an Kolonialunternehmen beteiligt. Das deutsche Bankkapital war vor allem durch die Berliner Handelsgesellschaft mit dem niederländischen Kapital verbunden. Die deutsche

<sup>2</sup> Vgl. Allen, George Cyril/Donnithorne, Audrey Gladys, Western Enterprise in Indonesia and Malaya, London 1957, S. 188.

Industrie hatte durch die Gründung von Unternehmen in den Niederlanden bereits mit der "friedlichen Durchdringung" des Landes begonnen. "Deutsches Kapital war in einem halben Hundert Gebieten aktiv,"<sup>3</sup>

Gemeinsame Beteiligungen deutscher und niederländischer Monopole auf ausländischen Märkten erhöhten noch die Verflechtung des Kapitals beider Länder. So waren beispielsweise der Erdölkonzern der Deutschen Bank und die englisch-niederländische "Koninklijke" im rumänischen und russischen Erdölgeschäft eng liiert.<sup>4</sup>

Anfang des Jahrhunderts gab es ferner zwischen Deutschland und den Niederlanden Übereinstimmung in einigen politischen Fragen. Sie beruhte einerseits auf gemeinsamen ökonomischen Interessen, wie zum Beispiel denen der deutschen und der niederländischen Hochfinanz im südafrikanischen Eisenbahnwesen. Zum anderen war die niederländische Regierung unter Abraham Kuyper (Ministerpräsident seit 1901) an einer politischen Annäherung an Deutschland als Gegengewicht gegen die starke Abhängigkeit der Niederlande und ihrer überseeischen Besitzungen von England interessiert. So kam es im April 1902 und im Januar 1905 in Berlin zu Besprechungen zwischen Kuyper und dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Freiherr v. Richthofen, in denen unter anderem auch die deutschen Wünsche nach Kohlenstationen für Kriegs- und Handelsschiffe in Niederländisch-Indien erörtert wurden.

Die strategische Lage der niederländischen Kolonien in Südostasien, die Gefährdung der Verbindung zwischen Metropole und Kolonie angesichts der unbedeutenden niederländischen Flotte sowie die dadurch bedingte starke Abhängigkeit der niederländischen Kolonie von der politischen Haltung Englands und dementsprechend die Furcht vor dem Verlust der Kolonien bei einer zu starken Bindung an Deutschland riefen jedoch eine starke Opposition gegen Kuypers Deutschlandpolitik hervor. Sie reichte bis in die Reihen der Regierung und seiner eigenen Partei und bewirkte schließlich seine Ablösung als Regierungschef nach seiner Wahlniederlage im Sommer 1905.<sup>5</sup>

Immerhin führte die zeitweilige Annäherung der Niederlande an Deutschland zu einem für das Eindringen der deutschen Monopole in Indonesien wichtigen Ergebnis, der deutsch-niederländischen Telegraphen-Konvention vom 24. Juli 1901.<sup>6</sup>

Die nach diesem Vertrag vorgesehenen Kabel zwischen der Insel Yap in den deutschen Südseekolonien und Niederländisch-Indien bzw. Guam und Shanghai wurden durch die Deutsch-Niederländische Telegraphen-Gesellschaft, 1903 in Köln gegründet, verlegt. Die Gesellschaft stand ganz unter dem Einfluß der AEG-Gruppe und der mit ihr verbundenen Banken. Im Interesse der Vorherrschaft der deutschen Elektroindustrie war vom Staatssekretär im Reichspostamt, v. Podbielski,

3 Feis, Herbert, Europe, the World's Banker 1870 - 1914, New Haven/London 1930, S. 76.

4 Paproth, Hans, Die jüngsten Vorgänge auf dem internationalen Petroleummarkt in ihrer Bedeutung für das Deutsche Reich, Stuttgart 1914, S. 30 et passim.

5 Smit, C., Hoogtij der Neutraliteitspolitiek, De buitenlandse politiek van Nederland 1899 - 1919 (Die große Zeit der Neutralitätspolitik, Die Außenpolitik der Niederlande 1899 - 1919), Leiden 1959, S. 62 f.

6 Bescheiden betreffende de buitenlandse politiek van Nederland (Akten zur Außenpolitik der Niederlande; im folgenden: BBP), III, Period 1899 - 1919, D, 1, 's-Gravenhage 1957, Nr. 436, Text des Vertrages.

in den Verhandlungen mit der niederländischen Regierung ferner gefordert worden, daß das Material für die Kabel nur in deutschen Fabriken hergestellt werden dürfe, namentlich in den Norddeutschen Seekabelwerken in Nordenham.<sup>7</sup>

Bisher war die deutsche Elektroindustrie in Südostasien vornehmlich durch die Siemens-und-Halske-Gruppe vertreten gewesen, die 1895 die Niederländisch-Indische Elektrizitätsgesellschaft mit 1,5 Millionen Mark gegründet hatte.<sup>8</sup> Nach Abschluß der deutsch-niederländischen Telegraphen-Konvention ging nun die AEG weiter in Niederländisch-Indien vor. Bereits im September 1904 beteiligte sie sich an der Gründung der Bandoengsche Electriciteits Maatschappij und brachte die Hälfte von deren Kapital ein.<sup>9</sup> Einen weiteren Erfolg konnte im März 1905 die der AEG und der Siemens-Gruppe nahestehende Gesellschaft für drahtlose Telegraphie (Telefunken) erringen. Gegen die Konkurrenz der englischen Marconi-Gesellschaft wurde ihr durch den Generalgouverneur von Niederländisch-Indien der Aufbau des Funkverkehrs der Kolonie übertragen. Sie errichtete zwei Stationen in Batavia und Cheribon, die im Dezember 1905 den Betrieb aufnahmen.<sup>10</sup>

Dieses Vordringen der deutschen Elektroindustrie im niederländischen Kolonialreich bereitete vor, daß der niederländische Markt bei der Aufteilung des Weltmarktes zwischen der AEG-Gruppe und der amerikanischen General Electric Company im Jahre 1907 in diesem Teil der Erde schließlich der AEG zugeteilt wurde. In den letzten Jahren vor dem ersten Weltkrieg vergrößerte sich der Anteil der AEG an der Elektrizitätswirtschaft der Kolonie noch durch die Gründung der Algemeene Nederlands Indische Electriciteits Maatschappij in Amsterdam (1909). Sie nahm in den folgenden Jahren Elektrizitätswerke in Malang, Pasuruan, Surabaya und Semerang in Betrieb.<sup>11</sup>

Deutsches Handels- und Plantagenkapital war in Niederländisch-Indien vor allem auf Java, Sumatra und Sulawesi tätig. Auf Sumatra war zwar nach der Tabakkrise von 1891 die Zahl der deutschen Plantagen zunächst stark zurückgegangen, 1902 gab es jedoch an der Ostküste Sumatras immerhin noch zehn deutsche Tabak- und neun deutsche Kaffeeplantagen. Zusammen mit den deutschen Plantagen im Lampong-Distrikt umfaßten sie rund 50 000 Hektar Grundbesitz.<sup>12</sup> 1914 waren dagegen im Tabakgebiet von Deli nur noch zwei Plantagen völlig in deutschem Besitz,<sup>13</sup> da viele ehemals deutsche Tabakplantagen durch Verkauf Eigentum englischer Gesellschaften geworden waren, die hier vor allem Kautschukplantagen errichteten.<sup>14</sup> Auf Java war besonders das deutsche Handelskapital durch Fir-

7 Ebenda, Nr. 255, Denkschrift Podbielskis, 7. 7. 1900.

8 Diouritch, Georges, *L'Expansion des banques allemandes à l'étranger*, Paris/Berlin 1909, S. 231.

9 Zentrales Staatsarchiv Potsdam (im folgenden: ZStA), Auswärtiges Amt (im folgenden: AA), Nr. 9859, Bl. 116, Bericht Generalkonsul Anton, Batavia, 25. 3. 1905.

10 Hennig, Richard, Die deutsch-niederländische Telegraphenallianz im fernen Osten, in: *Grenzböten* 65. Jg. 1906, 2. Vierteljahr, S. 293.

11 Effectenboek voor 1913 (Wertpapierhandbuch für 1913), hg. v. S. F. van Oss, Groningen 1913, S. 514.

12 ZStA, AA, Nr. 8603, Bl. 113, Bericht Generalkonsul Anton, Batavia, 7. 7. 1902.

13 Ebenda, Nr. 5871, Bl. 14, Bericht Generalkonsul Lettenbaur, Batavia, 9. 2. 1914.

14 Ebenda, Nr. 1102, Bl. 164 ff., nichtdatierte Liste des Kaufmanns Busse, Sumatra, über die Bewegung des Plantagenbesitzes, gelangte Januar 1910 ins AA.

men in Batavia und anderen Handels- und Verwaltungszentren der Kolonie vertreten. Auf Sulawesi dominierte der deutsche Handel bereits um die Jahrhundertwende.<sup>15</sup> Das Handelsgebiet der dort ansässigen deutschen Häuser dehnte sich bis in den niederländischen Teil Neuguineas aus. Für die weitere Festigung der ökonomischen Stellung der deutschen Firmen waren die Übernahme der bedeutenden Sulawesi-Firma Handelsvereinigung voorheen J. Mohrmann & Co. durch die mit den deutschen Großreedereien eng verbundene Firma Behn, Meyer und Co. in Singapur sowie die Eroberung des Frachtenmarktes für die Frachtfahrt von Makassar nach europäischen Häfen durch die Deutsch-Australische Dampfschiffs-Gesellschaft gegen die Konkurrenz der niederländischen Reedereien von Bedeutung. Im April 1914 rangierte das deutsche Kapital auf Sulawesi unmittelbar hinter dem niederländischen, übertraf es vielleicht sogar schon.<sup>16</sup>

Der deutsche Handel mit Niederländisch-Indien, der ursprünglich das Interesse des deutschen Kapitals an der niederländischen Kolonie begründet hatte, entwickelte sich von der Jahrhundertwende bis zum ersten Weltkrieg verhältnismäßig lebhaft. Der Export aus Deutschland nach Niederländisch-Indien stieg von 15,3 Millionen Mark im Jahre 1897 mit einigen Schwankungen während der Depression Anfang des neuen Jahrhunderts auf 27,3 Millionen Mark im Jahre 1904, das heißt um 78 Prozent. Von 1904 bis 1913 stieg er dann trotz einer geringfügigen Schwankung 1908/09 auf 98,6 Millionen Mark, das heißt noch einmal um etwa 261 Prozent. Dem Umfang nach bedeutender war die deutsche Einfuhr aus Niederländisch-Indien, die bereits seit Beginn des Handels zwischen beiden Ländern die Ausfuhr stets erheblich übertroffen hatte. 1897 wurden Waren im Werte von 67,3 Millionen Mark eingeführt, das heißt mehr als das Vierfache des Exports. Bis 1904 stieg der Wert der Importe um 47 Prozent auf 99,3 Millionen Mark, von 1904 bis 1913 wiederum um rund 129 Prozent auf 227,6 Millionen Mark.<sup>17</sup>

Der Anteil Deutschlands am niederländisch-indischen Außenhandel vergrößerte sich dabei zwischen 1900 und 1913 von 1,6 auf 6,6 Prozent,<sup>18</sup> womit Deutschland im Handel der Kolonie nächst den Niederlanden und England die dritte Stelle einnahm.

Niederländisch-Indien lieferte bei einer Reihe von tropischen Agrarprodukten den größten Teil des deutschen Bedarfs oder hatte wenigstens den bedeutendsten Anteil an den Lieferungen. So kamen aus Niederländisch-Indien zum Beispiel 40 Prozent der deutschen Pfefferimporte, fast die Hälfte der Kopro und rund 50 Prozent des deutschen Rohtabakbedarfs.<sup>19</sup>

Erheblichen Einfluß hatte deutsches Kapital auf die Vermarktung der agrarischen Rohstoffe der Kolonie. Der Java-Zucker-Export lag etwa zur Hälfte in den Händen von drei deutschen Großfirmen.<sup>20</sup> Fast ein Viertel der Koproproduktion der

15 Ebenda, Nr. 8601, Bl. 79, Bericht Generalkonsulat Batavia, 17. 7. 1899.

16 Ebenda, Nr. 5871, Bl. 139, Bericht Konsulat Makassar, 4. 4. 1914.

17 Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches, Bd. 19, 1898; Bd. 26, 1905; Bd. 35, 1914.

18 Schwägerl, Anton, Das Auslandsdeutschtum im Niederländischen Kolonialreich unter Berücksichtigung der geographischen und sozialén Verhältnisse, Weimar 1937, S. 347.

19 Michelis, Albert A., Niederländisch-Indien und die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen Deutschlands zu Holland und seinen Kolonien, wirtschafts- u. sozialwiss. Diss. Frankfurt (Main) 1922, S. 20.

20 Vgl. Vossische Zeitung, 28. 7. 1912.

Kolonie wurde direkt nach Deutschland exportiert, doch ging ein weit größerer Teil über den Hamburger Markt, der als Hauptkopramarkt der Welt galt.<sup>21</sup> Auf der Grundlage der Beherrschung des Weltkopramarktes begann schließlich 1913/14 deutsches Kapital, zum Teil in Verbindung mit niederländischem, in die Kopra-Unternehmen Indonesiens einzudringen.<sup>22</sup> Innerhalb des 1892 gebildeten Kartells der deutschen und niederländischen Chininfabriken, das die niederländisch-indischen Produzenten seit den neunziger Jahren in seine Abhängigkeit gebracht hatte, besaß die deutsche Gruppe den stärksten Anteil. 1913 erhielt sie 46 Prozent der vom Kartell zu verkaufenden Chininarinde zugestanden. Die deutschen Chininfabriken standen unter dem beherrschenden Einfluß der Gold- und Silberscheidanstalt (DEGUSSA) in Frankfurt (Main), die durch den hohen Anteil der deutschen Firmen das Kartell faktisch kontrollierte.<sup>23</sup>

In zunehmendem Maße beteiligten sich deutsche Gesellschaften auch an der Ausbeutung mineralischer Rohstoffe. Das hing zum Teil mit den Bemühungen zusammen, im Interesse der Versorgung deutscher Kriegs- und Handelsschiffe Einfluß auf den Kohlenbergbau zu gewinnen. So gründeten 1906 der Norddeutsche Lloyd, die Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft "Hansa" und die HAPAG in enger Verbindung mit dem Rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat das Deutsche Kohlendepot, das sich zusammen mit der Firma Behn, Meyer und Co. um den Erwerb der Poelo Laut-Gesellschaft auf der Insel Pulo Laut vor der Südostküste Kalimantans bemühte.<sup>24</sup> Auf Nordsumatra und bei Palembang arbeiteten Prospektionssyndikate, an denen neben dem Norddeutschen Lloyd und Behn, Meyer und Co. die Nationalbank in Berlin und die AG für Bergbau- und Hüttenindustrie Tellus in Frankfurt (Main) beteiligt waren.<sup>25</sup>

Auf Sumatra arbeitete deutsches Kapital ferner in einer Anzahl von Bergbaugesellschaften, die nicht nur Kohle, sondern auch wertvolle Erze, wie Kobalt, Antimon, Wismut und Silber, förderten. Zu diesen Gesellschaften gehörte auch das einzige gutgehende Goldbergwerk Sumatras. Dadurch nahm das deutsche Kapital eine führende Position in der Goldproduktion der Kolonie ein. Diese Gesellschaften<sup>26</sup> standen in Verbindung mit den Banken Aschhoff & Co. in London und Labouchère, Oyens & Co. in Amsterdam. Ihre Leitung hatte das deutsche Handelshaus Erdmann & Sielcken in Batavia inne.

In den Niederländisch-Indien benachbarten britischen Kolonialgebieten hatte das deutsche Reedereikapital, namentlich der Norddeutsche Lloyd, im Zusammenhang mit dem Vordringen der deutschen Bourgeoisie nach Ostasien starke Positionen erringen können. Aufbauend auf den subventionierten Reichspostdampferlinien nach Ostasien und in die Südsee, richteten die deutschen Reedereien ein Netz von Küstenlinien ein, durch die sie schließlich die Küstenschiffahrt Südostasiens mit dem Mittelpunkt Singapore beherrschten. Das Auftreten der deutschen

21 Vgl. Michelis, Albert A., a. a. O., S. 38.

22 ZStA, AA, Nr. 5871, Bl. 39, Bericht Generalkonsul Lettenbaur, Batavia, über eine Reise durch Sumatra, 9. 2. 1914.

23 Vgl. Dethloff, Willy, Chinin, Berlin 1944, S. 194; vgl. auch Michelis, Albert A., a. a. O., S. 29.

24 ZStA, AA, Nr. 22535, Bl. 114, Bericht Preußische Gesandtschaft Hamburg, 23. 11. 1906.

25 Ebenda, Nr. 1100, Bl. 159, Bericht Generalkonsul Kiliani, Singapore, 16. 4. 1908; Nr. 1101, Bl. 52, dasselbe, 20. 8. 1908.

26 Effectenboek voor 1913, a. a. O., nennt S. 816 f. vier solcher Gesellschaften.

Schiffahrtsmonopole und ihr Eindringen in die Domänen der englischen Reedereien verschärfte aber den deutsch-englischen Gegensatz, der in dieser Region trotz des scheinbar friedlichen Ausgleichs durch monopolistische Absprachen und den Aufkauf englischer Dampferlinien um die Jahrhundertwende bereits scharfe Formen annahm.

Außerdem verschärfte sich dieser Gegensatz auch durch die Tatsache, daß deutsche Interessenten in den nördlichen Malayenstaaten um Konzessionen verschiedenster Art nachsuchten. Zu aktiven Gegenmaßnahmen sah sich England veranlaßt, als 1906 verlautete, eine deutsche Gruppe wolle eine Bahn zur Verbindung der siamesischen Hauptstadt Bangkok mit den nördlichen Malayenstaaten bauen. Eine solche Verkehrsader hätte, neben ihrer strategischen Bedeutung, vor allem das Einzugsgebiet der englischen Haupthandelsplätze für die Malayenstaaten, Penang und Singapore, geschädigt. Die britische Antwort auf diese Gefahr war der englisch-siamesische Vertrag von 1909, in dem England Siam die vier Staaten Kedah, Kelantan, Perlis und Trengganu abzwang.<sup>27</sup>

Angesichts der sich verschärfenden Situation erhob sich für die deutschen Südostasien-Interessenten die Frage, ob die Straits Settlements und Singapore für ihre Investitionen noch sicher genug seien, oder ob sie sich nicht besser beispielsweise auf Niederländisch-Indien konzentrieren sollten.

Niederländisch-Indien war seit der Jahrhundertwende auch dank der Tätigkeit der deutschen Schiffahrtsmonopole zunehmend nicht mehr allein auf den Hafen Singapore für seinen Absatz bzw. für die Verschiffung seiner Produkte nach Europa angewiesen. Die direkte Fahrt Indonesien - Europa hatte sich immer stärker ausgeweitet. Seit längerer Zeit konnten daher viele niederländisch-indische Produkte nicht mehr in Singapore, sondern nur noch an Ort und Stelle im Archipel selbst gekauft werden. "Von diesem Zug der Zeit sollten unsere hier etablierten Interessenten aber doch vielleicht zu profitieren suchen", forderte der deutsche Generalkonsul Kiliani in Singapore.<sup>28</sup>

Das Interesse europäischer Kapitalisten an Südostasien, speziell an Indonesien, wurde am Ende des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts vor allem durch die großen Möglichkeiten erregt, die die Finanzierung der Kautschukproduktion bot. Der durch die Vervollkommnung des Kraftwagens und die Ausdehnung der Elektrizitätsanwendung sich rasch steigernde Bedarf an Gummi führte zu einem enormen Anstieg der Kautschukproduktion Südasiens. Von 1905 bis 1910 vergrößerte sich dort der Umfang der Kautschukkulturen von 47 000 auf 450 000 Hektar. Die Produktion wuchs von 4 Tonnen im Jahre 1900 auf 8 200 Tonnen im Jahre 1910 an. Allein im Jahre 1910 bildeten sich in England 264 Kautschukplantagen-Gesellschaften mit etwa 900 Millionen Mark Kapital.<sup>29</sup>

Auch die Rohrzuckerindustrie Javas bot neue Profitmöglichkeiten, als nach der Brüsseler Konvention von 1902 Ausfuhrprämien und Privilegien für den europäischen Rübenzucker fortfielen. Die durchschnittliche Per-acre-Produktion des Rohrzuckers auf Java stieg dabei von 3,03 Tonnen im Jahre 1885 auf 4,302 Tonnen im Jahre 1910/11 an.<sup>30</sup> Da seit 1899 die niederländische Kolonialverwaltung

27 Vgl. Tregonning, Kennedy Gordon, A History of Modern Malaya, London 1964, S. 171.

28 ZStA, AA, Nr. 9860, Bl. 73, Bericht 2, 5, 1906.

29 Vgl. Helferich, Emil, Ein Leben, Bd. 2, Hamburg 1948, S. 330 ff.

30 Vgl. Caldwell, J. A. M., Indonesian Export and Production from the Decline

auch das Staatsmonopol auf Bodenschätze durch eine freiere Konzessionspolitik abgelöst hatte, gab es vielerlei Gewerbebezüge, in denen europäisches Kapital profitbringend anzulegen war.

Ein Ausbau der Positionen des deutschen Imperialismus in Niederländisch-Indien machte sich auch vom Standpunkt der Schifffahrtslinien notwendig, da die Konkurrenz anderer Schifffahrtsländer nach dem Russisch-japanischen Krieg stärker bemerkbar wurde. Der Krieg selbst hatte eine Hochkonjunktur für die Schifffahrt in Südostasien gebracht, so daß sich dort mehr Küstendampfer versammelten als bisher. Nach dem Friedensschluß führte dieses große Angebot an Frachtraum zu einem erheblichen Fall der Frachtraten, so daß 1908/09 viele Schiffe aufgelegt werden mußten. Die Jebsen-Reederei zum Beispiel zog aus dem verstärkten Auftreten insbesondere der japanischen Konkurrenz in der China-Kabotage die Konsequenz, sich künftig auf Südostasien zu beschränken.<sup>31</sup> Die japanischen Reedereien griffen jedoch auch auf Niederländisch-Indien über. 1908 versuchte die Nippon Yusen Kaisha in das Frachtgeschäft mit dem Tabakgebiet von Deli (Sumatra) einzudringen, wogegen sich die drei Konferenzlinien Norddeutscher Lloyd, Holt'sche Ocean Line und Nederlandse Scheepvaarts Unie zusammenschlossen.<sup>32</sup> Dabei gelang es dem Lloyd selbst während der Krisenjahre, seinen Anteil an der Verschiffung des Deli-Tabaks innerhalb des Zusammenschlusses noch stetig, vor allem auf Kosten der Holt'schen Linie, zu erhöhen.<sup>33</sup> In der Küstenfahrt zwischen China und Südostasien mußten die Reedereien der Lloyd-Gruppe jedoch einen Einbruch der Konkurrenz in die von ihnen bisher faktisch beherrschte Kulifahrt<sup>34</sup> hinnehmen, als 1908 eine Gruppe chinesischer und siamesischer Kulihändler sechs Schiffe für dieses anrühige Geschäft charterten.<sup>35</sup>

Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung in Südostasien begann sich jetzt auch das deutsche Finanzkapital für diese Region stärker zu interessieren. Besonders in der Konjunkturperiode nach 1909 suchte es mit zunehmender Monopolisierung und Konzentration neue Märkte für Kapitalinvestitionen auch in Südostasien. Eine wesentliche propagandistische Rolle spielte dabei eine von Emil Helfferich und Franz Heinrich Witthoef verfaßte vertrauliche Denkschrift, die 1910 in Hamburg unter dem Titel "Deutsche Wirtschaftspolitik in Südost-Asien" erschien. Beide Verfasser gehörten dem Handelshaus Behn, Meyer & Co. in Singapore an, das seit 1901 auch nach Niederländisch-Indien vorgedrungen war. Die Ausdehnung dieses Handelshauses auf Indonesien förderte zweifellos den Wunsch, weiteres deutsches Kapital zur Stärkung seiner Positionen zu gewinnen. Helfferich und Witthoef gingen in ihrer Denkschrift davon aus, daß es dem deutschen Handel in Südostasien nur dann möglich sei, seine Positionen zu halten und auszudehnen, wenn er den bisher fehlenden Rückhalt an nationalem Kapital erhält und wenn sich deut-

of the Culture System to the First World War, in: The Economic Development of South-East Asia, London 1964, S. 81.

31 Vgl. Hieke, Ernst, Die Reederei M. Jebsen A. G., Apenrade, Hamburg 1953, S. 110.

32 ZStA, AA, Nr. 5869, Bl. 63 f., Bericht Generalkonsul Anton, Batavia, 12. 2. 1910.

33 Vgl. Weigand, Karl Leonhard, Der Tabakbau in Niederländisch-Indien, Jena 1911, S. 141.

34 Der Arbeitskräftebedarf der Tabakplantagen auf Sumatra wurde seit Ende der achtziger Jahre hauptsächlich durch die Anwerbung von Chinesen gedeckt. Den Transport der Kulis beherrschten seit 1888 deutsche Reedereien.

35 Vgl. Allen, George Cyril/Donnithorne, Audrey Gladys, a. a. O., S. 213.



sches Kapital stärker als bisher an der Entwicklung und Aufschließung von Siam, Malaya, Singapore und Niederländisch-Indien beteiligt. Das ganze Interesse der deutschen Wirtschaftspolitik in Südostasien müsse in Zukunft darauf konzentriert werden, "neue Werte zu schaffen, die heimatlichen Märkte zu heben, neue Absatzgebiete zu erschließen und für unsere Erzeugnisse und der überschüssigen Volkskraft von 60 Millionen Menschen einen neuen Spielraum zu eröffnen."<sup>36</sup>

Da das deutsche Kapital in Niederländisch-Indien bisher vor allem durch kleine und mittlere Unternehmen in Handel und Landwirtschaft vertreten war, die vielfach auch noch in gemischten Gesellschaften mit fremdem Kapital arbeiteten, erwarteten Emil Helfferich und Witthoef, daß nun die "Großfinanz" beginne, auf der bisher erreichten Basis zu investieren. Zur praktischen Ausführung seiner Ideen schlug Helfferich die Gründung eines deutschen Investment-Trusts nach englisch-niederländischem Vorbild vor. Dieser Trust sollte sich vor allem durch Plantagen im Lande selbst an der Ausbeutung der Malayenstaaten und Niederländisch-Indiens beteiligen. Über die Sicherung des Imports wichtiger Rohstoffe aus Südostasien durch entscheidende Positionen im Handel der Kolonien hinaus sollte künftig die Produktion der Rohstoffe selbst durch deutsches Kapital kontrolliert werden.

Im Oktober 1911 wurde der von Emil Helfferich und Witthoef vorgeschlagene Investment-Trust als Straits- und Sunda-Syndikat gegründet. Es ging aus einer bereits im September 1909 gebildeten Straits- und Sunda-Studiengesellschaft hervor.<sup>37</sup> An dem Syndikat beteiligten sich die Commerz- und Disconto-Bank in Hamburg, die Deutsche Bank unter Leitung von Emil Helfferichs Bruder Karl, die Hamburger Bank M. M. Warburg & Co. sowie eine Reihe Hamburger und Kieler Übersee-Handelshäuser, wie A. O. Meyer in Hamburg, das Stammhaus von Behn, Meyer & Co. in Singapore.

Bedeutende Anteile besaß ferner eine belgische Gruppe, die Société Commerciale et Financière Belge in Antwerpen. Sie vertrat fünfzehn vorwiegend deutsche Firmen aus Antwerpen und eine aus London.<sup>38</sup> Die bedeutendste Gesellschaft innerhalb dieser Gruppe war die Compagnie Commerciale Belge, die Albert von Bary leitete und an der seit 1889 die Disconto-Gesellschaft beteiligt war. Zum Aufsichtsrat des Syndikats, in dem Witthoef den Vorsitz führte, gehörten unter anderen Max Warburg, als Vertreter der deutsch-belgischen Gruppe Albert von Bary sowie der belgische General Albert Thys, der an verschiedenen, im Kongogebiet tätigen Gesellschaften beteiligt war.<sup>39</sup>

Im Auswärtigen Amt stimmte man dem Gedanken, die bisherige Zurückhaltung des deutschen Kapitals in Niederländisch-Indien zu überwinden, zwar zu, doch trug man dort zunächst Bedenken, durch die Begründung politischer Ansprüche eine zusätzliche "Friktionsgefahr" zu schaffen.<sup>40</sup> Der deutsche Generalkonsul in Batavia, Dr. Lettenbaur, unterstützte prinzipiell eine Verstärkung des wirtschaftlichen Einflusses Deutschlands in Niederländisch-Indien. Er bemängelte jedoch,

36 Helfferich, Emil/Witthoef, Franz Heinrich, Deutsche Wirtschaftspolitik in Südost-Asien, Hamburg 1910, S. 10 f.

37 Vgl. Helfferich, Emil, Ein Leben, Bd. 1, Hamburg 1948, S. 190 f., 196, 211.

38 ZStA, AA, Nr. 1083, Bl. 94, Jahresbericht 1912 des Syndikats, S. 3.

39 Vgl. Helfferich, Emil, a. a. O., Bd. 1, S. 190, 244; ZStA, AA, Nr. 1082, Bl. 68, Jahresbericht 1911 des Syndikats, S. 5.

40 ZStA, AA, Nr. 1102, Bl. 93, Bericht Generalkonsul Kiliani, Singapore, 30. 11. 1909.

daß Emil Helfferichs Ideen von dessen Partiegängern zu laut propagiert würden. Dabei bezog er sich auf einen Artikel der großagrarischen "Deutschen Tageszeitung" im Juni 1912, dessen unverhüllte Sprache über die strategische Aufgabenstellung für die Expansion in Südostasien "erschwere, im Stillen zu wirken und zu bewirken, was durch sie (die Südostasien-Interessenten - G. M.) angestrebt wird." 41

Dieser Aufsatz, "Deutschtum und deutscher Handel in Südostasien", unter dem Pseudonym Viator veröffentlicht, hatte in Batavia starkes Aufsehen erregt. Basierend auf der Konzeption Emil Helfferichs, mit Hilfe des Großkapitals eine eigene deutsche Produktion in diesen Gebieten zu schaffen, um dadurch sowohl einen höheren Absatz deutscher Waren als auch vermehrte Schiffsfrachten zu erreichen, legte Viator ein Expansionsprogramm dar, daß nicht nur auf ökonomischen, sondern schließlich auch auf politisch-territorialen Einfluß Deutschlands in Südostasien zielte. Er forderte, das Finanzkapital solle sich in jenen Ländern engagieren, "in denen die politische Macht des Deutschen Reiches einen tatsächlichen Druck auszuüben imstande ist, wenn die deutschen Interessen verletzt werden". Die dort von Handel und Kapital geschaffenen "moralischen Werte" müßten sich schließlich "in politische Anrechte verwandeln und sich zu festen Stützpunkten des Deutschturns gestalten". Außer Teilen Chinas schlug Viator hierfür Siam, Niederländisch-Indien und Portugiesisch-Timor vor, "Diese Länder stellen nicht nur reiche und sichere Erträge in Aussicht, sondern sie sind auch dem Einfluß unserer politischen Macht zugänglich." Durch die sogenannte friedliche Eroberung Niederländisch-Indiens und die Verstärkung des deutschen Kapitaleinflusses dort könne der englische Imperialismus zurückgedrängt werden. Als Hauptinstrument zur Erweiterung des deutschen Einflusses in der Wirtschaft der Kolonie solle eine große deutsche Kolonialbank in Niederländisch-Indien gegründet werden, die in enger Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt vorgehen müsse. 42

In diesem Aufsatz wurden programmatisch die künftigen Schritte des deutschen Imperialismus in Südostasien mit dem Schwerpunkt in Niederländisch-Indien festgelegt. In den folgenden Jahren bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges wurden wesentliche Teile dieses strategischen Programms verwirklicht. So bildete sich für die industrielle Betätigung in China ein Ostasien-Syndikat, an dessen Spitze Garrels & Börner in Hamburg standen. Die Frankfurter Metallgesellschaft übernahm die Führung im Siam-Syndikat, das mit dem Erwerb von Zinnminen-Konzessionen in Siam begann. An beiden Syndikaten war insbesondere das Hamburger Bankhaus M. M. Warburg beteiligt. 43

Dagegen wurden die deutschen Ansprüche auf Portugiesisch-Timor aus dem geheimen deutsch-englischen Abkommen von 1898 wieder aufgegeben. Während der deutsch-englischen Verhandlungen über einen Ausgleich im Bereich der Bagdadbahn und der beiderseitigen afrikanischen Interessen im Jahre 1912 wurde die 1898 Deutschland zugesprochene Interessensphäre auf Timor gegen Ansprüche auf die portugiesischen Inseln Sao Thomé und Principe eingetauscht. Da die wichtigsten über das Straits- und Sunda-Syndikat an der Ausbeutung Niederländisch-Indiens beteiligten Firmen des deutschen Finanzkapitals, die Deutsche Bank und M.

41 Ebenda, Nr. 1105, Bl. 139, Bericht Generalkonsul Lettenbaur, Batavia, 20. 11. 1912.

42 Viator, Deutschtum und deutscher Handel in Südostasien, in: Deutsche Tageszeitung, Beil. Zeitfragen, 10, 6, 1912.

43 Vgl. Helfferich, Emil, a. a. O., Bd. 1, S. 256.

M. Warburg & Co., in dieser Zeit - in den letzten fünf Jahren vor dem ersten Weltkrieg - auch in die portugiesischen Kolonien in Afrika bzw. gemeinsam mit den auch am erwähnten Syndikat beteiligten belgischen Kapitalisten in das Kongogebiet vordrangen, entsprach diese Änderung der deutsch-englischen Abmachungen durchaus den Interessen dieser Gruppe. Für sie waren die beiden Inseln in ihrem afrikanischen Expansionsgebiet, an deren Kakao-Plantagenwirtschaft sie sich seit 1907 beteiligten,<sup>44</sup> bei weitem bedeutender als das noch ganz uner-schlossene Timor.<sup>45</sup>

Die Verstärkung der ökonomischen Expansion des deutschen Imperialismus nach Niederländisch-Indien fand Unterstützung bei führenden deutschen Politikern. 1912 forderte der Führer der Alldeutschen, Heinrich Claß, die Einverleibung der Niederlande als Teilstaat in das Deutsche Reich. Ihre Kolonien sollten dabei der Reichsregierung unmittelbar unterstellt werden, um eine bessere Ausbeutung zu sichern.<sup>46</sup> Claß war gewiß einer der extremsten Exponenten deutschen Weltherr-schaftsstrebens. Aber wie wenig er tatsächlich den offiziellen Vertretern der deut-schen Politik voraus war, zeigt eine Äußerung Bethmann Hollwegs Anfang des gleichen Jahres. Dem Chef des Zivilkabinetts, von Valentini, und dem des Mari-nekabinetts, Admiral von Müller, erklärte er, Deutschland werde nach einer Ein-igung mit England in der Flottenfrage ein großes Kolonialreich bilden, dem auch die niederländischen Kolonien einverleibt werden würden.<sup>47</sup>

Angelockt durch das wachsende Interesse der europäischen Industrie an Kautschuk sowie durch die steigende Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes für tropische Genußmittel wie Tee und Kaffee, strömte deutsches Kapital in den letzten Jahren vor dem ersten Weltkrieg nun wieder verstärkt in die indonesische Plantagen-wirtschaft. Das in Plantagen angelegte deutsche Kapital stieg von 1905 bis 1913 von 11 Millionen Mark<sup>48</sup> auf schätzungsweise 32,5 Millionen Mark in den durch deutsches Kapital beherrschten Gesellschaften an.<sup>49</sup> Das waren allerdings nur etwa 1,04 Prozent des gesamten landwirtschaftlichen Kapitals in Niederländisch-Indien.<sup>50</sup>

Die durch das Straits- und Sunda-Syndikat betriebenen Kulturunternehmen stellten dabei das größte deutsche landwirtschaftliche Unternehmen in Niederländisch-Indien dar. Ende 1913 waren im Syndikat bereits 6,3 Millionen Mark investiert.<sup>51</sup>

44 Vgl. Meyer, Hans, Das portugiesische Kolonialreich der Gegenwart, Berlin 1918, S. 23.

45 Vgl. Die große Politik der europäischen Kabinette 1871 - 1914, Bd. 37, T. 1, Berlin 1926, Nr. 14678, Stellv. Staatssekretär v. Zimmermann an Gesand-ten v. Treutler, 4. 8. 1913.

46 Vgl. Frymann, Daniel (d. i. Heinrich Claß), Wenn ich der Kaiser wär', 5. erw. Aufl. Leipzig 1914, S. 155 f. - Die Schrift erschien zuerst 1912.

47 Vgl. Müller, Georg Alexander v., Der Kaiser ..., Berlin/Frankfurt/Zürich 1965, S. 107, Tagebuchnotiz Müllers vom 11. 1. 1912.

48 Vgl. Die Entwicklung der deutschen Seeinteressen im letzten Jahrzehnt, zu-sammengestellt im Reichs-Marine-Amte, Berlin 1905, S. 157 = Marine-Rundschau (1905), Sonderheft.

49 Handboek voor Cultuur- en Handels-Ondernemingen in Nederlandsch-Indie (Handbuch für Pflanzungs- und Handelsunternehmen in Niederländisch-Indien), Bd. 26, Amsterdam 1914.

50 Vgl. die Zahlen bei Helferich, Emil, a. a. O., Bd. 2, S. 171.

51 Vgl. ebenda, Bd. 1, S. 244.

Der Geschäftsumfang des Syndikats - Eigenbesitz, Pachtungen und Beteiligungen - erstreckte sich schließlich auf acht Kulturgesellschaften auf Java, zwei solcher Gesellschaften auf Sumatra sowie eine Ölfabrik in Surabaya. In den Straits Settlements besaß das Syndikat die Singapore Oil Mills. Außerdem war es auf Java an den Bantam Rubber Estates beteiligt.<sup>52</sup> Der Umfang des Eigentums- und Pachtlandes dieser Gesellschaften wuchs bis Ende 1914 auf rund 44 700 Hektar an.<sup>53</sup> Neben dem Straits- und Sunda-Syndikat standen hinter den deutschen Plantagenbetrieben auf Sumatra und Kalimantan solche Vertreter und Gruppen des deutschen Kapitals wie der Geraer Kohlen- und Gummi-Industrielle Georg Hirsch. Zu seinem Konzern gehörten die Marihat Sumatra Plantagen Co. und die Bangoen Landbouw Maatschappij auf Sumatra. Auf Java arbeitete unter anderen die Bantamsche Kautschukgesellschaft, an der der Admiral von Knorr beteiligt war. Neben anderen deutschen Unternehmen war auf Kalimantan die Hayoep (Dutch Borneo) Rubber Estates Ltd., London, tätig, eine Gründung von M. M. Warburg & Co. Hier hatte auch die Borneo-Kautschuk-Gesellschaft ihre Plantagen. Sie war 1905 durch die Südborneo-Gesellschaft und das Kautschuk-Kultur-Syndikat in Berlin gegründet worden. An ihr waren außer der Berliner Bank Mertens & Co. mehrere mittlere und kleinere Unternehmer beteiligt, so zum Beispiel der bekannte Verlagsbuchhändler W. Spemann, Stuttgart, und der Maschinenfabrikant L. Heyligenstaedt, Gießen, ein nationalliberales Reichstagsmitglied. Den Vorsitz im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft führte der Vizepräsident des Flottenvereins, Admiral August Thomsen.<sup>54</sup> Auch deutsche Missionsgesellschaften, wie zum Beispiel die Steyler Mission, die auf Flores große Ländereien zu Spottpreisen gekauft hatte,<sup>55</sup> beteiligten sich an der Ausbeutung der Plantagenwirtschaft der Kolonie. Das gesamte deutsche Kapital, das in der niederländisch-indischen Kautschukwirtschaft investiert war, wurde 1911 auf 2,118 Millionen Mark geschätzt.<sup>56</sup> Da das deutsche Kapital vielfach mit niederländischem und englischem Kapital gemischte Gesellschaften gründete, darf jedoch angenommen werden, daß sein Einfluß in der Kautschukwirtschaft Niederländisch-Indiens größer gewesen ist, als es diese Zahl auszudrücken vermag, da es auch einen Teil des mit ihm verbundenen fremden Kapitals in die Waagschale werfen konnte.<sup>57</sup> Beherrscht wurde die Kautschukwirtschaft der Kolonie durch das englische Kapital, das mit Investitionen (1911) von über 143 Mil-

52 ZStA, AA, Nr. 1105, Bl. 43, Bericht Preußische Gesandtschaft Hamburg, 17. 1. 1912.

53 Ebenda, Nr. 1086, Bl. 3, Jahresbericht 1914 des Syndikats, S. 7 f.

54 Ebenda, Nr. 5866, Bl. 48 ff., Bericht Generalkonsul Anton, Batavia, 15. 10. 1906; Handboek ..., a. a. O. - Zu Einzelheiten über den Umfang der Kapitalbeteiligung, des Plantagen- und anderen Besitzes sowie der Stellung des deutschen Kapitals in Produktion und Handel der Kolonie vgl. auch Meyer, Günther, Das Eindringen des deutschen Kapitalismus in die niederländischen und britischen Kolonien in Südostasien von den Anfängen bis 1918, phil. Diss. Berlin 1970, insbes. S. 196 ff.

55 Vgl. Schwägerl, Anton, a. a. O., S. 193 ff., 200.

56 Vgl. Schmidt-Stölting, Henry, Die Kautschukkultur auf Sumatra, in: Der Tropenpflanzer, 17. Jg. 1913, S. 246.

57 Das Gesamtkapital der in Handboek ..., a. a. O., genannten, als deutsch bzw. als mit deutscher Beteiligung arbeitend erkennbaren Kautschukgesellschaften kann auf etwa 14 bis 16 Millionen Mark geschätzt werden. In die vom Schweizerischen Handelszentralblatt für 1917 genannte Zahl von 16,4 Millionen Mark deutschen Kautschukkapitals sind offenbar die Kapitalsummen von Gesellschaf-

lionen fl. bei einer Gesamtanlage in diesem Wirtschaftszweig von 207, 596 Millionen fl. selbst das niederländische Kapital um ein mehrfaches übertraf, 58

Grundlage der Errichtung landwirtschaftlicher Unternehmungen durch deutsche Gesellschaften war das bereits erwähnte Agrar-Gesetz von 1870. Die Bestimmungen dieses Gesetzes bezogen sich jedoch nur auf die sogenannten Gouvernementsländereien, das heißt jene Teile Javas und Maduras, die unter direkter Verwaltung der niederländischen Kolonialbehörden standen. Außerdem gab es große Gebiete, in denen der niederländische Imperialismus mit Hilfe einheimischer Feudalfürsten eine sogenannte indirekte Herrschaft ausübte. In diesen "Vorstenlanden", auf Java die Sultanate Surakarta und Djokjakarta, hatten die betreffenden Fürsten das alleinige Besitzrecht, konnten jedoch einen Teil der Ländereien auf 30 Jahre - auf Sumatra auf 75 Jahre, gegebenenfalls auch noch um 50 Jahre verlängert - an Europäer oder europäische Gesellschaften verpachten. Zusammen mit dem gepachteten Land übernahm der Pächter faktisch auch die ortsansässige Bevölkerung, die er gegen Bezahlung für sich arbeiten lassen konnte.

Außer landwirtschaftlichen konnte der Pächter von der Bevölkerung des Pachtlandes auch andere Arbeiten fordern. Beispielsweise durfte er jeden Bewohner 12 Tage im Jahr "zum Dienst im allgemeinen Interesse" einsetzen. 59 Solche Arbeiten, zum Beispiel Wegebauten und ähnliches, wurden selbstverständlich in erster Linie im Interesse der Erschließung des Landes für die Unternehmen des Pächters selbst durchgeführt. Da die europäischen Unternehmer auf diese Weise billige Arbeitskräfte erhielten, lagen schließlich von den europäischen Plantagenbetriebe, die für den Export arbeiteten, über 80 Prozent in den Gebieten mit "Selbstverwaltung" durch die Feudalfürsten. 60

Auf Java, wo das Straits- und Sunda-Syndikat den Schwerpunkt seiner Besitzungen hatte, wurden 1912/13 die niedrigsten Löhne von ganz Südostasien gezahlt: Tagelöhne von 35 Pfennig für Frauen, von 50 Pfennig für Männer; Kinderarbeit, "welche reichlich zur Verfügung steht und auf den Kautschukplantagen gute Verwendung findet", war weit verbreitet. Die Unternehmer zahlten den Kindern nur 20 Pfennig Tagelohn. Ein europäischer Assistent bekam dagegen ein Gehalt, das etwa dem Lohn entsprach, den 22 javanische Männer erhielten. 61

Emil Helfferich suchte die niedrigen Löhne der javanischen Plantagenarbeiter damit zu rechtfertigen, daß die Eigenwirtschaft des javanischen Bauern pro Tag und Familie auch nur 68, 5 Pfennig bis 1, 37 Mark abgeworfen habe. Die Löhne seien also durchaus "milieumäßig". 62 Tatsächlich wurde aber der Javane als unselbständiger Arbeiter physisch viel stärker ausgepowert, als es die Belastung durch die Arbeit im eigenen Betrieb ausgemacht hätte. Dabei gab der Arbeitsverdienst überdies keine ausreichende Entschädigung für die Naturalbezüge, die ein Javane bei der Arbeit auf seinem eigenen Land erhalten hätte. Vor allem aber mußte er

ten mit deutscher und fremder Beteiligung einbezogen worden. (ZStA, AA, Nr. 5872, Bl. 190, Handelsbericht d. Schweizer Konsuls in Batavia für 1917.)

58 Vgl. Schmidt-Stölting, Henry, a. a. O., S. 246.

59 Vgl. Weigand, Karl Leonhard, a. a. O., S. 14 f.

60 Vgl. Gretzer, Wilhelm K. G., Grundlagen und Entwicklungsrichtung der landwirtschaftlichen Erzeugung in Niederländisch-Indien, Berlin 1939, S. 41.

61 Helfferich, Emil, Die weitere Entwicklung der Kautschukkultur in Südostasien, in: Der Tropenpflanzer, 16. Jg. 1912, S. 26.

62 Vgl. Derselbe, Wirtschaft und Ethik in Niederländisch-Indien, in: Mitteilungen d. Geograph. Gesellschaft in Hamburg, 40. Jg. 1929, S. 159.

von seinem Lohn auch noch einen Mann bezahlen, der, während er selbst für den europäischen Unternehmer arbeitete, ihn beim Ableisten der weiterhin auf ihm lastenden Frondienste vertrat,<sup>63</sup> Fast gleichzeitig mit dem erneuten Zustrom deutschen Kapitals in die Plantagenwirtschaft Niederländisch-Indiens wuchsen um 1911 auch die deutschen Kapitalanlagen in Minengesellschaften auf Sumatra, wo sich um diese Zeit mehrere deutsche Bergwerksgesellschaften mit insgesamt 15,3 Millionen Mark Kapital bildeten,<sup>64</sup> An einer dieser Gesellschaften war wiederum der Geraer Industrielle Georg Hirsch beteiligt.

Auf Kalimantan war deutsches Kapital im Bergbau unter anderem durch die Zuid Borneo Mijnbouw Maatschappij vertreten. An ihr war die bereits erwähnte Berliner Bank Mertens & Co. beteiligt.<sup>65</sup> In den übrigen industriellen Unternehmungen in Niederländisch-Indien war deutsches Kapital wenig vertreten. Von der deutschen Schwerindustrie begründeten lediglich die Gebrüder Mannesmann in Surabaya ein eigenes Unternehmen, die Mannesmann-Buizen Maatschappij.<sup>66</sup> Jedoch nahm die deutsche Schwerindustrie am Export nach Niederländisch-Indien lebhaften Anteil. Geliefert wurden vor allem Ausrüstungen für Staats- und Privatbahnen sowie Maschinen für die Plantagenwirtschaft.

Eine wachsende Stellung in der Wirtschaft Niederländisch-Indiens nahm ferner die deutsche Chemieindustrie ein. Das Vordringen der deutschen Farbwerke schädigte vor allem die einheimische Indigoherstellung. Bereits Anfang des Jahrhunderts drang deutsches künstliches Indigo selbst in die javanischen Anbauggebiete des Naturindigos vor und eroberte sich in der Batikfabrikation der Javanen einen wichtigen Markt.<sup>67</sup> Durch die Konkurrenz billiger künstlicher Farbstoffe sank die Ausfuhr von Naturindigo zwischen 1905 und 1910 von 509 846 Kilogramm rapide auf 93 259 Kilogramm ab.<sup>68</sup>

Die Schwerindustrie und die jungen Industrien der Elektro- und der Chemiewirtschaft nahmen gegen Ende der Vorkriegszeit die wichtigste Stellung innerhalb des deutschen Exports nach Niederländisch-Indien ein. Ihr Exportanteil machte wertmäßig 1913 mit 71,0 Millionen Mark allein mehr als das Doppelte des Gesamtexports des Jahres 1905 aus, der 30,2 Millionen Mark betrug. Dabei war ihr Anteil noch im Wachsen begriffen. An der Steigerung des deutschen Exports nach Niederländisch-Indien von 1912 auf 1913 um 32,3 Prozent waren gerade diese Industrien mit Waren wie Mineräldünger, Maschinen, Rohre, Güterwagen, Elektromaterial, besonders Kabel, beteiligt.<sup>69</sup> Die Investitions- und Handelspolitik des deutschen Imperialismus gegenüber Niederländisch-Indien entsprach damit ganz dem Interesse der Monopole, die Kolonialgebiete auch dadurch in Abhängigkeit zu halten, daß nur solche Industriebetriebe errichtet wurden, die die Ausbeutung und den

63 Vgl. Anton, G. K., Studien zur Kolonialpolitik der Niederlande, Teil 2, in: Jahrbuch f. Gesetzgebung, Verwaltung u. Volkswirtschaft im Deutschen Reich, 30. Jg. 1906, S. 1111.

64 ZStA, AA, Nr. 1105, Bl. 8, Bericht Generalkonsulat Batavia, 15. 9. 1911.

65 Ebenda, Nr. 5866, Bl. 54, Bericht Generalkonsul Kiliani, Singapore, 6. 10. 1906.

66 Handboek ..., a. a. O.

67 ZStA, AA, Nr. 9858, Bl. 114, Bericht Generalkonsulat Batavia über die Indigokultur Niederländisch-Indiens, 30. 7. 1903.

68 Vgl. Gretzer, Wilhelm K. G., a. a. O., S. 89.

69 Vgl. Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 271, Auswärtiger Handel im Jahre 1913, H. 16, Berlin 1914, S. 20.

Export von agrarischen und mineralischen Rohstoffen sicherten. Die Entwicklung einer Schwerindustrie, zum Beispiel von Maschinenbaubetrieben, als Grundlage für eine selbständige ökonomische Entwicklung der Kolonie wurde dagegen ganz unterbunden. Für die deutsche Industrie bedeutete das angesichts der wachsenden Technisierung der Plantagenwirtschaft und des Bedarfs der Verkehrs- und Bergbauetriebe zugleich die Sicherung eines steigenden Absatzes.

In Niederländisch-Indien selbst, dem Mittelpunkt der Südostasienpläne, fand Emil Helfferich Unterstützung bei dem Präsidenten der Javaschen Bank, Ede Abraham Zeilinga. 1914 war Zeilinga in rund einem Drittel aller Tochtergesellschaften des Straits- und Sunda-Syndikats Aufsichtsratsmitglied.<sup>70</sup> Mit ihm hatte Helfferich eine wichtige Persönlichkeit des niederländischen Kolonialkapitals für seine Pläne gewinnen können. Die Verbindung zur Javaschen Bank war für das Syndikat um so wichtiger, als eine eigene deutsche Bank für Niederländisch-Indien fehlte. Die deutschen Auslandsbanken waren in diesem Raum lediglich durch eine Filiale der Deutsch-Asiatischen Bank seit 1906 in Singapore vertreten, so daß aus den Kreisen der deutschen Händler und Pflanzer in Indonesien immer wieder der Ruf nach einer eigenen deutschen Bank laut wurde.

Viators programmatischer Aufsatz hatte ebenfalls eine solche deutsche Kolonialbank für Niederländisch-Indien gefordert. Das entsprach auch den Vorstellungen Emil Helfferichs, der eine sogenannte Kulturbank gründen wollte. Die Kulturbanken waren seit Mitte der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts entstanden. Die Krise der Kolonialwirtschaft in der ersten Hälfte der achtziger Jahre hatte das niederländische Bankkapital veranlaßt, nicht mehr nur Kredite an die Pflanzungsgesellschaften zu geben, sondern sich direkt an den Gesellschaften zu beteiligen. Das Bankkapital verschmolz vielfach mit dem landwirtschaftlichen Kapital, und die so entstehenden Kulturbanken als eine spezifische Organisationsform des Finanzkapitals gewannen den beherrschenden Einfluß. Mit Hilfe einer solchen vom deutschen Finanzkapital errichteten Kulturbank wollte Helfferich sein "grundätzliches Bestreben, die deutschen Auslandsinteressen zu sammeln und unter Führung zu bringen", verwirklichen. Insbesondere die "zersplitterten deutschen Auslandsinteressen" sollten über eine solche Bank monopolistisch organisiert werden.<sup>71</sup>

Diesem Plan Helfferichs kam entgegen, daß durch zahlreiche Aktienkäufe deutscher Auftraggeber über die deutsche Maklerfirma Erdmann & Hethey in Amsterdam eine große deutsche Beteiligung an den bestehenden niederländischen Kulturbanken entstanden war. Die Aktien befanden sich zumeist im Besitz deutscher Adliger. Stark beteiligt war unter anderen Georg von Schaumburg-Lippe. Durch die Kontrolle dieses Aktienbesitzes gelangte die Maklerfirma in die Aufsichtsräte von drei der fünf Kulturbanken: Nederlandsch-Indische Handelsbank und die mit ihr engstens verbundene Nederlandsch-Indische Landbouw-Maatschappij, Handels-Vereeniging Amsterdam und Cultur-Maatschappij der Vorstenlanden. Allein bei der Handels-Vereeniging Amsterdam befand sich die Hälfte des Kapitals von 10 Millionen fl. in deutscher Hand.<sup>72</sup>

Aufgrund dieser starken Beteiligung deutschen Kapitals an den Kulturbanken schlug die Maklerfirma 1913 dem Straits- und Sunda-Syndikat vor, die Aktienmehrheit der drei Banken bzw. der Nederlandsch-Indischen Landbouw-Maat-

<sup>70</sup> Vgl. Handboek . . ., a. a. O.

<sup>71</sup> Helfferich, Emil, Ein Leben, Bd. 1, a. a. O., S. 260.

<sup>72</sup> Vgl. Derselbe, Die Niederländisch-indischen Kulturbanken, Jena 1914, S. 140.

schappij in deutsche Hand zu bringen und deren Aktien bei den deutschen Börsen einzuführen, Emil Helfferich nahm den Plan sofort auf, da er hier die Chance erkannte, unter äußerer Wahrung des niederländischen Charakters der Banken in die erheblichen Pflanzungs- und Industriebeteiligungen der Kulturbanken einzudringen und zugleich eine starke deutsche Kapitalgruppe auf diesem Wege in Niederländisch-Indien zu etablieren. Auch die belgische Gruppe des Straits- und Sunda-Syndikats war bereit, sich zu beteiligen. Die entscheidenden deutschen Finanzinstitute innerhalb des Syndikats, die Deutsche Bank sowie Warburg & Co., lehnten den Plan jedoch ab; Warburg, weil er seine guten Beziehungen zu den niederländischen Banken nicht dem Vorstoß zur Beherrschung der Kulturbanken opfern wollte.<sup>73</sup> So unterblieb die Übernahme der Kulturbanken.

Die Beteiligung ausländischen Kapitals am Straits- und Sunda-Syndikat und Emil Helfferichs Wunsch, bei der geplanten Eroberung der Kulturbanken deren niederländischen Charakter zu wahren, weisen auf eine wichtige Methode des deutschen Monopolkapitals bei seiner überseeischen Ausdehnung hin, nämlich sich der ökonomischen Hilfe ausländischen Kapitals zu bedienen bzw. unter der Flagge fremder Gesellschaften das eigene Vorgehen zu verdecken, andererseits aber auch mittels einer solchen Verquickung eigener ökonomischer Interessen mit denen anderer imperialistischer Länder weitergehende politische Sicherungen zu gewinnen. Die Wirksamkeit dieser Expansionstaktik des deutschen Monopolkapitals wurde bereits für China<sup>74</sup> und Ägypten<sup>75</sup> nachgewiesen. Das Vordringen des deutschen Monopolkapitals in Niederländisch-Indien zeigte ein ähnliches Bild. Eine ganze Reihe deutscher Firmen waren in den Niederlanden als Naamlose Vennootschapp (Aktiengesellschaft) eingetragen, Ursprünglich als Schutz gegen die deutsche Konkurrenz eingeführt, erwies sich diese Bestimmung schließlich als nützliche Tarnung für das Vordringen des deutschen Kapitals, als das Generalgouvernement nur solchen Unternehmen die Betätigung in der Kolonie gestattete, die dort oder in den Niederlanden registriert waren. Eine Stärkung ihrer Position suchten die deutschen Kapitalisten auch dadurch zu erreichen, daß sie sich teilweise auf ausländisches Kapital stützten bzw. einige ihrer Gesellschaften in London eintragen ließen. Über diese Tochtergesellschaften nutzten sie die wirtschaftspolitischen Vorteile, die sich für englische Gesellschaften aus den Verträgen von 1824 zwischen England und den Niederlanden ergaben. Diese Verträge hatten England die Meistbegünstigung und die Beseitigung jeglicher Diskriminierung im Handel mit Niederländisch-Indien und damit günstigere Ausgangspositionen für eine Beteiligung an der Ausbeutung der Kolonie als den übrigen Ländern gebracht. Von den Tochtergesellschaften des Straits- und Sunda-Syndikats waren zum Beispiel die Bantam (Java) Rubber Estates Ltd. und die Langkapoera (Sumatra) Rubber Estates Ltd. in London registriert.<sup>76</sup>

Die deutschen Großfirmen zogen nicht nur niederländisches, belgisches und englisches Kapital zur Finanzierung von Plantagen- und Bergbau-Gesellschaften heran, sondern bedienten sich auch niederländischer Häuser in den Kolonien als Ver-

<sup>73</sup> Vgl. Derselbe, *Ein Leben*, Bd. 1, a. a. O., S. 259 ff.

<sup>74</sup> Vgl. Jerussalimski, A. S., Das Eindringen der deutschen Monopole in China an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 8. Jg. 1960, S. 1838 f.

<sup>75</sup> Vgl. Rathmann, Lothar, Zur Ägyptenpolitik des deutschen Imperialismus vor dem ersten Weltkrieg, in: *Geschichte und Geschichtsbild Afrikas*, Berlin 1960, S. 89.

<sup>76</sup> Handboek ..., a. a. O.



mittler ihres Absatzes. Die Siemens-Schuckertwerke, Siemens & Halske und andere deutsche Monopolfirmen waren beispielsweise in Surabaya durch die niederländische Firma De Volharding vertreten.<sup>77</sup> Andererseits vertraten wiederum deutsche Händler in dritten Ländern die Interessen niederländischer Firmen und nahmen so Einfluß auf oder wenigstens Anteil an deren Exportgeschäften aus Niederländisch-Indien. In China beispielsweise wurde die Königlich Niederländische Gesellschaft zur Ausbeutung der Erdölquellen Niederländisch-Indiens durch die deutsche Firma Meyer, Lemke & Co. in Shanghai vertreten.<sup>78</sup> In gleicher Weise vertraten deutsche Firmen ausländische Industrie- und Handelsunternehmen in Niederländisch-Indien. Bereits seit der Mitte der achtziger Jahre wurde amerikanisches Kerosin beispielsweise durch das deutsche Handelshaus Hüttenbach in Penang zum Weitertransport und Vertrieb nach Sumatra übernommen, ebenso wie Ende der achtziger Jahre Nobel-Kerosin aus Batum.<sup>79</sup> Ähnlich wie für China<sup>80</sup> kann auch für Niederländisch-Indien gesagt werden, daß die deutschen Firmen, die dort teils selbständig, teils mit fremdem Kapital verbunden auftraten und vielfach als Vertreter ausländischer Interessen erschienen, den Markt erkundeten und die notwendigen Verbindungen knüpften, mit deren Hilfe schließlich das deutsche Kapital stärker vorzudringen vermochte. Das erwähnte Kerosingeschäft mag hier als Beispiel dienen. Nachdem eine deutsche Firma amerikanisches und russisches Kerosin in Niederländisch-Indien eingeführt hatte, errichtete 1905 ein deutsches Konsortium in Surabaya eine Kerosinfabrik, um europäische Halbfabrikate zu verarbeiten,<sup>81</sup> während schon vorher die deutsche Petroleumlampenindustrie parallel zum Vordringen auf dem Kerosinmarkt auch in den Lampenmarkt Niederländisch-Indiens eingedrungen war und ihn aus österreichischen ganz in deutsche Hände gebracht hatte.<sup>82</sup>

Diese Tatsachen, verglichen mit den entsprechenden Beobachtungen in anderen Expansionsgebieten des deutschen Imperialismus, zeigen, daß das deutsche Monopolkapital sich vor allem bei seinem Vordringen in den Kolonien bzw. Einflußgebieten anderer imperialistischer Mächte der Methode bediente, gemeinsame Unternehmen mit Kapitalisten dieser oder dritter Länder aufzuziehen, um dadurch günstigere Bedingungen für seine Expansion auf diesen Märkten zu schaffen.

Die Verbindung der deutschen Firmen in diesen Ländern mit fremden Handels- und Kapitalinteressen hatte zugleich die Möglichkeit geboten, den Markt zu erkunden und ihn vorzubereiten für die zweite Phase der Expansion des deutschen Kapitals, die sich für Niederländisch-Indien mit der Gründung des Straits- und Sunda-Syndikats und den sie begleitenden Denkschriften und Aufsätzen Emil Helfferichs, Witthoeffts und Viators abgezeichnet hatte, eine Phase, in der neben dem Handels- und Reedereikapital auch die Industriemonopole und Banken Südostasiens verstärkt zu einem der Zielgebiete ihrer ökonomischen Expansion machten. In dieser zweiten Phase des Vordringens des deutschen Kapitals wurde die Beteiligung an der Ausbeutung Niederländisch-Indiens dadurch intensiviert, daß im Gegensatz zu den bisher dort tätigen deutschen Kaufmannsfirmen, die ihre Profite

77 Vgl. ZStA, AA, Nr. 5869, Bl. 34, Konsulats-Verweser Theodor Helfferich, Surabaya, an Dt. Überseeisches Markensyndikat, Kalk b. Köln, 3. 11. 1909.

78 Vgl. Jerussalimski, A. S., a. a. O., S. 1838.

79 Vgl. Gould, James W., Americans in Sumatra, The Hague 1961, S. 444 f.

80 Vgl. Jerussalimski, A. S., a. a. O., S. 1839.

81 ZStA, AA, Nr. 5866, Berichte d. K. u. K. Österr.-ungar. Konsularämter über das Jahr 1906, VI, 1: Asien, Niederländisch-Indien, Soerabaya, S. 10.

82 ZStA, AA, Nr. 9859, Bl. 120, desgl. über das Jahr 1904, S. 10.

im wesentlichen im Lande ausgaben, die Gewinne jetzt zu einem erheblichen Teil außer Landes gebracht wurden, so daß sie der Wirtschaft der Kolonie verlorengingen und die Bevölkerung Indonesiens in der Tat einer doppelten Ausbeutung unterworfen wurde.

Die häufige Verbindung mit niederländischem, belgischem und englischem Kapital, die Ähnlichkeit deutscher und niederländischer Namen und die Registrierung deutscher Unternehmen als niederländische Firmen und in Orten der niederländischen Metropole erschweren eine genaue Beurteilung des Umfangs der deutschen Kapitalbeteiligungen in einzelnen Firmen bzw. Wirtschaftszweigen der Kolonie. Daher sind auch die vorliegenden Zahlen über den Gesamtumfang des in Niederländisch-Indien investierten deutschen Kapitals nicht sehr exakt. Nach den vom Auswärtigen Amt 1897 über die konsularischen Vertretungen eingezogenen Unterlagen schätzte das Reichs-Marine-Amt die deutschen Interessen in Niederländisch-Indien auf 10 Millionen Mark investierten Kapitals im Handel, zu denen bedeutende Kredite kamen, mehr als 2,25 Millionen Mark in Industrieanlagen und "sehr hoch" liegende Ziffern für Anlagen in Grundbesitz und Plantagen, deren Erträge mit 20 bis 30 Millionen Mark angesetzt wurden. Insgesamt errechneten die Propagandaleute des Reichs-Marine-Amtes aus diesen Angaben Beteiligungen in Höhe von 100 bis 150 Millionen Mark.<sup>83</sup> Die Denkschrift des Reichs-Marine-Amtes von 1905 wiederholt die schon 1900 genannte Summe der deutschen Gesamtbeteiligungen von 100 bis 150 Millionen Mark.<sup>84</sup> Eine Steigerung trat in der Tat erst in den letzten Jahren vor dem ersten Weltkrieg ein. Genaue Zahlen über die Summe der deutschen Beteiligungen in Niederländisch-Indien am Ende der Vorkriegszeit existieren nicht. Die Summe der Kapitalien, die in offensichtlich als deutsch oder doch überwiegend als deutsch erkennbaren Handels-, Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben angelegt waren, erhöhte sich zwischen 1905 und 1913 um etwa 34 Prozent von 33,25 Millionen Mark<sup>85</sup> auf etwa 44,68 Millionen Mark.<sup>86</sup> Demnach dürfte die von David<sup>87</sup> angenommene Wachstumsrate für das gesamte deutsche Auslandskapital im Jahrzehnt 1904 bis 1914 von rund 20 Prozent auch für Niederländisch-Indien nicht zu hoch angesetzt sein. Man wird daher damit rechnen können, daß das deutsche Kapital 1914 mit etwa 120 bis 180 Millionen Mark in diesem Gebiet beteiligt gewesen ist.

Im Vergleich zu anderen Einflußsphären des deutschen Kapitals außerhalb Europas erreichte das in Niederländisch-Indien angelegte Kapital allerdings nur etwa ein Zehntel des Umfangs des in Afrika oder etwa ein Fünftel bis ein Drittel des in Ostasien angelegten. Insgesamt umfaßte es nur etwa 1,1 bis 1,7 Prozent des deutschen Überseekapitals.

Es stand in Indonesien hinter dem niederländischen, englischen und französisch-belgischen Kapital zurück. In zunehmendem Maße begegnete es auch der Konkurrenz amerikanischen Kapitals. Während erst 1909 die ersten amerikanischen In-

<sup>83</sup> Die deutschen Kapitalanlagen in überseeischen Ländern. Zusammengestellt im Reichs-Marine-Amte, Berlin 1900, S. 38.

<sup>84</sup> Die Entwicklung der deutschen Seeinteressen ..., a. a. O., S. 158.

<sup>85</sup> Geschätzt nach: Die Entwicklung der deutschen Seeinteressen ..., a. a. O., S. 158; Die deutschen Kapitalanlagen ..., a. a. O., S. 38.

<sup>86</sup> Diese Summe ergibt sich aus den in Handboek ..., a. a. O., genannten Kapitalsummen dieser Firmen.

<sup>87</sup> David, Hans, Das deutsche Auslandskapital und seine Wiederherstellung nach dem Kriege, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 14. Jg. 1919, S. 48.

vestitionen im Werte von umgerechnet 1,686 Millionen Mark in indonesischen Kautschukplantagen erfolgten, wuchs das amerikanische Kapital, das zu 94 Prozent in der Kautschukwirtschaft angelegt war, rasch und betrug 1914 bereits umgerechnet 35,7 Millionen Mark.<sup>88</sup>

Da der prozentuale Anteil Deutschlands am Welthandel seit der Jahrhundertwende bereits zu stagnieren begonnen hatte, kam den Märkten Südostasiens besondere Bedeutung für den deutschen Außenhandel zu, da sich ihm hier noch Ausdehnungsmöglichkeiten boten. Während der deutsche Handel mit Niederländisch-Indien auf der Importseite den für den deutschen Imperialismus charakteristischen Rohstoffhunger widerspiegelte,<sup>89</sup> wurde der Export immer stärker für den Absatz der Großindustrie genutzt. Dabei nahmen die niederländischen Kolonien in Südostasien als Rohstoffquellen für Deutschland nach dem Wert des Handels eine bedeutendere Stellung ein als die deutschen Kolonien (Import 1910 aus Niederländisch-Indien 187,5 Millionen Mark, aus den deutschen Kolonien 53,2 Millionen Mark; 1913: 227,6 Millionen Mark gegenüber 64,4 Millionen Mark). Als Absatzmarkt standen die deutschen Kolonien 1910 zwar nur knapp hinter Niederländisch-Indien zurück, doch nahm das Volumen des deutschen Exports dorthin bis 1913 weit rascher zu als das des Exports in die eigenen deutschen Kolonien (Export 1910 nach Niederländisch-Indien 49,8 Millionen Mark, in die deutschen Kolonien 48,8 Millionen Mark; 1913: 98,6 Millionen Mark gegenüber 57,1 Millionen Mark).<sup>90</sup>

Bis gegen Ende der Vorkriegsperiode hatte das deutsche Kapital seine Stellung in Niederländisch-Indien bedeutend erweitern können. Hatte es sich in Südostasien seit etwa 1906 angesichts der Vertiefung der imperialistischen Widersprüche mit England statt den englischen Einflußgebieten stärker den niederländischen Kolonien zugewandt, um die dort gegebenen günstigeren Bedingungen für seine Expansion zu nutzen, so schien am Ende der Vorkriegsperiode wiederum die erheblich verstärkte Stellung des deutschen Kapitals in der Wirtschaft Niederländisch-Indiens eine ausreichende Basis zu bieten, um erneut und stärker als in den Jahren bis zur Mitte des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts in den britischen Kolonien Südostasiens ökonomisch vorzudringen. So fand auch die Empfehlung des deutschen Generalkonsuls Feindel in Singapore, sich "in großzügiger Weise" an der "wirtschaftlichen Entwicklung" der Halbinsel Malakka zu beteiligen,<sup>91</sup> alle Unterstützung durch das Auswärtige Amt. Die bereits eingeleiteten Maßnahmen hierzu wurden jedoch durch den Ausbruch des Krieges nicht mehr wirksam.

Trotz der Zunahme der deutschen Kapitalanlagen in Niederländisch-Indien gab es aber noch keine Zusammenfassung der einzelnen Unternehmen zu gemeinsamem Vorgehen. Eine organisatorische Konzentration hatte erst mit dem Auftreten des Straits- und Sunda-Syndikats begonnen. Erst unter dem Druck der ökonomischen Bedingungen des Weltkrieges konnten die Initiatoren dieses Zusammenschlusses mit der Verwirklichung ihres Planes beginnen, auch die anderen deutschen Unternehmen monopolistisch zu organisieren und "unter Führung zu bringen". Ein

88 Vgl. Gould, James W., a. a. O., S. 79.

89 Insgesamt stellten die Agrarprodukte, vor allem Nahrungs- und Genußmittel, 82,6 % der deutschen Einfuhren aus Niederländisch-Indien, während industrielle Rohstoffe etwa 16 % ausmachten, in erster Linie Rohzinn und Erdöl (Statistik des Deutschen Reiches, a. a. O., S. 19).

90 Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches, a. a. O.

91 ZStA, AA, Nr. 3294, Bl. 13, Generalkonsul Feindel, Singapore, an AA, 20. 7. 1912.

wichtiger Schritt hierzu war die im April 1917 erfolgte Gründung der Oost-Indische Productie Bank N. V. in Batavia, an der die Hamburger Bank M. M. Warburg & Co. und das Straits- und Sunda-Syndikat maßgeblich beteiligt waren.

In den Vorkriegsjahren jedoch war weder die territoriale Verteilung noch die organisatorische Zusammenfassung des deutschen Kapitals in Niederländisch-Indien weit genug fortgeschritten, als daß es die in den Denkschriften der Südostasien-Interessenten geforderten Interessensphären für sich hätte in Anspruch nehmen können. Hier war auch die Situation anders als zum Beispiel in den portugiesischen Kolonien in Afrika, in denen das deutsche Finanzkapital, darunter auch jene Banken, die an der Wirtschaft der Niederlande und deren südostasiatischen Besitzungen beteiligt waren, bereits 1898 und erneut in den Verhandlungen der Jahre 1912 und 1913 mit England Interessensphären abgrenzen konnte. Weder waren die niederländischen Kolonien durch ausländische Anleihen in Abhängigkeit vom fremden Finanzkapital geraten, noch gab es in dieser Region englische Interessen, die nur durch einen Kompromiß mit Deutschland zu sichern gewesen wären.

Zweifellos spielte dabei auch eine Rolle, daß der deutsche Imperialismus an der Erhaltung der Neutralität der Niederlande interessiert war, deren große Bedeutung als Rohstofflieferant bzw. als Durchfuhrland vor allem im Falle eines Krieges mit England seit etwa 1910 allmählich auch den militärischen Spitzen Deutschlands deutlich wurde.<sup>92</sup> Sie hatten erkannt, daß die Niederlande, unter deutschem Einfluß stehend - oder im Kriegsfall gar deutsch besetzt -, ebenso wie Deutschland selbst durch die englische Flotte von Übersee abgeschnitten und seiner Kolonien beraubt werden würden. Die ökonomischen und politischen Programme der deutschen Südostasien-Unternehmen für ihre Expansion in Niederländisch-Indien, Portugiesisch-Timor und Siam zeichneten aber bereits die Interessensphären und territorialen Ansprüche vor, die die deutsche Bourgeoisie im ersten Weltkrieg als ihre Kriegsziele in diesem Teil der Welt verkündete.

<sup>92</sup> Vgl. Meyer, Günther, a. a. O., S. 166 ff.

## UNTERSUCHUNGEN AUGUST BEBELS ZUR LAGE DER ARBEITENDEN KLASSE

(achtziger und Anfang der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts)<sup>1</sup>

von Horst Handke

Die publizistische und wissenschaftliche Tätigkeit August Bebels war ebenso vielgestaltig wie sein Wirken als Organisator, Parlamentarier und einflußreicher Führer der Internationale.<sup>2</sup> Besondere Aufmerksamkeit widmete er den Analysen zur Lage der arbeitenden Klasse.

Hier soll auf eine Auswahl von Arbeiten eingegangen werden, die in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts entstanden sind. Dazu gehören vor allem die Auswertungen verschiedener Berichte der Fabrikinspektoren in Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz. Es handelt sich um neun Beiträge.<sup>3</sup> Zwei davon sind ohne Verfasserangabe. Sie sind jedoch, wie sich anhand von Belegen feststellen läßt, Bebel zuzuschreiben. Das gleiche gilt für einige Beiträge, die mit B. bzw. A. B. gezeichnet sind. Sämtliche Arbeiten erschienen zwischen 1888 und 1890 in der "Neuen Zeit", dem theoretischen Organ der Sozialdemokratischen Partei, das - entsprechend dem Programmartikel von 1883 - der "Verbreitung des Wissens unter dem Volk" dienen sollte.<sup>4</sup>

- 1 Die Zitate aus der älteren Literatur wurden generell der heute üblichen Rechtschreibung angeglichen.
- 2 Vgl. Bebel, August, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, 1863 - 1878, hg. v. Horst Bartel, Rolf Dlubek, Heinrich Gemkow, Berlin 1970, S. V.
- 3 (Nicht gezeichnet), Die sächsische Fabrikinspektion im Jahre 1887, in: Die Neue Zeit, 6. Jg. 1888, S. 481 - 496; Bebel, August, Die deutsche Fabrikinspektion im Jahre 1887, in: ebenda, 6. Jg. 1888, S. 529 - 539; (A. B.), Die Fabrikinspektion in der Schweiz 1886 und 1887, in: ebenda, 7. Jg. 1889, S. 39 - 45; Bebel, August, Der Bericht der österreichischen Gewerbe-Inspektoren über ihre Amtsthätigkeit im Jahre 1887, in: ebenda, 7. Jg. 1889, S. 74 - 83; (A. B.), Die ungarische Fabrikinspektion in den Jahren 1887 und 1888, in: ebenda, 7. Jg. 1889, S. 255 - 267; (Nicht gezeichnet), Jahresbericht des Großherzogt. badischen Fabrikinspektors für das Jahr 1888, in: ebenda, 7. Jg. 1889, S. 321 - 325; Bebel, August, Der Bericht der österreichischen Gewerbeinspektoren über ihre Amtsthätigkeit im Jahre 1888, in: ebenda, 7. Jg. 1889, S. 350 - 359; (A. B.), Die sächsische Fabrikinspektion im Jahre 1888, in: ebenda, 7. Jg. 1889, S. 544 - 556; Bebel, August, Die österreichische Gewerbeinspektion im Jahre 1889, in: ebenda, 9. Jg. 1890/91, Bd. 1, S. 721 - 728.
- 4 Vgl. den Programmartikel, in: Die Neue Zeit, 1. Jg. 1883, S. 8: siehe auch Rieck, Brigitte, Die Rolle der "Neuen Zeit" bei der Vermittlung marxistischer Grundkenntnisse in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts (1883 - 1890), phil. Diss. Berlin 1971.

Des weiteren sind sechs Arbeiten zu nennen, die sich mit speziellen sozialstatistischen Analysen befassen und ebenfalls in der "Neuen Zeit" veröffentlicht sind. Sie behandeln: "Die Überproduktion an Intelligenz in Deutschland"<sup>5</sup>, "Die Produktion der Bergwerke, Salinen und Hütten ..." und ihre Auswirkungen auf die Kaufkraft der Massen<sup>6</sup>, den Zusammenhang zwischen demographischen Prozessen und der ökonomischen Entwicklung<sup>7</sup>, "Die Rechnungsergebnisse der deutschen Unfall-Berufsgenossenschaften ..." und ihre lohnstatistische Auswertung<sup>8</sup> und die Forderung nach dem Achtstundentag<sup>9</sup>.

Schließlich sei auf eine umfangreiche, als selbständige Publikation erschienene Studie hingewiesen, die die Lage der Arbeiter in den Bäckereien untersucht.<sup>10</sup>

Damit ist die publizistische Tätigkeit Bebels zur Lage der Arbeiter und insbesondere zur Auswertung sozialstatistischer Daten in dem genannten Zeitraum keineswegs erschöpfend aufgeführt. Es muß zum Beispiel auf so umfangreiche und thematisch bedeutsame Artikel hingewiesen werden wie die zum "Gesetz über die Invaliditäts- und Altersversicherung im Deutschen Reich"<sup>11</sup> und zur "Gewerbeverordnungs-Novelle"<sup>12</sup> sowie die als Broschüren erschienenen Beiträge "Wie unsere Weber leben" (1880), "Die Sonntagsarbeit. Auszug aus den Ergebnissen der Erhebungen über die Beschäftigung gewerblicher Arbeiter an Sonn- und Festtagen nebst kritischen Bemerkungen von August Bebel" (1888) und "Die Arbeiterschutz-Heuchelei der bürgerlichen Parteien im Reichstage" (1896), durchweg Arbeiten, die auf reichem dokumentarischem Material beruhen, im letztgenannten Falle auf den stenographischen Berichten der Verhandlungen des Deutschen Reichstages.

Die Bedeutung dieser Arbeiten liegt in folgendem: Sie sind ein Zeugnis für die schöpferische Anwendung des Marxismus auf die konkreten Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland zur damaligen Zeit, speziell für die Analyse seiner ökonomischen und sozialen Grundlagen. Sie sind Ausdruck für die ständige Suche nach Wegen, die von Marx und Engels begründete wissenschaftliche Theorie von der Entwicklung der Gesellschaft für den Klassenkampf nutzbar zu machen. Daß dies ein schwieriger Prozeß des Lernens - nicht ohne Irrtümer - war, hat Bebel selbst beschrieben.<sup>13</sup>

5 Die Neue Zeit, 1. Jg. 1883, S. 201 - 208 (gezeichnet: B.).

6 Ebenda, 4. Jg. 1886, S. 129 - 135 (gezeichnet: A. B.).

7 (Nicht gezeichnet), Die Eheschließung, Geburten und Sterbefälle im Deutschen Reich ..., in: ebenda, 5. Jg. 1887, S. 323 - 328; A. B., Die vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1890 ..., in: ebenda, 9. Jg. 1890/91, Bd. 2, S. 511 - 513.

8 Die Neue Zeit, 7. Jg. 1889, S. 109 - 117 (nicht gezeichnet).

9 Bebel, August, Der Achtstunden-Arbeitstag, in: ebenda, 15. Jg. 1896/97, Bd. 2, S. 420 - 426.

10 Derselbe, Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien, Stuttgart 1890.

11 Derselbe, Das Gesetz über die Invaliditäts- und Altersversicherung im Deutschen Reich, in: Die Neue Zeit, 7. Jg. 1889, S. 385 - 400, 454 - 473.

12 Derselbe, Die Gewerbeordnungs-Novelle, in: ebenda, 9. Jg. 1890/91; Bd. 2, S. 324 - 336, 364 - 374, 406 - 415.

13 In seinen Lebenserinnerungen z. B. berichtet Bebel über seine Entwicklung zum Sozialisten und Marxisten. Er weist darauf hin, daß fast alle, die in den sechziger Jahren Sozialisten wurden, über Lassalle zu Marx gekommen seien. (Bebel, August, Aus meinem Leben, T. 1, Berlin 1953, S. 127.)

Bebel war sich der raschen Veränderungen bewußt, die in den letzten drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts auf dem Gebiet der Entwicklung der Produktivkräfte, der sozialen Verhältnisse und des politischen und geistigen Lebens vor sich gingen. 1883 bemerkte Bebel, daß gegenwärtig ein riesenhafter Aufschwung auf allen Gebieten geistiger und materieller Entwicklung stattfindet.<sup>14</sup> Drei Jahre danach machte Bebel auf die außerordentlich gewachsene Qualifikation der Arbeiter in den vorangegangenen zehn Jahren aufmerksam und sah auch das industrielle Übergewicht, das der deutsche Kapitalismus auf diesem Wege erlangte.<sup>15</sup> Ein weiteres Jahr später beschrieb er eindrucksvoll die stürmische Entwicklung, die er und seine Zeitgenossen erlebten.<sup>16</sup>

Der Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals und die Entwicklung zur Großindustrie als Grundtendenz stand ebenso im Blickpunkt der ökonomischen Analysen Bebels wie die sozialen Begleiterscheinungen - die Herausbildung des Fabrikarbeiters als ein neuer Typ des Arbeiters neben einer großen Zahl von ungelerten Fabrikarbeitern.<sup>17</sup>

In diesem Zusammenhang spielte auch die besondere politische Situation in den achtziger Jahren und Anfang der neunziger Jahre eine wichtige Rolle: die schnelle Entwicklung des politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, der immer vielgestaltigere Formen annehmende Kampf für bessere soziale Bedingungen. Demgegenüber stand die Politik der herrschenden Klasse, mit Gewalt (Sozialistengesetz 1878) und einigen sozialen Zugeständnissen (Sozialgesetzgebung) der Situation Herr zu werden. Die revolutionäre Strategie und Taktik der Sozialdemokratie in den achtziger Jahren bestand darin, gegenüber dieser Politik der herrschenden Klasse die verschiedensten legalen und illegalen Mittel einzusetzen, von der Ausnutzung des Parlaments bis zum Aufbau eines illegalen Vertrauensmännersystems.<sup>18</sup> Gerade durch die geschickte Kombination dieser verschiedenen Methoden konnte sie einen weiteren Aufschwung in der Massenbewegung erreichen. Insbesondere in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre dehnte sich die Streikbewegung schnell aus.<sup>19</sup> Ebenso nahm der Grad der Organisiertheit der Arbeiter rasch zu.<sup>20</sup>

14 B., Die Überproduktion an Intelligenz in Deutschland, in: Die Neue Zeit, 1. Jg. 1883, S. 201.

15 (A. B.), Die Produktion der Bergwerke ..., in: ebenda, 4. Jg. 1886, S. 129 f.

16 (Nicht gezeichnet), Die Eheschließung, Geburten und Sterbefälle im Deutschen Reich ..., a. a. O., S. 323 f.

17 Vgl. auch Bartel, Horst / Laschitzka, Annelies / Schmidt, Walter, Reform und Revolution im Ringen um die Konstituierung der Arbeiterklasse ..., in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 6/1975, S. 641.

18 Vgl. dazu auch Engelberg, Ernst, Revolutionäre Politik und Rote Feldpost, 1878 - 1890, Berlin 1959, bes. S. 143.

19 Nach vorläufigen Berechnungen aufgrund von Presseauswertungen stieg die Zahl der Streiks von 1885/87 bis 1888/90 von 338 auf 770 (Strenz, Wilfried / Thümmeler, Heinzpeter, Zur Problematik der Erarbeitung von Streikkarten, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974, T. 2, S. 187). Siehe auch die vollständigeren Zahlen für 1889/90 bei Schröder, Wolfgang, Klassenkampf und Gewerkschaftseinheit, Berlin 1965, S. 39 ff., sowie in Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin 1966, S. 409 ff.

20 Nach Angaben von Förster stieg die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von knapp 50 000 im Jahre 1877 auf über 81 000 im Jahre 1886 und auf 300 000 bis 350 000 im Jahre 1890. Ebenso stieg die Zahl der Abonnenten der

Doch dieser Prozeß verlief keineswegs geradlinig. In sozialer Hinsicht strömten massenhaft Arbeiterschichten aus vorindustriellen Produktionsformen bzw. aus den ruinierten Bereichen des handwerklichen und bäuerlichen Sektors in die Arbeiterklasse. Damit aber entstand eine breite Basis für Vorstellungen, die dem kleinbürgerlichen Denken verhaftet waren. Gleichzeitig wird aufgrund der Sonderbedingungen des deutschen Kapitalismus, seines "industriellen Übergewichts" auf verschiedenen Gebieten, die ökonomische Grundlage für das Heranwachsen einer Arbeiteraristokratie geschaffen. Auf diese Weise entstanden die wesentlichen objektiven Voraussetzungen für die Verbreitung reformistischer und opportunistischer Vorstellungen innerhalb der Arbeiterklasse, während über die politische Entwicklung konkrete Ansatzpunkte für entsprechende Ideologien geschaffen wurden. Einerseits konnten der herrschenden Klasse soziale Zugeständnisse abgerungen werden; andererseits ergab sich daraus die Gefahr, dieselben überzubewerten oder sogar zu verabsolutieren, wurde der Weg der Reformen schließlich als der einzige Weg zum Erfolg angesehen.<sup>21</sup> Diese Auffassung fand vor allem in der Parlamentsfraktion der Sozialdemokratie starke Positionen, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil in diesem Gremium - abgesehen von seiner sozialen Zusammensetzung - die Gefahr zur Verselbständigung, zur Loslösung von den Massen der Arbeiter, besonders groß war.<sup>22</sup>

So wurden die ideologischen Auseinandersetzungen in den achtziger Jahren und Anfang der neunziger Jahre weitgehend durch die Problematik des Verhältnisses von Revolution und Reform bestimmt. Auch in Bebels Analysen zur sozialen Lage der Arbeiter nimmt diese Problematik einen besonderen Platz ein. Dabei wird immer wieder deutlich, daß Bebel den Kampf für soziale Reformen - den er in den achtziger und neunziger Jahren aufgrund der besonderen politischen Bedingungen in Deutschland sehr intensiv führte - stets als einen untergeordneten Aspekt im Klassenkampf, als ein Mittel zur Erreichung des revolutionären Endzieles, der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft, ansah. Für ihn - wie für die Vertreter der revolutionären Sozialdemokratie - galt, daß die Aufklärung der Massen über die Herstellung besserer sozialer Bedingungen, vorrangig aber über eine Verkürzung des Arbeitstages, erfolgen müsse und daß damit bessere Voraussetzungen für die Befreiung der Arbeiterklasse, für die sozialökonomische Umwälzung der Gesellschaft, geschaffen würden. Im September 1866 hatte der internationale Arbeiterkongreß in Genf auf Vorschlag des Londoner Generalrates (dessen geistiger Führer Marx war) beschlossen, daß die Beschränkung des Arbeitstages "eine vorläufige Bedingung" sei, ohne welche alle anderen Bestrebungen nach Emanzipation scheitern müßten. Marx, der diesen Passus auch im "Kapital" zitiert<sup>23</sup>, macht hier die dialektischen Wechselbeziehungen zwischen Reform und Revolution, zwischen Reform und politischer Machtergreifung, deutlich. Selbst in den Berichten der englischen Fabrikinspektoren findet sich diese eindeutige Un-

Gewerkschaftszeitungen (Förster, Alfred, Die Gewerkschaftspolitik der deutschen Sozialdemokratie während des Sozialistengesetzes ..., Berlin 1971, S. 324, 334).

21 Vgl. Bartel, Horst / Laschitzka, Annelies / Schmidt, Walter, a. a. O., S. 643, 646.

22 Siehe Engelberg, Ernst, a. a. O., S. 100 f., und Seeber, Gustav, Wahlkämpfe, Parlamentsarbeit und revolutionäre Politik ..., in: Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung ..., Berlin 1970, bes. S. 282.

23 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 319.



terscheidung. So zitiert Marx zum Beispiel: "Indem sie' (die Fabrikgesetze) 'sie (die Arbeiter - H. H.) zu Herrn ihrer eignen Zeit gemacht haben, haben sie ihnen eine moralische Energie gegeben, die sie dahinführt, möglicherweise die politische Macht in Besitz zu nehmen.'"24

In diesem Sinne kommt auch Bebels Analysen der sozialen Lage der Arbeiter auf der Grundlage der Fabrikberichte und anderer Quellen eine wichtige Rolle zu. Bebel hat den Kampf um menschenwürdige Bedingungen für die arbeitende Klasse niemals mit der Emanzipation der Arbeiterklasse, mit der revolutionären Umwandlung der Gesellschaft in eine klassenlose, gleichgesetzte. In der staatlichen Sozialgesetzgebung sah er in der Regel nicht mehr als eine neue Form von Wohltätigkeit und Armenpflege<sup>25</sup>, beides bisher von der Kirche und den kommunalen Behörden wahrgenommen, jetzt immer mehr in die Hände des Staates übergeben. Dabei sah er auch die stets mit solchen Maßnahmen verbundene Absicht der herrschenden Klasse, die Arbeiter von den Unternehmern abhängig zu machen.<sup>26</sup>

Dem entsprach auch, daß Bebel sich keiner Täuschung über die Rolle und die Möglichkeiten des bürgerlichen Staates hingab. Man konnte diesem Staat soziale (oder auch politische) Zugeständnisse für die Arbeiterklasse abtrotzen, die jedoch nie so weit gingen, daß sich der Staat als Machtorgan der herrschenden Klasse selbst aufgab. Es sei hier nur auf jene Ausführungen verwiesen, die Bebel 1886 in einer Polemik gegen Schippel machte. Schippel hatte - in Anlehnung an Rodbertus - die Auffassung vertreten, daß der Staat durch direktes Eingreifen in die "Lohnfeststellung" Schritt für Schritt den Lohn mit der Produktion zu heben suchen müsse, um "uns allmählich dem Zustand zuzuführen, wo dem Arbeiter das ganze Produkt seiner Arbeit zukommt".<sup>27</sup> Bebel bemerkte dazu, daß das die Aufhebung der Privatproduktion und des Klassengegensatzes bedeuten würde. Das wäre keine Reform mehr im landläufigen Sinne des Wortes, "sondern eine Revolution von so gewaltiger Tragweite, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat."<sup>28</sup> Zu einer solchen Revolution aber ist der bürgerliche Staat nicht imstande.

So war für Bebel der Kampf um die Verbesserung der sozialen Bedingungen stets eine "vorläufige Bedingung", deren Durchsetzung der arbeitenden Klasse helfen oder sogar erst die Möglichkeit geben sollte, sich ihrer Lage und ihrer Rolle in der Gesellschaft bewußt zu werden. Die eindringliche Darstellung der Nöte und des Elends der arbeitenden Klasse diente ihm als Mittel, die Kräfte für den Kampf um eine bessere Sozialgesetzgebung zu mobilisieren und damit neue Bedingungen zu schaffen, unter denen die endgültige Emanzipation der Arbeiterklasse vollzogen werden konnte.<sup>29</sup> An dieser Dialektik von Reform und Revolution hat sich in

24 Zit. ebenda, S. 320 Anm. 201 (Bericht v. 31. 10. 1859).

25 Siehe z. B. Bebel, August, Die Gewerbeordnungs-Novelle, a. a. O., S. 325, 392 f.

26 Siehe derselbe, Das Gesetz über die Invaliditäts- und Altersversicherung im Deutschen Reich, a. a. O., S. 390.

27 Vgl. Schippel, Max, Staatliche Lohnregulierung und die Sozialreformatorischen Bestrebungen der Gegenwart, (Minden (Westf.) 1885, S. 61.

28 Bebel, August, Staatliche Lohnregulierung und die sozialreformerischen Bestrebungen der Gegenwart, in: Die Neue Zeit, 4. Jg. 1886, S. 6.

29 Vgl. dazu auch die Äußerungen Bebels auf dem Parteitag der SPD 1908 (Bebel, August, Diesem System keinen Mann und keinen Groschen, Aus Reden und Schriften, ausgewählt u. eingeleitet v. Heinrich Gemkow, Berlin 1961, S. 79 f.).

der Zielstellung der revolutionären Arbeiterbewegung bis heute nichts geändert, auch wenn die konkreten sozialen Forderungen heute andere sind als damals, sich auf einer höheren Ebene bewegen, so wie sich die Produktivkräfte und mit diesen der Kapitalismus weiterentwickelt haben.

Wenn auf die politischen Bedingungen in den achtziger Jahren und Anfang der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts hingewiesen wurde, vor deren Hintergrund die ökonomischen und sozialen Analysen Bebels gesehen werden müssen, dann sind noch einige Faktoren zu nennen, die die Diskussion um Fragen der Sozialpolitik in jenen Jahren besonders begünstigten. Der Übergang zur neuen Phase des Kapitalismus in den sechziger Jahren, zur intensiven Ausbeutung, zur Anwendung von immer mehr und schnelleren Maschinen, hatte zu Veränderungen in der Lage der Arbeiter geführt, zur Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen.<sup>30</sup> Damit wurden die sozialen Probleme verstärkt ins Bewußtsein der Zeitgenossen gehoben; sie aufzugreifen, verband die politische Bewegung der Arbeiterklasse eng mit den Massen.

Speziell in Deutschland hatte die Anfang der achtziger Jahre eingeleitete Bismarcksche Sozialgesetzgebung zu einer verstärkten Auseinandersetzung über Fragen der Sozialpolitik geführt. Sie betraf nicht nur theoretische Fragen, wie das Verhältnis von Revolution und Reform und die Rolle des bestehenden Staates, sondern führte auch zur Präzisierung der politischen Forderungen, zur Demaskierung der sozialen Demagogie der herrschenden Klasse und zur Aufdeckung des Unvermögens derselben, die wirklichen Bedürfnisse der Arbeiter zu befriedigen.<sup>31</sup>

Da die Bismarckschen Gesetze (1883 Gesetz über die Krankenversicherung, 1884 Gesetz über die Unfallversicherung) nur Teilgebiete erfaßten und sich insgesamt als lückenhaft und unzureichend erwiesen<sup>32</sup>, reichte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion 1885 einen neuen Arbeiterschutzgesetzentwurf ein, den Bebel

30 Marx hat bekanntlich schon im "Kapital" darauf hingewiesen, daß die "Ökonomisierung der gesellschaftlichen Produktionsmittel" durch das Kapital zugleich "zum systematischen Raub an den Lebensbedingungen des Arbeiters während der Arbeit, an Raum, Luft, Licht und an persönlichen Schutzmitteln wider lebensgefährliche oder gesundheitswidrige Umstände des Produktionsprozesses" führt (Marx, Karl, a. a. O., S. 449 f.). Ebenso führte die Zusammenballung der Bevölkerung in den industriellen Zentren zur rapiden Verschlechterung der Wohnverhältnisse.

31 Die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag hatte bereits 1877 einen Antrag auf Änderung der Gewerbeordnung mit speziellen Arbeiterschutzmaßnahmen verlangt. Seeber weist auf die Konzeption hin, die Bebel im September 1880 gegenüber der Bismarckschen Sozialpolitik entwickelte. Auch findet sich bei Seeber eine Darstellung der Auseinandersetzung mit den rechten Kräften der Reichstagsfraktion, die - im Gegensatz zu Bebel und den revolutionären Kräften - die Bismarckschen Reformvorschläge als "sozialistisch" ansahen und in Verbindung damit auf einen "gesetzlichen Weg" zum Sozialismus spekulierten (Seeber, Gustav, a. a. O., S. 267 f.).

32 Zum Beispiel waren im Krankenversicherungsgesetz von 1883 zwei Drittel der Kosten den Arbeitern auferlegt worden, und große Teile der Arbeiterklasse, wie die ländlichen Arbeiter, blieben vom Versicherungsschutz gänzlich ausgeschlossen.

selbst maßgeblich ausgearbeitet hatte<sup>33</sup>. Doch erst unter dem Druck der zunehmenden Organisierung und Streikbewegung der Arbeiterklasse in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre konnten einige neue Fortschritte in der Arbeiterschutzgesetzgebung erzielt werden (1889: Gesetz über die Invaliditäts- und Altersversicherung). Nachdem - ebenfalls unter dem Druck der Arbeiterbewegung - das Sozialistengesetz gefallen war, konnten 1891 einige weitere Maßnahmen durchgesetzt werden, die die Regelung der Sonn- und Feiertagsarbeit und den Schutz von Frauen, Jugendlichen und Kindern betrafen. Es sei in diesem Zusammenhang erwähnt, daß fast zum selben Zeitpunkt auch reformistische Bestrebungen wieder verstärkt auftraten (zum Beispiel verlangte 1891 der Führer der bayerischen Sozialdemokratie, Vollmar, sich auf eine Politik der Reformen zu beschränken und die Politik der "Zusammenarbeit" mit dem Staat zur Hauptleitlinie zu machen).

Schließlich sei noch bemerkt, daß sich die deutsche Sozialdemokratie in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre auch zum Fürsprecher internationaler Arbeiterschutzkonferenzen machte, ohne dabei der Unternehmerargumentation zu verfallen, daß Arbeiterschutz im nationalen Rahmen nicht möglich sei, da diese eine Benachteiligung im Konkurrenzkampf bedeute. Bebel erwies sich auch hier als glänzender Dialektiker, indem er gleichzeitig nationale und internationale Fortschritte zum Schutze der Arbeiter anstrebte und in jedem nationalen Fortschritt auch eine Stärkung der internationalen Bewegung sah.<sup>34</sup> 1890 fand die erste internationale Arbeiterschutzkonferenz in Berlin statt, der entsprechende Konferenzen in Zürich und Brüssel (1897) und in Paris (1900) folgten. Auf der zuletzt genannten Konferenz wurde auch eine internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz gegründet.

Bebel hat in all diesen Auseinandersetzungen um die Durchsetzung einer revolutionären Sozialpolitik eine zentrale Rolle gespielt. Sein tiefes Verständnis der Lehren von Marx und Engels und seine revolutionäre Prinzipientreue lassen sich nicht zuletzt anhand seiner Analysen zur Lage der arbeitenden Klasse nachweisen.

Einen Schwerpunkt in den ökonomischen und sozialen Analysen Bebels bildeten die kritischen Einschätzungen einer Reihe von Fabrikinspektoren-Berichten. Das System der staatlichen Gewerbeinspektion war in fast allen industriell entwickelten Ländern Europas in den siebziger und achtziger Jahren - mit Ausnahme Englands, das schon früher diesen Weg beschrritten hatte - eingeführt worden. Ihr Zweck war vor allem, die gesetzlichen Bestimmungen des Arbeiterschutzes zu überwachen.<sup>35</sup>

33 Förster bezeichnet diesen Gesetzentwurf als "revolutionär, weil die unmittelbaren Forderungen der elementaren Arbeiterbewegung eng mit dem politischen Kampf gegen das Sozialistengesetz, gegen den preußisch-deutschen Militärstaat und gegen die kapitalistische Ausbeutung verbunden waren" (Förster, Alfred, Die Auseinandersetzungen über den sozialdemokratischen Arbeiterschutzgesetzentwurf im "Sozialdemokrat" 1885, Ein Beitrag zur Wirkungsgeschichte des "Kapitals" von Karl Marx, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Nr. 6/1968, S. 1077). Seeber hebt ebenfalls die revolutionäre Zielrichtung der Arbeiterschutzforderungen hervor, wobei er sich unter anderem auf den Briefwechsel Bebels stützt. (Siehe dazu Seeber, Gustav, a. a. O., S. 279.)

34 Siehe Bebel, August, Der Achtstunden-Arbeitstag, a. a. O., S. 426.

35 Vgl. Quarck, Max, Die Gewerbeinspektion in Deutschland, England, Frankreich, Österreich, der Schweiz usw., Nürnberg 1896, S. 5 ff.

Das Interesse Bebels - wie der sozialdemokratischen Führung - galt den Erfahrungen, die mit dieser relativ jungen Einrichtung des bürgerlichen Staates gemacht wurden, und den Möglichkeiten, wie sie im Interesse der Arbeiterklasse ausgenutzt werden konnte.

Außer Bebels Analysen erschienen in der "Neuen Zeit" seit ihrer Gründung im Jahre 1883 laufend Beiträge, in denen die Tätigkeit der Fabrikinspektoren untersucht wurde.<sup>36</sup> Sie ließen erkennen, welche Bedeutung dieser Einrichtung seitens der Sozialdemokratie bei der Verbesserung der Lage der Arbeiter beigemessen wurde, aber auch, wie gering der Einfluß der Arbeiter bislang auf diese Institution gewesen war.

Bebels Analysen der Fabrikberichte aus Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz sind vor allem unter drei Gesichtspunkten zu sehen. Erstens ging es Bebel darum, die Angaben über die miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter, die selbst in den Berichten der deutschen Fabrikinspektoren nicht völlig unterdrückt werden konnten, aufzugreifen und für die Durchsetzung einer verbesserten Sozialgesetzgebung auszunutzen. Einige Hauptforderungen waren: Begrenzung des Arbeitstages, Verbot der Kinderarbeit, gesetzliche Regelung der Arbeitszeit für Jugendliche und Frauen. Die Beschäftigung mit der Fabrikgesetzgebung in nichtdeutschen Ländern nutzte Bebel vor allem für Hinweise aus, wie weit die deutsche Fabrikgesetzgebung derjenigen anderer Länder hinterherhinkte. So hob er hervor, daß in der Schweiz ein Normalarbeitstag von elf Stunden eingeführt, Kinderarbeit und Nachtarbeit für Frauen verboten sei und Wöchnerinnen einen Schutz für acht Wochen genössen.

Ein zweiter Gesichtspunkt betraf den Kampf um die Durchsetzung des bereits gesetzlich Zugestandenen. Ob Bebel die Berichte der deutschen, schweizerischen, österreichischen oder ungarischen Fabrikinspektoren unter die Lupe nahm - immer wieder mußte er feststellen, daß die Unternehmer versuchten, die gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen oder mit Hilfe von Ausnahmestimmungen - die bei den meisten gesetzlichen Verfügungen für "Notfälle" zugelassen waren - zu durchbrechen.<sup>37</sup> Häufig standen dabei die Behörden mit den Unternehmern in einer Front. Den letzteren kam zugute, daß sie engste persönliche Beziehungen zu den Behörden hatten<sup>38</sup>, die die Gesetze lax handhabten<sup>39</sup>, über gesetzliche Vorschriften hinwegsehen, und daß sich bürokratische Verhaltensweisen, die Langsamkeit und Gleichgültigkeit<sup>40</sup>, in erster Linie zum Vorteil der Unternehmer auswirkten. Auf diese Weise blieben eine ganze Reihe von Bestimmungen der Fabrikgesetzgebung nur auf dem Papier.<sup>41</sup> Gegenüber der "Abneigung" und dem "Widerstand" der "maßgebenden Kreise" insbesondere in Preußen und "der ausgespro-

36 Als Autoren wirkten unter anderem Heinrich Braun, Max Quarck und Karl Kautsky (Die Neue Zeit, 1. Jg. 1883, S. 73 - 82; 2. Jg. 1884, S. 203 - 212; 7. Jg. 1889, S. 45 - 47).

37 Vgl. (A. B.), Die Fabrikinspektion in der Schweiz 1886 und 1887, a. a. O., S. 40.

38 Vgl. (nicht gezeichnet), Die sächsische Fabrikinspektion im Jahre 1887, a. a. O., S. 493.

39 Vgl. (A. B.), Die Fabrikinspektion in der Schweiz 1886 und 1887, a. a. O.

40 Vgl. Bebel, August, Die österreichische Gewerbeinspektion im Jahre 1889, a. a. O., S. 723.

41 Vgl. (A. B.), Die ungarische Fabrikinspektion in den Jahren 1887 und 1888, a. a. O., S. 256.

chen Gegnerschaft des Fürsten Bismarck gegen das Institut der Fabrikinspektoren<sup>42</sup> konnten nur durch den Druck der Arbeiterorganisationen und die Einflußnahme auf die Besetzung der Fabrikinspektionen Änderungen erreicht wie überhaupt die bloße Einhaltung der Gesetze erzwungen werden.

Als dritter Gesichtspunkt ergab sich deshalb folgerichtig die Forderung, die Institution der Fabrikinspektion zu einer Interessenvertretung der Arbeiterklasse zu machen. Bebel - wie auch den anderen Führern der revolutionären Sozialdemokratie - war bekannt, welch reiches Material Engels - vor allem bei der Darstellung der "Lage der arbeitenden Klasse in England" - und Marx - vor allem bei der Ausarbeitung des "Kapitals" - den Berichten der englischen Fabrikinspektoren entnommen hatten. Sie wußten auch, daß Marx diese Dokumente zu den wichtigsten und bedeutendsten beim Studium der kapitalistischen Produktionsweise gezählt hatte<sup>43</sup> und welch hohe Meinung Marx von der Wahrheitsliebe, dem Mut und dem Sachverstand vieler dieser Fabrikinspektoren, ärztlichen Berichtersteller und periodisch eingesetzten Untersuchungskommissare gehabt hatte. In der Einleitung zur "Lage der Arbeiter in den Bäckereien" zitiert Bebel - und dies nicht zufällig - die bekannte Textstelle aus der Vorrede zur ersten deutschen Auflage des "Kapitals" vom 25. Juli 1867, mit der Marx jenen Männern ein Denkmal setzte.<sup>44</sup> Doch bereits Marx bezweifelte, ob es gelänge, auch in anderen Ländern Europas "ebenso sachverständige, parteiische und rücksichtslose Männer" zu finden<sup>45</sup>, und die klägliche Darstellung, die Bebel in der Mehrzahl der deutschen Fabrikberichte über die Lage der Arbeiter fand, empörte ihn mit Recht. An dem Generalbericht des Reichsamtes des Inneren für das Jahre 1887 rügte Bebel die Verherrlichung der Regierungspolitik, die Ausfälle der Fabrikinspektoren gegen die Sozialdemokratie, die arbeiterfeindliche Tendenz.<sup>46</sup> An dem Bericht der sächsischen Fabrikinspektion für das Jahr 1887 kritisierte er die Oberflächlichkeit, das Fehlen grundsätzlicher Angaben über die Höhe der Löhne und die Arbeitszeit. Er wies auf die starke Voreingenommenheit vieler Fabrikinspektoren hin<sup>47</sup>, die - nicht nur in Sachsen - nur unzureichend begriffen hätten, "daß sie zum Schutze der Arbeiter eingesetzt sind und nicht zur Wahrung der Unternehmerinteressen".<sup>48</sup>

Immer wieder stieß Bebel darauf, daß sich die deutschen Fabrikberichte - zum Beispiel auch im Vergleich mit den schweizerischen oder österreichischen - durch besonders ängstliches Abwägen der Worte auszeichneten<sup>49</sup>, durch Bevormundung der Arbeiter, Weitschweifigkeit und verklausulierte Urteile, durch die Furcht, bei Unternehmern oder Behörden anzustoßen<sup>50</sup>, durch Mangel an Initiative, Selbst-

42 Die Fabrikinspektionen im Jahre 1888 im Deutschen Reich, mit besonderer Berücksichtigung derselben in Preußen, in: Die Neue Zeit, 8. Jg. 1890, S. 242 f.

43 Lafargue, Paul, Karl Marx. Persönliche Erinnerungen, in: ebenda, 9. Jg. 1890/91, Bd. 1, S. 17.

44 Bebel, August, Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien, a. a. O., S. 1.

45 Marx, Karl, a. a. O., S. 15.

46 Bebel, August, Die deutsche Fabrikinspektion im Jahre 1887, a. a. O., S. 529.

47 (Nicht gezeichnet), Die sächsische Fabrikinspektion im Jahre 1887, a. a. O., S. 482.

48 Ebenda, S. 483.

49 Vgl. (A. B.), Die sächsische Fabrikinspektion im Jahre 1888, a. a. O., S. 545.

50 Vgl. Bebel, August, Der Bericht der österreichischen Gewerbeinspektoren über ihre Amtsthätigkeit im Jahre 1888, a. a. O., S. 359.

losigkeit und Unabhängigkeitsgefühl der Fabrikinspektoren<sup>51</sup>, durch ihre allzu große Bereitwilligkeit, auf die Arbeiter loszuschlagen, 52

Neben den in diesem Sinne überwiegend negativen Berichten gab es auch einzelne "geradezu vortreffliche, denen man eine fruchtbare Anregung und reiche Belehrung" abgewinnen konnte, wie ein anderer "Rezensent" von Fabrikberichten schrieb.<sup>53</sup> Zu diesen gehörte zweifellos auch der Bericht des Fabrikinspektors für Baden, Wörishofer, der 1889 zum Beispiel eine - wie Bebel schreibt - "sehr fleißige und umfassende Arbeit über die 'soziale Lage der Zigarrenarbeiter im Großherzogtum Baden'" als Beilage zum Fabrikbericht hinzugefügt hatte und der darin ungeschminkter und umfassender als seine Amtskollegen die soziale Wirklichkeit einer großen Arbeitergruppe beschrieb.<sup>54</sup>

Aus dem bisher Dargelegten geht hervor, daß die Einrichtung der Fabrikinspektion in Deutschland trotz ihrer erheblichen Mängel nicht völlig unbrauchbar war.<sup>55</sup> Bebels Beiträge zielen deshalb mit vollem Recht immer wieder auf eine Veränderung dieser Institution in dem Sinne, daß sie ihrer wahren Bestimmung gerecht wird, nämlich eine Schutzeinrichtung für die Arbeiter zu sein, die die Erfüllung der Gesetze in den Fabriken erzwingt. Im Zusammenhang damit forderte Bebel einen stärkeren Ausbau der Fabrikinspektorate.<sup>56</sup> Er wies darauf hin, daß bereits die Zahl der Fabrikinspektoren völlig unzureichend sei, um den gesetzlichen Aufgaben nachzukommen, und daß bestenfalls ein geringer Prozentsatz der Betriebe von der Inspektion erfaßt würde.<sup>57</sup>

Die übrigen hier vorgestellten Arbeiten von Bebel beruhen auf anderen, weniger einheitlichen Quellen. Hauptsächlich sind es statistische Unterlagen: die Statistik der höheren Lehranstalten Preußens (die Überproduktion an Intelligenz), die Produktionsstatistik (die Produktion der Bergwerke, Salinen und Hütten), die Statistik der Unfall-Berufsgenossenschaften und die Ergebnisse der Volkszählung von 1890 in Preußen. Der Beitrag über den Achtstundentag bezog sich auf eine Veröffentlichung des Engländers John Rae, die 1897 in deutscher Übersetzung erschienen war und in der die Geschichte der Verkürzung der Arbeitszeit innerhalb des

51 Vgl. derselbe, Die deutsche Fabrikinspektion im Jahre 1887, a. a. O., S. 539.

52 Vgl. ebenda.

53 Braun, Heinrich, Die Berichte der deutschen Fabrikinspektoren für 1881, in: Die Neue Zeit, 1. Jg. 1883, S. 75.

54 Bebel, August, Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien, a. a. O., S. 8f.

55 Wie sehr die Fabrikberichte trotz ihrer Mängel noch heute als historische Quelle genutzt werden können, beweisen die umfangreichen Arbeiten zur Geschichte der "Lage der Arbeiter in Deutschland" von Jürgen Kuczynski (Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 3, Berlin 1962, S. 400).

56 Vgl. (A. B.), Die sächsische Fabrikinspektion im Jahre 1888, a. a. O., S. 545.

57 Ebenda; (nicht gezeichnet), Jahresbericht des Großherzogl. -badischen Fabrikinspektors für das Jahr 1888, a. a. O., S. 321; derselbe, Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien, a. a. O., S. 8. - Nach Angabe eines anderen Autors wurden 7 - 28 % der Betriebe inspiziert (Die Fabrikinspektion im Jahre 1888 im Deutschen Reich ..., a. a. O., S. 241). Vgl. auch Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 399.

vergangenen halben ahrhunderts anhand reichen Materials aus verschiedenen Ländern untersucht wurde.<sup>58</sup> In allen diesen Fällen ordnete Bebel die statistischen und empirischen Daten theoretisch ein und benutzte sie, um Einblicke in wesentliche gesellschaftliche Zusammenhänge und wechselseitige Abhängigkeiten sozialer Prozesse zu geben. Gleichzeitig zog er daraus Schlußfolgerungen für die praktische Politik. Es ist dabei bezeichnend, daß Bebel nicht nur auf sehr unterschiedliche Themen eingeht, sondern mit sicherem Blick für das Wesentliche aus Daten und Fakten die allgemeinen sozialökonomischen Bezüge entwickelt und nicht selten neue, überraschende Zusammenhänge aufdeckt. Es läßt sich auch am kleinsten Beitrag nachweisen, daß Bebel die Theorie von Marx und Engels auf die vielfältigsten Probleme anwendete und sich dabei der bürgerlichen Wissenschaft, einschließlich der Zunft der Nationalökonomien und Wirtschaftshistoriker, die damals das Terrain der sogenannten sozialen Frage beherrschten, turmhoch überlegen zeigte.

Charakteristisch für die theoretische Erfassung der verschiedenartigsten Probleme sind zum Beispiel die Beiträge über die Produktion der Bergwerke, Salinen und Hütten sowie über die vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung von 1890 in Preußen. Im ersten Beitrag, der auf der Statistik des Deutschen Reichs beruht, geht Bebel von dem Zusammenhang zwischen dem Preisverfall wichtiger bergbaulicher Produkte (Braunkohle, Steinkohle, Eisenerze usw.) und der Überproduktion aus. Er weist nach, daß die Versuche der Unternehmer, den Preisverfall (als Folge der Überproduktion) durch Absprachen über Produktionseinschränkung zu steuern, nur noch tiefere Widersprüche hervorrufen. Im einzelnen führt er aus, daß im Gefolge solcher Absprachen die Zahl der Arbeitslosen steigt, daß das wiederum die Kaufkraft und die Nachfrage nach anderen Waren vermindert und somit in anderen Branchen "Überproduktion" entsteht. Er schreibt: "Jeder Versuch also, die Überproduktion durch Produktionseinschränkung zu kurieren, muß mit Notwendigkeit in das Gegenteil umschlagen. Lohnverminderung, Arbeiterentlassung, größere Verelendung der Masse, steigende Armenbudgets und Einschränkung der Konsumtion, Hand in Hand gehend mit wachsender Zahl der Bankerotte der kleinen und mittleren Unternehmer sind die Wirkungen dieser Maßregel."<sup>59</sup>

Gleichzeitig betont Bebel, daß das Übel nicht der Überfluß von Produkten sei, sondern die mangelnde Kaufkraft der Masse und daß diese Masse nicht an Konsumtionsbedürfnis Mangel leide, sondern an Barmitteln, um ihr Konsumtionsbedürfnis zu befriedigen. An diese Ausführungen knüpft er die Schlußfolgerung, daß das "einzige Heilmittel" sei, "die Konsumtionsfähigkeit der Masse mit ihrer Produktionsfähigkeit in Einklang zu bringen, indem die Arbeiterklasse Besitzer der Arbeitsmittel wird und von Staats wegen die Erzeugung nach dem vorhandenen Bedürfnis geregelt wird. Das bedeutete aber Aufhebung des Privateigentums an den Arbeitsmitteln und gesellschaftliche Regulierung der Produktion."<sup>60</sup>

Ein enger Ausschnitt aus der kapitalistischen Wirklichkeit, statistisch untermauert, diente Bebel fast beiläufig zur Aufdeckung der Grundwidersprüche der kapitalistischen Gesellschaft. Er nimmt ihn als Ausgangspunkt für die Ableitung der Notwendigkeit, das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufzuheben und die Produktion gesellschaftlich zu regulieren, ein Prozeß, der nicht durch die bür-

58 Rae, John, Der Achtstunden-Arbeitstag, Weimar 1897. (Die englischsprachige Ausgabe war 1894 erschienen.)

59 (A. B.), Die Produktion der Bergwerke ..., a. a. O., S. 134.

60 Ebenda, S. 135.

gerliche Gesellschaft selbst zum konsequenten Ende gebracht werden könne, wie Bebel weiter bemerkt, da dies bedeute, daß sie - die bürgerliche Gesellschaft - sich selbst aufhöbe. Er sah die "Koalitionen" der Bergwerks- und Hüttenbesitzer zur Produktionseinschränkung zwar nicht explizit als Übergangsstufe zu einem höheren Stadium des Kapitalismus an - 1886 waren diese Merkmale eines höheren Stadiums ja auch erst im Entstehen begriffen -, aber er stellte sehr wohl dar, daß diese "Koalitionen" die kapitalistischen Widersprüche auf höherer Ebene reproduzieren und nicht an die Notwendigkeit staatlicher, gesamtgesellschaftlicher Eingriffe heranzuführen.

In der kleinen Studie über "Die vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1890 im Königreich Preußen" ging Bebel ähnlich vor. Zunächst gab er einen Überblick über die Entwicklung der Stadt- und Landbevölkerung zwischen 1867 und 1890. Er zeigte anhand der Statistik, daß der Anteil der Stadtbevölkerung in diesem Zeitraum von 30 Prozent auf 40 Prozent gestiegen war, ja sogar 50 Prozent erreichte, wenn die Industriegemeinden zur Stadtbevölkerung geschlagen würden. Er bezeichnete dies als eine "Revolutionierung der Bevölkerung in bezug auf ihre Existenz- und Lebensbedingungen".<sup>61</sup> Im Gegensatz jedoch zu der von ihm zitierten reaktionären "Kreuz-Zeitung", die sich anhand dieser Entwicklung dank steigender Nachfrage günstige Aussichten für die Großagrarier auf steigende Lebensmittelpreise ausrechnete, zog Bebel den Schluß, daß aufgrund der industriellen Entwicklung die Agrarpolitik (Schutzzölle und Hochhalten der Preise) immer unhaltbarer werde, denn sie könne immer weniger die dringendsten Bedürfnisse der Masse befriedigen, und nicht nur das: Er leitete aus dieser Entwicklung auch ab, daß damit die Aussichten auf das Ende der agrarischen Ausbeutung wie jeder Ausbeutung zunähmen, weil die Masse der Unterdrückten und Unzufriedenen wachse, die der Ausbeutung ein Ende macht!

Einem spezifisch demographischen Thema wandte sich Bebel bei der Analyse der Eheschließungs-, Geburten- und Sterbefallstatistik zu. Auch hier geht die Arbeit über eine bloße Beschreibung statistischer Daten hinaus. Dank des umfassenden Verständnisses der Lehren von Marx und Engels drang Bebel tief in das Wesen der demographischen Prozesse ein. Der Zeitraum von zehn Jahren (1876 bis 1885), von dem er aufgrund der statistischen Daten ausgeht, läßt zwar nicht das komplizierte Geflecht aller Einflußfaktoren erkennen, insbesondere nicht die langfristig wirkenden, doch durch das materialistische und dialektisch-historische Herangehen an die Fakten gelingt es ihm, bemerkenswerte Zusammenhänge aufzudecken.

Bebels Ausgangsthese, daß die menschlichen Leidenschaften und Triebe von den ökonomischen Tatsachen abhängen<sup>62</sup>, entspricht den theoretischen Positionen, die bereits Marx abgesteckt hatte, als er die Bevölkerungsentwicklung in erster Linie von der Entwicklungsstufe der Produktivkräfte und den ihnen entsprechenden Produktionsverhältnissen abhängig sah.<sup>63</sup> In dieser These ist enthalten, daß die demographischen Prozesse vor allem von sozialbiologischen, sozialpsychologischen

61 Derselbe, Die vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1890 ..., a. a. O., S. 513.

62 (Nicht gezeichnet), Die Eheschließung, Geburten und Sterbefälle im Deutschen Reich ..., a. a. O., S. 323.

63 Siehe auch Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1974, S. 500; derselbe, Nachwort zur 2. Auflage des "Kapital", in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 26.



und sozialökonomischen Faktoren beeinflusst werden, daß jedoch die letzteren die letzten Endes bestimmenden sind.<sup>64</sup>

Bebel stellt eine einfache Korrelation her, die diese Grundbeziehungen in einer bestimmten Form zum Ausdruck bringt. So erklärt er, daß Eheschließungen und Geburten über lange Zeit hinweg von den Preisen der notwendigsten Nahrungsmittel, insbesondere des Getreides, abhängig gewesen seien. Jetzt jedoch, mit der schnellen sozialen Entwicklung, die alle Verhältnisse "ins Riesenhafte entfaltet", werde die Lage der Massen immer weniger durch einen Faktor bestimmt, sondern durch die gesamten "Weltmarktverhältnisse". Damit aber hätten sich bestimmte Zusammenhänge geändert. Hätte früher das Steigen der Getreidepreise, also Teuerung, zur Verminderung der Zahl der Eheschließungen und Geburten und umgekehrt ein Sinken der Getreidepreise zu deren Zunahme geführt, so seien jetzt die "alten Verhältnisse" "total auf den Kopf gestellt". Es steige die Zahl der Eheschließungen und Geburten bei hohen Getreidepreisen, und sie vermindere sich bei niedrigen.<sup>65</sup> Ganz deutlich lasse sich das anhand der Entwicklung in den Jahren zwischen 1876 und 1881 ablesen, in denen zusammen mit dem Preisverfall auch die Zahl der Eheschließungen ihren niedrigsten Punkt erreiche.

Obwohl sich Bebel nur auf einen Zehn-Jahres-Abschnitt bezog (und aufgrund der verwendeten Daten nur beziehen konnte), hatte er doch eine weit allgemeinere Abhängigkeit der kapitalistischen Bevölkerungsentwicklung aufgespürt: die Abhängigkeit wichtiger demographischer Prozesse von der zyklischen Entwicklung der Wirtschaft, wobei Krisen- und Depressionserscheinungen sich desto offenkundiger auf die Entwicklung der Eheschließungen und auch Geburten auswirkten, je tiefergehender und anhaltender sie waren. Die von Bebel untersuchten Jahre zeichneten sich gerade dadurch aus, daß der Gründerkrise von 1873 und der tiefen und langen Depression bis 1879 nur eine sehr bedingte und gehemmte Aufschwungsphase bis 1883 gefolgt war, die wichtige Merkmale einer Depressionsphase trug (die industrielle Produktion blieb hinter der Steigerung der Arbeitsproduktivität und des Arbeitskräftepotentials zurück, Großhandelspreise und Umsätze sanken, die Profite der Großindustrie gingen zurück).<sup>66</sup> Die so außerordentlich widerspruchsvolle Wirtschaftsentwicklung spiegelte sich nicht zuletzt in den sehr uneinheitlichen Bewegungen der Geburtenzahl wider.

Bebel beschränkte sich bei dem Nachweis der Abhängigkeit demographischer Prozesse von der wirtschaftlichen Entwicklung auf eine Grundkorrelation, auf den Zusammenhang zwischen demographischen Prozessen und Preisen. Das führte zwar zwangsläufig zu einer vereinfachten Darstellung, ermöglichte es aber auch, diesen einen wesentlichen Zusammenhang besonders deutlich herauszuarbeiten.

Soweit die Gründerkrise für Deutschland den endgültigen Sieg der Großindustrie markierte, liegt es auf der Hand, daß die Umkehrung der "alten Verhältnisse", von der Bebel spricht, nunmehr besonders deutlich ins Auge sprang und daß sich auch die Abhängigkeit der Bevölkerungsentwicklung von dem neuen depressiven

64 Marksistsko-leninskaja teorija narodonaselenija, unter der Red. v. Dmitrij Ignat'evič Valentej, Moskau 1971, S. 325.

65 (Nicht gezeichnet), Die Eheschließung, Geburten und Sterbefälle im Deutschen Reich ..., a. a. O., S. 323 f.

66 In der Wirtschaftsgeschichte wird für die Zeit von 1873 bis 1894 auch der Begriff der "Großen Depression" verwendet. Vgl. dazu Mottek, Hans / Becker, Walter / Schröter, Alfred, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Ein Grundriß, Bd. 3, 2. Aufl. Berlin 1975, S. 175 f.

Verlauf der Wirtschaft verstärkte. In der Feudalgesellschaft beeinflussten das Ausmaß der feudalen Lasten und die Art und Weise ihrer Eintreibung die Größe der auf die Bevölkerung entfallenden Existenzmittel ganz erheblich (und damit die natürlichen Reproduktionsbedingungen).<sup>67</sup> In der kapitalistischen Gesellschaft wurde der Lohn zu einem solchen wesentlichen Regulator der natürlichen Reproduktion. Damit wurden Wirtschaftsabläufe ganz anderer Art, eng verbunden mit der zyklischen Bewegung der Wirtschaft, so wie Bebel es darstellte, zu einem wesentlichen Faktor für den Verlauf demographischer Prozesse. Bebels Kurzanalyse, nur fünf Druckseiten umfassend und lediglich auf einen Zeitraum von zehn Jahren beschränkt, dringt bis zu diesem Kern vor, und sie hebt mit dem Hinweis auf die Vervielfachung der einflußnehmenden Faktoren, auf die "Weltmarktverhältnisse", jenes entwicklungsgeschichtliche Moment hervor, daß die Beziehungen zwischen der Bevölkerungsentwicklung und der Produktionsweise mit der Höherentwicklung der Produktionsweise komplizierter und undurchsichtiger werden.<sup>68</sup>

Unter einem anderen Aspekt ist Bebel's Beitrag über die Rechnungsergebnisse der deutschen Unfall-Berufsgenossenschaften von Bedeutung. Bei der gesetzlichen Regelung der Unfallversicherungen<sup>69</sup> war vorgesehen, daß diese Ergebnisse jährlich durch das Reichsversicherungsamt dem Reichstag vorgelegt wurden. Mit dem Bericht für 1887, den Bebel zum Gegenstand seiner Betrachtung machte, lag die zweite vollständige Jahresbilanz vor.

Vom Thema her hätte man erwartet, daß Bebel vor allem die Unfallstatistik analysiert. Soweit der Bericht Zahlenangaben dazu enthält, legte er sie auch vor. Die Zersplitterung der Unfallversicherung auf einzelne Berufsgenossenschaften und ihre hohen Verwaltungskosten führten ihn zu dem Schluß, daß keins der seit 1867 im Norddeutschen Bund und später im Deutschen Reich erlassenen Gesetze einen Grundgedanken klar verwirklicht hat, sondern stets mit dem Charakter der Halbheit und der mangelnden Klarheit behaftet blieb - ausgenommen die Militär-gesetzgebung und das Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten. Der Kompliziertheit und Unentschiedenheit der bisherigen Gesetzgebung stellte er die Forderung nach einer einzigen Reichs-Unfallversicherungskasse mit verschiedenen Gefahrenklassen gegenüber, die zugleich die Grundbedingung für die Alters- und Invalidenversicherung hätte abgeben können.<sup>70</sup>

Angaben über die Art und Schwere der Unfälle oder über bestimmte Tendenzen der Unfallentwicklung waren der Quelle nicht zu entnehmen. Doch für Bebel gewann sie einen ganz anderen theoretischen und praktischen Wert. Wiederholt hatte er auf die ungenügend entwickelte Lohnstatistik in Deutschland hingewiesen und unter anderem an der Mehrzahl der Fabrikberichte bemängelt, daß sie keine aussagekräftigen, zusammenfassenden Angaben über die Lohnverhältnisse machten. In den Zahlen der Unfallversicherung, denen bestimmte Lohnbeträge der Beschäf-

67 Vgl. Lenin, W. I., Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung, in: Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 476.

68 Vgl. Khalatbari, Parviz, Zu einigen Grundsatzfragen der marxistisch-leninistischen Demographie, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974, T. 1, S. 28.

69 Die gesetzliche Regelung bezieht sich auf das Unfallversicherungsgesetz v. 6. Juli 1884 in Verbindung mit dem Ausdehnungsgesetz v. 28. Mai 1885.

70 (Nicht gezeichnet), Die Rechnungsergebnisse der deutschen Unfall-Berufsgenossenschaften im Jahre 1887, in: Die Neue Zeit, 7. Jg. 1889, S. 117.

tigten in den einzelnen Berufsgenossenschaften zugrunde gelegt waren, sah er eine Möglichkeit, auf indirektem Wege zu statistischen Daten über die Durchschnittslöhne zu gelangen. Bebel wies ausdrücklich darauf hin, daß die vor ihm errechneten Ergebnisse keinen "vollkommen richtigen Schluß auf die Durchschnittshöhe des Jahresverdienstes" zuließen. Doch erschien ihm wichtig, daß überhaupt ein Einblick in die Lohnverhältnisse ermöglicht wurde, sei es auch nur ein annähernder.<sup>71</sup> In diesem Zusammenhang betonte er auch, daß die errechneten Durchschnittssätze eher zu hoch als zu niedrig anzusehen seien.

Bebel kam auf diese Weise zu so aufschlußreichen Angaben wie den folgenden: Von 62 Berufsgenossenschaften liegen 28 unter dem Durchschnittseinkommen, wobei in diesen Berufsgenossenschaften mehr als die Hälfte der Versicherten beschäftigt sind. Vor allem ergaben sich große Differenzen zwischen den unteren und oberen Einkommengrenzen. So ließ sich zwischen der Berufsgenossenschaft mit dem niedrigsten Jahresdurchschnittseinkommen (Zucker-Berufsgenossenschaft) und der mit dem höchsten Einkommen (Hamburgische Baugewerks-Berufsgenossenschaft) eine Relation von 1 : 3, 2 (315,- Mark : 1007,- Mark) errechnen.<sup>72</sup> Auch in ein und demselben Industriezweig stellte Bebel - in Abhängigkeit vom geographischen Standort - nicht unwesentliche Differenzen fest. So wichen zum Beispiel die Jahresdurchschnittslöhne in der Eisen- und Stahlindustrie in Schlesien von denen in Süddeutschland in einer Relation von 1 : 1, 5 voneinander ab, ohne daß sich dies durch ein unterschiedliches Preisniveau ausreichend begründen ließ.<sup>73</sup>

Es ist nicht uninteressant, darauf hinzuweisen, daß Bebels Verfahren zur Errechnung von Durchschnittslöhnen, vor allem unter dem Zwang mangelnder statistischer Unterlagen angewandt, in der neueren Zeit Nachahmer gefunden hat. 1957 versuchten zwei Wissenschaftler in der BRD die Beschäftigung und die Löhne in der deutschen Industrie zwischen 1888 und 1954 anhand der Unfallversicherungsstatistik zu verfolgen.<sup>74</sup>

Lotte Zumpe, die diese Berechnungen vom marxistischen Standpunkt aus überprüfte, kam zu dem Ergebnis, daß das Verfahren trotz der ungenauen Quellenbasis sowohl für die "Beschäftigtenlage" als auch für die "Lohnentwicklung" "brauchbar" bzw. "nutzbar" zu machen sei und nur unwesentliche Abweichungen gegenüber den Lohnberechnungen von Jürgen Kuczynski ergebe, die auf tatsächlichen Lohndaten aufbauen.<sup>75</sup> So wird Bebels schöpferische Auswertung der Unfallversicherungsstatistik noch Jahrzehnte später in ihrer Richtigkeit bestätigt.

Mit einer außerordentlich aktuellen Problematik befaßte sich Bebel in dem Beitrag "Der Achtstunden-Arbeitstag". Die Beschlüsse der internationalen Arbeiterkongresse, insbesondere seit dem Pariser Kongreß im Jahre 1889, und die darauf folgenden Mai-Demonstrationen hatten dem Kampf um den Achtstunden-Arbeitstag neue, starke Impulse gegeben. Die Frage des Achtstunden-Arbeitstages war, wie Bebel schrieb, "seitdem eine gemeinsame Forderung des Klassenbewuß-

71 Ebenda, S. 110.

72 Ebenda, S. 110 f.

73 Ebenda, S. 112.

74 Vgl. Grumbach, F. / König, H., Beschäftigung und Löhne in der deutschen Industriewirtschaft 1888 bis 1954, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 79, 1957, H. 1.

75 Vgl. Zumpe, Lotte, Methodologische Bemerkungen zur Lohnstatistik, in: Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 440, 442.

ten Proletariats aller Kulturländer" geworden.<sup>76</sup> Die öffentlichen Diskussionen darüber, nicht zuletzt auch im Reichstag, stellten die Sozialdemokratische Partei vor die Notwendigkeit einer noch intensiveren Agitation für die Erreichung dieses Zieles. Dabei waren nicht nur starke Widerstände im bürgerlich-junkerlichen Lager zu überwinden, das im Reichstag geschlossen gegen ein Gesetz zur Einführung des Achtstunden-Arbeitstages aufgetreten war, sondern auch unter den Wortführern der Sozialdemokratischen Partei. Es gab skeptische Auffassungen, ob das plötzliche Heruntergehen von elf, zwölf und mehr Stunden Arbeit - wie es damals noch in vielen "Kulturländern" einschließlich Deutschlands üblich war - nicht zu einer Verminderung der Produktion und Verkleinerung der Lohn-einkommen führe, ob nicht ein massenhafter Zusammenbruch der Kleinbetriebe die Folge sei, weil diese bei geringerer Arbeitszeit dem Konkurrenzdruck der Großbetriebe nicht mehr standhalten könnten.

Bebel hatte - vor allem bei der Analyse der Fabrikinspektoren-Berichte - jeden noch so kleinen Hinweis darüber aufgegriffen, daß durch Reduzierung der Arbeitszeit nicht die immer wieder behaupteten nachteiligen Folgen aufgetreten waren (zum Beispiel bei der Reduzierung der Arbeitszeit auf elf Stunden in der Schweiz). In dieser Situation erschien 1897 ein Buch des englischen Unternehmers John Rae in deutscher Übersetzung, in dem umfangreiches Tatsachenmaterial zu dieser Problematik vorgelegt wurde. Obwohl Rae sich als einen ausgesprochenen Gegner sozialistischer Ideen bezeichnete und das Anliegen seines Buches auch nicht darin bestand, die Vorzüge der verkürzten Arbeitszeit für die Arbeiter zu untersuchen, sondern sie für die Unternehmer zu zeigen, konnte es Bebel als "eine Art Kompendium über die Frage des Achtstundentages" bezeichnen. Über Rae urteilte er, daß jener ein Unternehmer sei, der "an Einsicht und Weitblick" sich "turmhoch" über "die Beschränktheit eines Stumm und der hinter ihm stehenden deutschen Industriellen" erhebe.<sup>77</sup>

Rae hatte bei seiner Argumentation für den Achtstundentag vor allem die größere Leistungsfähigkeit des Arbeiters pro Zeiteinheit hervorgehoben. Die geringere Arbeitszeit mache den Arbeiter fleißiger und williger, seine Arbeit werde intensiver, es sei weniger Antreiberei und Aufsicht erforderlich, und es würde sorgsameres Umgehen mit Maschinen und sparsamerer Verbrauch von Materialien erreicht. Rae wies anhand vieler praktischer Beispiele nach, daß die Reduzierung der Arbeitszeit weder zu einer Verminderung der Produktion noch zu einer Senkung der Profite geführt habe, aber auch nicht zu einer Verminderung der Löhne (was für die Auseinandersetzung in der Arbeiterklasse von Bedeutung war), sondern häufig sogar noch zu einer Steigerung.

Dieser Unternehmerargumentation stellte Bebel gegenüber, welche Vorteile das für die Lage der Arbeiter und die Hebung ihres Bewußtseins haben würde. So spricht er davon, daß die Arbeiter aufgrund eines verkürzten Arbeitstages mehr Ruhe und Erholung fänden, seltener erkrankten (was nebenbei auch für den Unternehmer von Vorteil war), daß sie so "als Mensch menschlicher, strebsamer, kampffähiger und kampfmütiger, selbstbewußter und freier" seien.<sup>78</sup> Bebel nutzte die Ausführungen von Rae gegen die Behauptungen von offenen Arbeiterfeinden, daß die Verkürzung der Arbeitszeit zur Faulheit der Arbeiter führe, die dann nicht wüßten, was sie mit ihrer Zeit anfangen sollten, die demoralisiert würden und ihre Zeit hauptsächlich im Wirtshaus verbrächten.

76 Bebel, August, Der Achtstunden-Arbeitstag, a. a. O., S. 420.

77 Ebenda, S. 422.

78 Ebenda, S. 425.

Am Ende stimme Bebel Rae zu, daß "die Unternehmersklasse niemals freiwillig die Verkürzung der Arbeitszeit eintreten lassen" werde und daß die Einführung des Achtstundentages nicht von internationalen Abkommen abhängig gemacht werden dürfe, weil dies den Erfolg "in unabsehbare Ferne" rücke. Er unterstützte Raes Forderung nach einer vom Staat erwirkten gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit.<sup>79</sup> Im Unterschied zur Rae zeigte Bebel in seinem Beitrag erneut, daß für ihn die sozialen Forderungen vor allem Mittel zum Zweck waren, daß sie für ihn nur einen Schritt auf dem Wege zum revolutionären Endziel darstellten.

Die letzte Arbeit Bebels, auf die hier näher eingegangen werden soll, ist seine Untersuchung "Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien". Ihre Bedeutung beruhte zunächst darin, dem Mangel an brauchbaren sozialstatistischen Darstellungen über die Lage der Arbeiter in Deutschland abzuhelpfen. In der Einleitung wies Bebel darauf hin, daß die einzelnen deutschen Staaten wenig Interesse gezeigt hätten, derartige Untersuchungen vornehmen zu lassen. "Was vorhanden war, waren kleinere und meist verschollene oder weiten Kreisen unbekannt gebliebene Abhandlungen über die Lage einzelner Gewerbe und Industrien, die selten auf einem gründlichen und planmäßigen Studium beruhten und am allerwenigsten einen höheren Zweck verfolgten, nämlich die Bloßlegung und Untersuchung der ökonomischen Struktur eines Teils des Gesellschaftskörpers, behufs Kenntnisnahme der Übelstände, um aus ihnen die Notwendigkeit gründlicher sozialer Umgestaltungen darzutun."<sup>80</sup>

Bebel nannte dann die Arbeiten einiger Gelehrter, an der Spitze Thun und Sax<sup>81</sup>, die auf diesem Gebiet vorangegangen waren. Aber insgesamt waren diese Arbeiten auf ein verhältnismäßig kleines Gebiet konzentriert geblieben und hatten sich zudem vorwiegend mit hausindustriellen Zuständen befaßt. Bebel ging auf die nahezu unüberwindbaren Schwierigkeiten ein, die sich Einzelforschern - auch bei intensivsten Bemühungen - entgegenstellten, wenn sie die Lage eines Gewerbes oder einer Industrie untersuchen wollten, die über das ganze deutsche Reichsgebiet verbreitet war. Das persönliche Sehen und Beobachten, das Rede- und Antwortstehen - die Methoden also auch modernerer soziologischer Untersuchungen bzw. Befragungen - seien nur in einem begrenzten Rahmen möglich, und auch das Einholen schriftlicher Angaben lasse ohne die Unterstützung amtlicher Autoritäten vieles zu wünschen übrig, vor allem was die Vollständigkeit und Genauigkeit der Angaben anbelange.<sup>82</sup>

Ein zweiter Grund, solche Arbeiten aufzunehmen, ergab sich daraus, daß Marx und Engels in ihren Arbeiten Vorbilder geschaffen hatten, wie die Lage der arbeitenden Massen untersucht und dargestellt werden konnte. Bebel berief sich ausdrücklich darauf und nannte vor allem "Die Lage der arbeitenden Klasse in England" und "Das Kapital".<sup>83</sup>

Drittens schließlich war die Arbeiterbewegung innerhalb zweier Jahrzehnte enorm gewachsen. Sie war zu einem ernstzunehmenden Machtfaktor auf der innenpolitischen Szene in Deutschland geworden, und die Erfordernisse des politischen Ta-

79 Vgl. ebenda, S. 426.

80 Derselbe, Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien, a. a. O., S. 3.

81 Vgl. Thun, Alphon, Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter, 2 Bde., Leipzig 1879, und Sax, Emanuel, Die Hausindustrie in Thüringen, Wirtschaftsgeschichtliche Studien, 3 Teile, Jena 1882, 1884, 1888.

82 Vgl. Bebel, August, Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien, a. a. O., S. 4.

83 Ebenda, S. 2 f.

geskamptes verlangten nicht nur "theoretische" Einsichten, sondern in wachsendem Maße "praktisches", empirisches Material, zur Begründung der theoretischen Einsichten und zur Durchsetzung politischer Forderungen.

So ist es zu verstehen, daß Bebel zum Initiator von Enquêtes wurde, an denen der bürgerlich-junkerliche Staat nicht interessiert war. Mitte der siebziger Jahre hatte es einige Untersuchungen des Reiches über die Frauenbeschäftigung in der Industrie gegeben, in den achtziger Jahren über die Lage der Arbeiterinnen in der Wäschefabrikation und Konfektion und über die gewerbliche Sonntagsarbeit. Doch diese Untersuchungen hatten, wie Bebel feststellen mußte, bei weitem nicht die Aufklärung gebracht, die zu erwarten gewesen wäre. Es wurden damit Verwaltungsbeamte betraut, die nach einem allgemeinen Frageschema verfahren, die die Auswahl der befragten Personen nach Gutdünken vornahmen und die sich schließlich in nicht wenigen Fällen scheuten, "die ganze volle Wahrheit an den Tag und aufs Papier zu bringen".<sup>84</sup>

Im Spätherbst 1889 konnte Bebel mit Hilfe der Redaktion der "Deutschen Bäckerzeitung" in Berlin und des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen in Hamburg eine Erhebung durchführen, die die Lage der Arbeiter zum Gegenstand hatte. Daß Bebel sich den Bäckereiarbeitern zuwandte, erklärte sich vor allem daraus, daß ihre Lage "mit die traurigste aller Arbeiter"<sup>85</sup> war, daß ihre Verhältnisse durch extrem lange Arbeitszeiten, nahezu unbegrenzte Nacht- und Sonntagsarbeit und besonders ungesunde und menschenunwürdige Bedingungen an den Arbeits- und Schlafstätten gekennzeichnet waren. Darüber hinaus zog das Bäckereigewerbe - das nach seiner Verbreitung und der Art seines Produktes besonders enge Beziehungen zum Verbraucher hatte - immer wieder die Blicke der "Öffentlichkeit" auf sich. Die kapitalistischen Praktiken, die unhygienischen und teilweise ekelerregenden Zustände wurden hier als besonders anstößig empfunden (man denke nur an die drastischen Schilderungen von Marx, die kaum ein Vierteljahrhundert zurücklagen<sup>86</sup>). Nicht zuletzt dürfte auch die recht- und hilflose Lage der unorganisierten Bäckereiarbeiter gegenüber der in reaktionären Verbänden organisierten "Bäckereiunternehmerschaft" Grund für die Hinwendung Bebels gerade zu dieser Arbeitergruppe gewesen sein. Noch 1896 stellte er über die Bäckereiunternehmer fest, daß es sich bei diesen "in der Mehrzahl" um "fanatische Innungsbrüder" handele, die "wirtschaftlich konservativ und politisch reaktionär, mit einem Wort feste Stützen des Rückschritts waren".<sup>87</sup>

Die Redaktion der "Deutschen Bäckerzeitung" und der "Verband der Bäcker und Berufsgenossen" versandten 5 000 Fragebogen. 745 wurden beantwortet. Da ein Teil der Fragebogen nur unzureichend ausgefüllt worden war, konnten insgesamt 669 Betriebe aufgeführt bzw. 633 Fragebogen für die statistische Auswertung verwendet werden.

Bebel entschied sich, die Auswertung nicht als summarische Zusammenfassung vorzunehmen, sondern die wesentlichen Angaben von jedem einzelnen der 669 Betriebe zu veröffentlichen. Das bot den Vorteil, viele Einzelheiten über die Zustände in den Bäckereien anführen zu können, die für die Beurteilung der Lage der

84 Ebenda, S. 7 f.

85 Ebenda, S. 10.

86 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, a. a. O., S. 188 ff., Anm. 51, S. 263 - 267.

87 Die Arbeiterschutz-Heuchelei der Bürgerlichen Parteien im Reichstage. Mit einem Nachwort von August Bebel, Berlin 1896, S. 71.

Arbeiter dort von entscheidender Wichtigkeit waren,<sup>88</sup> Darüber hinaus versuchte Bebel im Anhang, in tabellarischer Form einen zusammenfassenden Überblick über die Dauer der täglichen Arbeitszeit und die Dauer der Sonntagsarbeit, untergliedert nach Orten, zu geben. Der Historiker kann noch heute in den Ergebnissen dieser Erhebung überaus reiches Material über die "aller Menschlichkeit hohnsprechenden Zustände"<sup>89</sup> der arbeitenden Klasse in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts finden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der im Bäckereigewerbe beschäftigten Arbeiter keine kleine Gruppe darstellte, sondern mit etwa 100 000 fast die Zahl der Arbeiter in der chemischen Industrie erreichte, die 1895 bei 122 000 lag, oder etwa der Zahl der Forstarbeiter gleichkam.

Der von Bebel vorgelegte soziologische Report hat - zusammen mit den Abhandlungen über das Leben der Weber und die "Sonntagsarbeit" - eine bleibende Bedeutung als eine der wenigen Studien in jener Zeit, die unmittelbar aus der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung hervorging. Neben ihrem Wert als historische Quelle, den speziell diese datenreichen Arbeiten hatten und auf den bereits hingewiesen wurde, kommt ihnen auch ein ehrenvoller Platz in einer Geschichte der marxistischen Soziologie zu. Sie verbinden das, was heute für die marxistische soziologische Forschung Gültigkeit hat: die theoretische und ideologische Verankerung im historischen Materialismus und die Ausnutzung als Instrument der Arbeiterklasse und ihrer Partei zur Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts.

Die hier einer kurzen Betrachtung unterzogenen Arbeiten Bebels weisen diesen hervorragenden Führer der deutschen Arbeiterbewegung eindeutig als empirischen und theoretischen Forscher aus. Es ist ein großer Vorzug seiner ökonomischen und sozialen Untersuchungen, daß er stets von den Fakten ausging und in breitem Umfang sozialstatistisches Material zu Rate zog. Dabei blieb er niemals an der Oberfläche, er beschränkte sich nicht auf die bloße Beschreibung von Eigenschaften und Beziehungen seines Untersuchungsgegenstandes. Dank der intensiven Beschäftigung mit den Lehren von Marx und Engels drang er tief in die Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten ein, die die Lage der Arbeiter bestimmten. Es läßt sich nicht nur immer wieder eine kühne Originalität des Denkens nachweisen - erinnern wir uns an das methodische Herangehen bei der Auswertung der Statistiken der Unfallversicherung -, sondern auch eine große Spannweite in der Themenstellung - denken wir an die Analyse so unterschiedlicher und komplizierter Fragen wie die Darstellung der Rolle der Unternehmerkoalitionen im Zusammenhang mit der Auswertung der Produktionsstatistik oder den Nachweis der Abhängigkeit demographischer Prozesse von der ökonomischen Entwicklung.

Bebel schätzte als Quellen vor allem statistische Materialien. Fast alle ökonomischen und sozialen Analysen aus den achtziger und neunziger Jahren, die hier genannt wurden, gehen auf Statistiken zurück oder versuchen, Methoden zur statistischen Verarbeitung der Daten zu entwickeln. Bebel bedauerte mitunter sehr, daß er selbst nicht genügend Zeit und Kraft hatte, das oft nur sporadisch vorhandene statistische Material aufzuarbeiten und damit seinen Ausführungen mehr Gewicht und Beweiskraft zu geben.<sup>90</sup>

<sup>88</sup> Bebel, August, Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien, a. a. O., S. 21.

<sup>89</sup> Ebenda, S. 10.

<sup>90</sup> Derselbe, Akademiker und Sozialismus, 2. verbess. Aufl. Berlin 1906, S. 4.  
- In diesem Zusammenhang ist auch hervorzuheben, daß Bebel bereits auf

Bebels Untersuchungen und Analysen waren immer praxisbezogen. Sie gingen von der Praxis, vom Prozeß der sich verändernden Wirklichkeit aus und waren auf praktische Schlußfolgerungen ausgerichtet. Immer wieder ging Bebel der Frage nach, wie die gewonnenen Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen und welche Sofortmaßnahmen zur Veränderung der Praxis notwendig seien. So waren seine ökonomischen und sozialen Analysen stets mit seiner politischen Tätigkeit verbunden, führten sie zu Schlußfolgerungen für die Lösung der vor der Partei stehenden politischen Aufgaben.

Gerade diese auf die Praxis orientierte Seite im Schaffen Bebels hat dazu geführt, daß er von einigen westdeutschen Historikern als ein der Theorie abholder Empiriker oder als Praktiker par excellence ausgegeben wird.<sup>91</sup> Bebels Größe und seine Erfolge als anerkannter politischer Führer der deutschen Arbeiterbewegung beruhen jedoch gerade auf seinen richtigen theoretischen Einsichten. An dieser Tatsache ändert auch der Umstand nichts, daß nicht jede theoretische Überlegung völlig ausgereift war, daß sich gelegentlich - etwa in dem Aufsatz über die "Überproduktion an Intelligenz in Deutschland"<sup>92</sup> - Formulierungen finden, die an sozial-darwinistische Auffassungen anklingen.<sup>93</sup>

Bei alledem sollte man auch nicht vergessen, daß Bebel nicht wenige seiner theoretischen Gedanken fast nebenbei entwickelte. Vieles war für die Tagespolitik geschrieben, Vereinfachungen blieben dabei unvermeidlich. Einzelne Formulierungen mögen so Bebels Grenzen oder auch Schwächen zeigen, aber Sinn und Inhalt seiner Beiträge waren stets parteilich auf Verbesserungen für die arbeitende Klasse, auf revolutionäre Veränderungen der Gesellschaft gerichtet.

Trotz der Versuche rechtssozialdemokratischer bzw. bürgerlich-liberaler Historiker, Bebel als "Nur-Praktiker" hinzustellen, können auch sie nicht leugnen, daß er immer wieder, ausgehend von den marxistischen Grundthesen, auf eine revolutionäre Veränderung der herrschenden Gesellschaftsordnung hingearbeitet hat.

dem Parteitag in Halle 1890 verlangte, daß die Partei sozialstatistische Untersuchungen über die Lage der Arbeiter finanziell unterstützen sollte, weil dies "im agitatorischen, parlamentarischen und sozialgesetzlichen Interesse" dringend notwendig sei (Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Halle/Saale vom 12. - 18. Oktober 1890, Berlin 1890, S. 40).

- 91 Gegen derartige Auffassungen wenden sich Dlubek, Rolf/Herrmann, Ursula, Nachwort zur originalgetreuen Reproduktion der Schrift "Unsere Ziele" von August Bebel, Berlin 1969, S. 14. - Dort wird vor allem auf die Arbeiten von Hirsch, Langner und Schraepfer verwiesen.
- 92 Auf diese Arbeit kann hier aus Platzgründen nicht ausführlich eingegangen werden, obwohl sie noch heute von großem Interesse ist. Das betrifft weniger die darin enthaltenen Formulierungen, die zu theoretischen Mißdeutungen Anlaß geben können, als vielmehr die originellen Gedanken zur historischen Entwicklung der Intelligenz.
- 93 Unter anderem wird eine gewisse Vereinfachung bei der Bewertung des geographischen Milieus deutlich. Deutschlands Lage wird als "geographisch und physikalisch" günstig für die "Ausbildung geistiger Kräfte" angesehen. Der aus dieser Lage resultierende "Existenzkampf" sei "Anreiz für das Denken" gewesen. Auf diese Weise sei Deutschland "das klassische Land" für die "Überproduktion an geistigen Kräften" geworden (B., Die Überproduktion an Intelligenz in Deutschland, a. a. O., S. 202).



So ist seit Bernstein mit stets neuen Varianten die revisionistische These von der angeblichen "Zweiteilung" Bebels aufgestellt worden: auf der einen Seite der "marxistische Doktrinär", der bestimmte Leitsätze des Marxismus ohne Rücksicht auf die ökonomischen und sozialen Veränderungen übernommen habe, und auf der anderen Seite der Reformpolitiker, der sich dem bestehenden System angepaßt habe.<sup>94</sup> Seit der Mitte der sechziger Jahre unseres Jahrhunderts wird das parlamentarische Wirken Bebels besonders herausgestellt, um es in die Traditionslinie einer rechtssozialdemokratischen oder auch bürgerlich-sozialreformerischen Politik einzubeziehen.<sup>95</sup> Damit soll nicht nur die Lücke, die zwischen Lassalle (mit seiner Überschätzung des allgemeinen Wahlrechts) und den Revisionisten der neunziger Jahre klappte, überbrückt werden, sondern auch die revolutionäre Theorie des Marxismus der Gegenwart, die seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in wachsendem Maße Einfluß auf die Massen gewinnt, entschärft werden. Bezeichnend dafür sind die Ausführungen, die Willy Brandt 1968 in einem Geleitwort zu einer Dokumentation über Bebel machte. Obwohl Brandt nicht bestreitet, daß Bebels Leben und Denken eine Einheit gebildet haben, sieht er doch zwischen der "politischen Wirksamkeit" und der "Sprache", die dieses Wirken begleitete, eine "seltsame Spaltung". Während Bebel angeblich stets in der Form der bewußten Negation (als "Todfeind" der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung) gesprochen habe, habe er die Partei auf den Weg der ständigen Reform geführt, und gerade auf diese Reformtätigkeit, auf Bebels Rolle als Vorkämpfer für die Abschaffung der Sonntagsarbeit, für die Gleichberechtigung der Frau, für das allgemeine Wahlrecht, für ein "echtes Parlament" und für eine vorbildliche Sozialgesetzgebung bezieht sich Brandt. Er leitet davon "eine klare Linie bis zum Heute" und die Rechtfertigung für die rechtssozialdemokratische Politik der Gegenwart ab.<sup>96</sup>

In welcher Form letzten Endes die Bernsteinsche These von der "Zweiteilung" Bebels in "Doktrinär" und "Reformpolitiker" auch aufgegriffen wird, ob Bebel in der "Spaltung" zwischen "Sprache" und "politischer Wirksamkeit", zwischen utopistischem Theoretiker und reformerischem Praktiker oder zwischen Ideologen und praktischem Politiker gesehen wird - alles Varianten ein und desselben Dogmas der neueren rechtssozialdemokratischen und bürgerlich-reformerischen Historiographie -, sie zeigen nur das Unvermögen oder auch Nicht-wollen, die tatsächliche Dialektik von Revolution und Reform zu begreifen.<sup>97</sup>

Die These von der "Zweiteilung in Doktrinär und Reformpolitiker" mag auf jenen Teil der sozialdemokratischen Führer zutreffen, die auf die Positionen des Revisionismus übergegangen waren, die begonnen hatten, marxistische Positionen zu verlassen, die den Weg der Reformen verabsolutierten und die deshalb nur noch

94 Vgl. Dlubek, Rolf/Herrmann, Ursula, Einleitung zu: Bebel, August, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, a. a. O., S. 51<sup>+</sup>.

95 Siehe dazu auch Malik, Dieter, Zur Bebelverfälschung in Westdeutschland, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 4/1969, insbes. S. 687.

96 Brandt, Willy, Geleitwort, in: August Bebel. Sein Leben in Dokumenten, Reden und Schriften, hg. v. Helmut Hirsch, Köln/Berlin (West) 1968, S. 13 f.

97 Hier sei vor allem auf die Ausführungen Bebels in der Schrift über die Sonntagsarbeit hingewiesen, wo unter anderem "alle sogenannten Sozialreformen" ausdrücklich als "Palliativmittelchen" bezeichnet werden (Die Sonntags-Arbeit, Auszug aus den Ergebnissen der Erhebungen über die Beschäftigung gewerblicher Arbeiter an Sonn- und Festtagen nebst Kritischen Bemerkungen von August Bebel, Stuttgart 1888, S. 132).

in Worten revolutionär blieben. Auf Bebel traf alles dies gewiß nicht zu. Das beweisen nicht zuletzt, wie hier dargestellt werden konnte, seine ökonomischen und sozialen Analysen. An ihnen läßt sich nicht nur die Verbindung von allgemeiner Theorie und Praxis, der Zusammenhang zwischen gesetzmäßiger Entwicklung und praktischen Maßnahmen zu ihrer Durchsetzung demonstrieren, sondern es ist auch unverkennbar, daß in den praktischen Zielstellungen und politischen Forderungen, die von Bebel ausgingen, stets "Theorie" enthalten war, daß jene nur auf der Grundlage der Theorie des Marxismus möglich waren, daß sie vor allem dem revolutionären Kampf für eine "neue Gesellschaft", eine "klassenlose Gesellschaft" untergeordnet waren, 98

- 98 Ergänzend sei auf zwei wichtige Veröffentlichungen zur Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung und zur Stellung Bebels in dem hier behandelten Zeitraum hingewiesen, die in den vorangegangenen Anmerkungen nicht erwähnt sind: Revolutionäres Parteiprogramm - revolutionäre Arbeitereinheit, Studien zum Kampf um die Vereinigung des Marxismus mit der Arbeiterbewegung, hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Berlin 1975. (Darin unter anderem Herrmann, Ursula, August Bebel über die Partei der Arbeiterklasse in den Jahren des Sozialistengesetzes; Rieck, Brigitte, Der Beitrag der "Neuen Zeit" zur Ausarbeitung eines revolutionären Parteiprogramms der deutschen Sozialdemokratie /1886 - 1891/); Fricke, Dieter, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 - 1914. Ein Handbuch über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassen-Kampf, Berlin 1976.

## CLARA ZETKINS POSITIONEN ZUR ROLLE DER FRAUENBERUFSARBEIT

von Fritz Staude

Im Prozeß der aktiven Mitgestaltung der sozialistischen Gesellschaft haben sich die Frauen in der DDR eine grundlegend neue gesellschaftliche Stellung erworben. Die klassischen Fragen des Kampfes um die Gleichberechtigung der Frau, wie

- das Recht der Frau auf Arbeit,
- das Recht der Frau auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit,
- das Recht der Frau auf gleiche Bildung,
- das Recht der Frau, sich politisch und gesellschaftlich zu betätigen,
- das Recht der Frau auf einen besonderen Schutz ihrer Gesundheit und die Erleichterung ihres Lebens als Mutter,

die seit dem Aufkommen der modernen Frauenfrage im Prozeß der industriellen Revolution im Mittelpunkt des Kampfes um die Gleichberechtigung der Frau standen, sind in der DDR gelöst, neue, weiterführende Aufgaben werden in Angriff genommen.

Der große Anteil der werktätigen Frauen am sozialistischen Aufbau findet im Programm der SED seine Würdigung: "Die werktätigen Frauen leisten in allen Bereichen der Gesellschaft einen entscheidenden Beitrag zum politischen, ökonomischen, wissenschaftlich-technischen, sozialen und geistig-kulturellen Fortschritt! 85,9 Prozent aller Frauen und Mädchen der DDR, die sich im arbeitsfähigen Alter befinden, üben eine Berufstätigkeit aus oder studieren. Das Programm der SED fordert, "zielstrebig daran zu arbeiten, daß die Frauen ihre berufliche Tätigkeit noch erfolgreicher mit ihren Aufgaben als Mütter und in der Familie vereinbaren können",<sup>2</sup> Der sozialistische Staat beschränkt sich nicht auf die Proklamation der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Er betrachtet die Aufgaben zur weiteren Lösung der Frauenfrage als gesamtgesellschaftliches Anliegen und orientiert darauf, "mit der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR alle Möglichkeiten zur Geltung zu bringen, die sich aus dem bisher Erreichten für die weitere aktive Teilnahme der Frauen an diesem Prozeß, für die Förderung ihrer Fähigkeiten und Talente, für die Festigung ihrer gesellschaftlichen Stellung im umfassenden Sinne ergeben".<sup>3</sup>

Objektive Grundlage der gleichberechtigten Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft ist die Berufstätigkeit der Frau in der gesellschaftlichen Produktion, durch die sie vom Manne ökonomisch unabhängig wird und die wesentlichen Ein-

1 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1976, S. 39.

2 Ebenda, S. 40. - Vgl. dazu Lange, Inge, Die Frau im gesellschaftlichen Leben der DDR, in: Einheit, Nr. 9/1975, S. 954 ff.

3 Lange, Inge, a. a. O., S. 957.

fluß auf die Persönlichkeitsentwicklung der Frau ausübt,<sup>4</sup> Die Verwirklichung der Gleichberechtigung ermöglicht nur die sozialistische Gesellschaft im Prozeß ihrer Entwicklung zum Kommunismus, in dem schließlich die Frau die volle Gleichstellung mit dem Manne erreichen wird.

Der Prozeß der massenhaften Wiedereinführung der Frau in die gesellschaftliche Produktion vollzog sich im wesentlichen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Rahmen der industriellen Entwicklung. Die ständige Ausweitung und Vervollkommnung der industriellen Produktionsweise und die damit verbundene zunehmende Arbeitsteilung zerstörten einerseits die ökonomische Basis der produktiven Tätigkeit der Frau innerhalb der bedarfsgüterproduzierenden Hauswirtschaft, andererseits schufen sie zugleich die Bedingungen für die berufliche Tätigkeit der Frau in der industriellen Produktion, "Sofern die Maschinerie Muskelkraft entbehrlich macht, wird sie zum Mittel, Arbeiter ohne Muskelkraft oder von unreifer Körperentwicklung, aber größerer Geschmeidigkeit der Glieder anzuwenden, Weiber- und Kinderarbeit war daher das erste Wort der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie."<sup>5</sup>

Die Industrialisierung leitete eine Entwicklungsphase ein, die für die soziale Lage und für die gesellschaftliche Stellung der Frau von entscheidender Bedeutung werden sollte. Trotz aller verheerenden Bedingungen und Folgen, die der kapitalistischen Produktion anhaften und die sich in besonders brutaler Form gegen die Arbeiterinnen wenden, sind diese ökonomischen Veränderungen mit ihren sozialen Auswirkungen von wesentlicher Bedeutung für die Revolutionierung der Proletarierinnen. Für die Frauenarbeit gilt, was für den Kapitalismus ganz allgemein gültig ist, daß die Industrie im Vergleich zur Hausindustrie bzw. der kleinen Warenproduktion fortschrittlich ist, "ungeachtet aller Schrecken der Unterjochung der Arbeit, der hohen Sterblichkeit, der Verrohung, der Verkrüppelung des Organismus der Frauen und Kinder", so schrieb Lenin, "weil sie das Denken der Arbeiter weckt, weil sie die dumpfe und unklare Unzufriedenheit zu bewußtem Protest werden läßt, weil sie das sinnlose, vereinzelte Rebellieren im kleinen in den organisierten Klassenkampf für die Befreiung aller werktätigen Menschen verwandelt, in einen Kampf, der seine Kraft aus allen Existenzbedingungen dieses Großkapitalismus schöpft und daher unbedingt auf einen sicheren Erfolg rechnen kann."<sup>6</sup>

Die Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches betrug 1907 61 720 529 Personen, darunter 30 461 100 männliche und 31 259 429 weibliche. Insgesamt waren 26 827 362 Personen beruflich tätig, davon 8 243 498 Frauen.<sup>7</sup> 11 256 254 Personen arbeiteten 1907 in der Industrie,<sup>8</sup> während es 1882 nur 6 396 465 waren<sup>9</sup>.

4 Zu diesem Problem liegen zwei grundlegende Arbeiten vor, die die Fragen vor allem unter soziologischem Aspekt betrachten: Hörz, Helga, Die Frau als Persönlichkeit, Berlin 1968; Chartschew, S./Golod, J., Berufstätige Frau und Familie, Berlin 1972.

5 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1971, S. 416.

6 Lenin, W. I., Was sind die "Volksfreunde" und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?, in: Werke, Bd. 1, Berlin 1972, S. 234.

7 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jg. 1909, S. 8.

8 Ebenda, S. 10.

9 Statistisches Handbuch für das Deutsche Reich, T. 1, Berlin 1907, S. 48.

1895 weist die Statistik 8 281 220 Beschäftigte in der Industrie aus,<sup>10</sup> Mit dieser starken Entwicklung in den 25 Jahren von 1882 bis 1907 hat die Industrie in Deutschland in bezug auf die Beschäftigtenzahl die Landwirtschaft überholt, die 1895 noch die erste Stelle unter den Wirtschaftszweigen einnahm.

Mit der Zunahme der Anzahl der Beschäftigten vollzog sich zugleich der Prozeß der Konzentration von Produktion und Kapital und folglich auch der der Arbeiter in Großbetrieben. Der Aufschwung in Industrie und Technik hatte von 1882 bis 1907 die Vermehrung der industriellen Großbetriebe auf Kosten der Handwerks- und Kleinbetriebe zur Folge. So sank der Anteil der Kleinbetriebe, der 1882 noch 55,1 Prozent aller Betriebe ausmachte, auf 29,5 Prozent im Jahre 1907. Der Anteil der Mittelbetriebe stieg im gleichen Zeitraum von 18,7 auf 25,0 Prozent und der der Großbetriebe von 26,2 auf 45,5 Prozent.<sup>11</sup>

Die Anzahl der hauptberuflich tätigen Frauen, die 1882 noch 4 259 103 (= 18,5 Prozent der weiblichen Bevölkerung) betrug,<sup>12</sup> entwickelte sich auf 5 264 393 (= 19,3 Prozent) im Jahre 1895 und auf 8 243 498 (= 26,4 Prozent im Jahre 1907).<sup>13</sup>

Während der Anteil der berufstätigen Frauen an der weiblichen Bevölkerung von 1882 bis 1907 um 7,9 Prozent wuchs, stieg im gleichen Zeitraum der Anteil der männlichen Berufstätigen an der männlichen Bevölkerung um weniger als 1 Prozent, von 60,38 auf 61,3 Prozent. Für die Zeit von 1895 bis 1907 ist sogar ein Absinken feststellbar.<sup>14</sup> Die Ergänzung des Arbeitskräftemarktes erfolgte in diesen Jahren also vorrangig aus dem Reservoir der weiblichen Bevölkerung.

Bereits 1907 trat ein Mangel an "geeigneten", vor allem an ledigen weiblichen Arbeitskräften auf. Dagegen zeigte sich ein Überschuß an Arbeitskräften in den Altersgruppen der Frauen von 40 Jahren und älter, die für die kapitalistischen Unternehmer nur bedingt als Arbeitskräfte in Betracht kamen.<sup>15</sup> Auch immer mehr verheiratete Frauen nahmen aufgrund der sich ständig verschlechternden Lebenslage ihrer Familien Arbeit auf und vergrößerten so die Reserven an Arbeitskräften für die Wirtschaft. 1895 waren im Deutschen Reich 1 046 382 verheiratete und 935 623 verwitwete oder geschiedene Frauen berufstätig. 1907 waren es bereits 2 808 864 bzw. 1 000 495.<sup>16</sup>

Damit hatten die verheirateten oder verheiratet gewesenen Frauen 1907 einen Anteil von 46,2 Prozent aller hauptberuflich tätigen Frauen. Der Anteil der ledigen Frauen und Mädchen hatte sich zwischen 1882 und 1907 von 64,3 auf 54,8 Prozent verringert.<sup>17</sup>

Die industrielle Entwicklung ermöglichte nicht nur den zunehmenden Einsatz von Frauen und Mädchen in der Produktion, sie führte auch zur Abwertung der Arbeitskraft. Dazu sagt Karl Marx: "Der Wert der Arbeitskraft war bestimmt nicht

10 Ebenda.

11, Simon, Helene, Der Anteil der Frau an der deutschen Industrie nach den Ergebnissen der Berufszählung von 1907, Jena 1910, S. 3.

12 Statistisches Handbuch ..., a. a. O., S. 48.

13 Statistisches Jahrbuch ..., a. a. O., S. 8f.

14 Vgl. Statistisches Handbuch ..., a. a. O., S. 48; Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 203, Berlin 1910, S. 3.

15 Simon, Helene, a. a. O., S. 6.

16 Ebenda, S. 7.

17 Ebenda. - In diesen Zahlen sind auch die mithelfenden Ehefrauen, namentlich in der Landwirtschaft, enthalten.

nur durch die zur Erhaltung des individuellen erwachsenen Arbeiters, sondern durch die zur Erhaltung der Arbeiterfamilie nötige Arbeitszeit. Indem die Maschinerie alle Glieder der Arbeiterfamilie auf den Arbeitsmarkt wirft, verteilt sie den Wert der Arbeitskraft des Mannes über seine ganze Familie. Sie entwertet daher seine Arbeitskraft. Der Ankauf der in 4 Arbeitskräfte z. B. parzellierten Familie kostet vielleicht mehr als früher der Ankauf der Arbeitskraft des Familienhaupts, aber dafür treten 4 Arbeitstage an die Stelle von einem, und ihr Preis fällt im Verhältnis zum Überschuß der Mehrarbeit der vier über die Mehrarbeit des einen. Vier müssen nun nicht nur Arbeit, sondern Mehrarbeit für das Kapital liefern, damit eine Familie lebe. So erweitert die Maschinerie von vornherein mit dem menschlichen Exploitationsmaterial, dem eigensten Ausbeutungsfeld des Kapitals, zugleich den Exploitationsgrad.<sup>18</sup> Dazu kam noch, daß der verheirateten Frau vorwiegend die schlechteste Arbeit zugewiesen wurde, für die sich sonst niemand bereitfand, zu deren Annahme sie aber aufgrund ihrer sozialen Lage, ihrer geringen Produktionserfahrung und Qualifizierung gezwungen war.

Wie verteilten sich die weiblichen Arbeitskräfte auf die einzelnen Zweige der Volkswirtschaft?

1907 waren von den 8 243 498 hauptberuflich erwerbstätigen Frauen 4 598 986, also mehr als die Hälfte, in der Landwirtschaft tätig, 1 845 832 mehr als 1895. In der Industrie war 1907 mit 2 103 924 etwa ein Viertel (1895 noch 1 521 118) aller berufstätigen Frauen beschäftigt.<sup>19</sup> Die starke Zunahme des Anteils der erwerbstätigen Frauen in der Landwirtschaft ergab sich dadurch, daß auf dem Lande Frauen an die Stelle der in die Industrie abwandernden Männer traten.

Die Anzahl der in Handel und Verkehrswesen tätigen Frauen entwickelte sich von 579 608 im Jahre 1895 auf 931 373 im Jahre 1907.<sup>20</sup> In diesen Zahlen ist das Gast- und Schankgewerbe enthalten.

Eine weitere Gruppe weiblicher Berufstätiger bildeten die Dienstboten. Das war die einzige weibliche Berufsgruppe, deren Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl rückläufige Tendenzen ausweist. Die Anzahl der weiblichen Dienstboten verringerte sich bis 1907 gegenüber 1895 von 1 313 957 auf 1 249 383. Sie sank damit unter die Beschäftigtenzahl von 1882, die 1 282 414 betragen hatte.<sup>21</sup> Das war im wesentlichen ebenfalls Folge der industriellen Entwicklung. Einerseits bot sich den weiblichen Dienstboten die Möglichkeit, aus dem Haushalt in die Industrie abzuwandern, andererseits mußten durch den zunehmenden Konkurrenzkampf kleinbürgerliche Haushaltungen auf das Dienstmädchen verzichten.

Der Anteil der Arbeiterklasse an der Gesamtzahl der beruflich Tätigen betrug nach der Berufszählung von 1907 in der Industrie 75,2 Prozent, in Handel und Verkehr 48,9 Prozent, und in der Landwirtschaft waren nur 34 Prozent der Beschäftigten Lohnarbeiter.<sup>22</sup>

Im folgenden soll der Anteil der Frauenberufsarbeit in der Industrie näher untersucht werden, weil die Industriearbeiterinnen den Kern der proletarischen Frauenbewegung ausmachen.

18 Marx, Karl, a. a. O., S. 417.

19 Simon, Helene, a. a. O., S. 11.

20 Ebenda, S. 9.

21 Ebenda, S. 10.

22 Ebenda, S. 11.

Die Anzahl der in der Industrie beschäftigten Frauen betrug 1 126 976 im Jahre 1882, 1 521 118 im Jahre 1895 und 2 103 924 im Jahre 1907.<sup>23</sup>

Gleichzeitig eroberten sich die Frauen neue Industriezweige. Gab es 1895 nur 17 Berufe mit überwiegend Frauenarbeit, so waren es 1907 bereits 28.<sup>24</sup> Die Zahl der Berufe mit mehr als 20 000 Arbeiterinnen stieg von 14 auf 20. Konzentrationspunkte von Frauenberufen bildeten 1907 die Bekleidungsindustrie mit 721 445 Frauen und Mädchen, die Textilindustrie mit 528 235, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit 248 962 - davon allein 113 799 in der Tabakindustrie - und das Reinigungsgewerbe mit 161 739 Frauen.<sup>25</sup>

Während diese vier Berufsgruppen bis 1907 unangefochten die Spitze hielten, folgten mit Abstand, aber mit hohen Zuwachsraten vier weitere Zweige mit jeweils über 60 000 Lohnarbeiterinnen. Dabei rangierte die Metallverarbeitung mit 73 093 vor den Zweigen Steine und Erden (72 270) und der Papierindustrie (67 322).<sup>26</sup>

Die massenhafte Eingliederung der Frauen in die gesellschaftliche Produktion hatte wesentliche Auswirkungen auf ihre soziale Lage, auf ihre gesellschaftliche Entwicklung und auf die der Familien.

Solange die gesellschaftlichen Verhältnisse, insbesondere die ökonomischen, unterentwickelt waren und sich innerhalb enger Grenzen bewegten, war die Frau nicht nur durch ihre wirtschaftliche Tätigkeit an das Haus gefesselt, auch ihre Interessen blieben durch die sich daraus ergebenden eng begrenzten Beziehungen beeinflusst. "Der Zwergwirtschaft und dem Lokalmarkte, der Kirchturmsproduktion entsprach auch die Kirchturmspolitik für den Mann so gut wie für die Frau."<sup>27</sup>

Mit der Erweiterung und Vervollkommnung der modernen Produktion und der damit verbundenen Ausdehnung der wirtschaftlichen Beziehungen von lokalen zu nationalen und internationalen erweiterten und veränderten sich auch alle gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse. Die erweiterten Marktbeziehungen brachten neue Erscheinungen hervor, die das Leben der Gesellschaft und damit jedes einzelnen beeinflussten. Nunmehr waren die Lebensverhältnisse der Familie nicht mehr wie unter den Bedingungen der bedarfsgüterproduzierenden Hauswirtschaft in erster Linie vom individuellen Willen des Familienoberhauptes und den Anstrengungen der Familie beim Erwerb des Unterhaltes abhängig. Sie wurden jetzt letztlich durch die kapitalistischen Marktverhältnisse und von den auf diese wirkenden politischen Ereignisse und Zustände abhängig. Diese Faktoren wirkten auf die Löhne, die Länge des Arbeitstages, die Art und Weise der beruflichen Beschäftigung, auf das Preisniveau der Güter des täglichen Bedarfs und damit insgesamt auf die Gestaltung des Familienlebens. Auch die Bildungs- und Erziehungsfragen waren nunmehr nicht mehr vorwiegend durch die inneren Verhältnisse der Familie bestimmt, sondern durch die gesellschaftlichen Gegebenheiten beeinflusst. Es war das Verdienst Clara Zetkins, daß sie diese revolutionären Veränderungen erkannte und 1889 auf die notwendigen Konsequenzen verwies: "... die Frau wird

23 Statistisches Handbuch ..., a. a. O., S. 48; Statistik des Deutschen Reichs, a. a. O., S. 3.

24 Simon, Helene, a. a. O., S. 12.

25 Ebenda, S. 13.

26 Ebenda. - Die weitere Aufgliederung der weiblichen Lohnarbeiterinnen auf die einzelnen Gewerbe vgl. in der sehr übersichtlichen Tabelle, ebenda, S. 17.

27 Zetkin, Clara, Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart, Berlin 1889, S. 15.

als Gattin, als Haushälterin, als Mutter stets und überall auf außerhalb der Familie bestehende gesellschaftliche Mächte und Einrichtungen hingewiesen, welche ihr ganzes Leben und das der Ihrigen beherrschen und bestimmen. Das zwingt sie, sich für diese ihr Leben beeinflussenden Fragen zu interessieren und durch aktives Handeln auf Verbesserung zu drängen."<sup>28</sup> Clara Zetkin wies aber zugleich noch auf eine andere damit verbundene Konsequenz hin. In dem Maße, wie die Frauen gezwungen waren, ihren Lebensunterhalt und Lebensinhalt außerhalb der häuslichen Sphäre zu finden, wurde ihnen bewußt, daß sich ihre soziale Rechtlosigkeit der "Wahrung ihrer Interessen entgegenstellt, und von dem Augenblick war die moderne Frauenfrage da."<sup>29</sup>

Mit dem Übergang der Frauen aus der häuslichen Sphäre in die gesellschaftliche Produktion erlangte die Arbeiterin einerseits ihre ökonomische Unabhängigkeit vom Manne, andererseits wurde sie der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen. Hatten die organisierten Arbeiter eine Zeitlang unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Folgen der Frauenberufsarbeit die Forderung auf Verbot der industriellen Frauenarbeit erhoben, war in den neunziger Jahren dank der sozialistischen Propaganda diese mangelnde Einsicht hinsichtlich der Rolle der Frauenberufsarbeit zu einem großen Teil überwunden. Das klassenbewußte Proletariat hatte gelernt, diese Frage vom Gesichtspunkt ihrer geschichtlichen Bedeutung für die Befreiung der Frau und für den Sieg der sozialistischen Revolution aus zu bewerten. Mit der Anerkennung der Arbeiterin als Klassengenossin war die Einsicht verbunden, die Arbeiterinnen für die Klassenorganisationen zu gewinnen und sie in dem Kampf der Klasse um die Macht aktiv einzubeziehen.

Der Klärungsprozeß über die theoretischen und politischen Fragen der ökonomischen und gesellschaftlichen Stellung der Frau und ihren Anteil an der Lösung der historischen Mission der Arbeiterklasse vollzog sich in dem Maße, wie sich der Marxismus in der Arbeiterbewegung durchsetzte. Die Klärung der Frauenfrage in der Partei und den Gewerkschaften war sehr langwierig, so daß ein gewisser Nachholebedarf in den achtziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts auftrat.

Die Frauenfrage und ihre Lösung marxistisch zu erfassen und sie als Teilaufgabe der historischen Mission der Arbeiterklasse zu werten, war aber objektiv notwendig, weil die sozialistische Revolution und der Aufbau der kommunistischen Gesellschaft die aktive Einbeziehung der Frau erfordern. Es spricht für den theoretischen Weitblick Clara Zetkins, daß sie, selbst noch eine Suchende und Lernende, der Arbeiterklasse eine marxistische Lösung der Frauenfrage vorschlagen konnte. Grundlage der Erkenntnis Clara Zetkins über die Rolle, die die Berufsarbeit der Frau für deren Entwicklung und für den gesellschaftlichen Fortschritt spricht, waren die Auffassungen von Karl Marx und Friedrich Engels zu diesem gesellschaftlichen Problem. Wenn die Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus sich auch nicht ausdrücklich mit der Frauenfrage beschäftigt haben, leisteten sie mit der Herausarbeitung der materialistischen Geschichtsauffassung Entscheidendes für den Kampf der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau und für deren Gleichberechtigung.<sup>30</sup> Durch Marx und Engels erhielt die Arbeiterklasse eine wissen-

28 Ebenda, S. 18.

29 Dieselbe, Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, Berlin 1957, S. 96.

30 Die Rolle und Bedeutung der Klassiker für die proletarische Frauenbewegung würdigte Clara Zetkin in zwei Gedenkartikeln, (Dieselbe, Was die Frauen Karl Marx verdanken, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, a. a. O.,



schaftliche Betrachtungsweise, die es ihr ermöglichte, die Frauenfrage als Teil der allgemeinen geschichtlichen Entwicklung und im allgemeinen Zusammenhang mit den sozialen Bedingungen zu sehen. Im "Kapital" weist Karl Marx nach, daß der Kapitalismus in seinem industriellen Stadium die Grundlage für die Tätigkeit der Frau in der Hauswirtschaft zerstört und dabei zugleich die bisherige Familienform zersetzt. In diesem Prozeß erlangt die Frau außerhalb des Familienwesens ihre ökonomische Selbständigkeit und damit die Bedingung für die Gleichberechtigung als Ehefrau, Mutter und Staatsbürgerin. "So furchtbar und ekelhaft nun die Auflösung des alten Familienwesens innerhalb des kapitalistischen Systems erscheint, so schafft nichtsdestoweniger die große Industrie mit der entscheidenden Rolle, die sie den Weibern, jungen Personen und Kindern beiderlei Geschlechts in gesellschaftlich organisierten Produktionsprozessen jenseits der Sphäre des Hauswesens zuweist, die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter."<sup>31</sup>

Die Klassiker beschränkten sich in ihren Arbeiten nicht auf die Darstellung der sozialökonomischen Veränderungen infolge der industriellen Entwicklung, sie verwiesen zugleich darauf, daß allein die Arbeiterklasse die revolutionäre Kraft sei, die geführt durch die revolutionäre Partei, mit der sozialistischen Revolution und dem Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung die notwendigen sozialen Vorbedingungen für die volle Lösung der Frauenfrage zu schaffen vermag und schaffen müsse.<sup>32</sup>

Außer im "Kapital" fand Clara Zetkin zur Rolle der Berufsarbeit der Frau im speziellen und zum Problem der Befreiung und Gleichberechtigung der Frau im allgemeinen grundlegende Hinweise im "Manifest der Kommunistischen Partei", den Dokumenten der I. Internationale und in Engels' Arbeit "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats". Außerdem war ihr das 1879 unter dem Sozialistengesetz illegal in Leipzig erstmalig verlegte Werk August Bebel's "Die Frau und der Sozialismus"<sup>33</sup> ein wertvolles Lehrbuch.

Bereits während ihres Studiums in dem von Auguste Schmidt<sup>34</sup> geleiteten Lehrerinnenseminar in Leipzig, dessen Abschlußprüfungen Clara Zetkin 1878 mit Auszeichnung bestand, kam sie mit Problemen zur Frauenfrage und deren Lösung in Berührung. Zwischen dem Seminar Auguste Schmidts und der bürgerlichen Frauenbewegung bestanden enge Beziehungen. Die Schülerinnen erhielten erste Kenntnisse über Fragen der Frauenemanzipation und über die Auffassungen der bürgerlichen Frauenrechtsbewegung. Clara Zetkin lernte während ihrer Studienzeit noch Louise Otto-Peters persönlich kennen. In ihr sah sie mit Recht die hervorragendste Persönlichkeit der bürgerlichen Frauenbewegung Deutschlands. Ihr widmete Clara Zetkin eine Biographie.<sup>35</sup> Sie studierte auch Arbeiten Louise Otto-Peters',

S. 218 ff.; dieselbe, Was die Frauen Lenin verdanken, in: ebenda, Bd. 3, Berlin 1957, S. 116 ff.

31 Marx, Karl, a. a. O., S. 514.

32 Vgl. Zetkin, Clara, Was die Frauen Karl Marx verdanken, a. a. O., S. 221.

33 Diese Arbeit erschien damals noch unter dem Titel: Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

34 Auguste Schmidt (1833 - 1902), Lehrerin, begründete mit Louise Otto-Peters den Frauenbildungsverein in Leipzig und den Allgemeinen Deutschen Frauenverein. Sie war 1890 Mitbegründerin des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnen-Vereins und war Vorsitzende des Bundes Deutscher Frauenvereine.

35 Vgl. Zetkin, Clara, Louise Otto-Peters, in: Zetkin, Clara, Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Berlin 1958, S. 151 ff.

die beispielsweise schrieb, daß, wer nicht frei für sich erwerben könne, Sklave sei,<sup>36</sup> Über diese bürgerliche Frauenrechtsauffassung hinaus, die sich gegen das Vorrecht der Männer und gegen das Studien- und Berufsverbot für Frauen, insbesondere die bürgerlichen, richtete, entwickelte sich bei Clara Zetkin das Interesse für Frauenfragen. Dabei sah sie zunehmend klarer, daß ihre Lehrerinnen ideologisch Gefangene ihrer Klasse waren. Sie wollten, wie die bürgerliche Frauenrechtsbewegung insgesamt, das Recht auf Erwerb nur als Ausdruck ihrer Gleichberechtigung, als moralisches Recht, nicht aber als Mittel des Kampfes zur Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft erlangen.<sup>37</sup> Clara Zetkin wuchs in dem Maße über ihre Lehrerinnen hinaus, wie sich ihr Kontakt mit der Arbeiterbewegung und dem wissenschaftlichen Sozialismus anbahnte und vertiefte. Die Anfänge dafür liegen in Leipzig, wo sie in einem Zirkel russischer Studenten den Weg zur revolutionären Arbeiterbewegung fand,<sup>38</sup>

Eine weitere Etappe ihrer politischen Entwicklung war die Bekanntschaft mit Julius Motteler und die Zusammenarbeit mit ihm in Zürich Ende 1882 bis Anfang 1883 beim illegalen Vertrieb des "Sozialdemokraten" nach Deutschland.<sup>39</sup> Im Januar 1883 folgte sie Ossip Zetkin, der 1880 als "lästiger Ausländer" bereits vor dem Inkrafttreten des kleinen Belagerungszustandes in Leipzig wegen politischer Betätigung ausgewiesen worden war, nach Paris.<sup>40</sup> Dort erfolgte im wesentlichen die Rezeption des Marxismus durch Clara Zetkin in enger Zusammenarbeit mit den führenden Funktionären der französischen sozialistischen Arbeiterbewegung. Zugleich wuchs sie in die große Familie der Internationalisten hinein.

In dieser Zeit beginnt Clara Zetkin, sich auch mit der gesellschaftlichen Stellung der Frau zu beschäftigen und darüber zu publizieren. Ihr erster Beitrag zur Frauenfrage überhaupt ist wahrscheinlich ein Artikel in der Nummer 1 des "Sozialdemokraten" vom 1. Januar 1885, mit dem Titel "Die Sozialdemokratie und die Frauenarbeit". Er enthält keinen äußeren Hinweis auf den Verfasser, der sich mit einem Beitrag der "Frankfurter Zeitung" vom 23. Dezember 1884 über das Verbot der Frauenberufsarbeit beschäftigt. Der Autor weist das in der "Frankfurter Zeitung" geforderte Verbot der Frauenberufsarbeit strikt zurück. Dabei stützt er sich auf Standpunkte der französischen Arbeiterbewegung zu dieser Frage, insbesondere auf die von Jules Guesde und Paul Lafargue, und vertritt die marxistische Haltung zur Frauenberufsarbeit.

36 Vgl. Otto-Peters, Louise, Das Recht der Frau auf Erwerb, Leipzig 1866, S. 103.

37 Vgl. Sauer, Else, Die Entwicklung der bürgerlichen Frauenbewegung von der Gründung des Bundes Deutscher Frauenvereine 1894 bis zum ersten Weltkrieg, phil. Diss. Leipzig 1969. - Diese Arbeit ist die erste grundlegende marxistische Darstellung über die bürgerliche Frauenbewegung und ihr Verhältnis zur proletarischen Frauenbewegung.

38 Vgl. dazu Staupe, Fritz, Sie waren stärker, Leipzig 1969; derselbe, Der Kampf der Leipziger Sozialdemokraten in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878 - 1890, phil. Diss. Leipzig 1966.

39 Vgl. Dornemann, Luise, Clara Zetkin - Leben und Wirken, Leipzig 1973; Fricke, Dieter, Clara Zetkin und der "Sozialdemokrat", in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 4/1961, S. 933 ff.; derselbe, Bismarcks Prätorianer, Berlin 1962, S. 226 - 248.

40 Vgl. Staupe, Fritz, Der Kampf der Leipziger Sozialdemokratie ..., a. a. O., S. 39, f.

Ließ der Beitrag vom 1. Januar 1885 in bezug auf den Autor noch alles offen, so berechtigt ein weiterer Artikel zur gleichen Problematik, der am 11. August 1886 in Nummer 33 des "Sozialdemokraten" erschien, zu der Annahme, daß Clara Zetkin die Verfasserin war. Der Artikel "Die Sozialdemokratie und die Frage der Frauenarbeit" trug den Untertitel "Ein Beitrag zur Programmfrage". Er war mit der Anmerkung versehen, daß er von einer Parteigenossin eingesandt worden sei.

Anlaß dieses Beitrages war eine Artikelserie, unterzeichnet J. K., mit dem Titel: "Ermittlungen über die Lage der arbeitenden Klassen und über die Arbeit der Kinder in Belgien", die 1886 in den Nummern 23, 24, 28 und 31 des "Sozialdemokraten" erschienen war. Die Redaktion hatte dazu erklärt, daß sie sich mit diesen Ausführungen über die industrielle Frauenarbeit nicht einverstanden erklären könne, und eine Stellungnahme für eine der nächsten Nummern angekündigt. Statt dessen erschien schließlich der Beitrag jener Genossin. Liest man diese Arbeit, so gelangt man sofort zu der Annahme, daß er nur von Clara Zetkin geschrieben sein kann. Welche andere Genossin als sie hätte zu dieser Zeit über so klare marxistische Kenntnisse verfügt, was die Frauenberufsarbeit betraf? Auch die Diktion bestärkt diese Annahme. Manche Formulierungen finden sich in späteren Arbeiten Clara Zetkins wieder - insbesondere in ihrer Broschüre von 1889 "Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart".

Ausgangspunkt für die Verfasserin des Artikels im "Sozialdemokraten" vom 11. August 1886 ist die Diskussion über die beabsichtigte Umarbeitung des Parteiprogramms, die schließlich auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Anfang Oktober 1887 in St. Gallen beschlossen wurde. Die Autorin unterzog besonders die Programmforderung nach Verbot aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit der Kritik. Ihr Anliegen war es, die Verbotsforderung "vom Standpunkt des Sozialismus [zu] prüfen" und den Beweis zu führen, "daß sie von uns nicht gestellt werden darf".<sup>41</sup> Sie bezeichnete die Forderung nach Verbot der Frauenberufsarbeit als "Kautschuk-Paragrafen" und fragte, welche Frauenarbeiten denn die Gesundheit und Sittlichkeit der Frauen schädigten, welchen Maßstab man dafür anlegen solle und welche Branche bei der gegebenen Art der Produktion überhaupt ohne schädigende Wirkung sei, und zwar für Männer wie für Frauen. Sie kam zu dem Schluß, daß diese Programmforderung praktisch fast alle Frauenarbeit berühre, da es im Kapitalismus kaum ein Arbeitsgebiet gebe, das keinen Schaden für die Gesundheit und Sittlichkeit der Frauen mit sich bringe. Im weiteren fragte sie, wie die Partei angesichts der Tatsache, "daß die Frauenarbeit ebenso wie die Kinderarbeit ein integrierender Teil des modernen wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses" sei, eine derartige Forderung weiterhinaufrechterhalten wolle. Sie kritisierte, daß diese Programmforderungen bisher immer noch die alte Gothaer Fassung von 1875 hätten. Zugleich ging sie der Sache auf den Grund und stellte fest, daß sich hinter der Verbotsforderung vor allem noch die alte, wenn auch unausgesprochene Absicht verberge, "eine unbequeme Konkurrenz zu beseitigen . . . , so schön sie durch angebliche Rücksicht auf die Gesundheit und Sittlichkeit" verdeckt sei, "welche die Arbeiterinnen den Arbeitern machen."<sup>42</sup>

In der Nummer 34 des "Sozialdemokraten" vom 18. August 1886 erschien ein weiterer Artikel zu dieser Problematik. Darin wurde dargelegt, daß die zunehmenden

<sup>41</sup> Der Sozialdemokrat, Nr. 33, 11. 8. 1886.

<sup>42</sup> Ebenda.

de Frauenberufsarbeit im Kapitalismus die industrielle Reservearmee vermehre, drückend auf die Löhne wirke und die mangelnde Organisiertheit der Arbeiterinnen die Organisation der Arbeiter schwäche. Trotz dieser Tatsachen sei die Zunahme der Frauenberufsarbeit nicht aufzuhalten. Folglich stehe die Forderung nach Verbot der Frauenberufsarbeit im "direkten Widerspruch mit der sozialistischen Auffassung des in der modernen Gesellschaft sich vollziehenden wirtschaftlichen Prozesses". In einem dritten Artikel forderte die Autorin dazu auf, zwischen den Forderungen nach Verbot der Arbeit eines Geschlechts und Ausnahmereforderungen zu unterscheiden, die unter bestimmten Bedingungen gestellt werden müssen. Sie ging von der marxistischen Position aus, daß die Arbeiterklasse nicht existieren könne, ohne ständig gegen die kapitalistische Ausbeutung zu kämpfen. Unter diesem Gesichtspunkt akzeptierte die Verfasserin derartige Schutzmaßnahmen, wie "die Verkürzung des Arbeitstages, Verbot der Sonntags- und Nacharbeit, Anwendung hygienischer Maßregeln in Arbeitsräumen zum Schutze der Gesundheit der Männer und Frauen, besondere Maßregeln zum Schutze der Frau vor, während und nach der Entbindung. Maßregeln, welche gewiß von viel größerer Tragweite sind, als das Herausreißen einiger Tausend Arbeiterinnen aus einzelnen Arbeitsgebieten, ohne ihnen dafür Ersatz bieten zu können." 43

Insgesamt betrachtete die Verfasserin den Eintritt der Frauen in die Industrie als ein "wesentliches Element des Fortschritts der modernen wirtschaftlichen Entwicklung", als Folge der Vervollkommnung der Technik. Neben diesen objektiven Faktoren der technischen Entwicklung behandelte sie auch noch die subjektiven Folgen der Frauenberufsarbeit für die Revolutionierung der Frauen und für die Stärkung der revolutionären Arbeiterbewegung, weil die Klasse dadurch "eine große Zahl von Leidens- und Kampfgenossinnen" erhalte, "die durch ihre ganze Lage mehr und mehr dahin gedrängt werden, mit uns gemeinschaftliche Sache zu machen." 44

In diesem zuletztgenannten Artikel hat die Verfasserin die wesentlichsten Gedanken der Klassiker zur Frauenberufsarbeit verarbeitet. Der Beitrag enthält schon die allgemeinen Gedanken zur beruflichen Arbeit der Frauen und zur Lösung der Frauenfrage, die Clara Zetkin ausführlich 1889 in der Broschüre "Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart" darlegte bzw. die sie im Juli 1889 in Paris auf dem Internationalen Arbeiterkongreß äußerte. Die Identität vieler Gedanken und Formulierungen zwischen den genannten Artikeln des "Sozialdemokraten" und diesen beiden späteren Arbeiten lassen mit großer Wahrscheinlichkeit darauf schließen, daß diese - nach dem gegenwärtigen Forschungsstand - ersten Arbeiten in der deutschen sozialdemokratischen Presse, die grundsätzliche Aussagen zur Frauenfrage treffen, in denen die Gedanken der Klassiker und August Bebels schöpferisch verarbeitet sind, aus Clara Zetkins Feder stammen.

Die Artikel vom August 1886 waren ein wichtiger Beitrag für die Programmdiskussion der Partei. Der Klärungsprozeß hinsichtlich der Rolle der Frauenberufsarbeit war für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung ebenso von Bedeutung, wie sie eine Existenzfrage für die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung überhaupt war. Vom Ausgang dieses Prozesses hingen das Schicksal und der Charakter der proletarischen Frauenbewegung im wesentlichen ab.

In diesem Zusammenhang kommt der Arbeit von Friedrich Engels "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats" eine besondere Bedeutung zu.

43 Ebenda, Nr. 35, 25. 8. 1886.

44 Ebenda.

Sie stellt bezüglich der theoretischen Klärung der Rolle der Berufstätigkeit der Frau eine Zäsur dar. Hier legte Engels unter anderem die bisherigen Erkenntnisse zur Frauenfrage, thesenhaft zusammengefaßt, vor. Obwohl es Engels' Hauptanliegen war, in Verwirklichung des Vermächtnisses seines Freundes Karl Marx in dieser Arbeit die marxistische Staatslehre ausführlich zu begründen und besonders den deutschen Arbeitern in der Zeit der sogenannten "milden Praxis" während des Sozialistengesetzes den Charakter des preußisch-deutschen Staates und die Stellung der Arbeiter ihm gegenüber bewußt zu machen, hat er mit dieser Arbeit gleichzeitig dazu beigetragen, den Glauben des Spießbürgers an den ewigen Bestand der vaterrechtlichen Familie zu zerschlagen. Engels wies nach, daß sich die Familie wie jedes andere soziale Gebilde in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung verändert. Über die gesellschaftliche Stellung und Entwicklung der Familie lassen sich aus seiner Arbeit folgende Grundpositionen resümieren:

1. Die rechtliche Ungleichheit beider Geschlechter ist nicht die Ursache, sondern die Folge der ökonomischen Unterdrückung der Frau. "Der Umsturz des Mutterrechts war die weltgeschichtliche Niederlage des weiblichen Geschlechts. Der Mann ergriff das Steuer auch im Hause, die Frau wurde entwürdigt, geknechtet, Sklavin seiner Lust und bloßes Werkzeug der Kinderzeugung."<sup>45</sup>
2. In der kommunistischen Haushaltung der Urgesellschaft war die Tätigkeit der Frau gesellschaftlich notwendig und gesellschaftlich anerkannt.
3. Durch die monogame Einzelfamilie verlor die Haushaltsführung ihren öffentlichen Charakter. Sie "wurde ein Privatdienst", und "die Frau wurde erste Dienstbotin des Mannes. Damit war sie aus "der gesellschaftlichen Produktion verdrängt". Der Mann "ist in der Familie der Bourgeois, die Frau repräsentiert das Proletariat."<sup>46</sup> Die veränderte ökonomische Stellung der Frau führte zu ihrer Rechtlosigkeit und Unfreiheit.
4. Folglich hat "die Befreiung der Frau ... zur ersten Vorbedingung die Wiedereinführung des weiblichen Geschlechts in die öffentliche Industrie", was wiederum "die Beseitigung der Eigenschaft der Einzelfamilie als wirtschaftlicher Einheit der Gesellschaft"<sup>47</sup> erfordert.
5. Die Wiedereinführung des weiblichen Geschlechts in die gesellschaftliche Produktion ist durch die industrielle Entwicklung nicht nur möglich, sondern auch notwendig geworden.
6. Die private Hausarbeit löst sich mehr und mehr in eine öffentliche Industrie auf. Damit verlagert sich auch die Erziehung der Kinder aus der Familie in die Gesellschaft, sie wird zu einer öffentlichen Angelegenheit.

Es kann angenommen werden, daß Clara Zetkin Engels' Arbeit bereits kannte, als sie den am 18. August 1886 im "Sozialdemokraten" erschienenen Artikel schrieb. Engels hatte seine Arbeit am 26. Mai 1884 beendet,<sup>48</sup> im September des gleichen Jahres kündigte Karl Kautsky ihr Erscheinen an,<sup>49</sup> und Anfang Oktober 1884 er-

45 Engels, Friedrich, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 61.

46 Ebenda, S. 75.

47 Ebenda.

48 Vgl. Klein, Mathäus / Lange, Eberhard / Richter, Friedrich, Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in Deutschland, Bd. 1, Berlin 1969, S. 91.

49 Vgl. Marx/Engels, Werke, Bd. 36, S. 781 Anm. 324.

schen sie. In Nummer 43 des "Sozialdemokraten" vom 23. Oktober 1884 war eine Besprechung der Arbeit durch Karl Kautsky abgedruckt.

Der Prozeß der Marxismus-Rezeption hatte bei Clara Zetkin bereits in der Mitte der achtziger Jahre einen Punkt erreicht, der berechtigt, sie als revolutionäre Marxistin zu werten. In diesem Sinne ist ihr Auftreten auf dem Gründungskongreß der II. Internationale im Juli 1889 ein folgerichtiger Schritt.

Gestützt auf die Klassiker, faßte sie in der Rede auf dem Pariser Kongreß ihre Gedanken über die Stellung der Arbeiterin zusammen und zeigte Wege zur Lösung der Frauenfrage. Von Clara Zetkins Hinweisen zur Organisationsfrage ist besonders die Forderung bemerkenswert, daß sich die Arbeiterbewegung zur Entfaltung einer kräftigen proletarischen Frauenbewegung als Teil der allgemeinen Bewegung vor allem und in erster Linie auf diejenigen Frauenschichten zu orientieren habe, "deren Tätigkeit in Folge der neuen Produktionsverhältnisse am umfassendsten und gründlichsten umgestaltet ist", auf "die Organisierung der Industriearbeiterinnen".<sup>50</sup>

Die Organisierung und Schulung der Industriearbeiterinnen hielt Clara Zetkin nicht nur für den wichtigsten Schritt, die Lage der Frauen zu verbessern, sondern auch für einen bedeutenden Faktor zur Stärkung und wirksamen Entwicklung der Arbeiterbewegung, von deren Kampfkraft wiederum der Erfolg im Ringen um die Gleichberechtigung der Frauen und die Lösung der Frauenfrage abhängt.<sup>51</sup> Mit der Forderung nach Organisierung und Schulung der Arbeiterinnen verwies Clara Zetkin auf eine wesentliche Aufgabe, die vor den Parteien der II. Internationale stand.

Die marxistisch-leninistische Literatur hat sich bisher der wesentlichen Seiten der Frauenemanzipation in historischer Sicht - insbesondere der revolutionierenden Rolle der Frauenberufsarbeit - nicht genügend angenommen. Es ist notwendig, diese Lücke zu schließen, nimmt doch heute die beständige und qualifizierte Berufsarbeit der Frau einerseits einen gewichtigen Platz ein, wie andererseits die bürgerliche Gesellschaft bis heute die Entwicklung eines qualifizierten weiblichen Facharbeiterstammes zu verhindern wußte, um die Arbeiterinnen als billiges Ausbeutungsobjekt und als Konkurrenz gegenüber ihren männlichen Kollegen zu mißbrauchen. Damit bemüht sich die Bourgeoisie zugleich, die revolutionären Potenzen der Arbeiterklasse in der Klassenauseinandersetzung zu schmälern.

In ihrer Broschüre "Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart" behandelte Clara Zetkin die Vielschichtigkeit der Wirkungen, die die Berufsarbeit auf den Emanzipations- und Revolutionierungsprozeß der Frau ausübt. Kurz umrissen, legte sie dar:

- Die Berufstätigkeit der Frau, die im Prozeß der Entwicklung der Industrie möglich und notwendig wurde, befreit die Frau von der ökonomischen Abhängigkeit vom Manne und von der Jahrhunderte währenden Geschlechtsklaverei. Damit erlangt die Frau das Verfügungsrecht über ihre Person, die Freiheit der Gattenwahl, einschließlich der Möglichkeit, die eheliche Bindung zu lösen.
- Die Frauenberufsarbeit als Grundlage der sozialen Gleichberechtigung der Frau ist ein wesentlicher Faktor ihrer Persönlichkeitsentwicklung.

<sup>50</sup> Zetkin, Clara, Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart, a. a. O., S. 40.

<sup>51</sup> Ebenda.

- Die Wiedereinführung der Frauen in die gesellschaftliche Produktion erhöht die Kapazität an Arbeitskraft, weitet unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktion die Ausbeutungsverhältnisse aus und steigert den Grad der Ausbeutung. Mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität, die letztlich Ursache des gesellschaftlichen Fortschritts ist, durch die Teilnahme der Frauen an der gesellschaftlichen Produktion ist ein beschleunigender Faktor für die Menschheitsentwicklung gegeben. Zugleich leisten die Frauen durch ihre Berufsarbeit einen bedeutenden Anteil an der Schaffung von Kulturwerten der Gesellschaft.
- Mit der massenhaften Einbeziehung der Frauen in die gesellschaftliche Produktion wird die vaterrechtliche Familie ausgehöhlt. Die Erziehung und Bildung der Kinder wird mit dem Eintritt der Frauen in die gesellschaftliche Produktion zur Aufgabe von Familie und Gesellschaft. Die sich durch diese veränderten Bedingungen ergebenden schulpolitischen Forderungen der Arbeiterklasse sind Bestandteil ihres Kampfes um die Befreiung der Frau bzw. zur Lösung der historischen Mission der Arbeiterklasse.
- Mit dem Eintritt der Frau in die gesellschaftliche Produktion wird die Revolutionierung der wirtschaftlichen Stellung der Frau vollzogen, in politischer und rechtlicher Hinsicht stand sie und steht sie in vielen Ländern heute noch aus. Die gesellschaftlichen Einrichtungen und die Ideen über die Stellung der Frau in der Gesellschaft blieben hinter den veränderten ökonomischen Bedingungen zurück. Die Frauen besaßen zunächst kein Koalitions-, Versammlungs- und Wahlrecht. Ihre gesellschaftliche Minderbewertung drückte sich auch in der geringeren Entlohnung gegenüber der des Mannes aus. Im Prozeß der Revolutionierung der ökonomischen Stellung der Frau wurde ihr zunehmend bewußt, daß sich ihre soziale Rechtlosigkeit der Wahrung ihrer Interessen entgegenstellte.

Diese Schrift Clara Zetkins, die sie 1889 vorlegte, widerspiegelt ihren damaligen Entwicklungsstand als Marxistin im allgemeinen und auf dem Teilgebiet der Frauenbewegung im besonderen. Mit dieser Arbeit legte Clara Zetkin erstmalig eine Analyse über die gesellschaftliche Stellung der Frau unter den veränderten Bedingungen der industriellen Entwicklung in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus vor.

Diese Arbeit verkörpert nicht nur den modernsten Stand der Literatur dieser Zeit zur Frauenemanzipation, ihr Wert liegt vor allem in dem Teil, der das Programm zur Entfaltung einer starken proletarischen Frauenbewegung darlegt. Damit führte Clara Zetkin die Gedanken der Klassiker und August Bebels in schöpferischer Weise zur Aktion. Der Inhalt dieser Schrift geht über das hinaus, was im Protokollband des Gründungskongresses der II. Internationale von 1889 enthalten ist.

Die Broschüre "Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart" und die Rede Clara Zetkins auf dem Pariser Kongreß vom 19. Juli 1889 haben zwar inhaltlich das gleiche Problem zum Gegenstand, die moderne Frauenfrage, sind aber nicht identisch.

Im Verlauf der Forschungen über Clara Zetkin und ihre Positionen zur Rolle der Berufsarbeit der Frau wurde ermittelt, daß die zuerstgenannte Schrift bereits in Vorbereitung des Kongresses und nicht erst - wie bisher angenommen wurde - in seinem Ergebnis entstanden ist. Durch Quellenstudien konnte belegt werden, daß Emma Ihrer, die neben Clara Zetkin als zweite Vertreterin der deutschen Frauen in Paris ein Mandat hatte, in ihrem Diskussionsbeitrag am 20. Juli 1889 die Broschüre "Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart" zum Verkauf an-

bot,<sup>52</sup> Diese kleine Schrift von vierzig Seiten Umfang erlebte bis 1894 vier Auflagen.

Der Diskussionsbeitrag Emma Ihrers führte auch zur Klärung einer bisher umstrittenen Frage im Hinblick auf Clara Zetkins Ansichten über den Arbeiterinnen-schutz. Da im Protokoll über Clara Zetkins Referat kein Hinweis auf Arbeiterin-nenschutz-Forderungen enthalten ist, war unklar, ob Clara Zetkin 1889 noch in frauenrechtlerischen Auffassungen befangen war.<sup>53</sup>

Bisher wurde angenommen, daß es Clara Zetkin 1889 vor allem um die Anerkennung der Frauenberufsarbeit in der internationalen Arbeiterbewegung gegangen sei. Das sei ihr zentrales Anliegen gewesen, weil sie darin den Schlüssel zur Lösung der Frauenfrage sah, und deshalb habe sie - um den Prozeß zur Überwin-dung lassalleanischer Auffassungen in der Frauenfrage nicht zu belasten - im Re-ferat keine besonderen Forderungen nach Arbeiterinnenschutz gestellt. Sowohl aus der Quelle, die über Emma Ihrers Diskussionsbeitrag informiert, als auch aus der Broschüre Clara Zetkins ist ersichtlich, daß Clara Zetkin den Schutz der Arbeiter und Arbeiterinnen verlangte. Dabei ging sie bis zur Forderung nach dem Acht-Stunden-Tag. Diese Feststellung dürfte deshalb von Wichtigkeit sein, weil die Haltung zum Arbeiterinnenschutz ein wesentliches Kriterium der theoretischen Position in der Frauenfrage ist.

Die notwendige Zeit und Kraft für die Teilnahme am Klassenkampf kann die durch Familie, Haushalt und Beruf belastete Proletarierin in erster Linie nur über den Arbeiterschutz, insbesondere durch die Verkürzung der Arbeitszeit und durchbes-sere Arbeitsbedingungen, gewinnen. Die familiären Verpflichtungen ermöglichen keine Zeitreserven. Sie kann nur in der gesellschaftlichen Produktionssphäre ge-wonnen werden. Dieser Kampf machte in der ersten Etappe der proletarischen Frauenbewegung - im wesentlichen bis 1907 - deren hauptsächlichste inhaltliche Seite aus.

Die in der Arbeit von 1889 über die Frauenfrage und ihre Lösung geäußerten Gedanken führte Clara Zetkin später in der 1899 erschienenen Schrift "Der Student und das Weib" und in der 1902 vorgelegten Broschüre "Geistiges Proletariat, Frauenfrage und Sozialismus" weiter.

Nachdem die Frauenberufsarbeit bis 1893 im wesentlichen Anerkennung gefunden hatte und die Frauen und Mädchen zunehmend in die gesellschaftliche Produktion eintraten, kam es darauf an, sie in die gemeinsame Kampffront des Proletariats gegen das kapitalistische System einzugliedern. Das war um so notwendiger, als die mangelnden gesellschaftlichen Kenntnisse der Proletarierinnen, ihre außer-ordentliche Belastung durch Produktionsarbeit und Hauswirtschaft, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sowie das Ausbeutungsbedürfnis des Kapitals dazu führen konnten, die Frauen als Konkurrentinnen der männlichen Klassengenossen zu miß-brauchen. In Vorbereitung des Kölner Parteitages von 1893 machte Clara Zetkin darauf aufmerksam, daß "angesichts der vielen Tausenden von weiblichen Arbeits-kräften, welche in der Industrie tätig sind, ... die Einbeziehung der Frau in die Gewerkschaftsbewegung für diese geradezu eine Lebensfrage" sei.<sup>54</sup>

<sup>52</sup> Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, Guesde-Fonds (im folgenden: IISG), Diskussionsbeitrag von Emma Ihrer auf der Internationalen Arbeiterkonferenz in Paris vom 20. 7. 1889.

<sup>53</sup> Vgl. dazu Dornemann, Luise, Clara Zetkin - Leben und Wirken, Berlin 1973, S. 80.

<sup>54</sup> Zetkin, Clara, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, a. a. O., S. 37.



Clara Zetkins tiefgründige theoretische Kenntnisse über die allgemeinen Entwicklungstendenzen der Frauenberufsarbeit führten sie zu einer Zeit, als die Masse der Frauen noch gar nicht in der Industrie beschäftigt war, zu dieser Forderung, während 1893 die meisten Gewerkschaften die Notwendigkeit der Gewinnung der Arbeiterinnen für die Klassenorganisation noch nicht in aller Breite sahen, Deshalb kritisierte Clara Zetkin, daß das, was bisher von den Gewerkschaften zur Organisation der Frauen geleistet worden sei, "keineswegs im Verhältnis zur Dringlichkeit und Bedeutung der zu vollbringenden Arbeit stehe,<sup>55</sup> und erklärte, "die Gewerkschaften begehen geradezu einen Selbstmord, wenn sie ihre Anstrengungen zur Gewinnung der Proletarierinnen" nicht erhöhten.<sup>56</sup>

Aber nicht nur die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterinnen sei notwendig. Clara Zetkin verwies zugleich darauf, daß der Schwerpunkt der Arbeit mit den Frauen in der politischen Aufklärung, der Disziplinierung und vor allem in der Schulung für den Klassenkampf zu liegen habe. Nur im gemeinsamen Kampf könne die Arbeiterklasse ihre Arbeits- und Lebensbedingungen verbessern und ihr politisches Ziel verwirklichen. "Bisher kämpfte nur das halbe Volk gegen die kapitalistische Weltordnung an; die Sozialdemokratie hat vor allem die große Aufgabe zu erfüllen, auch die andere Hälfte der Menschheit in die Kampflinie einzureihen."<sup>57</sup>

Ein erster Erfolg des gemeinsamen Kampfes zur Verkürzung der Arbeitszeit und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Proletarierinnen war der 1892 für Frauen in der Großindustrie gesetzlich auf elf Stunden fixierte Maximalarbeitstag. Wenn diese Festlegung auch als Erfolg gelten konnte, so gingen die Forderungen der Arbeiterklasse doch weiter. Sie verlangte den Acht-Stunden-Tag. Außerdem blieben nach wie vor die Frauen und Mädchen in der Landwirtschaft, in der Heimindustrie und die Hunderttausende weiblicher Dienstboten ohne jeden Schutz.

Der Arbeitstag der berufstätigen Proletarierin begann lange vor der Berufsarbeit und endete erst tief in der Nacht. Für sie gab es praktisch keinen "Feierabend". Daraus leitete Clara Zetkin die Frage ab: "Woher soll die für den Erwerb frohnde, im Haushalt wirtschaftende Proletarierin die Zeit nehmen, eine regelmäßige Besucherin der gewerkschaftlichen Versammlungen zu sein? Woher die nötige körperliche und geistige Kraft und Frische, die Energie und Stärke des Charakters, über ihre Lage nachzudenken, in Presse und Versammlungen Belehrung über die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung zu suchen! Jede Minute ihrer Zeit, jedes Fünkchen ihrer Kraft wird von unabweisbaren Aufgaben in Anspruch genommen."<sup>58</sup> Nur der Kampf um Arbeiterinnenschutz und um die Verkürzung des Arbeitstages konnte hier Änderungen schaffen.

Die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisierung der Frau und der Kampf um Arbeiterinnenschutz sind sich gegenseitig bedingende Aufgaben, die in ihrer Verwirklichung die Kampfkraft der Gewerkschaften erhöhen. Sie waren am Vorabend des Imperialismus dringend zu lösen.

Eingeleitet wurde der Kampf um Arbeiterinnenschutz mit den Festlegungen des Internationalen Sozialistischen Kongresses in Zürich im August 1893 und des Par-

55 Ebenda, S. 41.

56 Ebenda, S. 42.

57 Dieselbe, in: Die Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, Jg. 1897.

58 Die Gleichheit, 26. 10. 1898.

zeitiges der SPD vom Oktober 1895.<sup>59</sup> In Zürich brachte Louise Kautsky im Auftrage der Kommission 5, "Schutz der Arbeiterinnen", der auch Clara Zetkin angehörte, folgende Forderungen zur Annahme:

1. Acht-Stunden-Tag für Frauen, Sechs-Stunden-Tag für Mädchen unter 18 Jahren,
2. ununterbrochene Ruhepause von 36 Stunden am Wochenende,
3. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Mädchen,
4. Verbot der Frauenarbeit in allen gesundheitsschädlichen Betrieben,
5. Verbot der Arbeit schwangerer Frauen 2 Wochen vor und 4 Wochen nach der Niederkunft,
6. Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren,
7. Anwendung dieser Maßnahmen auf alle Frauen, welche in Fabriken, Werkstätten, Läden, in der Hausindustrie oder als Landarbeiterinnen beschäftigt sind.

Schließlich nahm der Kongreß im Ergebnis der Diskussion noch die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit an. Er erklärte es zur Pflicht der Parteien aller Länder, nachdrücklichst für den gesetzlichen Schutz der Arbeiterinnen einzutreten.<sup>60</sup>

Mit diesem Beschluß von 1893 war die Ausgangsposition für den zielgerichteten und organisierten Kampf der internationalen Arbeiterbewegung zur Verbesserung der Lage der Frauen als notwendige Bedingung für ihre Teilnahme am aktiven Kampf der Klasse geschaffen. Die Festlegungen stützten sich auf Vorstellungen des Genfer Kongresses der I. Internationale von 1866.<sup>61</sup> In einem Leitartikel in der mehr als 25 Jahre von Clara Zetkin redigierten Zeitschrift "Gleichheit" hob sie hervor, daß diese elementaren Arbeiterinnenschutz-Forderungen eine unabdingbare Notwendigkeit im Interesse der proletarischen Frauen selbst und ihrer Kinder sind, daß sie aber zugleich im Interesse der gesamten Klasse des Proletariats gestellt sind.<sup>62</sup>

Nachdem der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie 1893 die Gewerkschaftsfrage behandelt hatte, gab der Parteitag von 1896 in Gotha die inhaltliche Orientierung für die politische Arbeit und für die Gewinnung der Frauen und Mädchen für die sozialistische Bewegung.<sup>63</sup>

Clara Zetkin hielt dazu das Referat, das in der Feststellung gipfelte, daß "die Einbeziehung der großen Masse der proletarischen Frauen in den Befreiungskampf des Proletariats ... eine der Vorbedingungen für den Sieg der sozialistischen Idee, für den Ausbau der sozialistischen Gesellschaft" ist.<sup>64</sup>

59 Vgl. Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiter-Kongresses zu Zürich vom August 1893 (im folgenden: Protokoll Zürich), Zürich 1894, S. 35 ff. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD vom Oktober 1895, Berlin 1895.

60 Protokoll Zürich, a. a. O.

61 Vgl. Kriwigos, Stezkewitsch, Abriß der Geschichte der I. und II. Internationale, Berlin 1960, S. 62, f.

62 Vgl. Die Gleichheit, 23. 8. 1893, 6. 9. 1893.

63 Vgl. Zetkin, Clara, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, a. a. O., S. 95 - 111.

64 Ebenda, S. 110.

Das war eine wesentliche Orientierung für das strategische Ziel. Nunmehr mußten die erforderlichen taktischen Schritte konzipiert werden, die den gegebenen Bedingungen entsprachen. Als Ziel der nächsten Etappen stellte der Parteitag die Aufgabe, Schranken gegen die kapitalistische Ausbeutung zu errichten.

Hatte der Internationale Kongreß in Zürich noch im wesentlichen ökonomische Forderungen gestellt, so stellte der Parteitag gleichzeitig wichtige politische Aufgaben. In seiner Resolution wird gefordert<sup>65</sup>:

1. Ausbau des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes, insbesondere Einführung des gesetzlichen Acht-Stunden-Tages zunächst wenigstens für die weiblichen Arbeiter,
2. Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren,
3. aktives und passives Wahlrecht der Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten zu den Gewerbe-Schiedsgerichten,
4. gleicher Lohn für gleiche Leistung ohne Unterschied des Geschlechts,
5. volle politische Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern, vor allem uneingeschränktes Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht,
6. gleiche Bildung und freie Berufstätigkeit der beiden Geschlechter.

In ihrem Referat vor den Parteitagsdelegierten unterstrich Clara Zetkin die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes von Männern und Frauen. Unter den Frauen sei keine spezielle Frauenagitation, sondern sozialistische Agitation mit dem Ziel zu betreiben, die Arbeiterinnen in den Klassenkampf einzureihen.<sup>66</sup> Dabei könne es auch keine engen Frauenprobleme geben. Es komme vielmehr darauf an, an solche Fragen anzuknüpfen, die für die allgemeine Bewegung von Wichtigkeit sind. Lediglich für die Gestaltung der Agitation unter den Frauen erkannte sie Sonderformen an, die sich aus der Lage der Proletarierin als Arbeiterin und Mutter ergaben.<sup>67</sup>

Clara Zetkin hatte bereits 1897 Richard Fischer, dem damaligen Leiter der "Vorwärts-Buchhandlung" in Berlin, gegenüber das große Bedürfnis nach einer neuen Schrift über die Frauenfrage unterstrichen, zumal die Debatten des Parteitages von 1896 "das Interesse für die Frauenfrage recht belebt" hätten und laufend Anfragen eingingen, "ob eine Broschüre oder ein Buch vorhanden sei, wo ein Überblick über unsere Auffassungen der Frauenfrage gegeben ist."<sup>68</sup> Clara Zetkins Schrift von 1889 "Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart" war vergriffen. Die Autorin hielt sie aber auch selbst nicht mehr für zeitgemäß und den sich verändernden Bedingungen des Übergangs zum Imperialismus entsprechend.<sup>69</sup> Die marxistischen Gedanken zur Lösung der Frauenfrage in die Massen zu tragen wurde aber um so notwendiger, als mit dem Übergang zum Imperialismus die proletarische Revolution in greifbare Nähe gerückt schien, wodurch die Einbeziehung der proletarischen Frauen in den Kampf noch wichtiger geworden war. Diese Feststellung Clara Zetkins am Vorabend des Imperialismus entsprach den theoretischen

65 Protokoll über die Verhandlungen der SPD zu Gotha 1896, Berlin 1896, S. 174 f.

66 Zetkin, Clara, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, a. a. O., S. 105.

67 Ebenda.

68 IISG, Kleine Korrespondenz, Clara Zetkin an Richard Fischer, 1. 10. 1897.

69 Ebenda.

schen Erfordernissen der gegebenen Entwicklungsetappe. Dabei blieb sie aber nicht stehen.

In einer neuen Broschüre die Weiterentwicklung der theoretischen Grundlagen wie die praktischen Aktionen zur Emanzipation der Frau darzulegen, hielt Clara Zetkin auch deshalb für notwendig, weil sich der Klassengegner - die bürgerliche Frauenbewegung eingeschlossen - immer mehr um Einfluß auf die Proletarierinnen bemühte. Das zeigte sich beispielsweise an dem demagogischen Auftreten der Abgeordneten des Zentrums im Deutschen Reichstag, die in der Debatte um den Arbeiterinnenschutz ein Verbot der Berufsarbeit für verheiratete Frauen forderten, angeblich um die Mütter den Familien wieder zuzuführen. Paul Singer, einer der beiden Vorsitzenden der SPD und Reichstagsabgeordneter, regte im Sommer 1900 Clara Zetkin an, dieser Demagogie entgegenzutreten und ihr die marxistische Lösung des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes entgegenzuhalten.<sup>70</sup>

Eine Flut bürgerlicher Schriften war erschienen, unter anderem von Wally Zeppler, Lilly Braun und Ida Altmann. Den darin enthaltenen bürgerlichen Verfälschungen der Frauenfrage wollte Clara Zetkin entgegentreten. In einem Brief an Richard Fischer legte sie ihre konzeptionellen Vorstellungen dar. Ausgangspunkt der Darstellungen sollte die Frauenberufsarbeit in ihrer Auswirkung auf Familie und Mutterpflichten unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise sein. Daran anschließend wollte sie den marxistischen Standpunkt zur Lösung der Konflikte darstellen, die sich aus Berufsarbeit und häuslichen Aufgaben ergaben, um schließlich die Fragen der Erziehung zu erörtern. Schon lange drängte es Clara Zetkin, sich über diese Fragen zu äußern und Korrekturen an früher dargelegten Vorstellungen vorzunehmen. "Vieles, was ich in meiner alten Broschüre dazu gesagt habe und in der Hitze des Referates einseitig und schief darstellte, spukt noch fort. Die 'Korrektur' liegt mir sehr am Herzen."<sup>71</sup>

Auch zur Arbeiterinnenschutz-Forderung hatte Clara Zetkin neue Gedanken entwickelt. Wurde 1889 die Wichtigkeit der Arbeiterschutz- und Gewerbegesetzgebung postuliert, kam es ihr nunmehr auf verändernde Maßnahmen an. Nicht Verbot der Berufsarbeit für verheiratete Frauen, wie das Zentrum forderte, sondern Kampf um Arbeiterinnenschutz zur Milderung der schlimmsten Auswirkungen kapitalistischer Arbeitsbedingungen. Ihre Vorstellungen dazu hatte Clara Zetkin unter dem Titel "Heuchlerische Flausen" am 14. März 1900 in der "Gleichheit" veröffentlicht. Weiterführende Forderungen erschienen in dieser Frauenzeitschrift am 6. November 1900. Damit unterstützte Clara Zetkin den parlamentarischen Kampf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und unterbreitete zugleich ein Programm demokratischer Forderungen als Nahziel für den Kampf der proletarischen Frauenbewegung bzw. für den Kampf der Partei auf dem Gebiet der Frauenpolitik.

Auf dem Parteitag in Hannover 1899 hatte Clara Zetkin in einem Antrag erneut zur verstärkten Agitation für den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz aufgefordert. Dabei hatte sie im wesentlichen auf die Beschlüsse von 1896 orientiert, sie aber noch durch die Forderung nach Freigabe des Sonnabendnachmittags für die Arbeiterinnen und auf Ausdehnung der gesetzlichen Schutzbestimmungen auf die Hausindustrie erweitert.<sup>72</sup>

<sup>70</sup> Die Gleichheit, 25. 4., 23. 5., 20. 6., 4. 7. 1900.

<sup>71</sup> IISG, Kleine Korrespondenz, Clara Zetkin an Richard Fischer, 16. 11. 1900.

<sup>72</sup> Vgl. Protokoll über die Verhandlungen der SPD 1899 zu Hannover, Berlin 1899, S. 66 f.

In der folgenden Zeit kam es darauf an, die Agitation für diese Forderungen planmäßig organisiert und energisch zu betreiben. Dazu bedurfte es einer Koordination mit den Gewerkschaften und einer aktiven Unterstützung der Aktion durch die sozialistische Presse. Dabei ging Clara Zetkin mit der "Gleichheit" beispielhaft voran. In einer Fülle von Leitartikeln gab sie sofort nach dem Parteitag den Frauen eine Orientierung dafür, wie der Kampf um den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz zu führen sei.<sup>73</sup> Auf der ersten sozialdemokratischen Frauenkonferenz, die im September 1900 unmittelbar vor dem Parteitag der SPD in Mainz stattfand,<sup>74</sup> stand die Agitation für den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz mit im Zentrum der Beratungen. Außerdem wurden Schritte zur Entwicklung eines Systems weiblicher Vertrauenspersonen besprochen, die für die planmäßige Gestaltung der Agitation und der Organisation der Frauen verantwortlich sein sollten.

In diesen Jahren um die Jahrhundertwende erschienen zwei weitere wichtige Arbeiten von Clara Zetkin: 1899 die Schrift "Der Student und das Weib" und 1902 die Broschüre "Geistiges Proletariat, Frauenfrage und Sozialismus". Beide Arbeiten waren nahezu vergessen und wurden in ihrer Bedeutung kaum bewertet. Um so verdienstvoller ist es, daß Luise Dornemann in ihrer Zetkin-Biographie ein wesentliches Problem, das in der Schrift "Der Student und das Weib" behandelt wurde, aufgenommen hat. Dort hatte Clara Zetkin ihre ethischen Auffassungen über Liebe, Ehe und Mutterschaft sowie deren Verhältnis zur Berufstätigkeit der Frau unter kapitalistischen Bedingungen dargelegt. In der Biographie zeigt Luise Dornemann zugleich die Gedanken Clara Zetkins über die Frau und die Familie in der sozialistischen Gesellschaft. Beide Schriften Clara Zetkins beschäftigten sich im wesentlichen mit dem gleichen Gegenstand, mit der modernen Frauenfrage und ihrer Lösung. Das Neue und Weiterführende in diesen beiden Arbeiten Clara Zetkins gegenüber der Schrift von 1889 besteht darin, daß sie unter den veränderten Bedingungen des unmittelbaren Übergangs zum Imperialismus bzw. in der neuen Epoche die Probleme der gesellschaftlichen Stellung der Frau klarer, abgewogener und zukunftsorientierter erarbeitet hat. In beide Broschüren sind die Gedanken der Rede Clara Zetkins auf dem Parteitag 1896 - die unter dem Titel erschien "Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen!"<sup>75</sup> - mit eingeflossen. Clara Zetkin hat in diesen Schriften den Zusammenhang zwischen Frauenfrage und Sozialismus tiefer und ausführlicher behandelt, als das bisher geschehen war, wie sie Richard Fischer gegenüber äußerte. Nur in Bebel's Buch, gemeint war "Die Frau und der Sozialismus", habe sie Ansätze dazu gefunden.<sup>76</sup>

Bisher hatte Clara Zetkin die Frauenfrage und den Kampf um Gleichberechtigung der Frau vor allem unter den Bedingungen des Kapitalismus behandelt. Nachdem die gesellschaftliche Stellung der Frau in der Arbeiterbewegung im wesentlichen geklärt war und die Frauenberufsarbeit allgemein akzeptiert wurde, kam es darauf an, bereits in der imperialistischen Epoche zu entwickeln, welche Rolle die Frau in der revolutionären Arbeiterbewegung beim Kampf um den Sozialismus und beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaft spielen mußte und spielen würde. Clara Zetkins Hauptanliegen bestand darin, in den Proletarierinnen das Klassenbewußtsein zu wecken und sie aktiv in den Kampf der Klasse einzubeziehen.

73 Vgl. Die Gleichheit, 8. 11. 1899, 25. 4., 23. 5., 20. 6., 4. 7. 1900.

74 Bericht über die erste sozialdemokratische Frauenkonferenz am 15. und 16. September 1900, in: Protokoll über die Verhandlungen der SPD vom Jahre 1900 zu Mainz, Berlin 1900, Anhang.

75 Zetkin, Clara, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, a. a. O., S. 95 ff.

76 IISG, Kleine Korrespondenz, Clara Zetkin an Richard Fischer, 1. 10. 1897.

hen. Dabei ging es ihr nicht um eine spezielle Frauenagitation, sondern um sozialistische Agitation unter den Frauen.<sup>77</sup> Diese Gedanken mußten in der Arbeiterbewegung verbreitet werden.

Die Einheit von analytisch-theoretischer Arbeit, Konzipierung praktischer Maßnahmen und ihre Durchsetzung war ein Wesenszug der politischen Arbeit Clara Zetkins. Diese Arbeitsweise ermöglichte es ihr, der Arbeiterbewegung an der Schwelle der imperialistischen Epoche eine theoretische Konzeption zur Frauenfrage und ihrer Lösung zu geben. Die methodologische Grundlage dafür fand Clara Zetkin in der Frauenberufsarbeit. Die gewerkschaftliche Organisation und die Entfaltung eines umfassenden Systems weiblicher Vertrauenspersonen zur Sammlung der Masse der Arbeiterinnen waren ihr das Mittel zur schrittweisen Lösung der Frauenfrage, die sie als Teil der allgemeinen sozialen Frage sah,

<sup>77</sup> Zetkin, Clara, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, a. a. O., S. 105.

## DIE AGRARPOLITISCHEN REFORMMASSNAHMEN DER PREUSSISCHEN STAATSFÜHRUNG IN DEM JAHRZEHNT VOR 1806/07

von Hartmut Harnisch

### Vorbemerkung

Im letzten Jahrzehnt vor dem Zusammenbruch von 1806 wurden von der preussischen Staatsführung auf verschiedenen Gebieten Anstrengungen unternommen, angesichts des ungeheuren Fortschritts, den das zeitgenössische England auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens errungen hatte, und der von Frankreich ausgehenden revolutionären Impulse, die immer offenkundiger werdende Rückständigkeit in der Ökonomie und in den Klassenbeziehungen im eigenen Lande ohne prinzipiellen Substanzverlust für die herrschende Feudalklasse und ohne grundlegenden sozialökonomischen Strukturwandel vorsichtig zu reformieren.

Im Bereich der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse hat die bürgerliche Forschung im Hinblick auf die Domänenbauern von einer Bauernbefreiung gesprochen und sie ausdrücklich als Vorläufer der 1807, vor allem dann 1811 einsetzenden kapitalistischen Bauernbefreiung in Preußen eingeordnet.<sup>1</sup>

Bei der Beschäftigung mit dem Komplex der kapitalistischen Agrarumwälzung konnten wir neues Quellenmaterial erschließen, durch das der bisher unbekannteste erste Versuch in dieser Richtung unter Friedrich Wilhelm II. (1786 bis 1797) zutage kam. Es kann ferner neues statistisches Material über die Ergebnisse der agrarpolitischen Reformmaßnahmen zwischen 1798 bis 1806 vorgelegt werden, und vor allem werden bisher unbeachtete oder unbekanntete Denkschriften und Briefe aus den Kreisen der hohen preussischen Bürokratie ausgewertet, die in einzigartiger Weise das Vorwärtsdrängen der Volksmassen im gesellschaftlichen Fortschritt sowie seine Widerspiegelung in der herrschenden Klasse zeigen. Darüber hinaus konnte aufgrund des bekannten und des neu erschlossenen Quellenmaterials der Versuch unternommen werden, die Reformmaßnahmen nach ihrem sozialökonomischen Charakter in die historische Gesamtentwicklung einzuordnen.

1 Hintze, Otto, Preussische Reformbestrebungen vor 1806, in: Historische Zeitschrift, Bd. 76, 1896, S. 413 - 443; wieder abgedruckt in derselbe, Regierung und Verwaltung. Gesammelte Abhandlungen zur Staats-, Rechts- und Sozialgeschichte Preußens, Göttingen 1967, S. 504 - 529 = Gesammelte Abhandlungen, Bd. 3.

Nach verschiedenen im Verlaufe des 18. Jahrhunderts von der preußischen Staatsführung unternommenen Versuchen, die Lage der Domänenbauern zu verbessern<sup>2</sup> (wobei es jedoch weder zu einer Verleihung des Eigentumsrechts der Höfe an die Bauern kam, noch die Arbeitsrente beseitigt wurde), nahm die preußische Regierung in den letzten Jahren des 18. Jahrhunderts die Lage der Bauern in Angriff. Ohne Frage standen hinter diesen Bemühungen die Lektionen, die das revolutionäre Frankreich den Feudalherren Europas erteilt hatte.

In durchaus realer Einschätzung der Klassensituation begann man damit im Bereich der dem Landesherrn unmittelbar gehörenden Domänenämter, mußte man doch bei allen Maßnahmen, die auf eine Veränderung in der Lage der Privatbauern abzielten, mit dem schärfsten Widerstand des Adels rechnen.

Mit Schreiben vom 6. April 1796 beauftragte Friedrich Wilhelm II. den Präsidenten der pommerschen Kriegs- und Domänenkammer in Stettin, von Schütz, ein Gutachten über die Möglichkeiten zur Verbesserung der Domänenverwaltung auszuarbeiten.<sup>3</sup>

Schütz reichte schon am 18. Mai 1796 zwei große Denkschriften ein,<sup>4</sup> die ihn in der Tat als den "helldenkenenden Cameralisten" ausweisen, als den ihn Friedrich Wilhelm in seinem Dankschreiben apostrophierte,<sup>5</sup> Schütz bezeichnete in der ersten seiner beiden Ausarbeitungen die folgenden Punkte als Haupthindernisse einer besseren Kultur der Domänen:

1. die Verpachtung der Domänen in Pachtperioden von nur sechs Jahren,
2. die Frondienste der Amtsuntertanen auf den Vorwerken,
3. das schlechte Besitzrecht der Domänenbauern an ihren Höfen.

Zu den einzelnen Punkten macht Schütz nähere Ausführungen, wobei sicher beachtet werden muß, daß es besonders die Erfahrungen aus seinem pommerschen Kammerbezirk sein dürften, die sich hier widerspiegeln. Schütz meinte, die kurzen Pachtperioden würden dazu führen, daß die Pächter nicht an einer Verbesserung der Amtsvorwerke interessiert wären, sondern ihr Streben ginge vielmehr hauptsächlich dahin, "ohne Kostenaufwand aus ihren Mitteln, und ohne Schonung der Unterthanen, deren Frohndienste ihnen mitverpachtet sind, den höchstmöglichen Nutzen daraus zu ziehen."<sup>6</sup> Über die Frondienste meinte Schütz, man habe seit beinahe dreißig Jahren eingesehen, daß das System der Frondienste nicht mehr passend sei. Man hätte, "durch das Geschrey der Unterthanen über die lästigen Frohn-Dienste aufmerksam gemacht", Versuche unternommen, die Dienste zu begrenzen und die im Frondienst je Arbeitstag zu erbringenden Leistungen

2 Knapp, Georg Friedrich, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preußens, Bd. 1, Leipzig 1887, S. 81 ff.  
3 Zentrales Staatsarchiv, Historische Abteilung II (im folgenden: ZStA II), Rep. 96 A, Nr. 20 E, Dienstpapiere und Promemoria des Kammerpräsidenten v. Schütz betr. Verbesserung der Domänenverwaltung und Aufhebung der Dienste der Untertanen, 1799, Bl. 3,  
4 Ebenda, Bl. 4 - 13, 15 - 32.  
5 Ebenda, Bl. 33.  
6 Ebenda, Bl. 4.



festzulegen. Zum Erfolg dieser Bemühungen führte Schütz jedoch aus: "Aber es waren Palliativ-Mittel, die das Uebel nicht hoben, sondern ärger machten." <sup>7</sup>

Für die Zuspitzung des Klassengegensatzes zwischen Feudalherren (hier vertreten durch die Pächter der landesherrlichen Domänenämter) und feudal ausgebeuteten Bauern im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts unter den Bedingungen der Gutsherrschaft sind die folgenden Ausführungen von Schütz höchst bemerkenswert: "Der Bauer fühlt jetzt das Mißverhältnis, in dem er lebt; er kennt die Uebel, die ihn hindern, seinen Boden besser zu cultivieren, er siehet ein, daß er bey dem Kostenaufwand, den ihm die Frohn-Dienste verursachen, bey der kostbaren Zeit, die er dazu gleichsam verschwenden muß, nicht in Aufnahme kommen kann. Daher kommen jetzt die vielen Beschwerden der Unterthanen über die Frohn-Dienste. Sie sind in der That nicht immer unbegründet und verdienen daher wohl der Beherzigung einer weisen Regierung, der das Wohl so vieler tausend Familien am Herzen liegt." <sup>8</sup>

Zur Frage des bäuerlichen Eigentumsrechtes stellte Schütz fest, daß die Bauern kein wirkliches Eigentum an ihren Höfen hätten. Sie hätten weder das Recht, ihre Höfe zu verkaufen und zu vererben, noch Hypothken darauf aufzunehmen. Die Bauern hätten nur solange die Befugnis, ihre Höfe zu nutzen, solange sie die Abgaben und Dienste davon leisteten und die Gebäude instand hielten. Die Domänenbauern hatten an ihren Höfen lediglich den Nießbrauch, und dabei blieb es auch bis zu den seit 1798 eingeleiteten Maßnahmen zur Rentenumwandlung und Eigentumsverleihung. Schütz bezeichnete diese Form bäuerlichen Besitzrechtes als "in unseren Tagen ein großes Uebel", denn, so fragte er, wie könne man von einem so gestellten Bauern verlangen, daß er auf den Ackerbau mehr Mühe verwenden solle als ein "Miethling", und woher solle er überhaupt das Geld zur Verbesserung seiner Wirtschaft nehmen. Eindeutig vom zeitgeschichtlichen Hintergrund der großen Revolution in Frankreich dürften die folgenden Ausführungen des Kammerpräsidenten bestimmt sein: "Der Besitz des unbeweglichen Eigenthums ist der wesentlichste Grund und die stärkste Stütze des Staates, er ist die vorzüglichste Kette, welche mit unbegrenzter Treue den Unterthan an den Regenten fesselt, je mehr Eigenthümer unbeweglicher Grundstücke sind, desto anhängiger, desto treuer ist das Volk seinen Beherrschern." <sup>9</sup>

Schütz erläuterte den Nutzen bäuerlichen Eigentums für den Staat, indem er einmal auf die Städte verwies, die bei Unglücksfällen und in Notzeiten sich im wesentlichen immer selbst geholfen hätten, und das, wie Schütz meinte, weil ein Teil der Einwohner Grundstückseigner sei und daher Kredit habe. Schütz verwies zum anderen auf die Kolonistendörfer, deren Bewohner ebenfalls Eigentümer ihrer Stellen seien. Bei den Kolonisten bleibe kein Fleck ungenutzt, "alles ist fleißig und industriöse, um die Einkünfte und dadurch den Werth seines unbeweglichen Eigenthums zu vermehren." <sup>10</sup> Diese Bauern könnten sich allein auf ihren Stellen halten und bedürften auch bei auftretenden Schwierigkeiten nicht der Remissionen des Amtes, also der Unterstützung mit Bauholz, Saatkorn und Vieh und gegebenenfalls auch durch Abgabennachlässe.

Schließlich ging Schütz auch darauf ein, daß die mit den Arbeitsrenten der Bauern bewirtschafteten Amtsvorwerke bei weitem nicht die höchstmöglichen Erträge

7 Ebenda, Bl. 5.

8 Ebenda, Bl. 6.

9 Ebenda.

10 Ebenda.

brächten, denn "die Vorwerks-Acker werden mit dem schwachen Bauern-Vieh ebenfalls so schlecht bestellt, als es vom Dienstbauern nur immer geschehen kann; er denkt nicht auf tüchtige Arbeit, sondern nur darauf, solche mit möglichster Schonung seines Viehs zu verrichten. Die Acker tragen also nicht, was sie tragen könnten, wenn sie mit besserem Zugvieh und besseren Gerätschaften bestellt würden, und die Plackereien der Pächter gegen die Frohn-Diener gewinnen ein Ende."11

Als ehemaliger Administrator der hohenzollernschen Kronfideikommißherrschaft Schwedt in der Uckermark kannte Schütz offenbar die tägliche Praxis der gutsherrlichen Teilbetriebswirtschaft sehr gut. In seiner zweiten Denkschrift führt er zu diesem Thema noch aus: "Und was denn endlich nicht zum Nachtheil des Pächters mit Wissen und Willen des dienenden Bauern geschieht, das thut dessen zum Hofedienst geschicktes Gesinde aus Faulheit, Muthwillen und Unverstand, als für welche Laster der Frohn-Dienst eine wahre Schule ist. Kurtz, der beste Pächter wird endlich durch alle diese Unannehmlichkeiten, die bey dem von Tage zu Tage mehr zunehmenden Widerwillen der dienenden Unterthanen mehr zu als abnehmen, mißmuthig."12

Zur Beseitigung der charakteristischen Mängel schlägt Schütz vor:

1. die Zeitpacht der Ämter in Erbpacht umzuwandeln,
2. Aufhebung der Frondienste der Untertanen,
3. Aufhebung der Leibeigenschaft und der Guts- und Dienstpflichtigkeit der Untertanen sowie Verleihung der persönlichen Freiheit und des Eigentumsrechtes an ihren Besitzungen und Höfen.

Die preußische Staatsführung griff diese Vorschläge auf und erteilte Schütz, ferner dem Kammerpräsidenten der Kurmark, von Gerlach, sowie dem Geheimen Finanzrat und Präsidenten der Oberrechnenkammer, von Schulze, am 25. August 1796 den Auftrag, jeweils bei dem nächsten zur Verpachtung anstehenden Domänenamt in Pommern, in der Neumark und in der Kurmark den Versuch zu unternehmen, die drei genannten Vorschläge von Schütz in die Praxis umzusetzen.13 Die persönliche Freiheit und das Eigentum an den Höfen sollten die Bauern durch ein sogenanntes Erbstandsgeld erwerben, während bei den bisherigen Arbeitsrenten die Umwandlung in Dienstgeld vorgesehen war. Das zu verleihende Eigentumsrecht sollte lediglich durch die Vorbedingung eingeengt werden, daß die Höfe immer mit tüchtigen Hofwirten besetzt sein mußten. Bei schlechten Wirten blieb der Vorbehalt einer zwangsweisen Abmeierung (Hofentsetzung).

Auf den Erfolg dieser Maßnahmen setzte Schütz große Hoffnungen, wenn er in seinem Promemoria vom 1. Oktober 1796 schrieb: "Wird der Bauer persönlich frey, wird ihm die Last des Natural-Dienstes abgenommen und sein Hof ihm zum Eigentum übergeben, so werden ihm gleichsam die Bande genommen, die ihn bisher in Stumpfsinn und Indolenz und in mißmuthiger Unzufriedenheit mit seinem Schicksal erhalten haben. Seine Geistes- und körperlichen Kräfte werden durch das Gefühl der ihm verliehenen Wohltat, durch den Reiz des Eigenthums und durch den Gedanken, daß er nur für sich selbst und für seinen eignen Nutzen arbeitet, rege werden, er wird mit Überlegung und doppelter Anstrengung arbeiten, jeden Tag

11 Ebenda.

12 Ebenda, Bl. 16.

13 Ebenda, Bl. 38.

für die Verbesserung des ihm so lieb gewordenen Eigenthums sorgen, da, wo er bisher nur eine Aehre gewann, durch seinen Fleiß künftig zwey ernten, seinen Viehstand vermehren, die Gattung des Viehs veredeln, seine Gebäude selbst bauen und sorgfältiger conserviren . . ."14 Schütz betonte, daß das keine unfrucht- baren Spekulationen wären, sondern aus der Praxis abgeleitete Erfahrungen, denn man könne ja schon jetzt den Zustand der Dörfer, in denen die Bauern ohne Fron- dienste wirtschafteten, mit denen vergleichen, wo schwere Frondienste noch üb- lich seien, um zu erkennen, welche Fortschritte allein die Aufhebung der Arbeits- rente bringen würde.

Schütz war aber nicht nur, wie seine Denkschriften eindrucksvoll beweisen, ein guter Kenner der Agrarverhältnisse seines Kammerdistrikts, sondern er war tat- sächlich ein "heldenkender Cameralist", der die Zusammenhänge der Volkswirt- schaft in ihrer Gesamtheit zu überblicken bestrebt war. So war ihm klar, daß eine so entscheidende Verbesserung in der Lage der Bauern, wie es die Verleihung des Eigentums und die Aufhebung der Frondienste darstellen würde, nicht nur zu steigenden Ernteerträgen in den Bauernwirtschaften und auf den Vorwerken füh- ren, sondern daß davon auch für die gewerbliche Wirtschaft wesentliche Impulse ausgehen würden. Er schrieb dazu: "Ist es solchermaßen ausgemacht, daß der große und kleine Landwirth seinem Boden künftig mehr Früchte abgewinnt, und für sich selbst wohlhabender würde, so führt er dem Städtebewohner mehrere Consumtibilien zu, gibt besonders den gemeinnützigsten Handwerkern von seinem Überschuß zu verdienen und liefert für die Fabriken mehrere Landesproducte zu den ersten Materialien ihrer Fabricate. Gewerbe und Handlung müßte folglich leb- hafter werden, die Volksmenge, und zwar eine geschäftige gut genährte, dem größ- ten Theile nach mit Grund-Eigenthum versorgte Volksmenge von Jahr zu Jahr zu- nehmen, und die allgemeine Tätigkeit wird den Umlauf des Geldes mit unaufhörli- chen Vortheilen für den Staat befördern,"15

Zu weiterer Wirksamkeit ist die Kommission Schütz/Gerlach/Schulze offenbar nicht gekommen, und wir hören auch nichts von den vorgesehenen Neuverpachtun- gen der drei Probeämter. Friedrich Wilhelm II. starb 1797, Schütz 1798, und da- mit fand die Tätigkeit dieser Kommission ihr Ende.

## 2. Die Tätigkeit der Immediatfinanzkommission

Schon am Todestage seines Vaters, am 16. November 1797, teilte der neue Kö- nig, Friedrich Wilhelm III., seinem Vertrauten, dem Oberstleutnant von Koeck- ritz, mit, daß er eine Kommission von Fachleuten berufen wolle, um Vorschläge zur Sanierung der zerrütteten Staatsfinanzen ausarbeiten zu lassen. Tatsächlich wurde durch Kabinettsordre vom 19. Februar 1798 die sogenannte Immediatfi- nanzkommission berufen.<sup>16</sup> Zu ihrem Leiter wurde der dirigierende Staats- und Kriegsminister für Schlesien, Graf von Hoym, ernannt, zum Stellvertreter der wegen seiner Verdienste um die Förderung von Bergwesen und Gewerbe bedeuten- de Minister von Heinitz. Ferner wurden die Minister von Struensee und Graf von der Schulenburg sowie einige Geheime Finanzräte in die Kommission berufen.

14 Ebenda, Bl. 67.

15 Ebenda, Bl. 68.

16 Zu ihrer Zusammensetzung und Tätigkeit vgl. Petzold, Horst, Die Verhandlun- gen der 1798 von König Friedrich Wilhelm III. eingesetzten Finanzkommission, phil. Diss. Göttingen 1911.

Friedrich Wilhelm III. selbst gab der Kommission im Februar 1798 eine allerdings höchst unsystematische Instruktion,<sup>17</sup> aus der die Kommissionsmitglieder anhand der angeschnittenen Punkte erraten sollten, was dem königlichen Herrn im einzelnen durch den Kopf gegangen sein mochte. Unter anderem wünschte Friedrich Wilhelm III. auch Vorschläge zur Verbesserung der Domänenverwaltung, ohne jedoch Dienstaufhebung und Eigentumsverleihung bei den Domänenbauern zu erwähnen. Ganz offenbar waren ihm die Arbeiten von Schütz und der durch Friedrich Wilhelm II. berufenen Kommission völlig unbekannt geblieben. Nachdem 1798 die Immediatfinanzkommission mit ihrer Tätigkeit begonnen hatte, sickerte trotz der befohlenen strengen Geheimhaltung davon doch einiges an die Öffentlichkeit. 1799 hat jedenfalls die Witve von Schütz dessen Handakten aus seiner Kommissionsarbeit an den König geschickt.<sup>18</sup> Die in den Kammerbezirken der östlichen Landesteile Preußens dann ab 1798 praktizierte Form der Eigentumsverleihung und Dienstaufhebung bewegte sich, jedenfalls in Pommern, der Neumark und der Kurmark, ganz in den Bahnen, wie sie von Schütz 1796 angeregt worden waren.

Wenngleich Friedrich Wilhelm III. die Frage der Dienstaufhebung und der Eigentumsverleihung in seiner Instruktion nicht berührt hatte, so wurde sie doch sehr bald durch die Initiative des Ministers von Heinitz in das Arbeitsprogramm der Immediatfinanzkommission aufgenommen. In einem umfangreichen Gutachten vom 16. Juni 1798 bezeichnete nämlich dieser die Frage, ob bei den Domänen das Zeitpachtverhältnis oder eine Vererbpachtung vorzuziehen sei, als ein zweitrangiges Problem, ohne sich dabei selbst näher festzulegen. Er kam dann zu seinem eigentlichen Anliegen, "daß es für das Interesse der Landwirtschaft im Ganzen, und für die Verbesserung des Zustandes der Bauern einige noch drängendere Bedürfnisse" gebe, und er fuhr ganz im Geiste der schon früher von Schütz vertretenen Meinung fort: "... und da von dem Wohlstande dieser zahlreichen Volksklasse ... ein so großer Theil der Industrie, des Reichthums, der Geld-Circulation und der Einträglichkeit der Abgaben abhängt, so nehme ich mir die Freiheit, einige der wichtigsten hierher gehörenden Punkte in Anregung zu bringen."<sup>19</sup> Heinitz nennt sofort an erster Stelle die Frondienste, beschreibt deren Schädlichkeit, vor allem auch für die Erträge des Ackerbaus, und weist schließlich darauf hin, daß er als Chef des Berg- und Hüttendepartements im Generaldirektorium mit der Dienstaufhebung auf den mit dem Hüttenamt Rothenburg an der Saale verbundenen Domänen gute Erfahrungen gemacht habe.

Auch von anderen Mitgliedern der Immediatfinanzkommission liegen Stellungnahmen vor,<sup>20</sup> die zeigen, daß ihre Verfasser die Aufhebung der Frondienste und die Eigentumsverleihung an die Bauern als Voraussetzung für eine Aufwärtsentwicklung der gesamten Volkswirtschaft erkannt hatten.

Unter den hohen Verwaltungsbeamten Preußens waren diese Gedankengänge wohl sehr weit verbreitet. Einer der später führenden Männer der Reformzeit, der Provinzialminister für Preußen, Freiherr Friedrich Leopold von Schroetter,<sup>21</sup>

17 Die Instruktion ist bei Petzold nicht abgedruckt. Sie ist überliefert im ZStA II, Rep. 96 A, Nr. 22 A, Immediatkommission der Finanzen, vol. I, 1798.

18 Vgl. ZStA II, Rep. 96 A, Nr. 20 E, Bl. 1.

19 Ebenda, Nr. 22 A, vol. I, Bl. 25.

20 Ebenda, Rep. 96 A, Nr. 22 A.

21 Über Schroetter vgl. den entsprechenden Artikel von Gottlieb Krause in: Allgemeine deutsche Biographie, Bd. 32, Leipzig 1891, S. 579 - 582.

bezeichnete in einer Ausarbeitung über die statistischen Verhältnisse von Alt-Preußen Frondienste und Erbüntertätigkeit als die eigentlichen Hindernisse für eine bessere Kultur der Landwirtschaft. Die Frondienste seien eine "mangel- und fehlerhafte Anwendung der schon vorhandenen Kräfte", und über die Erbüntertätigkeit schrieb Schroetter, sie lähme "immer noch die wahren Fortschritte der Cultur zum Wohle des allgemeinen Besten. Ich habe keine größeren und sprechenderen Beweise für diese Sache der Wahrheit und der Menschlichkeit, als: Erbüntertätigkeit und wahre Industrie stehen in einem geraden Widerspruch. In keinem Lande, in keiner Provinz, wo Ackerbau und Fabriken wirklich in Flor sind, findet Erbüntertätigkeit statt, wo diese stattfindet, ist eigentlich Kunst- und Gewerbefleiß verdrängt."<sup>22</sup>

Die hier wiedergegebenen Ausführungen und Stellungnahmen hoher Beamter zur Frage der Dienstaufhebung und der Eigentumsverleihung an die Bauern zeigen, daß diese Maßnahmen als Voraussetzung für den allgemeinen Fortschritt der landwirtschaftlichen Produktivkräfte und die Steigerung der Agrarproduktion angesehen wurden. Man war sich darüber im klaren, daß durch das System der gutsherrlichen Teilbetriebswirtschaft,<sup>23</sup> bei dem in den gutsherrlichen Eigenbetrieben nur ein Minimum an ständigen Arbeitskräften beschäftigt und kaum Vieh und Inventar vorhanden waren, während die Feldarbeiten, das Dreschen und die Marktführen durch die Arbeitsrenten feudalahängiger Bauern erledigt wurden, die Bauernwirtschaft dazu gezwungen war, von einem gewissen Umfang der Dienste an - mit Sicherheit bei drei und mehr Gespannarbeitstagen in der Woche - ein Gespann Zugvieh und einen Knecht nur zur Ableistung der Herrendienste zu halten. Man ging nun davon aus, daß die Aufhebung der Dienste den Bauern die Möglichkeit geben würde, ein Gespann Zugvieh abzuschaffen und das Gesinde zu verringern. Die bisher so mühsam balancierte Bilanz der durchschnittlichen Bauernwirtschaft sollte entschieden verbessert und gesichert werden. Neben den Einsparungen an Lohnkosten und Ernährung für das nunmehr entbehrlich werdende Gesinde, würden die bisher für das Dienstgespann benötigten Futtermengen frei und könnten verkauft bzw. zur Verbesserung des verbleibenden Viehbestandes verwendet werden. Darüber hinaus erhoffte man sich von der Eigentumsübertragung an die Bauern einen moralischen Impuls zur Intensivierung der bäuerlichen Wirtschaften, insgesamt erwartete man also eine Steigerung des Bauerneinkommens, der Agrarproduktion, dadurch eine stärkere Nachfrage nach Gewerbeprodukten, die zu einem allgemeinen wirtschaftlichen Wachstum führen würde, und schließlich auch ein erhöhtes Steueraufkommen. Die notwendigerweise mit der Abschaffung der Frondienste verbundene Umstellung der Amtsvorwerke von einer Teilbetriebswirtschaft zum Eigenbetrieb mußte außer der Intensivierung der ganzen Vorwerkswirtschaft auf der Basis von Tagelöhnerarbeit nicht zuletzt auch die Einrichtung einer großen Anzahl ländlicher Kleinstellen bringen, also auch einen "Peuplierungseffekt" nach sich ziehen.

22 ZStA II, Rep. 96 A, Nr. 118 E, Bl. 31 f. - Industrie: hier soviel wie Fleiß bzw. allgemeine ökonomische Aktivität.

23 Zum Begriff der Teilbetriebswirtschaft: Kuczynski, Jürgen, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte von der Urzeit bis zur sozialistischen Gesellschaft, 2. Aufl. Berlin 1951, S. 199; Heitz, Gerhard, Über den Teilbetriebscharakter der gutsherrlichen Eigenwirtschaft in Scharbow (Mecklenburg) im 17. und 18. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Gutsherrschaftsdiskussion, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Nr. 3/1958 - 1959, S. 299 - 320.

Es waren also keineswegs primär liberale Ideen oder irgendwelche philanthropischen Neigungen, die die wesentlichen Ansatzpunkte für die agrarpolitischen Überlegungen und Maßnahmen der hohen preußischen Bürokratie darstellten, wie es zum Beispiel Lütge immer wieder betonte,<sup>24</sup> sondern eindeutig ökonomische Zweckmäßigkeitserwägungen. Ohne Frage waren auf diese Männer die aus Westeuropa, vor allem aus England, kommenden Anregungen nicht ohne Wirkung geblieben. Aber diese führten offenbar doch vornehmlich zu der Einsicht, daß die von feudalen Fesseln freie Landwirtschaft Englands zu ganz anderen Leistungen (und Profiten) als die heimische Fronhofswirtschaft mit erbuntertänigen Bauern fähig war.

### 3. Die innenpolitischen Aspekte der agrarischen Reformmaßnahmen und die sie begleitenden Bauernunruhen

Der zweite wesentliche Anstoß zu den agrarpolitischen Reformbestrebungen der preußischen Staatsführung muß vor dem Hintergrund der Großen Französischen Revolution von 1789 gesehen werden.

Eine offenbar nicht geringe Anzahl juristisch wie kameralistisch gleichermaßen hochqualifizierter einflußreicher preußischer Staatsbeamter sah die Zweckmäßigkeit, ja Notwendigkeit der schnellen Durchführung wenigstens dieser bescheidenen Reformmaßnahmen. Ihr Engagement für deren Verwirklichung entsprach dieser Einsicht allerdings nicht. Bestes Zeugnis für die Bedenken und die Unsicherheit eines doch fraglos dem Fortschritt zugeneigten Mannes, wie es der preußische Provinzialminister F. L. von Schroetter war, ist dessen Brief vom 14. Mai 1798 an den Kabinettsrat Beyme, bis zum Debakel von 1806/07 einer der einflußreichsten Leute in der Umgebung des Königs. Schroetter äußerte sich hier zunächst durchaus positiv zur Aufhebung der Frondienste und der Erbuntertänigkeit, die er als "verjährt<sup>25</sup> Übel" bezeichnete. Allerdings meinte er dann: "In dem gegenwärtigen Zeitpunkt aber läßt sich diese Saite wahrlich nicht berühren oder der Bogen platzt." Erst nach Wiederherstellung des allgemeinen Friedens in Europa könne man diese Dinge in Angriff nehmen.<sup>25</sup> Daß Schroetter, wie unabhängig von ihm ja schon zwei Jahre früher auch der Kammerpräsident von Pommern, Schütz, die Klassenbeziehungen zwischen den feudalherrlichen Ausbeutern und den ausgebeuteten Bauern für äußerst gespannt hielt, ist sehr aufschlußreich.

Nachdem dann allerdings Nachrichten von den Verhandlungen der Immediatfinanzkommission über Dienstaufhebung und Eigentumsverleihung in das breite Publikum gedrungen waren und Auswirkungen in einer sich unter der Landbevölkerung schnell ausbreitenden Gärung zeitigten, war Schroetter für schnelles Handeln. Hochinteressant ist hier wiederum sein Brief vom 14. Mai 1798 an Beyme, der nicht nur ein eindringlicher Beleg für die gespannten Klassenbeziehungen und die Furcht der herrschenden Klasse vor revolutionären Aktionen der Volksmassen ist, sondern zugleich auch verdeutlicht, wie der Nachrichtenfluß auf dem Lande

<sup>24</sup> So besonders vertreten von Lütge, Friedrich, Über die Auswirkung der Bauernbefreiung in Deutschland, in: Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 1963, S. 177 ff.; ferner derselbe, Geschichte der deutschen Agrarverfassung vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, 2. Aufl. Stuttgart 1967, S. 204 ff.

<sup>25</sup> ZStA II, Rep. 96 A, Nr. 118 C, Bl. 3.

vor sich ging. Offenkundig war das Dorf durchaus nicht eine abgeschlossene Kommunikationsgemeinschaft. Das zeigt die folgende Passage aus diesem Brief.

"Ernster ... aber ist ein Umstand, von dem ich Ew. Hochwohlgeboren durchaus Nachricht geben muß. Ew. Hochwohlgeboren ist es bekannt, daß des Königs Majestät der noch fortdauernden Geheimen Finanzkommission eine geheime Instruktion erteilt haben. Von dieser letzteren sind verschiedene Article ins Publicum gedrungen - ob richtig oder unrichtig kann ich nicht beurteilen, wahrscheinlich eher verfälscht, so wie es überhaupt dem Neuigkeits-Geist der Zeit sehr angemessen ist, Lügen und Unwahrheiten im Publico zu verbreiten. Zu jenen Articlen gehört denn auch Aufhebung der Unterthänigkeit, allen Scharwerks, der Amtspachten pp. Diese Nachrichten sind nicht bloß unter den höheren Ständen des Publicums geblieben, sondern haben auch zu den Hütten des Bauern Zugang zu finden gewußt, denn in jeder Dorfschenke werden Zeitungen und oft fliegende Blätter, Volksfreunde mit Cabinets-Ordre (so ein jeder nach seiner fantasie auslegt) gelesen. Dies hat denn nun auch schon die Folgen gehabt, daß ganze Gegenden, Ämter pp. ordentliche conventiclen gehalten, an einigen Orten schon der Scharwerk verweigert worden, anderenorts aber Bittschriften aufgesetzt, um den König um die Aufhebung des Scharwerks und der Unterthänigkeit zu bitten. Die den Scharwerk verweigert haben, sind zwar gleich wieder zur Ordnung gebracht worden, indeß herrscht unter dem Bauernstande - wozu der alte Druck der Amtsleute in Lithauen auch sehr vieles beygetragen, doch eine dumpfe Gärung, denn alles erwartet von dem neuen Könige auch eine neue Umwälzung der Dinge und Abschaffung aller verjährten Uebel." Wie sehr Schroetter die Scharwerksaufhebung und weitergehende Reformmaßnahmen als ein politisches Problem betrachtete, genauer gesagt, wie ernst er die Zuspitzung des Klassengegensatzes zwischen Feudalherren und Bauern ansah, erhellt auch aus einem Brief Beymes an den Großkanzler der Justiz, von Goldbeck, vom 23. Juli 1798. Beyme bezieht sich hier auf eine Denkschrift Schroetters zur Frage der Dienstaufhebung und schreibt dazu: "Hinzu kömmt noch, daß der gedachte Etats-Minister (das heißt Schroetter - H. H.) selbst eingestehet, daß die gegenwärtige Crisis eben so sehr zu erfordern scheint, schleunig Hand an das Werk zu legen, als die Sache aufzuschieben. Ich bescheide mich zwar, daß diese politische Sorge von mir nicht aufgelöst werden darf, kann es aber nicht unterdrücken, daß ich von der Notwendigkeit schleuniger Maßregeln wie von meinem Daseyn überzeugt bin und muß bemerken, daß, soweit ich mit der Geschichte bekannt bin, daß Aufschieben einer so notwendigen Unternehmung nie gute, wohl aber sehr häufig die allernachteiligsten Folgen gehabt hat."<sup>26</sup>

Tatsächlich haben Gerüchte über die vom König beabsichtigte Scharwerksaufhebung genügt, um die Bauern zu veranlassen, durch Kampffaktionen gegen die lokalen Feudalgewalten ihren Forderungen nach Dienstaufhebung Nachdruck zu verleihen. Vom 21. Oktober 1798 liegt ein Schreiben von Schroetter, Struensee und Hardenberg und anderen an das königliche Kabinett vor, in dem berichtet wird, die ostpreußischen Bauern seien der Meinung, durch königlichen Befehl werde die Scharwerkspflichtigkeit aufgehoben und den Bauernhöfen das Köllnische Recht, also ein relativ niedrig belastetes Eigentumsrecht, beigelegt, und 1798 sei das letzte Jahr der Scharwerkspflichtigkeit. Der Kammerpräsident von Ostpreußen befürchte für das nächste Jahr einen allgemeinen Fronstreik. Wie sehr das agrarpolitische Denken und Handeln der hohen Bürokratie von der Furcht vor bäuerli-

<sup>26</sup> ZStA II, Rep. 96 A, A 20, Bl. 15. - Gemeint war hier eine Denkschrift Schroetters v. 12. 7. 1798. (Ebenda, Rep. 96, A 20, Bl. 1 - 7.)

chen Klassenkampffaktionen bestimmt wurde, zeigen die folgenden Ausführungen in diesem Brief: "Fände diese allgemeine Verweigerung der Dienste bey den königlichen Domänen statt, so ist sehr zu besorgen, daß nicht allein die adelichen Einsassen in Preußen, die schon jetzt an vielen Orten die Dienste zu verweigern angefangen haben, dem bösen Beispiel folgen, sondern auch die Bauern in Eurer königlichen Majestät übrigen Provinzen gleiche Schritte machen werden, welche nicht bloß zur Verletzung des Eigenthums der Guts-Obrigkeiten, sondern auch zu schädlicher Versäumung des Ackerbaus und anderen Zügellosigkeiten der irreführten Unterthanen führen dürften."<sup>27</sup>

Die gespannte Klassensituation auf dem Lande in den ostelbischen Gebieten zeigte sich in den zahlreichen Bauernunruhen im Zuge der Dienstaufhebung und Eigentumsverleihung sehr deutlich. Hatte 1798 allein das Gerücht von der beabsichtigten Scharwerksaufhebung in Ostpreußen und Litauen genügt, die klassenkämpferischen Aktivitäten der Bauern zu wecken, mit denen sie ihren Forderungen Nachdruck verliehen, so führte bei der Durchführung der Maßnahmen jede Verzögerung oder Behinderung durch Domänenpächter oder Unterbeamte sofort zu scharfen Reaktionen der Bauern. Der Fronstreik, jahrhundertlang äußerste Form des bäuerlichen Klassenkampfes unterhalb der Schwelle bewaffneter Aufstände und in der Regel nur dann angewandt, wenn die Bauern nach langen Verhandlungen keinen anderen Ausweg mehr sahen, brach jetzt sehr häufig aus. Vielfach waren die revoltierenden Bauern in einem "naiven Monarchismus"<sup>28</sup> befangen. Durch Kirche und, soweit vorhanden, Schule genährt, glaubten sie vielfach an den "guten und gerechten König" und erwarteten eine schnelle, umfassende und vor allem auch kostenlose oder zumindest billige Erwerbung des Hofeigentums bzw. Umwandlung der Renten.

Die Berechnungen der Erbstandsgelder und der künftigen Dienstgelder, die ja sowohl den Fiskus als auch die Domänenpächter vor finanziellen Einbußen bewahren sollten, gaben natürlich vielfachen Anlaß zu Unstimmigkeiten, und sicher hat es auch nicht an Versuchen von Domänenpächtern gefehlt, die Bauern ungebührlich hoch zu belasten. Von den Bauern wurde daher stets Hilfe vom Landesherrn erwartet, wenn sie sich gegen Amtspächter oder Beamte der regionalen Verwaltung auflehnten. Selbstverständlich waren das immer vergebliche Hoffnungen. Der feudalsolutistische Staat hat alle diese Unruhen mit barbarischer Strenge unterdrückt.

1799 kündigten die Bauern des Amtes Bütow in Hinterpommern die Einstellung aller Dienste zu Trinitatis (Sonntag nach Pfingsten) an. Verhandlungen wegen der Dienstaufhebung waren wohl im Gange, aber, wie es im Bericht des Kammerpräsidenten von Ingersleben aufschlußreich genug heißt, der Pächter war "ein so verstockter Anhänger des bisherigen Dienstsystems, daß ich nicht zu irren glaube, wenn ich ihm die Schuld gebe, daß er die jetzigen Auftritte lieber herbeizuführen als solche zu vermeiden gewünscht und dadurch die Hoffnung genährt hat, daß des Königs Majestät denen Bütow'schen Amtsunterthanen die Wohltat der Dienstaufhe-

27 Ebenda, Rep. 96 A, A 20, Bl. 21.

28 Klassenkampf - Tradition - Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß, Berlin 1974, S. 208.



bung nunmehr garnicht angehehen lassen werden.<sup>29</sup> Dennoch verlangte Ingersleben die Anwendung der schärfsten Mittel. Im Sommer des Jahres 1800 leisteten die Bauern noch immer Widerstand, obwohl sieben von ihnen verhaftet und nach Stettin gebracht worden waren. Ingersleben beantragte die militärische Exekution, das heißt die Einquartierung von Soldaten in die Dörfer. Sie drangsalierten die Bauern, bis sie soweit geschwächt waren, daß sie - den Ruin ihrer Wirtschaften vor Augen - schließlich nachgaben. Ferner verlangte Ingersleben, die Rädelsführer von ihren Höfen zu verjagen und sie, sofern noch tauglich, in das Regiment des zuständigen Kantons zu stecken.

Im Sommer 1799 verweigerten die Bauern von vier Dörfern des Amtes Guttstadt im ehemaligen Bistumsgebiet von Ermland die Dienste. Sie beriefen sich darauf, daß sie in der bischöflichen Zeit (also vor 1772), wesentlich geringere Dienste zu leisten gehabt hätten, und verlangten jetzt die Aufhebung der Scharwerke. Zur Unterdrückung der Unruhen wurde ebenfalls militärische Exekution angeordnet, die schließlich dann auch die Bauern zum Nachgeben zwang. Die Anführer wurden verhaftet und auf Antrag Schroetters ihrer Höfe entsetzt. Sie wurden zu sechsmaligem Gassenlaufen und anschließender Einziehung zum Regiment verurteilt. Schroetter schrieb dazu, man müsse verhindern, daß bei der anlaufenden Scharwerksaufhebung die Bauern in den "benachbarten Ämtern ein gleiches auf der Stelle zu erzwingen suchten". Am 20. Juni 1800 schrieb Schroetter an das königliche Kabinett nach Berlin, er habe soeben einen Bericht der Litauischen Kammer erhalten, in dem ihm mitgeteilt werde, "daß die Bauern aus elf Domänenämtern, durch böse Ratgeber verleitet, alle und jede Dienstleistungen aufgekündigt haben, Versammlungen halten und Beschlüsse nehmen, denen sich auch selbst die gutmütigen und furchtsamen aus Furcht vor Nachstellung der Übrigen, unterwarfen". Die Bauern glaubten, daß der König die entschädigungslose Scharwerksaufhebung wolle, und bei "dem Mißtrauen, welches die Bauern in dieser Angelegenheit einmal gegen die Cammer haben", sei es zum Aufruhr gekommen. Schroetter empfahl die Anwendung des gleichen Verfahrens, das man im Jahr zuvor gegen die ermländischen Bauern praktiziert hatte.<sup>30</sup>

Zu einer breiten Bauernbewegung für die Aufhebung der Frondienste, notfalls auch durch Gewalt, kam es in Schlesien. Auch hier drangen Gerüchte über die Reformabsichten der preußischen Staatsführung nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms III. ins Volk, und auch hier finden wir den naiven Glauben an die Gerechtigkeit des Königs, dem "die Untertanen lieber sein müßten als die Edelleute". Auch hier wurde sehr schnell Militär eingesetzt und die Unruhen zunächst unterdrückt.<sup>31</sup>

Die geschilderten Bauernunruhen beweisen, daß die Klassenverhältnisse auf dem Lande äußerst gespannt waren und wie notwendig im Interesse der herrschenden Feudalklasse die Einleitung von Reformen war, durch die wenigstens die stärksten und alltäglichsten Konflikthanlässe aus der Welt geschafft werden sollten. Sie zeigen aber zugleich, daß die Bauern aktiv in Erscheinung traten, um für die Ver-

29 ZStA II, Rep. 96 A, Nr. 128 C, Widerspenstige Untertanen in Pommern 1799 - 1800, Bl. 6.

30 Ebenda, Nr. 118 P, Scharwerksaufhebung und Separation in den königlichen Ämtern in Ost- und Westpreußen 1799 - 1806.

31 Vgl. Ziekursch, Johannes, 100 Jahre schlesischer Agrargeschichte. Vom Hubertusburger Friede bis zum Abschluß der Bauernbefreiung, 2. Aufl. Breslau 1927, S. 244 ff.

besserung ihrer Lage zu kämpfen, die gleiche Erschwerung also, die sich zwischen dem Oktoberedikt von 1807 und dem Regulierungsedikt von 1811 in verschiedenen Teilen Preußens, namentlich in Schlesien, zeigen sollte. 32

Die Furcht vor Unruhen, ja sogar vor einer Revolution spielte in den agrarpolitischen Überlegungen der hohen Beamten also unzweifelhaft eine sehr wesentliche Rolle, und die Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Domänenbauern hatten vornehmlich auch den Zweck, die Klassengegensätze auf dem Lande zu entschärfen. In einer breiten Schicht ökonomisch einigermaßen gesicherter Bauern mit realen Perspektiven auf Steigerung ihres Wohlstandes sollte ein Damm gegen die Revolution auf dem Lande geschaffen werden. Schroetter äußerte sich in der erwähnten statistischen Übersicht von Altpreußen aus dem Jahre 1803 sehr deutlich in dieser Hinsicht. Er wendete sich nämlich gegen Bestrebungen, aus Gründen der Bevölkerungsvermehrung in dem dünn besiedelten Ostpreußen große Bauernhöfe in zwei oder drei Klein- bzw. Mittelbauernhöfe aufzuteilen. Der Aspekt der Revolutionsfurcht wird ganz deutlich greifbar, wenn Schroetter unter Berufung auf den englischen Ökonomen Arthur Young meint: "Daher schreibt Young, einim ökonomisch-statistischen Fach sehr aufgeklärter Schriftsteller und der sich am Anfange der Revolution in Frankreich befand, den so äußerst schnellen Gang der letzteren der Ueberbevölkerung, oder vielmehr der übertriebenen Zerstückelung der Grundstücke in verschiedenen Gegenden zu. 33

Im Bereich der landesherrlichen Domänenämter begann man also seit 1799 mit der Einleitung begrenzter Reformmaßnahmen.

#### 4. Die Bedeutung des Getreideexports und der inländischen Nahrungsmittelversorgung für die agrarpolitischen Reformmaßnahmen Preußens

Die agrarpolitischen Reformbestrebungen dürften schließlich noch durch weitere Entwicklungen motiviert worden sein. Es handelt sich um den sich gerade in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, namentlich in dessen letzten beiden Jahrzehnten, erheblich beschleunigenden Bevölkerungszuwachs, der zu einem steigenden Bedarf an Brotgetreide führte. Gleichzeitig trat seit den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts England mit einem ständig steigenden Importbedarf an Getreide auf, den es zum erheblichen Teil aus dem Ostseebereich deckte. Aus den Häfen der südlichen Ostseeküste stiegen die Getreideausfuhren sehr stark an, wie die Zahlen der Tabelle 1 zeigen.

Tabelle 1

Getreideausfuhr aus Danzig und Elbing zwischen 1791 und 1805<sup>+</sup>  
(in Last<sup>++</sup>)

Jahre	Jahresdurchschnitt
1791 - 1795	42 584 $\frac{3}{25}$
1796 - 1800	51 074 $\frac{24}{25}$
1801 - 1805	76 547 $\frac{7}{50}$

+ Ucke, Arnold, Die Agrarkrise in Preußen während der zwanziger Jahres dieses Jahrhunderts, Halle 1887, S. 15.

++ 1 Last = 60 Scheffel = 31,0221 Hektoliter.

Ganz eindeutig hatte an dieser bedeutenden Steigerung der Importbedarf Englands den größten Anteil. Aus den Jahren 1793 bis 1800 stehen die Zahlen über die Regionalaufgliederung des Getreideexports Danzigs zur Verfügung.

Tabelle 2

Die regionale Aufgliederung des Getreideexports aus Danzig von 1793 bis 1800<sup>+</sup> (in Last<sup>++</sup>)

	Weizen	Roggen	Erbsen	Gerste	Malz	Hafer	Zusammen
<u>England</u>							
1793/96	11 096	1 921	398	614	—	15	14 044
1797/1800	22 442	1 033	332	507	—	135	24 449
<u>Niederlande</u>							
1793/96	3 283	3 072	101	101	—	1 953	8 510
1797/1800	1 358	1 151	44	4	—	15	2 572
<u>Portugal/ Spanien</u>							
1793	1 025	88	2	170	—	—	1 285
1797/1800	3 987	657	31	224	—	—	4 899
<u>Dänemark/ Norwegen<sup>+++</sup></u>							
1793/97	3 563	2 210	5	23	5	—	5 806
1797/1800	874	2 908	82	101	7	19	3 991
<u>Schweden</u>							
1793/96	520	314	18	6	3	—	861
1797/1800	152	1 550	28	42	6	2	1 780
<u>Lübeck/ Hamburg/ Bremen</u>							
1793/96	222	464	67	5	—	—	758
1797/1800	246	1 275	54	19	8	82	1 684
<u>Sonstige</u>							
1793/96	—	—	—	—	—	—	—
1797/1800	—	46	—	—	—	—	46
<u>Zusammen</u>							
1793/96	19 709	8 069	591	919	8	1 968	31 264
1797/1800	29 059	8 620	571	897	21	253	39 421

+ Zentrales Staatsarchiv, Historische Abteilung II, Rep. 77, Tit. DXVI, Lit. N Bd, 5, Nr. 1, Bl. 208 - 215.

++ Vgl. die Anmerkung zu Tabelle 1.

+++ Tatsächlich gingen die Lieferungen wohl ausschließlich nach Norwegen.

Anm. zur gegenüberliegenden Seite:

32 Vgl. Streisand, Joachim, Deutschland von 1789 - 1815, Berlin 1961, S. 151 = Lehrbuch der deutschen Geschichte, Beiträge.

33 ZStA II, Rep. 96 A, Nr. 118 E, Bl. 14 f.

Mengenmäßig fiel besonders die starke Zunahme des Getreideexports nach England ins Gewicht, der von 1793/96 bis 1797/1800 auf 174 Prozent anstieg. Nahm England im Zeitraum von 1793/96 erst 44,9 Prozent der Gesamtausfuhr Danzigs auf, so waren es 1797/1800 schon 62,0 Prozent.

In den zehn Jahren von 1789 bis 1798 wurden aus den drei Häfen Königsberg, Elbing und Danzig insgesamt 311 563 Last Weizen und 273 325 Last Roggen im Wert von zusammen 172 537 920 Reichstalern exportiert.<sup>34</sup>

Nach überschlägigen Berechnungen Schroetters aus dem Jahre 1802 über die Jahre 1793 bis 1799 und aus einer weiteren Aufstellung für das Jahr 1803 kann angenommen werden, daß von der Getreideausfuhr der drei Häfen etwa 60 Prozent "ausländische Zufuhren" waren, das heißt nicht aus den Kammerdistrikten Königsberg, Litauen, Danzig und dem Netzedistrikt stammten.<sup>35</sup> Die Gutsbesitzer der preußischen Ostgebiete ebenso wie die Handelsbourgeoisie der Hafenstädte müssen also an dem schnell wachsenden Getreidebedarf Englands gewaltig verdient haben.

Bevölkerungswachstum und Getreideexport hatten seit dem Ende der achtziger Jahre des 18. Jahrhunderts eine ständige Steigerung der Getreidepreise zur Folge, mit der die Einkommensentwicklung der breiten lohnabhängigen Bevölkerungsschichten keineswegs Schritt hielt. Die preußische Staatsführung schwankte vor 1806 zwischen völliger Freigabe des Getreidehandels und einer mindestens temporären Sperrung der Ausfuhr. Grundbesitzender Adel und Handelsbourgeoisie waren für die Freigabe des Exports. Ausfuhrfreiheit bedeutete, den Stand der Getreidepreise im eigenen Land durch das Niveau des europäischen Getreidehandels bestimmen zu lassen. Bei der starken Nachfrage Englands hätte das zu meistens erhöhten Getreidepreisen geführt und dazu, wie es ein Gutachter 1799 ausdrückte, "daß ... die Theuerung des Auslandes unseren Unterthanen mit aufgebürdet" worden wäre.<sup>36</sup> Daraus ergab sich ein unlösbarer Konflikt zwischen den armen Volksmassen und den am Export interessierten Großproduzenten bzw. der Handelsbourgeoisie, der sich offenbar immer mehr zuspitzte. Beispielsweise wurden 1785 in Berlin 779 Personen aus der öffentlichen Armenfürsorge mit Brot versorgt, 1790 waren es bereits 4 910.<sup>37</sup>

Als Folge dieser Entwicklung wuchs die Furcht der preußischen Regierung vor Hungerrevolten. Der eben zitierte Gutachter schrieb im Mai 1799, "daß obgleich in Stettin der [Wispel] Roggen im vergangenen Monat 48 und 56 Rt gegolten hat, dennoch alle Vorräte des platten Landes nach den Häfen geführt werden. Es sind schon die bittersten Klagen darüber von der Armut bei Eurer königlichen Majestät unmittelbar eingegangen, und wenn nicht hoffentlich die verordnete Sperre dem Übel Grenzen setzen würde, so würden die armen pommerschen Dorfeinwohner wieder das Elend des Jahres 1795 erdulden müssen, wo sie sich besage der

34 Ebenda, Generaldirektorium, Geh. Finanzkontrolle, Tit. 41, Nr. A 1, adh. 2.

35 Ebenda, Rep. 96 A, Nr. 118 E, Statistische Übersicht des Bevölkerungs-, Gewerbe- und Finanz-Zustandes von Alt-Preußen 1802; ebenda, Nr. 118 A, Gemeinsame Angelegenheiten der Provinzen Ost-, West- und Neustpreußen, 1801 - 1806.

36 Ebenda, Nr. 52 F, verschiedene Denkschriften über den Getreidehandel, Bl. 20.

37 Vgl. Krüger, Horst, Zur Geschichte der Manufakturen und der Manufakturarbeit in Preußen. Die mittleren Provinzen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Berlin 1958, S. 386.

dieserhalb bei des hochsel. Königs Majestät eingegangenen Beschwerden von Wurzeln und Baumrinden haben ernähren müssen, während die unmenschlichste Habsucht das durch ihren Schweiß erworbene Getreide vor ihren Augen in den Seehäfen aufschütteln ließen. "38

Bekanntlich nahmen in den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts die Volksbewegungen der im Gewerbe Beschäftigten stark zu. Die Ursachen lagen zum erheblichen Teil außer in den Ausstrahlungen der französischen Revolution in den steigenden Getreidepreisen begründet, 1793 gab es in Schlesien große Unruhen, 1794 in Berlin, 39 1805 erreichten die Getreidepreise eine bis dahin nicht gekannte Höhe. In mehreren Städten des Kammerdistrikts Magdeburg und Halberstadt kam es zu ausgesprochenen Hungerrevolten, so in Halle, Aschersleben und Wettin. Gegen die tatsächlichen oder vermeintlichen Anführer wurden barbarische Strafen verhängt. 40 Die Not war so groß, daß es selbst im Gebiet der fruchtbaren Magdeburger Börde auf dem Lande zu Hungerdemonstrationen der Kinder von Tagelöhnern und armen Handwerkern kam, wie im Juni 1805 in Harbke bei Haldensleben. 41

Die Wünsche der großen Getreideexporteure nach Freigabe der Ausfuhr und das dringende Erfordernis, zur Vermeidung schwerer innerer Unruhen einen einigermaßen erträglichen Getreidepreis zu halten, ließen sich nur durch eine stark steigende Agrarproduktion balancieren. Die Möglichkeiten zur Ertragssteigerung und zur Ausweitung der pflanzlichen wie tierischen Produktion hingen aber ganz wesentlich von der Abschaffung der Frondienste, der Eigentumsverteilung an die Bauern und der gleichzeitig immer wieder propagierten Gemeinheitsteilung und Separation ab. Das wußten die führenden Fachleute, und das wird ihre agrarpolitischen Überlegungen mit beeinflußt haben.

## 5. Durchführung und statistische Ergebnisse der Agrarreformmaßnahmen

In den Domänenämtern begann 1799 die Umwandlung der Arbeitsrente in Geldrente und in den Kammerdistrikten Kurmark, Neumark und Pommern die Verleihung der bisher zu lassitischem Besitzrecht vergebenen Bauernhöfe als Erbzinshöfe, also in Eigentum. Für die einzelnen Provinzen bzw. Kammerdistrikte ergingen gesonderte Kabinettsordres und Durchführungsbestimmungen. Selbstverständlich wurde den Bauern weder die persönliche Freiheit noch gar das Eigentum an den Höfen ohne Entschädigung verliehen. In Ostpreußen, Westpreußen und Litauen kam es überhaupt nur zu einer Umwandlung der Scharwerke, also der Arbeitsrente, in eine Geldrente. Soweit die Domänenbauern hier nicht bereits Eigentümer waren, blieb es bei bloßem Besitzrecht. Erst im Zuge der preußischen Agrarreformen nach 1807 erging am 11. Juli 1808 die "Verordnung wegen Verleihung des Eigentums an die Domänenbauern in Ostpreußen, Westpreußen und Litauen", 42 womit auch für diese Gebiete die seit 1799 in der Kur- und Neumark und in Pommern in Gang befindliche Eigentumsverleihung an die Domänenbauern eingeleitet wurde. Schroetter nahm an, daß in den drei Departements Ostpreußen, Litauen

38 ZStA II, Rep. 96 A, Nr. 52 F, Bl. 19.

39 Vgl. Krüger, Horst, a. a. O., S. 441.

40 ZStA II, Rep. 96 A, Nr. 128 E.

41 Staatsarchiv Magdeburg, Rep. H. Harbke, Nr. 5263.

42 ZStA II, Rep. 2. 2. 1., Geh. Zivilkabinett, Nr. 30615, Bl. 83 - 87; vgl. auch Knapp, Georg Friedrich, a. a. O., Bd. 2, Leipzig 1887, S. 179 - 196.

und Westpreußen zwischen 36 000 und 40 000 Bauern damit zu freien Eigentümern würden.

Die sogenannten Erbstandsgelder, die Entschädigungen für die Eigentumsverleihung der Höfe richteten sich in der Kurmark, der Neumark und in Pommern nach der Größe der Höfe, dem Wert der von den Ämtern gestellten Hofwehr und dem Umfang der bis dahin geleisteten Dienste. Beispielsweise hatten die Bauern des Amtes Gramzow in der Uckermark, die mit Aussaatmengen von je 36 Scheffel Weizen, Roggen und Gerste sowie 40 Scheffel Hafer, 10 Scheffel Erbsen und 1 1/2 Scheffel Lein und einem Gesindebesatz von drei Knechten, zwei Mägden und einem Jungen als große Bauern anzusehen waren, ein Erbstandsgeld von 500 Talern zu zahlen. Die Bauern aus dem Dorf Zechlin in der Prignitz, die nur geringen Sandboden bewirtschafteten und durchschnittlich im Jahr je 17 Scheffel Roggen, je 6 Scheffel Gerste, Hafer und Buchweizen sowie einen Scheffel Leinsamen aus-säten, beschäftigten je einen Knecht, eine Magd und einen Jungen. Ihnen wurde jetzt ein Erbstandsgeld von je 110 Taler auferlegt.<sup>43</sup> Die ausschlaggebende Berechnungsgrundlage für das Dienstgeld waren aber die von den Bauern bis dahin geleisteten Dienste. In jedem Amt wurden daher der Umfang der Arbeitsrenten und die bisher damit bewältigten Arbeitsleistungen gegen die mit dem Fortfall der Dienste notwendig werdenden Investitionen für Vieh, Geräte, Wirtschaftsgebäude und Wohnhäuser für die anzusetzenden Insten aufgerechnet. Das den Bauern neu auferlegte Dienstgeld, also die statt der Arbeitsrente eingeführte Geldrente, richtete sich in seiner Höhe nach den durch die Dienstaufhebung entstehenden laufenden Mehrausgaben an Lohnkosten und Futterkosten für das Vieh. Die neue Geldrente war also ihrem sozialökonomischen Charakter nach tatsächlich noch eine rein feudale Geldrente, die noch kaum Elemente der kapitalistischen Grundrente erkennen ließ. Sie bedeutete für die Bauern übrigens eine sehr bedeutende finanzielle Belastung. Die Bauern des Dorfes Briest im Amt Gramzow mußten ein jährliches Dienstgeld von 113 Talern 12 Groschen übernehmen; die Bauern von Zechlin dagegen von 25 Talern. Gemessen am Durchschnitt der Martini-Getreidepreise von Berlin der drei Jahre 1798 bis 1800, waren das immerhin in Briest 1 Wispel 21 Scheffel Weizen (= 1912,5 Kilogramm) und in Zechlin 10 Scheffel Weizen (= 425 Kilogramm). Trotz dieser großen zusätzlichen Belastung ermöglichte die Aufhebung der Arbeitsrente auch den Bauern bedeutende Einsparungen. Die Bauern in Briest hätten nach einer Aufstellung von Bassewitz<sup>44</sup> jährlich 160 Taler einsparen können, die sich wie folgt zusammensetzten: 30 Taler Jahreslohn für einen entbehrlich gewordenen Knecht, 40 Taler durch die damit eingesparten Nahrungsmittel, 80 Taler Futterkosten für zwei Stallpferde und 10 Taler für das Geschirr eines Gespanns (Schmiede-, Stellmacher- und Riernerlohn). Im Dorfe Zechlin waren die jährlichen Einsparungen entsprechend geringer. Natürlich waren das nur überschlägige Berechnungen, und es ist nicht belegt, ob die Bauern tatsächlich die Wirtschaftskosten auf ihren Höfen in dieser oder doch ähnlicher Weise einschränken konnten. Zweifel, daß die Bauern nach erfolgter Dienstaufhebung tatsächlich in der Lage sein würden, ihr Spannvieh zu reduzie-

43 (Magnus Frhr. v. Bassewitz) Die Kurmark Brandenburg, ihr Zustand und ihre Verwaltung vor dem Ausbruch des französischen Krieges im Oktober 1806, Leipzig 1847, Tab. V: Nachweisung des Zustandes von zehn Dorfgemeinden in verschiedenen Teilen der Kurmark während der Regulierung ihrer nach der Circular-Verordnung vom 14. April 1777 vorhandenen Lassitischen und Dienstverhältnisse in dem Zeitraum von 1803 bis 1806.

44 Ebenda.

ren, äußerte 1802 der kurmärkische Kammerpräsident von Gerlach. Er war der Meinung, daß eine Verminderung der Zugviehbestände nur in den Fällen in Frage komme, in denen die Bauern fünf Tage in der Woche dienen mußten.<sup>45</sup> Die Erbstandsgelder flossen an die Domänenkassen der betreffenden Kammerbezirke. Sie sollten dazu dienen, den Pächtern die Unkosten für die notwendig werdenden Wirtschaft- und Wohnbauten sowie für die Komplettierung des Gutsinventars zu ersetzen, während das Dienstgeld die steigenden Ausgaben für den Wirtschaftsbetrieb der Domänenvorwerke decken sollte. Es wurde immer wieder betont, daß die fiskalischen Einnahmen aus den Domänenverpachtungen durch die Eigentumsverleihungen bzw. Rentenumwandlungen nicht vermindert werden dürften. Andererseits dienten aber die Maßnahmen offenbar nicht vornehmlich dem Zweck, mit den eingehenden Erbstandsgeldern einen Beitrag zur Sanierung der stark angespannten Staatsfinanzen Preußens zu leisten. Dazu waren diese Summen insgesamt auch viel zu unbedeutend, und außerdem wurden sie tatsächlich zum größten Teil für die betriebswirtschaftliche Umstellung der Amtsvorwerke verwendet. Bis September 1806 wurde auf den neumärkischen Ämtern den Bauern an Erbstandsgeldern die Summe von 158 136 Talern 23 Groschen auferlegt. Bezahlt waren von den Bauern bis zu diesem Zeitpunkt bereits 131 917 Taler 22 Groschen, und davon waren wiederum 126 853 Taler 6 Groschen für Bauten in den Amtsvorwerken ausgegeben worden.<sup>46</sup>

Offenbar waren durchaus nicht alle Domänenpächter von der Umwandlung der alten Arbeitsrente angetan. Der Kammerpräsident von Ingersleben, Nachfolger des verstorbenen Schütz in Pommern, schrieb am 13. Juni 1799 in einer Ausarbeitung für das Generaldirektorium in Berlin: "Die Wirtschaft durch Natural-Dienste war der möglichsten Benutzung der Güter nicht günstig und mit mancherley Verdruß und Einbußen verknüpft; sie war aber bequem und wohlfeil. Die Mittel, wodurch man den Verlust der Dienste ersetzen muß, sind dagegen lästig, erfordern eine überlegene Disposition in der Wirtschaftsführung und machen diese kostbar." Ingersleben meinte, daß die Pächter der pommerschen Domänen an die Wirtschaft mit den Frondiensten gewöhnt seien, und fuhr fort: "Mancher hält solche wohlgar für unentbehrlich und wird daher die Pachtungen adelicher Güther, wo er den bequemem, in den Ämtern abgeschafften Hofedienst wiederfindet, vorziehen."<sup>47</sup> Beachtungswert ist auch die Bemerkung von Ingersleben, daß die Pächter den Verlust der Spanndienste eher hinnehmen würden, wenn sie die Handdienste auch weiterhin zur Verfügung hätten. Bei den Angriffen der adligen Gutsbesitzer gegen das Regulierungsedikt vom 14. September 1811 und dem Kampf um eine Deklaration desselben, war immer die Beibehaltung der Handdienste eins der wesentlichen Ziele der Junker.<sup>48</sup>

Der Erfolg der seit 1799 eingeleiteten Maßnahmen muß an der Gesamtzahl der überhaupt in Betracht kommenden Domänenbauern gemessen werden. Gerade dafür liegt jedoch kein ausreichendes Zahlenmaterial vor. Knapp hat die ihm bekannten Zahlen über die Dienstaufhebungen und Eigentumsverleihungen vorgelegt,<sup>49</sup> ohne aber diese Ergebnisse der Gesamtzahl der Domänenbauern gegenüberzustellen.

45 Vgl. Staatsarchiv Potsdam (im folgenden: StAP), Pr. Br. Rep. 2, D 2252, Bl. 12 - 15.

46 Ebenda, Rep. 3, Neumärkische Kriegs- und Domänenkammer, Dom. Ämter Sachen, Generalia, Dienste und Abgaben-Sachen, Generalia, Nr. 85.

47 ZStA II, Generaldirektorium, Generaldepartement, Tit. XXI, Nr. 10, Bl. 10.

48 Vgl. Knapp, Georg Friedrich, a. a. O., Bd. 1, S. 172 ff.; Bd. 2, S. 353 ff.

49 Ebenda, Bd. 2, S. 102 ff.

len. Aus dem Archivmaterial war einiges weitere Zahlenmaterial erschließbar, das hier den Angaben über die Zahl der Domänenbauern in den einzelnen Kammerdistrikten, soweit vorhanden, gegenübergestellt werden soll.

a) Kammerdistrikt Königsberg (Ostproußen)

Tabelle 3

Anzahl der Bauern nach Grundherrschaften und Besitzqualität<sup>+</sup>

Bäuerliche Besitzqualität	Landesherrliche Ämter (1798)	Adel (1804)
Erbliche Schulzen	494	
Andere Schulzen	718	
Köllmer, Freie Schatuller	6 909	565
Bauern und Hochzinser	9 163	7 799
Zusammen	17 284	8 364
Darunter scharwerkspflichtig	5 708	

+ Nach Stein, Robert, Die Umwandlung der Agrarverfassung Ostproußens durch die Reformen des 19. Jahrhunderts, Bd. 1: Die ländliche Verfassung Ostproußens am Ende des 18. Jahrhunderts, Jena 1918, S. 181 ff., 295 ff.

Nach einem Bericht vom 26. Januar 1805<sup>50</sup> - spätere Nachrichten sind widersprüchlich - wurden in 13 der insgesamt 38 landesherrlichen Ämter, in denen überhaupt die Scharwerksaufhebung begonnen hatte, 72 845 Gespann-, 46 091 Handdiensttage und 3 798 Getreidefuhren aufgehoben. Als Ersatz für die aufgehobenen Arbeitsrenten wurden in den betreffenden Ämtern 441 neue ländliche Kleinstellen eingerichtet. Die Zahl der von Scharwerken befreiten Bauern wird nicht in dieser Quelle angegeben. Aus einer Angabe von Stein kann geschlossen werden, daß bis Ende 1805 die Scharwerksaufhebung im Kammerdistrikt Königsberg zu etwa sieben Achtel abgeschlossen war.

b) Kammerdistrikt Litauen

Tabelle 4

Anzahl der Bauern nach Grundherrschaften und Besitzqualität<sup>+</sup>

Besitzqualität	Landesherrliche Ämter (1798)	Adel (1804)
Köllmer, Freie Lehnsschulzen	6 149 )	
Setzschulzen	475 )	
Vollbauern	17 573 )	2 264
Halbbauern	3 644 )	
Ganzkossäten	920	
Halbkossäten	204	
Zusammen	28 965	
Davon scharwerkspflichtig	13 200	

+ Stein, Robert, Die Umwandlung der Agrarverfassung Ostproußens ..., Bd. 1, Jena 1918, S. 186, 284.

50 ZStA II; Rep. 96 A, Nr. 118 Q.



Bis Januar 1805 waren im Kammerdistrikt Litauen 124 825 Spann-, 94 291 Hand- dienstage sowie 32 191 Holz- und Getreidefahren aufgehoben worden,<sup>51</sup> Ferner waren bis dahin 873 ländliche Kleinstellen neu eingerichtet worden.

Nach einem Bericht vom 10. März 1803 war damit zu rechnen, daß bis Trinitatis 1804 mit 4 224 Bauern die Verfahren wegen der Scharwerksaufhebung abgeschlos- sen sein würden; 4 794 hatten sich geweigert, auf die Bedingungen einzugehen, da sie der Meinung gewesen waren, der König wolle ihnen Hofeigentum und Dienst- aufhebung ohne Entschädigung gewähren; 1 534 Bauern hatten sich mit der Verfah- rensweise und Entschädigung einverstanden erklärt, lehnten aber die Unterschrift unter die Rezesse ab, und mit 2 264 Bauern in den polnischsprachigen Ämtern Na- tangens war überhaupt noch nicht verhandelt worden.<sup>52</sup> In den folgenden Jahren muß die Dienstaufhebung im Kammerdistrikt Litauen erheblich beschleunigt wor- den sein, denn nach einem Bericht des Kammerpräsidenten von Broscovius vom 18. Januar 1808 leisteten laut einer im Oktober 1807 aufgestellten Nachweisung von 13 085 scharwerkspflichtigen Bauern 10 614 keine Dienste mehr und von den 2 471 verbliebenen hatten inzwischen viele ebenfalls die Dienste abgelöst.<sup>53</sup>

### c) Kammerdistrikt Westpreußen

Tabelle 5

Anzahl der Bauern nach Grundherrschaften und Besitzqualität im Jahre 1802<sup>+</sup>

Grundherr- schaft	Vorwerke		Köllmer oder Freischulzen	Emphyteo- tischer Besitz <sup>++</sup>	Bauern- güter	Andere Stellen mit Land
	Zeit- pacht	Erb- pacht				
Ämter	76	276	2 416	3 282	10 117	3 104
Landrats- kreise <sup>+++</sup>	975	3	216	160	3 890	1 329
Stuerrats- kreise <sup>o</sup>	2	48	19	408	16	127
Territoria <sup>oo</sup>	24	3	-	787	763	234
Zusammen	1 077	330	2 651	4 637	14 786	4 794

+ Zentrales Staatsarchiv, Historische Abteilung II, Rep. 77, DXVI, Lit. N, Nr. 5, Bd. 2, S. 12 - 17.

++ Erbpacht.

+++ Besitz des Adels

o Grundherrschaften der Städte.

oo Vermutlich Landbesitz der erst seit 1793 von Preußen okkupierten Stadt Danzig.

Hans Jacob von Auerswald, nach 1807 einer der führenden Köpfe der preußischen Reformbewegung und damals Präsident der westpreußischen Kammer, meldete als erster der preußischen Kammerpräsidenten den Abschluß der Dienstaufhebung in seinem Zuständigkeitsbereich. Es wurden 45 741 1/2 Spann- und 47 579 3/4

51 Ebenda, Nr. 118 P.

52 Ebenda, Nr. 20 C, Bl. 112.

53 Ebenda, Rep. 2. 2. 1., Die Verleihung des Eigenthums-Rechts an die Imme- diatbauern 1808 - 1820, Bl. 17 ff.

Handdiensttage sowie 303 1/8 Getreidefahren aufgehoben, 438 Familien wurden auf den Amtsvorwerken neu angesetzt.<sup>54</sup> Offenkundig hatte die Arbeitsrente bei der Bewirtschaftung der westpreußischen Amtsvorwerke keine große Rolle mehr gespielt.

d) Netzedistrikt (kein Material zu ermitteln)

e) Kammerdistrikt Pommern

Tabelle 6

Anzahl der Bauern nach grundherrschaftlichen Besitzverhältnissen, etwa 1790<sup>+</sup>

Grundherrschaft	Freischulzen	Bauern	Halbbauern
Ämter	214	4 989	534
Kämmereibesitz	6	1 170	187
Adel	26	7 837	947
Zusammen	246	13 996	1 668

+ Wutstrack, Christian, Kurze historisch-geographische Beschreibung von dem königlich-preußischen Herzogthum Vor- und Hinterpommern, Stettin 1793, S. 747. - Die Kossätenstellen, in Pommern fast durchweg der Landausstattung nach mittlere Bauern, sind bei Wutstrack nicht mitgezählt und sind auch in den historischen Tabellen des Generaldirektoriums im Zentralen Staatsarchiv, Historische Abteilung II, nur gemeinsam mit den Büdnern gezählt. Eine dorfwweise Angabe der Kossätenstellen findet sich bei Brüggemann, Ludwig Wilhelm, Ausführliche Beschreibung des gegenwärtigen Zustandes des königlich-preußischen Herzogthums Vor- und Hinterpommern, 6 Bde., Stettin 1779 - 1793.

Der pommersche Kammerpräsident von Schütz bezeichnete 1796 in seinem Memoria über die Dienstaufhebung und Eigentumsverleihung<sup>55</sup> die Zahl der dafür in den königlichen Ämtern in Frage kommenden Bauern mit 5 068 Ganzbauern, 442 Halbbauern und 1 646 Kossäten. Das entspricht ziemlich genau den Angaben von Wutstrack, denn die Freischulzen waren ja bereits Eigentümer ihrer Höfe und überwiegend frei von Diensten.

Über die Ergebnisse von Eigentumsverleihung und Dienstaufhebung liegt eine nach Ämtern gegliederte Aufstellung bis April 1805 vor.

Tabelle 7

Die Ergebnisse der Eigentumsverleihung und Dienstaufhebung in den Ämtern des Kammerdistrikts Pommern bis April 1805<sup>+</sup>

	Ganzbauern	Halbbauern	Kossäten
Bereits früher dienstfreie Bauern, denen jetzt nur das Eigentum übertragen wurde	218	167	123
Bisher dienstpflichtige Bauern	2 338	293	600

+ Zentrales Staatsarchiv, Historische Abteilung II, Rep. 96 A, Nr. 117 G.

54 Ebenda, Generaldirektorium, Generaldepartement, Tit. XLI, 6, Nr. 10, Bl. 95.

55 Ebenda, Rep. 96 A, Nr. 20 E, Bl. 95.

Zusammen waren es also 2 556 Ganzbauern, 460 Halbbauern und 723 Kossäten. Der Umfang der aufgehobenen Arbeitsrenten ist in dieser Aufstellung nicht angegeben. Dafür weist sie aber aus, daß den Bauern 659 059 Taler 8 Groschen Erbstandsgelder für die Eigentumserwerbung der Höfe auferlegt wurden. Ferner wurden 440 neue Dienstfamilienetablissemments errichtet. Bis 1804 waren 173 075 Spann- und 204 534 Handdiensttage abgelöst worden.<sup>56</sup> Da bis dahin die Erbstandsgelder einen Umfang von 617 594 Taler ausgemacht hatten, ist anzunehmen, daß bis April 1805 auch die Zahl der abgelösten Spann- und Handdiensttage noch anstieg. Spätere Nachweisungen aus dem Kammerdistrikt Pommern liegen nicht vor.

f) Kammerdistrikt Neumark

Nach einer Aufstellung aus dem Jahre 1802 gab es im Bereich des Kammerdistrikts Neumark in den landesherrlichen Ämtern 3 164 Bauern und Halbbauern sowie 3 637 Kossäten.<sup>57</sup> Bis zum Mai 1805 wurden folgende Ergebnisse erzielt.

Tabelle 8

Die Ergebnisse der Eigentumsverleihung und Dienstaufhebung in den Ämtern des Kammerdistrikts Neumark bis Mai 1805<sup>+</sup>

Bisher dienstpflichtige Bauern	Kossäten	Auferlegte Erbstandsgelder	Neu angesetzte Arbeiterfamilien
1 188	1 094	147 108 Rtlr	273

+ Zentrales Staatsarchiv, Historische Abteilung II, Rep. 96 A, 117 G.

Bis April 1805 wurden 120 135 Spann- und 179 616 Handdiensttage aufgehoben.<sup>58</sup> Der weitere Fortgang der Angelegenheit war bis September 1806 im Kammerdistrikt Neumark offenbar nur gering, denn der Betrag der den Bauern auferlegten Erbstandsgelder stieg nur bis 158 136 Taler 23 Groschen an.

g) Kammerdistrikt Kurmark

Aus der Zeit um 1800 ist aus der Kurmark keine Aufstellung der Bauernstellen nach grundherrschaftlichen Besitzverhältnissen bekannt. Eine Auszählung der Topographie von Bratring ergab nach dem Stande von 1801 das folgende Ergebnis.

Tabelle 9

Anzahl der Bauern nach grundherrschaftlichen Besitzverhältnissen nach dem Stand von 1801<sup>+</sup>

	Bauern	Kossäten
Ämter	6 600	3 350
Adel	9 700	4 950
Städte	480	280
Geistliche Korporationen, Universität, Schulämter	1 350	550

+ Bratring, Friedrich Wilhelm August, Statistisch-topographische Beschreibung

<sup>56</sup> Ebenda, Nr. 117 G.

<sup>57</sup> StAP, Pr. Br. Rep. 3, Neumärkische Kriegs- und Domänenkammer Dienst-sachen, Ämtersachen, Generalia, Nr. 82. - Die Angaben für die Ämter Neudorf, Neudamm, Quartschen, Zehden, Bleyen, Butterfelde und Görlsdorf beziehen sich auf das Jahr 1797.

<sup>58</sup> ZStA II, Rep. 96 A, Nr. 117 G.

der gesamten Mark Brandenburg, 3 Bde., Berlin 1804 - 1808. - Da eine Anzahl von Dörfern zu mehreren Grundherren gehörten, sind die hier wiedergegebenen Zahlen leicht abgerundet.

In der Kurmark gingen Dienstaufhebung und Eigentumsverleihung nur schleppend voran, 59 Bis Februar 1805 wurden die folgenden Resultate gemeldet,

Tabelle 10

Die Ergebnisse der Dienstaufhebung und Eigentumsverleihung in den Ämtern des Kammerdistrikts Kurmark nach dem Stand vom Februar 1805<sup>+</sup>

Bauern	Aufgehobene		Jährliche Geld- rente der Bauern (in Taler u. Groschen)	Auferlegte Erb- standsgelder
	Spann- diensttage	Hand- dienste		
905	68 728	36 084	18 957,19	100 800

+ Zentrales Staatsarchiv, Historische Abteilung II, Rep. 96 A, 117 G.

Spätere Ergebnisse aus der Kurmark liegen nicht vor. Es sieht jedoch nicht so aus, als ob bis zum Ausbruch des preußisch-französischen Krieges von 1806/07 noch wesentliche Fortschritte erzielt worden wären.

#### h) Schlesien

Der Anteil der landesherrlichen Domänen am feudalen Grundbesitz in Schlesien war nur unbedeutend. Ziekursch erwähnt die Maßnahmen der preußischen Regierung zur Dienstaufhebung, ohne jedoch irgendwelche Ergebnisse mitzuteilen.<sup>60</sup> Offenbar sind in Schlesien die Reformmaßnahmen nicht zum Tragen gekommen.

Für keinen Zeitpunkt liegt ein Querschnitt über die erreichten Gesamtergebnisse bei der Dienstaufhebung und Eigentumsverleihung vor. Das hier zusammengetragene Zahlenmaterial beweist jedoch, daß Hintze viel zu weit geht, wenn er schreibt, daß zwischen 1799 und 1806 in den alten Provinzen Preußens 50 000 spannfähige Domänenbauern zu Eigentümern geworden wären.<sup>61</sup> Die Eigentumsverleihung in Pommern, der Kurmark und Neumark konnten bis Mitte 1806 vielleicht 6 000 Bauern und 2 000 Kossäten erreichen. Zusammen mit den nur vom Scharwerk befreiten Bauern in den preußischen Kammerdistrikten dürften vor 1806 kaum mehr als 30 000 Bauern eine Verbesserung ihrer Lage erfahren haben.

#### 6. Zum sozialökonomischen Charakter der Reformmaßnahmen in den Ämtern

Will man Dienstaufhebung und Eigentumsverleihung der Bauern zwischen 1799 und 1806/07 zusammenfassend bewerten, ist zunächst eine theoretische und terminologische Auseinandersetzung gegenüber der bürgerlichen Einschätzung dieses Komplexes notwendig. Hintze schrieb dazu: "In zwei großen Akten hat sich die Bauernbefreiung in Preußen vollzogen. Der Befreiung der Privatbauern, zu der die Aufhebung der Erbuntertänigkeit nur der erste Schritt war, ging die Befreiung der

59 StAP, Pr. Br. Rep. 2, D 2252, Bl. 12 - 15.

60 Ziekursch, Johannes, a. a. O., S. 243 ff.; Knapp, Georg Friedrich, a. a. O., Bd. 1, S. 105.

61 Hintze, Otto, Die Hohenzollern und ihr Werk, Berlin 1915, S. 427.

Domänenbauern voraus, die, wie Knapp gezeigt hat, in der Hauptsache von 1799 bis 1805 auf eine musterhafte Weise durchgeführt worden ist; eine 'geräuschlose, tiefgreifende Reform', die in ihren sozialpolitischen Resultaten die spätere Regulierungsgesetzgebung weit übertrifft, "62 "Geräuschlos" verliefen die Reformmaßnahmen nun keineswegs, wie die zahlreichen Bauernunruhen beweisen. Auch Lütge spricht bei diesen Vorgängen von der "Bauernbefreiung in Preußen bei den Domänenbauern", 63 Tatsächlich handelt es sich jedoch um zwei ihrem sozialökonomischen Charakter nach sehr verschiedene Vorgänge. Bei den zwischen 1799 und 1806/07 in den landesherrlichen Domänenämtern durchgeführten Maßnahmen handelt es sich um die Umwandlung der feudalen Arbeitsrente in die feudale Geldrente und in einigen Kammerdistrikten um die Umwandlung des lassitischen Besitzrechtes in ein feudal belastetes Eigentumsrecht. Zur Zeit der Durchführung dieser Maßnahmen war keine Rede davon, daß daraus irgendwann einmal freies, unbeschränktes kapitalistisches Eigentum werden sollte.

In den Quellen wird die Eigentumsverleihung in Pommern, in der Kurmark und in der Neumark wiederholt auch als Verleihung des Erbzinsrechtes bezeichnet. 64 Die Rentenumwandlung auf den Domänenämtern war wohl eine entscheidende wichtige Voraussetzung für die Entstehung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft, aber sie erfolgte noch unter feudalen Produktionsverhältnissen. Die Bauern in den drei genannten Kammerdistrikten waren jetzt Eigentümer der von ihnen bewirtschafteten Höfe, die sie nun auch verkaufen, vererben und hypothekarisch belasten konnten (von den Gerichten der Ämter wurden jetzt auch überall Hypothekenbücher eingerichtet), aber ein freies kapitalistisches Eigentum war eben nicht damit entstanden. Der Rezeß über die Dienstaufhebung und Eigentumsverleihung der Bauern des Amtes Gramzow (Uckermark) vom 16. Dezember 1805, der hier als Beispiel herangezogen sei, 65 enthielt unter § 6 die Bestimmung, daß die Höfe nur im Zusammenhang mit allen Grundstücken und dem gesamten Zubehör verkauft werden durften. Es entstand also, im Gegensatz zu den Agrarreformgesetzen seit dem Regulierungsedikt vom 14. September 1811, kein kapitalistisch freier Bodenmarkt. Auch personale Bindungen blieben in Kraft. Nach § 5 des Rezesses durfte weder ein Bauer noch seine Kinder ohne Erlaubnis des Amtes den Landbau, also die Beschäftigung in der Landwirtschaft, aufgeben. Das Dienstgeld, die nunmehr von den Bauern zu leistende Geldrente, war in seiner Höhe durch die aus der Rentenumwandlung auf den Vorwerken entstehenden ständigen Mehrausgaben (bzw. den Wert der bisherigen Dienste) bestimmt und wurde in jedem einzelnen Falle berechnet. 66 Das Dienstgeld hatte also einen anderen Charakter als die kapitalistische Grundrente, die in ihrer Höhe durch die Gesetze von Kapitaleinsatz und Kapitalverwertung bestimmt wird. Die sozialökonomische Stel-

62 Derselbe, Preußische Reformbestrebungen vor 1806, a. a. O., S. 508.

63 Lütge, Friedrich, Geschichte der deutschen Agrarverfassung ..., a. a. O., S. 229. - Beiläufig erwähnt die Reformversuche von 1796 - 1806 Frauendorfer, Siegmund v., Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik, Bd. 1, München 1957, S. 236 f. Anm.

64 So z. B. StAP, Pr. Br. Rep. 2, D 9944, Dienstaufhebung im Amt Gramzow (Uckermark), Bl. 272 - 283, Rezeß mit den bisher dienstpflchtigen Unterthanen zu Briest und Fredersdorf vom 16. Dez. 1805. - Nach § 4 erhalten die Bauern ihre Höfe als erbliches Zins-Eigentum.

65 Ebenda, Bl. 272 - 283.

66 Beispielsweise StAP, Pr. Br. Rep. 2, D 9762, Die Aufhebung der Naturalhofdienste beim Amt Golzow, 1803.

lung der Bauern nach der Rentenumwandlung entsprach aber durchaus nicht der eines kapitalistischen Pächters, sondern sie standen nach wie vor zu ihrer feudalen Obrigkeit, dem Amt, in einem feudalen Abhängigkeitsverhältnis. Marx hat in seiner Analyse der Genesis der kapitalistischen Grundrente herausgearbeitet, daß die feudale Geldrente die letzte Form und zugleich die Form der Auflösung der Art von Grundrente ist, die die normale Form des Mehrwertes und der dem Eigentümer der Produktionsmittel zu entrichtenden unbezahlten Mehrarbeit<sup>67</sup> darstellt. Marx führte aber auch aus, daß sich mit der Geldrente das traditionelle Verhältnis zwischen Grundeigentümern und bodenbearbeitenden Untersassen in ein "kontraktliches, nach festen Regeln des Gesetzes bestimmtes, reines Geldverhältnis" verwandelt und der bebauende Besitzer der Sache nach zum bloßen Pächter wird.<sup>68</sup> Die bessergestellten, geldrentenzahlenden Bauern werden im Zuge der weiteren Entwicklung schließlich selbst schon zu Ausbeutern fremder Arbeitskraft,<sup>69</sup> Bedeutete unter den Bedingungen vorherrschender Arbeitsrente die Beschäftigung familienfremder Arbeitskräfte in einer Bauernwirtschaft nur, daß der gutsherrliche Teilbetrieb die Kosten für Lohn und Unterhaltung von Gesinde und Arbeitsvieh auf die Bauernwirtschaft abwälzte, dem jedoch aus der Beschäftigung von Knechten und Mägden durchaus kein Mehrwert erwuchs, so konnte sich das bei einer Umwandlung in Geldrente unter bestimmten Bedingungen durchaus ändern. Die Belastung durch das Dienstgeld, das in seiner Höhe ein für allemal festgelegt sein sollte (auch das ist ein wichtiger Unterschied zur kapitalistischen Pacht) verlor bei einem Steigen der Preise für Agrarprodukte an Gewicht, und im Zuge dieser Entwicklung führte bei großen Bauernwirtschaften mit Geldrente die Beschäftigung familienfremder Arbeitskräfte zwangsläufig zu kapitalistischer Ausbeutung. Selbstverständlich bedeutete die Umwandlung zur Grundrente bei den preußischen Domänenbauern auch hier einen wesentlichen Schritt zur Auflösung der feudalen und Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse.

Trotzdem halten wir es nicht für richtig, diesen Vorgang als "Befreiung der Domänenbauern" zu bezeichnen. Knapp selbst hat auch nur von "Freiheit, Ablösung der Dienste und Eigenthum bei den Domänenbauern"<sup>70</sup> gesprochen. Der von ihm eingeführte Begriff "Bauernbefreiung" sollte in der Tat auch auf das beschränkt bleiben, was Moll präzisierend als "kapitalistische Bauernbefreiung" bezeichnet hat<sup>71</sup>, in Preußen also die Agrar-Reformgesetzgebung von 1811 bis 1850. Die Übertragung des Begriffes "Bauernbefreiung" auf die Rentenumwandlung und Eigentumsübertragung an die Bauern vor 1806 liegt auf der Linie der Hohenzollern-legende von den unermüdlich, weitsichtig und über allen Klasseninteressen um das Wohl des Volkes bemühten preußischen Königen.

Die Frage, ob die Dienstaufhebung und die teilweise Eigentumsverleihung irgendwelche Erfolge hinsichtlich der erwarteten Verbesserung der Landeskultur und einer Stimulierung der gewerblichen Wirtschaft vor 1806/07 gehabt haben, kann nicht beantwortet werden. Wahrscheinlich war der Zeitraum vom Einsetzen der

67 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 806.

68 Ebenda.

69 Ebenda, S. 807.

70 Vgl. Knapp, Georg Friedrich, a. a. O., S. 91 ff.

71 Moll, Georg, Die kapitalistische Bauernbefreiung im Klosteramt Dobbertin (Mecklenburg). Zum "preußischen Weg" der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft, Rostock 1968 = Veröffentlichungen des Staatsarchivs Schwerin, Bd. 6.

Reformmaßnahmen bis zum Zusammenbruch von 1806 zu kurz, um nennenswerte Wachstumseffekte zu ermöglichen. Die Maßnahmen betrafen ja auch überall immer nur einen Teil der Bauern, zogen sich über mehrere Jahre hin und brachten den Bauern dort, wo sie mit einer Eigentumsübertragung verbunden waren, also in Pommern, der Kurmark und der Neumark, durch das zu zahlende Erbstandsgeld zunächst einmal beträchtliche Mehrbelastungen, Immerhin werden bei den betroffenen Bauern Initiativen zur Verbesserung ihrer Wirtschaften nicht ausgeblieben sein.

Die Bestrebungen der preußischen Staatsführung, durch Aufhebung der Dienste und Eigentumsverleihung an die Bauern die Klassengegensätze auf dem Lande zu entschärfen, mußten natürlich unvollkommen bleiben, solange es nicht gelang, auch auf den Adelsgütern ähnliche Maßnahmen durchzusetzen.<sup>72</sup> Hier scheiterte alle Einsicht in die Notwendigkeit von Reformen im Interesse der herrschenden Feudalklasse selbst an der bornierten Überheblichkeit, ökonomischen und politischen Ungebildetheit des Landadels und einem von brutaler Besitzgier getragenen Klassenegoismus eben der Klasse, deren Rettung diese Maßnahmen letztlich dienten. Erst die vorübergehende Schwäche des Adels nach der Niederlage gegen das napoleonische Frankreich im Kriege von 1806/07 machte die Einleitung einiger der dringendsten Reformen möglich. Es bleibt bei dem Urteil Mehrings über die gescheiterten Bestrebungen zur Aufhebung der Erbuntertänigkeit der Privatbauern von 1806/07: "Um den Widerstand der Junker gegen die Aufhebung der Erbuntertänigkeit zu brechen, waren erst die Schlacht von Jena und der Friede von Tilsit notwendig."<sup>73</sup>

<sup>72</sup> Die Frage der Aufhebung der Erbuntertänigkeit bei den Privatbauern nach 1799 wurde vor mehr als einem halben Jahrhundert in einer Dissertation behandelt: Rumler, Marie, Die Bestrebungen zur Befreiung der Privatbauern in Preußen, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Bd. 33, 1920/21, S. 179 - 192, 327 - 367; Bd. 34, 1922, S. 1 - 24, 265 - 296; Bd. 37, 1925, S. 31 - 76. - Der verbissene Widerstand namentlich des ostpreußischen Adels wird sehr schonend behandelt.

<sup>73</sup> Mehring, Franz, Das Oktoberedikt von 1807, in: Zur deutschen Geschichte von der Zeit der französischen Revolution bis zum Vormärz (1789 - 1847), Berlin 1965, S. 280 = Mehring, Franz, Gesammelte Schriften, Bd. 6.

ZUR SKLAVEREI IM NEUBABYLONISCHEN REICH:  
GIMILLU, EIN TEMPELSKLAVE VON EANNA IN URUK  
(6. Jahrhundert v. u. Z.)

von M. A. Dandamaev

Für die Forschungen zur Geschichte des Alten Orients hat das Thema Sklaverei seit jeher eine besondere Rolle gespielt. So findet sich unter sowjetischen Altertumswissenschaftlern noch heute verbreitet die Auffassung, daß die altorientalischen Gesellschaften ein Frühstadium der Sklavereiformation darstellten. Obwohl es bereits im III. Jahrtausend v. u. Z. im Zweistromland Sklaven im antiken Sinne dieses Wortes gegeben hat und sie im II. Jahrtausend v. u. Z. in der Produktion sogar eine gewisse Rolle spielten, hat die Sklaverei in Babylonien doch niemals jene Bedeutung erreicht, die es zulassen würde, daß man von einer dominierenden Rolle der Sklavenarbeit in der Ökonomie dieser Gesellschaft sprechen dürfte. Die Sklavenarbeit war lediglich eine von vielen Arten der Zwangsarbeit und zudem bei weitem nicht die bedeutendste. Die Sklaven waren nur ein Teil jener großen Klasse von Unfreien, die keinerlei Eigentum an den Produktionsmitteln besaß und deren Arbeitskraft durch außerökonomischen Zwang ausgebeutet wurde.

Obwohl auch weiterhin vergleichende historische Studien über die Stellung des späten Babylonien, also im I. Jahrtausend v. u. Z., im Rahmen der progressiven Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation wertvoll sein werden, dürfte eines unbestreitbar sein: Es liegt kein Grund zu der Annahme vor, daß der Anteil der Sklaverei in den entscheidenden Wirtschaftszweigen Babylonien im I. Jahrtausend v. u. Z. gewachsen sei. Dies ist jedoch keine Frage, die quantitativ gelöst werden kann, sondern ihre Lösung hängt vielmehr davon ab, daß die Basis der Landwirtschaft die Arbeit der mehr oder weniger freien Ackerbauern und Pächter bildete, wie auch im Handwerk die Arbeit der Freien dominierte. Die Ursache dafür haben wir eben darin zu suchen, daß in der Landwirtschaft die sich selbst genügende kleinbäuerliche Wirtschaft vorherrschte und es auch keine großen Handwerksbetriebe gab. Außerdem war die Arbeit der Sklaven wenig effektiv und machte eine ständige Beaufsichtigung notwendig. Der Sklave war stets bestrebt, die ihm übertragene Arbeit zu umgehen, er zeigte keinerlei Initiativen und hatte kein Interesse am Ergebnis seiner Arbeit, worunter letztlich auch die Qualität litt. Eine wirksame Kontrolle der Sklavenarbeit war praktisch unmöglich. Aus diesem Grunde fand in der babylonischen Praxis eine Methode starken Anklang, nach der den Sklaven der Besitz einer eigenen Wirtschaft und die Nutzung des eigenen Vermögens mit der Bedingung gestattet wurde, daß sie dafür eine feste Abgabe entrichteten. Viele Sklaven fanden ihren Platz als Agenten in verschiedensten Angelegenheiten, wo sie zum Teil auf eigene Rechnung Geschäfte betrieben und sogar wohlhabend wurden.



Diese Feststellungen sollen nicht zu dem Schluß führen, daß die Sklaverei überhaupt keine wirtschaftliche Bedeutung gehabt hätte. Die Wirtschaft und Gesellschaft des Alten Orients sind ohne Sklaven undenkbar. Sklavenarbeit wurde jedoch bei der Bewältigung solcher Aufgaben angewandt, die keine Qualifikation bzw. keine teure Beaufsichtigung bedingten. Das waren Bereiche, wo sie das ganze Jahr hindurch Nutzen brachte, nicht nur in der Saison. Die Bedeutung derartigen Ausnutzung der Sklavenarbeit für die Gesellschaften des Altertums ist nicht hoch genug zu veranschlagen, da sie Freien die Ausführung komplizierterer Produktionsprozesse ermöglichte. Die Sklaverei hat durch ihre Existenz sowohl die Sozialverhältnisse, die Ideologie und das Recht als auch die Psychologie der Gesellschaft beeinflußt.

Einer Sklavenfigur, wie sie für das Babylon und besonders für die Tempelwirtschaften des 6. Jahrhunderts geradezu als typisch bezeichnet werden kann, wollen wir im folgenden nachgehen.

Eine große Anzahl von Dokumenten aus dem Archiv des Eanna-Tempels in Uruk ermöglicht es, in allgemeinen Zügen die Biographie des Tempelsklaven Gimillu zu rekonstruieren. Schon Tremayne hat auf diese Gruppe von Texten aufmerksam gemacht, und einige Urkunden wurden von dem bekannten Rechtshistoriker San Nicolò übersetzt und kommentiert. Röllig merkt in einer kurzen Notiz über Gimillu an, daß dessen Tätigkeit in die Zeit zwischen 539/538 und 523/522 v. u. Z. falle, wobei er sich auf zehn Texte beruft, in denen von diesem Sklaven die Rede ist.<sup>1</sup> Gimillus Aktivitäten sind jedoch in 29 Dokumenten fixiert und gerade dieser Umstand rechtfertigt es, ausführlich bei seinem Curriculum vitae zu verweilen. Hier sollen zunächst die Texte in ihrer chronologischen Folge dargeboten werden, dabei die bisher nicht bearbeiteten in Transliteration und Übersetzung.

YBT VI<sup>2</sup>, 208: 1) (m)tab-né-e-a apil-šú šá (m)itti-(d)bēl-tab-ni 2) (m)gi-mil-lu apil-šú šá (m)nūr-e-a 3) (m)la-ba-ši apil-šú šá (md)šamaš-aḫ-iddin 4) (m)i-di-ḫi-ilāni(meš) apil-šú šá (m)iddin-(d)nabū 5) (m)nar-gi-ja apil-šú šá (m)bēl-šū-nu 6) (amēl)mār-bani(i) šá ina pāni-šū-nu (m)gi-mil-lu 7) apil-šú šá (md)innina (na)-šum-ibni a-na (md)nabū-šum-iddin 8) apil-šú šá (m)ap-la-a iq-bu-ú um-ma 9) mi-nam-ma (alap)bu-uš-tum šá (d)bēlti šá uruk(ki) 10) šá kak-kab-tum še-en-du... /-ši/... / 11) (md)nabū-šum-iddin iq-/-bu-ú/ 12) um-ma (m)bal-ṭi-ja apil-šú 13) šá (md)innina(na)-zēr-ušabši ul-tu (araḫ)simāni 14) šatti 17(kám) (d)nabū-na'id šar bābili(ki) 15) a-na iddi-šú a-na šatti 4 kūr uṭṭatu 16) 1(pān) 4 sāt šamaššammi it-tan-na-áš pu-ut 17) (amēl)mu-kin-nu-tu šá (m)bal-ṭi-ja 18) (md)nabū-šum-iddin na-ši ūmu(mu) uk-tin-nu-uš 19) zaki ja-a-nu 1 adi 30 a-na (d)bēlti šá uruk(ki) 20) i-nam-din (alap)bu-uš-tum (m)gi-mil-lu 21) ina qātē(2) (md)nabū-šum-iddin i-ta-bak ú-íl-ti 22) šá (md)nabū-šum-iddin a-na 24) (m)gi-mil-lu i-nam-din (amēl)ṭupsarru 25) (md)nabū-bēl-šū-nu apil-šú šá (m)nūr-e-a 26) ālu šá (md)nabū-šum-iddin 27) (araḫ)simānu ūmu 9 (kám) 28) šattu 17 (kám) (d)nabū-na'id 29) šar bābili(ki).

"Tabnēa, Sohn des Itti-bēl-tabni; Gimillu, Sohn des Nūrea; Labaši, Sohn des Šamaš-aḫ-iddin; Idiḫi-ilāni, Sohn des Iddin-Nabū; Nargia, Sohn des Bēlšunu -

1 Röllig, Wilhelm, Gimillu, in: Reallexikon der Assyriologie, Bd. 3, Berlin 1968, S. 375 f.

2 Dougherty, R. P., Records from Erech. Time of Nabonidus, New Haven 1920 = YBT VI.

das sind jene vollbürtigen Freien, vor denen Gimillu, Sohn des Innin-šum-ibni, dem Nabū-šum-iddin, Sohn des Aplā, gesagt hat: 'Warum /befindet/ sich der Ochse der /Göttin/ Belet von Uruk, der mit einem Sternchen gezeichnet ist<sup>3</sup>, /bei dir/?'

/Darauf/ erklärte Nabū-šum-iddin: 'Balṭā, der Sohn des Innin-zēr-ušabši, hat ihn mir vom /Monat/ Simanu des 17. Jahres des Nabunaid, des Königs von Babylon, abgegeben, seine<sup>4</sup> Mietsumme /beträgt/ im Jahr 4 Kur Gerste und 1 Pān 4 Sāt Sesam.'<sup>5</sup>

Nabū-šum-iddin übernimmt die Verantwortung für das Zeugnis des Balṭā: wenn dieser<sup>6</sup> Zeugnis für ihn<sup>7</sup> ablegt, so ist er<sup>8</sup> frei; andernfalls muß er der /Göttin/ Belet von Uruk /den Ochsen/ dreißigfach ersetzen.

Den Ochsen hat Gimillu aus den Händen des Nabū-šum-iddin weggeführt. Die Schuldverpflichtungen zwischen Nabū-šum-iddin und Balṭā sollen sie (selbst) untereinander bereinigen, (doch) Nabū-šum-iddin muß dem Gimillu (die Mietsumme für den Ochsen?) geben.

Der Schreiber (sein Name), Hof des Nabū-šum-iddin, 9. Tag des Monats Simanu des 17. Jahres des Nabunaid, des Königs von Babylon."

YBT VII<sup>9</sup>, 7, ist ein Gerichtsprotokoll<sup>10</sup>, in dem "von Ochsen, Kleinvieh und allen möglichen (anderen) Gütern der (Göttin) Belet von Uruk und der (Göttin) Nana" die Rede ist, "die Gimillu, der Sohn des Innin-šum-ibni, aus den Händen des Oberhirten und der Hirten der (Göttin) Belet von Uruk nahm und die er nicht an den (Tempel) Eanna weitergab. Die Zeugen überführten ihn, und darauf gestand er es in Gegenwart von (es folgen die Namen von 6 Amtspersonen, unter ihnen der 'Bürgermeister' von Uruk, der Verwalter des Eanna-Tempels, der königliche Aufseher im Tempel u. a., sodann die Namen von 12 Zeugen und 4 Schreibern) ein, Uruk, den 3. (?) des (Monats) Ululu (?) des 1. Jahres des Kyros, des Königs der Länder."

Im Protokoll folgt sodann die Beschreibung und Aufzählung des dem Tempel entwendeten Eigentums. So waren zwei dem Tempel gehörende Kühe im Hause des Gimillu gefunden worden, die man dem "Bürgermeister" von Uruk und der "Versammlung der Babylonier und Urukiten" zeigte, so daß der Dieb seine Schuld nicht leugnen konnte, da das Vieh den Stempel des Tempels trug. Im Gerichts-

3 Das Sternchen ist das Symbol der Göttin Ištar; damit wurde das Besitztum des Eanna-Tempels gekennzeichnet.

4 Das heißt des Ochsen.

5 Das heißt 600 l Gerste und 50 l Sesam. (Vgl. die Transliteration und Übersetzung der Zeilen 11-16 B bei Bolla, S. v., Untersuchungen zur Tiermiete und Viehpacht im Altertum, München 1940, S. 140.

6 Balṭā.

7 Nabū-šum-iddin.

8 Nabū-šum-iddin.

9 Tremayne, A., Records from Erech, Time of Cyrus and Cambyses, New Haven 1925 = YBT VII.

10 Dieser wohl weitschweifigste neubabylonische Text ist transkribiert, übersetzt und analysiert worden in der Arbeit von San Nicolò, Mario, Der Monstreprozeß des Gimillu, eines sirku von Eanna, in: Archiv Orientalni, 5, Jg. 1933, S. 61 - 71.

urteil heißt es, daß Gimillu den dem Tempel durch sein Verhalten zugefügten Schaden dreißigfach<sup>11</sup> zu ersetzen habe, anstelle von 2 Kühen hatte er also 60 abzuliefern.

Eine Kuh hatte Gimillu im Ululu des 17. Jahres des Nabunaid aus der Herde des Tempelhirten entwendet (also ein Jahr vor der erwähnten Gerichtsverhandlung), nunmehr mußte er dafür 30 Kühe abgeben.

Aus der Herde eines anderen Tempelhirten nahm sich Gimillu Schafe ohne Wissen der Behörden. Ferner nahm er sich am 25. Du'uzu des 1. Jahres des Kyros (also zwei Monate vor dieser Gerichtsverhandlung) weitere fünf Tempelschafe, von denen er drei für 3 Šeqel Silber an jemanden verkaufte. Während der Gerichtsverhandlung wurde der Kauf- bzw. Verkaufskontrakt verlesen, und der Dieb mußte seine Schuld bekennen.

Im (Monat) Ululu des 17. Jahres des Nabunaid brachte ein Hirte eine Herde Kleinvieh in den Tempel. Als sich bei einer späteren Revision herausstellte, daß die Herde nicht vollzählig war, erklärte der Hirte, Iddina<sup>12</sup>, der Bruder des Gimillu, habe eine Ziege entwendet. Bei der Gerichtsverhandlung bestätigte dies ein Dritter so: "Diese Ziege hat Iddina vor meinen Augen weggeführt." Gimillu gab daraufhin zu, daß er selbst Iddina ausgeschiedt hatte, die Ziege zu holen.

Ferner ist im Gerichtsprotokoll festgehalten, daß Gimillu noch einiges andere Groß- und Kleinhornvieh gestohlen hatte, wovon er ein Schaf verkauft hatte. Auch hier lautete das Urteil auf dreißigfachen Ersatz.

Ebenfalls diesem Dokument zufolge war der Oberhirte des Tempels, Šamaš-aḥ-iddin, "zehn Jahre lang nicht mit dem (ihm anvertrauten) Kleinvieh in den (Tempel) Eanna gekommen". Daher hatte Gimillu ihn im Auftrag der Tempelbeamten aufgesucht, ihn jedoch nicht, wie es die Vorschrift besagte, in den Tempel geführt. Während der Gerichtsverhandlung sagte Lapiki, der Sklave des Šamaš-aḥ-iddin, aus: "4 Kur Gerste, 2 Šeqel Silber und einen Hammel hat Gimillu aus den Händen des Šamaš-aḥ-iddin und seines Sohnes Zilla empfangen, während er den Zilla (selbst) ..., der in Eisenketten lag, befreite." Darauf erwiderte Gimillu, außer einem Hammel habe er nichts von ihnen genommen. Doch ein gewisser Sinibni bezeugte, daß Gimillu in seiner Gegenwart alle genannten Güter erhalten habe. Danach wurde das Urteil gefällt: dreißigfacher Ersatz des entstandenen Schadens (Šamaš-aḥ-iddin hatte dem Gimillu das Silber und den Hammel wahrscheinlich aus dem der Abrechnung unterliegenden Tempelbesitz eingehändigt, während die Gerste aus eigenen Mitteln stammte).

Schließlich hatte Gimillu dem Anführer der Bogenschützen die Oberbekleidung entwendet, die dieser vom Tempel erhalten hatte, damit er seinen Pflichten nachkommen konnte. Gimillu wurde verurteilt, als Ersatz für die Kleidung 10 Šeqel Silber zu erlegen.

Insgesamt hatte Gimillu dem Tempel 92 "ausgewachsene" Kühe, 302 Stück Kleinvieh und 1 Mine 10 Šeqel Silber zu erstatten.

<sup>11</sup> In achämenidischer Zeit haben in Babylonien weiterhin jene Gesetze des Codex Hammurabi ihre Gültigkeit besessen, die den dreißigfachen Ersatz für gestohlenen Tempelbesitz forderten. (Vgl. dazu San Nicolò, Mario, Der § 8 des Gesetzbuches Hammurapis in den neubabylonischen Urkunden, in: Archiv Orientalni, 4. Jg. 1932, S. 327 - 344.)

<sup>12</sup> Iddina ist auch in anderen Dokumenten erwähnt (siehe weiter unten).

TCL XIII<sup>13</sup>, 125<sup>14</sup>: Ein Hirte namens Balatū meldet der Tempelverwaltung, daß Gimillu, Sohn des Innin-šum-ibni, aus der ihm anvertrauten Herde Tempelvieh zwei ausgewachsene Kühe entwendet habe. Das Dokument ist am 8. Araḫsamnu des 1. Jahres des Kyros datiert.

YBT VII, 35<sup>15</sup>: Gimillu, der Sohn des Innin-šum-ibni, fand im Hause eines gewissen Gimillu, Sohn des Šamaš-aḫ-iddin, drei mit der Brandmarke des Tempels versehene Tiere (1 Hammel, 1 Schaf und 1 Ziegenbock) und erstattete diese dem Tempel zurück. Bei der Gerichtsverhandlung sagte der Angeklagte aus, der Oberhirte habe ihm einen Bock verkauft, während er den Hammel und das Schaf lediglich zur Aufbewahrung übernommen habe. Das Urteil lautete auf dreißigfachen Ersatz für den gestohlenen Ziegenbock durch den Angeklagten sowie Beibringung des Oberhirten zu einem festgesetzten Termin, um den Beweis anzutreten, daß ihm dieser die Schafe tatsächlich zur Aufbewahrung anvertraut habe; andernfalls habe er auch diese dreißigfach zu ersetzen. Das Dokument ist in Uruk am 27. Šabatu des 3. Jahres des Kyros datiert.

YBT VII, 31<sup>16</sup>: Am 20. Kislimu des 4. Jahres des Kyros sollte sich ein gewisser Marduk-dini-ipuš nach Babylon auf den Weg machen, um vor dem "Königsgericht" mit den Vertretern der Tempelverwaltung einen Prozeß um zwei Hammel zu führen, die seiner Aussage nach Gimillu, der Sohn des Innin-šum-ibni, aus der Tempelherde entwendet hatte. Wenn er diese Reise nicht antreten wolle, so habe er den Verlust dreißigfach zu ersetzen. Uruk, den 11. Araḫsamnu des 4. Jahres des Kyros.

TCL XIII, 134<sup>17</sup>: Kina, der Haupthirte des Eanna-Tempels erklärte: "Im (Monat) Ululu des 2. Jahres des Kyros übergab mir Mušezib-Bêl... in der Ortschaft Marada ein Schaf und sagte: 'Nimm es und übergib es Eanna.' Gimillu, der Sohn des Innin-šum-ibni, empfang es aus meinen Händen, lieferte es aber nicht im Eanna ab." Uruk, 25. Araḫsamnu des 4. Jahres des Kyros.

YBT VII, 46, enthält eine Aufzählung von Vieh und Wollmengen, die achtzehn namentlich aufgeführte Tempelhirten dem Gimillu, Sohn des Innin-šum-ibni, abgeliefert hatten. Insgesamt hat Gimillu über 300 Stück (die Ziffer ist etwas zerstört) Großhornvieh, 1 807 Stück Kleinhornvieh und 56,5 Minen Wolle erhalten. Der Text datiert vom 17. Kislimu des 5. Jahres des Kyros.

YBT VII, 58: 1) a-di ūmi 20(kám) šá (arāḫ)addari (m)gi-mil-lu apil-šú 2) šá (m)in-nin-šum-ibni (m)gimil-(d)šamaš apla-šú 3) šá (m)bêl-zêri šá (md)šamaš-ši-ki-i-ni 4) iš-pu-ru um-ma 1/3 (mana) 5) šiqil kaspu 5) a-na (m)gimil-(d)šamaš (amêl)mar šipri šá (m)gi-mil-lu 6) at-ta-<din> ib-bak-kám-ma a-na 7) (md)nabū-

13 Contenau, George, Contrats néo-babyloniens, Bd. 2: Achéménides et Séleucides, Paris 1923 = TCL XIII.

14 Vgl. dazu Transliteration und Übersetzung bei Moore, E. W., Neo-babylonian Business and Administrative Documents (im folgenden: NBAD), : Ann Arbor, Nr. 125/1935.

15 Vgl. ausführlicher bei Bolla, S. v., Drei Diebstahlsfälle von Tempeleigentum in Uruk, in: Archiv Orientální, 12. Jg. 1941, S. 113 - 115.

16 Vgl. dazu Transliteration und Übersetzung bei San Nicolò, Mario, Der § 8... a. a. O., S. 337 - 339.

17 Vgl. Moore, NBAD, a. a. O., Nr. 134.

mukin-apli (amēl)šā-tam é-an-na 8) u (md)nabū-aḥ-iddin / (amēl)bēl/-pi-qit-ti 9) é-an-na i-nam-din ki-i 10) (m)gimillu a-na a-dan-ni-šú (m)gimil-(d)šamaš 11) la i-tab-ka kaspā-a 1/3 (mana) 5 šiqil 12) 1 adi 30 (m)gimillu a-na é-an-na i-nam-din 13) (amēl)mu-kin-nu (md)nabū-nā-din-apli apil-šú šá (m)bāni-ja 14) apil (amēl) ba'iri (md)bēl-na-din-apli apil-šú šá (md)marduk-šum-iddin 15) apil (md)bēl-apal-ušur (m)iddina(na)-a apil-šú šá (md)innina(na)-šum-ušur 16) apil (md)sīn-leqe-unnini (amēl)ṭupsarru (m)pir-' u 17) apil-šú šá (m)é-an-na-šum-ibni uruk(ki) (araḥ)addaru 18) ūmu 12(kám) šattu 6(kám) (m)ku-raš 19) šar bābili(ki) šar mātāti.

"Bis zum 20. /des Monats/ Addaru hat Gimillu, der Sohn des Innin-šum-ibni, den Gimil-šamaš, Sohn des Bēl-zēri, vor Nabū-mukin-apli, den Verwalter (des Tempels) Eanna, und vor Nabū-aḥ-iddin, den (Ökonomen) des Eanna, zu bringen und zu übergeben; besagten Gimil-šamaš hat šamaš-šikini mit folgendem Bericht abgesandt: 'Ich habe dem Gimil-šamaš, dem Boten des Gimillu, 1/3 Mine 5 Šeqel Silber übergeben.' Sollte Gimillu den Gimil-šamaš nicht zum festgesetzten Termin beibringen können, so muß er besagtes Silber, also 1/3 Mine 5 Šeqel, dem (Tempel) Eanna dreißigfach zurückerstatten.

Die Zeugen (Namen dreier Personen). Der Schreiber (Name). Uruk, den 12. (des Monats) Addaru des 6. Jahres des Kyros, des Königs von Babylon, des Königs der Länder. "

YBT VII, 82: 1) mim-ma ma-la<sup>18</sup> (m)iqīša (šá)-a 2) iq-bu um-ma ina re-e-ḥi-ja 3) a-na (m)gi-mil-lu /apil-šú/ šá (!) (md) innin-šum-ibni at-ta-din 4) mušiptu 1 littu rabītu ina (araḥ)tašrītu šatti 3(kám) 5) /.../ kūr suluppi ina (araḥ)tašrītu šatti 7(kám) 6) (m)ku-/ra/-ás šar bābili(ki) šar mātāti 7) ... 2 lāti rabāti šá kak-kab-tum ina (araḥ)kislīmu 8) u (araḥ)šabāṭi šatti 3(kám).

"(Das ist) alles, was Iqīša hinsichtlich folgendem sagte: 'Aus dem zu meiner Verfügung Verbliebenen habe ich Gimillu, dem Sohn des Innin-šum-ibni, im (Monat) Tašrītu des 3. Jahres einmal Kleidung und eine ausgewachsene Kuh gegeben; /.../ Kur Datteln im (Monat) Tašrītu des 7. Jahres des Kyros, des Königs von Babylon, des Königs der Länder; /.../ zwei ausgewachsene Kühe, mit Sternchen versehen, in den (Monaten) Kislīmu und Šabāṭu des 3. Jahres.' "

YBT VII, 70<sup>19</sup>: Nabū-mukin-apli, der Verwalter von Eanna, und Nabū-aḥ-iddin, der königliche Aufseher, wandten sich an den Tempelsklaven Gimillu, Sohn des Innin-šum-ibni, mit folgenden Worten: "Nach der von Gobryas, dem Statthalter von Babylon und der jenseits des Flusses gelegenen Gebiete, angeordneten Revision (amirtum) habt ihr, du und Adad-šar-ušur, uns Tempelsklaven gebracht und zu unserer Verfügung übergeben, während ihr selbst zu Gobryas zurückkehrt. Sage uns, welche Anordnung hat Gobryas hinsichtlich dieser (Leute) getroffen, und wir werden es erfüllen." Darauf antwortete Gimillu: "Gobryas hat über diese keinerlei Anordnung getroffen. Die Arbeiter, die ich euch brachte und zeigte, mögen im Tempel beschäftigt werden bis Gobryas sich dazu äußert. Was aber jene Arbeiter betrifft, die ich aus den Ketten befreite, so trage ich die Verantwortung

18 In der Kopie heißt es: mim-ma šá (m) ma-la-a-a, doch ist der Text im ganzen schlecht erhalten. Im Index der Eigennamen liest Tremayne hier den Namen šulā. (YBT VII, S. 17.)

19 Vgl. dazu Transliteration und Übersetzung bei Dougherty, R. P., The Shirkātu of Babylonian Deities, New Haven 1923, S. 47 f.

dafür, daß sie nicht davonlaufen." Das Dokument ist in Gegenwart von Amtspersonen und fünf Zeugen verfaßt worden und datiert vom 15. Arahsamnu des 8. Jahres des Kyros, geschrieben in Uruk.

YBT CII, 73<sup>20</sup>: Eine Frau namens Inṣabtu verbürgt sich hier dafür, daß sie bis zum 20. Arahsamnu dem obersten Tempelbeamten den geflüchteten Tempelsklaven Labaši herbeischafft und übergibt, andernfalls wird sie dem Tempel die Fron für ihn zahlen und außerdem den Flüchtling zurückbringen. Ein gewisser Nidintu übernahm die Bürgschaft für Inṣabtu. Die Tempelverwaltung war jedoch auch damit noch nicht zufrieden, sondern verlangte, daß Gimillu, der Sohn des Innin-šum-ibni, sich für Nidintu verbürgte und sich zum Schadenersatz verpflichtete, wenn der flüchtige Sklave nicht zur angesetzten Zeit in den Tempel zurückkehre. Das Dokument ist in Uruk im Arahsamnu (die Ziffern des genauen Datums sind zerstört) des 8. Jahres des Kyros verfaßt worden.

YBT VII, 102<sup>21</sup>: Der Tempelsklave Reḫetum, der auf dem Felde arbeitete, sagte vor den obersten Beamten des Eanna-Tempels aus, daß er im 8. Jahre des Kyros die Sichel geworfen habe und geflüchtet sei; im Monat Ululu des Thronbesteigungsjahres von Kambyes habe ihn Gimillu, Sohn des Innin-šum-ibni, aufgespürt und ihn einem gewissen Sīn-ibni mit den Worten übergeben: "Das Silber seiner Mietsumme bringe und gib es mir."<sup>22</sup> Dieser Sīn-ibni erklärte nun seinerseits wieder, daß er den Reḫetum von Gimillu für eine Mietsumme von 5 Šeqel Silber pro Jahr erhalten habe, worüber sie einen schriftlichen Vertrag abgeschlossen hätten. Daraufhin habe Gimillu einen Brief folgenden Inhalts an Nabū-iddin, den Platzhalter der Ortschaft Ki-Nabū gesandt: "Reḫetum möge bei dir arbeiten, und du zahlst mir jährlich als Mietsumme für ihn fünf Šeqel Silber." Sīn-ibni zufolge hat Reḫetum seitdem nicht mehr bei ihm, sondern bei Nabū-iddin gearbeitet.

Die entsprechenden Dokumente wurden dem Gericht als wichtige Beweisstücke übergeben, dort versiegelt und im Tempelarchiv deponiert. Die Gerichtsverhandlung fand am 27. Kislimu des Thronbesteigungsjahres des Kambyes statt.

YBT VII, 96, beinhaltet die Rechenschaftslegung eines Oberhirten des Tempels über die ihm anvertraute Herde Vieh. Er erklärte den obersten Tempelbehörden, daß Gimillu, Sohn des Innin-šum-ibni, ihm wider Gesetz und Sitte 7 Tierhäute und 2 geschlachtete Großhorntiere weggenommen hätte. Diese Notiz stammt vom 28. Kislimu des Thronbesteigungsjahres des Kambyes und wurde in Uruk zum Zwecke einer späteren gerichtlichen Untersuchung ausgefertigt.

YBT VII, 111<sup>23</sup>: Gimillu, Sohn des Innin-šum-ibni, und Ardija, Sohn des Nāna-ušalli, übernahmen hier die Bürgschaft für vier namentlich aufgeführte Personen, die einige dem Tempel gehörende Schafe gestohlen und geschlachtet hatten. In Gegenwart von drei Zeugen verpflichteten sich beide Bürgen, die Viehräuber herbeizuschaffen und sie dem Verwalter des Tempels und dem königlichen Aufseher zu

20 Ebenda, S. 52 f.; San Nicolò, Mario, Zur Nachbürgschaft in den Keilschrifturkunden und in den gräko-ägyptischen Papyri, München 1950, S. 30 f.

21 Vgl. dazu Transliteration und Übersetzung bei San Nicolò, Mario, Der Monstreprozeß ..., a. a. O., S. 73 - 75.

22 i-na-ši-gi-<il>-tu<sub>4</sub>.

23 Vgl. dazu ausführlicher Bolla, S. v., Drei Diebstahlsfälle ..., a. a. O., S. 115 -117.

übergeben, Außerdem verpflichtet sich Gimillu und Ardija gegenseitig zur Erfüllung dieser von der Tempelverwaltung erlassenen Vorschrift. Das Dokument datiert in Uruk vom 13. des Monats Abu des 1. Jahres des Kambyses.

YBT VII, 149: Der Tempelsklave Gimillu, Sohn des Innin-šum-ibni, in dessen Hände die Leitung der "Reste" des Viehs gelegt war, meldete dem Verwalter von Eanna, Nabū-mukin-apli, daß am 16. Ululu des 3. Jahres des Kambyses ein gewisser Šula geflüchtet sei, der einen Tempelochsen hätte mitgehen lassen. Die Sache gelangte nunmehr vor das Gericht, ist aber nicht mehr klar zu verfolgen, da der Text an vielen Stellen zerstört ist. Das Dokument wurde am 21. Ululu des 3. Jahres des Kambyses in Uruk unterzeichnet.

YBT VII, 137<sup>24</sup>: Ein Verbrecher und vier Tempelsklaven wurden auf der Flucht gefaßt (einem davon war es sogar ganze zwei Jahre lang gelungen, sich zu verbergen) und ins Gefängnis geworfen. Von den Tempelbehörden wurden sie später, in Eisen gelegt, zwei Tempelsklaven überantwortet: dem Zehnerschaftsführer (rab ešerti) Gimillu und einem gewissen Nabū-ikšur. Beide zeichneten für die Arrestanten verantwortlich und hatten die Aufgabe, sie unter Vereitelung aller Fluchtversuche nach Babylon zu geleiten, wo sie dem Nabugu, dem Sohn des Statthalters Gobryas, übergeben werden sollten. Das Dokument ist in Uruk am 30. Addaru des 3. Jahres des Kambyses abgefaßt worden.

Obwohl in diesem Dokument das Patronymikon des Gimillu fehlt und man daher in Zweifel geraten könnte, ob es sich um den hier interessierenden Gimillu handelt, darf man aufgrund des Textes YBT VII, 73 (siehe weiter oben), nach dem Gimillu, Sohn des Innin-šum-ibni, Tempelsklaven aus Eanna in Uruk dem Satrapen Gobryas in Babylon zuführt, annehmen, daß die Identität der Person in den beiden Texten sehr wahrscheinlich ist.

Pohl, II<sup>25</sup>, 9: Am 2. des Monats Araḫsamnu des 5. Jahres des Kambyses erhielten die Tempelsklaven Datteln als "Einkommensanteil und Nahrung".<sup>26</sup> Gimillu, Sohn des Innin-šum-ibni, bekam 3 Kur (450 l, Col. III, Z. 8).

YBT VII, 198<sup>27</sup>: Der königliche Aufseher in Eanna erteilte Gimillu, dem Sohn des Innin-šum-ibni, "der die Reste des Klein- und Großhornviehs, Eigentum der (Göttin) Ištar von Uruk"<sup>28</sup>, unter sich hatte, den Befehl, das Vieh und das Geflügel in die Steppe zu treiben. Gimillu jedoch handelte nach eigenem Willen und ließ das Tempelvieh und das Geflügel in Eanna. Dafür arretierte man ihn und sperrte ihn im Speicher ein; als man ihn jedoch zur Gerichtsverhandlung führen wollte, flüchtete er vor den Augen des "Bürgermeisters" von Uruk, der Tempelbeamten und anderer vollbürtiger Freier, die sich versammelt hatten, um ihn abzuurteilen. Er wurde jedoch ergriffen. Das in Uruk am 18. Tebētu des 6. Jahres des Kambyses unterzeichnete Dokument enthält leider kein Gerichtsurteil. Offenbar wurde darüber ein anderes Protokoll angefertigt, das nicht erhalten blieb.

24 Vgl. Dougherty, R. P., The Shirkûtu ..., a. a. O., S. 59 f.

25 Pohl, Arno, Neubabylonische Rechtsurkunden aus den Berliner Staatlichen Museen, T. 2, Rom 1934 = Analecta Orientalia, Bd. 9.

26 6) a-na maš-šar-tum u kurummāti (ḫi, a, me) šá (amēl)sirkē(me).

27 Vgl. dazu Transliteration und Übersetzung bei San Nicolò, Mario, Materialien zur Viehwirtschaft in den neubabylonischen Tempeln, in: Orientalia, 23, Jg. 1954, S. 367 f.

28 11) šá ina muḫ-ḫi re-ḫa-nu šá še-e-nu ù lāti (ḫi, a).

TCL XII<sup>29</sup>, 22<sup>30</sup>: Iddina, der Sohn des Innin-šum-ušur, hatte im Monat Tašrītu 55 Kur Datteln als Pachtsumme von einem Tempelfeld zu zahlen, das dem Gimillu, Sohn des Innin-šum-ibni, unterstellt war, der seines Zeichens "Pachteinnehmer (von den Feldern) der Göttin Bēleṭ von Uruk" war.<sup>31</sup> Der Text ist am 2. des Monats Ululu des 1. Jahres des Nebukadnezar III. abgefaßt.

TCL XII, 23<sup>32</sup>: Ein gewisser Itti-šamaš hat im Monat Tašrītu 40 Kur Datteln als Pacht von einem Tempelfeld zu zahlen, das dem Gimillu, Sohn des Innin-šum-ibni, als Pachteinnehmer unterstellt war. Der Text ist in der Ortschaft Kar-Nana am 1. des Monats Tašrītu des 1. Jahres des Nebukadnezar III. unterzeichnet worden.

Weisberg<sup>33</sup>, 2: "Gimillu, der Sohn des Innin-šum-ibni, Sklave der (Göttin) Innina von Uruk, verneigte sich vor den (Göttern) Bēl, Nabū und vor Dareios, dem König der Länder: 'Datteln, die Pacht für das 1. Jahr des Dareios, des Königs von Babylon, des Königs der Länder, habe ich nicht verkauft und auch niemandem geschenkt.'

Das betrifft nicht die 90 Kur Datteln, die Gimillu bereits eingestanden hat. An dem Tage, an dem ein Zeuge ihn anzeigen kann, muß er (die Datteln) dreißigfach<sup>34</sup> der (Göttin) Bēleṭ von Uruk zurückgeben. (Tut er dies nicht), so wird er der Bestrafung durch den König unterworfen.

(Das Dokument ist verfaßt) im Beisein von Nergal-šar-ušur, dem Bevollmächtigten von Eanna, und von Bariki-ilāni, dem königlichen Aufseher und Ökonomen von Eanna.

Es folgen die Zeugen (Namen von vier Personen), der Schreiber (Name). Uruk, den 12. (des Monats) Du'uzu des 2. Jahres des Königs von Babylon, des Königs der Länder."

TCL XIII, 182<sup>35</sup>: Der Tempelsklave Gimillu, Sohn des Innin-šum-ibni, hatte sich mit der Bitte an die Tempelverwaltung gewandt, ihm eine große Fläche als Pachtland zu überantworten; ihre Größe sollte eine Ernte von 10 000 Kur (1,5 Millionen Liter) Gerste und 12 000 Kur Datteln ermöglichen. Beim Vertragsabschluß war es jedoch zu Unstimmigkeiten gekommen, da Gimillu den Pachtvertrag nur dann hatte akzeptieren wollen, wenn man ihm 1 000 Kur Gerste zu Aussaat zwecken, 400 Pflüger und 600 Ochsen zur Verfügung zu stellen bereit war, während der Tempel nur 1 000 Kur Saatgetreide und 200 Ochsen dazu hergeben wollte. Gimillu erklärte

29 Contenau, George, Contrats neobabyloniens, T. 1: De Tégla-th-phalasar III à Nabonide, Bd. 13, Paris 1927.

30 Vgl. Moore, NBAD, a. a. O., Nr. 22.

31 3-4) amēlu šá muḥ-ḫi sūti šá (d) bēlti šá uruk (ki).

32 Vgl. Moore, NBAD, a. a. O., Nr. 23.

33 Weisberg, D. B., Guild Structure and Political Allegiance in Early Achaemenid Mesopotamia, New Haven/London 1967, S. 17 - 19.

34 Wie aus dem Text hervorgeht, hat Gimillu nur für 90 Kur Datteln die gesetzwidrige Aneignung eingestanden, während er die übrigen Anschuldigungen hinsichtlich der Unterschlagung von Pachtzahlungen unter Eḫid abstritt. Der Urteilsspruch lautete auf Schadenersatz in dreißigfacher Höhe, falls Gimillu nachgewiesen werden könne, daß er mehr Datteln gestohlen habe, als er angegeben hatte.

35 Vgl. Moore, NBAD, a. a. O., Nr. 182.



den Beamten: "Nur so und nicht anders erstatte ich die Pachtsumme, Wollt ihr, so gebt mir (wollt ihr nicht, so mag es nicht sein)". Gimillus Antrag wurde abschlägig beschieden, weil inzwischen ein anderer Tempelsklave zu den von der verpachtenden Seite genannten Bedingungen das Land übernommen hatte. Der Vertrag ist in Uruk am 13. Du'uzu des 2. Jahres des Dareios I. abgefaßt.

TCL XIII, 181<sup>36</sup>: Der Tempelverwalter und der königliche Aufseher stellten an Iddina, den Sohn des Innin-šum-ibni, während einer Gerichtsverhandlung die Frage: "Warum hast du uns die Dokumente vorenthalten, die dein Bruder Gimillu dir anvertraute? Haben wir doch (deswegen) die Datteln nicht ernten können." Darauf erwiderte Iddina: "Gimillu, der mir die Dokumente anvertraute, hat folgendes gesprochen: 'Ohne meine Zustimmung überlasse niemandem die Dokumente'." Der Text ist am 6. Ululu des 2. Jahres des Dareios I. in Uruk ausgefertigt worden.

TCL XIII, 183<sup>37</sup>, enthält eine Aufzählung verschiedener Dattelmengen, die dem Pachteinnehmer Gimillu (ohne Patronymikon) von Pächtern des Tempellandes am 6. Ululu des 2. Jahres des Dareios I. abgeliefert wurden. So hat der Bruder des Pachteinnehmers, Iddina, Sohn des Innin-šum-ibni, 15 Kur (2 250 Liter) Datteln abgeliefert.

YBT III<sup>38</sup>, 19, ist ein Brief des königlichen Aufsehers von Eanna, Nabū-aḫ-iddin, der sich zu diesem Zeitpunkt fern von Uruk aufhielt, an den Verwalter des Eanna-Tempels. Im Brief bittet der Aufseher darum, den Gimillu, Sohn des Innin-šum-ibni, festzunehmen und in Ketten zu legen<sup>39</sup>, damit man von ihm die 30 Minen Silber einfordern könne, die er bei den Hirten eingetrieben habe.

Der Brief TCL IX<sup>40</sup>, 104, ist dem Pachteinnehmer Gimillu von einem Tempelbeamten gesandt worden und enthält die Bitte, ein Feld einer gewissen Person zur Verfügung zu stellen.

YBT III, 198, und TCL IX, 95, sind ebenfalls an Gimillu gerichtete Briefe. Im ersten geht es um Saatgetreide, im zweiten um Pflüger und Vieh. Es hat sich aber auch ein Brief des Gimillu an einen Tempelbeamten erhalten (YBT III, 8), in dem der Schreiber Rechenschaft über die Ausgaben zu Lasten des Tempelvermögens ablegt. Darin werden Ländereien erwähnt, die die Tempelverwaltung dem Gimillu zur Eintreibung der dort zu erhebenden Pachten anvertraut hat. Gimillu, der sich irgendwelcher Versehen wegen rechtfertigt, schreibt, daß man ihn bis zum 20. Nisanu nicht aus Babylon herausgelassen habe. Er erklärt hier ferner, daß er bereits seit zehn Jahren beharrlich darauf poche, daß ihm eine bestimmte Gerstenmenge zur Aussaat festgesetzt würde und diese ihn auch in regelmäßigen Lieferungen erreiche.

36 Vgl. ebenda, Nr. 181.

37 Vgl. ebenda, Nr. 183.

38 Clay, A. T., Neo-babylonian Letters from Erech, New Haven 1919 = YBT III, - Zur Transliteration und Übersetzung der neubabylonischen Briefe vgl. Ebeling, Erich, Neubabylonische Briefe aus Uruk, Berlin 1930 - 1934.

39 Weiter oben ist angemerkt, daß die Gerichtsprotokolle über die Diebereien des Gimillu von einer ganzen Reihe von namhaften Forschern untersucht worden sind, doch hat bisher niemand darauf Bezug genommen, daß er auch in diesen Briefen erwähnt ist.

40 Contenau, George, Contrats et lettres d'Assyrie et de Babylonie, Paris 1926 = TCL IX.

Obwohl Gimillu in den zitierten Briefen, mit Ausnahme von YBT III, 19, durchweg ohne Patronymikon erwähnt ist, kann wohl kaum Zweifel daran bestehen, daß es sich um den bewußten Tempelsklaven, den Sohn des Innin-šum-ibni, handeln muß, 41 Hier wie auch in einigen anderen Texten tritt er als Pachteinnehmer von Tempelländereien auf. Recht bemerkenswert erscheint auch die Notiz in einem dieser Briefe, Gimillu sei in Babylon, wohin er "dienstlich" gereist war, festgehalten worden.

Wie aus den angeführten Texten hervorgeht, besaß der Tempelsklave Gimillu<sup>42</sup> im Verlaufe von zwei Jahrzehnten (539 bis 520 v. u. Z.) einen außerordentlich großen Einfluß. Er hatte im Wirtschafts- und Verwaltungsgefüge des Eanna-Tempels in Uruk und seiner Umgebung eine hohe Stellung inne: Zu Beginn seiner aus den Texten überschaubaren Tätigkeit war er Aufseher über das Tempelvieh (539 bis 523 v. u. Z.), später dann (522 bis 520 v. u. Z.) Pachteinnehmer und selbst Pächter von mehreren hundert Hektar Tempelland, 43

Gimillu war offenbar ein gewiefter und skrupelloser Nutznießer des Tempelvermögens, der immer wieder mit den Gesetzen in Konflikt geriet und es soweit trieb, daß er vor Gericht erscheinen mußte. Die angeführten Texte zeigen, wie oft er gezwungen war, seine Schuld einzugestehen,

Im Jahre 539 entdeckte Gimillu bei jemandem im Hause einen Tempelochsen, worüber er beim Gericht Anzeige wegen Diebstahls erstattete. 538 fand in Uruk ein "Schlagzeilen machender" Prozeß statt, der von fünf Personen geführt wurde. Das Gericht setzte sich aus 15 Vertretern der vollbürtigen Freien zusammen, während vier Schreiber die Sitzungen protokollierten. Während des Prozesses wurde Gimillu in zwölf Punkten des ungesetzlichen Nießbrauchs von Eigentum des Eanna-Tempels (Vieh, Kleidung usw.) angeklagt und überführt. Hinzu kam eine Klage wegen Bestechung durch einen Schuldner des Tempels, den Gimillu aus dem Gefängnis freigesetzt hatte. Ein Teil des gestohlenen Gutes konnte im Hause des Gimillu sichergestellt werden. Unter dem Druck gewichtigen Beweismaterials und entscheidender Zeugenaussagen war Gimillu gezwungen, seine Schuld einzugestehen. 44

Noch im selben Jahr eignete sich Gimillu zwei Kühe aus der Herde eines ihm unterstellten Hirten an.

Im Jahre 536 fand Gimillu im Hause einer Person dem Tempel gehörende Schafe. Er übergab diese Angelegenheit dem Gericht.

41 In einigen Dokumenten und Briefen aus dem Archiv des Eanna-Tempels ist ebenfalls eine Person namens Gimillu genannt, doch sind bisher keine ausreichenden Belege für eine Identität mit dem hier interessierenden Gimillu vorhanden, obwohl dies nicht auszuschließen ist. (Vgl. YBT VI, 14, 35, 88, 116 u. a.) Im letzteren Text geht es ebenfalls um einen Tempelsklaven dieses Namens.

42 In TCL XIII, 182, Weisberg 2 und YBT VII, 70, 149, ist er als Tempelsklave bezeichnet (sirku), während er in den anderen Texten einfach mit Namen und Patronymikon erwähnt wird, hin und wieder aber mit seinem Amt. In einigen Briefen fehlt das Patronymikon.

43 Vgl. San Nicolò, Mario, *Materialien zur Viehwirtschaft ...*, a. a. O., S. 366.

44 Vgl. Tremayne, A., a. a. O., YBT VII, S. 11-, 13; San Nicolò, Mario, *Der Monstreprozeß ...*, a. a. O., S. 71.

Im darauffolgenden Jahr sagte ein Hirte aus, daß Gimillu seiner Herde zwei Hammel entnommen habe. Da sich der Angeklagte zu dieser Zeit gerade in Babylon aufhielt, sollte die Sache vor das königliche Gericht.

Ebenfalls in diesem Jahr übergab ein Hirte aus der Ortschaft Marada dem Gimillu ein Schaf zur Ablieferung im Eanna-Tempel, Gimillu aber unterschlug diese Abgabe und eignete sich das Tier selbst an.

Im Jahre 534 nahm Gimillu von den Hirten mehr als 2000 Stück Tempelvieh und größere Mengen Wolle zur Ablieferung im Eanna-Tempel in Empfang.

Für das folgende Jahr ist die Nachricht übermittelt, daß Gimillu einen Boten entsandte, um bei einer bestimmten Person Tempelgelder abzuholen. Der Tempel erhielt das Geld jedoch nicht, und so verdächtigte man Gimillu der Unterschlagung von 25 Sequel Silber.

Im Jahre 533 stellte man bei einem Tempelbeamten in einigen Posten Fehlmengen fest, worauf dieser erklärte, er habe Gimillu einige Kühe, Kleidung und Datteln übergeben.

Im Jahre 531 brachte Gimillu Tempelsklaven nach Uruk, die auf Anweisung des Satrapen Gobryas irgendwelche Arbeiten für den König zu leisten hatten. Gimillu selbst begab sich nach Babylon zurück, offenbar um für neuen Nachschub an Tempelsklaven zu sorgen.

Im selben Jahr verbürgte sich Gimillu für einen gewissen Nidintu, der seinerseits für jene Insabtu Bürgschaft geleistet hatte, von der die Tempelverwaltung verlangte, daß sie einen flüchtig gewordenen Tempelsklaven wieder in den Tempel zu bringen habe.

Im Jahre 530 gelang es Gimillu, eines flüchtigen Tempelsklaven habhaft zu werden, den er, anstatt ihn der Tempelverwaltung zuzuführen, an eine Privatperson vermietete. Die von dieser gezahlten Mietgelder steckte er in die eigene Tasche. Damit aber keineswegs zufrieden, wollte Gimillu noch mehr: Er schloß mit einer weiteren Person einen Mietvertrag über eben diesen Sklaven ab.

Im selben Jahr verletzte Gimillu auch dadurch Recht und Sitte, daß er einem Hirten 7 Häute und 2 geschlachtete Stück Großhornvieh wegnahm.

Im Jahre 529 übernahm Gimillu zusammen mit einem gewissen Ardija die Verpflichtung, vier Personen dingfest zu machen, die des Schafdiebstahls aus Tempelbesitz schuldig waren, und sie zum Eanna-Tempel zu bringen.

527 führte Gimillu Beschwerde gegen einen gewissen Sula, der ihm ein Schaf aus der Tempelherde weggetrieben habe.

Im gleichen Jahr reiste Gimillu nach Babylon, wohin er Tempelsklaven zu bringen hatte.

Im Jahre 525 befindet sich Gimillu unter denjenigen, die Nahrungsmittel vom Tempel erhalten.

Im Jahre 524 stand Gimillu erneut vor Gericht. Er hatte das ihm anvertraute Vieh und Geflügel im Pferch gelassen, anstatt es, wie ihm geheißen, zum Weiden in die Steppe zu treiben. Dafür hatte man ihn mit Arrest belegt, doch als man ihn zum Gericht führte, entwand er sich den Händen der Wache, konnte aber noch am Tor des Gebäudes wieder eingefangen werden. Es gelang Gimillu jedoch, sich aus dieser für ihn gefährlichen Situation wieder herauszuwinden.

Im Jahre 522 wurde er Pachteinnehmer für Tempelländereien. In den Texten sind die verschiedensten Summen und Mengen fixiert, die er von den Pächtern als Pachtzahlung eintrieb.

Zwei Jahre später mußte er wiederum vor Gericht erscheinen, wo man ihn wegen des Verkaufs einer bedeutenden Menge von als Pachtzahlung abgelieferten Datteln belangte. Auch in diesem Jahr bemühte sich Gimillu wiederum um die Übertragung des Pachteinnahmerechtes für eine außerordentlich große Fläche von Tempelländereien an ihn, hatte aber keinen Erfolg damit, weil sich ein anderer, entgegenkommenderer Kontrahent gefunden hatte.

Ebenfalls 520 zeigte man Gimillu wegen des Versuchs an, Dokumente über Pachteinnahmen verheimlicht zu haben, um so einen Teil der Ernte von Tempelland zu veruntreuen.

Die mit Nachrichten über Gimillu versehenen Briefe sind sämtlich undatiert, gehören aber alle in dieselbe Zeit wie die datierten zitierten Texte, finden sich doch dort die gleichen Namen der Tempelbeamten. Ein Brief enthält die Anweisung, Gimillu in Eisen zu legen und von ihm 30 Minen Silber zu erheben, die er sich aus Tempelbesitz angeeignet hatte. Die übrigen Briefe sind von Tempelbeamten an Gimillu gerichtet und betreffen die Pachteinnahmen und ähnliches. Denselben Inhalt hat auch jener Brief, den Gimillu an einen Tempelbeamten sandte.

Obwohl Gimillu der Ruf eines unverbesserlichen Schurken folgte, besaß er großen Einfluß und durfte es sich sogar erlauben, den obersten Vertretern des Tempels verschiedentlich Ratschläge zu erteilen. Er war offensichtlich ein fähiger Kopf und nützlicher Beamter und vermochte deshalb im Verlauf vieler Jahre seine hohe Stellung zu halten.<sup>45</sup> Außerdem besaß er höchstwahrscheinlich die Gunst des Satrapen Gobryas<sup>46</sup>, den er während seiner Babylonreisen aufsuchen durfte.

Gimillu war so reich, daß er imstande war, dem Tempel einen Schaden zu ersetzen, der allein in einem Fall etwa 400 Stück Vieh und 1 Mine 10 Seqel Silber ausmachte.

Die hier untersuchten Texte legen beredtes Zeugnis für die im 6. Jahrhundert v. u. Z. sich vollziehende Differenzierung unter den Tempelsklaven ab. Gimillu war ein ganz typischer Vertreter der Oberschicht von Tempelsklaven, die hinsichtlich ihrer Freiheit bedeutende Privilegien besaßen und auch in guten Vermögensverhältnissen lebten. Im Gegensatz zu dieser Oberschicht existierte jene große Zahl von Tempelsklaven, die von den ihnen aus der Tempelwirtschaft zugebilligten Rationen lebten und jeden Moment bereit waren, ihren Fesseln, also dem Tempel, zu entfliehen, um die Freiheit zu erlangen.

(Übersetzt von Jelena Funck)

45 Vgl. Bolla, S. v., Drei Diebstahlsfälle ..., a. a. O., S. 113.

46 Vgl. San Nicolò, Mario, Der Monstreprozeß ..., a. a. O., S. 73.

## ZU DEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEM RÖMISCHEN REICH UND DEN VÖLKERN DES STEPPENGÜRTELS NÖRDLICH VOM SCHWARZEN MEER

von Hagen Fischer

Mit den Eroberungszügen des römischen Kaisers Trajan erreichte das Römische Reich noch einmal eine wesentliche Ausdehnung seines Territoriums, Namentlich die neuen Provinzen in Armenien und Mesopotamien, vor allen Dingen aber im heutigen Rumänien, bedeuteten einen erheblichen Landzuwachs, aber auch eine beträchtliche Vergrößerung der ökonomischen Einflußsphären des Imperium Romanum. Man denke nur an die Handelsstraßen in Mesopotamien, Indessen zeigte sich das Imperium nicht mehr in der Lage, die neuen Bastionen im Vorderen Orient zu behaupten. Schon zwei Jahre nach ihrer teilweisen Besetzung durch römische Truppen mußten sie wieder aufgegeben werden. Auf die Ursachen können wir hier nicht näher eingehen. Wir wollen nur anmerken, daß diese auch in der offensichtlichen Überschätzung der noch vorhandenen Potenzen der römischen Gesellschaftsordnung lagen: Sie war weder militärisch noch ökonomisch in der Lage, die neuen Provinzen zu befrieden, ganz zu schweigen von einer Latinisierung oder Gräzisierung der einheimischen Bevölkerung. Die - auf längere Sicht - im Vorderen Orient letztlich mißlungenen früheren hellenistischen Versuche dieser Art sprechen eine deutliche Sprache.

Die Verhältnisse an der Donau schienen demgegenüber anders zu liegen. Überblickt man die Krisenmomente, die mit unserem gestellten Thema verbunden sind, so fühlt man sich natürlich zuerst an den pannonischen Aufstand erinnert. Doch mit seiner Niederschlagung lassen sich erst wieder Generationen später wirklich gravierende Daten gewinnen. Genannt seien zunächst die Abwehrkämpfe der Römer am Ausklang des Prinzipates, die sich schließlich auf beinahe alle Territorien diesseits und jenseits der gesamten Länge der Donau bis an die Küste des Schwarzen Meeres erstreckten. Markomannen, Quaden, Sarmaten und viele andere Völker verschiedenster ethnischer Herkunft waren darin verwickelt. Weiterhin erwähnen wir die Aufgabe der zweiten oben genannten trajanischen Neuerwerbung, der Provinz Dacia, am Ende einer Periode, die man gemeinhin als Krise des 3. Jahrhunderts zu bezeichnen pflegt, und endlich die katastrophale Niederlage der Römer bei Hadrianopolis, dem heutigen Edirne, unter Kaiser Valens. Die Aufzählung solcher Ereignisse könnte beliebig fortgesetzt werden. Immer sind sie verbunden mit Zerstörungen der Siedlungen, Ausplünderungen der Bevölkerung, Verwüstungen der Produktionsstätten von Ackerbau und Gewerbe. Zahllose archäologische Funde belegen das.

Auf den ersten Blick könnten also die Verhältnisse zwischen dem Römischen Reich und den freien Völkern jenseits der Donau mit dem Klagegedicht des von Augustus aus Rom ausgewiesenen Dichters Ovid charakterisiert werden. In seinem Verbannungsort am Schwarzen Meer schrieb er diese Worte nieder:

"Ob nun des übergewaltigen Nordwinds Wüten die Meerflut, oder ob er des Stroms steigende Fluten zwingt; Jährlich, sobald bei den trockenen Stürmen die Donau sich glättet, bricht auf dem eilenden Pferd ein der barbarische Feind (*barbarus hostis equo*); Feinde mächtig zu Pferd, mit fernhin schwirrenden Pfeilen plündern sie weit und breit das benachbarte Land ... und da die Fluren von keinem geschützt sind, fallen der Horde zum Raub Schätze, die niemand bewacht, Landmanns bescheidene Schätze, das Vieh und die knarrenden Wagen und was an Reichtümern (*divitias*) sonst armen Bewohnern gehört (*incola pauper habet*) ... Auch wenn der Friede dann kommt, macht Angst vorm Krieg sie zittern, niemand drückt in den Grund furchend die Pflugschar hinein, ... Müßig und leblos brach liegt das verlassene Land, (*cessat iners rigido terra relicta situ*)".<sup>1</sup>

Es kann hier nicht darauf eingegangen werden, wieweit es sich bei diesen Schilderungen um bewußte Übersteigerungen handelt. Die Gefahr, daß nicht allein der Krieg selbst, sondern bereits das Herannahen eines Überfalls oder auch der Nachhall solcher Katastrophen eine geordnete Wirtschaftsführung unmöglich macht und das gewerbliche Leben einer ganzen Provinz zum Erliegen bringen kann, ist nicht zu leugnen. Cicero und Dion Chrysostomos beispielsweise haben, wenn auch für andere Gegenden und andere Epochen, diese Kausalkette dargelegt.<sup>2</sup> Auf die Zeugnisse der Bodenfunde wurde schon hingewiesen. Dies wirkte sich auch auf die Geschichtsschreibung aus: Die Nomadenvölker des Nordpontus wurden darin häufig nur als destruktive Elemente gegenüber der römischen Zivilisation behandelt, Namentlich gilt das für das 2. und 3. Jahrhundert.<sup>3</sup>

Eine wesentlich differenziertere Behandlung erfahren dagegen in der Literatur jene Nomadenstämme, die Mesopotamien zur Zeit der altorientalischen Reiche heimsuchten. Obwohl dort die wirtschaftliche Situation nach einem Raubkrieg in vieler Hinsicht derjenigen in den Donauprovinzen des Römischen Reiches geglichen haben dürfte, ist es beinahe schon ein Gemeinplatz, wenn Kupper feststellt, man könne nicht von vornherein sagen, daß die Nomaden in der Geschichte nur eine geringe Rolle gespielt hätten, die nicht unsere Aufmerksamkeit verdiene. Und folgerichtig widmet er ihnen einen Artikel, der sie aus ihrer Blickrichtung behandelt.<sup>4</sup> Gerade das ist für die Völker der sarmatisch-ostgermanischen Welt am osteuropäischen "Rand" des Imperium Romanum nur noch ausnahmsweise gesche-

<sup>1</sup> Ovid, *Tristia* 3, 10, 51 f., in: Ovidius Naso, Publius, Briefe aus der Verbannung. Lateinisch und deutsch, übertragen v. Wilhelm Willige, Zürich/Stuttgart 1963.

<sup>2</sup> Cicero, *De imp. Pomp.* 6, 15; Dion Chrysostomos 14, 10 f.

<sup>3</sup> Vgl. dazu z. B. Nubar, H., *Aspetti della circolazione monetaria di Histria nell' epoca Romana (Aspekte der Geldzirkulation Histrias in der römischen Epoche)*, in: *Dacia, Neue Serie*, Nr. 7, 1963, S. 251 f. - Andere Stimmen siehe bei Nestor, Ion, *La fin du monde ancien et les "Barbares"*, Moskau 1970, S. 2 f. Anm. 2 f. - Doch zeigt auch dessen Zusammenstellung, daß das Hauptinteresse der einschlägigen Forschung den Stämmen an der Nordgrenze des Römischen Reiches galt.

<sup>4</sup> Kupper, Jean-Robert, *Le rôle des nomades dans l'histoire de la Mesopotamie ancienne*, in: *Journal of the economic and social history of the Orient*, Nr. 2/1959, S. 113.

hen, anders als übrigens in römischer Zeit. Es sei nur an Passagen bei Ammi-  
 anus Marcellinus, Prokopius oder Jardanes erinnert. Namentlich daraus hat Vá-  
 rady in jüngster Zeit die damaligen Ereignisse in Pannonien zu erschließen ver-  
 sucht.<sup>5</sup> Doch seine Sicht ist mitunter zu einseitig. Wesentliche Teilarbeiten über  
 den südlichen Donauraum, so zu Geschichte und Sprache der Sarmaten, sind da-  
 gegen leider relativ schwer greifbar<sup>6</sup>, da an entlegeneren Stellen veröffentlicht.  
 Andere konnten in ihren Schlußfolgerungen mit dem sich ständig erweiternden  
 Material nicht Schritt halten und müssen deshalb in einigen Passagen bereits nach  
 relativ kurzer Zeit als überholt gelten.<sup>7</sup> Gerade hier besteht die Gefahr, daß die  
 breitere Information über wesentliche neue Detailerkennnisse, beispielsweise  
 aus Ausgrabungen, hinter dem Wissen über zusammenhängende Themenkomplexe,  
 etwa über Handel und Gewerbe im Gebiet nördlich des Schwarzen Meeres oder gar  
 über soziale Strukturen der Stämme, die in diesem Raum lebten, zurückbleibt.<sup>8</sup>  
 Der vorliegende Beitrag kann nicht versuchen, vorhandene Lücken des epigraphi-  
 schen und archäologischen Quellenmaterials zu überbrücken. Uns kann es hier  
 nur darum gehen, aus wirtschaftsgeschichtlicher Sicht zu versuchen, einige Split-  
 ter zur Rolle der ethnischen Verbände jenseits der römischen Grenze zwischen  
 Donau und Nordpontos zusammenzufügen, die über ihr Verhältnis zum Römischen  
 Reich etwas aussagen könnten.

Zu der Zeit, als Ovid als Verbannter in Tomis an der Küste des Schwarzen Mee-  
 res lebte, befanden sich die Siedlungsplätze der Sarmaten zwischen dem Don und  
 dem heutigen nordwestlichen Bulgarien.<sup>9</sup> Wir befinden uns im beginnenden 1.  
 Jahrhundert u. Z. Welchen ethnischen Einfluß die Sarmaten hatten, läßt wieder-  
 um Ovid vermuten, wenn er mitteilt, daß er es für opportun hält, ihre Sprache zu  
 erlernen und dazu die der Geten.<sup>10</sup> Außerdem fragt er sich: "Für wen schreibe  
 ich? ... Ob es wohl die Sarmaten einmal lesen werden oder vielleicht die Geten  
 ...?"<sup>11</sup> Sein Vertrauen in das römische Machtpotential kann wohl nicht sehr groß  
 gewesen sein.

Doch sind es nicht ethnische Einflüsse, die uns hier interessieren. Ovids Darle-  
 gungen sind indirekt eine Bestätigung archäologischer Materialien, die auf die  
 Wichtigkeit der Sarmaten als Handelsvermittler hinweisen. Selbst für die Epoche,  
 da sich die dakisch-getische Kultur am meisten entfaltet, läßt sich nachweisen,  
 daß die wichtigsten autochthonen Siedlungsgebiete östlich des Karpatenraumes  
 kommerzielle Verbindungen mit den Sarmaten und den hellenistischen Handwer-

- 5 Várady, László, Das letzte Jahrhundert Pannoniens (376 - 476), Budapest 1969.
- 6 Harmatta, Janos, Studies in the history and language of the Sarmatians, in:  
 Acta Antiqua et Archaeologica, Szeged, Nr. 13, 1970, S. 34 - 70.
- 7 Thompson, E. A., The Visigoths in the time of Ulfila, Oxford 1966; vgl. dazu  
 Ionița, Ion, The social-economic structure of society during the Goths' migra-  
 tion in the Carpatho-danubian area, in: Relations between the autochthonous po-  
 pulation and the migratory populations, Bukarest 1975, S. 77 f.
- 8 Einen nützlichen Überblick über die letztgenannte Problematik kann man jetzt  
 bei Böttger, Burkhard/Kreißig, Heinz, Zur Erforschung des antiken und orien-  
 talischen Schwarzmeergebietes, in: Das Altertum, Nr. 21, 1975, S. 5 - 13,  
 finden.
- 9 Vgl. Strabo 7, 3, 17.
- 10 Ovid, Ex Ponto 3, 2, 40: nam didici Getice Sarmaticeque loqui.
- 11 Ovid, Tristia 4, 1, 94.

kerzentren im nordpontischen Steppengebiet aufrechterhalten haben.<sup>12</sup> Auf die Wichtigkeit des Handels zwischen Donau und Dnepr für das Römische Reich selbst hat bereits Rostovtzeff hingewiesen. Allerdings sieht er in den Sarmaten nur Nutznießer, wenn er schreibt, "... ein solcher Handelsverkehr bestand ... und kam den sarmatischen Stämmen zugute, die jetzt in den Steppen Südrußlands und im Kaukasus vorherrschten und Südrußland mit dem großen chinesischen Seidenwege verbanden."<sup>13</sup> Besonders wichtig war für das Imperium deshalb die Integrität des Bosporanischen Reiches, über dessen Herrscher wesentliche Verbindungen liefen und das selbst, solange es intakt blieb, als Getreidelieferant diente. Bevor Kaiser Trajan das Gebiet der späteren Provinz Dakien jenseits der Donau eroberte, ergab sich das Hauptinteresse der Römer für die Gegenden des Schwarzen Meeres aus der Notwendigkeit, die Versorgung der Truppen und der Stadtzentren in Moesia inferior zu sichern, da die dort erzielten Ernteerträge selbst bei Anwendung intensivster Anbaumethoden nicht ausreichten, den Bedarf zu decken.<sup>14</sup>

Ganz ähnlich war die Situation südlich des Schwarzen Meeres, nämlich in Kleinasien. Mit anderen Worten: Die mannigfaltigen Beziehungen, welche zwischen den wechselnden ethnischen Gruppen, die in den südlichen Gebieten der heutigen Sowjetunion lebten, und der Bevölkerung des osteuropäischen Teiles des Römischen Reiches bestanden, waren für beide Seiten von außerordentlichem Nutzen. Die Tatsache, daß das Römische Reich mit seiner immer weiteren Ausdehnung (Pannonia, Moesia, Dacia) wichtige Warenumserschlagplätze selbst in die Hand bekam, steht hierzu nicht im Widerspruch. Das Gegenteil ist beinahe anzunehmen. Als infolge der Gotenzüge die Provinz Dacia aufgegeben werden mußte, war es doch nicht in erster Linie die prekäre strategische Situation dieses römischen Außenpostens, der zu seiner Aufgabe unter dem "Wiederhersteller des Reiches", Kaiser Aurelian, zwang. Vielmehr führten die ökonomischen Schwierigkeiten in Illyrien und Moesien zur Notwendigkeit der Räumung. Man vergleiche dazu Eutrop<sup>15</sup>, der von der Verwüstung dieser Gebiete spricht, gerade so, wie es uns oben Ovid dargestellt hatte: devastiertes Gebiet, wo ehemals Landwirtschaft betrieben worden war, fehlende Produktionsmittel, geflohene oder getötete Arbeitskräfte, nichts, was die Wirtschaft wieder hätte in Gang bringen können.

Hatten wir schon gesehen, daß Moesien auf Nahrungsmittelimporte angewiesen war, so galt das für Dakien in ähnlichem Grade. Daher war die Situation zwangsläufig außerordentlich angespannt, wenn die Zufuhr stoppte - das war im dritten Jahrhundert oft der Fall. So mußten, um die Gebiete diesseits der Donau wieder zu bevölkern, die jenseits des Stromes ansässigen Romanen umgesiedelt werden. Nur so ließ sich gewährleisten, daß die Wirtschaft wieder belebt werden konnte.<sup>16</sup> Die Streitfrage, wieweit diese Umsiedlung vollständig durchgeführt wurde und werden konnte, auf die zuletzt Iiescu<sup>17</sup> hinwies, muß hierbei außer acht gelas-

12 Bichir, Gheorghe, Relations between the Sarmatians and the free Dacians, in: Relations ..., a. a. O., S. 56.

13 Rostovtzeff, M. I., Gesellschaft und Wirtschaft im römischen Kaiserreich, Bd. 1, Leipzig o. J., S. 129.

14 Fluss, M., Artikel "Moesia", in: Realencyklopädie Pauly-Wissowa, Bd. 15, Stuttgart 1932, Sp. 2350; Rostovtzeff, M. I., a. a. O., S. 200.

15 Eutrop 9, 15.

16 Bodor, Andrei, Emperor Aurelian and the abandonment of Dacia, in: Dacoromania, Nr. 1, 1973, S. 39 f.

17 Iiescu, Vladimir, Die Räumung Dakiens und die Anwesenheit der romanischen



sen werden. Sie kann in unserem Zusammenhang kaum weiterführen, so interessant die Probleme, die zu ihrer Lösung diskutiert werden müßten, in ethnischer und ökonomischer Hinsicht auch sein mögen.

Wir sind zwar mit den letzten Überlegungen der Zeit um etwa 150 Jahre vorausgeeilt. Der Exkurs sollte jedoch unterstreichen, wie wichtig die Verbindungen zur Welt nördlich des Pontus für das Römische Reich aus wirtschaftlichen Gründen waren. Es erscheint uns aber nicht ganz unsinnig, die Bedeutung eines geregelten Warenverkehrs auch für die Völker außerhalb des Imperiums noch einmal hervorzuheben. Für diesen Versuch bieten sich die schon eingangs erwähnten Markomannenkriege unter Kaiser Marc Aurel (161 bis 180) und seinem Sohn und Nachfolger Commodus (180 bis 192) in zweierlei Hinsicht als erstes Beispiel an. Schon Oliva hat darauf aufmerksam gemacht, daß es den hier beteiligten Stämmen nicht in erster Linie auf Beute ankam, sondern daß sie - sieht man von Abwehrreaktionen auf römische Ränkespiele ab - aus ökonomischen Gründen gezwungen waren, zu den Waffen zu greifen: Ganz allgemein geschah es aus Mangel an Siedlungsland. Andere Gründe mögen partiell mitgespielt haben. Sicher wußten die Donauvölker von dem Abzug römischer Donautruppen nach dem entfernten mesopotamischen Kriegsschauplatz - um nur einen zusätzlichen Anlaß, aber eben nicht mehr - zu nennen.

Erst wenn wir an die allgemeine Landnot, hervorgerufen durch die Gotenwanderung zum Schwarzen Meer, die bei allen Völkern jenseits der Donau zu schwerer wirtschaftlicher Not geführt haben muß, denken, können wir auch die Ursache für das ungewöhnliche Ausmaß der Kämpfe und die Zähigkeit, mit der sie geführt wurden, erkennen.<sup>18</sup> Als der germanische Staat der Quaden nach vergeblichem Ansturm auf die schließlich doch erdrückende römische Übermacht seine Hoffnung auf den Erwerb neuer, ausreichender Siedlungsplätze schwinden sah, hat er versucht, in die ehemalige Heimat, zu den Semnonen, zurückzuwandern. Zu ihnen müssen offensichtlich noch ökonomische und ethnische Bindungen bestanden haben.<sup>19</sup> Tatsächlich sah ein Stamm nach dem anderen ein, daß durch Kriege keine Verbesserung seiner angespannten wirtschaftlichen Situation zu erreichen war und daß die ständig größer werdende Not nur die Möglichkeit offenließ, um Frieden zu bitten, wozu sich noch unter Kaiser Marc Aurel die sarmatischen Jazygen veranlaßt sahen.<sup>20</sup> Ganz deutlich wird das - ebenfalls nach Dio Cassius<sup>21</sup> - bei dem germanischen Stamm der Markomannen. Sie hätten, da ihre Felder ständig verwüstet worden seien, unter solchem Mangel an Lebensmitteln gelitten, daß sie Commodus um Frieden ersuchen mußten. Als Gegenleistung hatte sich der Imperator zunächst die Lieferung einer bestimmten Menge Getreides pro Jahr ausbe-

Bevölkerung nördlich der Donau im Lichte der Schriftquellen, in: ebenda, S. 28.

18 Oliva, Pavel, Pannonia and the outset of crisis in the Roman Empire, Prag 1962, S. 266; ähnlich auch Dobiáš, Josef, The history of the Czechoslovak territory before the appearance of the Slavs, Prag 1964, S. 373 f., der allerdings die Bestrebungen der "Barbaren", neue Gebiete zu erobern, zu absolut mit dem Abzug römischer Legionen motiviert. Hier sollte jedoch zwischen Anlaß und Ursache deutlich unterschieden werden.

19 Oliva, Pavel, a. a. O., S. 298; ebenso schon Schwarz, Eduard, Die elbgermanische Grundlage des Ostfränkischen, in: Jahrbuch für fränkische Landesforschung, Bd. 15, 1955, S. 42.

20 Vgl. Dio Cassius 71, 19.

21 Ebenda 72, 2.

dungen. Doch die Markomannen waren derartig ruiniert, daß seine Forderung illusorisch war. Nicht anders ist die lapidare Nachricht des Dio Cassius zu interpretieren, der Kaiser habe später auf diese Forderung verzichtet.

Das römische Ansinnen ist jedoch auch ein Zeichen für die Schäden in den eigenen Donauebenen: Fast alle Territorien von Rätien bis Dakien hatten unter den Kämpfen gelitten. Die stets problematische Lebensmittelbeschaffung wurde dadurch noch mehr als in Friedenszeiten akut. Namentlich die Menschenverluste in Pannonien und Moesien müssen die Landwirtschaft ernsthaft gefährdet haben. Die Aufnahme von barbarischen Stämmen, namentlich von Cotinern, Naristen und Markomannen, in das Römische Reich besagt hier mehr als genug. Sie widerlegt aber auch die - vom ökonomischen Standpunkt - völlig abwegige Annahme, wonach das Römische Reich versucht haben soll, seine Grenzen im Anschluß an seine Siege weit ins "Barbarikum" auszudehnen, wie es die Lebensbeschreibung Marc Aurels behauptet: "... voluit Marcomanniam provinciam, voluit etiam Sarmatiam facere, et fecisset, nisi Avidius Cassius rebelasset sub eodem in oriente."<sup>22</sup> Marc Aurel wollte also, wie dieser Text aussagt, das Land, das die Markomannen bewohnten, ebenso wie das der Sarmaten, zur Provinz machen. Ja, es wird versichert: Wäre nicht die Rebellion eines seiner Generäle (Avidius Cassius) im Orient dazwischengekommen, wäre dies auch geschehen. Es ist längst gesehen worden, daß - wieder aus wirtschaftlichen Gründen - die Ausdehnung des Imperiums über die relativ sichere lange Donaugrenze<sup>23</sup> hinweg wenigstens zu dieser Zeit auch ohne die Revolte nicht zu verkräften gewesen wäre, die übrigens ziemlich unblutig verlief und rasch zusammenbrach. Im Gegenteil wurde versucht, den Sarmaten (Jazygen) jeden Kriegsgrund zu nehmen, indem man ihnen gewisse Handelserleichterungen gewährte.<sup>24</sup>

Zu diesem für die Jazygen lebensnotwendigen Warenaustausch soll im folgenden noch einiges gesagt werden. Zu Strabos Zeiten, also um die Zeitenwende, waren die Angehörigen dieses Stammes zum größeren Teil Wanderhirten, einige jedoch auch Ackerbauern.<sup>25</sup> Unter Zuhilfenahme von Strabo<sup>26</sup> läßt sich diese Feststellung auf der Grundlage archäologischer Forschungsergebnisse konkretisieren: Die Sarmaten des Nordpontos führten ein Nomadenleben, doch ihre Stammesverwandten westlich des Dnestr wurden halbseßhaft und seßhaft, so auch diejenigen in der Ungarischen Tiefebene. Einmal an der unteren Donau ansässig, verloren sie die Grundzüge ihrer materiellen Kultur und adoptierten die ihrer neuen Umgebung, besonders die der Dako-Carpen. Durch letztere erhielten die Sarmaten kulturelle und vor allem ökonomische Kontakte mit der römischen Zivilisation. So lassen sich Tumulus-Gräber im heutigen Rumänien nicht nachweisen, während dieser Bestattungstyp in der Großen Ungarischen Tiefebene bei den Sarmaten erhalten blieb.<sup>27</sup>

22 *Scriptores Historiae Augustae, Vita Marci* 24, 5.

23 Zur Bedeutung der "Wassergrenzen als günstigste Staatsgrenzen" in der strategischen Konzeption der Römer schon seit dem Ende der Republik siehe zuletzt u. a. Angelov, Dimităr, Über einige Probleme der sozialökonomischen Entwicklung in Südosteuropa im 2. - 5. Jh. n. u. Z. und den Übergang von der Antike zum Mittelalter, Moskau 1970, S. 2.

24 Vgl. Dio Cassius 71, 19.

25 Vgl. Strabo 7, 3, 17.

26 Ebenda, 7, 30, 7.

27 Bichir, Gheorghe, a. a. O., S. 58.

Durch den archäologischen Nachweis der Sesshaftigkeit von Teilen der Sarmaten, worauf es uns hier ankommt, wird eine ältere Darstellung ihrer Lebens- und Produktionsweise modifiziert. Harmatta hatte sie seinerzeit als Steppenvolk charakterisiert, das prinzipiell zur systematischen Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte unfähig, auf die ökonomische Ausbeutung der Einheimischen seiner neuen Heimat angewiesen gewesen sei.<sup>28</sup> Er hatte dabei allerdings jene Sarmaten im Auge, die im Gebiet des heutigen Ungarns lebten und, wie wir sahen, sich von denen im Gebiet des heutigen Rumäniens unterschieden. Für die ersteren war, wie oben erwähnt, die Verbindung zum pontischen Handel und seinen Produkten lebensnotwendiger als für die letzteren. Gerade diese Kontakte aber wurden mit der Ausdehnung des Dakenreiches Ende des 1. Jahrhunderts unterbrochen. Harmatta hat auf die damit zusammenhängenden Unterschiede der Fundmaterialien aufmerksam gemacht: Ihre Armut bei den Jazygen der Ungarischen Tiefebene im Vergleich zu denen bei ihren roxolanischen Verwandten findet hier ihre Erklärung. Besonders erschwerend wirkte sich für die Jazygen aus, daß ihnen die Möglichkeit des Tauschhandels mit metallischen Erzen, die dringend benötigt wurden, genommen war.<sup>29</sup> Es war daher nur folgerichtig, daß Kaiser Marc Aurel den Jazygen eine Neubelebung des Handels mit den Roxolanen, aber auch mit skythischen Nomadenstämmen gestattete.

Die archäologische Aussage der Grabanlagen läßt den Schluß zu, daß Nomadenvölker, sobald sie sesshaft werden, oft nicht nur ihre wirtschaftlichen und sozialen Eigenheiten verändern, sondern auch die kulturellen Gepflogenheiten von der meistens in einem fortgeschritteneren Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung befindlichen einheimischen Bevölkerung übernehmen. Doch häufig ist auch eine wechselseitige Angleichung ethnisch völlig unterschiedlicher Gruppen unter gleichen Bedingungen des geographischen Milieus zu beobachten. Während der Völkerwanderung ergaben sich ziemlich bekannte "Symbiosen" dieser Art, so etwa zwischen Alanen und Vandalen. Weniger bekannt ist die Veränderung quadischer Lebensgewohnheiten, wohl als Folge der zahlreich belegbaren gemeinsamen Züge mit den Jazygen. Einst Bauern und Hirten, hatten sich die Quaden bis zu den Markomannenkriegen völlig auf die Kampfweise der sarmatischen Reiterei umgestellt. Auch sonst lassen sich bei beiden Völkern zahlreiche gemeinsame Bräuche nachweisen.<sup>30</sup>

Wirtschaftshistorisch ist diese Verbundenheit durch einen Umstand interessant, auf den Pelikán hingewiesen hat: Sie sei zweifellos durch eine gemeinsame, größtenteils keltische Urbevölkerung gefördert worden. Es ist bekannt, daß diese sich halten konnte und am Ende der Antike sogar wieder stärker nachweisbar wird. Pelikán erwähnt in diesem Zusammenhang namentlich Miskolc, dessen Bevölkerung sowohl Waffen als auch Werkzeuge geliefert habe.<sup>31</sup>

Der Fortbestand illyrischer und keltischer Gruppen in Pannonien und Dakien noch bis in die Spätantike zeigt jedoch, daß die bewaffneten Sarmaten und Quaden viel eher verblutet sind als die autochthonen Bevölkerungsteile. Diese hatten, ange-

28 Harmatta, Janos, *Studies in the history of the Sarmatians*, Budapest 1950, S. 48 f.

29 Ebenda, S. 45 f.

30 Vgl. schon Dobiáš, Josef, a. a. O., S. 386, auch wenn nicht alle Einzelheiten seiner Beweisführung mehr stichhaltig sind.

31 Pelikán, Oldřich, *Slovensko a Rímske Impérium (Die Slowakei und das Römische Imperium)*, Bratislava 1960, S. 276.

sichts relativ kontinuierlicher Produktionsmöglichkeiten und -erfahrungen, auch viel weniger Grund, sich an diesen Kriegen zu beteiligen und wurden offensichtlich auch viel weniger in Mitleidenschaft gezogen. Diese Feststellung erscheint gar nicht so unnützlich, vergegenwärtigt man sich die nahezu maßlosen Klagen über Zerstörungsfolgen durch Barbaren seitens römischer Zeitgenossen selbst in relativ früher Zeit. Der eingangs zitierte Ovid ist hier nur ein Beispiel.

Wenn wir in den vorangegangenen Absätzen Veränderungen der gesellschaftlichen Struktur eines Volksstammes als Folge seiner Abkehr vom unstillen Wanderleben nur streifen konnten, da in der Periode zwischen dem ersten und dritten Jahrhundert kaum belegbar, so soll nun auf dieses Problem etwas näher eingegangen werden. Auch hier ist die gegenseitige Einflußnahme zwischen Rom und den "Barbaren", in unserem Falle den Goten, nicht zu übersehen. Ihre "Staatenbildung" am Schwarzen Meer ist mit Recht als "etwas durchaus Neues" bezeichnet worden. Allerdings hat es auch nicht an Versuchen gefehlt, hier ideelle Motive zu suchen: "... es scheint ... deshalb wahrscheinlich, daß die Goten in ihrem pontischen Reich zum ersten Mal das Bedürfnis gefühlt haben, den von ihnen geschaffenen Machtstaat mit einem neuen Wort (Reich - H. F.) zu bezeichnen. Denn auch die Königsmacht war eine andere geworden; sie war nicht mehr die aus altem Erbrecht abgeleitete Königswürde, sondern eine Autorität, die durch Gewalt aufrechterhalten werden mußte." <sup>32</sup> Altheim, noch mehr jedoch Verdnadsky, glaubte diese "Inspiration" durch den gotischen Königsornat belegen zu können, der iranischen Ursprungs wäre. Nach Verdnadsky hätten die Sarmaten hier als Verbindungsträger zum Zweistromland gedient. Auch er gibt zwar zu, daß sie niemals eine geschlossene Staatenbildung erreicht haben, dennoch "scheinen" sie ihm von der Idee einer göttlichen Herkunft ihrer Häuptlinge überzeugt gewesen zu sein. Und diese Überzeugung wäre auf die Goten übertragen worden. <sup>33</sup>

Doch ein Blick auf die Quellen zeigt uns, daß es einer Zuhilfenahme "göttlicher Eingebung" nicht bedarf. So haben solche Konstruktionen auch kaum weiterführen können, trotz ihrer richtigen Ausgangsposition: Tatsächlich unterschied sich das Goten"reich" von früheren germanischen Gebilden etwa der Markomannen oder Quaden. Das wird schon aus drei Stellen bei Ammianus Marcellinus klar, auch wenn sie eine etwas spätere Situation beschreiben: "Während die notwendigen Vorbereitungen für die Schlacht getroffen wurden, wurde von Fritigern ein christlicher Presbyter als Legat geschickt. Er kam zusammen mit anderen Niedriggestellten zum kaiserlichen Lager (cum aliis humilibus venit)." <sup>34</sup> "Unterdessen schickte Fritigern einen Mann aus dem Volke (unum e plebe)." <sup>35</sup> "... da ein Teil von den Barbaren unter Alatheus und Safrax weit entfernt agierte und noch nicht herangekommen war, schickten sie Legaten, die um Frieden bitten sollten. We-

32 de Vries, Jan, Das Königtum bei den Germanen, in: Saeculum, Nr. 7, 1956, S. 304.

33 Verdnadsky, G., Der sarmatische Hintergrund der germanischen Völkerwanderung, in: Saeculum, Nr. 2, 1951, S. 370; vgl. dazu auch Altheim, Franz, Literatur und Gesellschaft im ausgehenden Altertum, bes. Bd. 1, Halle 1947, S. 284 mit Anm. 65; ebenda, Bd. 2, S. 15 - 37; derselbe, Attila und die Hunnen, Baden-Baden 1951, S. 72 f. - Anders Harmatta, Janos, Studies in the history and language of the Sarmatians, a. a. O., S. 34 f., der von einem Sarmatischen Reich in der Mitte des ersten Jahrhunderts v. u. Z. ausgeht; vgl. dagegen Bichir, Gheorghe, a. a. O., S. 55.

34 Ammianus Marcellinus 31, 12, 8.

35 Ebenda 21, 12, 14.

gen ihres niederen Ranges (eorum humilitatem) schenkte ihnen der römische Kaiser keine Beachtung und verlangte, sie sollten Bevollmächtigte höherer Abstammung (idoneos optimates) schicken."36

Diese Zusammenstellung ließe sich beliebig ergänzen; der jeweilige politische Anlaß derartiger Notizen ist dabei relativ unerheblich. Er soll deshalb hier außer acht gelassen werden. Uns kommt es auf die offensichtliche soziale Differenzierung an, die sowohl unter dem "Beamtenapparat" als auch innerhalb des Volkes insgesamt bei den Goten eingetreten sein muß. Aus den zitierten Abschnitten bei Ammianus Marcellinus geht auch mit genügender Deutlichkeit hervor, daß diese Entwicklung Ost- und Westgoten gleichermaßen betroffen haben muß. Sie war selbstverständlich nicht kurzfristig sichtbar, auch kaum geradlinig vor sich gegangen. So hat man sich bemüht, ihre Anfänge möglichst früh anzusetzen. Am überzeugendsten erscheint bis jetzt die Annahme, dieser langwierige Prozeß sozialökonomischer Veränderungen sei seit dem Abzug der Goten aus dem Baltikum sichtbar geworden.<sup>37</sup> Bei Engels finden wir folgenden Hinweis: "Aber die Wanderung auf römischen Boden brach auch den Blutsverband des Gaues und mußte ihn brechen, Lag auch die Ansiedlung nach Stämmen und Geschlechtern in der Absicht, so war sie doch nicht durchzuführen. Die langen Züge hatten nicht nur Stämme und Geschlechter, sie hatten selbst ganze Völker durcheinander geworfen."<sup>38</sup> So unterlagen auch die Germanen dem Zwang, sich den Verhältnissen anzupassen, die sie auf römischem Boden vorfanden. Diaconu vermutet in diesem Zusammenhang sicher zu Recht, daß neben der Entwicklung der Produktivkräfte und der zunehmenden Bedeutung der Produktion einerseits und der heterogenen Struktur der Stämme andererseits auch gerade das permanente Verhältnis zu Rom bei den Goten dazu beigetragen hat, daß antagonistische Widersprüche innerhalb ihrer Ordnung gefördert worden sind, die um 300 u. Z. schließlich zur Teilung der bis dahin bestehenden Gotenföderation in Ost- und Westgoten geführt hätten.<sup>39</sup> Diese Begründung klingt zweifellos plausibler als die Erklärung, wonach die Separation auf die sagenhaften drei Schiffe zurückginge, welche die Goten aus Skandinavien in die Gebiete östlich der Oder gebracht haben sollen.<sup>40</sup>

Ähnlich, wie oben bei den Jazygen erwähnt, scheint für die Gepiden der Verlust der Handelsbeziehungen zum Pontus verhängnisvoll geworden zu sein. Offenbar sind sie durch die daraus resultierende wirtschaftliche Misere gezwungen worden, erneut zu wandern. Es ist auch denkbar, daß unterschiedliche geographische Bedingungen zwischen dem Gebiet an der unteren Donau und jenem am Dnepr schließlich mit dazu führten, daß sich Westgoten von Ostgoten trennten.<sup>41</sup>

36 Ebenda 31, 12, 12 f.

37 Diaconu, Gheorghe, Über die scheibengedrehte Keramik in der Sîntana de Muş-  
Tschernjachowkultur, in: *Dacia*, Neue Serie, Nr. 14, 1970, S. 243 f.

38 Engels, Friedrich, *Fränkische Zeit*, in: *Marx/Engels, Werke*, Bd. 19, Berlin 1969, S. 475.

39 Diaconu, Gheorghe, On the socio-economic relations between natives and Goths in Dacia, in: *Relations ...*, a. a. O., S. 69. - Der gleiche zeitliche Ansatz für die Trennung zwischen Ost- und Westgoten bereits u. a. bei Schwarz, Eduard, Die Urheimat der Goten und ihre Wanderungen ins Weichsland und nach Südrußland, in: *Saeculum*, Nr. 4, 1953, S. 22.

40 So Sevin, H., *Die Gebiden*, München 1955, S. 13 f., der für sicher hält, daß bei den Gepiden eine Teilung in diesem Zeitraum erfolgte, und dem diese Datierung für die Teilung der Goten zumindest erwägenswert erscheint.

41 Schwarz, Eduard, a. a. O., S. 22 f.

Doch wie wenig geographische und damit verbundene ökonomische Faktoren allein eine Rolle spielen konnten, zeigt die Tatsache, daß sich die sozialen Veränderungen bei den Goten auch dort nachweisen lassen, wo sich die Bevölkerung in sehr großer Entfernung vom Römischen Reich angesiedelt hatte. Es kam zur Bildung regelrechter Residenz-Zentren oder -Höfe. Dort konzentrierten sich die Güter und Viehherden des jeweiligen Stammesfürsten, der gleichzeitig militärischer Führer, Oberpriester und höchster Richter war. Hier saßen auch seine Schreiber, Steuerpächter und andere "Beamten". Die Ausgrabungen eines solchen "Fürstensitzes" in Rumänien im Oktober 1973 zeigt, daß die Dörfer oder Weiler der gewöhnlichen Bevölkerung abseits lagen.<sup>42</sup> Daß in dieser Ordnung die germanischen wie einheimischen Bewohner, die nicht zur herrschenden Klasse gehörten, gemeinsamer Ausbeutung und Verpflichtungen zu Dienstleistungen unterworfen waren, legt der archäologische Nachweis nahe, wonach im 4. Jahrhundert auf rumänischem Boden Goten, Sarmaten und die lokale Bevölkerung gemeinsame Friedhöfe benutzten, das heißt auch zusammen an gleichen Stätten lebten.<sup>43</sup> Die bisher durchgeführten Grabungen zeigen ferner, daß beide Bevölkerungsteile, also Einheimische und Zugewanderte, sowohl Viehzüchter als auch Ackerbauern waren, worin Diaconu einen Beleg für die Sesshaftigkeit der dako-römischen und der gotischen Bevölkerung erblickt.<sup>44</sup> Constantinescu charakterisiert das Verhältnis zwischen Goten und autochthonen Volksschichten wie folgt: "Der fundamentale Gegensatz dieses Systems, basierend auf dem Tributsystem der Produktion, ist der zwischen den unterworfenen ländlichen Kommunen und der herrschenden Klasse als Ausbeuter: Der überdurchschnittliche Wohlstand der "Fürstensitze" basierte überall auf der Ausbeutung dieser ländlichen Kommunen."<sup>45</sup>

Zu ganz ähnlichen Feststellungen gelangt Harmatta, wenn er die Verhältnisse in Pannonien anlässlich der gotischen (und hunnischen) Landnahme im 5. Jahrhundert untersucht: "Aufgrund der neuesten archäologischen Forschungen hat man den Eindruck, daß sich sowohl die Hunnen als auch die Goten auf den großen kaiserlichen Domänen um den Plattensee herum niederließen. Die zurückgebliebenen romanisierten Kolonen arbeiteten weiter für die Herrscherschicht beider Völker, und auf diese Weise hat sich die römische Produktionstechnik gerade auf diesen Gebieten bis ins Mittelalter vererbt."<sup>46</sup> Den archäologischen Nachweis, daß selbst die Hunnen als dünne Oberschicht mit "spezifisch nomadischem Charakter" sich auf Tributforderungen an die Einheimischen in den von ihnen unterworfenen Territorien beschränkten und keineswegs die "Masse der Güterproduzenten" zu töten bzw. deren Äcker zu verwüsten trachteten, brachte unlängst Dolinescu-Ferche.<sup>47</sup>

Dabei ist bemerkenswert, daß - wie rumänische Ausgrabungen nachgewiesen haben - die Ackerbautechnik des 4. Jahrhunderts gegenüber früheren Perioden verbessert worden ist, was auf eine erhöhte Produktivität schließen läßt. Daneben spielte, wie die 1960 bei Bîrlad ausgegrabenen Werkstätten zeigen, das Handwerk eine beträchtliche Rolle. Aufgrund von Funden nimmt Ionița für diese Periode ei-

42 Diaconu, Gheorghe, On the socio-economic relations ..., a. a. O., S. 69.

43 Ebenda, S. 73.

44 Ebenda, S. 70.

45 Constantinescu, Miron, The tributary mode of production and the tributary system, in: Probleme economice, Bukarest, Nr. 11, 1972, S. 37.

46 Harmatta, Janos, Goten und Hunnen in Pannonien, in: Acta Antiqua Academiae Scientiarum Hungaricae, Nr. 19, 1971, S. 296.

47 Dolinescu-Ferche, Suzana, On the socio-economic relations between natives and Huns at the lower Danube, in: Relations ..., a. a. O., S. 97 f.

ne beträchtliche Spezialisierung in einzelnen Gewerben an. Die Bevölkerung sei wahrscheinlich in Handwerksproduktionszentren zusammengezogen worden.<sup>48</sup>

Es ist oft betont worden, daß Ackerbau und Handwerk für die Stämme östlich der römischen Donaugrenze eine Seite der Existenzmöglichkeiten bildeten, während der Handel die andere Seite ausmachte. Beispiele für Sarmaten, Quaden und Markomannen hatten wir angeführt. Auch bei den Goten war das nicht anders.<sup>49</sup>

Sicher lassen sich römische Einflüsse in der Produktion des "Barbarikums" jederzeit nachweisen - man denke nur an die römische Pflugschar<sup>50</sup>, von indirekten Entlehnungen ganz zu schweigen. Wir wissen auch von Handelsplätzen (emporja) oder Märkten (agora), die von den Römern eingerichtet wurden und einen wichtigen Platz im Wirtschaftsleben der einheimischen Bevölkerung einnahmen. Daher hat es die Westgoten schwer getroffen, als der römische Kaiser Valens<sup>51</sup> diese Einrichtungen bei ihnen reduzierte. Doch was haben diese Völker Rom geboten? Die Texte berichten relativ häufig über Notzeiten, in denen eigene Stammesangehörige gegen Nahrungsmittel bei römischen Kaufleuten eingetauscht werden mußten: "Bei einem Kriegszug in römisches Gebiet kam den Goten zustatten, daß ihnen ständig eine größere Menge Landleute zuliefen, die vor längerer Zeit verkauft worden waren (ex eadem gente multitudo dudum a mercatoribus venum dati), außerdem viele, die sie beim späteren ersten Übergang über den Fluß gegen billigen Wein oder kleine Stücke Brot eingetauscht hatten (quos trimo transgressu necati inedia vino exili vel panis frustis mutavere vilissimis), vom Hunger gepeinigt."<sup>52</sup>

Bekanntlich führte diese Art, mit den freien Völkern "Handel" zu treiben, zur Niederlage der Römer bei Hadrianopolis: "Da geschah es, wie gewöhnlich, bei noch nicht recht sesshaften Völkern (die auf der Flucht vor den Hunnen waren), daß Hungersnot unter ihnen ausbrach. Daher ersuchten ihre Führer die römischen Heerführer um Eröffnung eines Marktes. Aus Gewinnsucht ließen letztere nicht nur Fleisch von Schafen und Rindern verkaufen, sondern bald auch von verendeten Hunden und anderen Tieren zu hohen Preisen. So mußten sie (die Goten - H. F.) einen der ihren als Sklaven gegen einen Laib Brot eintauschen. Nachdem aber den Goten die Sklaven und Gerätschaften ausgegangen waren, forderten die habgierigen Kaufleute die Söhne als Zahlung."<sup>53</sup>

Leider bleibt auch hier unklar, um was für Geräte oder andere Erzeugnisse es sich im Normalfall gehandelt hat. Andere Quellen helfen ebenfalls nicht weiter. Nicht einmal über den germanischen Warenexport aus den mitteleuropäischen Gebieten sind sichere Aussagen möglich, obwohl die Quellenlage dafür vergleichsweise weitaus günstiger ist als für den sarmatisch-dakischen Raum. Entsprechend mager ist auch das Resümee, das Schlette ziehen kann: "Die wenigen schriftlichen Nachrichten sprechen von Pferden, Rindern, von Pelzen, Rinderhäuten und Getreide, von Sklaven und Bernstein ... Entweder konnte dies (sei-

48 Ionița, Ion, a. a. O., S. 77 - 79. - Den Nachweis, daß die Landwirtschaft der Goten z. Zt. des Ermanarich recht ertragreich gewesen sein muß, erbringt auch Ammianus Marcellinus 31, 3, 1. Dort ist von reichen Gauen (uberres pagos) die Rede.

49 Vgl. Ammianus Marcellinus 27, 5, 7.

50 Ionița, Ion, a. a. O., S. 77.

51 Vgl. Themistius, Orationes 10, 135 c - d.

52 Ammianus Marcellinus 31, 6, 5.

53 Jordanes, Getica 134.

tens der Römer - H. F.) durch Kriegskontributionen, durch Tribute oder auf dem Handelswege erworben werden... Über den Umfang können wir uns aber keine Vorstellungen machen.<sup>54</sup> Dabei müßten "Kriegskontributionen" und "Tribute" ausgeschieden werden, da sie nicht zum Handel im eigentlichen Sinne gehören. Gerade zur ersten Kategorie scheinen aber alle Getreidelieferungen zu zählen, die Rom erhielt.

Selbst die römischen Ausfuhr Güter lassen sich nicht in jedem Fall sicher ermitteln, da zu scheiden ist zwischen wirklich auf Tauschbasis von den Römern erworbenen Gegenständen und dem Erwerb durch Geschenk bzw. Raub. Als zweiter Unsicherheitsfaktor muß die Möglichkeit partiell erworben werden, daß Güter an Ort und Stelle nach römischen Mustern erzeugt wurden. Schließlich lassen sich leicht verderbliche Dinge archäologisch kaum mehr nachweisen, und die schriftlichen Zeugnisse sind auch hier recht dürftig. Demzufolge sind die Nachweise gerade der Warengruppe Bekleidung äußerst schwierig: So naheliegend etwa der Export römischer Textilien an die Goten ist, den Várady mit einleuchtenden Gründen vermutet, ein Nachweis aus den schriftlichen Quellen gelingt ihm nicht.<sup>55</sup> Auch die sehr instruktive Arbeit von Gabler für den Raum östlich von Pannonien muß sich auf die "harten" Ausfuhr Güter, in erster Linie Keramik, Fibeln und Glasgefäße, beschränken.<sup>56</sup> Doch schon die Zusammenstellung des zu diesem Thema vorhandenen Materials dürfte die immer deutlicher spürbare Lücke unserer Kenntnisse über die Beziehungen zwischen dem Imperium und seinen Nachbarvölkern im östlichen und südöstlichen Europa wesentlich verengt haben. An Gegengaben, die wir zuverlässig belegen können, bleiben bis jetzt wenig mehr als Sklaven - die auch im "normalen Handel" eine Rolle spielten, in dem Ausmaß, das wir weiter oben anzudeuten versuchten - sowie Tierprodukte.

Wichtig, weil bisher kaum genügend beachtet, ist der archäologische Nachweis von sarmatischer Keramik auf römischem Boden, doch ob diese importiert oder von angesiedelten Sarmaten erzeugt wurde, läßt sich nicht entscheiden. Für die gewerbliche Produktion interessant ist der Hinweis von Tacitus, wonach die Cotiner von den Jazygen Eisenerz bezogen.<sup>57</sup> Bekannt für den dakischen Raum sind auch gotische Eisenerzeugnisse, die am Ort hergestellt wurden. Doch läßt diese Tatsache kaum Rückschlüsse auf den römisch-sarmatischen oder germanischen Handel zu, wie sie Gabler zieht<sup>58</sup>, sondern beleuchtet "nur" die oben angesprochene handwerkliche Differenzierung bei diesen Völkern. So ist seine Feststellung, da der Handel zwischen Römern und Barbaren im 3. und 4. Jahrhundert einen bedeutenden Aufschwung erlebte<sup>59</sup>, bloß als Vermutung zu bezeichnen, wenigstens, wenn wir von der Wahrscheinlichkeit ausgehen, daß die letzteren einen Gegenwert geliefert haben<sup>60</sup>, der auch der römischen Wirtschaft zugute kam

54 Schlette, Friedrich, Formen des römischen Handels, in: Römer und Germanen in Mitteleuropa, Berlin 1975, S. 125.

55 Várady, László, a. a. O., S. 26.

56 Gabler, Dénes, Zu Fragen der Handelsbeziehungen zwischen den Römern und den "Barbaren" im Gebiet östlich von Pannonien, in: Römer und Germanen in Mitteleuropa, a. a. O., S. 87 - 121.

57 Tacitus, Germania 43.

58 Gabler, Dénes, a. a. O., S. 104 f. - Archäologische Nachweise der Eisenproduktion im 4. Jh. im heutigen Rumänien siehe Ionița, Ion, a. a. O., S. 77.

59 Gabler, Dénes, a. a. O., S. 105.

60 Dieser Ansicht ist auch Várady, László, a. a. O., der von "überaus regen Handelsbeziehungen (der Goten - H. F.) zu den Römern" spricht. Doch stützen



und der nicht nur in der Lieferung von Arbeitskräften bestanden haben dürfte. Am Schluß unserer Darlegungen wollen wir noch einmal folgende Gedanken wiederholen:

1. Sosehr auch immer zugegeben werden muß, daß für die Bevölkerung der Donauprovinzen des Römischen Reiches die Beziehungen zu den Völkerstämmen jenseits der Grenze des Imperiums häufig mit Verwüstung und Vernichtung gleichgesetzt worden sind und werden müssen: Eine Geschichte dieser ethnischen Einheiten, aus ihrer Blickrichtung aufgrund der umfangreichen Ausgrabungsergebnisse in der Sowjetunion, in Ungarn, Rumänien oder Bulgarien geschrieben, würde zweifellos auch wesentlich andere Aspekte belegen können.
2. Ein friedlicher, geregelter Warenverkehr war sowohl für die osteuropäischen Provinzen des Imperiums als auch für die "Barbaren" lebensnotwendig. Kriegerische Auseinandersetzungen, häufig durch Unterbrechungen dieses Austausch ausgelöst, waren keineswegs immer von den freien Stämmen jenseits der römischen Grenze verursacht worden. Häufig aber waren es gerade diese Stämme, die durch eine solche Interruption an ihrem Lebensnerv getroffen wurden.
3. Der Umfang der gegenseitigen Warenlieferungen, noch mehr aber der Anteil der Völker des eurasischen Steppengürtels, ist nach wie vor umstritten. Lediglich die Handelsware "Mensch" ist in allen Perioden bei ihnen bezeugt, doch dürfte sie nicht ihr einziges Exportgut gewesen sein.
4. Diese Vermutung wird auch dadurch genährt, daß Sarmaten und Germanenstämme zum überwiegenden Teil nicht mehr als schlechthin unseßhaft charakterisiert werden können. Besonders, jedoch nicht nur bei den Goten entdeckten Archäologen Anzeichen beginnender gesellschaftlicher Differenzierung und Beweise für die Fähigkeit dieser Völkerschaft, Ackerbau und Gewerbe zu betreiben.
5. Der kontinuierliche Fortbestand einer autochthonen, meist illyrischen oder keltischen Bevölkerung in den römischen Grenzprovinzen zwingt zu der Frage, wie nachhaltig die archäologisch nachweisbaren Schäden durch kriegerische Einfälle in ihren Auswirkungen tatsächlich gewesen sind. Zur Vorsicht könnte hier die Tatsache mahnen, daß die Stämme jenseits der Donau viel rascher untergegangen sind. Eine Erklärung scheint sich anzubieten: Sieht man von reinen Raub- und Beutezügen einmal ab, so konnte keiner der einfallenden Stämme ein Interesse daran haben, in dem anvisierten neuen Siedlungsgebiet seine eigenen Ressourcen zu zerstören, also einheimische Produktionsstätten und Produzenten zu vernichten.
6. Die aus den vorstehenden Ausführungen erkennbaren Unsicherheitsfaktoren, die einer systematischen historiographischen Erschließung der Beziehungen zwischen dem Römischen Reich und den Völkern des Steppengürtels nördlich

sich seine Angaben nur auf Ammianus Marcellinus 27, 5, 7, und Jordanes, Getica 134, die - wie wir oben sahen - von Ausnahmesituationen ausgehen. Themistius 10, 135 c - d, erwähnt hingegen lediglich - siehe oben -, daß die Handelsbeziehungen zwischen Römern und Westgoten seit 370 u. Z. eingeschränkt worden seien. Über die Art dieser Handelsbeziehungen erfahren wir nichts.

des Schwarzen Meeres entgegenstehen, ergeben sich nicht zuletzt aus der Quellenlage. Da es nur wenige schriftliche Zeugnisse zu diesem Themenkomplex gibt, sind wir auf archäologische Aussagen angewiesen. Diese sind jedoch mitunter nicht sicher zu interpretieren: Häufig fehlen noch immer zahlreiche Zwischenglieder. Deshalb ist gerade bei unserem Forschungsgegenstand damit zu rechnen, daß selbst fundiert erscheinendes Wissen über bestimmte Zusammenhänge durch neue Erkenntnisse überholt wird.

# *Literaturkritik*

## WIRTSCHAFTSGESCHICHTE UND KUNST

### Betrachtungen zu

Francis D. Klingender, Kunst und Industrielle Revolution, aus dem Englischen übersetzt von Eva Schumann = Neue Bibliothek der Kunst und Kulturgeschichte

VEB Verlag der Kunst, Dresden 1974, 268 Seiten, 117 Abbildungen und Bildtafeln, Preis: 48,- M

Ingrid Möller, Der Bauer in der Kunst

VEB E. A. Seemann-Verlag, Leipzig 1973, 66 Seiten und 46 Bildtafeln, Preis: 16,50 M

Wolfgang Hütt, Die Arbeit in der Kunst

VEB E. A. Seemann-Verlag, Leipzig 1974, 67 Seiten und 46 Bildtafeln, Preis: 16,50 M

von Hans-Heinrich Müller

Bereits in den "Ökonomisch-philosophischen Manuskripten", jenen berühmten Fragmenten, in denen uns Marx tiefe Einblicke in seinen geistigen Entwicklungsgang gewährt, gelangt er zu der Erkenntnis, daß die gesellschaftliche und menschliche Wirksamkeit in mannigfacher Weise erfaßt werden kann, wenn er feststellt: "Der Mensch eignet sich sein allseitiges Wesen auf eine allseitige Art an, also als ein totaler Mensch. Jedes seiner menschlichen Verhältnisse zur Welt, Sehn, Hören, Riechen, Schmecken, Fühlen, Denken, Anschauen, Empfinden, Wollen, Tätigsein, Lieben, kurz, alle Organe seiner Individualität, wie die Organe, welche unmittelbar in ihrer Form als gemeinschaftliche Organe sind, sind in ihrem gegenständlichen Verhalten oder in ihrem Verhalten zum Gegenstand die Aneignung desselben. Die Aneignung der menschlichen Wirklichkeit, ihr Verhalten zum Gegenstand ist die Betätigung der menschlichen Wirklichkeit; sie ist daher ebenso vielfach, wie die menschlichen Wesensbestimmungen und Tätigkeiten vielfach sind".<sup>1</sup>

Was der junge Marx 1844 in den ersten genialen, schon richtungweisenden Skizzen der wissenschaftlichen Weltanschauung des Proletariats<sup>2</sup> über die praktischen

1 Marx, Karl, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: Marx/Engels, Werke, Ergänzungsbd., T. 1, Berlin 1968, S. 515 f.

2 Vgl. die Einleitung in Marx, Karl, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, Geschrieben von April bis August 1844. Nach der Handschrift, Einleitung und

Grundlagen der ästhetischen Aneignung der Wirklichkeit entwarf, hat er fünfzehn Jahre später, 1859, in "Zur Kritik der Politischen Ökonomie", wo er im Vorwort zum erstenmal den historischen Materialismus in klassischer Klarheit und Ausdruckskraft zusammenfaßte, näher definiert.<sup>3</sup> Vor allem in der "Einleitung" finden wir die spezifische Unterscheidung zwischen der wissenschaftlichen und der anderen, der künstlerischen Aneignung der Wirklichkeit in dem Satz: "Das Ganze, wie es im Kopf als Gedankenganzes erscheint, ist ein Produkt des denkenden Kopfes, der sich die Welt in der ihm einzig möglichen Weise aneignet, einer Weise, die verschieden ist von der künstlerischen, religiösen, praktisch-geistigen Aneignung dieser Welt."<sup>4</sup>

Künstlerische Aneignung der Welt ist also eine Betätigung der menschlichen und gesellschaftlichen Wirksamkeit.

In der Vergangenheit (und bisweilen auch heute noch) wurde oft gestritten, ob Kunst vom Können oder vom Künden abzuleiten sei. Im verbreitetsten Nachschlagewerk der DDR, in "Meyers Neuem Lexikon", gesellt sich Kunst zu "können". Doch die künstlerische Aneignung der Welt verlangt nicht nur "Können", um sich die reale Welt "künstlerisch" anzueignen, sondern die Art und Weise, wie sich der Künstler die Welt aneignet, kündigt zugleich von seinen Bemühungen, Empfindungen und Regungen, von seiner Sicht, seinem Anschauen und seinem Ausdeuten, kündigt von seiner Gestaltung seiner schöpferischen Kraft und von seinen Wirkungsabsichten.

Und alle großen Künstler, groß, weil sie niemals nur ein Bild äußerer Natürlichkeit anstrebten, sondern das "Wahrhaftige in der Natur" (Dürer), im Leben, in der Gesellschaft suchten, weil sie uns die Wirklichkeit erkennen halfen, die Menschlichkeit förderten und aus dem Born des Volkes schöpften, weil sie den Menschen sich seiner selbst bewußt werden ließen, alle großen Künstler waren Kunder des Neuen.

Johann Gottfried Herder, der bedeutendste Theoretiker des Sturm und Drangs und der deutschen Klassik, der so stark Goethe und Schiller beeinflusste, erkannte im Kampf gegen Absolutismus und Feudalismus, daß die Künste dem Gesetz der Entwicklung unterliegen und entdeckte das Volk als die Quelle aller Kultur. Durchdrungen von tiefer Humanität, verkündete er die umwälzende These von der Fähigkeit aller Völker, künstlerische Leistungen von Weltrang zu vollbringen, und mahnte zugleich, daß eine Kunst, die sich vom Volk entfernt, dem Verfall preisgegeben ist.<sup>5</sup>

"Und eben darum, weil die wahre Kunst etwas Reelles und Objektives will, so kann sie sich nicht bloß mit dem Schein der Wahrheit begnügen; auf der Wahrheit selbst, auf dem festen und tiefen Grunde der Natur errichtet sie ihr ideales Gebäude" - mit diesen Worten aus der Vorrede zur "Braut von Messina" (1803) be-

Anmerkungen v. Joachim Höppner, Leipzig 1974 = Reclams Universal Bibliothek, Nr. 448.

3 Vgl. dazu Mehring, Franz, Karl Marx, Geschichte seines Lebens, Berlin 1960, S. 264 ff.

4 Marx, Karl, Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1961, S. 632 f.

5 Vgl. Herder, Johann Gottfried, Ideen zur Philosophie der Menschheit, in: Herders Werke, hg. v. Heinrich Düntzer, T. 9 - 12, Berlin o. J.: derselbe, Briefe zu Beförderung der Humanität, in: ebenda, T. 13.

kundete der "Dichter der Sehnsucht" und einer demokratischen Nation, Friedrich Schiller, "ein grandioser Geist und Charakter" (Goethe), nicht nur die unabdingbare Einheit von Kunst und Wirklichkeit, sondern dieser deutsche Genius und Meister realistischer Kunstgestaltung, der mit Goethe so ernsthaft um eine Theorie der Kunst rang und zu einem Entdecker der Gesetze der realistischen Ästhetik wurde<sup>6</sup>, verlangte vom wahren Künstler den Griff in das Zukünftige:

Erhebet euch mit kühnem Flügel  
Hoch über euren Zeitenlauf,  
Fern dämmre schon in eurem Spiegel  
Das kommende Jahrhundert auf!

Ebenso wie Schiller und Goethe bekannte auch Heinrich Heine, der Schöpfer funkelnder, spöttischer, rebellischer und volksliedhafter Verse, der Dichter des "Buchens der Lieder", der größte politische Dichter Deutschlands im 19. Jahrhundert und schonungslose Kritiker deutscher Mißstände, daß die "Künste nur der Spiegel des Lebens sind" und sie ohne "fortschreitende Humanität" ihrer Aufgabe nicht gerecht werden können. Volksverbundenheit und Ermittlung der Perspektiven des Menschen forderte er vom Künstler, Parteinahme für eine humanistische Zukunft. Wie anders sollte man sonst die Worte Heines, des revolutionären Demokraten, dessen Verse im "Wintermärchen" vom Emanzipationskampf des Proletariats widerhallen, deuten? !: "In der Brust der Schriftsteller eines Volkes liegt schon das Abbild von dessen Zukunft."<sup>7</sup>

Alle Kunst, ganz gleich, ob es sich um Verse, Dramen oder Prosa, um Malerei Musik oder Plastik handelt, ist im Grunde ein Bericht vom Menschen. "Die Kunst aber ist stets auf den Menschen als Subjekt bezogen. Auch sie zeigt ihn in objektiven Zusammenhängen, auch sie macht ihm etwas Objektives bewußt, aber stets geht es darum, den Menschen als Subjekt zu erreichen, ihn als Persönlichkeit anzusprechen, zu entwickeln, zu bilden."<sup>8</sup> Doch alle echte Kunst ist nur zugänglich, teilt dem Menschen nur einen Sinn mit, reizt nur zum tiefen Betrachten und zum Vergnügen, regt nur zum kritischen Verhalten an, wenn der Künstler kein inhaltsleeres Spiel mit Formen und Formeln treibt. Er muß vielmehr die Formen als gestaltendes Instrument benutzen, als Architekt des gesellschaftlichen Bewußtseins wirken. Das setzt die Aufrichtigkeit des Künstlers voraus. Das erfordert die Widerspiegelung der jeweiligen Epoche und deren Charakters, die Herausarbeitung des Lebensstils der Klasse, die entweder der Epoche das Hauptgepräge gibt oder sich der Herrschaft machtvoll nähert.<sup>9</sup>

Immer trat und tritt echte Kunst in ihr ureigenes Recht - dem Betrachter etwas zu sagen, Gedanken und Gefühle zu bewegen, war sie stets ein unentbehrliches

6 Vgl. Schiller, Friedrich, Über Kunst und Wirklichkeit, Schriften und Briefe zur Ästhetik, hg. u. eingeleitet v. Claus Träger, Berlin 1975 = Reclams Universal Bibliothek, Bd. 595; Abusch, Alexander, Schiller. Größe und Tragik eines deutschen Genius, 5. Aufl. Berlin 1975.

7 Heine, Heinrich, Die Romantische Schule, in: Heinrich Heine, Sämtliche Werke in zwölf Teilen, hg. v. Paul Beyer, Karl Quenzel u. Karl Hanns Wegener, T. 11, Leipzig o. J., S. 25, 27, 115.

8 Hütt, Wolfgang, Vom Umgang mit der Kunst, Berlin 1974, S. 225.

9 Vgl. dazu Dawydow, Juri N., Die Kunst als soziologisches Phänomen. Zur Charakteristik der ästhetisch-politischen Ansichten bei Platon und Aristoteles, Dresden 1974; Lunatscharski, Anatoli, Die Revolution und die Kunst, 2. Aufl. Dresden 1974.

Element des gesellschaftlichen Lebensprozesses, mit dessen Hilfe sich der Mensch in sinnlich faßbaren Bildern seinen eigenen Lebensprozeß, seinen historischen Standort, seine Verwirklichungsmöglichkeiten als historisches Subjekt, seine Lebensziele und Zukunftsaussichten zu vergegenwärtigen suchte.<sup>10</sup>

Immer war echte Kunst wahrhaftige Kunst, griff sie mutig ins Leben, waren ihre Werke von großen Ideen getragen, dokumentierte sie in Bildschöpfung und Sinngebung einen humanistischen Anspruch, machte sie Geschichtsbewußtsein höchst lebendig.

Immer war echte Kunst progressive Kunst. Und wenn lebens- und menscheitsbedrohende Kräfte sich anschickten, das Werk der Zerstörung zu betreiben, dann war echtes Künstlertum identisch geworden mit dem Kampf gegen Tod und Zerstörung, offenbarte es das Wesen aller echten Kunst: Erschütterung des Gewissens.

In diesem Sinne erkannten viele großen Künstler in Vergangenheit und Gegenwart ihren Auftrag und ihre Erfüllung. So handelte Johann Wolfgang Goethe, als er zornig die Verspottung der Juden auf der Bühne mit den Worten verbot: "Es ist schändlich, eine Nation, die so ausgezeichnete Talente in Kunst und Wissenschaft aufzuweisen hat, gleichsam an den Pranger zu stellen."<sup>11</sup> So handelte Maxim Gorki, der Begründer des sozialistischen Realismus, als er mit dem "Lied vom Sturmvogel" (1901) die Unmenschlichkeit des Zarismus bekämpfte und zum Verkünder der Revolution wurde. So handelte Pablo Picasso, der große spanische Maler, als er mit dem Bild "Guernica" (1937) die Barbarei des Faschismus geißelte. So handelte Bert Brecht, der Dramatiker von Weltruf und poetische Propagandist des Proletariats, als er nicht nur in vielen seiner Theaterstücke und Parabeln die Untergangsstufe des Kapitalismus bloßlegte, sondern in zahlreichen Briefen und Aufrufen die friedensbedrohende Atombombenpolitik des Imperialismus anprangerte. So handelten viele Dichter, Schriftsteller, Maler und Bildhauer - damals wie heute.

Kunst reizt zum Betrachten, bewegt Gefühle und bereitet Freude und fördert schöpferische Kräfte. Kunst ist eine "ideologische Form" (Marx) und festigt das gesellschaftliche Bewußtsein, sie gewinnt daher an Bedeutung für das "produktive Leben". Kunst ist also auch ein wichtiges Mittel der Erkenntnis!

Macht nun die marxistische Wirtschaftsgeschichte der DDR von der Kunst, von diesem "unentbehrlichen, unersetzbaren geistigen Mittel der Gesellschaft, wie es in einem Dokument des Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik heißt<sup>12</sup>, regen Gebrauch, zumal die Künste mit einem der Untersuchungsobjekte der Wirtschaftsgeschichte, dem Entwicklungsprozeß der Produktivkräfte, unmittelbar verknüpft sind? Bedienen sich die Wirtschaftshistoriker der Kunst, wenn sie aufwirt-

10 Vgl. Philosophisches Wörterbuch, hg. v. Georg Klaus u. Manfred Buhr, Bd. 1, 10. Aufl. Leipzig 1974, S. 689 ff.

11 Vgl. dazu Grotewohl, Otto, Ambo oder Hammer, Rede an die deutsche Jugend auf der Goethefeier der Freien Deutschen Jugend am 22. März 1949 in der Weimar-Halle, Berlin 1949, S. 70 f.

12 Beschluß des Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik vom 30. November 1967. - Es heißt darin genau: "Die Künste sind ein unentbehrliches, unersetzbares geistiges Mittel der Gesellschaft, dieses Bild des sozialistischen Menschen zu entwerfen und es als erstrebenswert auf die Menschen wirken zu lassen."

schaftshistorische Entdeckungen ausgehen, greifen sie auf die Kunst und Kunstgeschichte zurück, um zu neuen Sichten und Einsichten zu gelangen, befragen sie Bildwerke, Dichtungen und literarische Werke, um gesellschaftliche Zusammenhänge erklären oder anschaulicher gestalten zu können, zumal auch die Wirtschaftsgeschichte die Notwendigkeit und Nützlichkeit der interdisziplinären Forschung anerkennt?

Doch während sich die Wirtschaftshistoriker mit Technik- und Wissenschaftshistorikern, mit Volkskundlern, Philosophen und Soziologen schon zusammenfinden, um etwa bei der Erforschung der Geschichte der Produktivkräfte zum Nutzen der jeweiligen Disziplin gegenseitig zu geben und zu nehmen, während Wirtschaftshistoriker aus technik-, wissenschafts- und bildungsgeschichtlichen, aus ethnographischen, philosophischen und soziologischen Arbeiten mitunter schon recht kräftig schöpfen, wird von ihnen die Kunst als "wirtschaftshistorisches Erkenntnis-mittel" noch kaum genutzt. Ja, man hat sogar den Eindruck, daß den Wirtschaftshistorikern die Bedeutung der Kunst für ihre Disziplin noch kaum bewußt geworden ist. Mir scheint, daß noch immer Engels Worte, die er 1889 an C. Schmidt richtete, von ihrer Gültigkeit nichts verloren haben: "Und es ist theoretisch doch noch so viel zu tun, namentlich auf dem Gebiet der ökonomischen Geschichte und ihrer Zusammenhänge mit der politischen, der Rechts-, Religions-, Literatur- und Kulturgeschichte überhaupt, wo nur ein klarer theoretischer Blick den richtigen Weg im Labyrinth der Tatsachen zu zeigen imstande ist."<sup>13</sup>

Allerdings gibt es eine Ausnahme - Jürgen Kuczynski, den Nestor der Wirtschaftsgeschichte der DDR.

Er hat bewiesen, wie fruchtbar die Beschäftigung mit der Kunst für die Wirtschaftsgeschichte sein kann.<sup>14</sup> Wie überaus anregend liest es sich, wenn er neue Bewertungen für ökonomische und politische Zusammenhänge aus dem Studium der deutschen, englischen und französischen Literatur gewinnt. Wie freut man sich über seine produktiven Fragestellungen bei der Untersuchung der Beziehungen zwischen Gesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaftsgeschichte und Kunst, auch wenn er dabei feststellen muß, daß wir bei der Beherrschung dieser Problematik doch noch recht weit zurück sind. Um so mehr sollten wir daher die Kunstberücksichtigen, denn er hat überzeugend dargestellt, welche Hilfe sie bei der Erfassung der historischen Wirklichkeit gewährt.

Wäre aber auch nicht schon manches gewonnen, wenn sich die Wirtschaftshistoriker etwas mehr einiger Mittel der "literarischen Kunst" bedienen würden? Würden ihre Arbeiten nicht gewinnen, wenn der Inhalt ihrer Untersuchungen etwas mehr mit der "Form" in Übereinstimmung stände? Würde etwas mehr an bildhafter Sprache, ein Hauch mehr an Leidenschaft, ein Quentchen mehr an emotionaler Ausdruckskraft in ihren Darstellungen den Leser nicht besser ansprechen?

<sup>13</sup> Engels, Friedrich, Brief an C. Schmidt, London, 17. 10. 1889, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 37, Berlin 1967, S. 290 f.

<sup>14</sup> Vgl. Kuczynski, Jürgen, Gestalten und Werke. Soziologische Studien zur deutschen Literatur, Berlin/Weimar 1969; derselbe, Gestalten und Werke. Soziologische Studien zur englischsprachigen und französischen Literatur, Berlin/Weimar 1971; derselbe, Die Muse und der Historiker. Studien über Jacob Burckhardt, Hyppolite Taine, Henry Adams, Berlin 1974 = Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Sonderband; Kuczynski, Jürgen/Heise, Wolfgang, Bild und Begriff. Studien über die Beziehungen zwischen Kunst und Wissenschaft, Berlin/Weimar 1975.



Würde etwas weniger an Stereotypen und etwas mehr an "darstellerischer Kunst" die Anschaulichkeit ihrer Forschungsergebnisse nicht erhöhen? Sollten wir uns nicht zwingen, etwas musischer zu fühlen und zu arbeiten, um auf unsere Weise zu einem lebendigen Geschichtsbewußtsein beizutragen? Wir können dabei an große Vorbilder anknüpfen. Es waren doch gerade Marx und Engels, die zum Beispiel im "Kommunistischen Manifest" mit hinreißender Bildhaftigkeit, glanzvollem Stil, rhetorisch packend, leidenschaftlich und spannend ein überzeugendes Geschichtsbild entwarfen. Die große Bedeutung und weltweite Wirksamkeit des "Kommunistischen Manifestes" beruhte wohl doch darauf, daß es als einzigartiges gesellschaftsprogrammatische Schrift ebenso groß war wie als literarisches Kunstwerk. Die Größe und Bedeutung von Marx und Engels beruhten wohl doch darauf, daß sie als revolutionäre Wissenschaftler ebenso groß waren wie als überzeugende Propagandisten, die die Kunst der Sprache und der emotionalen Ausdruckskraft beherrschten!<sup>15</sup>

Wohl jede Revolution und revolutionäre Bewegung entzündet neue Ideen und Empfindungen, wohl jede Revolution ist durch zahlreiche, mitunter äußerst komplizierte Fäden mit der Kunst verknüpft. Revolutionen nehmen Einfluß auf die Kunst, wie andererseits die Revolution die Kunst braucht. "Die Revolution muß die Kunst", wie sich einmal der überragende und vielseitig gebildete Propagandist der marxistischen Ästhetik und sowjetische Staatsmann, Lunatscharski, äußerte, "zu deren eigentlichen Bestimmung zurückführen, dem machtvollen und mitreißenden Ausdruck großen Denkens und großen Erlebens."<sup>16</sup> Erinnern wir uns nur an Jaques-Louis David, den großen Maler der Französischen Revolution. Er forderte in den Tagen, als die Bourgeoisie sich anschickte, die ersten Seiten ihres weltgeschichtlichen Buches aufzuzeichnen, daß die Kunst unter die Lehrer der Menschheit gehen solle. Und je inniger er sich mit den Zielen der Großen Französischen Revolution verband und je unmittelbarer er seine Kunst in den Dienst der revolutionären Bewegung stellte, desto größer war der künstlerische Wert seiner Schöpfungen. Während der Revolution, als er ganz von den revolutionären Ideen beherrscht war und er seinen "Schwur im Ballhaus" und seinen "Tod des Marat" malte, stand seine Kunst auf der Höhe der Zeit. Später jedoch, als er nach Brüssel emigrierte und jede Beziehung zur politischen Wirksamkeit verlor, verkümmerte seine künstlerische Erlebnis- und Ausdrucksfähigkeit.<sup>17</sup> Denken wir an den Arzt, Dichter und Kunstkritiker des rheinischen liberalen Bürgertums in den Jahren des Vormärz, Wolfgang Müller von Königswinter, der über den Zusammenhang von Kunst und revolutionärer Bewegung 1847 schrieb: "Unsere Kunstgeschichte ist auch Politik ... Unsere Kunst, die streitbare Kirche unseres Künstlertums - ist ein großes Zeichen der Zeit, darum ist sie auch politisch. Je lauter die Ästhetiker rufen, daß unsere Kunst nichts Fertiges, daß sie nur ein Anlauf und ein Ringen sei, um so bestimmter müssen die Politiker sagen, daß sie ihnen gehöre".<sup>18</sup> Oder erwähnen wir den Düsseldorfer Künstler Karl Wilhelm Hübner, "einen der besten deutschen Maler", wie ihn Engels nannte. Er

<sup>15</sup> Vgl. dazu auch Hager, Kurt, Der IX. Parteitag und die Gesellschaftswissenschaften, in: Neues Deutschland, 26. 11. 1976, S. 3; Kuczynski, Jürgen / Heise, Wolfgang, a. a. O., S. 416 ff.

<sup>16</sup> Lunatscharski, Anatoli, a. a. O., S. 27.

<sup>17</sup> Vgl. Hauser, Arnold, Sozialgeschichte der Kunst und Literatur, München 1973, S. 670.

<sup>18</sup> Zit. nach Hütt, Wolfgang, a. a. O., S. 196.

schuf 1844 das realistische Gemälde vom Elend der schlesischen Weber. Von Ausstellung zu Ausstellung wandernd, förderte es die "sozialen Ideen" einer auf eine Revolution hindrängenden Bewegung und agierte "wirksamer für den Sozialismus", um wiederum an Engels anzuknüpfen, "als hundert Flugschriften".<sup>19</sup>

War aber die Kunst nur mit sozialen Revolutionen und deren Bewegungen verflochten? War sie nur die bildhafte oder literarische Ausdrucksform jener notwendigen gesellschaftlichen Ereignisse, in denen die sozialen Widersprüche, die Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse, der Basis und des Überbaus gelöst oder auch nicht gelöst wurden? Nahm die Kunst auch an der Industriellen Revolution teil? Empfing sie von ihr große Ideen und Anregungen? Setzte sie sich mit jener "Umwälzung der Betriebsweise"<sup>20</sup> auseinander, die sich unmittelbar mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise verbindet, die den Sieg der sozial-ökonomischen Revolution des Kapitalismus sicherte, weil sich die Maschine bzw. das Maschinensystem als zunächst "dem Kapital überhaupt adäquate Existenz" des Arbeitsmittels erweist?<sup>21</sup>

Ob die Kunst mit der Industriellen Revolution lose oder intensive Beziehungen hatte, ob die Industrielle Revolution von Malern, Dichtern, Schriftstellern oder Bildhauern in ihren Werken reflektiert, gewürdigt, gefeiert oder verabscheut wurde, auf diese Fragen erhalten wir Antwort in dem vom Verlag der Kunst präsentierten Band "Kunst und Industrielle Revolution".

Es ist ein bemerkenswertes, originelles, einmaliges, mit üblichen kunstgeschichtlichen Werken kaum zu vergleichendes Buch. Es ist ein Buch von eigenartigem Reiz, das uns Klingender, der 1955 verstorbene englische Kunst-, Wirtschafts- und politische Historiker, geschenkt hat und von Eva Schumann ausgezeichnet übersetzt wurde.

Schon seine Entstehungsgeschichte ist aufschlußreich. Angeregt durch eine von der Vereinigten Maschinenbauer-Gewerkschaft anlässlich ihres fünfzigjährigen Bestehens geförderte Kunstausstellung "Der Maschinenbauer im britischen Leben" im Jahre 1945, begann Klingender "die Wirkung der industriellen Revolution auf die Kunst" (S. 7)<sup>22</sup> zu untersuchen und schrieb das Buch in enger Zusammenarbeit mit dem Arbeiterbildungsverein von North Staffordshire. Diese Zusammenarbeit mit den Arbeitern, die Verbindung mit dem Volk als Quelle aller Kultur, wie es Johann Gottfried Herder vor zweihundert Jahren forderte, hat sich gelohnt, sie hat wahrlich reife Früchte der Erkenntnis hervorgebracht.

Das Buch wurde 1974 als "Schönstes Buch der DDR" ausgezeichnet. Es ist ja auch drucktechnisch hervorragend ausgestattet. Beeindruckend sind allein schon die zahlreichen vorzüglich wiedergegebenen Reproduktionen aus der Welt der Industriellen Revolution Englands im 18. und frühen 19. Jahrhundert, die Klingender mit großem Fleiß aus staatlichen und lokalen Museen, aus Gemäldegalerien und Bibliotheken zusammengetragen hat. Und der Anblick der Bilder zeitigt Wir-

19 Engels, Friedrich, Rascher Fortschritt des Kommunismus in Deutschland, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 2, Berlin 1957, S. 510.  
20 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke Bd. 23, Berlin 1962, S. 496.  
21 Derselbe, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, 2. Aufl. Berlin 1974, S. 584.  
22 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich jeweils auf das besprochene Buch.

kungen. Wir "erleben" geradezu die revolutionären Wandlungen, die sich in der Technik und Gesellschaft jener Zeit vollzogen. Die Industrieansichten, die Gemälde von den Kanal- und Eisenbahnbauten, die Illustrationen aus der Welt von Eisen, Kohle und Stahl, die Ingenieurwerke, die Zeichnungen von der industriellen Architektur und aus dem Leben der Arbeit, sie alle bieten dem Wirtschaftshistoriker ein Anschauungsmaterial, das ihn in die Lage versetzt, die Entwicklungsprozesse in England gleichsam neu und viel tiefer als bisher zu erfassen. In der Tat ein Stück erregender Geschichte der Produktivkräfte, die uns die Bilder vermitteln. Hier zeigt sich die Kunst nicht nur als "Spiegel des Lebens" (Heine), als Spiegel der Industriellen Revolution, sondern sie erfüllt ihre ureigentliche Funktion: Sie ruft Empfindungen und Wahrnehmungen hervor, sie bewegt Gedanken und Gefühle. Wer diese Bilder zum ersten Mal sieht, empfindet plötzlich die kühne Großartigkeit der Industriellen Revolution, die Entfesselung der Produktivkräfte, die stürmische Entfaltung der Wissenschaft in England - zu einer Zeit, in der Deutschland trotz mancher gewerblicher Fortschritte noch wie ein unberührter Flecken ländlicher Abgeschiedenheit anmutet. Er fühlt, wie auf allen Gebieten die Horizonte geweitet wurden, wie die Maschine ein wahrer Grenzstein im Ablauf der Menschheitsgeschichte ist, wie die Technik über alle natürlichen Traditionen hinauswächst und aus Naturlandschaften "Zivilisationsräume" werden. Durch die bildhafte Anschauung begreift und fühlt der Historiker das Wesen der Industriellen Revolution, die tief einschneidenden technischen, sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen in England im 18. und frühen 19. Jahrhundert ungleich besser und viel umfassender, als es je eine nur das Denken und den Verstand ansprechende wissenschaftliche Analyse vermag.<sup>23</sup> Und überhaupt erst die Einheit von wissenschaftlicher Analyse und künstlerischer Darstellung läßt uns erkennen und voll bewußt werden, daß "keine Revolution je so dramatisch revolutionär (war) wie die 'Industrielle Revolution' - ausgenommen vielleicht die neolithische".<sup>24</sup>

Doch nicht nur die Reproduktionen sprechen an, auch der Text ist höchst fesselnd. Klingender gelingt es ganz ausgezeichnet, die Wechselbeziehungen zwischen Kunst und Wirtschaft, die Widerspiegelung der Industrie in den Gemälden und in der Literatur, die gegenseitige Durchdringung von Kunst und Wirtschaft, das Verhältnis von Kunst und produktiver Arbeit und schließlich die Kunst als Produkt gesellschaftlicher Verhältnisse darzustellen. Er vermittelt Geschichte der Technik, Wissenschaft, Ökonomie und Kunst als dialektische Einheit. Gedichte, Verse und Lieder aus der Welt der Technik und Arbeit sind eingestreut. Sie lockern die Darstellung auf, ergänzen die Ausführungen, dienen als Beweis - und erhöhen ungemein die Lesbarkeit, wie sie auch willkommene Abwechslung in das Buch bringen. Es ist aber nicht nur die "industrielle Poesie", die uns gefangen nimmt. Klingender besitzt auch die Gabe, "die Revolution in der Technik", "das Zeitalter der Eisenbahnen" oder die "neuen Menschen", wie einzelne Kapitel heißen, greifbar vor Augen zu führen. Er weiß Erfindungen und Veränderungen in Bergwerken, Eisenhütten und Dampfmaschinenfabriken, in Gasanstalten, im Verkehrswesen und in der Architektur, er weiß technische Details mit höchster Plastizität zu schildern, ohne dabei die gesellschaftlichen Zusammenhänge oder Hintergründe

23 Zum Problem wissenschaftlicher und künstlerischer Erfassung der Wirklichkeit vgl. Kuczynski, Jürgen/Heise, Wolfgang, a. a. O., S. 388 ff.; Hütt, Wolfgang, a. a. O., S. 194 ff.

24 So Cipolla, Carlo M., Die Industrielle Revolution in der Weltgeschichte, in: Knut Borchardt, Die Industrielle Revolution in Deutschland, München 1972, S. 7.

aus dem Auge zu verlieren. Er hat eine gute Sache mit guten Mitteln betrieben, wie Johannes R. Becher zu sagen pflegte. Man lese beispielsweise den Abschnitt über den Kristallpalast - eine "weltliche Basilika", wie ihn der preußische Gesandte in London, Bunsen, bezeichnete, in dem 1851 die Erste Industrieausstellung aller Völker eröffnet wurde, eine Ausstellung, auf der die Bourgeoisie im "Bewußtsein ihrer Kraft" (Marx) ihr größtes Fest feierte und der britische Kapitalismus die Stunde seines höchsten Triumphes erlebte -, um zu erkennen, wie Klingender technische Details sinnvoll mit der Schilderung kapitalistischer Organisation und den Auswirkungen kapitalistischer Ausbeutung verflochten hat. Zunächst läßt er ein Mitglied des Exekutivkomitees zu Worte kommen: "'Ohne die vollkommene Disziplin, die durch lange Erfahrungen im Leiten der Tätigkeit großer Arbeitermassen jetzt in England ganz allgemein geworden ist, wäre es unmöglich gewesen, in so kurzer Zeit einen so neuartigen riesenhaften Bau zu errichten wie den Friedenstempel, dessen Tore, wie wir zuversichtlich hoffen, der ganzen Welt für viele kommende Jahre offen stehen werden'", um dann selbst fortzufahren: "Der Kristallpalast von Joseph Paxton (1801 bis 1865) war 554 Meter lang und 42 Meter hoch. Der umbaute Raum betrug über eine Million Kubikmeter. Er bestand aus 2 300 gußeisernen Trägern im Gewicht von 3 500 Tonnen, 358 schmiedeeisernen Gerüsten im Gewicht von 550 Tonnen und 100 000 m<sup>2</sup> Glas. Das Grundstück für den Bau wurde am 30. Juli erworben und der erste Träger am 26. September 1850 aufgestellt. Die Anzahl der beschäftigten Arbeiter stieg von neununddreißig in der ersten Septemberwoche auf 2 260 in der ersten Dezemberwoche und sank bis März selten unter 2 000. Ihre Arbeitsweise war so sorgfältig berechnet und das ganze Vorgehen so ausgezeichnet organisiert, daß in einer einzigen Woche achtzig Mann nicht weniger als 18 000 Glasscheiben einsetzen konnten. Über dem Bestaunen dieser sinnbildhaften Leistung und über dem bunten Lärm der großen Masse vergaß das bürgerliche England für einige Zeit die Nöte und Kämpfe der hungrigen vierziger Jahre. Vergessen hatte die Bourgeoisie auch die verseuchten Elendsviertel in all den großen Industriezentren, wo die durchschnittliche Lebenserwartung, zum Beispiel in einer Stadt wie Manchester, für 'Kopfarbeiter und die besitzenden Stände und ihre Angehörigen' achtunddreißig Jahre betrug, für 'Gewerbetreibende und ihre Angehörigen' zwanzig Jahre und für 'Handwerker, Arbeiter und ihre Angehörigen' siebzehn Jahre, während die entsprechenden Zahlen im ländlichen Rutlandshire zweiundfünfzig, einundvierzig und achtunddreißig Jahre waren" (S. 141).

Vergleicht man diese Beschreibung des Kristallpalastes mit jener aus dem jüngsten Werk von Utz Haltern, in dem die Weltausstellung von 1851 mit Fleiß und großer Sachkenntnis auf ausgedehnter Materialbasis untersucht wird, das gewiß viele Anregungen und neue Erkenntnisse vermittelt, so stellt man dennoch fest, daß der künstlerische Blick des marxistischen Wirtschaftshistorikers Klingender das Geschehen um den Kristallpalast und die Londoner Weltausstellung auf weniger Seiten viel eindringlicher, überzeugender und farbiger eingefangen hat als die analytische Sicht des strukturhistorisch orientierten Haltern, dem das Werk Klingenders auch unbekannt ist.<sup>25</sup>

"Kunst und Industrielle Revolution" nennt Klingender sein Buch. Die Epoche, die von der Industriellen Revolution beherrscht wurde, dauerte in England von etwa

<sup>25</sup> Vgl. Haltern, Utz, Die Londoner Weltausstellung von 1851. Ein Beitrag zur Geschichte der bürgerlich-industriellen Gesellschaft im 19. Jahrhundert, Münster 1971, S. 64 ff. = Neue Münstersche Beiträge zur Geschichtsforschung, Bd. 13.

1760 bis gegen 1830.<sup>26</sup> Und unter den meisten marxistischen Wirtschaftshistorikern besteht heute Übereinstimmung darüber, daß die Industrielle Revolution in der Textilindustrie, vor allem in der Baumwollindustrie, eingeleitet wurde. Nun behandelt Klingender durchaus die Bedeutung der Baumwolle, erkennt er die revolutionierenden Wirkungen der Textilmaschinen von Hargreaves, Crompton, Arkwright und Cartwright (S. 22), schildert er das Wachstum der Baumwollindustrie, deren Eigentümer, die "Baumwollbarone", die "neuen Herrscher" sind, und die "tyrannische Macht" über die ausgebeuteten Arbeiter ausüben (S. 119 f.), doch ist nicht zu verkennen, daß Klingenders Untersuchung weit über den Rahmen der eigentlichen Industriellen Revolution hinausgeht. Holz-, Eisen-, Kohlen- und Dampfmaschinenindustrie wurden ebenso einbezogen wie Transportwesen und Wissenschaft; die Zeit vor 1760 wurde ebenso erfaßt wie die Jahrzehnte nach dem Ende der Industriellen Revolution, die nun der allgemeinen Industrialisierung Platz gemacht hat. Erwachsen daraus Nachteile für sein Anliegen? Im Gegenteil! Klingender erhielt dadurch die Möglichkeit, das Verhältnis von Kunst und Industrie weit gründlicher, überzeugender, detailreicher und abwechslungsreicher vorzuführen, als es eine Beschränkung auf die eigentliche Industrielle Revolution wohl vermocht hätte. Im übrigen waren auch *Wesen* und Verlauf der Industriellen Revolution in jenen Jahren, als Klingender sein Buch vorlegte (1947), noch kaum geklärt, da sich die marxistischen Wirtschaftshistoriker erst seit den fünfziger Jahren mit ihrer Deutung eingehender befaßten, wobei bis heute noch manches strittig geblieben ist.<sup>27</sup> Zum anderen summieren sich in der Industriellen Revolution auch die Produktivkräfte vergangener Generationen und vieler Wirtschaftszweige, die für die kapitalistische Große Industrie, in der die Werkzeugmaschine, die Handarbeit ablösende Arbeitsmaschine das kennzeichnende Signum ist, das Rohmaterial liefern, Voraussetzungen erfüllen oder Begleiterscheinungen bilden. Sie ist ohne "eine Revolution in den allgemeinen Bedingungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, d. h. den Kommunikations- und Transportmitteln", kaum denkbar.<sup>28</sup>

Und in dieser Revolution der allgemeinen Bedingungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, in der Umwälzung der ganzen Produktionsweise fanden die Künstler, die Schriftsteller, Dichter, Maler und Architekten einen üppigen Nährboden für ihre Anschauungen, ihr Schaffen und ihre Kunstwerke, für ihren optimistischen Zukunftsglauben, für das "Erhabene und Malerische" (S. 76 ff.) oder glaubten sie, das "Zeitalter der Verzweiflung" (S. 93 ff.) sei gekommen. Klingender hat all das eindrucksvoll beschrieben und erläutert. Wie äußert sich doch der natürliche Optimismus der herrschenden Klasse, einer "moralisch gesunden Gesellschaft", die dem Glauben an den Fortschritt huldigt und eine starke Entwicklung der Produktivkräfte voraussieht, wenn Klingender zum Beispiel Daniel Defoe bei der Betrachtung des Schlosses Lumeley 1727 sprechen läßt, daß "sein Park ... neben seinen Annehmlichkeiten etwas viel Besseres (hat), das ihn in einem erfreulichen Licht erscheinen läßt; er ist nämlich voll reicher Adern der allerbesten Kohle des Landes ..." (S. 14). Wie läßt uns Klingender die Entdecker-

<sup>26</sup> Vgl. neuerdings Kuczynski, Jürgen, Vier Revolutionen der Produktivkräfte, Theorie und Vergleiche, Berlin 1975, S. 33 ff. = Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, Bd. 8.

<sup>27</sup> Vgl. derselbe, Darstellung der Lage der Arbeiter in England von 1760 bis 1832, Berlin 1964, S. 1 - 25 = Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 23.

<sup>28</sup> Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, a. a. O., S. 404 f.

oder Entzifferfreude der Künstler lebendig werden, wenn er am Beispiel des Industriezentrums Coalbrookdale "die neuen Beziehungen zwischen Mensch und Natur, welche die Großindustrie geschaffen hatte" (S. 78 f.), herausarbeitet. Wie weiß uns Klingender zu erregen, wenn er uns im Kapitel "Zeitalter der Verzweiflung" von jener Zeit, in der die Industrielle Revolution vollendet ist und die sozialen Widersprüche den offenen Klassenkampf und die Unsicherheit der herrschenden Klasse ankündigen, aus dem Abschnitt "Satanische Fabriken" folgende Eindrücke aufnehmen läßt: "Wenn einerseits John Martin die Hölle als Abbild der Industrie malte (Abb. 52, 53), so ließen andererseits die zeitgenössischen Illustratoren Ansichten der Industrie häufig wie Szenen aus der Hölle erscheinen. Fast sieht es aus, als hätten sie eine besondere Vorliebe für solche Industrie-Ansichten gehabt, die einen derartigen Vergleich nahelegten. Selbst Martin wäre es schwer gefallen, sich etwas Höllischeres vorzustellen als W. Reads Aquatinta, betitelt 'Koksausstoß in der großen Gasanstalt Brick Lane, London' (Abb. 61), das Titelbild des Bandes 1821 von The Monthly Magazine. Jetzt haben die Baumwollspinnereien das freundliche, landhausähnliche Äußere und ihre klassischen Proportionen verloren. Riesengroß und bedrohlich wurden sie von den zeitgenössischen Stechern wie Festungsgefängnisse dargestellt, gleichermaßen geeignet, bewaffnete Angriffe von außen abzuschlagen wie im Innern eine strenge Zucht aufrechtzuerhalten. Von den Fabriken in der Union Street in Manchester (Abb. 30) weiß W. H. Pyne nur zu sagen, daß wir an ihrem Äußeren 'nicht viel mehr bemerken als ihre große Höhe' " (S. 111).

Das Verhältnis von Industrieller Revolution und Kunst, die großen Ideen und Anregungen, die die Kunst von der sich stürmisch entwickelnden Industrie empfing, hat Klingender vor allem im dritten Kapitel einer aufschlußreichen Betrachtung unterzogen. Hier steht Joseph Wright of Derby im Mittelpunkt, der "erste Berufsmaler, der den geistigen Gehalt der industriellen Revolution unmittelbar ausdrückte" (S. 52), der in vielen seiner bedeutenden Bilder die Industrie zum Gegenstand wählte, die produktive Arbeit darstellte, in seinen Gemälden die Begeisterung des 18. Jahrhunderts für die Wissenschaft verherrlichte, die Baumwollbarone, Naturphilosophen und bekannte Industrielle porträtierte. Als Maler industrieller Themen übte er starken Einfluß auf die Kunst seiner Zeitgenossen aus: Er beeinflusste den Geschmack und verschaffte der "körperlichen Arbeit" als beherrschendem Sujet Eingang in die Kunst, was von Klingender als große Pioniertat gewürdigt wird, wobei wir auch auf unaufdringliche, kenntnisreiche und unterhaltsame Art Belehrung über die Bedeutung der Arbeit in den Bildwerken früherer Jahrhunderte und während der Industriellen Revolution empfangen. Aber Wright war nicht nur Maler, sondern war auch voller wissenschaftlicher Neugier, und sein Spiel mit dem Licht, das Licht als Gegenstand unermüdlicher Experimente, die Lichteffekte in der Kunstgeschichte hat uns Klingender fesselnd nahegebracht.

Diese Besprechung reicht bei weitem nicht aus, den Inhalt des Werkes voll zur Geltung zu bringen. Daher sollte jeder Wirtschaftshistoriker, jeder Produktivkraftforscher das Buch selbst lesen. Es ist ein schönes Buch. Es ist ein gutes Buch. Es ist ein Buch, das Maßstäbe setzt. Der Wirtschaftshistoriker Klingender ist mit dem Kunsthistoriker Klingender eine gute Verbindung eingegangen. Beide beherrschen die Materie, die Kunst der Sprache und der bildhaften Ausdruckskraft.

Klingender schloß sein Buch mit den Worten: "In unserem Zeitalter der Kernspaltung ist es den Historikern überlassen, die Leistungen des Zeitalters der Kohle, des Eisens und Dampfes zu würdigen und die Leistungen der großen Künstler, die ihm Ausdruck gegeben haben". Klingender hat es auf seine Weise ausgezeichnet

gewürdigt. Würdigen wir Klingender, indem wir sein Buch für unsere wirtschafts-  
historischen Forschungen nutzen, die vielen Anregungen aufnehmen, weiterfüh-  
ren und für die Darstellung der Industriellen Revolution, vor allem in Deutsch-  
land, auswerten. Jürgen Kuczynski hat angeregt, eine neue Ausgabe von Engels'  
"Die Lage der arbeitenden Klasse in England" mit den von Klingender zusammen-  
getragenen Abbildungen auszustatten.<sup>29</sup> Ebenso ist dieser Text-Bildband als An-  
schauungshilfe beim Studium des "Kapitals" von Marx hervorragend geeignet. Für  
jene Forscher aber, die an einer Geschichte der Produktivkräfte arbeiten, dürfte  
das beispielhafte Werk von Klingender fortan zur unentbehrlichen Grundlagenlite-  
ratur gehören.

Die beiden schönen und instruktiven Bändchen von Ingrid Möller und Wolfgang Hütt  
sind "Querschnittbände" aus der Welt der Arbeit und des Bauern. Sie enthalten  
jeweils 46 Abbildungen von der altsumerischen Perlmuttschnitzerei über die Bau-  
erndarstellungen im Mittelalter, der Renaissance, des Naturalismus bis hin zur  
realistischen Kunst in der Sowjetunion und in der DDR, von der Arbeit in der vor-  
geschichtlichen afrikanischen Felsmalerei, im Frühfeudalismus, im Zeitalter der  
Reformation, bei den Impressionisten bis zu ihrer Gestaltung durch die Künstler  
im Sozialismus der Gegenwart. Beide Autoren haben den Abbildungen, die jeweils  
viersprachig (deutsch, russisch, englisch und französisch) dokumentiert sind,  
eine knapp gefaßte Einleitung vorausgeschickt, in der sie die Bilder kurz und treff-  
lich erläutern und vor allem den sozialen Gehalt der Gemälde und die Maler oder  
Bildhauer charakterisieren.

Es sind in erster Linie Bildbände für eine breite Öffentlichkeit, Bände zum An-  
schauen, die zum Betrachten reizen, das Auge erfreuen und die unterschiedlich-  
sten Empfindungen wecken. Es sind Bände, die man ganz gewiß immer wieder  
gern zur Hand nimmt. Und auch der Wirtschafts- und Agrarhistoriker sollte hin  
und wieder zu diesen beiden Bänden greifen, weil hier die Arbeit als die "erste  
Grundlage alles menschlichen Lebens" (Engels) auf bildhafte Weise eindrucksvoll  
demonstriert wird. Natürlich konnte die Vielgestaltigkeit der bäuerlichen Themen  
und der Arbeit nur in einem kleinen Ausschnitt erfolgen. Ebensogut hätte man  
auch andere Bilder wählen können, die dem Anliegen der Autoren entsprochen hät-  
ten. Doch scheint mir die Auswahl von Hütt glücklicher getroffen zu sein als die  
von Möller, bei der zahlreiche Bilder allzusehr den Eindruck eines idyllischen  
bäuerlichen und ländlichen Lebens erwecken. Dennoch fasziniert manches Bild  
durch seine ungeheuer starke Ausdruckskraft, etwa Pieter Bruegels "Kopf eines  
Bauern mit schwarzer Mütze", aus dem unmittelbare Lebensnähe spricht, das uns  
das ungeschminkte Antlitz eines arbeitenden Bauern zeigt. Bei Jean-François  
Millet, dem französischen Maler, der mit der ganzen Wärme seiner Empfindung  
in seinen Bildern für die unterdrückten Schichten Partei ergreift und der auf Vin-  
cent van Gogh stärksten Einfluß ausübte, spüren wir in dem von Möller zum Ab-  
druck gebrachten "Ausruhenden Winzer" geradezu die Apotheose der körperlichen  
Arbeit, die Bürde der schweren Arbeit auf dem Lande. Oder nehmen wir die aus-  
drucksstarke Plastik "Der Schnitter" von Constantin Meunier aus Belgien, dem  
berühmten realistischen Maler und Bildhauer der "Borinage", dessen abgebil-  
detes Werk von innerer Größe, Geschlossenheit, von Stolz und Kraft des arbeiten-  
den Menschen kündet.

<sup>29</sup> Vgl. Kuczynski, Jürgen, Kunst und Wirtschaft, in: Die Weltbühne, Nr. 20,  
20. 5. 1975, S. 618.

"Der Schnitter" gibt auch eine gute Bewegungsstudie für die Untersuchung der Geschichte der Produktivkräfte ab, geeignet, arbeitstechnische, -physiologische und -funktionale Probleme klären zu helfen oder anschaulich zu erläutern. Ähnliche Studien bieten auch Reproduktionen in dem Band von Hütt, so zum Beispiel die "Steinbrecher" von Robert Sterl. Unter den von Hütt zusammengestellten Bildern bestechen ganz besonders "Die Steinklopfer" von Gustave Courbet, der in der Kunst als einer der ersten die materialistische Weltanschauung vertrat, ein Mann des Volkes war und das Leben der einfachen Menschen schilderte, die ungebundene und unsichere Existenz eines proletarischen Künstlers führte, ein Verfolgter, Versmähter und ein Parteigänger der Pariser Kommunarden, Vorkämpfer der Wahrheit und Wegbereiter der Zukunft. Mit seinen "Steinklopfern" setzte er "ein Monument der in stummem Ernst ausgeführten unterdrückten Arbeit" (S. 15). Beeindruckend auch das Bild "Die Eisengerüstbauer" von Théophile Alexandre Steinlen, gebürtigem Schweizer und in Paris lebend, einer hervorragenden Gestalt unter den sozial bewußten Graphikern und Malern, der mit seiner Kunst, in der sich der wachsende Einfluß des Sozialismus widerspiegelt, den Kampf des entrechteten Proletariats gegen Kapitalismus und Imperialismus unterstützt. "Die Eisengerüstbauer" sind kraftvoller Ausdruck des "im Klassenkampf gewachsenen Selbstverständnisses der Arbeitenden" (S. 17) und ihrer Zuversicht. Die Macht gewordene Arbeiterklasse und die befreite schöpferische Arbeit läßt uns dagegen Frank Riddigkeit im "Meister Heyne" miterleben.

Mitunter haben Gemälde oder andere bildende Kunstwerke für die Geschichte der Produktivkräfte eine große Bedeutung, weil aus ihnen die Entwicklung der Technik und der Arbeit weit besser abzulesen ist als aus schriftlichen Überlieferungen.<sup>30</sup> So bietet uns der von Hans Hesse um 1500 gemalte Altar für die St. Annenkirche in Annaberg einen guten Einblick in die Technik des Bergbaus und die Arbeit der Bergleute am Vorabend der frühbürgerlichen Revolution, läßt er uns anschaulich ahnen, "daß die körperliche Arbeit ihre eigene Würde und Kraft" (Klingender, S. 58) in jenen gärenden Zeiten gefunden hat.

Manche der in den beiden "Querschnittbänden" enthaltenen Abbildungen, die sich hauptsächlich um die Themen Arbeit, Freizeit, Kampf um soziale Gerechtigkeit und befreite schöpferische Arbeit gruppieren, verdienen in einer wirtschaftshistorischen Publikation, in einer Geschichte der Produktivkräfte oder Landwirtschaft aufgenommen zu werden.

30 Vgl. dazu auch Epperlein, Siegfried, Der Bauer im Bild des Mittelalters, Leipzig/Jena/Berlin 1975; derselbe, Bäuerliche Arbeitsdarstellungen auf mittelalterlichen Bildzeugnissen. Zur geschichtlichen Motivation von Miniaturen und Graphiken vom 9. bis 15. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 1, S. 181 - 208.



EINE WERTVOLLE ARBEIT -  
LEIDER MIT EINEM ZUSCHUSS VON PHILOSOPHIE

Charles Webster, *The Great Instauration, Science, Medicine and Reform*  
1626 - 1660

Gerald Duckworth & Co. Ltd., London 1975, 630 Seiten, Preis: 13, 50 £

von Jürgen Kuczynski

Die Überschrift dieser Besprechung soll an eine Formulierung Lenins im "Empiriokritizismus" erinnern: "Keinem einzigen dieser Professoren, die auf Spezialgebieten der Chemie, der Geschichte, der Physik die wertvollsten Arbeiten liefern können, darf man auch nur ein einziges Wort glauben, sobald er auf Philosophie zu sprechen kommt."<sup>1</sup>

Das Werk von Webster ist ein Musterbeispiel für diese Feststellung Lenins: großartig als Monographie des Spezialthemas und grotesk als Philosophie.

Da es unsere Absicht ist, die Lektüre von Websters Buch jedem, der sich mit Wissenschaftsgeschichte beschäftigt, auf das dringendste zu empfehlen, sei die Kritik an seiner Philosophie gleich zuerst schnell erledigt.

Webster führt den Aufschwung der Wissenschaft in der vorrevolutionären Periode (nach dem Tode Bacons 1626) und während der Zeit der englischen Revolution vor allem auf den Glauben der Puritaner zurück, daß das Millennium bevorstehe und daß nach einer Prophezeiung Daniels im Millennium die Wissenschaft blühen werde. Also eine vornehmlich religiöse Erklärung und Motivation für den Aufschwung der Wissenschaft. Natürlich spielt sie auch eine gewisse Rolle, und natürlich gibt Webster auch noch Nebenmotivationen, auch ökonomische Interessen haben - nach ihm - wie viele andere, etwa ethische, eine gewisse Bedeutung. Entscheidend aber ist nach ihm die religiöse Instanz. Selbst dem Rezensenten des Buches im *Times Literary Supplement* ist das als zu weitgehend aufgefallen. Doch nun Schluss mit der Philosophie Websters und zur wahren Bedeutung des Werkes.

Mit vollem Recht, und das ist neu in seiner Betrachtungsweise, warnt Webster davor, die Hauptentwicklung der Wissenschaft nach Bacons Tod auf den Gebieten der Mathematik, Astronomie und Mechanik in der Zeit der Restauration, also nach 1660, zu sehen. Natürlich ist Newton ein Glanzpunkt der Restauration. Aber das rechtfertigt nicht die Vernachlässigung der Jahre 1626 bis 1660, ohne die die Leistungen in der Restaurationszeit nicht erklärlich wären und die vor allem auch einen ganz großen Eigenwert haben. Sie erstrecken sich zum Teil auch auf ganz

<sup>1</sup> Lenin, W. I., *Materialismus und Empiriokritizismus*, in: *Werke*, Bd. 14, Berlin 1962, S. 347.

andere Gebiete als in der Restauration, nämlich auf die der Medizin, Chemie und Landwirtschaft, auf Technologie und Erziehungsreformen, und nicht zum wenigsten auf die Organisation der Wissenschaft. Zugleich weist Webster auf die eminent praktische Bedeutung der wissenschaftlichen Leistungen hin, auf den "industriellen" Gebrauch der chemischen Resultate, auf den landwirtschaftlichen der Botanik.

So aber haben wir eine neue und richtige Perspektive der Entwicklung der Naturwissenschaften in England gewonnen. Natürlich hatte man stets der Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften wie allgemein der Ideologie in der vorrevolutionären und revolutionären Zeit große Aufmerksamkeit gewidmet. Hervorragend sind in dieser Richtung vor allem die Arbeiten von Christopher Hill, denen Webster leider kaum Beachtung geschenkt hat. Doch hatte man bisher im allgemeinen die Ansicht vertreten, daß der große Aufschwung der Naturwissenschaften mit der Reaktion auf die Revolution, mit der Restauration erfolge. Mit dieser Einschätzung hat Webster durch seine gründliche Untersuchung des wissenschaftlichen Fortschritts in der von ihm untersuchten Zeit Schluß gemacht, und dafür muß ihm jeder Wissenschaftshistoriker dankbar sein.

Was die Organisation der Wissenschaft betrifft, so sind Websters Forschungen über die Vorgeschichte der Royal Society von großem Interesse. Webster findet sie vor allem in London und nicht so sehr, wie im allgemeinen zu lesen ist, in Oxford. Mit Recht weist er auf die damals in Oxford und Cambridge herrschende Reaktion und den dort eingessenen Obskurantismus hin.

Ein Großteil des Materials, das neu in Websters Buch ist, stammt aus der wiederentdeckten Sammlung der Hartlib Papers in der Bibliothek der Sheffield-Universität. Samuel Hartlib kam aus Elbing nach Cambridge, um dort zu studieren (1625, 1626) und blieb in England, wo er bald führend in der puritanischen Bewegung wurde. Er siedelte sich dann in London an, wo er von einer Reihe Politiker unterstützt wurde und ihnen die verschiedensten Dienste leistete; zu diesen Politikern zählte auch der Führer der Bourgeoisie vor der Revolution und zu ihrem Beginn John Pym. Hartlib, der sich darum bemühte, Wissenschaftler vom Kontinent nach England zu bringen, und auch die treibende Kraft hinter dem Besuch von Jan Amos Komenský, von Comenius, in England gewesen zu sein scheint.

Wohlbekannt sind seit langem die sozialen Aktivitäten Hartlibs: etwa seine Pläne für die Einrichtung von Arbeitshäusern, in denen die Werk tätigen eine technische Fachausbildung erhalten sollten - Pläne, die später auch William Petty aufnahm. Auf höherer Ebene beabsichtigte Hartlib auch die Gründung einer Londoner Universität, von deren Collegies eines "for inventions and advancement of all mechanical arts and industries" bestimmt sein sollte; an dieses College erinnert auch Pettys Gymnasium Mechanicum.

In der Tat hat Webster nicht nur wegen seiner Wiederentdeckung des Archivs recht, Hartlib viel Raum in seinem Buch zu widmen, denn dieser spielte tatsächlich eine große Rolle im wissenschaftlichen Leben der Zeit, wenn es auch etwas weit geht, ihn geradezu zum Helden der Wissenschaft, wie es Webster tut, zu machen.

Zum Helden der Wissenschaft und des technischen Fortschritts, die Webster häufig identifiziert, was für damals keineswegs richtig ist. Denn ein großer Teil des technischen Fortschritts erfolgte in dieser Zeit durch geschickte Erfindungen von Handwerkern mit großer Erfahrung, "goldenen Händen" und Experimentierlust, denen jedoch sehr oft jede wissenschaftliche Bildung fehlte und deren Erfindungen

und Neuerungen von ihnen auch nicht wissenschaftlich begründet oder formuliert wurden.

Dieser technische Aufschwung, ebenso wie der wissenschaftliche, fand, worauf Webster sehr richtig hinweist, im Kampf gegen die Monopole statt. Gegen industrielle Monopole, die damals (wie heute - man denke an die Ausführungen von Lenin im "Imperialismus"! ) eine Tendenz zur Unterdrückung des technischen Fortschritts hatten. Gegen die wissenschaftlichen Erziehungsmonopole der Universitäten Cambridge und Oxford. Gegen das Monopol der Berufe, etwa das des College of Physicians, das die Entwicklung der Medizin behinderte. "Der akademische Gelehrte und der behandschuhte Arzt wurden angeklagt" (S. 326)<sup>2</sup>, "Die Freiheit unserer Gesellschaft ... wird am meisten durch drei Arten von Menschen bedrängt, Priester, Ärzte, Juristen ... Der eine betrügt die Menschen in Sachen der Seele, der andere in Sachen des Körpers, der dritte in Sachen des Eigentums", zitiert Webster (S. 257) Nicholas Culpepers A Physicall Directory (London 1649).

Interessant die Beobachtung von Webster, daß in dieser Zeit, in der natürlich die Bibel (Puritaner!) eine große ideologische Rolle spielt, vielfach die landwirtschaftliche und technologische Fertigkeit der alten hebräischen Kultur mit der nachfolgenden Rückständigkeit des Römischen Reichs und der katholischen Christenheit kontrastiert wird<sup>3</sup>, die "die Erkenntnisse in den Zellen der Mönche und Ordensbrüder vergraben hatten oder es zuließen, daß sie von Eingeweihten verheimlicht wurden" (S. 327).

Ungenügend sind die Ausführungen Websters zur Politischen Ökonomie und zum vergleichenden Stand Englands und des europäischen Kontinents. Mindestens seit den Forschungen Nefs zur industriellen Revolution in England 1540 bis 1640 wissen wir, daß man nicht mehr von einem Rückstand Englands auf technischem Gebiet gegenüber dem Kontinent zur Zeit der englischen Revolution von 1640 sprechen kann, wie es Webster (S. 335) tut.

Und von den gewaltigen Leistungen auf dem Gebiet der Politischen Ökonomie hat Webster wenig Ahnung - man denke etwa an die fundamentale Bedeutung der Entdeckung von ökonomischen Gesetzen durch Thomas Mun.

Doch sind das kleinere Fehler in einem Buch, das unseren wissenschaftlichen Fundus ganz wesentlich bereichert. Es handelt sich wirklich um eine großartige Spezialarbeit, um einen bedeutsamen Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte.

Ich hatte einleitend von Lenins Einschätzung solcher Spezialarbeiten im Zusammenhang mit der Philosophie gesprochen.

Natürlich wäre eine solche Fehlanalyse wie die Rückführung des Aufschwungs der Wissenschaften auf religiöse Motivierung in unseren Arbeiten nicht möglich. Dazu ist unsere Philosophie zu richtig.

Das darf jedoch nicht dazu führen, stolz auf der Philosophie von Marx, Engels und Lenin auszuruhen oder sich damit zu begnügen, sie in dieser oder jener Form in immer wieder neuen Büchern mit "Illustrationen aus der Gegenwart" mehr oder weniger (gar zu oft weniger) geschickt zu wiederholen.

<sup>2</sup> Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

Wenn wir unsere gesellschaftswissenschaftlichen Erscheinungen überprüfen, dann werden wir einen beachtlichen Mangel an so gründlichen und ausführlich ins einzelne gehenden Spezialuntersuchungen wie die von Webster finden. Eine gesellschaftswissenschaftliche Literatur, die vor allem aus "richtiger" Philosophie besteht, aber gründliche, ausführliche Spezialarbeiten in recht ungenügender Menge produziert, befindet sich noch auf ungenügendem Niveau.

ZUR BETRACHTUNG DER KLASSENSTRUKTUR IN DER KLASSISCHEN  
POLITISCHEN ÖKONOMIE DES BÜRGERTUMS

Francois Quesnay, *Ökonomische Schriften*. In zwei Bänden, Bd. 2: 1763 - 1767, übersetzt, eingeleitet und unter Benutzung von neuen Materialien hg. v. Marguerite Kuczynski = *Ökonomische Studientexte*, Bd. 5

Akademie-Verlag, Berlin 1976, XV und 812 Seiten, Preis: 58,- M

Adam Smith, *Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen*. In drei Bänden, Bd. 2, übersetzt und hg. v. Peter Thal = *Ökonomische Studientexte*, Bd. 3

Akademie-Verlag, Berlin 1975, VIII und 457 Seiten, Preis: 24,- M

Horst Claus Recktenwald, *Adam Smith. Sein Leben und sein Werk*

C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1976, 312 Seiten

J. C. L. Simonde de Sismondi, *Neue Grundsätze der politischen Ökonomie oder vom Reichtum in seinen Beziehungen der Bevölkerung*. In zwei Bänden, eingeleitet und hg. v. Achim Toepel = *Ökonomische Studientexte*, Bd. 4

Akademie-Verlag, Berlin 1971 und 1975, CXLIII und 378, 358 Seiten,  
Preis: 56,- M

von Hermann Lehmann

In den letzten Jahren brachte der Akademie-Verlag mehrere bedeutsame Bände seiner Reihe "Ökonomische Studientexte" heraus: in neuen Übersetzungen die ökonomischen Schriften Francois Quesnays, einen Band mit dem zweiten und dritten Buch sowie einem Teil des vierten Buches der "Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen" von Adam Smith sowie die "Neuen Grundsätze der politischen Ökonomie oder vom Reichtum in seinen Beziehungen zur Bevölkerung" von Jean Charles Léonard Simonde de Sismondi. Alle drei Autoren stehen in einem engen wissenschaftsgeschichtlichen Zusammenhang. Marx nennt Quesnays System der klassischen politischen Ökonomie "die erste systematische Fassung der kapitalistischen Produktion"<sup>1</sup>; er kennzeichnet Smith als den "zusammenfassenden politischen Ökonomen der Manufakturperiode"<sup>2</sup>; Sismondi, schreibt er, ergänze den von David Ricardo vollzogenen Abschluß der klassischen politischen Ökonomie, "indem er ihren Zweifel an sich selbst dar-

1 Marx, Karl, *Das Kapital*, Bd. 2, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 24, Berlin 1963, S. 360.

2 Ebenda, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 369.

stellt"<sup>3</sup>. Mit dem bereits früher erschienenen ersten Band des "Reichtums der Nationen" (1963) und der "Ökonomischen Schriften" Quesnays (1971) sowie Ricardos "Grundsätzen der politischen Ökonomie und der Besteuerung", deren Übersetzung von Gerhard Bondi die Reihe 1959 einleitete, verfügen wir nun über eine gesicherte Grundlage, um die klassische politische Ökonomie des Bürgertums in ihrer Entfaltung, als einen Wissenschaftsprozess, zu untersuchen. Der bisherige Mangel an guten Übertragungen hatte mitunter dazu geführt, daß der Ideenreichtum der klassischen politischen Ökonomie zu wenig beachtet und nicht selten auf nur wenige Grundzüge reduziert wurde. Umfang und Qualität der jetzt vorliegenden Texte erleichtern von nun an gründliche wissenschaftsgeschichtliche Analysen.

Ein großer Vorzug dieser Studentexte gegenüber allen bürgerlichen Vorhaben ähnlicher Art in Vergangenheit und Gegenwart besteht in der exakten, unverfälschten Übersetzung. Sie soll hier an erster Stelle gebührend hervorgehoben werden, weil von bürgerlicher Seite versucht wird, hervorragende gesellschaftswissenschaftliche Leistungen der Vergangenheit durch wissenschaftlich unzulässige Übersetzungen heutigen reaktionären ideologischen Zwecken dienstbar zu machen.<sup>4</sup>

Der Marxist lehnt solchen Mißbrauch älterer Texte aus der Geschichte der Gesellschaftswissenschaften ab. Er versteht diese Texte aus den historischen Zusammenhängen ihrer Zeit und wertet sie nach ihrer Rolle in der entsprechenden ideologischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Sind über diese historischen Bezüge hinaus Anknüpfungspunkte für das Verständnis von Gegenwartsproblemen vorhanden, so entsteht meist das Bedürfnis nach einer Neuherausgabe bzw. Neuübersetzung für einen breiteren Leserkreis.

Solche Möglichkeiten des Anknüpfens gibt es bei den hier zu rezensierenden Schriften der klassischen politischen Ökonomie. Wer diese aufmerksam liest, ist stets von neuem überrascht, wie viele heute noch interessierende Überlegungen sie enthalten. Vor allem erwecken wohl die Beiträge der großen bürgerlichen Theoretiker zur Entwicklung der Methode der Gesellschaftsanalyse Aufmerksamkeit. Sie sind, auf der höheren Ebene des historischen und dialektischen Materialismus, in die marxistische Gesellschaftsanalyse aufgenommen worden; wer sie voll erfassen will, muß daher den Einschätzungen und Hinweisen von Marx, Engels und Lenin systematisch nachgehen und sich darüber hinaus die vormarxistischen Quellen erschließen.

In einer gegenwärtigen Besprechung solcher Quellen verdient somit die wissenschaftsgeschichtliche Tradition als Schlüssel zum Verständnis für heute zu lösende Probleme besondere Aufmerksamkeit. In diesem Zusammenhang sei an unser Ziel erinnert, die entwickelte sozialistische Gesellschaft in der DDR weiter zu entfalten und so grundlegende Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus zu schaffen. Die Aufgabenstellung für den nächsten Schritt auf dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft rückt noch stärker Fragen der Entwicklung der Klassen- und Sozialstruktur in den Mittelpunkt der wissenschaftlichen Analyse und macht es unter anderem erforderlich, die theoretischen Möglichkeiten einer wissenschaftlichen Betrachtung der Klassen- und Sozialstruktur zu ken-

3 Derselbe, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: ebenda, Bd. 13, Berlin 1961, S. 46.

4 Vgl. Lehmann, Hermann, Zum heutigen bürgerlichen Verständnis der klassischen Arbeitswerttheorie, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 3, S. 163 - 180.

nen, das heißt auch, die Entstehung und Entwicklung dieser Betrachtung auszuwerten.

Am Beginn der wissenschaftlichen Untersuchung der Klassenstruktur steht die klassische politische Ökonomie des Bürgertums. Ohne ihren Beitrag ist die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Analyse der Klassenstruktur nicht denkbar. Am Beispiel dieses Beitrags soll hier unterstrichen werden, von welcher Bedeutung die Herausgabe fundamentaler Arbeiten aus der Wissenschaftsgeschichte und ihr Studium für die Aneignung und Nutzung wissenschaftlicher Betrachtungsweisen sind. Damit wird zugleich die Tätigkeit jener Forscher gewürdigt, deren solidem, aufwendigem Einsatz wir die Neuerschließung großer geistiger Leistungen aus dem Menschheitserbe verdanken.

Wie Marx in einer viel zitierten Bemerkung feststellt, erforscht die klassische politische Ökonomie "den innern Zusammenhang der bürgerlichen Produktionsverhältnisse"<sup>5</sup>. Er bezeichnet Smith' "Reichtum der Nationen" als einen "Versuch, in die innre Physiologie der bürgerlichen Gesellschaft einzudringen"<sup>6</sup>, Ricardo, der "Vollender der klassischen politischen Ökonomie", in dem "die politische Ökonomie rücksichtslos ihre letzte Konsequenz zieht und damit abschließt"<sup>7</sup>, führt Smith' Versuch fort. "Die Grundlage, der Ausgangspunkt der Physiologie des bürgerlichen Systems - des Begreifens seines innern organischen Zusammenhangs und Lebensprozesses - ist die Bestimmung des Werts durch die Arbeitszeit. Davon geht Ricardo aus und zwingt nun die Wissenschaft, ihren bisherigen Schlendrian zu verlassen und sich Rechenschaft darüber abzulegen, wieweit die übrigen von ihr entwickelten, dargestellten Kategorien - Produktions- und Verkehrsverhältnisse -, Formen dieser Grundlage, dem Ausgangspunkt entsprechen oder widersprechen, wieweit überhaupt die bloß die Erscheinungsformen des Prozesses wiedergebende, reproduzierende Wissenschaft (also auch diese Erscheinungen selbst) der Grundlage entsprechen, auf der der innre Zusammenhang, die wirkliche Physiologie der bürgerlichen Gesellschaft beruht oder die ihren Ausgangspunkt bildet, wie es sich überhaupt mit diesem Widerspruch zwischen der scheinbaren und wirklichen Bewegung des Systems verhält."<sup>8</sup>

Es sei hier darauf hingewiesen, daß die Vertreter der klassischen politischen Ökonomie den Widerspruch zwischen der scheinbaren und wirklichen Bewegung des bürgerlichen Systems vor allem im Bereich ihrer eigenen Wissenschaft untersuchten, wobei diese aber nicht im Sinn der heute überaus weit vorangetriebenen Spezialisierung der Gesellschaftswissenschaften verstanden werden darf. So galt Smith seinen Zeitgenossen als ein Erneuerer der Gesellschaftswissenschaft überhaupt. Die Vielfalt seiner Arbeiten und Vorlesungen, deren Niederschriften zum Teil erst in jüngerer Zeit aufgefunden und veröffentlicht, zum Teil vor seinem Tode auf sein Geheiß vernichtet wurden, verbietet es, den großen Gesellschaftswissenschaftler nur als einen Ökonomen zu betrachten. Und Sismondi schrieb bekanntlich außer den ökonomischen Arbeiten zahlreiche historische und literaturhistorische Werke. Schon diese Vielseitigkeit der wissenschaftlichen Interessen läßt es nicht zu, die Vertreter der klassischen politischen Ökonomie nur als Fachökonomien in heutigem Sinn aufzufassen. Darüber hinaus aber setzte ihr Ziel, die wirkliche Physiologie der bürgerlichen Gesellschaft zu erforschen, ein

5 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, a. a. O., S. 95.

6 Derselbe, Theorien über den Mehrwert, in: ebenda, Bd. 26, 2, Berlin 1967, S. 162.

7 Derselbe, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, a. a. O., S. 46.

8 Derselbe, Theorien über den Mehrwert, a. a. O., S. 163.

breiteres Fundament voraus. Marx und Engels schreiben: "Die Ökonomie, die früher entweder von Finanzmännern, Bankiers und Kaufleuten, also überhaupt von Leuten, die unmittelbar mit ökonomischen Verhältnissen zu tun hatten, oder von allgemein gebildeten Männern wie Hobbes, Locke, Hume behandelt wurde, für die sie als ein Zweig des enzyklopädischen Wissens Bedeutung hatte, - die Ökonomie wurde erst durch die Physiokraten zu einer besonderen Wissenschaft erhoben und seit ihnen als solche behandelt. Als besondere Fachwissenschaft nahm sie die übrigen, politischen, juristischen etc. Verhältnisse so weit in sich auf, daß sie diese Verhältnisse auf ökonomische reduzierte. Sie hielt aber diese Subsumtion aller Verhältnisse unter sich nur für eine Seite dieser Verhältnisse und ließ ihnen damit im Übrigen auch eine selbständige Bedeutung außer der Ökonomie."<sup>9</sup>

Die klassische politische Ökonomie hatte also den Widerspruch zwischen der Grundlage oder dem Ausgangspunkt der Physiologie der bürgerlichen Gesellschaft, das heißt der Bestimmung des Wertes durch die abstrakte Arbeit, und den ökonomischen Formen dieser Grundlage zu erforschen; sie hatte darüber hinaus jene Seiten der gesamtgesellschaftlichen Struktur und Entwicklung einzubeziehen, die den erwähnten Widerspruch unmittelbar widerspiegeln. Denn die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse "bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt."<sup>10</sup>

Der 1971 im Akademie-Verlag erschienene Band 1 der "Ökonomischen Schriften" Quesnays hatte einen tiefen Einblick in die Herausbildung der physiokratischen Theorie gestattet.<sup>11</sup> Der nun vorliegende abschließende Band 2 enthält vor allem im Sammelband "Physiocratie" zusammengefaßte, zumeist zuvor einzeln veröffentlichte Schriften Quesnays aus den Jahren 1763 bis 1767. Die Herausgeberin Marguerite Kuczynski spricht von einer neuen Etappe in der physiokratischen Bewegung. Die kleine Gruppe um Quesnay strebte eine regelmäßige, wirksame Beeinflussung der Menschen an, die sie um so mehr benötigte, "als ihr seit dem Tode von Mme. Pompadour (April 1764) der frühere Weg des Einflusses auf Menschen und Ämter über den Salon der Marquise beziehungsweise über Quesnays enges Zwischengeschloß unter ihren Appartements versperrt war; sie brauchte es um so mehr, als einiges ... darauf hinzudeuten schien, daß die physiokratische Lehre zu einem, wenn auch noch sporadischen, Mittel des Regierens geworden war. Und ohne die physiokratische Praxis war die physiokratische Lehre ein Unding, ein Hirnspinnst" (S. 5)<sup>12</sup>.

Band 2 erfaßt die drei grundlegenden Aufsätze "Das Naturrecht", das die Herausgeberin "als einen ersten, mit Vorbedacht dem siècle des lumières angepaßten Schritt in Richtung auf ein möglichst starkes Vordringen in politische Machtposi-

9 Derselbe/Engels, Friedrich, Deutsche Ideologie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1958, S. 397.

10 Marx, Karl, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, a. a. O., S. 8 f.

11 Vgl. Lehmann, Hermann, Eine hervorragende Quesnay-Ausgabe, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, T. 3, S. 211 - 217.

12 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf das jeweils besprochene Buch.



tionen" (S. 9) betrachtet, "Die Analyse des ökonomischen Tableaus", also die von Marx exzerpierte und kommentierte Tableau-Fassung, und "Allgemeine Maximen der Wirtschaftspolitik eines agrikolen Königreichs". Diese Aufsätze sind ein gutes halbes Jahrhundert nach der letzten Übersetzung neu übertragen. Weitere Arbeiten behandeln physiokratische Grundsätze anhand von Einzelproblemen: "Bemerkungen über den Geldzins", die Dialoge "Über den Handel" und "Über die Arbeiten der Handwerker" (sämtlich erstmals ins Deutsche übertragen) sowie "Bemerkungen zu den allgemeinen Maximen". Die Texte sind ergänzt durch einen aufschlußreichen Brief Quesnays an den Intendanten Méliand und einen Auszug aus Kapitel 7 der "Philosophie rurale", in der der Verfasser Berechnungen über den Ertrag der französischen Landwirtschaft und über dessen Verteilung anstellt.

Diese deutschen Ausgaben gründen sich fast durchweg auf überarbeitete Zweitdrucke. Den Umstand, daß sie ihre Übersetzung nicht auf den ersten Fassungen aufbaut, erklärt die Herausgeberin daraus, "daß durch die zum Teil erheblichen, und auch bedeutsamen, Änderungen der Stand vollständiger widergespiegelt wird, auf welchem die physiokratische Theorie insgesamt mittlerweile angelangt war. Während die fünfziger Jahre vornehmlich der Untersuchung der ökonomischen Gesetze gedient hatten, welche in einem agrikolen Staate zu einem Höchstmaß an Revenuen führen würden, also die für die Basis maßgebenden Gesetzmäßigkeiten erarbeitet wurden, geht es in der darauffolgenden Zeit, insbesondere aber in Physiokratie, sehr viel deutlicher darum, auch die nach physiokratischer Denkart notwendigen politischen Bedingungen festzulegen, durch welche die einmal erkannten ökonomischen Gesetzmäßigkeiten in wachsendem Maße Bejahung an Stelle von Verneinung, Förderung an Stelle von Behinderung erfahren würden, ... Es bedurfte also eines sachentsprechenden Überbaus und der effektiven Wechselbeziehungen zwischen gesetzmäßig funktionierender Basis und ihrem physiokratisch gestalteten Überbau, Hauptfigur und Hauptinstrument des letzteren ist der aufgeklärte Monarch, der nur den Naturgesetzen unterworfen und sich willig von ihnen leiten lassende Despot, eben als Interpret des Naturrechts, das in der von Quesnay definierten Form zur alleingültigen Grundlage allen Rechts wird" (S. X ff.).

Wie im vorangegangenen Band versieht die Herausgeberin auch hier die übersetzten Arbeiten jeweils mit Vorbemerkungen und zahlreichen Anmerkungen, in denen sie nützliche Übersetzungserläuterungen bietet, kritische Überlegungen mitteilt, Textvergleiche anstellt, historische Zusammenhänge erklärt sowie zum Teil noch nicht veröffentlichte Exzerpte, Hervorhebungen, Kommentierungen und Verarbeitungen Quesnayscher Passagen durch Marx wiedergibt. Erst diese ausgezeichnete wissenschaftliche Leistung enthüllt Ausmaß und Tiefe der gesellschaftswissenschaftlichen Vorstellungswelt von Quesnay. Sie ermöglicht auch, Marx' Beschäftigung mit dem Physiokratismus besser zu erfassen. Der wissenschaftliche Apparat - einschließlich des hervorragenden analytischen Sachregisters für Band 1 und 2 - ist in der bisherigen marxistischen Edition bürgerlich-ökonomischer Texte einzigartig.

Für die Physiokraten, schreibt Marx, "erscheinen notwendig die bürgerlichen Formen der Produktion als die Naturformen derselben. Es war ihr großes Verdienst, daß sie diese Formen als physiologische Formen der Gesellschaft auffaßten: als aus der Naturnotwendigkeit der Produktion selbst hervorgehende Formen, die von Willen, Politik usw. unabhängig sind. Es sind materielle Gesetze; der Fehler nur, daß das materielle Gesetz einer bestimmten historischen Gesell-

schaftsstufe als abstraktes, alle Gesellschaftsformen gleichmäßig beherrschendes Gesetz aufgefaßt wird.<sup>13</sup>

Quesnay schreibt in seinem Aufsatz "Das Naturrecht": "Grundlage der Gesellschaft ist die Subsistenz der Menschen, dazu die für den Macht/[apparat], der [die Menschen] verteidigen soll, notwendigen Reichtümer. Somit könnte nur die Unwissenheit zum Beispiel die Einführung positiver Gesetze begünstigen, welche dem regulären Verlaufe der regelmäßigen und jährlichen Reproduktion und Distribution der dem Gebiet eines Königreiches entstammenden Reichtümer entgegenstünden. Wenn die Fackel der Vernunft die Regierung daselbst erleuchtet, werden alle für die Gesellschaft und die Menschen schädlichen positiven Gesetze verschwinden" (S. 44). Der Verlauf der Reproduktion und Distribution ist im "Tableau économique", einer "der genialsten Generalisationen, die die politische Ökonomie geliefert hat"<sup>14</sup>, graphisch dargestellt und von Marx erschöpfend interpretiert worden.<sup>15</sup> Mit dieser Grundlage aller späteren Untersuchungen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses entstand auch die erste Betrachtung der Klassenstruktur, auf die im folgenden eingegangen wird, weil sie sich nicht mit der Auffassung von der produktiven, der sterilen und der Grundeigentümerklasse in dem allgemein bekannten "Tableau" deckt.

Auf die für die physiokratische Untersuchung der Produktionsweise des materiellen Lebens wichtige Unterscheidung zwischen einfacher und kapitalistischer Warenproduktion ist bereits früher unter wertheoretischem Aspekt hingewiesen worden,<sup>16</sup> Innerhalb der kapitalistischen, mehrwertschaffenden Warenproduktion unterscheidet Quesnay in seinem "Tableau" zwischen dem Grundeigentümer und der produktiven Klasse der in der Landwirtschaft Beschäftigten. In dieser Darstellung, schreibt Marx, erscheint "der Grundeigentümer als der eigentliche Kapitalist, das heißt der Aneigner der Surplusarbeit. Der Feudalismus wird so sub specie der bürgerlichen Produktion reproduziert und erklärt wie die Agrikultur als der Produktionszweig, worin sich die kapitalistische Produktion - d. h. die Produktion des Mehrwerts - ausschließlich darstellt, indem so der Feudalismus verbürgerlicht wird, erhält die bürgerliche Gesellschaft einen feudalen Schein."<sup>17</sup> Hinter diesem vielzitierten feudalen Schein erkennt Quesnay den Grundeigentümer, um einen Marxschen Ausdruck zu verwenden, als "Personifikation ökonomischer Kategorien", als "Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen"<sup>18</sup>. Er nennt beispielsweise "die durch die Grundeigentümer, oder ihre Generalpächter, erzwungenen Pachtpreise. Diese sind die Ursache für die ausgeweglosen Kümernisse der einzelnen Pächter, und, wie schlechte Grundherren, vor allem wie die weltlichen Äbte, sind sie die Zerstörer der Landwirtschaft" (S. 346 f.). Als Rentenbezieher steht der Grundeigentümer im Interessengegensatz zum Pächter, wenn er dessen Profit beschneidet. Zugleich weist Quesnay darauf hin, daß

13 Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 26, 1, Berlin 1965, S. 12.

14 Derselbe an Engels am 8. 8. 1877, in: ebenda, Bd. 34, Berlin 1966, S. 70.

15 Siehe Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, Bd. 26, 1, a. a. O., S. 12 - 30, 282 - 319, 354 - 356; derselbe, Aus der "Kritischen Geschichte", in: Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, in: ebenda, Bd. 20, Berlin 1962, S. 227 - 236.

16 Vgl. Lehmann, Hermann, Eine hervorragende Quesnay-Ausgabe, a. a. O., S. 215 - 217.

17 Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, Bd. 26, 1, a. a. O., S. 20.

18 Derselbe, Das Kapital, Bd. 1, a. a. O., S. 16.

die Rente aus der kapitalistischen Mehrwertproduktion fließt und die Grundeigentümer auch "die Aufgabe haben, ihr Patrimonium zu erhalten, man sie somit auch nicht mit der sterilen Klasse verquicken kann" (S. 236). (Unter der sterilen Klasse versteht Quesnay die in Handel und Gewerbe Beschäftigten, die nach seiner Meinung keinen Mehrwert schaffen.) Es gibt demnach ebenfalls eine gewisse Interessenübereinstimmung zwischen ihnen und den Pächtern hinsichtlich der Erhaltung der kapitalistischen Produktionsbasis; sie müssen daher als eine "gemischte Klasse, in ihrer Beziehung zu den beiden anderen, betrachtet werden" (S. 237). Nur vom Standpunkt der Zirkulation des Mehrwertes und der Kapitalteile bilden sie eine "intermediäre Klasse" (S. 236) zwischen steriler und produktiver Klasse, weil ihre Verausgabung der Rente erst diese Zirkulation ermöglicht.

An vielen Stellen des Artikels "Über den Handel" hebt Quesnay übrigens auch den ökonomischen Interessengegensatz zwischen den Kapitalisten in der Landwirtschaft einerseits und in Handel und Gewerbe andererseits hervor. Ziel der letzteren sei nur die Erhöhung des ihnen von den ersteren überlassenen Anteils am Mehrwert. Der Konkurrenz, die Wert und Preis der Bodenprodukte in Übereinstimmung bringt, "steht das Interesse der Händler und Handwerker entgegen, welche immer billig einkaufen möchten. Weit davon entfernt also, daß die sterile Klasse dahin tendiert, der produktiven Klasse, von der sie bezahlt und für alle ihre Ausgaben entschädigt wird, Profit zu verschaffen, tendiert sie stets und ständig dahin, jene über den Preis der Bodenprodukte die Verluste, welche ihr durch die Konkurrenz erspart werden könnten, erleiden zu lassen" (S. 122 f.).

Quesnay erfaßt aber nicht nur Interessengegensätze zwischen den verschiedenen Beziehern von Mehrwert, sondern auch zwischen Produzenten und Beziehern von Mehrwert. Grundlage für die Entwicklung der kapitalistischen Produktion, schreibt Marx, ist die Trennung der Arbeitskraft von den Arbeitsbedingungen. "Nur auf dieser Grundlage tritt Differenz zwischen dem Wert und der Verwertung des Arbeitsvermögens ein, eine Differenz, die bei keiner andern Ware existiert. ... Grundlage also für die moderne Ökonomie, deren Geschäft die Analyse der kapitalistischen Produktion ist, den Wert des Arbeitsvermögens als etwas Fixes, als gegebene Größe - was er auch praktisch in jedem bestimmten Fall ist - aufzufassen. Das Minimum des Salairs bildet daher richtig die Achse der physiokratischen Lehre."<sup>19</sup> Dieser Umstand tritt nicht deutlich zutage, wenn man nur das "Tableau" betrachtet, in dem der Grundeigentümer als Kapitalist und produktive sowie sterile Klasse (alle Beschäftigten, sowohl Unternehmer als auch Arbeiter, in Landwirtschaft sowie in Handel und Gewerbe) als Salairempfänger erscheinen. Aber in den Bemerkungen zu den "Allgemeinen Maximen der Wirtschaftspolitik eines agrikalten Königreiches" wird der grundlegende Klassengegensatz zwischen Lohnarbeiter (ouvrier) und Kapitalist vernehmlicher artikuliert. Quesnay geht dort auf die objektive Bestimmung des Arbeitslohnes ein. Wo er früher vom Pächter (fermier) sprach, nennt er nun den Unternehmer (entrepreneur); den Großpächter schildert er im Brief an Méliand als reichen Unternehmer.

Durch diese im Laufe der Jahre erfolgte Präzisierung in der Auffassung der ökonomischen Klassen wird es Quesnay möglich, quantitative Beziehungen der Klassenstruktur anzugeben. In den früheren "Tableau"-Fassungen (1758/59) hatte er Beziehungen zwischen der gesamten Rentenmasse des Landes und den Grundeigentümern (nebst ihrem parasitären Anhang), den Pächtern sowie den Handwer-

<sup>19</sup> Derselbe, Theorien über den Mehrwert, Bd. 26, 1, a. a. O., S. 13.

kern angenommen. Daneben hatte er aus dem in der Landwirtschaft angewendeten Kapital in bestimmter Zusammensetzung auf die zahlenmäßige Größe der für die Reproduktion dieses Kapitals notwendigen Lohnarbeiter geschlossen. In "Philosophie rurale" (1763) leitet nun Quesnay aus einer detaillierten Analyse der in den verschiedenen Anlagebereichen eingesetzten Kapitale und ihrer Revenuen die Klassenstruktur des Landes ab. Er nennt die Zahl der Grundeigentümer, unterteilt die in der Landwirtschaft tätigen Familienväter in Unternehmer sowie Gesinde und Arbeitsleute. Zu deren Familien addiert er eine gewisse Anzahl lediger Mägde. Ähnlich unterscheidet er in Handel und Gewerbe "besser gestellte Soldempfänger (gagistes) oder Unternehmer" und "schlechter gestellte Soldempfänger oder Handwerker" (S. 392), nebst Familie, letztere jeweils zu vier Personen gerechnet.

Bei Quesnay beginnt also, noch mit physiokratischen Einseitigkeiten behaftet, die Untersuchung der Klassenstruktur in der bürgerlichen politischen Ökonomie. Die Physiokraten, die eigentlichen Väter der modernen Ökonomie<sup>20</sup>, sind somit auch die eigentlichen Väter der Klassenstrukturanalyse. Sie führen die Klassenbeziehungen zwischen Grundeigentümern, produktiven, Handels- und Geldkapitalisten sowie zwischen diesen und den Lohnarbeitern auf ökonomische, physiologische Formen der Gesellschaft zurück und leiten aus ihnen die grundlegende Struktur zwischen den drei großen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft ab. Ihr System ist noch nicht ausgereift; es enthält noch Widersprüche. "Es sind dies alles Widersprüche der kapitalistischen Produktion, die sich aus der feudalen Gesellschaft herausarbeitet und letztere selbst nur mehr bürgerlich interpretiert, ihre eigentümliche Form aber noch nicht gefunden hat"<sup>21</sup>, schreibt Marx. Marguerite Kuczynskis Herausgabe der ökonomischen Schriften Quesnays bietet eine einzigartige Möglichkeit, den geistigen Prozeß zu untersuchen, in dem sich die ökonomische Grundlegung für die Analyse jener Klassenstruktur vollzieht, die sich selbst erst aus der feudalen Gesellschaft herausbildet.

Adam Smith, der in seinem "Reichtum der Nationen" eine unübertroffene Analyse der Klassenstruktur im Manufakturkapitalismus vorlegte, hat die von den Physiokraten begonnene Untersuchung weitergeführt und um wichtige Akzente bereichert. Seine Fortschritte im Verständnis der Arbeit und des Wertes waren die Voraussetzung für die nun möglich gewordene systematische Darlegung der Physiologie der bürgerlichen Gesellschaft. Diese Systematik ist bereits aus dem im Akademie-Verlag 1963 erschienenen ersten Band der Übersetzung des Smithschen ökonomischen Hauptwerkes zu ersehen. Der nun vorliegende zweite Band, von Peter Thal ebenfalls mit großem historischem Einfühlungsvermögen und äußerstem wissenschaftlichem Verantwortungsbewußtsein übersetzt, gestattet es, weitere Grundzüge des klassischen Werkes näher kennenzulernen.

Gegenüber dem physiokratischen System, dem zufolge Reichtum von einer bestimmten Form der Arbeit - der Agrikultur - geschaffen wird, war es, schreibt Marx, "ein ungeheurer Fortschritt von Adam Smith, jede Bestimmtheit der Reichtum zugehörigen Tätigkeit fortzuwerfen - Arbeit schlechthin, weder Manufaktur, noch kommerzielle, noch Agrikulturarbeit, aber sowohl die eine wie die andere. Mit der abstrakten Allgemeinheit der Reichtum schaffenden Tätigkeit nun auch die Allgemeinheit des als Reichtum bestimmten Gegenstandes, Produkt überhaupt, oder wieder Arbeit überhaupt, aber als vergangene, vergegenständlichte Arbeit.

20 Ebenda, S. 12.

21 Ebenda, S. 22.

Wie schwer und groß dieser Übergang, geht daraus hervor, wie Adam Smith selbst noch von Zeit zu Zeit wieder in das physiokratische System zurückfällt,"<sup>22</sup>

Dieser Fortschritt erlaubte es Smith, im Buch 1 von den Ursachen für die Steigerung der produktiven Kräfte der Arbeit und von der Regel, nach der ihr Produkt unter die verschiedenen Klassen des Volkes natürlicherweise verteilt wird, den "natürlichen Preis" (natural price) der Ware zu unterscheiden, eine Wertform im Manufakturkapitalismus, in der bereits die Problematik des sich erst im Industriekapitalismus voll herausbildenden Produktionspreises angelegt war. Den Neuwert des "natürlichen Preises" führte er auf die Einkommensraten von Arbeitslohn, Profit und Rente zurück, wobei er den Gegensatz des Arbeitslohnes zu Profit und Rente, die sich die Produktionsmittelbesitzer aus dem Produkt des Arbeiters unentgeltlich aneignen, hervorhob. Aus dem Verhältnis der Einkommensraten zueinander und ihrer Entwicklung in reichen und armen, fortschreitenden, stagnierenden und zurückgehenden Gesellschaften leitete er ab, wie die Hauptklassen seiner Zeit aufgrund ihrer materiellen Interessenlage zum gesellschaftlichen Fortschritt stehen. Diese Analyse weitet sich zu einer Betrachtung der Sozialverhältnisse des 18. Jahrhunderts aus. Damit war der seit den Physiokraten wichtigste theoretische Fortschritt in der Analyse der Klassenstruktur im Rahmen der Möglichkeiten der bürgerlichen politischen Ökonomie vollzogen.

Der zweite Band der Übersetzung enthält Buch 2 über das Wesen, die Akkumulation und die Anlage von Kapital, Buch 3 vom unterschiedlichen Fortschreiten des Reichtums bei verschiedenen Nationen und die Kapitel 1 bis 7 des Buches 4 über Systeme der politischen Ökonomie, das heißt einen Teil der Merkantilismus-Kritik. Im abschließenden dritten Band, der noch aussteht, werden dann die noch zum Buch 4 gehörigen Kapitel 8 mit den Schlußfolgerungen zum Merkantilismus und Kapitel 9 über den Physiokratismus sowie das Buch 5 über die Finanzen des Herrschers oder des Staates zu finden sein. (Es ist zu hoffen, daß ihm ein ausführliches Personen- und Sachregister beigelegt wird, das die Arbeit mit dieser in ihrer wissenschaftlichen Exaktheit einmaligen deutschen Smith-Übersetzung bedeutend erleichtern würde.)

Mit dem im zweiten Band enthaltenen Buch 2 über das Kapital erhält ein breiterer Kreis nun eine solche Übersetzung, die es gestattet, Smith' Ringen um das Kapitalverständnis im einzelnen zu verfolgen, Smith' Ansätze, Vorstöße, Irrwege, verdeutlichen die Schwierigkeit, vor der die politische Ökonomie stand. Es ist zum Beispiel interessant zu sehen, wie Smith des öfteren Probleme der organischen Zusammensetzung des Kapitals zur Sprache bringt, die in größerer Klarheit Ricardo erst vier Jahrzehnte später behandeln und ein Jahrhundert nach Smith schließlich Marx lösen konnte. Eine aufmerksame Lektüre und ein Vergleich mit Marx' umfangreichen und tieferschürfenden Analysen über dieses Buch offenbaren dem heutigen Leser erst in ihrem vollen Ausmaß die gewaltige Leistung der Marx'schen Kapitaltheorie.

Ist das Buch 2 vor allem für den Ökonomen aufschlußreich, so spricht das historisch angelegte Buch 3 jeden Gesellschaftswissenschaftler an.

Dieses Buch ist mehr als ein historischer Exkurs, mehr als eine wirtschaftsgeschichtliche Ergänzung der vorangegangenen ökonomisch-systematischen Bücher. Um seine Bedeutung kurz zu umreißen, sei daran erinnert, daß Smith im Buch 1,

<sup>22</sup> Marx, Karl, Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 13, a. a. O., S. 635.

ausgehend von der Arbeit, ganz grundsätzlich Wert, "natürlichen Preis" und Einkommen behandelt hatte; sein Gegenstand waren grundlegende Kategorien des Produktionsprozesses. Das Buch 2 führte den Unterschied zwischen den Bestandteilen des Einzelkapitals, zwischen dessen Anlagensphären in der Volkswirtschaft sowie zwischen individuellem und gesellschaftlichem Kapital ein. Es setzte also die Untersuchung des Produktionsprozesses fort und ging zur Erfassung der Zirkulationssphäre über. Im Buch 3 vollzieht Smith nun auf dieser Stufenfolge von der anfänglichen abstrakten Betrachtung der Arbeit bis zur konkreteren Betrachtung der Kapitalakkumulation einen weiteren Schritt und fragt, wie sich die ökonomische Struktur der bürgerlichen Gesellschaft an der Oberfläche ihrer historischen Entwicklung zeigt. Er knüpft selbstverständlich an die vorhandenen historischen Betrachtungen von Vorgängern und Zeitgenossen an und konzentriert sich auf die Frage, wie sich der Kapitalismus im Schoß des Feudalismus herausbildete. Für den Marxisten ist Smith' Herangehen äußerst interessant, weil es im Keim dialektisch ist und bewußt einen Gegensatz zwischen dem zuvor systematisch (und im Prinzip ahistorisch) untersuchten Wesen und seiner historischen Erscheinung zum Ausgangspunkt nimmt.

Materielle Voraussetzung für die Zunahme des Reichtums ist ein entsprechendes Mehrprodukt in der Landwirtschaft, das die städtische Entwicklung der Manufaktur und schließlich des Handels erlaubt, stellt Smith fest. "Dem natürlichen Lauf der Dinge entsprechend wird daher der größte Teil des Kapitals jeder sich aufwärts entwickelnden Gesellschaft zuerst in die Landwirtschaft gelenkt, später dann in die Manufakturen und zuletzt von allem in den Außenhandel. Diese Ordnung der Dinge ist so sehr natürlich, daß sie, wie ich glaube, in jeder Gesellschaft, die über irgendein Gebiet verfügte, in gewissem Grade befolgt worden ist." Smith präzisiert sofort: "Aber obgleich diese natürliche Ordnung der Dinge in gewissem Grade in jeder solchen Gesellschaft Wurzeln geschlagen haben muß, ist sie in allen modernen Staaten Europas in vielerlei Hinsicht völlig in ihr Gegenteil verkehrt worden" (S. 134).

Um zu zeigen, wie es zu dieser Verkehrung kommen mußte, gibt Smith einen materialistischen Erklärungsversuch für die historische Entwicklung aus den materiellen Interessen sowohl der ausbeutenden als auch der ausgebeuteten Klassen in der Sklavenhaltergesellschaft und im Feudalismus. Er schildert die Behinderung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft und die Herausbildung eines Städtebürgertums, das sein Klasseninteresse im Kampf gegen die Feudalherren durchsetzte. "Auf diese Weise wurden in den Städten Ordnung, eine gute Verwaltung und zusammen damit die Freiheit und Sicherheit des Individuums hergestellt, und zwar zu einer Zeit, als die Bauern auf dem Lande noch jeder Art von Gewalttätigkeit ausgesetzt waren" (S. 159).

Die kapitalistische Entwicklung ging also nicht, wie vom Standpunkt der materiellen Reproduktion anzunehmen wäre, von der Landwirtschaft, sondern vom Gewerbe aus. Smith schreibt: "Es ist wahr, daß die Einwohner einer Stadt letzten Endes ihren Unterhalt, alle Rohstoffe und Mittel für ihre Gewerbetätigkeit immer vom Lande beziehen müssen. Doch in einer nahe an der Küste oder den Ufern schiffbarer Flüsse gelegenen Stadt sind sie nicht notwendigerweise darauf beschränkt, diese Dinge von dem sie umgebenden Land zu bekommen. Sie verfügen über einen viel weiteren Spielraum und können sie aus den entlegensten Winkeln der Welt heranschaffen, entweder im Austausch für die Manufakturprodukte ihrer eigenen Gewerbetätigkeit oder indem sie den Dienst von Fuhrleuten zwischen entfernten Ländern versehen und das Produkt des einen gegen das eines anderen austauschen. Eine Stadt kann auf diese Weise zu großem Reichtum und Glanz empor-

wachsen, während nicht nur das sie umgebende Land, sondern alle Länder, mit denen sie Handel treibt, in Armut und Elend verharren" (S. 160).

Handel und Manufakturen wirken nun zurück, stellt Smith fest, und werden "im größten Teil Europas zur Ursache und zum Anlaß der Verbesserung und Kultivierung des Bodens, anstatt deren Folge zu sein" (S. 176). Smith erklärt: "Da jedoch dieser Fortgang der Dinge ihrem natürlichen Verlauf widerspricht, ist er notwendigerweise sowohl langsam als auch unsicher" (ebenda).

Aus zahlreichen Überlegungen und Ansätzen zu einer historisch-materialistischen Gesellschaftsbetrachtung ist hier nur ein Gedankengang hervorgehoben worden. Er verdeutlicht, daß zu der von Quesnay begründeten und von Smith im Buch 1 des "Reichtums der Nationen" herausgebildeten systematischen Betrachtung der Klassenstruktur ein dialektisches Moment für eine historisch-ökonomische Untersuchung hinzugekommen ist: Smith spürt einen Widerspruch zwischen der inneren ökonomischen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer historischen Entwicklung auf.

Als ein Gegensatz zur marxistischen Aneignung des wertvollen geistigen Erbes sei Horst Claus Recktenwalds Buch "Adam Smith. Sein Leben und sein Werk" angeführt, das der Verfasser als Versuch ausgibt, das "Unverlierbare einer freiheitlichen Ordnung lebendig zu halten und Smiths Ideen im Lichte unserer Einsicht und Erfahrung weiterzuentwickeln" (S. XII).

Die Darstellung gliedert sich in drei Teile. Im ersten, biographischen Teil beschreibt Recktenwald Smith' Leben auf der Grundlage der gut hundert Jahre nach dessen Tod verfaßten Darstellung von John Rae. Anschließend stellt er eine Betrachtung über Frauen in Smith' Leben an. Im zweiten Teil verspricht der Verfasser eine "moderne Würdigung" des wissenschaftlichen Werkes. Diese besteht aus Überlegungen zu Smith' "Werk heute und morgen", aus Einführungen in die Theorie der ethischen Gefühle und in das ökonomische Werk sowie aus Bemerkungen zu den philosophischen Essays; die behandelten Arbeiten werden jeweils mit etwa sechzig bis achtzig Zitaten im Umfang von einer Zeile bis zu einer Dreiviertelseite vorgestellt.

Der zweite Teil bietet keine neuen Gesichtspunkte gegenüber früheren Darlegungen Recktenwalds zum gleichen Thema.<sup>23</sup> Er läuft im Prinzip auf Unterstellungen folgender Art hinaus: Der Marxismus habe Smith' "Grundideen wesentlich falsch oder verdreht interpretiert", indem er "ihnen einen schrankenlosen Egoismus ohne jede Moral, eine politische und ökonomische Laissez-faire-Doktrin, eine Nachtwächteraufgabe des Staates, einen nationalistischen Anspruch auf britische Weltherrschaft" (S. 281) zuschrieb. Folgte man Recktenwalds Auslegung, so ergäbe sich aus Smith' System für den Marxismus "die Überprüfung seiner dialektischen Methode, wenn er von seiner Sterilität loskommen will. Denn die Dialektik erhebt a) in der Moral das Inhumane zum 'Gesetz' . . . , und sie wird b) in der Theorie nahezu kritiklos übernommen. In der Praxis führt sie c) zu geradezu grotesken Folgerungen . . ." (S. 50). Nach Recktenwald ist Smith' Theorie ganz schlicht "eine der menschlichsten Botschaften eines pragmatischen Gelehrten" (S. 65), die als die geistige Grundlage der heutigen kapitalistischen Marktwirtschaft aufzufassen sei.

<sup>23</sup> Vgl. vor allem Recktenwald, Horst Claus, Würdigung des Werkes, in: Smith, Adam, Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen, München 1974.

Im dritten Teil weist der Verfasser Adam Smith einen "Platz in der Genealogie der Nationalökonomie" zwischen den angeblichen "Vorläufern" Platon, Aristoteles, den Stoikern, Thomas von Aquino und solchen vermeintlichen Schülern wie Eucken, Röpke, Erhard sowie Karl Schiller zu. Der Teil enthält Bemerkungen zu zahlreichen Zeitgenossen von Smith, eine Betrachtung über das Verhältnis der deutschen Ökonomen zu Smith sowie einen Brief, in dem Smith seine Vorstellungen über eine Reform des Studiums und der Prüfungen entwickelt.

Der Band ist prachtvoll mit Bildbeigaben ausgestattet. Er gibt über zwanzig Smith-Bildnisse, Smith' Schriftzüge, das Porträt seiner Mutter, ein halbes Hundert Bildnisse von Zeitgenossen, einige alte Darstellungen sowie Aufnahmen der von Smith besuchten Schule in Kirkcaldy, eines Wohnhauses und des Grabes von Smith wieder. Weitere Bilder von späteren bürgerlichen Ökonomen einschließlich jener der Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften gehören, streng genommen, nicht in ein Buch über Smith.

Recktenwald schreibt Smith folgende Maximen zu, die, "gleichsam als dialektische Gegenströmung oder als ein Wall gegen das Aufdrängen oder das Vordringen kollektivistischer Gedanken und Forderungen in unserer Zeit" (S. XII), fortzuentwickeln seien: "(1) Daß wir ... die Vernunft und natürlich die Logik nur als Menschen mit beschränktem Verstand gebrauchen können ..., (2) daß in aller Regel der einzelne in Selbstverantwortung und nicht irgendein Kollektiv (auch nicht ein sozialistisches) am besten weiß, was ihm nützt und zuträglich ist, (3) daß die Menschen im Grunde nicht umzuerziehen sind, am wenigsten von ideologischen Fanatikern und elitären Genossen ..., (4) daß wir die 'Arroganz der Eigenliebe' (mehrfach) in Grenzen halten sollten, ohne dabei den Motor menschlichen 'Fortschrittes', nämlich das Streben des einzelnen, sein Los und seine Lage in der Gemeinschaft zu verbessern, abzuwürgen, (5) daß es zumeist die kleinen Freuden im Alltag sind, die letztlich das Glück auf dieser Welt ausmachen und schließlich (6) daß Glaube, zumindest Hoffnung (und diese sogar als Illusion), selbst für Aufgeklärte, Emanzipierte oder Satte wesentlich zu diesem irdischen Glück beitragen können" (S. XII f.). Solche Ausführungen Recktenwalds über eine im Grunde scheinbar heile kapitalistische Welt richten sich nicht nur gegen den Kommunismus, sondern gegen alle links von der CSU liegenden Positionen.

Um diesem Bemühen dienlich zu sein, muß Smith' Werk im ganzen und im einzelnen erheblich zurechtgestutzt werden. An dieser Stelle sei nur angeführt, wie der Verfasser Smith' Betrachtung der Klassenstruktur und ihrer historischen Entwicklung interpretiert. Er meint: "Obwohl nun für Smith gleichsam an allen Ecken und Enden die Gefahr lauerte, den Verlauf der Entwicklung deterministisch zu erklären, wie es später Marx in seiner Theorie des Feudalismus, Kapitalismus und Sozialismus dialektisch tat, oder in der strengen Abfolge der Stufentheorie der deutschen Historischen Schule, ist er der Gefahr nicht erlegen" (S. 114). Smith lege den natürlichen Verlauf der Entwicklung vom primitiven Zustand eines Gemeinwesens, eines Jägervolkes, bis zum zivilisierten eines großen Landes dar, "nicht beschreibend-erzählend, 'vulgär', sondern analytisch-erklärend, also theoretisch oder konjunktural" (S. 106). Dabei unterschlägt Recktenwald jene Passagen, in denen Smith das Wirken der Klasseninteressen in die Geschichtsbetrachtung einbezieht. Die treibende Kraft in der Geschichte sehe Smith, "wie bereits unmißverständlich aus seinem psychologischen Modell hervorgeht, in dem aktiven Mühen des Menschen, seine materielle und soziale Lage zu verbessern" (S. 107). Nach Recktenwalds Auffassung bestimmen daher auch nicht gegensätzliche Klasseninteressen Smith' Bild vom Kapitalismus. Für diesen sei "charakteristisch, daß sich der einzelne seinen Lebensunterhalt durch Tausch im allgemei-



nen auf dreierlei Weise verdienen kann: indem er nämlich für die Leistung oder Nutzung von Arbeitskraft, Boden und Kapital, sobald sie zur Produktion von Gütern unmittelbar eingesetzt werden, ein monetäres Entgelt als Lohn, Rente oder Gewinn erhält. Mit diesem Einkommen kauft er die 'notwendigen und angenehmen Dinge des Lebens', also alles das, was er zur Verbesserung seiner wirtschaftlichen und sozialen Position benötigt" (S. 109). Recktenwald meint dann weiter: "Anstelle der politischen Instabilität der Vorperiode finden wir nunmehr einen Ausgleich der Macht, und zwar innerhalb und zwischen den Schichten, die neuen Wohlstand bilden und noch alten besitzen, also den Handwerkern, Fabrikanten, Händlern, Pächtern, Grundbesitzern (den Herrscher eingeschlossen) und, mit dem allgemeinen Wahlrecht, auch den Arbeitern" (S. 110).

Smith' Gesellschafts- und Klassenbetrachtung ist keineswegs von einer solchen idyllischen Vorstellung geprägt. Recktenwald kommt somit auch nicht umhin zu erwähnen, daß die egoistischen Interessen der Grundbesitzer und Kapitalisten bei Smith eine grundlegende Rolle spielen. Er beteuert jedoch: "Aber nicht dialektisch und sozial zersetzend sind die unvermeidlichen Anpassungen der gesellschaftlichen und politischen Struktur an den Wandel der ökonomischen Ordnung, sie erfolgen vielmehr auf Grund eines selbstgesteuerten Mechanismus, der immer wieder zum Ausgleich drängt. Zu behaupten, Smith habe 'kein scharfes Auge für Disharmonien, für die Interessenkonflikte ...', wie Myrdal es tut, erscheint einfach irrig. Smith verabsolutiert nur nicht die Konflikte und löst sie nicht inhuman oder brutal. Auch steht er dem Prinzip der Dialektik implicite kritisch-ablehnend gegenüber, das ja, wie wir aus Erfahrung wissen, dazu geführt hat, daß sich in der kommunistischen Welt ohne Klassengegensätze das Prinzip logisch selbst aufhebt und praktisch dazu zwingt, 'Klassenfeinde' zu 'konstruieren' ..." Smith' System sei "offen und durchlässig; es hat seine 'Revolutionen' gleichsam eingebaut, wobei der Wettbewerb laufend zu Anpassungen zwingt, politisch zu einem 'Kreislauf der Eliten' (Pareto)" (S. 115).

Abschließend sei gesagt, daß diese grobe Entstellung der klassischen politischen Ökonomie, ein Ableger der primitiven Argumentationen aus den Zeiten des kalten Krieges, nicht mehr die heutige bürgerliche Smith-Interpretation bestimmt, aber von reaktionären Kräften in der BRD offensichtlich noch als wirksame antikommunistische Waffe geschätzt wird.

Wenn von der klassischen politischen Ökonomie des Bürgertums die Rede ist, geraten im allgemeinen die großen Leistungen von Petty, Quesnay, Smith und Ricardo ins Blickfeld. Am Rande erwähnt werden mitunter noch jene Ökonomen, die Marx im 21. Kapitel der "Theorien über den Mehrwert" behandelt. Marx steckt dort genau ab, wie weit tatsächlich die Erkenntnismöglichkeiten der klassischen politischen Ökonomie reichen; er untersucht "das letzte Wort aller der Schriften, die das proletarische Interesse vom Ric[ardo]schen Standpunkt, auf dem Boden seiner eignen Voraussetzungen vertreten"<sup>24</sup>. Seine Analyse macht deutlich, daß sich ein vollständiges Bild von der klassischen politischen Ökonomie erst bietet, wenn diese Schriften, die kaum ins Deutsche übertragen und heute schwer zugänglich sind, gründlich aufgearbeitet sind.

Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist Anita und Achim Toepels sorgfältige Übertragung der "Neuen Grundsätze der politischen Ökonomie" von Sismondi. Sie

24 Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 26, 3, Berlin 1968, S. 256.

setzt nun endgültig die älteren, unzulänglichen Ausgaben bürgerlicher Übersetzer außer Kurs.

Sismondi, schreiben die Verfasser des "Kommunistischen Manifestes", ergriff "die Partei der Arbeiter vom Standpunkt des Kleinbürgertums"<sup>25</sup>. Um die eigene politische Position zu verdeutlichen und klar abzugrenzen, hatte Lenin in seiner 1897 geschriebenen Arbeit "Zur Charakteristik der ökonomischen Romantik (Sismondi und unsere einheimischen Sismondisten)" die reaktionären Züge dieser kleinbürgerlichen Richtung aus aktuellem Anlaß besonders hervorgehoben. Marx' "Theorien über den Mehrwert" waren ihm damals noch nicht bekannt; Kautsky hatte sie erst in den Jahren 1905 bis 1910 veröffentlicht.

Engels bemerkt 1897, daß Marx im "Kapital" "die jetzt kursierende verwässerte oder, wie er sie treffend nennt, 'Vulgärökonomie' mit Entrüstung auf ihre klassischen Vorbilder bis Ricardo und Sismondi zurückverweist"<sup>26</sup>. Indem die bürgerlichen Ökonomen, schreibt Marx, "auf der einen Seite die Arbeit absolut (weil ihnen Lohnarbeit mit Arbeit identisch) und auf der andren Seite ebenso absolut das Kapital, die Armut des Arbeiters und den Reichtum des Nichtarbeiters in demselben Atem als einzige Quelle des Reichtums aussprechen, bewegen sie sich beständig in absoluten Widersprüchen, ohne die geringste Ahnung darüber. (Sismondi macht durch seine Ahnung dieses Widerspruches Epoche in der politischen Ökonomie.)"<sup>27</sup> Er fühle den Grundwiderspruch zwischen der ungefesselten Entwicklung der Produktivkraft und der Beschränkung der Masse der Produzenten auf die Lebensnotwendigkeiten. "Er beurteilt die Widersprüche der bürgerlichen Produktion schlagend, aber er begreift sie nicht und begreift daher auch nicht den Prozeß ihrer Auflösung. Was aber bei ihm zugrunde liegt, ist in der Tat die Ahnung, daß den im Schoß der kapitalistischen Gesellschaft entwickelten Produktivkräften, materiellen und sozialen Bedingungen der Schöpfung des Reichtums, neue Formen der Aneignung dieses Reichtums entsprechen müssen; daß die bürgerlichen Formen nur transitorische und widerspruchsvolle sind, in denen der Reichtum immer nur eine gegensätzliche Existenz erhält und überall zugleich als sein Gegenteil auftritt. Es ist Reichtum, der immer die Armut zur Voraussetzung hat und sich nur entwickelt, indem er sie entwickelt."<sup>28</sup>

Diese Einschätzung ist sehr wichtig, wenn man die Betrachtung der Klassenstruktur in ihrer Entwicklung von Quesnay bis Sismondi erfaßt. Auf dem von Quesnay bereits vorgezeichneten Weg war der Klassengegensatz in seinen manufakturkapitalistischen Bewegungsformen von Smith untersucht worden. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts "trat die große Industrie selbst nur aus ihrem Kindheitsalter heraus"<sup>29</sup>, als Jean Baptiste Say versuchte, die - von Smith ebenfalls konstatierte - bedingte Interessenebereinstimmung zwischen Bourgeoisie und Proletariat, nämlich bei der Überwindung des Feudalismus, nun auch als ein Charakteristikum des Industriekapitalismus zu erklären und die nach Smith' Tod infolge der Industriellen Revolution innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft stattfindende Verschärfung des Klassengegensatzes zu leugnen. Zu jener Zeit freilich "blieb der

25 Derselbe/Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, in: ebenda, Bd. 4, Berlin 1959, S. 484.

26 Engels, Friedrich, [Rezension des Ersten Bandes "Das Kapital" für die "Zukunft"], in: ebenda, Bd. 16, Berlin 1962, S. 208.

27 Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, Bd. 26, 3, a. a. O., S. 255 f.

28 Ebenda, S. 51.

29 Derselbe, Das Kapital, Bd. 1, a. a. O., S. 20.

Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit in den Hintergrund gedrängt, politisch durch den Zwist zwischen den um die Heilige Allianz gescharten Regierungen und Feudalen und der von der Bourgeoisie geführten Volksmasse, ökonomisch durch den Hader des industriellen Kapitals mit dem aristokratischen Grundeigentum<sup>30</sup>. Hier nun trat - historisch folgerichtig - Sismondi auf. Er registrierte die Verwandlung der Manufakturkapitalisten in Industriekapitalisten sowie der Handwerker und Manufakturarbeiter in industrielle Lohnarbeiter im Prozeß der Herausbildung, als die sozialen Perspektiven über den Kapitalismus hinaus erst von einigen utopischen Sozialisten und Kommunisten gesehen wurden.

"Die Lehre von Adam Smith ist die unsrige; wir verdanken Smith das Licht, das sein genialer Geist in die Wissenschaft trug"(Bd. 1, S. 58), schreibt Sismondi. Aber in den praktischen Ergebnissen komme er oft gerade zu gegenteiligen Auffassungen. "Außerdem glauben wir beweisen zu können, wenn wir die Grundsätze von Smith mit der Erfahrung eines halben Jahrhunderts, in dem seine Theorie mehr oder weniger angewendet wurde, in Verbindung bringen, daß es in mehr als einem Falle nötig wäre, ganz andere Schlußfolgerungen daraus zu ziehen" (ebenda, S. 59).

Angesichts der industriekapitalistischen Vorgänge führt Sismondi die Klassenstruktur - im Unterschied zu Quesnay und in gewissem Sinn auch zu Smith - nachdrücklich auf die Trennung der Arbeitskraft von ihren Arbeitsbedingungen zurück. "Der Mensch müht sich ausschließlich darum ab, um sich danach erholen zu können; er häuft nur an, um wieder auszugeben; und er strebt nur nach Reichtum, weil er ihn genießen will. Heute aber sind die Anstrengungen und der Genuß ihrer Früchte voneinander getrennt; denn es ist nicht ein und derselbe Mensch, der arbeitet und sich in der Folge ausruht" (ebenda, S. 78). Sismondi sagt noch deutlicher: "Je mehr in einer Nation die Gewerbe und Manufakturen entwickelt sind, um so krasser gestaltet sich das Mißverhältnis zwischen der Lage der Arbeitenden und der Lage der Genießenden; je mehr die einen sich anstrengen müssen, um so mehr Luxus können die anderen entfalten" (ebenda, S. 81).

Entschiedener als Smith hält Sismondi an der Erkenntnis fest, daß der Mehrwert Raub am Arbeiter sei. "Der Gewinn eines Unternehmers stellt nur einen Raub an dem von ihm beschäftigten Arbeiter dar. Denn der Unternehmer verdient nicht etwa, weil sein Betrieb viel mehr produziert, als er ihn kostet, sondern weil er nicht alles da bezahlt, was er ihn wirklich kostet, da er dem Arbeiter nicht die hinlängliche Belohnung für seine Arbeit gewährt. Eine derartige Industrie ist ein Übel für die Gesellschaft, da sie diejenigen, die arbeiten, ins tiefste Elend stürzt, während sie dem Kapitalisten den üblichen Profit aus dem Kapital zusichert" (ebenda, S. 89 f.). Werde zum Beispiel das Einkommen des Grundbesitzers produktiv verwendet, so habe dieser "einen bleibenden, sich stets vermehrenden Wert, der nicht mehr vergeht, denn es ist nunmehr Kapital. Dieser permanente, sich stets vermehrende Wert unterscheidet sich nun aber vom Wert der gewährten Lebensunterhaltsmittel, durch die er erst geschaffen werden konnte. Er bleibt als eine mystische, stofflose Größe immer im Besitz des gleichen Grundbesitzers, für den allein er verschiedene Formen annimmt" (ebenda, S. 87).

In "einer solchen erbärmlichen sozialen Ordnung" (Bd. 2, S. 125) ist der Arbeiter völlig vom Kapital abhängig, betont Sismondi immer wieder. "Die Arbeitskraft wird aber erst zum Einkommen, wenn sie angewendet wird. Sie ist wertlos,

wenn sie keinen Käufer findet ..." (Bd. 1, S. 106). Sismondi gibt eine erschütternde Schilderung von der Lage der Lohnarbeiter (vgl. Bd. 1, S. 307 f.).

Diese Betrachtung führt Sismondi zu der Feststellung, daß sich hinter den drei Klassen, die Smith aus den Einkommen Arbeitslohn, Profit und Rente ableitet, die für den Kapitalismus charakteristische Existenz von zwei Hauptklassen verbirgt. "Das Zusammenwirken zweier sozialer Klassen mit gegensätzlichen Interessen, um Arbeiten aller Art auszuführen, ist keineswegs die Folgeerscheinung der menschlichen Natur oder des Wesens der Arbeit. Es ist hier die Rede von der Klasse der Eigentümer von akkumulierter Arbeit, die müßig ist, und von der Klasse, die nur ihre Arbeitskraft besitzt und arbeitet, um zu leben" (Bd. 2, S. 271). Dem vom Kapital abhängigen Lohnarbeiter habe man "daran gewöhnt, keine fernere Zukunft zu kennen als den Samstag, wo er für die Woche bezahlt wird. Auf diese Weise hat man in ihm die moralischen Qualitäten und das Gefühl der Zuneigung abgestumpft. Man hat ihn viel zu oft mit dem gegenwärtigen Leid konfrontiert, als daß er sehr vor dem zukünftigen Leid zurückschreckte, das seine Frau und seine Kinder zu erdulden haben könnten" (ebenda, S. 208).

Verzweiflung und Leid, schreibt Sismondi, haben schreckliche Auswirkungen. "Krankheiten der Seele greifen auf den Körper über, die Epidemien nehmen zu, die Neugeborenen sterben nach wenigen Monaten, so daß der Mangel an Arbeit mehr Verheerungen bewirkt als der schrecklichste Krieg" (ebenda, S. 244). Zugleich beobachtet er, daß die englischen Fabrikarbeiter den Landarbeitern geistig, moralisch und bildungsmäßig überlegen sind. "Da man unaufhörlich zusammen lebt, weniger erschöpft ist und sich viel unterhalten kann, verbreiten sich Gedanken schnell. Sofern die Arbeiter erst einmal angeregt und angereizt sind, erheben sie sich durch Wetteifer bald über die Arbeiter anderer Länder. Diese moralische Überlegenheit ist in anderer Weise ebenso wichtig wie das Wachstum des Reichtums" (Bd. 1, S. 323).

Hatte Smith in der Entwicklung des Kapitalismus den historischen Fortschritt gesehen, so verweist Sismondi auf den historischen, also auch transitorischen Charakter dieses zwiespältigen kapitalistischen Fortschritts. "Der wahre Übelstand ist nicht die Vervollkommnung der Maschinen, sondern die ungerechte Verteilung, die wir mit ihren Erzeugnissen vornehmen. ... Es ist aber unsere gegenwärtige Gesellschaft, die Abhängigkeit des Arbeiters, die ihn zwingt, wenn eine Maschine seine Arbeitsmöglichkeiten erhöht hat, nicht weniger, sondern mehr Stunden am Tag für den gleichen Lohn zu arbeiten" (Bd. 2, S. 247). Diese Arbeiter "bilden bei weitem den größten Teil der Nation, und, obwohl sie der Gesellschaft am nützlichsten sind, bleiben sie arm und zurückgesetzt. Ständiger Neid nagt an ihnen und bringt sie gegen die Reichen auf. Man wagt es kaum, in ihrer Gegenwart über politische Rechte zu sprechen; denn es ist stets zu befürchten, daß eine derartige Diskussion in eine Auseinandersetzung über Eigentumsrechte umschlägt und Forderungen nach einer gerechten Verteilung der Güter und des Bodens gestellt werden" (Bd. 1, S. 149). Aber eine Revolution in einem vom frühen Kapitalismus gezeichneten Land mit verelendetem Proletariat sei furchtbar, stellt Sismondi fest.

Lenin hebt wiederholt hervor: "Marx hat mehrfach auf einen Ausspruch Sismondis hingewiesen, der von größter Bedeutung ist. Die Proletarier des Altertums - so lautet dieser Ausspruch - lebten auf Kosten der Gesellschaft. Die moderne Gesellschaft lebt auf Kosten der Proletarier." Lenin schreibt weiter: "Die Klasse der zwar Besitzlosen, aber nicht Werkstätigen, ist nicht fähig, die Ausbeuter zu stürzen. Nur die Klasse der Proletarier, von deren Arbeit die ganze Gesell-

schaft lebt, ist imstande, die soziale Revolution zu vollziehen."<sup>31</sup> Sismondi beobachtete und beschrieb als einer der ersten die Herausbildung der industriekapitalistischen Klassenstruktur; aber er konnte in dem sich erst herausbildenden Industrieproletariat noch nicht die künftige revolutionäre Klasse erkennen.

Oft wird eindringlich auf die bürgerlichen Grenzen der Sismondischen Anklage verwiesen und dem großen Klassiker schon fast vorgehalten, was er - objektiv aufgrund des gering entwickelten Industriekapitalismus - nicht zu leisten vermochte. Die Toepelsche Übersetzung zeigt nun, zu welchen bedeutenden Erkenntnissen Sismondi selbst innerhalb der ihm gezogenen Grenzen gelangen konnte. Sie bietet, ebenso wie die Ausgaben von Quesnay, Smith und Ricardo, eine gute Voraussetzung für eine tiefere Untersuchung der klassischen politischen Ökonomie des Bürgertums, ihres speziellen Beitrags zur vormarxistischen Gesellschaftsanalyse und ihrer bleibenden, nach wie vor anregenden Überlegungen zu grundsätzlichen Fragen der Gesellschaftswissenschaft.

31 Lenin, W. I., Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart, in: Werke, Bd. 13, Berlin 1963, S. 68.

ZUR ROLLE DER KAUFLEUTE UND DES HANDELS IN DER MITTEL-  
ALTERLICHEN RUSSISCHEN STADTForschungsergebnisse und Probleme zur Geschichte der russischen Stadt  
vom 10. bis 15. Jahrhundert (II)

von Siegfried Epperlein

Neben dem Handwerk und der gewerblichen Produktion, deren Existenz eine grundlegende Voraussetzung für die Herausbildung nichtagrarischer Wirtschaftszentren in der Kiever Ruß war<sup>1</sup>, kam dem Handel von vornherein für die städtische Entwicklung beträchtliche Bedeutung zu.<sup>2</sup> So sind seit dem 10. Jahrhundert, vor allem aber seit dem 11. Jahrhundert neben Niederlassungen von Handwerkern im "posad" in steigendem Maße auch Kaufleutesiedlungen in verschiedenen russischen "Burgstädten" nachweisbar,<sup>3</sup> in denen der Markt (torg, torgovišč'e), wie etwa in Kiev,<sup>4</sup> allmählich in den Vordergrund zu treten begann.<sup>5</sup> Der Markt, der als Stätte des

- 1 Vgl. dazu Epperlein, Siegfried, Zur Bedeutung des Handwerks sowie zur wirtschaftlichen und sozialen Stellung der gewerblichen Produzenten in der mittelalterlichen russischen Stadt, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1977, T. 2.
- 2 Vgl. allgemein Tichomirov, M. N., Drevnerusskie goroda, 2. Aufl. Moskau 1956, S. 152 f.
- 3 Vgl. auch Hellmann, Manfred, Probleme früher städtischer Sozialstruktur in Osteuropa, in: Untersuchungen zur gesellschaftlichen Struktur der mittelalterlichen Städte in Europa. Vorträge und Forschungen, hg. v. Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte, Bd. 11, 2. Aufl. Sigmaringen 1974, S. 382 ff. = Reichenau-Vorträge 1963/64.
- 4 Povest' vremennyh let, Bd. 1, u. d. Red. v. D. S. Lichačev, Moskau/Leningrad 1950, S. 114 (1068/69). Thietmar von Merseburg, Chronicon, hg. v. Robert Holtzmann, Berlin 1935, VIII, 32, berichtet, es habe in Kiev 400 Kirchen und 8 Märkte gegeben. Hellmann, Manfred, a. a. O., S. 384, möchte diese "Erzählung ... in das Reich der Fabel verweisen". Vgl. dazu neuerdings Sverdlov, M. B., Vidomosti pro Kyjiv u chronici Titmara Merzeburgskoho (Nachrichten über Kiev in der Chronik Thietmars von Merseburg), in: Ukrajin-skyj Žurnal, Nr. 8/1971, S. 77 f., der die Ausführungen Thietmars zwar für übertrieben, aber nicht für gänzlich unglaubwürdig hält, da Kiev als "Hauptstadt" der frühmittelalterlichen Ruß zweifellos auch über Märkte verfügt habe. Vgl. auch Istorija Kieva, Bd. 1, Kiev 1963, S. 57 f.
- 5 Vgl. Tichomirov, M. N., a. a. O., S. 248 f.; vgl. auch Ludat, Herbert, Frühformen des Städtewesens in Osteuropa, in: derselbe, Ausgewählte Aufsätze, Köln/Wien 1969, S. 107 f. - Die Bedeutung des Marktes für kaufmännische Aktivitäten in der Ruß kann man auch daraus ersehen, daß sich von russ. "torg" (Markt) "torgovat" = handeln, "torgovlja" = Handel, "torgovec" = Händler, "torgaš" = Krämer ableiten,

Warenaustausches bereits in der "Russkaja Pravda" mehrfach erwähnt wird,<sup>6</sup> spielte auch im politischen Leben der altrussischen Stadt eine Rolle. Vielfach diente er als Versammlungsort des "veče", das als Beratungsorgan der Stadtbewohner namentlich in den Auseinandersetzungen mit den fürstlichen Stadtherren häufig einberufen wurde.<sup>7</sup> Neben dem Markt befanden sich in der mittelalterlichen russischen Stadt vielfach Kirchen.<sup>8</sup> Sie galten als "Stätten des Friedens", wo der Handel unter dem Schutz Gottes stand und die gewaltsame Austragung von Feindseligkeiten untersagt war. In den Räumen dieser Kirchen wurden verschiedentlich Waren gestapelt und die für die Tätigkeit des Kaufmannes unentbehrlichen Maße und Gewichte aufbewahrt.<sup>9</sup> Diese auch in Westeuropa bekannten "Kaufmannskirchen"<sup>10</sup> wurden gelegentlich bestimmten Heiligen geweiht, von denen man sich den Schutz der Kaufleute und des Handels ganz allgemein (Marktfrieden) erhoffte. Für solche Kirchen ist häufig, ebenso wie in Westeuropa,<sup>11</sup> das sogenannte Nikolauspätronzium<sup>12</sup> charakteristisch, dessen Existenz, ebenso wie die sogenannten Karfreitagskirchen,<sup>13</sup> geradezu als Merkmal für die Marktfunktion einer bestimmten Siedlung gelten kann. Besonders dort, wo solche nichtagrarischen

- 6 Russkaja Pravda, hg. v. Akademija nauk SSSR, Moskau/Leningrad, Bd. 1, 1940; Bd. 2, 1947, §§ 38, 40, 45 u. a.
- 7 Tichomirov, M. N., a. a. O., S. 248 f.; Sacharov, A. M., Goroda severo-vostočnoj Rusi XIV - XV vv., Moskau 1959, S. 145; vgl. auch Zernack, Klaus, Die burgstädtischen Volksversammlungen bei den Ost- und Westslaven, Wiesbaden 1967, S. 77; vgl. dazu die Kontroverse von Pašuto, V. T., mit Zernack, Klaus, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Neue Folge, Nr. 17, 1969, S. 77 ff.
- 8 Vgl. auch Geschichte der UdSSR, Bd. 1: Feudalismus (9. - 13. Jh.), Halbbd. 1, hg. v. B. T. Grekov, dt. Ausg. v. Erich Donnert, Berlin 1957, S. 156 f.
- 9 Vgl. auch Ščapov, J. N., Iz istorii gorodskogo upravljenija drevnej Rusi. Služba mer i vesov, in: Goroda feodal'noj Rossii, Moskau 1966, S. 99 f., der näher auf die Ausübung des Waage- und Maßrechtes der Kaufleute in der mittelalterlichen russischen Stadt eingeht.
- 10 Vgl. Johansen, Paul, Die Kaufmannskirche, in: Die Zeit der Stadtgründung im Ostseeraum, Visby 1965, S. 85 ff. = Acta Visbyensia, Bd. 1.
- 11 Vgl. Blaschke, Karl-Heinz, Nikolaipätronzium und städtische Frühgeschichte, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Kanonistische Abt. Bd. 53, 1967, S. 273 f.
- 12 Entsprechende Kirchen sind in Moskau, Novgorod, Murom, Volokolamsk, Možajsk, Zarajsk bei Rjazan' und anderen Städten nachweisbar. Vgl. Gladenko, T. V. / Krasnorečev, L. E., u. a., Architektura Novgoroda v svetle poslednich issledovanij, in: Novgorod. 1100 letiju goroda, Moskau 1964, S. 186; Sytin, P. V., Istorija planirovki i zastrojki Moskvy, Materialy i issledovanija, Bd. 1 (1147 - 1762), Moskau 1950, S. 177; Gorjunova, E. J., Muromskij mogil'nik, in: Kratkie soobščeniya o dokladach i polevyh izyskanijach Instituta istorii material'noj kul'tury, Nr. 52/1953, S. 41 f.; Tichomirov, M. N., Rossija v XVI stoletii, Moskau 1962, S. 125 ff.; derselbe, Drevnerusskie goroda, a. a. O., S. 250 f.; vgl. auch Lichačev, D. S., Povešt' o Nikole Zarajskom, in: Trudy otdela drevnerusskoj literatury, hg. v. Akademija nauk SSSR, Institut russkoj literatury, Bd. 7, 1949, S. 257 ff.
- 13 Solche Karfreitagskirchen gab es in Novgorod, Vol'noe, Tveř, Serpuchov, Kolomna, Dmitrov und anderen Städten; vgl. Tichomirov, M. N., Drevnerusskie goroda, a. a. O., S. 249 f., 318 f.; derselbe, Rossija v XVI stoletii, a. a. O., S. 132, 145; Rybakov, B. A., Stol'nyj gorod Černigov i udel'nyj gorod Vščič, in: Po sledam drevnich kul'tur. Drevnjaja Ruś, Moskau 1953, S. 81.

Wirtschaftszentren verkehrsgünstig an großen Flußläufen und wichtigen Transit- handelswegen lagen, konnte vor allem der Fernhandel die weitere Entwicklung solcher Siedlungen zu "Städten" fördern.<sup>14</sup>

Von welchem Zeitpunkt an lassen sich nun in der schriftlichen Überlieferung der Rus Kaufleute ganz allgemein einigermaßen deutlich erkennen? Dazu kann festgestellt werden, daß Kaufleute im Zusammenhang mit dem von den Kiever Fürsten intensiv betriebenen Byzanzhandel im 10. Jahrhundert in Schriftzeugnissen in Erscheinung treten. So werden in einem 944 mit Griechen geschlossenen Vertrag Kaufleute in der Rus erwähnt.<sup>15</sup> Seit dem 12. und 13. Jahrhundert wurde entsprechend der Unterscheidung von "Binnenhandel" (kuplja) und "Außenhandel" (gost'ba) vor allem in Novgorod vom einheimischen russischen Kaufmann, dem "kupec", der ausländische Fernhändler "gost" abgehoben.<sup>16</sup> Allerdings scheinen sich seit dem 14. Jahrhundert in weiten Gebieten der Ruß die Grenzen zwischen "kupec" und "gost"<sup>17</sup> verwischt zu haben. Beide Begriffe wurden häufig synonym gebraucht und bezogen sich ebenso wie die Bezeichnungen "torgovcy, torgovye ljudi" ganz allgemein auf Personen, die speziell Fernhandel trieben. Dabei schälten sich etwa seit dem 14. Jahrhundert, als in verschiedenen russischen Städten im Zusammenhang mit einer zunehmenden sozialen Differenzierung der städtischen Bevölkerung neben Bojaren und Handwerkern auch Kaufleute als besondere Schicht

14 Vgl. Tichomirov, M. N., *Drevnerusskie goroda*, a. a. O., S. 98 f.; Sacharov, A. M., a. a. O., S. 144 f.; vgl. auch Arcichovskij, A. V., *Sredstva peredviženija*, in: *Očerki russkoj kul'tury XIII - XV vv.*, T. 1: *Material'naja kul'tura*, Moskau 1968, S. 307 ff., wo die zu Wasser und auf dem Lande benutzten Verkehrsmittel erörtert werden. Ein Blick auf eine Karte der Ruß für die Zeit vom Ende des 10. Jh. bis zum Anfang des 13. Jh. zeigt, daß alle größeren Städte an Fernhandelswegen lagen (vgl. Atlas zur Geschichte, Bd. 1, hg. v. Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Gotha/Leipzig 1973, Karte Nr. 26, II).

15 Vgl. Tichomirov, M. N., *Drevnerusskie goroda*, a. a. O., S. 153; zur Quelle vgl. Dölger, Franz, *Regesten der Kaiserurkunden des oströmischen Reiches*, Bd. 1, München 1924, Nr. 647; vgl. auch Pašuto, V. T., *Vnesnjaja politika drevnej Rusi*, Moskau 1968, S. 57 ff.

16 Für Novgorod vgl. Gramoty Velikogo Novgoroda i Pskova, u. d. Red. v. S. N. Valk, Moskau/Leningrad 1949, Nr. 31, S. 58, wo in einem 1269 zwischen der Hanse und Novgorod vereinbarten Vertragsentwurf "kupec" und "gost" in niederdeutscher Übersetzung als "gast" und "kopman" wiedergegeben werden; vgl. allgemein auch Johansen, Paul, *Der hansische Rußlandhandel*, insbesondere nach Novgorod, in: *kritischer Betrachtung*, in: *Die deutsche Hanse als Mittler zwischen Ost und West*, Köln/Opladen 1963, S. 39 ff. = *Wissenschaftliche Abhandlungen der Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Forschungen des Landes Nordrhein-Westfalen*; vgl. auch Tichomirov, M. N., *Drevnerusskie goroda*, a. a. O., S. 154 f.; weitere Nachweise bei Rahbek-Schmidt, Knud, *Soziale Terminologie in russischen Texten des frühen Mittelalters (bis 1240)*, Kopenhagen 1964, S. 480, 485 f.; vgl. auch Amburger, Erik, *Zur Geschichte des Großhandels in Rußland: die gosti*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 46, 1959, S. 248 f.

17 Vgl. auch Kočin, G. E., *Materialy dlja terminologičeskogo slovarja drevnej Rossii*, Moskau/Leningrad 1937, S. 70, und die dort gebrachten Beispiele, sowie Donnert, Erich, *Rußland an der Schwelle der Neuzeit*, Berlin 1972, S. 70.



klarer faßbar werden, die "gosti" als die vermögendste und politisch einflußreichste Gruppe unter einem namentlich im Fernhandel tätigen Personenkreis heraus. Diese "gosti" trieben vor allem Handel mit verschiedenen westeuropäischen Ländern, mit Byzanz sowie mit den Tataren und sind auch, allerdings in geringerem Maße, als Händler bezeugt, die zwischen den einzelnen russischen Fürstentümern ihre Geschäfte abwickelten, also im Binnenhandel tätig waren.<sup>18</sup> Als Fernhändler erfuhren die "gosti" in Moskau im 14. und 15. Jahrhundert noch eine genauere Kennzeichnung. Neben den sogenannten "surožane", die vor allem mit Byzanz Handel trieben, dabei die Krim aufsuchten und ihren Namen von der dort gelegenen Stadt Sudak = russisch Surož erhielten,<sup>19</sup> sind die "sukonniki" (russisch "sukno" ausländisches Tuch), also Tuchhändler, bezeugt,<sup>20</sup> die Moskau auf dem Wege über Novgorod<sup>21</sup> oder Smolensk, Minsk, Vitebsk und Livland mit Tuch, besonders aus England, versorgten.<sup>22</sup>

Im Zusammenhang mit dem Wirken dieser "surožane" und "sukonniki" ist in der sowjetischen Geschichtsforschung die Frage diskutiert worden, ob es, etwa ähnlich wie in Novgorod im 12. und 13. Jahrhundert,<sup>23</sup> innerhalb der Fernhändler im 14. und 15. Jahrhundert auch im Nordosten Rußlands korporative Zusammenhänge, wie sie als "Gilden" aus Westeuropa bekannt sind, gegeben habe. Dabei ging es vor allem um die Interpretation einer Bestimmung, die in gleichem Wortlaut in einem Vertrag zwischen Dmitrij Donskoj und Vladimir Andreevič von Serpučov-Borovsk (1389) sowie in einem Vertrag zwischen Ivan III. und Andrej Vasilevič von Uglič (1472) enthalten ist. Es wird festgelegt, daß die Fürsten "gosti", "sukonniki" und "gorodskie ljudi" "in Obhut, aber nicht zum Dienst annehmen"

18 Vgl. Čerepnin, L. V., O formach ob-edinenij remeslennikov v russkich gorodach XIV - XV vekov, in: Voprosy social'no-ekonomičeskoj istorii i istočnikovedenija perioda feodalizma v Rossii. Sbornik statej, Moskau 1961, S. 21; derselbe, Obrazovanie russkogo centralizovannogo gosudarstva v XIV - XV vv., Moskau 1960, S. 415 f.; für Moskau vgl. Tichomirov, M. N., Srednevekovaja Moskva v XIV - XV vekach, Moskau 1957, S. 150 f.

19 Vgl. allgemein Tichomirov, M. N., Puti iz Rossii v Vizantiju v XIV - XV vv., in: Istoričeskie svjazi so slavjanskimi stranami i Vizantieju, Moskau 1969, S. 65 f., sowie die Spezialarbeit von Syročekovskij, V. E., Gosti - surožane, Moskau 1938, passim; vgl. jetzt auch Knackstedt, Wolfgang, Moskau. Studien zur Geschichte einer mittelalterlichen Stadt, Wiesbaden 1975, S. 119 f.

20 Vgl. Tichomirov, M. N., in: Istorija Moskvy, Bd. 1, Moskau 1952, S. 36 f.; zum Begriff "sukonniki" vgl. auch Sreznevskij, I. I., Materialy dlja slovarja dresnerusskogo jazyka, Bd. 3, Neudruck Moskau 1958, Sp. 605.

21 Vgl. auch Choroškevič, A. L., Torgovlja Velikogo Novgoroda s Pribaltikoj i Zapadnoj Evropoj v XIV - XV vv., Moskau 1963, S. 160 f.

22 Das zeigen zwischen einigen russischen Teilfürsten abgeschlossene Verträge im 14. und 15. Jh. über freies Geleit für Kaufleute. Vgl. Duchovnye i dogovornnye gramoty velikich i udel'nych knjazej XIV - XV vv., u. d. Red. v. L. V. Čerepnin, Moskau/Leningrad 1950, Nr. 6, S. 21 f. (1371). - Auch in Westeuropa gehörten die Tuchhändler zu den reichsten im Fernhandel tätigen Kaufleuten; vgl. auch Maschke, Erich, Verfassung und soziale Kräfte in der deutschen Stadt des späten Mittelalters, vornehmlich in Oberdeutschland, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 46, 1959, S. 446 f.

23 Für eine erste Orientierung nützlich: Onasch, Konrad, Großnowgorod und das Reich der Heiligen Sophia, Leipzig 1969, S. 72 f.

dürfen,<sup>24</sup> M. N. Tichomirov interpretierte die genannte Passage so, daß die Fürsten die Rechte von "Kaufleutekorporationen" respektieren mußten, deren Privilegien durch eine "Indienstnahme" beeinträchtigt worden wären. Diese wurde daher untersagt.<sup>25</sup> Dagegen betonte L. V. Čerepnin, es habe sich um das Verbot des sogenannten "zakladničestvo" gehandelt. Es sollte verhindert werden, daß sich freie Leute gegen Entrichtung einer bestimmten Summe in Abhängigkeit begeben, um damit aus der "Steuerorganisation" auszuschneiden,<sup>26</sup> Die fürstlichen Einkünfte wären dann verringert worden. Fiskalische Gesichtspunkte hätten demnach bei der Formulierung der erwähnten Vertragsbestimmung eine ausschlaggebende Rolle gespielt.

A. M. Sacharov hob hervor, daß in den beiden Verträgen von 1389 und 1472 Bestrebungen der "gosti" zum Ausdruck kämen, ihre Handelstätigkeit aufzugeben und in fürstlichen Dienst zu treten. Das wiederum zeige, wie wenig ausgeprägt damals in Rußland ein eigener Kaufmannsstand noch gewesen sei. Von irgendwelchen Vereinigungen von Kaufleuten, wie sie Tichomirov annahm,<sup>27</sup> werde außerdem in beiden Quellenzeugnissen überhaupt nicht gesprochen.<sup>28</sup>

Läßt sich also aus den angeführten Belegen eine dauerhafte "Kaufleutekorporation" kaum erschließen, so dürfte andererseits sicher sein, daß bei verschiedenen Gruppen von Fernhändlern vorübergehende Zusammenschlüsse möglich waren. Sowohl

24 Vgl. Duchovnye i dogovernye gramoty velikich i udel'nych knjazej XIV - XV v., a. a. O., Nr. 11, S. 32; ebenda, Nr. 66, S. 216.

25 Vgl. Tichomirov, M. N., Srednevekovaja Moskva v XIV - XV vv., a. a. O., S. 159; vgl. auch Bendjus, Ilona, Elemente der Gemeindebildung in der nordrussischen Stadt vorwiegend des 14. und 15. Jahrhunderts, in: Stadtgemeinde und Stadtbürgertum im Feudalismus, hg. v. der Forschungsgruppe Stadtgeschichte der Pädagogischen Hochschule "Erich Weinert", Magdeburg, u. d. Leit. v. Erika Uitz, Magdeburg 1976, S. 54 ff., die zu der Auffassung gelangt, daß in dieser Quelle (siehe oben Anm. 24) Elemente einer Stadtgemeinde zum Ausdruck kommen.

26 Čerepnin, L. V., Obrazovanie russkogo centralizovannogo gosudarstva v XIV - XV vv., a. a. O., S. 418 f.; derselbe, Russkie feodal'nye archivy XIV - XV vv., Bd. 1, Moskau 1948, S. 143 f.

27 Zur Stützung seiner These, es habe in Moskau bzw. unter den Moskauer Kaufleuten "Gilden" oder doch zumindest gildeähnliche Korporationen gegeben, verwies Tichomirov, M. N., Srednevekovaja Moskva v XIV - XV vv., a. a. O., S. 157 f., noch darauf, daß 1479 Ivan III. in Moskau die Kirche des Johannes Chrysostomus, "die seit altersher ein Bau der Moskauer Kaufleute (gostej) gewesen sei" und bisher ein Holzbau war, als Steinbau neu errichten ließ (vgl. dazu Moskovskij letopisnyj svod konca XV veka, in: Polnoe sobranie russkich letopisej /im folgenden: PSRL/, Bd. 25, Moskau/Leningrad 1949, S. 323; Vologodsko-Permskaja letopiš, in: PSRL, Bd. 26, Moskau/Leningrad 1959, S. 298. - In dieser Kirche erblickt T. eine "Gildekirche"; ähnlich schon Syročekovskij, V. E., a. a. O., S. 39. - Allerdings wird nicht deutlich, welche Kaufleute gemeint sind (sukonniki? surožane?) und ob es sich tatsächlich um eine "Korporation" handelte, auf die dieser Kirchenbau zurückging. Die Existenz einer "Kaufmannskirche" ist an sich noch kein Beweis für das Bestehen einer Gilde, sondern kann allenfalls für die Marktfunktion der entsprechenden Örtlichkeit aufschlußreich sein. Vgl. auch Knackstedt, Wolfgang, a. a. O., S. 135.

28 Sacharov, A. M., a. a. O., bes. S. 165 f.

die vorwiegend mit westeuropäischen Tuchen handelnden "sukonniki" wie auch die vor allem nach der Krim und nach Byzanz ziehenden "surožane" bildeten Karawanen, um einander gegen drohende Gefahren, zum Beispiel Überfälle, beistehen zu können. Solche Vereinigungen sind mehrfach nachweisbar.<sup>29</sup> Es fragt sich nur, ob diese Organisationsformen des Handels vor allem Moskauer Fernhändler als "Gilden", also als Zusammenschlüsse von Kaufleuten, die von feudaler Aufsicht bzw. Abhängigkeit weitgehend frei waren, bezeichnet werden können.<sup>30</sup> Gegen eine solche Annahme spricht allein schon die Tatsache, daß diese in einer Gruppe vereint auftretenden Kaufleute fast durchweg im Auftrag von Fürsten, vor allem des Moskauer Großfürsten, tätig sind und in seinem Auftrag für ihn bestimmte Geschäfte abwickeln. Außerdem fehlen in der schriftlichen Überlieferung jegliche Hinweise auf eine innere Organisation solcher Gruppen, etwa auf Rechte und Pflichten der gemeinsam reisenden Kaufleute, wie sie etwa im Bereich der Hanse oder in Bestimmungen von Gildestatuten westeuropäischer Provenienz gerade für Tuchhändler enthalten sind.<sup>31</sup>

Die eben erwähnte fürstliche Gebundenheit der Tuchhändler und "surožane" nahm als Folge der von Moskau ausgehenden Zentralisierung des russischen Staates im 16. und 17. Jahrhundert noch zu. Die 1598 in Moskau genannten "sukonnaja sotnja" (Tuchhändlerhundredschaft) und "gostinnaja sotnja" (Gästehundredschaft) mußten zur Verteidigung der Stadt beitragen, hatten an den Großfürsten beträchtliche Steuern zu entrichten und ihm zu dienen<sup>32</sup> - Verpflichtungen also, die eindeutig die Bindung an den Fürsten sichtbar machen,<sup>33</sup> freien, genossenschaftlichen Elementen kaum Raum lassen und es meines Erachtens nicht erlauben, von "Gilden" zu sprechen.<sup>34</sup> Vielmehr ergeben sich auffällige Analogien zu den staatlich straff reglementierten "Kollegien" von Kaufleuten (und Handwerkern) in Byzanz.<sup>35</sup>

Anders gestaltete sich in dieser Hinsicht die Situation in Novgorod, das außerordentlich verkehrsgünstig gelegen war, Rußland den Zugang zur Ostsee öffnete und im Zwischenhandel mit Westeuropa eine führende Position innehatte. Die wachsen-

<sup>29</sup> Vgl. die Belege bei Knackstedt, Wolfgang, a. a. O., S. 109 f., 112 f., 133.

<sup>30</sup> Kritisch dazu Sacharov, A. M., *Obranzovanie i razvitie rossijskogo gosudarstva v XIV - XVII vv.*, Moskau 1969, S. 14 f.

<sup>31</sup> Vgl. allgemein Mottek, Hans, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands*, Bd. 1, 5. Aufl., Berlin 1968, S. 182 ff.

<sup>32</sup> Vgl. Istorija Moskvy, Bd. 1, a. a. O., S. 181 ff.; vgl. Amburger, Erik, a. a. O., S. 252; vgl. auch Kulischer, Josef, *Russische Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 1, Jena 1925, S. 447 f., mit Angaben über die von den einzelnen "Hundredschaften" im 17. Jh. an den Großfürsten zu leistenden Steuern.

<sup>33</sup> Das gilt auch für die 1587 in Archangel'sk bezeugten 27 "tovariščestva" von Kaufleuten. Vgl. Donnert, Erich, *Probleme der Stadtentwicklung in Rußland an der Schwelle der Neuzeit*, in: *Haupttendenzen der europäischen Stadtgeschichte im 14. und 15. Jh.*, hg. v. der Forschungsgruppe Stadtgeschichte unter der Leitung von Erika Uitz, T. 1, Magdeburg 1974, S. 40.

<sup>34</sup> Dagegen wurde bereits in der vorrevolutionären russischen Geschichtsschreibung die Ansicht vertreten, es handele sich um "Gilden", die im 16. Jh. erstmalig in der russischen Geschichte aufgetreten seien. Vgl. Ključevskij, V. O., *Sočinenija v vošmi tomach*, Bd. 6, Moskau 1958, S. 165; ähnlich spricht Kulischer, Josef, a. a. O., S. 447 f., von "Handelsgilden".

<sup>35</sup> Vgl. Ostrogorsky, Georg, *Geschichte des byzantinischen Staates*, 2. Aufl., München 1952, S. 203 f.; Každan, A. P., *Byzanz und seine Kultur*, dt. Ausgabe Berlin 1973, S. 37 f., 77 f.

de Macht dieser bald zu wirtschaftlicher Blüte und politischem Ansehen gelangten Stadt trat bereits in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts klar zutage. Als sich zu dieser Zeit die innerstädtischen Auseinandersetzungen in Novgorod verschärften,<sup>36</sup> wird in der schriftlichen Überlieferung der Stadt erstmalig eine Vereinigung russischer Kaufleute faßbar. Sie erhielt wahrscheinlich zwischen 1120 und 1140 ein Privileg, das Fürst Vsevolod Mstislavič, möglicherweise unter dem Druck der sich erhebenden Stadtbewohner, zugestehen mußte.<sup>37</sup> Organisatorischer Mittelpunkt dieser Kaufleutevereinigung war die auf dem Markt in der Nähe des Fürstenhofes (als "Hof" des Jaroslav 1030 erstmalig erwähnt) errichtete Johanneskirche (Ivan /Johann/ predteča = Johannes der Täufer). In seiner "Ustavnaja gramota" bestätigte der Fürst den Kaufleuten ihr Verfügungsrecht über diese Kirche und gewährte der "Ivan-sto", wie die Vereinigung der Händler genannt wurde, verschiedene Rechte. Aus den entsprechenden Bestimmungen wird deutlich,<sup>38</sup> daß an der Spitze des Verbandes drei "Älteste" (Starosten) standen, die zusammen mit den Kaufleuten ein eigenes Handelsgericht abhielten und das Vermögen der Vereinigung verwalteten. Jeder, der in diese Vereinigung eintreten wollte, mußte unter anderem eine Gebühr von 50 "Grivna" entrichten. Die "Johannesbrüder" (Ivanski) verfügten über einen eigenen Hafen am Volchov, dessen Benutzung kostenpflichtig war, und besaßen in Kiev einen Handelshof. Mit der erwähnten Privilegierung durch Vsevolod Mstislavič wurde den Kaufleuten vor allem die Kontrolle über den Wachhandel unter anderem nach Polock, Smolensk und Toržok zugesprochen, aus dem sie reichen Gewinn zogen. Die Kaufleute übten auch gegen Gebühren das Waagerecht und das Meßrecht aus;<sup>39</sup> Waage, Gewichte und die "Ivansche Elle" (lokot evanskij) befanden sich im Vorraum der Johanneskirche, wo, wie auch sonst in "Kaufmannskirchen",<sup>40</sup> Waren gestapelt und auch Geschäfte getätigt wurden. An einem besonderen kirchlichen Feiertag, dem 24. Juni, hielten die Kaufleute ein gemeinsames Festmahl ab.

Neben den "Johannesbrüdern" gab es noch andere Vereinigungen russischer Kaufleute in Novgorod. 1156 erbauten die sogenannten "Überseekaufleute" (zamorskie

36 So gelang es den Novgoroder Stadtbewohnern 1126 erstmals, einen ihrer Mitbürger für das Amt des "posadnik" zu benennen, über dessen Besetzung die Kiever Großfürsten bisher allein entschieden hatten (vgl. Janin, V. L., Novgorodskie posadniki, Moskau 1962, S. 70 f.; Tichomirov, M. N., Krest'janskije i gorodskie vosstanija na Rusi XI - XIII vv., Moskau 1955, S. 163 ff.).

37 Zur umstrittenen Datierung der von Vsevolod Mstislavič ausgestellten, nur in einer Abschrift aus dem 14. Jh. erhaltenen Urkunde vgl. Pamjatniki istorii velikogo Novgoroda i Pskova, u. d. Red. v. G. E. Kočin, Leningrad/Moskau 1935, S. 40; Pamjatniki russkogo prava, Bd. 2, u. d. Red. v. A. A. Zimin, Moskau 1953, S. 174; Zimin, A. A., Ustavnaja gramota Vsevoloda Mstislaviča, in: Sbornik statej B. D. Grekovy ko dnju semidesjatiletija, Moskau 1952, S. 125 f.; Tichomirov, M. N., Krest'janskije i gorodskie vosstanija na Rusi XI - XIII vv., a. a. O., S. 181 f.; derselbe, Drevnerusskie goroda, a. a. O., S. 115 ff.

38 Vgl. Pamjatniki russkogo prava, Bd. 2, a. a. O., S. 172 ff.; Zimin, A. A., a. a. O., S. 123 ff.; Tichomirov, M. N., Drevnerusskie goroda, a. a. O., S. 114 ff.

39 Vgl. Ščapov, J. N., a. a. O., S. 99 f., der in der Ausübung des Waagerechtes und des Meßrechtes durch Kaufleute Ansätze für die Ausbildung eines besonderen städtischen Rechts zu erblicken glaubt; vgl. auch Onasch, Konrad, a. a. O., S. 74.

40 Vgl. Johansen, Paul, Die Kaufmannskirche, a. a. O., S. 90 f.

kupcy) die Kirche der heiligen Pjatinica auf dem Markt neben dem Jaroslavhof;<sup>41</sup> offenbar handelt es sich um eine jener "Karfreitagskirchen", die auch in anderen russischen Städten als Patronatskirchen des Handels errichtet wurden. Schließlich werden 1165 Kaufleute erwähnt, die mit "Schezin" (Szczecin?) Handel trieben und ebenfalls eine Kirche errichteten.<sup>42</sup>

Vergegenwärtigen wir uns nochmals die wichtigsten Bestimmungen des den "Johannesbrüdern" verliehenen Privilegs, wie zum Beispiel eigene Verwaltung, eigenes Gericht, Kontrollbefugnisse über den Handel (besonders den Wachshandel), Ausübung des Waage- und Meßrechtes, Erhebung einer Eintrittsgebühr, eigene Kirche als religiöses und "wirtschaftliches" Zentrum (Kaufmannskirche), gemeinsam begangenes Festmahl an einem kirchlichen Feiertag, so wird man an ähnliche Organisationsformen deutscher Kaufleute in Novgorod (Hansekontor, Petershof)<sup>43</sup> und generell an jene "Gilstatuten" erinnert, wie sie aus Westeuropa seit der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts in größerem Umfange bekannt sind.<sup>44</sup> So gesehen, stellt Tichomirov mit einem gewissen Recht fest,<sup>45</sup> daß der Verband der "Johannesbrüder" in Novgorod, der im Laufe der Auseinandersetzungen mit Vsevolod Mstislavič seinen inneren Zusammenhalt sicher noch festigen konnte, mit zu den ältesten im mittelalterlichen Europa bezeugten Gilden gehört. Fraglich ist nur, ob man, wozu Tichomirov neigt, diesen für Novgorod bezeugten Sachverhalt ohne weiteres auch für andere bedeutende russische Städte, wie etwa Pskov und Moskau, in Anspruch nehmen und hier mit analogen Verhältnissen rechnen kann. Es scheint vielmehr, daß Novgorod auch bezüglich der Organisationsformen von Kaufleuten jene Sonderstellung einnimmt, die es auch sonst von der geschichtlichen Entwicklung anderer russischer Städte abhebt.

Im Zusammenhang mit der sich im 14. und 15. Jahrhundert belebenden Handelstätigkeit in Rußland fällt auch Licht auf den "Bildungsstand" und das wachsende Selbstbewußtsein einiger Fernkaufleute. Recht aufschlußreich dafür sind "Reisebeschreibungen", die einige Fernhändler verfaßten. Darin schildern diese, was sie im "Ausland" gesehen haben, und vergleichen es mit dem, was ihnen aus ihrer Heimat bekannt ist. Neben "Berichten", die beispielsweise der aus begüterten Novgoroder Kaufmannskreisen stammende "Stephan" um 1348/49 und der "gost" Vasilij um 1465/66 verfaßten und die landeskundliche Eindrücke vor allem über Handel und Handwerk, Kriegswesen und städtische Bauten vermitteln,<sup>46</sup> sind besonders die Aufzeichnungen des aus Tver stammenden Afanas Nikitin von einer "Reise über die drei Meere" (1461 bis 1472), die nach Indien führte, zu erwäh-

<sup>41</sup> Novgorodskaja pervaja letopiš staršego i mladšego izvodov, u. d. Red. v. A. N. Nasonov, Moskau/Leningrad 1950, S. 30; vgl. auch Faensen, Hubert/Iwanow, Wladimir, Altrussische Baukunst, 2. Aufl., Berlin 1974, S. 371, Nr. 99, 100.

<sup>42</sup> Novgorodskaja pervaja letopiš staršego i mladšego izvodov, a. a. O., S. 31.

<sup>43</sup> Vgl. auch Johansen, Paul, Novgorod und die Hanse, in: Städtewesen und Bürgertum als geschichtliche Kräfte, Gedächtnisschrift für Fritz Rörig, Lübeck 1953, S. 135; Ennen, Edith, Die europäische Stadt des Mittelalters, Göttingen 1972, S. 181 f.

<sup>44</sup> Vgl. auch Planitz, Hans, Die deutsche Stadt des Mittelalters, Graz/Köln 1952, S. 74 f.; Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, a. a. O., S. 182 f.

<sup>45</sup> Tichomirov, M. N., Drevnerusskie goroda, a. a. O., S. 119.

<sup>46</sup> Vgl. Čerepnin, A. V., Obrazovanie russkogo centralizovannogo gosudarstva v XIV - XV vekach, a. a. O., S. 423 f.

nen, 47 Afanas sieht die Fremde mit den Augen des wagenden und rechnenden russischen Kaufmanns und schreibt über das, was dem Händler in Indien - wie in Rußland - besonders schadete: Kriege, hohe Zölle, Überfälle von Handelskarawanen. Er schildert auch die soziale Kluft, die in Indien den armen Bauern vom reichen Stadtbewohner trennt.

Beträchtliche Kenntnisse des eigenen Landes läßt auch eine "Liste russischer Städte, fern und nah" sichtbar werden, die wahrscheinlich von einem Kaufmann unbekannter Herkunft etwa Mitte des 15. Jahrhunderts verfaßt wurde und, nach Fürstentümern aufgegliedert sowie in acht Gruppen zusammengefaßt, 358 "grady" aufzählt. 48

Vor allem die "Reiseberichte" zeigen den sich mit zunehmendem Fernhandel weitenden Horizont des russischen Kaufmanns, seine Sprachkundigkeit und sein Interesse für alles, was mit Handel und Handwerk zusammenhängt. Auch schriftkundig waren diese Kaufleute in hohem Maße, wie es ja schon im 11. und 12. Jahrhundert die Novgoroder Birkenrindschriftstücke mit Schuldforderungen, Schuldnerlisten, Kaufaufträgen, Geschäftsbriefen und anderen Aufzeichnungen erkennen lassen. 49 Auffällig ist, daß den Beobachter in diesen Beschreibungen, aber auch in der "Liste russischer Städte", ganz besonders Befestigungen und Verteidigungsanlagen interessieren, die in fremden Städten festgestellt und mit ähnlichen Bauwerken verglichen werden, die in vielen mittelalterlichen russischen Städten einen zentralen Platz einnahmen. Offenbar beeindruckten solche Bauten den Betrachter, gleichsam als "Wahrzeichen einer Stadt", in besonderem Maße.

Aus unseren bisherigen Ausführungen ergibt sich, daß sich Träger kaufmännischer Aktivitäten in der russischen Feudalgesellschaft im 14. und 15. Jahrhundert einigermaßen deutlich fassen lassen. Einige Schwierigkeiten bereitet die Beantwortung der nun zu erörternden Frage nach dem sozialen Status der in der mittelalterlichen russischen Stadt im Handel tätigen Personengruppen. Zunächst ist festzustellen, daß die als "gosti, kupcy, torgovye ljudi" und anders bezeichneten Kaufleute im 14. und 15. Jahrhundert, als die nun reicher fließende schriftliche Überliefe-

47 Vgl. Choždenie za tri morja Afanasija Nikitina (1462 - 1472), Moskau/Leningrad 1948; vgl. auch Geschichte der UdSSR, Bd. 2: Feudalismus (14. - 15. Jh.), dt. Ausgabe Berlin 1958, S. 104 f., 305, 371 ff., 610.

48 Spisok russkich gorodov dal'nich i bližnich, u. d. Red. v. M. N. Tichomirov, in: Istoričeskie zapiski, Bd. 40, 1952, S. 218 f.

49 Vgl. allgemein Čerepnin, L. V. Novgorodskie berestjanye gramoty kak isto-ričeskij istočnik, Moskau 1969, S. 14 ff. - Die Novgoroder Birkenrindschriftstücke wurden seit 1953 von A. V. Arcichovskij, allein oder zusammen mit M. N. Tichomirov bzw. V. S. Borkovskij, in mehreren Bänden unter dem Titel herausgegeben: Novgorodskie gramoty na bereste. Inzwischen sind auch in Smolensk und Pskov Birkenrindschriftstücke gefunden worden; vgl. Widera, Bruno, Mittelalterliche Birkenrinden-Urkunden in Pskov und Smolensk, in: Zeitschrift für Slawistik, Bd. 12, 1967, S. 111 f.; vgl. weiter Medvedev, A. F., Drevnerusskie pisala X - XV vekov, in: Sovetskaja archeologija, Nr. 2/1960, S. 63; Janin, V. L., Kompleks berestjanych gramot Nr. 519 - 521 iz Novgoroda, in: Obščestvo i gosudarstvo feodal'noj Rossii. Sbornik statej posvjaščennyj 70-letiju akad. L. V. Čerepnina, Moskau 1975, S. 30 ff.; vgl. auch Grothusen, Klaus-Detlev, Das altrussische Birkenrindschrifttum, in: Frühe Schriftzeugnisse der Menschheit, Göttingen 1969, S. 212 ff., bes. S. 227 f.

ung einen Aufschluß auch über soziale Fragen zu bringen vermag, keine einheitlich strukturierte und gegen andere gesellschaftliche Gruppen klar abgegrenzte Schicht darstellen,<sup>50</sup> Verbindungslinien existieren sowohl zu den gewerblichen Produzenten<sup>51</sup> als auch in besonderem Maße zu den landbesitzenden Oberschichten. Vor allem gegenüber den Bojaren<sup>52</sup> gibt es keine starren Schranken, vielmehr sind hier die Verhältnisse noch in Bewegung, die Übergänge vielfach fließend. Das gilt namentlich für die meist als "gosti" bezeichneten reichen, vorwiegend im Fernhandel tätigen Kaufleute, denen teilweise Grundbesitz verliehen wurde<sup>53</sup> oder die durch Kauf, Pacht, Verpfändung mitunter ausgedehnte Ländereien erwarben<sup>54</sup> und durch Ausbeutung der dort ansässigen Bauern stellenweise beträchtliche Einkünfte erzielten.<sup>55</sup> Die Verfügung über mehr oder weniger umfangreichen Landbesitz bot manchem "gost", beispielsweise in Novgorod, die materielle Grundlage dafür, sozial aufzusteigen. Er zählte dann zunächst zu der unmittelbar unter den Bojaren stehenden Gruppe der "begüterten Leute" (žit'i ljudi),

50 Vgl. Sacharov, A. M., Obrazovanie i razvitie rossijskogo gosudarstva v XIV - XVII vv., a. a. O., S. 41 f.

51 Vgl. Syročekovskij, V. E., a. a. O., S. 83 f.; Čerepnin, A. V., Obrazovanie ruskogo centralizovannogo gosudarstva, ..., a. a. O., S. 371: So werden z. B. 1488 unter 50 Kaufleuten, die sich auf dem Rückweg von der Krim befanden, u. a. ein Mantelmacher, ein Bogenmacher, ein Messerschmied und ein Nadelmacher genannt; vgl. Sbornik Imperatorskogo ruskogo istoričeskago obščestva, Bd. 35: Pamjatniki diplomatičeskich snoženij Moskovskago gosudarstva s pol'sko-litovskim gosudarstvom, Bd. 1 (1487 - 1533), u. d. Red. v. G. F. Karpov, St. Petersburg 1882, Nr. 8, S. 27 f.

52 Vgl. Sacharov, A. M., Goroda severo-vostočnoj Rusi XIV - XV vekov, a. a. O., S. 164 f.; vgl. auch die instruktiven Ausführungen von Poppe, Andrzej, in: Słownik starożytności słowiańskich (Wörterbuch slawischer Altertümer), Bd. 3, T. 1, Wrocław/Warszawa/Kraków 1967, S. 227, Stichwort: miasto Rusi, mit ausführlichem Literaturhinweis zur Geschichte der mittelalterlichen russischen Stadt ganz allgemein (ebenda, S. 228 f.). Poppe bezeichnet die vielfachen engen Verbindungen und Verflechtungen zwischen Kaufleuten und Bojaren als einen Wesenszug der bedeutendsten russischen Städte im 14. und 15. Jh.

53 Vgl. allgemein Geschichte der UdSSR, Bd. 2, a. a. O., S. 112 ff. - So wurden z. B. dem Moskauer "gost" Nekomat Surožanin Erbgüter von dem Großfürsten Dmitrij Donskoj verliehen, dann jedoch wieder wegen Ungehorsams entzogen. (Vgl. Duchovnye i dogovornye gramoty velikich i udel'nich knjazej XIV - XV vv., a. a. O., Nr. 9, S. 27.)

54 Vgl. auch Amburger, Erik, a. a. O., S. 256 f.

55 Für Novgorod vgl. Bernadskij, V. N., Novgorod i novgorodskaja zemlja v XV veke, Moskau/Leningrad 1961, S. 150 f. - Die enge Verflechtung von Kaufleuten und Bojaren in Novgorod im 14. und 15. Jh. zeigt sich darin, daß beide Schichten Handel trieben und über Landbesitz verfügten. Sie unterschieden sich jedoch insofern, als die Machtgrundlage der Bojaren in erster Linie Grund und Boden war, dessen Erträge sie z. T. verkauften, während namentlich die Fernhändler ihre größten Einkünfte aus dem Zwischenhandel schöpften, die sie z. T. in Ländereien anlegten. Für Moskau vgl. Tichomirov, M. N., Srednevekovaja Moskva v XIV - XV vv., a. a. O., S. 82 f. - Auch bedeutende Klöster entfalteten im 14. und 15. Jh. eine beträchtliche Handelstätigkeit (Klosterkaufleute). Vgl. auch Grekov, B. D., Die Bauern in der Rus von den ältesten Zeiten bis zum 17. Jh., Bd. 2, dt. Ausgabe Berlin 1959, S. 50 f.

die ebenfalls Grund und Boden von unterschiedlicher Größe besaßen und sich auch kaufmännisch betätigten.<sup>56</sup>

Die gehobene soziale Stellung der durch Erwerb von Landbesitz und Handelsgewinne wohlhabend und einflußreich gewordenen Kaufleute findet auch darin ihren Ausdruck, daß sie in der schriftlichen Überlieferung im 14. und 15. Jahrhundert gleich nach den Bojaren<sup>57</sup> genannt, ja teilweise mit diesen gleichgesetzt werden. So wird der "gost" Vladimir Grigor'evič Chovrin 1450 als "gost'i bojarin velikago knjazja" (Vasilijš II.) bezeichnet.<sup>58</sup> Er war Leiter mehrerer Bauvorhaben, hatte als "Schatzmeister" (kaznačej) des Großfürsten in Moskau dessen Handelsoperationen, etwa den Fellhandel, zu beaufsichtigen<sup>59</sup> und war unter anderem besonders im Krimhandel aktiv.<sup>60</sup> Zu den bedeutendsten Kaufmannsfamilien Moskaus gehörten im letzten Drittel des 15. Jahrhunderts die Ermolins. Sie verfügten wie die Chovrins über beträchtlichen Landbesitz<sup>61</sup> und waren wie diese im "Baugeschäft" tätig. Vasilij Dmitrievič Ermolin ließ auch die nach ihm benannte "Ermolinchronik"<sup>62</sup> verfassen.

Bereits die genannten Beispiele lassen erkennen, daß es besonders den zur Oberschicht der Kaufleute zu rechnenden Fernhändlern verschiedentlich gelang, die Bojarenwürde zu erringen, wobei neben dem Besitz von Geld namentlich die Verfügung über Grund und Boden wichtig war. Die sich im Landbesitz dieser sozial aufsteigenden Kaufleute andeutenden "feudalen Züge" werden noch besser sichtbar, wenn wir uns nun der Frage der Beziehungen zwischen Fürst und Kaufmann zuwenden. Das schon am Beispiel der reichen Fernhändlerfamilie Chovrin berührte Problem stellt sich nicht erst im 14. und 15. Jahrhundert. Bereits im 10. und 11. Jahrhundert, als sich in der Kiever Ruß ein frühfeudales Staatswesen zu entwickeln beginnt, können wir relativ starke Bindungen zwischen Fürsten und Kaufleuten konstatieren, die als Händler und Krieger in der fürstlichen Gefolgschaft einen wichtigen Platz einnahmen.<sup>63</sup> Die Abhängigkeit vom Fürsten bleibt erhalten,

56 Vgl. Bernadskij, V. N., a. a. O., S. 165 ff.

57 Vgl. Patriaršaja ili Nikonovskaja letopiš, in: PSRL, Bd. 9, St. Petersburg 1862 f. (Neudruck Moskau 1965), S. 8 (1367): "... knjazi i bojare, i velmoži, i gosti, i kupcy ..."; Simeonovskaja letopiš, in: PSRL, Bd. 18, St. Petersburg 1913, S. 235 (1471): "... knjaž velikij ... i deti bojarskie, i gosti, i kupcy ..." - Die Beantwortung der Frage, welche landbesitzenden Oberschichten im konkreten Einzelfall zu den Bojaren zu rechnen sind, bereitet noch immer Schwierigkeiten. Selbst für Novgorod mit seiner relativ guten schriftlichen Überlieferung ist das Problem in der sowjetischen Forschung umstritten (Vgl. die Kontroverse zwischen Bernadskij, V. N., a. a. O., S. 150 f., und Janin, V. L., Novgorodskie posadniki, Moskau 1962, S. 320 f.)

58 Vgl. Ermolinskaja letopiš, in: PSRL, Bd. 23, St. Petersburg 1910 (Neudruck Düsseldorf 1971), S. 154; vgl. auch Veselovskij, S. R., Issledovanija po istorii klassa služilych zemlevlačel'cev, Moskau 1969, S. 442 f.; Tichomirov, M. N., Srednevekovaja Moskva v XIV - XV vv., a. a. O., S. 154 f.

59 Vgl. auch Zimin, A. A., O sostave dvorcovyh učreždenij russkogo gosudarstva konca XV - XVI v., in: Istoričeskie zapiski, Bd. 63, 1958, S. 182 f.

60 Vgl. Syročkovskij, V. E., a. a. O., S. 98 f.

61 Vgl. auch Geschichte der UdSSR, Bd. 2, a. a. O., S. 94 f.

62 Vgl. Ermolinskaja letopiš, a. a. O.,

63 Tichomirov, M. N., Drevnerusski goroda, a. a. O., S. 154 f.; Jakovčevskij, V. N., Kupečeskij kapital v feodal'no-krepostničeskoj Rossii, Moskau 1953, S. 13 f.; Rybakov, B. A., Der Handel und die Handelsstraßen, in: Geschichte der Kultur der alten Rus. Die vormongolische Periode, Bd. 1: Die materielle



als Kaufleute in den seit dem 11. Jahrhundert in größerer Zahl entstehenden "posady, podol'i" der "Burgstädte" ansässig werden, die sich, ähnlich wie nichtagrarische Wirtschaftszentren in Westeuropa in der präkommunalen Periode, fest unter fürstlicher Herrschaft befinden. Zu ihr steht die in ihrer sozialen Zusammensetzung heterogene, auch Bojaren umfassende Personengruppe von Fernhändlern, die im 14. und 15. Jahrhundert namentlich in bedeutenden russischen Städten zu den wirtschaftlich stärksten und politisch einflußreichsten Schichten gehörten, in enger Beziehung.

Die Fürsten, deren Geldbedarf im 14. und 15. Jahrhundert im Zuge der allmählichen Durchdringung der russischen Feudalgesellschaft mit Ware-Geld-Beziehungen immer mehr ansteigt, sind auf Einkünfte aus dem Handel dringend angewiesen. Um ihre wachsenden Bedürfnisse befriedigen, die wichtigsten Ausgaben begleichen und ihre zunehmende Schuldenlast<sup>64</sup> abtragen zu können, schlagen die Fürsten vor allem zwei Wege ein: Sie fördern den Handel in den ihnen unterstehenden Fürstentümern, sichern den Kaufleuten ihren Schutz zu, gewähren ihnen freies Geleit, befreien sie von Zöllen und anderen Abgaben, erteilen Steuer- und Gerichtsprivilegien, oder sie gestehen innerhalb eines bestimmten Gebietes (zum Beispiel innerhalb des jeweiligen Fürstentums) eine begrenzte Freizügigkeit zu.<sup>65</sup>

Diese Maßnahmen zur Erleichterung des Warenaustausches und der Geldzirkulation wurden in regional unterschiedlichen Abstufungen und verschiedentlich auch nebeneinander angewandt.

Kultur der alten Rus, dt. Ausgabe Berlin 1959, S. 339 f.; Iłowmiański, Henrik, Podstawy gospodarcze formowania się państw słowiańskich (Wirtschaftliche Grundlagen der Herausbildung slawischer Staaten), Warschau 1953, S. 196 ff.; Hensel, Witold, Die Slawen im frühen Mittelalter, Ihre materielle Kultur, dt. Ausgabe Berlin 1965, S. 411 f.; Gieysztor, Alexander, Villes et campagnes slaves du X<sup>e</sup> au XIII<sup>e</sup> siècle, in: Deuxième conférence internationale d'histoire économique (Aix-en-Provence 1962), Paris 1965.

<sup>64</sup> Zum Geldbedarf der russischen Teilfürsten und des Moskauer Großfürsten und über deren wachsende Verschuldung im 14. und 15. Jh. vgl. beispielsweise die Belege bei Grekov, B. D., Die Bauern in der Rus von den ältesten Zeiten bis zum 17. Jh., Bd. 2, dt. Ausgabe Berlin 1959, S. 36, 50 f., 55 f.; Donnert, Erich, Rußland an der Schwelle der Neuzeit, a. a. O., S. 70 f.; Knackstedt, Wolfgang, S. 110 f., 116 f.; Sacharov, A. M., Goroda severo-vostočnoj Rusi XIV - XV vv., a. a. O., S. 155.

<sup>65</sup> Vgl. Čerepnin, A. V., Obrazovanie russkogo centralizovannogo gosudarstva v XIV - XV vv., a. a. O., S. 382 f., und die dort angeführten Handelsverträge zwischen Novgorod und Suzdal', Tver' und Moskau, Moskau und Rjazań. So wurde 1375 in einem Vertrag zwischen Moskau und Tver' den Kaufleuten von Novotorg und Novgorod das Recht zugestanden, durch das Fürstentum Tver' zu ziehen, wobei sich dessen Fürst verpflichtete, keinen Zoll zu erheben, freies Geleit zu gewähren und keine neuen Abgaben zu fordern. Diese Rechte wurden auch den Moskauer "gosti" konzediert. (Vgl. Duchovnye i dogovornye gramoty velikich i udel'nych knjazej XIV - XV v., a. a. O., Nr. 9, S. 27 f.) Zwischen 1362 und 1374 erteilte der Moskauer Großfürst einigen Kaufleuten Steuerprivilegien und räumte ihnen den Sonderstatus ein, in Rechtsfragen dem großfürstlichen Gericht unmittelbar zu unterstehen. (Vgl. Akty social'no-ekonomičeskoj istorii severo-vostočnoj Rusi konca XIV - načala XVI v., Bd. 3, Moskau 1964, Nr. 238, S. 259 f.)

Es lassen sich aber auch die Handelstätigkeit stark reglementierende Eingriffe der Fürsten beobachten, die sich durch Einrichtung neuer Zollstätten<sup>66</sup> zusätzliche Einkünfte verschafften und auch nicht davor zurückschreckten, durch zwangsweise Versetzung von Kaufleuten aus einer Stadt in eine andere<sup>67</sup> die politische Resistenz eines Gegners zu überwinden und gleichzeitig die Wirtschaftskraft<sup>68</sup> der betroffenen Kaufleute unter die eigene direkte Kontrolle zu bringen. So siedelte Ivan III. in den siebziger und achtziger Jahren des 15. Jahrhunderts in mehreren Aktionen eine beträchtliche Anzahl besonders vermögender und leistungsfähiger Kaufleute und Bojaren aus Novgorod, dessen Widerstand gegen die Unterwerfung unter das Großfürstentum Moskau auch auf diese Weise endgültig gebrochen wurde, gewaltsam nach Moskau<sup>69</sup> - ein Vorgang, der die großfürstliche Machtfülle und die Abhängigkeit der Kaufleute vom Fürsten gleichermaßen zum Ausdruck bringt.

Diese Abhängigkeit war auch eine Folge der Tatsache, daß der im 14. und 15. Jahrhundert dominierende Außenhandel letztlich die Position der feudalen Oberschichten, der Bojaren und Fürsten stärkte und damit generell zu einer Festigung der Feudalgesellschaft in der Ruß beitrug.<sup>70</sup> In diesem von Fernhändlern getragenen Transithandel wurden vorwiegend Naturalprodukte (Getreide, Salz, Fleisch, Fisch, Wachs, Holz und andere), dagegen kaum Handwerkserzeugnisse exportiert,<sup>71</sup> was wiederum Rückschlüsse auf den offenbar geringen Entwicklungsgrad einer gewerblichen Produktion für den Markt im 14. und 15. Jahrhundert zuläßt. Importiert wurden vor allem Luxuswaren (Seide, Schmuck, Gewürze) und Waffen.<sup>72</sup>

Die vor allem aus dem Fernhandel erzielten finanziellen Einkünfte wurden von Fürsten und Bojaren besonders zur Bezahlung von Schulden, zum Kauf von Ländereien, Waffen und Luxuswaren verwendet. Der Erwerb von Grund und Boden als "Geldanlage" wurde in beträchtlichem Umfange namentlich auch von "Groß-

66 Vgl. Sacharov, A. M., *Goroda severo-vostočnoj Rusi XIV - XV vv.*, a. a. O., S. 169 f.

67 Vgl. auch Pašuto, V. T., *O nekotorych putjach izučeniija drevnerusskogo goroda*, in: *Goroda feodal'noj Rossii. Sbornik statej pamjati N. V. Ustjugova*, Moskau 1966, S. 92 ff.

68 Vgl. allgemein Istorija Moskvy, Bd. 1, a. a. O., S. 150 f., 182 ff. - Seit der 2. Hälfte des 16. Jh. wurden systematisch Kaufleute aus den in den einzelnen Teilfürstentümern gelegenen Städten in Moskau angesiedelt, wenn ihre Handelsgewinne eine bestimmte Höhe erreicht hatten, Vgl. auch Nosov, N. E., *Russkij gorod i russkoe kupečestvo v XVI stoletii*, in: *Issledovanija po social'no-političeskoj istorii Rossii. Sbornik statej*, Leningrad 1971, bes. S. 167 f.

69 Vgl. Bernadskij, V. N., a. a. O., S. 320 ff., 335 f.; Janin, V. L., *Novgorodskie posadniki*, a. a. O., S. 323 f. - Umgekehrt wurden jedoch auch Moskauer Kaufleute in Novgorod angesiedelt, (Vgl. Syročekovskij, V. E., a. a. O., S. 111 f.)

70 Sacharov, A. M., *Goroda severo-vostočnoj Rusi XIV - XV vv.*, a. a. O., S. 157 f., 269.

71 Derselbe, *Obrazovanie i razvitie rossijskogo gosudarstva v XIV - XVII vv.*, a. a. O., S. 38.

72 Vgl. auch Istorija SSSR, Bd. 2, a. a. O., S. 80 f.

kaufleuten" betrieben, die sich auf diese Weise in ihrer sozialen Position vielfach den Bojaren annäherten bzw. in diese Schicht aufstiegen.<sup>73</sup>

Der Binnenhandel wurde vor allem auf "lokalen" Märkten betrieben, die sich teilweise zu "Gebietsmärkten" entwickelten, also zu kleinen Handelszentren innerhalb der einzelnen Fürstentümer wurden.<sup>74</sup> Der weitere Ausbau von Handelsbeziehungen zwischen den Fürstentümern als wichtige Voraussetzung für die im 14. und 15. Jahrhundert erfolgende Zentralisierung des russischen Staates kam nur allmählich voran.<sup>75</sup> Die Herausbildung eines gesamtrossischen "inneren Marktes" dürfte ebenso wie eine gewerbliche Produktion für den Markt in größerem Umfange in eine spätere Zeit, wahrscheinlich erst ins 17. Jahrhundert, fallen.<sup>76</sup>

73 Sacharov, A. M., Goroda severo-vostočnoj Rusi XIV - XV vv., a. a. O., S. 163 f.

74 Čerepnin, A. V., Obrazovanie russkogo centralizovannogo gosudarstva v XIV - XV vv., a. a. O., S. 380 f.

75 Während Sacharov, A. M., Goroda severo-vostočnoj Rusi v XIV - XV vv., a. a. O., S. 170, der Auffassung zuneigt, daß im 14. und 15. Jh. jegliche Handelstätigkeit vor allem zu einer Stärkung der Position der Fürsten beitrug, betont Čerepnin, A. V., Obrazovanie russkogo centralizovannogo gosudarstva v XIV - XV vv., a. a. O., S. 282, daß der Handel die Beziehungen zwischen den Fürstentümern intensivierte, die Kommunikation im Lande ganz allgemein belebte und eine Überwindung der feudalen Zersplitterung begünstigte.

76 Sacharov, A. M., Goroda severo-vostočnoj Rusi v XIV - XV vv., a. a. O., S. 159 f., 168 f.; derselbe, Obrazovanie i razvitie rossijskogo gosudarstva v XIV - XVII vv., a. a. O., S. 38 f.

*Betriebsgeschichte*

## DAS BILD IN DER BETRIEBSGESCHICHTE

(Tagung vom 11. bis 13. November 1976 in Berlin)

Ein abendlicher Erfahrungsaustausch - gewidmet den Problemen des Aufbaus und der Nutzung von Traditionskabinetten in volkseigenen Betrieben, aber auch ebenso offen für andere Fragen der betriebsgeschichtlichen Arbeit - stand am Beginn der 4. Konferenz der Fachkommission Betriebsgeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR.

Drei Probleme stellte Hans Radandt, Vorsitzender der Fachkommission Betriebsgeschichte, in den Mittelpunkt der Diskussion, an der sich Mitglieder von Betriebsgeschichtskommissionen, Betriebsarchivare, Hochschullehrer und Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der DDR beteiligten:

- Welche Erfahrungen wurden in den Betrieben beim Schreiben von Drehbüchern für die Einrichtung von Traditionszimmern gesammelt?
- Wie arbeitet die Betriebszeitung mit den betriebsgeschichtlichen Forschungsergebnissen?
- Wie wird die Betriebsgeschichte in der allgemeinen politisch-ideologischen Propagandarbeit des Betriebes genutzt?

Den Veranstaltern gelang es mit dieser Thematik, die als allgemeiner Erfahrungsaustausch angelegte Veranstaltung harmonisch in den Rahmen der Konferenz einzufügen; denn letztlich ging es hier darum, wie betriebshistorische Bilddokumente dem Betrachter am eindruckvollsten nahegebracht werden können.

Hiltrud Gerlach, VEB Deutfracht/Seereederei Rostock, unterschied zwischen zwei Typen von Traditionskabinetten. Beim ersten Typ handele es sich um fertig aufgebaute Ausstellungen. Aufgabe des Leiters solcher Kabinette sei es, die Bildtafeln, vielleicht auch Dia-Serien oder Filme, für die ideologische Arbeit zu nutzen. In diesem Falle müßten auf möglichst breitem Raum, so umfassend und detailliert wie möglich, die Betriebsgeschichte und die Traditionen des Betriebes dargestellt werden.

Als einen zweiten Typ betrachtete sie solche Kabinette, bei denen der Schwerpunkt der Arbeit im Aufbau und in der Aktivität eines Geschichtsarchives besteht. Dort sei das Kabinett ein Zentrum, in dem Betriebskollektive selbst mit dengeschichtspropagandistischen Mitteln arbeiten. Die Ausstellung sei dort nur eine Teilfunktion. Eine wesentlichere Rolle spielen die Dokumentationen, Sammlungen und erschlossenen Forschungsarbeiten. Danach müsse sich auch das Drehbuch richten. In solchen Kabinetten könnten zum Beispiel neue sozialistische Traditionen in ihrer Entwicklung, wie die Haltung zum proletarischen Internationalismus, die Freundschaft zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Bruderländern, als Thema einer - weniger Raum beanspruchenden - Ausstellung gewählt werden.

Betriebskollektive oder Besuchergruppen von außerhalb des Betriebes könnten dann dort anhand der Betriebsgeschichte, von Dokumentationsmappen, Fotoalben, Dia-Ton-Serien oder vor auswechselbaren Tafelwänden solche Veranstaltungen durchführen wie Parteilehrjahr, FDJ-Studienjahr, Schule der sozialistischen Arbeit usw.

Hiltrud Gerlach hielt für die Zukunft diesen zweiten Typ für die wahrscheinlich häufigste Form des Ausbaus von Traditions kabinetten.

Problematisch sei noch die Nutzung von Forschungsergebnissen der Betriebsgeschichtskommissionen für die Propagandaarbeit im Betrieb, obwohl diese Ergebnisse unter den Propagandisten sehr begehrt seien, weil sie es erlauben, betriebsnah zu argumentieren. Es sei aber sehr mühsam, aus der ehrenamtlichen Forschungsarbeit das für den Propagandisten handhabbare Material zu erschließen. Dennoch sei die Lösung dieser Aufgabe für die schnellere Überleitung der betriebsgeschichtlichen Forschungsergebnisse in die praktische geschichtspropagandistische Arbeit außerordentlich wichtig. Im VEB Deutfracht/Seereederei gibt es bisher noch keine solche Redaktionsgruppe, durch deren Tätigkeit auch erreicht werden könnte, daß die Arbeit der Geschichtskommissionen im Betrieb schneller an Ansehen und Popularität gewinnen und für alle sinnfälliger und rascher praxiswirksam würde.

Aus dem RAW "Helmut Scholz", Meiningen, berichtete Georg Heinhold. Im Traditionskabinett dieses Betriebes, das zur Zeit des IX. Parteitages eröffnet wurde, sind Ausstellungstafeln aufgestellt worden. In einem Vorraum befinden sich drei Tafeln über die Geschichte des RAW bis 1945, im Traditionszimmer selbst ist die Geschichte nach 1945, und zwar nicht nur die des Betriebes, dargestellt. Hier erhalten 400 Lehrlinge Staatsbürgerkundeunterricht, Schüler werden auf die Jugendweihe vorbereitet, Arbeitskollektive, die um den Titel "Kollektiv der sozialistischen Arbeit" kämpfen, studieren hier die Geschichte ihres Betriebes.

Im VEB Schwermaschinenbau-Kombinat "Ernst Thälmann" (SKET) erfolgte, soberrichtet Erich Maring, die Ausarbeitung des Drehbuchs durch die Betriebsgeschichtskommission in Zusammenarbeit mit Studenten und Schülern. Schwerpunkte, Zäsuren bilden die Parteitage der SED.

Aufgrund der Ballung von Schwermaschinenbaubetrieben in Magdeburg wird zur Zeit erwogen, dort ein Museum für Schwermaschinenbau zu errichten.

Im VEB Fischkombinat Rostock, über das Heinz Hoffmann sprach, wurde das Traditionszimmer vor viereinhalb Jahren, und zwar durch langjährige Betriebsangehörige eingerichtet. Das Fischkombinat hat ein sehr ausgedehntes Betriebs-"Territorium", das bis auf alle Meere reicht. Das mußte seinen Ausdruck auch im Traditionszimmer finden. Die Besucher sollten ein Gefühl für die Weiträumigkeit bekommen. Die Betriebsgeschichtskommission wählte deshalb für das Kabinett einen Raum, durch dessen Fenster zwischen den Tafeln der Blick auf das pulsierende Leben des Hafens fällt.

Wichtige Vorarbeiten zu diesem Traditionskabinett leistete die Sektion Marxismus-Leninismus der Universität Rostock, deren Mitarbeiter zum Beispiel Material in den Staatsarchiven der DDR erschlossen.

Der VEB Gerätebau-Kombinat Königswartha existiert erst seit zwanzig Jahren. Aus Anlaß dieses Jubiläums wurde neben den bestehenden Räumen, in denen über die Geschichte des Betriebes berichtet wird, ein Traditionszimmer gestaltet. Gottfried Neck führte in seinem Diskussionsbeitrag so wichtige Traditionen auf wie die führende Rolle der Betriebsparteiorganisation, Planerfüllung, Qualitätsarbeit, Freundschaft zur Sowjetunion, Schutz der sozialistischen Errungenschaften und internationale Solidarität. Das Traditionszimmer und die anderen Ausstellungsräume sind ein erster Schritt der historischen Forschung, die Erarbeitung einer Betriebsgeschichte in Buchform wird der zweite sein.

Im VEB Kraftwerke "Arthur Becker", Trattendorf, fand der Gedanke, die Traditionen der Werktätigen zu würdigen, seine Verwirklichung in der Errichtung eines Betriebsmuseums. Darüber berichtete Bruno Richter. Die Idee dazu entstand, als das Kraftwerk, das unter der Schirmherrschaft des Zentralrates der FDJ von Jugendlichen aus der ganzen DDR errichtet worden war, mit dem Ehrennamen "Arthur Becker" ausgezeichnet wurde.

Das Museum umfaßt fünf Räume, in denen außer der Geschichte des heutigen Kraftwerkes auch die des 1917 errichteten und im zweiten Weltkrieg zerstörten kapitalistischen Vorgängerbetriebes gezeigt wird.

Ein "Arthur-Becker-Zimmer" wurde mit dem Schreibtisch Arthur Beckers, mit seinen Büchern und anderen von seiner Frau zur Verfügung gestellten Erinnerungsgegenständen ausgestattet. Hier finden zu Arthur Beckers Geburts- und Todestag Feierstunden des Betriebes statt.

Zusammen mit dem Historischen Institut der Universität Greifswald und der Musikhochschule Weimar wurde im Werk ein Arthur-Becker-Film gedreht.

Eine archivalische Sammlung enthält Zeitungsausschnitte und Betriebszeitungen. Sie war die Grundlage für die Erarbeitung einer Festschrift zum zwanzigjährigen Betriebsjubiläum, die der Redner dem Vorsitzenden der Fachkommission, Hans Radandt, überreichte.

Erhard Gleißner aus dem VEB Volltuchwerke Crimmitschau stellte eine weitere Form der Darstellung von Traditionen der Arbeiterklasse zur Diskussion. In diesem Betrieb wurde auf der Grundlage der geschriebenen Betriebsgeschichte und im Zusammenhang mit der Errichtung einer dem Textilarbeiterstreik von 1903 gewidmeten Arbeitergedenkstätte ein militärpolitisches Kabinett eingerichtet. Hier werden unter dem Grundgedanken: Warum ist es notwendig, die DDR zu schützen? nicht nur Probleme des Werkes, sondern auch solche Aspekte der Gesamtpolitik der DDR dargestellt, wie die Notwendigkeit für jeden Werktätigen, vor allem jeden Jugendlichen, seinen Beitrag zum Schutz der DDR zu leisten. Dabei wurden alle Formen einbezogen: von den bewaffneten Kräften zur Landesverteidigung bis zur Betriebssicherheit auf der Basis der Bassowmethode.

Das Kabinett, das alle Organisationen und schulischen Einrichtungen des Betriebes und des Ortes für den Unterricht nutzen, wird ständig aktualisiert.

Eine Reihe von Diskussionsbeiträgen waren auch der Erarbeitung von gedruckten Betriebsgeschichten - Broschüren, Büchern, Artikeln - gewidmet.

Inge Fischer vom VEB Braunkohlenkombinat "Erich Weinert", Deuben, berichtete über eine Broschürenreihe, die von diesem Betrieb herausgegeben wurde und deren letzte Nummer sich mit der Thematik "30 Jahre SED" beschäftigte.

In diesem Betrieb hat die zentrale Betriebsgeschichtskommission spezielle Unterkommissionen gebildet, wobei jede - jeweils von einem Mitglied der zentralen Kommission angeleitet - eine bestimmte Teilthematik der Betriebsgeschichte behandelt.

Ein wichtiges Problem der betriebsgeschichtlichen Arbeit in den Braunkohlenkombinaten ist die Aufzeichnung der Geschichte von Wohnorten, die durch den Tagebau überbaggert werden. Solche Ereignisse haben großen Einfluß auf die Lebensbedingungen der Arbeiter, die bisher in Dörfern wohnten, jetzt in moderne Stadtwohnungen ziehen und sich von der vertrauten Umgebung lösen, von Lebensgewohnheiten und Traditionen trennen müssen.

Zwei Diskussionsredner beschäftigten sich mit dem Problem, wie Studenten in die betriebsgeschichtliche Arbeit einbezogen werden können und auf welche Weise beide Teile - die Studenten und die Betriebsgeschichte - davon profitieren können.

Helmut Gast von der Hochschule für Bauwesen Leipzig hatte Lehrer- und Historikerstudenten mit Diplomthemen beauftragt zu der Frage, was in bestimmten Betrieben der DDR in Hinsicht auf die Betriebsgeschichtsschreibung geschieht und wie die Arbeit angepackt wird. Dagegen sei für spezielle Ausarbeitungen, die Teilgebiete der Geschichte von Betrieben behandeln und dann selbst in die Betriebsgeschichte eingehen, im Lehrplan der Universität kein und im Betriebspraktikum zu wenig Raum.

Auch Heide Pankau, Humboldt-Universität zu Berlin, sah nur sehr beschränkte Möglichkeiten, freie Kapazität im Zeitfonds der Studenten zu finden, in der sie sich mit der Betriebsgeschichte beschäftigen könnten. Für die günstigste Lösung erachtete sie, die Studenten, die im dritten Studienjahr mit der Regionalgeschichte vertraut gemacht werden, in Schwerpunktbetrieben zu konzentrieren. Das geschieht bisher in den Berliner Betrieben Kabelwerk Oberspree, Werk für Fernsehelektronik, im Fleischkombinat, im Wohnungsbaukombinat, bei NARVA, in den Berliner Verkehrsbetrieben und anderen.

Mit den Ergebnissen dieser Forschungen bereichern die Studenten die Seminartätigkeit. So können historische Abschnitte der Geschichte der DDR ganz konkret anhand des Verlaufs wichtiger Ereignisse in den Betrieben behandelt werden. Auch Belegarbeiten der Studenten beschäftigen sich zum Teil mit betriebsgeschichtlichen Problemen.

Über die Besonderheiten bei der Erarbeitung landwirtschaftlicher betriebshistorischer Darstellungen sprach Harry Eisenächer, SED-Kreisleitung Genthin, der das Autorenkollektiv zur Erarbeitung der Geschichte von Tuchheim und Papitz leitete. Hierbei handelt es sich nicht um die Geschichte eines einzelnen landwirtschaftlichen Betriebes, sondern um die gemeinsame Darstellung der Geschichte von fünfzehn landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die zunächst eine KAP, dann eine LPG Pflanzenproduktion und eine LPG Tierzucht bildeten. Eigentlich geht es also um die Chronik zweier tausendjähriger Dörfer.

In diesem Diskussionsbeitrag kristallisierte sich der Gedanke heraus, daß dies heute sehr wahrscheinlich die günstigste Form ist, die Geschichte der landwirtschaftlichen Betriebe, in denen sich seit 1945 viele rasche und tiefgreifende Veränderungen vollzogen haben, zu schreiben.

Die reich bebilderte Broschüre "Bauern machen Geschichte", die in Genthin entstanden ist, war am zweiten Konferenztag neben illustrierten Betriebsgeschichten, Bildbänden, -mappen, -chroniken und anderem betriebsgeschichtlichem Bildmaterial zur Einsichtnahme durch die Konferenzteilnehmer ausgelegt.

Der Erfahrungsaustausch wurde mit einem Beitrag von Hartmut Mehls, Leiter der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED Berlin abgeschlossen, der über Maßnahmen der Kommission zur besseren politisch-ideologischen Betreuung der Betriebsgeschichtskommissionen berichtete.

Den zweiten Konferenztag leitete das Referat von Wolfgang Jonas, Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte bei der Akademie der Wissenschaften der DDR, ein.



Jonas ging in seinen Darlegungen davon aus, daß der verbalen Ausdrucksweise Grenzen gesetzt seien. In Romanen werden sie durch die Phantasie des Lesers überwunden, die aber immer subjektiv sei. Die Betriebsgeschichte, die in größtmöglichem Maße auf die politisch-ideologische Massenarbeit ausstrahlen soll, dürfe sich nicht allein auf die Vorstellungskraft des Lesers verlassen. Bei allen Lesern sollen die gleichen, den tatsächlichen Geschehnissen wirklich adäquaten Vorstellungen geweckt werden.

Das Bild könne aber nicht nur helfen, eine wirklichkeitstretreue Wiedergabe an die Stelle subjektiver Vorstellungen zu setzen, es könne auch verdichtete Informationen geben. Die Gegenüberstellung von Bildern, wie zum Beispiel

- Arbeiter, die auf Kisten in der Fabrik sitzen und das von zu Hause mitgebrachte Essen verzehren,
- eine Kantine der leitenden Mitarbeiter einer kapitalistischen Fabrik und
- der Speisesaal eines volkseigenen Betriebes, in dem die Werktätigen ihr Mittagessen einnehmen,

kann vielleicht eindrucksvoller Veränderungen widerspiegeln als das Worte auszudrücken vermögen; sie spricht das Gefühl des Betrachters an.

Wenn das Bild aber zu großer Wirksamkeit imstande sei. dürfe es eben nicht nur - wie bisher oft geschehen - nur zum Auflockern der Textseiten oder als Illustration benutzt werden, sondern sei zielstrebig zur Erhöhung der politisch-ideologischen Wirksamkeit der betriebsgeschichtlichen Darstellungen einzusetzen. Für die Anwendung von Bildern - ob es sich nun um Fotos, Kunstbilder (Gemälde, Zeichnungen, Graphiken usw.), Karten, Skizzen oder technische Zeichnungen handele - müsse von vornherein eine ebenso exakte Konzeption verlangt werden wie für die Ausarbeitung des Textes.

In diesem Sinne sei das Bild Dokumentation und Interpretation zugleich. Wirklichkeitstretreue Wiedergabe, wissenschaftliche Akribie und politisch-ideologische wie auch künstlerische Interpretation seien hier eng miteinander verbunden. Das gelte gleichermaßen für Textbände mit Bildern, Bildbände, Ausstellungen, Dokumentar- und Spielfilme. Sehen ist eine Art des Erkennens. "Wir sind die Augen unserer Klasse, wir lehren unsere Klassenbrüder, die Augen zu gebrauchen", das war die Maxime der Arbeiterfotografen der zwanziger Jahre, die auch heute ihre volle Gültigkeit hat. Die Erarbeitung der Konzeption für das Bildmaterial sei deshalb eine genauso wichtige Aufgabe und müsse ebenso ernstgenommen werden wie das Schreiben des Textes.

Die Proportionen zwischen Bild und Text seien danach zu bestimmen,

- was mit dem Einsatz der Bilder erreicht werden soll und kann,
- welchen Umfang das vorhandene Bildmaterial hat und
- welche politischen und fachlichen Kapazitäten für die Ausfertigung weiteren Bildmaterials zur Verfügung stehen.

Ein wohlgeordnetes Fotoarchiv des Betriebes könne wichtige Ergänzung durch Arbeiten aus betrieblichen Fotozirkeln finden usw.

Eine Grundforderung für den Einsatz von Bildmaterial müsse darin bestehen, den Menschen in seinem konkreten Bezugssystem zu zeigen. Die Menschen im Sozialismus unterscheiden sich von denjenigen im Kapitalismus wohl nicht durch ihr Aussehen, sondern dadurch, daß sie andere Beziehungen zueinander, zum Betrieb, zur Vergangenheit des Betriebes haben. Dieses neue Verhältnis muß das Bild in der betriebsgeschichtlichen Darstellung verdeutlichen.

In vielen der vorhandenen Betriebsgeschichten seien, so führte Jonas aus, eine oder mehrere Seiten mit Porträts der mit hohen Auszeichnungen geehrten Werktätigen des Betriebes vorhanden. So richtig und wichtig eine Ehrentafel mit den Bildern dieser Aktivisten sei, wirklich vorgestellt seien sie dem Betrachter durch ein solches Porträt nicht. Die Entwicklung eines Menschen könne durch ein Porträt nicht gezeigt werden. Jonas führte als Beispiel an: Eine Arbeiterin, Mutter von drei Kindern, fängt als ungelernete Arbeiterin im Betrieb an, wird Brigadier, qualifiziert sich zum Meister, arbeitet als Gewerkschaftsfunktionär, wird mit dem höchsten Orden der Republik geehrt. All das zu zeigen, reiche die Aussagekraft eines Porträts nicht aus. Jonas forderte, die Fotografien in den Dienst der gesellschaftlichen Veränderungen zu stellen, anspruchsvollere Aufträge zu erteilen und den Meinungsstreit um die politisch-ideologische Aussage des Bildes zu verstärken. Er verwies auf die Zeitschrift "Fotografie" (Februarheft 1976), die Ansätze zeige, wie die Entwicklung eines Menschen in vielen Bereichen seines Lebens gezeigt werden könne. Dem möglichen Argument, solche Bildkompositionen erforderten zuviel Platz, hielt der Referent entgegen, daß hier zwei bis drei Seiten bei guter Gestaltung eine Aussagekraft bieten könnten, die viele Seiten Text zu ersetzen imstande wäre und gleichzeitig das Gefühl des Betrachters wesentlich stärker ansprechen könne, als das durch den Text möglich sei.

Jonas ging dann auf die Darstellung der Technik im Bild ein. Er forderte, auch hierbei die erzieherische Potenz des Bildes sowie dessen zweiseitige Funktion - Information zu geben und Emotion hervorzurufen - zu nutzen. Jonas wandte sich gegen den Technik-Pessimismus, der in kapitalistischen Ländern weit verbreitet ist, und wies nach, daß er in der sozialistischen Ordnung keine Grundlage habe. Hier wisse man um die Rolle des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Dennoch sei die Gefahr einer einseitigen Darstellung der Technik gegeben, nämlich dann, wenn die ästhetische Wirkung eines Fotos beginnt, sich zu verselbständigen.

Ein Bild könne den Eindruck erwecken, daß Technik schön sei, aber auch, daß sie den Menschen erdrücke. Welcher Eindruck vorherrscht, hänge von der Einstellung des Auftraggebers wie von der des Fotografen zur Technik ab. Das Bild, so erläuterte Jonas, müsse den Menschen an die Technik heranzuführen, ihn lehren, den Nutzen der Technik zu schätzen. Gleichzeitig dürfe die kritische Betrachtungsweise nicht verlorengehen. Jonas wies auf die farbenprächtigen Bilder vom Stahlabstich an Hochöfen hin, deren Schönheit dazu verleiten könne, die Schwere der Arbeit des Hochöfners zu vergessen. Aber nur, wenn auch dieser Aspekt im Bild Darstellung findet, beflügelt es zu dem Gedanken an die Notwendigkeit, die Arbeit des Hochöfners zu erleichtern.

Der derzeitige Stand der Technik mache in vielen Betrieben noch eintönige Arbeit am Fließband notwendig, erfordere mitunter sogar, dieses System noch zu erweitern. Bilder davon müßten aber zumindest ein Gefühl für die historische Notwendigkeit dieser Arbeit aufgrund der Bedeutung der dort geschaffenen Erzeugnisse für unser Leben, unser Land oder sogar die Welt zeigen und gleichzeitig deutlich machen, auf welche Weise daran gearbeitet wird, diese Art der Technik durch eine solche abzulösen, die den Menschen schöpferisch werden läßt.

Jonas forderte, daß die technischen Bedingungen, die die Verlage beim Abdruck von Bildern stellen, nicht auf dem Wege des geringsten Widerstandes mit den ökonomischen Vorgaben in Übereinstimmung gebracht werden sollten, sondern daß Lösungen gefunden werden müssen, die der geplanten Komposition von Bildern und ihrem wirksamen Einsatz entgegenkommen.

Die oft noch vorhandene Scheu vor rein technischen Darstellungen hielt der Referent für unbegründet. Während lange technische Abhandlungen im Text der Betriebsgeschichte einerseits viele Leser ermüden könnten und andererseits zu Disproportionen im Umfang der verschiedenen darzustellenden Probleme führen müßten, könnten wenige Seiten technischer Abbildungen große Anschaulichkeit bieten.

Als Fundorte für Bilder über heute im Betrieb nicht mehr gebräuchliche Technik, die das Fotoarchiv des Betriebes nicht enthalte, führte Jonas Firmengeschichten der damaligen Herstellerbetriebe, Kataloge von Messen und Weltausstellungen sowie in den Archiven vorhandene Prospekte an.

Problematisch sei oft die Darstellung der neuen, modernen Technik. Während bei den früheren Maschinen die Funktionsteile offen zutage lagen, sehe der Betrachter die neue Technik oft nur als Blechkasten, der die Arbeitsgänge in seinem Innern nicht mehr zeigt. Um keinen Entfremdungseffekt durch solche Bilder zu erzeugen, weil solche Abbildungen langweilig und unverständlich wirken, müsse das Foto eine Ergänzung finden, zum Beispiel in schematischen Skizzen oder Diagrammen über die Wirkungsweise der Aggregate.

Was zum Foto gesagt wurde, sei - so führte Jonas aus - ebenso gültig für Dias sowie gemalte und gezeichnete Bilder. Dabei verwies er auf die bedeutungsvolle Rolle, die zum Beispiel Bilder aus Mal- und Zeichenzirkeln der Betriebe spielen können, weil allein schon die Art der Entstehung eines solchen Bildes Ausdruck der neuen Verhältnisse in unseren Betrieben sein könne.

Schließlich ging der Referent noch auf die besondere Problematik der filmischen Darstellung ein. Der Film könne tatsächlich bildlich Entwicklungsprozesse zeigen; sei es die moderne Technik in ihrer Funktion, sei es die Vorbereitung und der Übergang zu neuen Verfahren oder neuen Erzeugnissen oder bzw. vor allem die Entwicklung der Menschen, ihrer Arbeitsweise, ihrer Verhaltensweisen, ihrer gesellschaftlichen Rolle.

Jonas schlug zum Schluß seiner Ausführungen vor, die Aufgabe in Angriff zu nehmen, einen Film über das Entstehen einer Betriebsgeschichte zu drehen.

Die Diskussionsteilnehmer beschäftigten sich mit methodologischen Fragen des Einsatzes von Bildmaterial, mit seinen Quellen sowie mit bereits vorhandenen Erfahrungen bei seiner Nutzung.

Hans Meusel, Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, wies zunächst nochmals auf die Hauptquellen für Bildmaterial hin, die er in Fotoarchiven der Betriebe, alten Firmenschriften, auch von Zuliefererbetrieben, aber auch in Fotos im Privatbesitz von Betriebsveteranen und Belegschaftsangehörigen sah.

Karl Eggert, VEB Weimar-Werk, berichtete über die Anziehungskraft des Traditionskabinetts seines Betriebes, der als zentraler Punkt der Arbeiterklasse im Kreis Weimar betrachtet werden müsse. Eine ständige Ausstellung von Tafeln zur Betriebsgeschichte - untergebracht in räumlicher Einheit mit kurzfristig wechselnden thematischen Ausstellungen - im Traditions- und Neuererzentrum finde großes Interesse bei den zahlreichen Besuchern.

Kurt Wernicke, Museum für Deutsche Geschichte, Berlin, verwies nochmals auf die große Bedeutung der konzeptionellen Arbeit, und zwar nicht nur bei der rechtzeitigen und richtigen Auswahl vorhandener Fotos, sondern auch bei ihrer Herstellung. Für bevorstehende große Ereignisse unserer Zeit müßten von den Kommissionen Konzeptionen erarbeitet werden, die die künftige betriebshi-

stische Arbeit berücksichtigen, erleichtern und die dafür nutzbar sind. Die Entscheidung über die Anfertigung solcher Bilder dürfe nicht den Pressestellen oder der Betriebszeitungsredaktion allein überlassen bleiben. Aber auch die heutige Lebensweise der Arbeiter, ihr Alltag, müsse seinen Niederschlag in Bilddokumenten finden, ebenso wie die Schwierigkeiten, die im Verlaufe der Entwicklung des Betriebes zu überwinden waren. Eine Betriebsgeschichte, die nur Erfolge zeige, in der aber zeitweilige Rückschläge und Störungen, ja sogar Havarien, die stattgefunden haben, nicht erwähnt werden, könne nicht überzeugen.

Wernicke wies weiter auf die Notwendigkeit hin, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Text und Bild zu erzielen, um hohe Anschaulichkeit zu erreichen. Ein häufiger Erfahrungsaustausch zwischen den vielerorts mit Laien arbeitenden Betriebsgeschichtskommissionen sei eine besonders wichtige Methode zur Erzielung qualifizierter Ergebnisse der betriebshistorischen Arbeit.

Heinz Hoffmann, VEB Fischkombinat Rostock, Leiter der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED Rostock, die über Erfahrungen von 15 Betriebsgeschichten und 22 Traditions kabinetten mit 10 000 Besuchern pro Jahr verfügt, wies auf die Bedeutung von im Privatbesitz befindlichen Fotos hin. Da die Bildarchive der Betriebe aufgrund von Kriegszerstörungen oft keine Fotos aus der frühen Geschichte des Betriebes enthalten, wurden in einigen Rostocker Betrieben die Mitarbeiter durch die Betriebszeitungsredaktionen gebeten, den Geschichtskommissionen alte Fotos zu überlassen. Das hatte noch einen nützlichen Nebeneffekt für die Betriebsgeschichte: Auf manchen Fotos wurden Personen erkannt, die - obwohl heute von hohem Alter - interessant über diese Zeit zu erzählen wußten.

Willi Gräser, ehemaliger Direktor des VEB Reifenwerk Pneumant Fürstentwale und jetziger Mitarbeiter der Betriebsgeschichtskommission in diesem Werk, hob die Erfahrung hervor, daß themenbezogene Abbildungen rascher Betrachter finden, als der Text Leser anzieht. Daher faßte der Betrieb den Beschluß, Bildbände zu veröffentlichen. Bisher sind fünf Bände mit 1 200 Abbildungen erschienen, die alle Bereiche des betrieblichen Lebens beleuchten und ab Band 5 jeweils den Zeitraum zwischen zwei Parteitagungen der SED umfassen.

Aus Anlaß des dreißigjährigen Bestehens des Werkes wurde auch ein Traditionskabinett eröffnet. Besonderes Lob spendete Willi Gräser der Betriebszeitungsredaktion, die umfangreiches Bildmaterial dafür zur Verfügung stellte, aber auch den Werkträgern, die Fotos aus ihrem Privatbesitz übergaben.

Letzter Diskussionsredner des zweiten Konferenztages war Irmgard Thiemann, Verlag Tribüne, Berlin, die aus der Sicht der Verlagspraxis das Problem beleuchtete. Bisher hätten die Betriebsgeschichtskommissionen Bildmaterial im wesentlichen nur nachträglich als Illustrationen, ohne konzeptionelle Vorstellungen, übergeben. Aber selbst in dieser Hinsicht nehme die Rolle des Bildmaterials in den Verlagserzeugnissen über Betriebsgeschichte immer mehr zu. Irmgard Thiemann betonte die Notwendigkeit von Überlegungen, welche Aussagen durch die Verwendung von Bildmaterial erreicht werden können, und gab gleichzeitig Hinweise auf technische Anforderungen, die der Verlag an solche Fotos stellen muß.

Den Abschluß des zweiten Konferenztages bildeten zwei Filme zur Betriebsgeschichte, denen am nächsten Tag, bevor die Diskussion fortgesetzt wurde, vier weitere folgten. Leider hatten nur wenige der eingeladenen Betriebsfilmstudios und keiner der eingeladenen Fotozirkel davon Gebrauch gemacht, ihre Filme und

Fotos zu zeigen. So blieb die Auswahl relativ gering. Die Konferenzteilnehmer sahen:

"25 Jahre danach" (Die Entwicklung der DDR am Beispiel der Jugendobjekte der Deutschen Reichsbahn),

"Gelernt von Freunden" (Anwendung sowjetischer Neuerermethoden im Bereich Fahrzeugausbesserung der Deutschen Reichsbahn),

"Umzug mit Risiko" (Umsetzung eines Abraumbaggers des Braunkohlenkombinats "Erich Weinert", Deuben),

"Dies Werk soll seinen Namen tragen" (Die Feier aus Anlaß der Namensgebung im VEB Bandstahlkombinat Hermann Matern),

"Die Grizzlys" (Gefilmtes Brigadetagebuch der Brigade der DSF Grischkat vom VEB Wohnungsbaukombinat Berlin),

"Die vom Bau" (Über die Arbeit einer Bauleiterin im VEB Wohnungsbaukombinat Berlin),

einen Dia-Vortrag über das Traditionskabinett des VEB Karl-von-Ossietzky-Werk Teltow,

einen Dia-Ton-Vortrag über die Entwicklung des VEB Maschinenfabrik Halle 1945 bis 1975.

Die Diskussion wurde am dritten Konferenztag von Walter Schumann, Archivar im VEB Hydrierwerk Zeitz, fortgesetzt, der über die Erfahrungen bei der Errichtung eines Betriebsfotoarchives berichtete und zahlreiche Hinweise zur technischen Einrichtung und zu möglichen Ordnungsprinzipien eines solchen Archives gab.

Erstmalig nahm an einer Tagung der Fachkommission ein ausländischer Vertreter teil. Szekeres, Sekretär der Sektion Betriebsgeschichte der Ungarischen Historischen Gesellschaft, berichtete über die Anwendung von Bild- und Tondokumenten bzw. auch allgemein über Organisationsmodus, Durchführung und Inhalt der betriebsgeschichtlichen Arbeit in Ungarn.

Heinz Brauser, Leiter des Betriebsarchivs im VEB Maschinenfabrik Halle berichtete über die Zusammenarbeit des Betriebes mit einem Maler bei der Herstellung von Bildern zur Betriebsgeschichte. +

Thomas Mette, Zentrales Forschungsinstitut des Verkehrswesens der DDR, Leiter der Zentralbibliothek des Verkehrswesens, ging schließlich nochmals auf die Notwendigkeit von konzeptionellen Überlegungen bei der Arbeit mit dem Bild ein. Er wies auf die besonders günstigen Bedingungen hin, die die Betriebsgeschichtsarbeit der Reichsbahn in dieser Hinsicht habe, die umfangreich unterstützt werde und über große vorhandene technische Kapazität verfügen könne. Daher gebe es gerade in diesem Betrieb auch bereits eine Reihe von Erfahrungen, die ihren Niederschlag in Ausstellungen, Dia-Ton-Serien und Filmen gefunden haben, von denen zwei den Teilnehmern der Konferenz vorgeführt wurden.

In seinem Schlußwort schlug Jonas der Fachkommission vor, sie solle sich darum bemühen, daß die Nutzbarkeit der bildlichen Quellen auch auf gesetzgeberischem Wege gesichert werde. Während jeder Betrieb verpflichtet sei, Schriftgut

+ Dazu erscheint in einem der nächsten Bände des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte ein Beitrag von Heinz Brauser.

nicht nur zu archivieren, sondern zum Beispiel in Form von Berichten anzufertigen, sei die Aufbewahrung von Bildmaterial, geschweige denn seine Herstellung, jedem Betrieb selbst überlassen.

Als eine Schwäche der Konferenz, die jedoch aus der gegebenen Situation resultiere, schätzte Jonas die Tatsache ein, daß die Produzenten betriebsgeschichtlicher Filme auf der Konferenz kaum vertreten waren. Als Möglichkeit zur Überwindung einer solchen Situation wiederholte und präziserte Jonas seinen bereits im Referat unterbreiteten Vorschlag: Die Historiker-Gesellschaft der DDR, der Kulturbund, der VEB ORWO und eventuell noch andere Institutionen sollten gemeinsam ein Preisausschreiben zur Herstellung eines Films über die Erarbeitung einer Betriebsgeschichte organisieren.

Radandt schloß die Konferenz mit dem Hinweis darauf, daß die folgende, fünfte Konferenz der Fachkommission im April 1977 in Frankfurt (Oder) stattfinden wird. Sie wird sich mit dem Thema beschäftigen: "Die große Initiative und die Betriebsgeschichte".

Renate Günther

## TAGUNGEN UND KONFERENZEN

### HISTORISCHE GEOGRAPHIE AUF DEM XXIII. INTERNATIONALEN GEOGRAPHEN-KONGRESS

(28. Juli bis 3. August 1976 in Moskau)

Partei- und Staatsorgane der UdSSR brachten dem Kongreß der International Geographical Union eine hohe Wertschätzung entgegen. Der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Akademiemitglied V. Kirillin, verlas auf der im Kongreß-Palast des Kremls stattfindenden Eröffnungssitzung die vom Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, A. N. Kossygin, unterzeichnete Grußadresse.

Der Kongreß stand unter dem Thema "Wissenschaftlich-technische Revolution und Geographie" und verdeutlichte den Wandlungsprozeß der modernen Geographie, der sich neben einem beachtlichen Ausbau ihrer theoretischen Grundlagen vor allem auch in der Zunahme ihrer Praxiswirksamkeit sowie in der - für diese notwendigen - Erweiterung ihres Methodenspektrums zeigt. Eine Anzahl von wissenschaftlichen Tagungen vor dem eigentlichen Kongreß in zahlreichen Städten der UdSSR zu spezifischen Themen sowie die nach dem Kongreß veranstalteten Exkursionen in verschiedene Landesteile bereicherten die wissenschaftlichen Ergebnisse des Kongresses. Die Gesamtanzahl der zirka siebzig Länder vertretenden Teilnehmer am Kongreß betrug etwa 3 000; aus der DDR waren 56 Delegierte anwesend.

Von den zehn wissenschaftlichen Sektionen widmete sich die Sektion 9 speziell den Fragen der Historischen Geographie. Als Mitglied der DDR-Delegation nahm der Berichterstatter an der Arbeit dieser Sektion teil.

Die inhaltliche Palette der Sektion "Historische Geographie" reichte von allgemeinen Erörterungen der Aufgabenstellung der Historischen Geographie über die Darlegung von Arbeitsmethoden bis zur Darbietung von Spezialthemen, unterschiedlich in Raum und Zeit. Von den insgesamt 26 Beiträgen stammten neun aus den sozialistischen Staaten, die meisten davon aus der UdSSR.

Zu den Referaten allgemeinen Charakters gehörten die Beiträge von G. Ferro (Italien) über "Stellung und Probleme der Historischen Geographie in Italien", von L. Jeleček (ČSSR) über die "Historische Geographie in der ČSSR nach dem Erscheinen des Atlases der Tschechoslowakischen Geschichte" und T. Tanioka (Japan) über "Tendenzen und Perspektiven der Historischen Geographie".

In einem verallgemeinernden Beitrag sprachen B. V. Andrianov und N. N. Čeboksarov (UdSSR) über "Historisch-geographische Aspekte in der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Bevölkerung der Erde" und widmeten hierbei den Beziehungen Gesellschaft - Umwelt große Aufmerksamkeit. Sie stellten fest, daß in jeder historischen Epoche die Auseinandersetzung der Gesellschaft mit der Natur vom Erkenntnisstand der Naturgesetze abhängig ist, daß aber dieser Prozeß von der Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse determiniert wird.

Arbeitsmethoden der Historischen Geographie wurden in den Darlegungen von G. A. Gol'c und Ė. B. Eršov (UdSSR) über die Anwendung "Dynamischer faktorana-

lytischer Modelle beim Studium historischer Verteilung der Bevölkerung", von L. A. Gol'denberg und B. G. Galkovič (UdSSR) über die "Kartographische Methode in historisch-geographischen Untersuchungen" und von D. J. B. Shaw (Großbritannien) mit "Realität und Vorstellung in der Historischen Geographie" zur Diskussion gestellt. Besonders der Vortrag von G. A. Gol'c und Ě. B. Eršov, entstanden als Ergebnis einer Kooperationsforschung zwischen einem Historischen Geographen und einem Mathematiker, zeigte das Bemühen der historisch-geographischen Forschung in der UdSSR, von den bislang international noch überwiegend beschreibenden Untersuchungen wegzukommen und über Modellvorstellungen zu neuen Erkenntnissen über den historischen Entwicklungsprozeß der gesellschaftlichen Regionalstrukturen zu gelangen. Damit kann die Historische Geographie den Weg nachvollziehen, den die geographische Forschung zur Untersuchung gegenwärtiger räumlich-relevanter Prozesse bereits gegangen ist. Demgegenüber stellte D. J. B. Shaw die in der Diskussion widersprochene These auf, daß die Historische Geographie als eine historische Wissenschaft bei ihren Arbeiten in der Hauptsache auf zufällig überkommene Quellen angewiesen ist und die objektiv bestehenden Lücken im Quellenmaterial subjektiven Auffassungen größeren Raum geben.

Von besonderem Interesse waren die Darbietungen, die theoretisch-methodologische Fragestellungen behandelten bzw. ausgehend von konkreten Beispielen Modellkonstruktionen bzw. verallgemeinerungsfähige Aussagen zu vermitteln suchten. Neben dem schon erwähnten Beitrag von Gol'c und Eršov sind in diesem Zusammenhang die Arbeiten von V. V. Annenkov (UdSSR) und M. Rosciszewski (VR Polen) zu nennen, die "Historische Typen von räumlichen sozialökonomischen Systemen in Entwicklungsländern" vorstellten. Beide Autoren versuchten anhand von Vergleichsuntersuchungen auf der Grundlage jeweils konkreter historischer und räumlicher Bedingungen der Vergangenheit (in den meisten Fällen aus der sogenannten Kolonialzeit) ein Modell für die zukünftige ökonomische Struktur dieser Länder zu liefern. Gerade dieser Beitrag zeigte das Bemühen, die historisch-geographische Forschung für die Lösung aktueller Probleme der Gegenwart zu nutzen.

Hierher gehört auch die Darlegung von D. R. F. Taylor (Kanada) zum "Begriff der 'unsichtbaren' Stadt in der autochthonen Regionalstruktur Ostafrikas. Der Referent setzte sich mit den Auffassungen auseinander, daß es vor der europäischen Kolonisation keine Städte in diesem Gebiet gegeben habe, weil den in Frage kommenden Orten eine vorwiegend ortsansässige Bevölkerung gefehlt habe. Er führte demgegenüber Handel und Marktplätze als wesentliche Funktionen städtischer Siedlungen an, von denen das Untersuchungsgebiet großräumig überdeckt war.

Zum Problem der Herausbildung, Entwicklung und Bedeutung ökonomisch-geographischer Regionalstrukturen als historische Kategorie sprach W. Strenz (DDR) in seinem Beitrag über "Tendenzen der regionalen Standortentwicklung der Bevölkerung im Prozeß der Industriellen Revolution des Kapitalismus auf dem heutigen Territorium der DDR".<sup>1</sup>

D. W. Meinig (USA), der zum Problem der "Entwicklung transatlantischer Wechselbeziehungen" sprach und diese Momente in einem räumlichen Modell zu erfassen suchte, zeigte die Entwicklung der räumlichen ökonomischen Beziehungen zwischen Amerika und Europa seit der Entdeckung Amerikas durch Kolumbus

<sup>1</sup> Vgl. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, T. 1, S. 163 - 179; ebenda, 1976, T. 4, S. 235 - 265.



und lieferte einen anschaulichen Beweis für die Existenz eines jahrhundertealten kontinuierlichen Prozesses bis zur Gegenwart. Hier wurde demonstriert, daß gegenwärtige Regionalstrukturen ohne Kenntnis der historischen Entwicklung in vielen Fällen nicht verständlich sind.

Die Demonstrationsobjekte der einzelnen Beiträge entstammten entsprechend dem Charakter der Historischen Geographie unterschiedlichen geographischen Räumen und historischen Zeiten. Doch besaßen die Beispiele aus den letzten beiden Jahrhunderten Vorrang. In zahlreichen Darlegungen wurde, wie bereits angedeutet, das Bemühen deutlich, die Grundlagen der gegenwärtigen Regionalstrukturen aufzuzeigen und auf diese Weise eine zielgerichtete Verbindung zwischen historisch-geographischen Untersuchungen und Gegenwartsforschung herzustellen.

So sprach V.S. Žekulin (UdSSR) über die "Hauptetappen bei der Herausbildung der Kulturlandschaft im Bereich der osteuropäischen Taiga", und X. de Planhol (Frankreich) wertete in einem sehr detailliert gehaltenen Vortrag über "Die türkischen Elemente innerhalb des geographischen Bildes der Cyrenaica" deren Bedeutung für die Gegenwart. Ch. F. Kovacik (USA) beleuchtete den "Wechsel im Anbausystem der Reiskulturen in Südkarolina" unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert.

Einige Vorträge sahen ihren Untersuchungsgegenstand in der historisch-geographischen Entwicklung von Städten. So beschäftigte sich R. Gohstand (USA) in einem anschaulichen Beitrag mit der "Entwicklung der räumlichen Struktur des Moskauer Einzelhandels seit dem 19. Jahrhundert". T. Nakano (Japan) referierte über die "Stadtentwicklung von Tokio". Y. Ben-Arieh (Israel) versuchte in seinem Beitrag über die "Altstadt von Jerusalem" die unterschiedlichen historischen Einflüsse aufzuspüren und für das räumliche Entstehen dieses Stadtgebietes zu werten.

Einige Beiträge waren rein historisch angelegt und dienten allein der Darlegung ehemaliger Raumstrukturen. D. G. Janelle (Niederlande) sprach über "Zeitliche und räumliche Zusammenhänge im Postkutschendienst in /dem USA-Staat/ Maine 1826 - 1829" und entwickelte detailliert die Postkutschenkurse jener Zeit. R. L. Gentilcore (Kanada) referierte über Siedlungsentwicklung und wirtschaftliche Erschließung beim Entstehen der kanadischen Provinz Ontario 1792 bis 1796. Unter dem gleichen Aspekt stand auch die Darlegung von J. L. Tyman (Kanada) über die Gründung der Kolonie am Swan-river (Gebiet des heutigen Perth in Westaustralien) 1829.

Die Vorträge offenbarten ein Spektrum von Arbeiten, das dem breiten Forschungsgegenstand der Historischen Geographie entspricht. Die während, zwischen und nach den Sitzungen geführten Diskussionen vermittelten ein Bild von der Nützlichkeit historisch-geographischer Untersuchungen nicht nur für die Unterstützung modern-geographischer Fragestellungen, sondern auch als Impulsgeber für benachbarte Wissenszweige, nicht zuletzt auch für die Wirtschaftsgeschichte.

Wilfried Strenz

## BAUERNWIRTSCHAFT UND GUTSBETRIEB WÄHREND DES ÜBERGANGS VOM FEUDALISMUS ZUM KAPITALISMUS

(15. bis 17. September 1976 in Rostock)

In den letzten Jahren ist die Diskussion über die Agrarverhältnisse im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus von drei verschiedenen Ausgangspunkten her angeregt und bereichert worden: Erstens hat die beginnende wissenschaftlich-technische Revolution das Interesse für die industrielle Revolution bei der Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise belebt und in diesem Zusammenhang auch die Frage nach dem Wechselverhältnis zwischen Industrialisierung und Agrarreformen im Prozeß der bürgerlichen Revolution neu gestellt. Zweitens sind während der konzeptionellen Vorarbeiten an der Geschichte des deutschen Volkes Lücken in der Erforschung der Sozial- und Klassenstruktur deutlich geworden und gaben Anlaß, sich stärker sowohl theoretischen Problemen sozialer Strukturen als auch Untersuchungen zur Formierung der Klassen und Schichten am Vorabend und im Übergang zum Kapitalismus, darunter auch der sozialen Differenzierung des Dorfes, zuzuwenden. Drittens schließlich hat die internationale sozialistische Kooperation im Bereich der Gesellschaftswissenschaften die problemorientierte vergleichende Geschichtsbetrachtung stärker ins Blickfeld gerückt und auch auf dem Sektor der Agrargeschichte zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Agrarhistorikern sozialistischer Länder geführt.

Die 2. Konferenz der Fachkommission Agrargeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR in Rostock stellte einen gelungenen Beitrag dar, die Forschungen in dieser Richtung weiterzuführen und den Prozeß des Übergangs von feudalen zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen in seiner Komplexität und Determiniertheit sichtbar zu machen. Im Mittelpunkt standen dabei Fragen der Sozial- und Klassenstruktur.

Thematisch lassen sich die Vorträge und die Diskussion drei größeren Problemkreisen zuordnen:

1. die Struktur der Landwirtschaft und Aspekte der Ausbeutung und Produktivkraftentwicklung im Spätfudalismus;
2. die Überwindung der feudalen Produktionsweise - agrarpolitische Konzeption, Erscheinungsformen und Probleme des Verlaufs, Veränderungen der Sozialstruktur auf dem Lande;
3. die Entwicklung von materiellen und geistig-kulturellen Produktions- bzw. Lebensbedingungen im Prozeß der kapitalistischen Umwandlung der Landwirtschaft.

Der erste Problemkreis war durch drei Vorträge vorbereitet. Gerhard Heitz (Rostock) sprach zur "Struktur der deutschen Landwirtschaft am Vorabend der Agrarreformen". Er stellte zwei grundlegende Thesen an den Anfang seiner Untersuchung, und zwar erstens, daß der Charakter der Produktionsverhältnisse am Ende des 18. Jahrhunderts bei einer komplizierten Agrarstruktur einheitlich feudal gewesen sei, durch das "Grundeigentum mit daran geketteter Leibeigen-

schaft<sup>1</sup> gekennzeichnet werde und die Differenzierung der Agrarstruktur nur als spezifische Ausgestaltung dieser Grundlage verstanden werden könne; zweitens, daß es die jeweils vorherrschende Form der Feudalrente bzw. das regionale Verteilungsverhältnis der Rentenform sei, die zu entscheidenden Konsequenzen für die Agrarstruktur führen. Von diesen Thesen ausgehend, anerkennt Heitz die Elbelinie als Scheide zwischen Grund- und Gutsherrschaft in der spätf feudalen Zeit lediglich unter dem Aspekt der Rentenform. Eine Gegenüberstellung von Grund- und Gutsherrschaft unter dem Gesichtspunkt der Betriebsgrößenstruktur, wie sie in der bürgerlichen Agrargeschichtsschreibung vorzufinden sei, kennzeichne dem Wesen nach einen kapitalistischen Agrardualismus, der auf die feudale Geschichtsperiode zurückprojiziert werde. Nach einem eingehenden, die vorliegende Literatur zusammenfassenden Überblick über die regionale Differenziertheit der Grundherrschaft wandte sich Heitz besonders der Gutsherrschaft zu, für die er eine Tendenz vergrößerter Betrachtung konstatierte, sowohl im Hinblick auf die Beachtung grundherrschaftlicher Verhältnisse im ostelbischen Raum als auch in bezug auf die unterschiedliche Ausgestaltung der Gutsherrschaft selbst. Die erheblichen Unterschiede in den gutsherrschaftlichen Verhältnissen Mecklenburgs, des südlichen Brandenburg, der Ober- und Niederlausitz, Ostpreußens und Schlesiens - quantitativ an den Dienstverpflichtungen und an den Hofgrößen, qualitativ an der Ausprägung der Leibeigenschaft zu erkennen - sind bisher kaum untersucht. Das gilt auch für die feudalen Eigenwirtschaften westlich der Elbe, für die Heitz bemerkenswert hält, daß sie bis in die Anlage von Urbaren, Zinsregistern usw. der ostelbischen Gutsherrschaft ähnliche Erscheinungsformen entwickelten. Im weiteren wandte sich Heitz dem Produktionsmittelbesitz der Bauern zu, wobei er dessen zwei Seiten (die quantitative in Gestalt der Betriebsgröße und die qualitative, widergespiegelt im Besitzrecht) herausarbeitete. Bei einer kritischen Durchsicht der bürgerlichen Literatur konnte Heitz feststellen, daß hier neben einer zum Teil vereinfachten, dem Schema Grund- bzw. Gutsherrschaft untergeordneten Betrachtungsweise und neben der Überhöhung des rechtsgeschichtlichen Aspekts oft auch unzulässig historisiert wird, indem unter Nutzung der für die Zeit nach 1871 vorliegenden besseren Statistik auf die feudale Agrarstruktur zurückgeschlossen wird. Heitz hob hervor, daß Besitzgröße und Besitzrecht, in guts- bzw. grundherrschaftliche Verhältnisse eingeordnet, Zusammenhänge zwischen überwiegender Geldrente, Realteilung und Kleinbesitz einerseits sowie zwischen vorherrschender Arbeitsrente, Anerbenrecht, juristischer bzw. faktischer Erblichkeit der Bauernstellen und Erhaltung relativ konstanter bäuerlicher Besitzgrößen andererseits aufdecken. Sie gestatten die Schlußfolgerung, daß die Struktur der Rentenleistung - innerhalb eines Komplexes verschiedener Faktoren - den bestimmenden Einfluß auf die Differenzierung der Bauernschaft ausgeübt hat.

Im anschließenden Beitrag "Bauernwirtschaft und feudale Ausbeutung am Ende des 18. Jahrhunderts" untersuchte Hans - Heinrich Müller (Berlin) den Zusammenhang zwischen der Entwicklung landwirtschaftlicher Produktivkräfte und spätf feudaler Ausbeutung. Müller ging davon aus, daß die Entwicklung der Produktivkräfte in einem Grade und in einer Richtung, die die Vorbereitung der industriellen Revolution in den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts ermöglichte, weder für die Landwirtschaft als Ganzes noch für die Bauernwirtschaft im einzelnen in Frage gestellt werden könne. Dabei lassen sich jedoch regional - abhängig von Ausbeutungsgrad und Rentenform - erhebliche qualitative Unterschiede feststel-

1 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Die deutsche Ideologie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 3, Berlin 1958, S. 25.

len, die Müller anknüpfend an neuere Literatur, nach Intensitätszonen gestaffelt vorführte. Die Impulse für die Entwicklung der bäuerlichen Produktivkräfte (von denen die Gerätetechnik, die Organisation der Feldbestellung, die Kapitalakkumulation und andere gestreift wurden) stammen nach Müller aus der wachsenden Einbeziehung der Bauernwirtschaft in die Warenproduktion, wobei die Nähe des Marktes für die Gestaltung der spätfudalen Agrarverhältnisse zunehmend an Bedeutung gewann.

Im Mittelpunkt des Vortrages von Imre Wellmann (Budapest) zum Thema "Bäuerlicher Besitz und bäuerliche Wirtschaft im spätfudalen Ungarn" stand die Entwicklung der bäuerlichen Landwirtschaft in den bis zum Ende des 17. Jahrhunderts von den Türken besetzten Gebieten. Während sich die Agrarverhältnisse im Königreich Ungarn nicht wesentlich von denen des östlichen Mitteleuropa unterschieden, führte die Türkenherrschaft im Karpatenbecken im Rahmen eines allgemeinen wirtschaftlichen Niedergangs zum Verfall der agrarischen Produktivkräfte und zur Auflösung der feudalen Hufenordnung. Auch nach dem im 18. Jahrhundert von den Bauern ausgehenden Wiederaufbau des Gebietes blieben Besonderheiten der Wirtschaftsweise, der feudalen Abhängigkeitsverhältnisse und der Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen erhalten. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war für das ehemals türkisch besetzte Gebiet Widerspruch zwischen einer geringeren Bevölkerungsdichte und einem hohen Anteil steuerzahlender spannfähiger Bauern typisch. Wellmann schätzte ein, daß hier vor der kapitalistischen Bauernbefreiung der Boden im wesentlichen in der Hand von Hufenbauern gelegen habe, deren wirtschaftliche Entwicklung sich jedoch durch das Fehlen eines lokalen Marktes sehr langsam vollzog.

Die lebhafteste Diskussion zur feudalen Ausgangslage, dem ersten Problemkreis der Tagung, zu dem sich Ernst Engelberg, Rudolf Berthold, Hartmut Harnisch, H.-H. Müller, Ulrich Bentzien (alle Berlin), Roland Zeise (Dresden), Heinz Pannach (Leipzig) und G. Heitz zum Teil mehrfach äußerten, mündete im wesentlichen in zwei Fragen ein:

1. Ist die Rentenform eine geeignete Ausgangsbasis für die Einschätzung der spätfudalen Agrarstruktur? Harnisch meldete hier unter anderem wegen der Verzahnung der Rentenformen Zweifel an und schlug regionale Modelluntersuchungen vor; Engelberg betonte die wechselseitige Bedingtheit von Agrarstruktur und Feudalrente und forderte eine komplexere Betrachtungsweise.
2. Wie sind die Relationen zwischen den Rentenformen am Ende des 18. Jahrhunderts einzuschätzen, und welche aussagekräftigen Quellen stehen für die Analyse zur Verfügung? Wie die Diskussion zeigte, erbrachten regionale Untersuchungen widersprüchliche Ergebnisse, besonders über den Umfang der Arbeitsrente.

Der zweite Problemkreis zeichnete sich durch ein breites Spektrum von Fragestellungen aus. Über die sozialökonomische Differenzierung der Bauernschaft im Verlauf der Durchführung der Agrarreformen sprach R. Berthold, Vorsitzender der Fachkommission Agrargeschichte, im Hauptreferat der Tagung. Zu Detailproblemen dieses Prozesses äußerten sich Heiner Plaul (Berlin) und Manfred Jatzlauk (Rostock). Im Mittelpunkt des Beitrages von Bogdan Wachowiak (Poznań) stand die Entwicklung der Produktivkräfte, Georg Moll (Rostock) sprach über historische Voraussetzungen und Probleme der Agrarreformen, und H. Harnisch wandte sich der agrarpolitischen und volkswirtschaftlichen Konzeption einer kapitalistischen Agrarreform bei Christian Friedrich Scharnweber zu.

Rudolf Berthold, der die Analyse der Sozialstruktur des Dorfes als Ausgangspunkt und Grundlage für alle weiteren Untersuchungen und Einschätzungen agrargeschichtlicher Prozesse betrachtet, versuchte, sie in ein Feld von Beziehungslinien zwischen Agrarreformen und industrieller Revolution einzuordnen und bot erste Ergebnisse einer vergleichenden Quellenanalyse für die drei preußischen Provinzen Brandenburg, Pommern und Sachsen im Zeitraum von 1816 bis 1867 an. Quellen und Methoden und die daraus abgeleiteten Thesen korrigierten das Axiom von der Liquidierung der Kleinstellen und der Dezimierung der Bauerngüter im Verlauf der Regulierung im regionalen Bereich. Berthold konnte feststellen, daß der Rückgang an Bauernstellen in den untersuchten Territorien insgesamt gering war, in den einzelnen Provinzen jedoch stark differierte. Während sich die Gesamtzahl der Bauern in der Provinz Sachsen bei ausgeprägtem Besitzwechsel und in Brandenburg bei einer Verringerung der Durchschnittsgrößen der Betriebe kaum veränderte, nahm sie in Pommern bei gleichzeitigem erheblichen Landverlust mit 10 Prozent relativ stark ab. In allen drei Provinzen wurden im Untersuchungszeitraum die Kleinstellen zur zahlenmäßig größten Gruppe der Bauern. Die Ursachen dafür sah Berthold - mit unterschiedlichem Gewicht in den untersuchten Territorien und in den einzelnen Zeitabschnitten - vornehmlich im Bevölkerungszuwachs, im steigenden Arbeitskräftebedarf der Güter und in dem durch Landverlust hervorgerufenen sozialen Abstieg von Bauern. Als grundlegende quantitative Veränderung im Gesamtgefüge der Sozialstruktur erkannte er die Verschiebung der Relationen zwischen Rittergütern, Bauernhöfen und Kleinstellen, wobei sich seiner Auffassung nach die Unterschiedlichkeit der Struktur zwischen den Territorien im Übergang zum Kapitalismus nivellierte.

Der Vortrag wurde ergänzt durch Manfred Jatzlauk, der die von Berthold getroffene Feststellung im einzelnen belegte, wonach der Umfang des bäuerlichen Landverlustes in Abhängigkeit sowohl von der wirtschaftlichen Gesamtstruktur der drei Provinzen als auch von der jeweiligen Qualität der bäuerlichen Besitzrechte in den einzelnen Phasen der Ablösung in den genannten Provinzen erheblich voneinander abweichen konnte.

Ebenfalls in Ergänzung zu Berthold, der die Landarbeiter aus seiner Darstellung ausgeklammert hatte, wandte sich Heiner Paul der wichtigen theoretischen Frage nach den sozialökonomischen Grundlagen und Kriterien für eine Klassifikation der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter im Übergang zum Kapitalismus zu. Er setzte sich mit der zeitgenössischen bürgerlichen (im wesentlichen von Max Weber beeinflussten) Terminologie für die Kategorien von Landarbeitern auseinander und gelangte anhand von Untersuchungen über die Landarbeiterschaft in der Magdeburger Börde gegen Ende des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu dem Ergebnis, daß die von Jan Peters für den Spätfudalismus herausgearbeiteten Kriterien für eine soziale Differenzierung der Landarmut (im Sinne feudaler landwirtschaftlicher Lohnarbeiter) mit der Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse an Bedeutung verlieren und andere Merkmale, von denen er den Grad der betrieblichen Integration und den Hausbesitz als die entscheidenden hervorhob, an Gewicht gewinnen. Paul charakterisierte vier Gruppen von Landarbeitern in der Skala vom betriebsintegrierten Lohnarbeiter ohne Land und Haus bis zum freien Lohnarbeiter mit landwirtschaftlichem Betrieb. Unter entwickelten kapitalistischen Produktionsverhältnissen möchte er solchen Kriterien wie der Beschäftigungsstruktur, den Lohngruppen, der Dauer des Arbeitsverhältnisses und anderen einen größeren Rang zumessen. Seine Überlegungen zur Dynamik der Klassifikationsmerkmale für die innere Struktur der Landarbeiter sind auch für die Differenzierung anderer Klassen und Schichten beachtenswert.

Eine aufschlußreiche Quelle stellte Bogdan Wachowiak mit den Reiseberichten des Regierungsrates Haese (der als Agrartheoretiker und -praktiker an der Einführung der preußischen Agrarreformen beteiligt war und den Stand der Regulierungsarbeiten inspizierte) aus dem Jahre 1837 vor. Aus den umfangreichen - Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftsweise, Rechtsnormen, Lebensweise und Bräuche, Steuer- und Finanzangelegenheiten usw. umfassenden - Inspektionsberichten wählte Wachowiak die Einschätzungen zur landwirtschaftlichen Produktionsentwicklung in vier Kreisen Hinterpommerns für eine kritische Quellenbetrachtung und zusammenfassende Darstellung aus. Bereits in der ersten Phase der Ablösung war ein Fortschritt in der landwirtschaftlichen Produktionsweise in Ansätzen für den Übergang zur Fruchtwechselwirtschaft, im Anbau von Hackfrüchten, in der Vergrößerung der Wiesen, im Übergang zur Stallfütterung und anderes mehr zu erkennen, verbunden mit einer Steigerung der Produktion und der Produktivität in Gutsbetrieben wie in Bauernwirtschaften, wobei der Fortschritt in den Gutsbetrieben deutlicher hervortrat. Als Hemmnisse der Entwicklung waren in den Berichten insbesondere die weiterhin geforderten Dienste, die Belastung durch die Ablösungssummen, der schlechte Stand der bäuerlichen Wirtschaftsgebäude und bei den Gutswirtschaften vor allem ihre Größe und die aus dem 18. Jahrhundert stammenden Schulden genannt.

Hartmut Harnisch hielt einen Vortrag über den Anteil Christian Friedrich Scharnwebers an der Ausbildung der agrarpolitischen Konzeption bis zum Jahre 1816. Er untersuchte die theoretischen Positionen Scharnwebers anhand dessen Denkschrift zu den Agrarreformen und schätzte ihre Wirkung auf das gesamte Reformwerk ein. Als besonders bemerkenswert hob Harnisch hervor, daß Scharnweber, dessen Grundauffassungen bei einer ausgeprägt bauernfreundlichen Tendenz durchaus im Rahmen der Agrarreformen blieben, die Umwälzung auf dem Lande als Voraussetzung für eine allgemeine Entwicklung der Produktivkräfte in Stadt und Land begriff und damit über Stein und Hardenberg wesentlich hinausging.

In der Reihe der Beiträge nahmen die Ausführungen von Georg Moll insofern einen besonderen Platz ein, als hier versucht wurde, in einem Überblick über Tendenzen der bürgerlichen deutschen Historiographie sowie über strittige bzw. offene Fragen in der marxistischen Agrargeschichtsschreibung eine Bilanz des gegenwärtigen Forschungsstandes über die Agrarreformen zu ziehen. In bezug auf die bürgerliche Literatur in der BRD meint Moll, nach einer Periode junkerlich-apologetischer Darstellungsweise (als deren Hauptvertreter er neben Ipsen vor allem Borcke-Stargordt und Görlitz nannte) einen neuen Trend der sachlichen, an die Traditionen der älteren deutschen Agrargeschichtsschreibung wieder anknüpfenden und Teilergebnisse der marxistischen Forschung anerkennenden Geschichtsbetrachtung feststellen zu können, wobei unter den Vertretern dieser Richtung insbesondere Henning hervorgehoben wurde. Dabei habe die Auseinandersetzung nicht an Relevanz verloren, sondern begonnen, neue Form anzunehmen und zu den Grundfragen vorzustoßen. Aus dem Komplex offener Fragen seien hier nur einige wesentliche herausgestellt: Als nach wie vor ungeklärt sieht Moll die mit der Ablösung zusammenhängenden Probleme an, und zwar sowohl im Hinblick auf den Grad der Belastung der Bauern vor und nach der Ablösung, als auch in bezug auf die Verwendung der Gelder und den Einfluß der Ablösung auf die kapitalistische Entwicklung. Unterschiedliche Meinungen gibt es über die Periodisierung, insbesondere über das Ende des Weges der Reformen. Unzureichend bzw. gar nicht untersucht sind solche Fragen, wie die Rolle des Staates in der ersten Etappe der bürgerlichen Revolution, der Weg der kapitalistischen Umwandlung in den linksrheinischen Gebieten und der Einfluß des revolutionären Frankreich, der politische Aspekt der Bauernbefreiung in den süddeutschen Ge-

bieten, schließlich auch das Verhältnis von Agrarreformen und Revolution von oben und damit im Zusammenhang der historische Stellenwert der Bauernschaft in der Übergangsperiode.

Die Diskussion wurde teilweise in Ergänzung zu den Vorträgen (R. Zeise über die Ablösungsgesetzgebung in Sachsen, Udo Dräger, Merseburg, über die Funktion der Patrimonialgerichtsbarkeit im Kampf um die Durchsetzung des Oktoberedikts), überwiegend jedoch als Reaktion auf vorgetragene Thesen und Probleme geführt. An ihr beteiligten sich E. Engelberg, Peter Gunst (Budapest), R. Berthold und H.-H. Müller. Sie sprachen zu einigen der von Berthold und Moll aufgeworfenen Fragen (Dezimierung des Bauernstandes und Landverlust, Verwendung der Ablösungsgelder, Tendenzen bürgerlicher Agrargeschichtsschreibung), hauptsächlich aber zu dem - von Engelberg in der Aussprache aufgegriffenen - Problem der Komplexität von bürgerlicher Revolution und Agrarreformen, ihrer Dialektik und ihres über den nationalen Rahmen hinausreichenden europäischen Zusammenhanges.

Zum dritten Problemkreis der Tagung sprach Volker Klemm (Berlin) über "A. D. Thaer und die Agrarwissenschaften in Deutschland". Die Bedeutung Thaers sieht Klemm in dessen Verdiensten um die Organisierung der Wissenschaftsdisziplin, die wissenschaftliche Begründung und Systematisierung vorhandener Kenntnisse und die Erprobung sowie um die praktische Anwendung dieses Wissens. Thaers Wirksamkeit war damit von großer Bedeutung für die Entwicklung der kapitalistischen Landwirtschaft.

Ulrich Bentzien beschäftigte sich in seinem Beitrag zum agrartechnischen Standard um 1800 zunächst mit den Bodennutzungssystemen, von denen er meint, daß sie vielfältiger gewesen seien, als die auf die Dreifelderwirtschaft eingeschworene Literatur erkennen läßt. Er befaßte sich sodann ausführlich mit den Bodeninstrumenten, deren Entwicklung er im wesentlichen als Stabilisierung sieht und nur zum Teil als technische Neuerungen werten möchte, die über den Standard hinausreichen. Ungeachtet der territorialen Unterschiede im Niveau der Produktivkräfte blieben die agrartechnischen Fortschritte vor den Agrarreformen begrenzt.

Die Auswirkungen der Agrarreformen auf das ländliche Bauen untersuchte Karl Baumgarten (Rostock) am Beispiel Mecklenburgs. Baumgarten demonstrierte die Veränderungen, die mit dem Übergang vom Mecklenburger Hallenhaus zum Bauerngehöft, ähnlich dem mitteldeutschen Typ, verbunden waren und machte Zusammenhänge zwischen den Neuerungen in der bäuerlichen Wirtschaftsführung und dem Hausbau deutlich.

Die lebhafte, von G. Heitz, Wolfgang Jacobeit (Berlin), U. Bentzien und K. Baumgarten geführte Aussprache befaßte sich vornehmlich mit der Frage der Verbreitung der Dreifelderwirtschaft sowie mit den Faktoren für die Wandlung in der bäuerlichen Bauweise.

In der Einschätzung des wissenschaftlichen Ertrages der Konferenz betonte Ernst Engelberg das fundierte und zugleich differenzierte und umsichtige Herangehen an die Problematik sowie das Aufgreifen neuer relevanter Fragen. Ein großer Teil der Referate stützte sich, wie Berthold im Schlußwort feststellen konnte, auf neue Forschungsergebnisse. Die Diskussion bot reichlich Anregungen für die weitere wissenschaftliche Arbeit. Die Veröffentlichung der Beiträge in einem Protokollband wurde von Berthold in Aussicht gestellt.

Sigrid Dillwitz †

## DIE HERAUSBILDUNG DES FEUDALISMUS IN BYZANZ

(15. bis 18. Dezember 1976 in Schwerin)

Die 3. Konferenz der Fachkommission Byzantinistik der Historiker-Gesellschaft der DDR stand unter dem Thema "Die Herausbildung des Feudalismus in Byzanz (bis zum 10. Jahrhundert) in komparatistischer Betrachtung".

Der erste Teil der Konferenz war dem Leben und Wirken des Althistorikers, Byzantinisten, Rechtshistorikers, Finanzmannes und Diplomaten Barthold Georg Niebuhr (1776 bis 1831), Sohn von Carsten Niebuhr, dem berühmten Forschungsreisenden (1733 bis 1815), gewidmet. Im Konferenzjahr jährte sich zum 200. Mal der Geburtstag von Barthold Georg Niebuhr.

H. Warnecke (Berlin) sprach in seinem einführenden Vortrag über "Barthold Georg Niebuhr - Leben und Bedeutung". Anhand des biographischen Faktenmaterials stellte er heraus, daß Niebuhr weder typischer Vertreter des Finanzbürgertums seiner Zeit noch überzeugter Verfechter des preußischen Feudalabsolutismus, sondern Repräsentant der Intelligenzschicht seiner Epoche mit ihrer schwankenden Haltung zwischen Fortschritt und Reaktion war. Einerseits gegen Ausbeutung und Leibeigenschaft der Bauern eingestellt, stand er andererseits im dänischen und preußischen Finanzdienst und war preußischer Diplomat beim Vatikan mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen, dem Zwang, den preußischen Feudalabsolutismus zu unterstützen.

H. Berthold (Halle) referierte über "B. G. Niebuhr und J. W. v. Goethe über Altrom". Er untersuchte das geistige und persönliche Verhältnis beider, das sich in ihrem Briefwechsel von 1811 bis 1831 niederschlug. Niebuhr und Goethe trafen sich geistig bei der Methode kritischer Quellenbetrachtung, jedoch blieb Goethes Verhältnis zu Niebuhr immer zwiespältig. Einerseits war er von Niebuhrs Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte des Alten Roms sehr angetan, lehnte aber dessen Deutung altrömischer Quellen als bloße Sagen und Legenden ab.

L. Huchthausen (Rostock) erläuterte in ihrem Beitrag "B. G. Niebuhr und das römische Recht" seine Bedeutung für die vergleichende Rechtsgeschichte Altroms, zum Beispiel beim Auffinden und Edieren vorjustinianischer Quellen.

Auf Niebuhrs Bedeutung für die Byzantinistik wies J. Irmscher (Berlin) in seinem Vortrag "B. G. Niebuhr als Byzantinist" hin. Niebuhr war Begründer des sogenannten "Bonner Corpus", des Corpus Inscriptionum historiae Byzantinae, von dem beim Tode Niebuhrs 1831 zehn Bände vorlagen. Der Corpus gab der Erforschung byzantinischer Geschichte und Kultur wesentliche Impulse.

H. Herz' (Jena) Vortrag "B. G. Niebuhr im preußischen Staatsdienst" rundete das Bild vom Leben und Wirken Niebuhrs ab. In diesem Beitrag wurde besonders deutlich, wie Niebuhr bereits als preußischer Gesandter beim Vatikan starke Anklänge restaurativer Gesinnung offenbarte. Seine Stellung zur französischen Revolution war von konservativen Anschauungen geprägt. In seiner erst nach dem Tode von seinem Sohn Markus herausgegebenen Schrift "Über die Verfassung der Niederlande" zeigt sich, daß Niebuhr mit dieser Verfassungsvorlage hinter der damals fortschrittlichen englischen Verfassung zurückblieb.



Durch alle Beiträge zog sich die Würdigung von Niebuhrs textkritischer Methode bei der Darstellung altrömischer Geschichte, außerdem sein bahnbrechendes Beispiel bei der Erforschung römischer Wirtschaftsverhältnisse, mit der er der alleinigen Darstellung politischer Geschichte ein Ende machte. Die Untersuchung römischer und deutscher Markverhältnisse, der Lage der römischen Plebejer, der Landwirtschaft der Römer insgesamt, reflektieren seine Ablehnung der feudalen bäuerlichen Leibeigenschaft. Niebuhrs Vorlesungen über die Geschichte des Alten Roms an der neugegründeten Berliner Universität stellten ein Beispiel bürgerlich-demokratischer Geschichtsauffassung dar.

Der nächste große Komplex von Vorträgen war der Herausbildung feudaler Verhältnisse in Byzanz im Vergleich zu Westeuropa, Rußland und Indien gewidmet. Das Hauptreferat hielt H. Mohr (Potsdam) mit dem Thema "Die Herausbildung des Feudalismus in Byzanz in komparatistischer Sicht". In einer theoretisch gehaltenen Einleitung machte Mohr interessante Ausführungen über die Möglichkeiten und Ansatzpunkte komparatistischer marxistischer Geschichtsbetrachtung und ihre qualitativen Unterschiede zum bürgerlichen Strukturalismus mit seinem Vergleich ungleichartiger, aus dem gesellschaftlichen Gesamtprozeß herausgelöster Elemente. Mohr schlug eine Reihe von Kriterien vor, die aus historisch-materialistischer Sicht für die Vergleichbarkeit zu vergleichender Elemente und Prozesse unerläßlich sind. Er schlug vor, den Begriff "soziale Revolution" auf die Übergangsphase von der ersten Klassengesellschaft zum Feudalismus anzuwenden. Diese soziale Revolution sei dadurch charakterisiert, daß sie eigentlich aus vielen kleinen politischen Revolutionen im gesamten Revolutionszyklus bestanden habe. Mohr griff auch die These von der "Revolution von unten" und der "Revolution von oben" (von "unten" erzwungen) auf. Er wies darauf hin, daß die letztere Form die für die Volksmassen ungünstigste beim Übergang zur neuen Gesellschaftsordnung sei. Am Beispiel der von ihm genannten Vergleichskriterien unternahm Mohr den Versuch, die byzantinische Feudalentwicklung historisch einzuordnen. Dabei gelangte er zu dem Schluß, in Byzanz sei weder der westeuropäische noch der orientalische Weg zum Feudalismus beschritten worden, sondern der byzantinische Feudalismus vereinige Elemente beider Varianten der feudalen Gesellschaftsformation. Eine Reihe besonderer Merkmale in der byzantinischen Entwicklung, die größere Kontinuität von der Antike zum Feudalismus (zum Beispiel in der Stadtentwicklung, Warenproduktion, in Handwerk, Handel und anderen), vor allem aber die große Funktionsfähigkeit des alten Staatsapparates, der, aus der Sklavereigesellschaft überkommen, sich nur langsam umbildete, einerseits, die Entwicklung einer freien Bauernschaft und ihre Überführung in feudale Abhängigkeit von Staat, Kirche und weltlichem Feudaladel andererseits, hätten die Eigenarten des byzantinischen Feudalismus bewirkt. Sie hätten ihn in eine Mittlerrolle zwischen Orient und Okzident versetzt.

Die anschließenden Diskussionsredner versuchten aus vergleichender Sicht, Hauptprobleme des Feudalismus anhand verschiedener Gebiete Europas und Asiens darzustellen.

S. Striegnitz (Berlin) referierte über das Thema "Zur Herausbildung des Feudalismus in der Kiever Ruß". Ihr Vortrag war eine Zusammenfassung des sowjetischen Forschungsstandes zur Geschichte der Kiever Ruß. Besonderes Anliegen ihres Beitrages war die Aufnahme dieser historischen Periode und ihrer methodischen Darstellung in den Ausbildungsplan der Geschichtsdiplomanden.

Speziellen Problemen des westeuropäischen Feudalismus, vor allem im Frankenreich, ging B. Töpfer (Berlin) nach ("Die Herausbildung des Feudalismus in Mittel- und Westeuropa"). Töpfer untersuchte zwei grundlegende Elemente

der Feudalentwicklung, die Form der Ausbeutung bäuerlicher Produzenten und die Form der Aneignung des Mehrprodukts durch die herrschende Klasse. Dominiert im fränkischen Feudalismus war die Ausbeutungsbäuerlicher Bevölkerung im Rahmen privater Grundherrschaften, besonders durch die Arbeitsrente. Die staatliche Gewalt verfügte über keinerlei Ressourcen, die über den Rahmen der Grundherrschaften hinausgegangen wären, und darin sieht Töpfer den grundlegenden Unterschied zur byzantinischen Feudalentwicklung und der des Orients. Der fränkische Feudalismus besaß keine breite Basis für eine Staatsentwicklung, die die Herausbildung feudalen Privateigentums hätte bremsen können. Die private Grundherrschaft konnte zur Hauptform der feudalen Ausbeutung werden: 1. durch weitgehenden Rückgang der Ware-Geld-Beziehungen, 2. durch Rückgang der Stadtentwicklung, 3. durch einen sehr wenig entwickelten Staatsapparat, 4. durch die Existenz freier Franken als staatstragender Schicht und 5. durch weitgehenden Kontinuitätsbruch zwischen antiker Sklavereigesellschaft und feudaler fränkischer Gesellschaft. Folge dieser Entwicklungen waren eine staatliche feudale Zersplitterung, Entstehung des Lehnsstaates und sehr schnelles Anwachsen des privaten Großgrundbesitzes als Basis für die feudale herrschende Klasse. Im ideologischen Bereich spielten dabei die sehr frühe Entwicklung des Privateigentumsbegriffes beim Hauptproduktionsmittel, dem Boden - erleichtert durch das Eindringen römisch-rechtlicher Vorstellungen und unterstützt durch die christliche Ideologie -, eine große Rolle. Zusammenfassend stellte Töpfer fest, daß sich der westeuropäische Feudalismus aus spätantiken und germanischen Ansätzen heraus entwickelte. Anfänge dieser Entwicklung bestanden bereits im 4. Jahrhundert u. Z., aber insgesamt kam es im 5. Jahrhundert zu einem echten Neuanfang feudaler Entwicklung in Westeuropa.

M. Njammach (Berlin) sprach zu dem Thema "Einige Bemerkungen zu den besonderen Entwicklungsbedingungen des indischen Feudalismus in der frühen Periode, 5. bis 12. Jahrhundert u. Z.". Hauptgegenstand ihrer Darstellung war die Grundrente, ihre Genesis, Entwicklung und Perspektive in der indischen Feudalgesellschaft. Sie stellte heraus, daß es beim Übergang zum Feudalismus in Indien eine relativ große Kontinuität der Entwicklung gab. Der indische Feudalismus begann nicht auf jener niederen Stufe der Entwicklung wie der westeuropäische, und infolgedessen spielte die Arbeitsrente eine geringere Rolle. Hauptform der Grundrente im indischen Frühfeudalismus war die Produktenrente, die die enge Verbindung der Klasse der feudalen Großgrundbesitzer mit der Produktionssphäre verhinderte und eine schwache Individualisierung der Ausbeutungsverhältnisse bewirkte. Nicht das feudale private Grundeigentum, sondern das staatliche feudale Grundeigentum setzte sich letztendlich durch, verdrängte weitgehend das feudale Privateigentum, führte zur Stagnation der Produktivkräfte und unterband die Verwandlung der Produktenrente in Geldrente. Wie in Byzanz war die Funktionsfähigkeit des altorientalischen Staatsapparates ein wesentliches Moment für die Entwicklungsrichtung des indischen Feudalismus.

Der letzte Komplex der Beiträge war speziellen Problemen byzantinischer Feudalentwicklung gewidmet, vor allem Elementen des Überbaus, dem Staat, der Ideologie, Kunst und Kultur. Ein Beitrag brachte interessante Gesichtspunkte zur Herausbildung feudaler Produktionsverhältnisse in Byzanz. H. Köpstein (Berlin) sprach zur "Veränderung der Agrarverhältnisse bei der Herausbildung des Feudalismus". Sie illustrierte anhand der Gesetzgebung des 6. bis 10. Jahrhunderts u. Z. den Übergang von der Spätantike zum Feudalismus. Am Beispiel des konkreten historischen Materials bestätigte sie in den hauptsächlichlichen Entwicklungslinien die von Mohr dargelegte theoretische Position. Den von Mohr angeführten inneren Kriterien der Krise der alten Ordnung zählte sie äußere hinzu,

wie die Einwanderung der Slawen und die Abwehrkämpfe gegen die Araber. Die relativ große Kontinuität des Übergangs bewirkte, daß die Ausbeutung der unmittelbaren Produzenten nicht vorwiegend in feudalen privaten Grundherrschaften verwirklicht wurde, sondern zum Beispiel auf kirchlichem und klösterlichem Großgrundbesitz. Hier herrschte auch noch bis ins 8. Jahrhundert u. Z. die Ausbeutung von Sklaven und Kolonen vor. Der Ausweitung der Grundherrschaften und ihrer feudalen Herrschaft über ehemals freie Bauern wurde in vielen Gesetzen durch den Staat Einhalt geboten, besonders seit der Mitte des 10. Jahrhunderts.

F. Winkelmann (Berlin) wies in seinem Vortrag "Zur Rolle von Staat und Ideologie bei der Herausbildung des Feudalismus" nach, wie der alte Staatsapparat seit dem 7. Jahrhundert allmählich feudalisiert wurde. Entstehung der Kaiserideologie und verschiedene Häresien kennzeichneten die Etappen des Feudalisierungsprozesses.

Die Beiträge von M. Salamon (Wrocław) und H. Ditten (Berlin) gaben spezielle Einblicke in Probleme personeller Kontinuität und Diskontinuität in der herrschenden Klasse beim Übergang zum Feudalismus in Byzanz und zur Staatsbildung bei den Kroaten und Serben im 7. Jahrhundert u. Z.

W. Beltz (Halle) stellte am Beispiel von Augustins *De civitate dei* die ideologische Rechtfertigung der entstehenden feudalen Herrschaftsstrukturen heraus.

I. Rochow (Berlin), J. Dummer (Berlin), W. Ehlich (Halle) und H. J. Thümmel (Greifswald) beschäftigten sich mit speziellen Forschungsergebnissen zur byzantinischen Kunst-, Religions- und Sozialgeschichte der Feudalepoche.

W. Waade (Potsdam) sprach über die methodische Darstellung des byzantinischen Feudalismus im Geschichtsunterricht der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen. Er wies darauf hin, daß im Rahmen der sozialistischen Integration im Schulunterricht die mittelalterliche Geschichte der sozialistischen Bruderländer verstärkt behandelt werden muß.

In seinem Schlußwort faßte K. - P. Matschke (Leipzig) die wissenschaftlichen Ergebnisse der Vorträge und freien Diskussionen zusammen. Er hob besonders die Nützlichkeit und Notwendigkeit komparatistischer Geschichtsbetrachtung hervor, insbesondere unter Einbeziehung der orientalischen Feudalentwicklung. Angebracht sei allerdings, vor zu schematischen Übertragungen westeuropäischer Feudalismuskriterien auf den Orient zu warnen. Letzterer müsse viel differenzierter betrachtet werden. Zum Beispiel sei kaum noch zu leugnen, daß auch im östlichen Feudalismus private Ausbeutungsformen existiert haben. Matschke schlug vor, das theoretische Niveau solcher Konferenzen durch Konzentration auf ein bestimmtes Forschungsthema zu erhöhen. Alle Beiträge sollten dann der komplexen Erörterung dieses Themas untergeordnet sein. Wesentliche Aspekte byzantinischer Feudalentwicklung seien bei dieser Konferenz am Rande geblieben, zum Beispiel die Stadtentwicklung beim Übergang zum Feudalismus, Ware-Geld-Beziehungen und die Entwicklung von Handel und Handwerk.

Wolfram Brandes / Marlene Njammasch

# *Bibliographie*

HOCHSCHULSCHRIFTEN ZUR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

von Renate Günther

Dorle Adam

ZUR ENTWICKLUNG DER AGRARWISSENSCHAFT AN DER "LANDWIRTSCHAFTLICHEN AKADEMIE" IN THARANDT (1830 - 1870)

Dissertation A (23. 6. 1976)

Technische Universität Dresden

1. Das sozialökonomische Profil der Landwirtschaftlichen Akademie: Gründung der Akademie, Aufgabenstellung in Lehre und Erziehung, Die Studierenden, Der Lehrkörper
2. Das wissenschaftliche Profil der "Landwirtschaftlichen Akademie": Zu den wissenschaftlichen Leistungen bei der Entwicklung der Agrikulturchemie. Die Landwirtschaftliche Akademie und das Versuchswesen in Deutschland. Der wissenschaftliche Nachwuchs. Lehre und Forschung in Botanik und Zoologie. Zur Stellung der Landtechnik in Lehre und Forschung

Ulrich Dirksen

DIE MITWIRKUNG DER LDPD AN DER SOZIALÖKONOMISCHEN UMWÄLZUNG IN OSTDEUTSCHLAND (1945 - 1949)

Dissertation A (30. 4. 1976)

Akademie der Wissenschaften der DDR

1. Formierung unterschiedlicher politischer und sozialer Kräfte in der Gründungsphase der LDPD: Bündnispolitische Aspekte. Sozialökonomische programmatische Forderungen und Sozialstruktur. Junkerland in Bauernhand. Beginn der Auseinandersetzung mit dem Monopolkapital - Prüfstein antifaschistisch-demokratischer Haltung
2. Das Ringen um die Entmachtung des Monopolkapitals und die Entstehung des Volkseigentums: Eine neue Phase im Kampf gegen die Verantwortlichen für Faschismus und Krieg. Der sächsische Volksentscheid. Leitlinien des antifaschistisch-demokratischen Blocks und die Niederlage der Rechtskräfte. Der 1. Parteitag der LDPD. Auseinandersetzungen um die Enteignungsverordnungen in anderen Ländern und Provinzen
3. Weiterführung der sozialökonomischen Umwälzung: Die ersten Nachkriegswahlen. Die "Sozialisierungsdebatten" im Winter 1946/47. Die Verfassungsdiskussion. Das Ringen um Entscheidungen der Sequesterkommission. Die weitere Nationalisierung auf gesetzlicher Grundlage. Der 2. Parteitag - Attacken gegen den antiimperialistischen Kurs der LDPD. Neue Anschläge der Rechtskräfte. Der Marshallplan, das Scheitern der gesamtdeutschen demokratischen Par-

tei und der Abschluß der Schwennicke-Gruppierung. Auseinandersetzungen um den Abschluß der Sequestrierungen

4. Beginnende langfristige Wirtschaftsplanung und die vorrangige Entwicklung der volkseigenen Wirtschaft. Wirtschaftliche Planung kontra "freie Wirtschaft". Das Ringen um den Zwei-Jahr-Plan, Programmdiskussion, Die Zustimmung zum Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates, Bekenntnis zum sozialen Fortschritt - der 3. Parteitag und das Eisenacher Programm, Konstruktive Mitarbeit am weiteren Wirtschaftsaufbau, Liberaldemokraten und die Gründung der DDR

Rose Dorn

EINIGE IDEOLOGISCHE UND PHILOSOPHISCHE PROBLEME DES WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHEN FORTSCHRITTS IN DER AUSEINANDERSETZUNG ZWISCHEN SOZIALISMUS UND KAPITALISMUS

Dissertation A (30. 1. 1975)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Einige Aspekte der ideologischen Reflexion des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im bürgerlichen Denken
2. Henry Ford's Produktionsprinzipien und deren Widerspiegelung in Aldous Huxley's Buch "Brave new World". Aldous Huxley's Buch, Die Ford-Automobil-Gesellschaft, Ihre Produktionsweise, Henry Ford, ein Vertreter des Kapitalismus der freien Konkurrenz, ideologisch reflektiert bei Aldous Huxley. Die Autorität der großen Industrie bei Henry Ford und Aldous Huxley, Aldous Huxley's Unfähigkeit, den progressiven Charakter industrieller Entwicklung in seinem Buch sichtbar werden zu lassen
3. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt und die wissenschaftlich-technische Revolution als entscheidendes Moment gesellschaftlicher Entwicklung sozialistischer und kapitalistischer Industriestaaten, und ihre Bedeutung für die gegenwärtig stattfindenden ideologischen Auseinandersetzungen beider Systeme
4. Die Studie des "Club of Rome" zur Lage der Menschheit "Die Grenzen des Wachstums" und ihre ideologischen Implikationen: Der "Club of Rome". Das Simulationsmodell von Forrester, Sorge um die Zukunft der Menschheit, Die Umweltverschmutzung, Das exponentielle Bevölkerungswachstum
5. Der Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der industriellen Gesellschaft: Der Versuch einer theoretischen Rechtfertigung des staatsmonopolistischen Kapitalismus als allein möglicher Gesellschaftsordnung der Gegenwart und Zukunft, Dr. Vogels revisionistische Vorstellungen von einer "gesteuerten" Industriegesellschaft, Dr. Thiemanns anti-marxistische Position zum industriellen Wachstum, dem gesellschaftlichen Konsum und der Freiheit des Individuums

Hans Eckart

ZUM ANTEIL DES FDGB IM LAND SACHSEN AN DER HERAUSBILDUNG  
DES NEUEN INHALTS DER ARBEITERBEWEGUNG IN DEN JAHREN 1945  
BIS 1949

Dissertation A (26. 9. 1975)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Die Herausbildung des FDGB in Sachsen und seine aktive Rolle bei der Schaffung der wichtigsten Grundlagen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in den Jahren 1945 bis 1947
2. Der Anteil des FDGB in Sachsen an der allseitigen Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und die weitere Herausbildung der gewerkschaftlichen Aufgaben im Jahre 1948: Die gewerkschaftlichen Aufgaben und ihre Erfüllung durch die Führung der SED beim Übergang zur zentralen Wirtschaftsplanung. Der SMAD-Befehl 234 und die Entwicklung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung in Sachsen im Jahre 1948. Der weitere Ausbau der betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen und die gewerkschaftliche Mitwirkung an der Vorbereitung des Halbjahrplanes 1948. Der gewerkschaftliche Kampf um die Erfüllung des Halbjahrplanes 1948 und die aus der Hennecke-Aktivistenbewegung erwachsenden höheren Anforderungen an die gewerkschaftliche Arbeit in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben Sachsens
3. Die politische Einflußnahme des FDGB in Sachsen auf die Gründung der DDR. Die Entwicklung des FDGB als Schule der Demokratie und des Sozialismus in den Jahren 1949 bis 1950: Die politische Wirksamkeit der Gewerkschaften in Sachsen bei den entscheidenden Aktionen des Jahres 1949 zur Herausbildung der DDR - ihr Beitrag zur Durchsetzung der führenden Rolle der Arbeiterklasse. Der Kampf der Gewerkschaften in Sachsen auf der Basis der ersten umfassenden Gesetzgebung der DDR und ihre Aktivität bei der weiteren Entfaltung der Aktivistinnen- und Wettbewerbsbewegung zur vorfristigen Erfüllung des Zweijahrplanes. Die erfolgreiche Bilanz des 3. FDGB-Kongresses und die gewerkschaftliche Aufgabenstellung in Vorbereitung des ersten Fünfjahrplans

Christel Ertel

FORMEN DER INTEGRIERUNG VON KAPITALISTISCHEN SEESCHIFFFAHRTS-  
UNTERNEHMEN IN INDUSTRIE- UND ROHSTOFFMONOPOLE

Dissertation A (18. 12. 1974)

Universität Rostock

1. Allgemeine Ursachen für die Integrierung des Transportwesens, insbesondere des kapitalistischen Seeverkehrs, in Industrie- und Rohstoffmonopole
2. Werkreedereien: Wesen, Herausbildung erster Formen in der Binnenschiffahrt, Ursachen für die Gründung (Zyklizität der Wirtschaft und einzelner Industriezweige, geschlossene Transportketten u. a.). Werkreedereien in der Tankschiffahrt und anderen Spezialbereichen, Formen der Werkreedereien, Verhältnis zu unabhängigen Reedereien, Zusammensetzung und Umfang einiger ausgewählter Werkreedereien (Mineralölkonzerne: Royal-Dutch-Shell, BP, Exxon-Corporation; Hütten- und Stahlkonzerne: Seereederei "Frigga" AG Hamburg, Unterweser Reederei GmbH Bremen, Friedrich Krupp GmbH Reederei und Brennstoffhandel Essen, Grängesberg-Konzern; andere Industriekonzerne: Gelsenberg AG, VEBA-Konzern, Volkswagen-Konzern)

3. Reedereien im Eigentum von Industrie- und anderen Konzernen, die nicht den Charakter von Werkreedereien tragen. Motive und Ziele der Integrierung von kapitalistischen Schiffahrtsunternehmen in Industrie- und andere Monopole; Diversifikationspolitik; staatsmonopolistische Förderungsmaßnahmen zugunsten der Seeschifffahrt. Kapitalmäßige Beteiligung von Industrie-, Handels- und Bankkonzernen an Reedereiunternehmen: Hamburg-Südgruppe (Oetker-Konzern); Cunard Steamship Company; Reederei des amerikanischen Konzerns "Reynolds Industries". Unterschied zu Werkreedereien

4. Ergebnisse der Integrierung von kapitalistischen Seeschifffahrtsunternehmen in Industrie- und Rohstoffmonopole

Manfred Gebert

## VERÄNDERUNGEN DER AUSSENWIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN NORWEGENS UNTER DEM EINFLUSS DER WESTEUROPÄISCHEN INTEGRATION

Dissertation A (18. 4. 1973)

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

1. Die Stellung Norwegens im imperialistischen Wirtschaftssystem
2. Wesentliche Entwicklungslinien der norwegischen Außenwirtschaftsbeziehungen im Prozeß der imperialistischen Integration: Der Außenhandel als Hauptelement der Außenwirtschaftsbeziehungen Norwegens, seine Veränderungen unter dem Einfluß des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der imperialistischen Integration: Veränderungen der Warenstruktur; Veränderungen der Territorialstruktur (kapitalistische, Entwicklungs- und sozialistische, besonders RGW-Länder). Weitere Elemente der norwegischen Außenwirtschaft in der Zielsetzung des Monopolkapitals; Die Transportleistungen der norwegischen Handelsflotte; die Kapitalimporte und -exporte; Der Austausch von "know-how". Staatsmonopolistische Instrumentarien in der norwegischen Außenwirtschaft - ihre Zielsetzung und Wirkungsweise unter dem Einfluß der imperialistischen Integration. Einige Schlußfolgerungen für die Außenwirtschaft der DDR
3. Besondere Konsequenzen des Integrationsprozesses für die Verschärfung grundlegender Widersprüche in Norwegen. Eine demokratische Alternative zur imperialistischen Integration: Die Machtkonzentration in der Wirtschaft und Außenwirtschaft Norwegens. Die Verschärfung des Klassegegensatzes in Norwegen unter dem Einfluß der imperialistischen Integration. Die Anti-EWG-Bewegung als Hauptform des gegenwärtigen Kampfes der demokratischen Kräfte Norwegens gegen die Monopole. Eine demokratische Alternative

Eike Gringmuth-Dallmer

## DIE ENTWICKLUNG DER FRÜHGESCHICHTLICHEN KULTURLANDSCHAFT AUF DEM TERRITORIUM DER DDR UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER SIEDLUNGSGEBIETE

Dissertation A (25. 11. 1975)

Akademie der Wissenschaften der DDR

1. Die Landschaft - Begriff und Erforschung
2. Geographischer Überblick über das Untersuchungsgebiet



3. Die Entwicklung der frühgeschichtlichen Kulturlandschaft im Siedlungsgebiet der Thüringer: Historischer Überblick, Die Verbreitung von Siedlungsgebieten und Wald und ihre räumliche und zeitliche Entstehung. Die territoriale Entwicklung - Gaue und Marken. Die gesellschaftliche Entwicklung. Die Physiognomie der Siedlungsgebiete und ihre Entwicklung (Siedlungen, Fluren, Verkehrswege, Stätten nichtlandwirtschaftlicher Produktion)
4. Die Entwicklung frühgeschichtlicher Kulturlandschaft im slawischen Siedlungsgebiet: Die Verbreitung von Siedlungsgebieten und Wald und ihre räumliche und zeitliche Entstehung. Die Physiognomie der Siedlungsgebiete. Der Anteil der Slawen an der frühgeschichtlichen Kulturlandschaftsentwicklung westlich von Saale und Elbe
5. Gestaltende Faktoren: Die physisch-geographische Ausgestaltung der Wirtschaftsräume und ihr Verhältnis zu den Siedlungen. Die Wirtschaft als Hauptfaktor der Kulturlandschaftsentwicklung (Landwirtschaft, Handwerk und gewerbliche Produktion), Siedlungen und Fluren als Ausdrucksform der Wirtschaftsweise und der sozialen Verhältnisse
6. Der Landesausbau im germanischen Gebiet und die ihn tragenden Kräfte
7. Zum Verhältnis von gesellschaftlicher Entwicklung und Gestaltung der frühgeschichtlichen Kulturlandschaft

Dagmar Günther

PROBLEME UND ENTWICKLUNGSTENDENZEN DER AUSSENWIRTSCHAFTS-  
BEZIEHUNGEN DER MITGLIEDSLÄNDER DES RGW ZU ENTWICKLUNGS-  
LÄNDERN UNTER DEN BEDINGUNGEN DER SOZIALÖKONOMISCHEN INTE-  
GRATION

Dissertation A (18. 8. 1975)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Sozialökonomische Integration und Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern
2. Zur Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen RGW-Ländern und Entwicklungsländern: Politische und ökonomische Erfordernisse und Charakter der Zusammenarbeit, Regionalstruktur, Warenstruktur, wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Ergebnisse der Entwicklung der außenwirtschaftlichen Beziehungen 1960 - 1972
3. Probleme und Entwicklungstendenzen der ökonomischen Beziehungen der RGW-Länder zu Entwicklungsländern unter den Bedingungen der sozialökonomischen Integration: Die Aufgabenstellung der RGW-Länder zur Entwicklung der ökonomischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Bedingungen, Voraussetzungen und Möglichkeiten zur Entwicklung arbeitsteiliger Beziehungen, Formen arbeitsteiliger Beziehungen, Organisationsformen effektiver arbeitsteiliger Beziehungen zwischen RGW-Ländern und Entwicklungsländern

Reinhard Günther

DIE ENTWICKLUNG DES JAPANISCHEN AUSSENHANDELS UND DIE WICHTIGSTEN FAKTOREN FÜR ERWEITERTE UND STABILERE AUSSENWIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN DER MITGLIEDSLÄNDER DES RATES FÜR GEGENSEITIGE WIRTSCHAFTSHILFE MIT JAPAN

Dissertation A (1975)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin

1. Die Entwicklung des japanischen Außenhandels unter dem Aspekt der Herausbildung Japans zu einem der drei imperialistischen Hauptzentren (Internationales Kräfteverhältnis, Wirtschaftliche Entwicklung und Außenhandel, Einfluß von Export- und Importpreisveränderungen auf die Konkurrenzfähigkeit japanischer Waren, Entwicklung des japanischen Kapitalexports und -imports, Auswirkungen der chronischen imperialistischen Währungskrise, Zahlungsbilanz und expansionistische Außenwirtschaftspolitik, Neue Tendenzen)
2. Entwicklung, Probleme und Aussichten der japanischen Außenhandelsbeziehungen zu einigen ausgewählten Regionen: Die Widerspiegelung des sich verschärfenden Konkurrenzkampfes auf dem kapitalistischen Weltmarkt in den Außenhandelsbeziehungen Japans zu führenden kapitalistischen Industrieländern. Die Bedeutung der Entwicklungsländer als Rohstoff- und Absatzmarkt für die japanische Wirtschaft (Südostasien, Naher Osten, Afrika und Lateinamerika). Die wachsende Bedeutung der Außenwirtschaftsbeziehungen Japans mit den sozialistischen Ländern (UdSSR und andere Länder des RGW, VR China)
3. Analyse der Organisation und Durchführung des japanischen Außenhandels (Funktion der Handelshäuser, staatsmonopolistische Regulierungen)

Wilfried Hombach

ZUR ENTWICKLUNG DES SOZIALISTISCHEN WETTBEWERBS IN DER LANDWIRTSCHAFT DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK DURCH DIE KLASSE DER GENOSSENSCHAFTSBAUERN 1952 BIS 1974

Dissertation A (6. 6. 1975)

Universität Rostock

1. Zum Wesen und zur Funktion des sozialistischen Wettbewerbs: Die marxistisch-leninistische Analyse des Wettbewerbs als schöpferische, bewußte Aktivität der Werktätigen und der Arbeitskollektive. Zum Verhältnis von sozialistischer Gemeinschaftsarbeit und sozialistischem Wettbewerb. Die Entwicklung des bewußten Verhaltens der Individuen zur gesellschaftlichen Entwicklung und zum Kollektiv. Zur Kategorie Wettbewerb und ihrer Anwendung in der Literatur
2. Die Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs in der Landwirtschaft der DDR, insbesondere in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften: Die Errichtung der sozialistischen Staatsmacht und die führende Rolle der Arbeiterklasse bei der Organisierung des Wettbewerbs in der Landwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, Die Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft und die Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs von der Gründung der LPG bis zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft der DDR (1952 bis 1960). Die allseitige Entwicklung der LPG und die Entwicklung der Wettbewerbsbewegung

nach der Vollendung der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft bis zum VIII. Parteitag der SED (1960 bis 1971)

3. Zur weiteren Vervollkommnung des sozialistischen Wettbewerbs nach dem VIII. Parteitag der SED und dem XI. Bauern-Kongreß der DDR zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik

Lutz Kaczmarek

DER KERN DES PROLETARIATS IN DER GEGENWART UND SEINE OBJEKTIVEN GRUNDLAGEN UND POLITISCHE FUNKTION (DARGESTELLT AM BEISPIEL DER BRD)

Dissertation A (1974)

Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED

1. Die soziale und politische Entwicklung des Kerns des Proletariats als Ergebnis der kapitalistischen Großindustrie: Die soziale und politische Entwicklung des Kerns des Proletariats bis zur Herausbildung des Imperialismus. Der Kern des Proletariats als Antipode des Kerns der Bourgeoisie. Zur Diskussion unter den Marxisten über Umfang und Zusammensetzung des Kerns des Proletariats
2. Zu den ökonomischen Grundlagen der Entwicklung des Kerns des Proletariats: Monopolkapitalistischer Sektor und Betrieb in der BRD. Das Wachstum des Kerns des Proletariats in der BRD im Monopolisierungsprozeß
3. Die politische Funktion des Kerns des Proletariats der BRD in der gegenwärtigen Strategie der Monopolbourgeoisie, der SPD und der DKP

Lutz Kleinert

DIE URSACHEN DER BESONDEREN EXPANSIVITÄT DES JAPANISCHEN NACHKRIEGSIMPERIALISMUS

Dissertation A (14. 6. 1973)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die Rolle Japans in der imperialistischen Hegemonialpolitik der USA und Asiens: Die Wiederbelebung des japanischen Imperialismus durch den USA-Imperialismus. Die zunehmende Expansivität des japanischen Imperialismus unter dem Einfluß der Verschärfung der zwischenimperialistischen Widersprüche
2. Die Expansivität des japanischen Imperialismus als ein Produkt der Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise: Veränderungen der sozialen Struktur des japanischen Nachkriegsimperialismus. Monopol und Konkurrenz
3. Die Frage der nationalen Besonderheiten: Ausnutzung traditioneller Methoden der Wirtschaftsführung durch die japanischen Monopole. Die auf Expansion ausgerichtete Struktur des japanischen staatsmonopolistischen Kapitalismus
4. Die Expansionspolitik des japanischen Imperialismus: Formen und Methoden staatsmonopolistischer Regulierung in Japan und die Planifikation. Die Politik der Auslandsexpansion

Rudolf Krause

ZUM PROZESS DER KONZENTRATION UND ZENTRALISATION DES KAPITALS IN DER VERARBEITENDEN INDUSTRIE (UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER ENTWICKLUNG DER ELEKTRONISCHEN INDUSTRIE)

ZUR ROLLE DES STAATES BEI DER SCHAFFUNG WICHTIGER VORAUSSETZUNGEN ZUR WEITEREN ENTWICKLUNG DER KAPITALISTISCHEN PRODUKTIONSWEISE IN BRASILIEN IN DER ZWEITEN HÄLFTE DER SECHZIGER JAHRE

ZUR PROBLEMATIK DER NOTWENDIGEN FORCIERTEN AUSBILDUNG INDUSTRIELLER KADER IM RAHMEN DER ENTWICKLUNG DER KAPITALISTISCHEN PRODUKTIONSWEISE IN BRASILIEN

(Drei Studien zur Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in Brasilien)

Dissertation A (21. 12. 1971)

Universität Rostock

Studie I

2. Zur Entstehung von Unternehmen mit Monopolcharakter in der verarbeitenden Industrie bis zur Mitte der fünfziger Jahre - Besonderheiten der kapitalistischen Produktionsweise in Brasilien
3. Die Beschleunigung des Prozesses der Konzentration und Zentralisation des Kapitals in der verarbeitenden Industrie Brasiliens seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre; Ursachen; Neue Merkmale des Prozesses
4. Grad der Konzentration von Produktion, Arbeitskräften und Kapital in der verarbeitenden Industrie Brasiliens zum Ausgang der sechziger Jahre und Charakteristik des Prozesses der Konzentration und Zentralisation

Studie II

1. Die Grundzüge der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und Bestrebungen des Imperialismus zur weiteren Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in den Ländern Lateinamerikas
2. Die Bedingungen für die weitere Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in Brasilien und die Anforderungen an die Tätigkeit des Staates
3. Zur Rolle des Staates bei der Schaffung wichtiger Voraussetzungen zur weiteren Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in Brasilien seit der Mitte der sechziger Jahre: Die Entwicklung des staatlichen Eigentums und die Abgrenzung zwischen staatlichem und gewerblichem Sektor zum Zwecke der Stärkung der Monopole. Charakteristik staatlicher Regulierungsmaßnahmen
4. Zur tendenziellen Herausbildung von Elementen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Brasilien

Studie III

2. Die Entwicklung der verarbeitenden Industrie in Brasilien und Hauptwidersprüche bei der erforderlichen forcierten Ausbildung industrieller Kader: Der Grundwiderspruch zwischen der freien Entfaltung der Produktivkräfte und den Grenzen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse unter den Bedingungen der Besonderheiten der kapitalistischen Produktionsweise in Brasilien. Die Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten. Der Ausbildungsmechanismus und seine Grenzen

3. Die Bedingungen der herrschenden Klasse, Voraussetzungen für die weitere Entwicklung des Ausbildungsmechanismus zu schaffen: Die imperialistische "technische Hilfe" als Versuch der Stabilisierung der herrschenden Klasse und ihres Staatsapparates in Brasilien. Die Bestrebungen des brasilianischen Staates zur Vervollkommnung des Ausbildungsmechanismus und zur Forcierung der Ausbildung
4. Möglichkeiten der notwendigen forcierten Ausbildung industrieller Kader

Wolfgang Leuchter

ZUR ROLLE DER BÜRGERLICHEN STAATLICHEN WIRTSCHAFTSPOLITIK BEI DER ENTWICKLUNG DER KAPITALISTISCHEN PRODUKTIONSWEISE IN CHILE UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER STAATLICHEN INVESTITIONSPOLITIK

Dissertation A (25. 9. 1975)

Universität Rostock

1. Probleme der staatlichen Akkumulations- und Investitionsförderung im kapitalistischen Reproduktionsprozeß der Länder Lateinamerikas
2. Charakterisierung des Entwicklungsstandes der kapitalistischen Produktionsweise in Chile und der bedeutenden Rolle des bürgerlichen Staates bei ihrer Entwicklung: Zum Stand der Produktivkraftentwicklung in Chile. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse in Chile - Zur Rolle des bürgerlichen Staates bei ihrer Entwicklung. Zum Grad der Konzentration in der chilenischen Wirtschaft (Landwirtschaft, Industrie, Bergbau, Distributionssektor, Finanzsektor, zum Verhältnis Konzentration und wirtschaftliche Gruppierungen)
3. Zur Rolle der staatlichen Investitionspolitik im Rahmen der Strategie und Taktik der herrschenden Klassen Chiles in den 50er und 60er Jahren: Die Periode der Regierung Ibáñez 1952 - 1958. Die Regierungsperiode Alessandri 1958 - 1964. Die Regierungsperiode des Präsidenten Frei 1964 - 1970
4. Zu einigen Problemen der ökonomischen Umgestaltung im Rahmen einer anti-imperialistisch-demokratischen Revolution

Horst Mauter

DIE ÖKONOMISCHE EXPANSION UND EXPANSIVE UND ANNEXIONISTISCHE BESTREBUNGEN DER BERLINER GROSSBOURGEOISIE 1847 - 1873

Dissertation A (13. 7. 1975)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Ursachen und Inhalt des Expansionsdranges der Berliner Bourgeoisie während des Kapitalismus der freien Konkurrenz. Der Einfluß der zyklischen Krisen auf den Rhythmus der ökonomischen Expansion
2. Die wirtschaftliche Entwicklung in Berlin und die Haupttendenzen der ökonomischen Expansion der Berliner Großbourgeoisie 1847 - 1873. 1850: Handel, Bankwesen und Industrie; die besondere Rolle persönlicher Kontakte. 1850 - 1873: Textilindustrie, Maschinenbau, elektrotechnische und chemische Industrie, Handel, Bankwesen; Expansion in europäische und überseeische Länder

3. Die Berliner Bourgeoisie, der preußische Staat und die ökonomische Expansion: Stellung der Berliner Bourgeoisie und des Adels zur ökonomischen Expansion. Entwicklung des Verhältnisses der Berliner Großbourgeoisie zum preußischen Staat. Einstellung der Berliner Bourgeoisie zum Krieg
4. Expansive und annexionistische Forderungen der Berliner Großbourgeoisie bis zum deutsch-dänischen Krieg. Forderungen (Chinaprojekte, Balkanpläne, koloniale Ambitionen, Absatzmarkt in Russisch-Polen; Vereine und Publizistik; Forderung nach Handels- und Schiffahrtsverträgen und Entwicklung des Konsumwesens; Forderung nach Flottenverstärkung)
5. Expansive und annexionistische Forderungen der Berliner Großbourgeoisie zwischen 1864 und 1873: Rumänien, Spanien, Elsaß-Lothringen, Luxemburg, Koloniale Forderungen

Bernd Meister

EINIGE PROBLEME DER ENTWICKLUNG DER PRODUKTIVKRÄFTE IN DEN GRUBENBETRIEBEN DER KALIINDUSTRIE DER DDR VON 1945 BIS ZUM VIII. PARTEITAG DER SED

Dissertation A (21. 5. 1976)

Bergakademie Freiberg

1. Die Bedeutung der Kaliindustrie für die Volkswirtschaft der DDR
2. Die Entwicklung des Kalibergbaus in der DDR von 1945 bis 1963: Startbedingungen. Probleme der Entwicklung in den Grubenbetrieben. Entwicklung der Hauptprozesse. Gedanken zur Mechanisierung. Der Kampf der Arbeiterklasse um maximale Produktionsergebnisse
3. Die Entwicklung der Produktivkräfte in den Grubenbetrieben von 1964 bis zum VIII. Parteitag: Einige Probleme des Großgeräteeinsatzes. Probleme von Forschung und Entwicklung. Probleme der Automatisierung, Mechanisierung und Technisierung 1964 - 1971. Zur Entwicklung der Belegschaft. Sozialistischer Wettbewerb und Neuererbewegung. Zur Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen

Angelika Menzel

DAS VERSTÄRKTE BEMÜHEN UM DIE BEEINFLUSSUNG DER SOZIALSTRUKTUR DER AFRO-ASIATISCHEN VÖLKER ALS AUSDRUCK FÜR VERÄNDERUNGEN IN DER GLOBALEN NEOKOLONIALISTISCHEN STRATEGIE DES IMPERIALISMUS, DARGESTELLT AM BEISPIEL DER "SOZIASTRUKTURHILFE" DER BRANDT-SCHEEL-REGIERUNG (1969 - 1972)

Dissertation A (21. 2. 1975)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Der nichtkapitalistische Entwicklungsweg junger Nationalstaaten Afrikas und Asiens in der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus: Verhältnis von inneren und äußeren Bedingungen, ökonomische Funktion des Staates
2. Die verstärkte Orientierung des Imperialismus auf die Beeinflussung der sozialen Struktur der jungen Nationalstaaten als Teil seiner kolonialistischen Gesamtstrategie und deren Unterstützung durch die Brandt-Scheel-Regierung:

Die Entwicklung einer sozialen Strategie des Neokolonialismus. Die "Sozialstrukturhilfe" der BRD

3. Die verstärkten Bemühungen des Imperialismus zur Umgestaltung der sozialen Struktur in seinem Interesse mit Hilfe einer Industriezweigpolitik und die Notwendigkeit, eine ausgewogene Industriezweigstruktur für die jungen Nationalstaaten zu schaffen. Die engere Verbindung von Industriezweigpolitik und "Sozialstrukturhilfe" in der Entwicklungspolitik der BRD; Die neokolonialistische Industriezweigpolitik und die neue Stufe der kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung - Mittel zur Aufrechterhaltung der ökonomischen Abhängigkeit der Völker Afrikas und Asiens vom Imperialismus; Der Zusammenhang von Industriezweigpolitik und "sozialer Strukturhilfe" - die Schaffung einer historisch überholten kapitalistischen Sozialstruktur. Probleme der Schaffung einer ausgewogenen Industriezweigstruktur und ihre Bedeutung für die Sozialstruktur der afroasiatischen Völker.

Rainer Metzner

## DIE MONOPOLISIERUNG KLEINER UND MITTLERER KAPITALISTISCHER INDUSTRIEBETRIEBE IN DER BRD

Dissertation A (6. 12. 1973)

Humboldt-Universität zu Berlin

2. Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital in der Industrie der BRD. Die Veränderung der Stellung der kapitalistischen Klein- und Mittelbetriebe im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß und ihre weitere Differenzierung
3. "Neue" Formen der monopolistischen Beherrschung und Ausplünderung kleiner und mittlerer kapitalistischer Betriebe unter besonderer Berücksichtigung des Zuliefererwesens: Die Ursachen der weiteren Existenz von kapitalistischen Klein- und Mittelbetrieben. Die monopolistische Ausdehnung des Ausbeutungsfeldes und ihre "neuen" Tendenzen. Das Zuliefererwesen - eine Hauptform der Monopolisierung. Die Praktiken der Monopole und ihre Auswirkungen auf die sozialökonomische Lage der kapitalistischen Klein- und Mittelbetriebe. Die Herrschaft der Monopole über die Forschung und Entwicklung
4. Der Einfluß des Staates auf den Monopolisierungsprozeß, Klein- und Mittelbetriebe im Zeichen staatsmonopolistischer Politik - gestern und heute. Die sozialdemokratische Variante der Politik gegenüber kleinen und mittleren kapitalistischen Betrieben (Finanzhilfen als Instrumente staatsmonopolistischer Beherrschung; Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und seine Bedeutung)
5. Die Verschärfung der Widersprüche zum Monopolkapital - eine objektive Grundlage des Bündnisses zur Arbeiterklasse

Mburu Mwangi Miano

UNTERSUCHUNGEN ZUR ENTWICKLUNG DER TEXTILINDUSTRIE OST-  
AFRIKAS

Dissertation A (14. 12. 1972)

Technische Universität Dresden

1. Allgemeine gesellschaftliche und ökonomische Bedingungen Ostafrikas: Der Gemeinsame Markt und die Bedeutung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Ostafrikas (Desintegration, Reorganisation)
2. Analyse der Entwicklung der Textilindustrie Ostafrikas: Produktionsstruktur, Baumwollerzeugung (Kenia, Uganda, Tansania), Baumwollverbrauch und -märkte in der Welt, Verbrauch und Bedarf an Textilien
3. Hauptlinien der Entwicklung der Textilindustrie Ostafrikas: Wirtschaftspolitische Grundlage bei der Entwicklung der Textilindustrie Ostafrikas, Zur Verbesserung der Leitung in Ostafrika, Die Anwendung ökonomisch-mathematischer Methoden zur Planung der Textilindustrie Ostafrikas

Ingrid Mittenzwei

BÜRGERTUM UND STAAT IN PREUSSEN NACH DEM SIEBENJÄHRIGEN  
KRIEGE. AUSEINANDERSETZUNGEN UM DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Dissertation B (10. 6. 1976)

Akademie der Wissenschaften der DDR

1. Krisenjahre in Preußen: Preußen nach dem Siebenjährigen Krieg, Absolutistischer Staat und Bürgertum im Ringen um die Bewältigung der Krisensituation, Das Bürgertum der westlichen Provinzen und die Akzisepolitik
2. Wirtschaftspolitische Konzeptionen: Freihandel oder Protektionismus - Konkurrenz oder Monopol, Fiskalismus und Handelsbilanz, Die Wirtschaftspolitischen Ansichten Friedrichs II.
3. Die Beamten und ihre Auseinandersetzungen um wirtschaftliche Probleme der Zeit: Holland - Wunschbild und Modell, Auseinandersetzungen um die Zunftverfassung, Finanzfragen, Friedrich Anton von Heinitz
4. Kameralisten und Kameralismus in Preußen: Die Agrarfrage und der Kameralismus, Der Kameralismus an den preußischen Universitäten, Justi in Preußen

Manfred Müller

"DAS KAPITAL IM ALLGEMEINEN" ALS ZENTRALER BEGRIFF IM MARX-  
SCHEN ÖKONOMISCHEN SCHAFFEN VON 1857 - 1863

Dissertation A (16. 6. 1975)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

2. Die Bedeutung des Begriffs "das Kapital im Allgemeinen" für die Entwicklung der Methode der politischen Ökonomie: Die strenge Unterscheidung zwischen dem "Kapital im Allgemeinen" und der "reellen Bewegung" der Kapitalien - ein spezifisches Problem der Abstraktionsmethode, Die Stellung des "Kapitals"



im Allgemeinen bei der Entwicklung der Forschungs- und Darstellungsmethode, Logisches und Historisches in der dialektischen Darstellung

3. Die Schaffung der im Begriff "das Kapital im Allgemeinen" enthaltenen und der ihn "sprengenden" Elemente: Die Ausarbeitung der Wert- und Mehrwerttheorie in "Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf)" 1857 - 1858 und "Zur Kritik der politischen Ökonomie, Erstes Heft" (1859), Die Vollendung der Wert- und Mehrwerttheorie in "Zur Kritik der politischen Ökonomie" (1861 - 1863)
4. Zur Bedeutung des Planentwurfs von Januar 1863: Der theoretische und methodische Unterschied zwischen dem "Kapital im Allgemeinen" und dem "Begriff vom Kapital". Die dialektische Darstellung reflektiert die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise

Ursula Padel

## DAS ERNÄHRUNGSPROBLEM IN INDIEN UND SEINE SOZIALEN, ÖKONOMISCHEN UND POLITISCHEN KONSEQUENZEN

Dissertation A (16. 1. 1974)

Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, Potsdam-Babelsberg

1. Das Ernährungsproblem der Entwicklungsländer - ein Überblick
2. Wirkungsfaktoren für die Entstehung und das Fortbestehen des Ernährungsproblems in Indien: Die Agrarpolitik der indischen Bourgeoisie; Die Bedeutung der Landwirtschaft für die Entwicklung Indiens nach der Erringung der nationalen Unabhängigkeit; Maßnahmen und Wirkungsweise der Agrarreform; Aufgaben und Stellung des Genossenschaftswesens; Das indische Dorfentwicklungsprogramm als Versuch eines "dritten Weges" in der Landwirtschaft, Der Zusammenhang zwischen dem Bevölkerungswachstum und der Verschärfung des Ernährungsproblems in Indien
3. Die Bedeutung der wachsenden Ernährungsabhängigkeit von den USA für die politische und ökonomische Entwicklung der Indischen Union (1956 - 1966): Die Lieferungen unter P. L. 480 - ein Instrument der gezielten politischen und ökonomischen Einflußnahme der USA, Die Ausweitung der Ernährungskrise; die Ursachen für die Verminderung des Stellenwertes der "Nahrungsmittelhilfe" innerhalb der "Entwicklungshilfe" ab Mitte der sechziger Jahre
4. Die "grüne Revolution" als Versuch zur Lösung des Ernährungsproblems in Indien: Die Maßnahmen der indischen Regierung zur Intensivierung der Landwirtschaft, Technische Voraussetzungen für die Intensivierungsmaßnahmen und die sich daraus ergebenden Anforderungen an einzelne Zweige der indischen Wirtschaft, Soziale Ergebnisse der "grünen Revolution". Möglichkeiten zur Lösung des Ernährungsproblems in Indien

Bernd Pöthig / Emil Riedel

DIE DYNAMIK DER PRODUKTIVKRÄFTE UND IHR ZUSAMMENHANG MIT DEM VERGESELLSCHAFTUNGSPROZESS, DARGESTELLT IN DER CHEMISCHEN INDUSTRIE, ANHAND VON UNTERSUCHUNGEN IM VEB "OTTO GROTEWOHL" BÖHLEN, KOMBINATSBETRIEB DES VEB PETROLCHEMISCHES KOMBINAT SCHWEDT

Dissertation A (16. 4. 1974)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Die Beziehungen zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der planmäßigen Vergesellschaftung im Sozialismus: Das Verhältnis der Grundformen der Vergesellschaftung zu den Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Die Stellung der chemischen Industrie im Prozeß der Entwicklung der Produktivkräfte und bei der planmäßigen Vergesellschaftung der Produktion
2. Untersuchung der Entwicklung der Produktivkräfte in der chemischen Industrie unter Berücksichtigung der Grundformen des Vergesellschaftungsprozesses: Die Entwicklung der Produktivkräfte unter den Bedingungen der zunehmenden Arbeitsteilung und Spezialisierung in der chemischen Industrie. Konzentration, Kooperation und Kombination
3. Schlußfolgerungen für die weitere Gestaltung der Vergesellschaftung der Produktion

Anlagen

1. Bedeutung und Entwicklungstendenzen der chemischen Industrie: Historische Entwicklung der Chemie, Die Entwicklung der Chemie und der chemischen Industrie der DDR von 1949 bis 1972 anhand der Partei- und Regierungsbeschlüsse, Die Darstellung der chemischen Industrie anhand der Statistischen Jahrbücher der DDR
2. Der VEB "Otto Grotewohl" Böhlen: Seine historische Entwicklung als karbochemischer Großbetrieb, Der Übergang zum petrol-chemischen Betrieb, Technologie
3. Untersuchung der Konzentration der Produktion: Die Konzentration der chemischen Industrie in den kapitalistischen Ländern, Die Konzentration der chemischen Industrie in der DDR, Struktur der chemischen Industrie der DDR

Mohamed Sadig Rasheed

EINIGE ASPEKTE DER INDUSTRIALISIERUNG UND DER POLITIK DER INDUSTRIELLEN ENTWICKLUNG DES SUDAN

Dissertation A (1974)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin

1. Erfahrungen bei der Industrialisierung des Landes im Zeitraum 1956 bis 1969: Die Industrialisierungspolitik, Struktur und Entwicklung des industriellen Sektors, Rückblick auf die industrielle Entwicklung, Zu einigen Ursachen für die bisherigen Ergebnisse
2. Zu einer geeigneten Industrialisierungsstrategie: Die Konzeption, Die Grundlagen der Industrialisierungsstrategie, Die "sozialökonomische" Frage, Die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung und der Reproduktionsmechanismus des "freien Marktes", Bemerkungen zur Politik und industriellen Entwicklung seit 1969

3. Zur Rolle des staatlichen industriellen Sektors: Zu den Erfahrungen der staatlichen Industrialisierung im Zeitraum von 1959 bis 1969. Die Erfahrungen nach 1969. Der Weg zu einem effektiv arbeitenden staatlichen industriellen Sektor
4. Das Profil der industriellen Entwicklung: Die Wahl eines optimalen Industrialisierungsweges. Versuch der Formulierung eines optimalen Industrialisierungsweges für den Sudan. Die Wahl der Technik und des optimalen Produktionsumfangs. Die Standorte der Industrie. Industrieinvestitionen und der Transfer von Technologie und technologischem "know-how"

Lothar Rieper

DER ZUSAMMENHANG ZWISCHEN GESELLSCHAFTLICHEN BEDÜRFNISSEN UND WISSENSCHAFTLICHEN PROBLEMEN, DARGESTELLT ANHAND VON FALLSTUDIEN AUS DER GESCHICHTE VON WISSENSCHAFT UND TECHNIK UNTER DEN BEDINGUNGEN DES KAPITALISMUS

Dissertation A (31. 10. 1973)  
Humboldt-Universität zu Berlin

1. Darstellung der Problematik
2. Zur Dialektik von Produktion und gesellschaftlichen Bedürfnissen
3. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Produktion
4. Historische Beispiele aus Wissenschaft und Technik zur Analyse des Verhältnisses von gesellschaftlicher Determiniertheit und relativer Eigengesetzlichkeit der Wissenschaft:

Die Nutzbarmachung des Luftstickstoffs: Historische Ursache für den steigenden Stickstoffbedarf im 19. Jahrhundert und Möglichkeiten der Befriedigung; Stand der Stickstoffforschung und Entwicklung erster Verfahren der Luftstickstoffgewinnung; Habers Arbeiten als eine Einheit von systematischer und theoretischer Forschung - Grundlagenforschung 1903 bis 1907, angewandte Forschung, technische Entwicklung und Produktionsbeginn 1907 bis 1913.

Die Arbeiten an der Entwicklung der Nylonfaser: Versuche zum Ersatz der Naturfasern bis etwa 1900; Die Erarbeitung der wissenschaftlichen Grundlage für die folgenden Entwicklungsabschnitte; Die erfolgreichen Laborversuche; Umsetzung der wissenschaftlichen Ergebnisse in eine Technologie der Herstellung synthetischer Fasern; Einteilung der Forschungs- und Entwicklungsstufen.

Die Entwicklungsgeschichte des Penicillins: Die ersten wissenschaftlichen Ergebnisse bis 1914; Die Zufallsentdeckung des Penicillins durch Fleming; Erfolgreiche Penicillingewinnung im Labor; Der Aufbau einer Antibiotikaindustrie.

Eine kurze Auswertung der Kongreßberichte der "International Union of Pure and Applied Chemistry" (IUPAC): Die IUPAC und ihre Aufgaben; die Kongresse bis 1912; Der veränderte Charakter der Kongresse ab 1935

5. Erörterung einiger wissenschaftstheoretischer Aspekte der Fallstudien: Ergänzende Betrachtung zur Bedürfnisklassifizierung. Allgemeine Darstellung der Transformation gesellschaftlicher Bedürfnisse in wissenschaftliche Problemstellungen. Einige Aspekte der relativen Eigengesetzlichkeit der Wissenschaftsentwicklung. Das Problem der gesellschaftlichen Anerkennung von Ideen (politische und militärische, ökonomische, wissenschaftsinterne und Infor-

mations-Barrieren für eine gesellschaftliche Anerkennung von Ideen); Konfliktsituationen für den Wissenschaftler im Kapitalismus auf Grund der Anerkennung seiner Ideen durch die Praxis, Mechanismus zur Durchsetzung der Monopolinteressen in der Ausrichtung der Wissenschaft; Zur Entwicklung der Forschungsorganisation im Kapitalismus; Formen der Verbindung zwischen Industrie und Universität im Kapitalismus

6. Zur Leitung der Umsetzung gesellschaftlicher Bedürfnisse in wissenschaftliche Problemstellungen im Sozialismus

Hartmut Schilling

EINIGE GRUNDZÜGE UND PROBLEME DER KAPITALISTISCHEN ENTWICKLUNG IN DEN NATIONAL BEFREITEN STAATEN ASIENS UND AFRIKAS

Dissertation B (1973)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin

1. Historische Aspekte, Das imperialistische Kolonialsystem, sein Zerfall und die Entwicklung des Kapitalismus in Asien und Afrika
2. Charakter, ökonomische und sozialökonomische Grundzüge der Entwicklung des afro-asiatischen Kapitalismus in der gegenwärtigen Etappe: Gegenwärtiger Entwicklungsstand, Über "demokratisches" und "oktobristisches" Kapital, Allgemeine ökonomische Gesetzmäßigkeiten, Modifikationen und Besonderheiten in der Entwicklung des Kapitalismus in den national befreiten Staaten Asiens und Afrikas. Die Herausbildung und Entwicklung des Kapitalismus in Asien und Afrika unter den Bedingungen des wachsenden Einflusses des Sozialismus auf das Weltgeschehen. Die Herausbildung und Entwicklung des Kapitalismus in Afrika und Asien als abhängiger Kapitalismus. Die Herausbildung und Entwicklung des Kapitalismus in Afrika und Asien unter den Bedingungen extremer kolonialer Rückständigkeit. Sozialstrukturelle Merkmale und Entwicklungstendenzen der Arbeiterklasse in den kapitalistisch orientierten Entwicklungsländern Asiens und Afrikas

Dieter Sell

DIE HERAUSBILDUNG UND ENTWICKLUNG DER STAATLICHEN LEITUNG UND PLANUNG IN DER VOLKSEIGENEN INDUSTRIE BEIM AUFBAU DER ANTIFASCHISTISCH-DEMOKRATISCHEN ORDNUNG UND DER GRUNDLAGEN DES SOZIALISMUS IN DER DDR (1949 - 1955)

Dissertation A (6. 1. 1976)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die ersten Anfänge der Lösung wirtschaftlicher Probleme zu Beginn des Aufbaus der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945. Das Jahr 1946 - ein entscheidender Meilenstein bei der Herausbildung des volkseigenen Sektors der Industrie und der Maßnahmen zur Leitung, Organisation und Planung. Die Durchsetzung der Enteignungsgesetze und die Maßnahmen zur Leitung, Organisation und Planung der Wirtschaft im Verlauf der Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung bis 1947. Die Schaffung zentralisierter Leitungs- und Organisationsformen 1947/48

2. Die Einführung neuer Leitungs- und Organisationsprinzipien zur Entwicklung des volkseigenen Sektors der Industrie im Frühjahr 1948 sowie der Übergang zur zentralen langfristigen Wirtschaftsplanung und Maßnahmen zum Schutze der Volkswirtschaft. Die Entwicklung der staatlichen Leitung und Planung der wirtschaftlichen Tätigkeit im Verlaufe der Durchführung des Zweijahrplanes. Die Festlegungen für den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus im Zeitraum des ersten Fünfjahrplans in der DDR und Maßnahmen zur Festigung der sozialistischen Staatsmacht sowie der Abschluß des Planjahres 1950 - notwendige Bedingungen zur Verwirklichung der Zielstellungen des Fünfjahrplanes
3. Die Entwicklung der staatlichen Leitung und Planung der Volkswirtschaft im sozialistischen Sektor der Industrie bis zu den staatsorganisatorischen Veränderungen im Sommer 1952 - Ausdruck der planmäßigen Errichtung der Grundlagen des Sozialismus. Die Weiterführung, Präzisierung und Neuorientierung der staatlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Konzeption der SED auf der 2. Parteikonferenz im Juni 1952 und die strukturellen Veränderungen im Staatsaufbau der DDR mit dem Gesetz vom 23. Juli 1952. Die Entwicklung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft und die kontinuierliche Verwirklichung der eingeleiteten Maßnahmen zur Durchsetzung der Prinzipien sozialistischer Wirtschaftsführung im Verlaufe des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus (1952/53 - 1955). Die erfolgreiche Erfüllung der Aufgaben des Fünfjahrplanes - Abschluß eines wichtigen Abschnitts beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR

Jorge Soler

EINIGE HISTORISCHE, ÖKONOMISCHE UND POLITISCHE ASPEKTE DER WIRTSCHAFTLICHEN INTEGRATION LATEINAMERIKAS, INSBESONDERE DIE LATEINAMERIKANISCHE FREIHANDELS-ASSOZIATION (ALALC)

Dissertation A (27. 2. 1975)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Historische Antezedenzen der ökonomischen Integration Lateinamerikas: Der Panamakongreß von 1826 und andere Kongresse und Abkommen. Die Panamerikanische Konferenz von 1889 und andere Treffen bis 1948. Die Tätigkeit der CEPAL in Verbindung mit der wirtschaftlichen Integration Lateinamerikas. Ökonomische Abhängigkeit, Nationale Bourgeoisie
2. Die Freihandelsvereinigung Lateinamerikas (ALALC) und ihre Abhängigkeit vom Monopolkapital (1961 - 1972): Der Vertrag von Montevideo und seine wichtigsten Charakteristika, Organe des Vertrages und seine Reformen; Liberalisierung und Erweiterung des gegenseitigen Handels in der ALALC, Gemeinschafts- und nationale Listen, Das Protokoll von Caracas von 1969 und seine Abänderung, Das Abkommen über industrielle Komplementierung, Maßnahmen zugunsten der ökonomisch relativ wenig entwickelten Länder, Polarisierung der industriellen Entwicklung, Ungleiche Entwicklung der Mitgliedsländer der ALALC. Liberalisierung und Ausdehnung des Austauschs auf landwirtschaftliche Produkte in der ALALC, Probleme der Kommerzialisierung der Landwirtschaft, Hauptursachen für die Beschränkung des innerzonalen Handels mit landwirtschaftlichen Produkten, Landwirtschaftlicher Außenhandel der ALALC mit den USA und das Volumen des innerzonalen Handels mit landwirtschaftlichen Produkten Ende der 60er Jahre, Die Bodenreform und die Industrialisierung als notwendige Voraussetzung für die wirtschaftliche Integration Lateinamerikas

3. Das äußere Abhängigkeitsverhältnis der Länder der Freihandelszone und die Auswirkungen auf die ALALC: Das ausländische Kapital, Direkte ausländische Investitionen hauptsächlich der USA, Verschuldung und verstärkte Abhängigkeit, Import von Technik, Gemeinsames Reglement über die Behandlung des Auslandskapitals und über die Übernahme der Technik in der Andengruppe, Die ALALC, der Weltmarkt und der Welthandel
4. Einige strategische und taktische Aufgaben der Arbeiterklasse und ihrer Parteien gegenüber der ALALC und der Andengruppe

Bettina Thielicke

ZUM ZUSAMMENHANG ZWISCHEN DER GESETZMÄSSIGEN VERSCHÄRFUNG DER INFLATION IM STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS UND DER FINANZPOLITIK DES IMPERIALISTISCHEN STAATES, SPEZIELL DER AUSGABENPOLITIK AUSGEWÄHLTER KAPITALISTISCHER LÄNDER

Dissertation A (2. 7. 1975)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Die Gesetzmäßigkeit der Inflation im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Entfaltung des kapitalistischen Grundwiderspruchs im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Ausgewählte Aspekte der staatlichen Finanz- und Kreditpolitik zur Beeinflussung des kapitalistischen Kostpreises zugunsten des Monopolkapitals. Zusammenhang von Preisbewegungen und inflationärer Geldentwertung. Aspekte der Internationalisierung der Inflation und der Rolle des Goldes im gegenwärtigen Kapitalismus
2. Das staatsmonopolistische Finanzsystem mit seiner Ausgabenpolitik als ein unmittelbarer inflationsauslösender und -vermittelnder Faktor: Die Rolle des Finanzsystems bei der Umverteilung des Nationaleinkommens. Die Abwälzung der Kosten für die Aufrechterhaltung und Ausdehnung der Macht der Monopole und des Staates, besonders der Kosten für die Militarisierung der Wirtschaft, auf die Werktätigen mit Hilfe des Inflationsmechanismus
3. Ausgewählte Probleme sozialer und ökonomischer Konsequenzen der inflationären Geldentwertung: Die sozialen Folgen der Inflation. Verletzung der Erfordernisse der Reproduktion durch über die Inflation vermittelte Umverteilungsprozesse - Verzerrung der Struktur der Wirtschaft. Auswirkungen der Inflation auf Geldsystem und Handel
4. Zur Problematik der Inflationsbekämpfung. Bürgerliche Antiinflationrezepte. Die antimonopolistische Alternative der Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern

Joachim Trotz

DIE DEUTSCHE LUFTFAHRTTÄTIGKEIT IN LATEINAMERIKA (1919 - 1942)  
- INSTRUMENT DER LATEINAMERIKAPOLITIK DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS

Dissertation A (17. 7. 1975)

Karl-Marx-Universität Leipzig

1. Zur Ausgangsposition der deutschen Lateinamerika-Politik 1919 - Frühperiode und Motive der deutschen Luftfahrtspolitik in Lateinamerika

2. Kolumbien - Geburtsland des deutschen Luftverkehrs in Lateinamerika: Die SCADTA in ihrer Tätigkeit bei Kriegsausbruch, Charakter der SCADTA angesichts ihrer Beziehungen zu Kolumbien, zu Deutschland und zu den USA, Zur Lage vor Kriegsausbruch, Die Bedeutung der SCADTA für die deutsche Lateinamerika-Politik
3. Luftverkehrsverbindung Deutschland - Südamerika - Südatlantikdienst: Zielsetzung, Vorbereitung 1926 - 1934, Planmäßiger Verkehr 1934 - 1939, Transatlantischer Epilog
4. Brasilien - Hauptbetätigungsfeld der deutschen Fluggesellschaften in Südamerika, Das lokale Expansionsprogramm des Condor-Syndikats, Condor-Luftfotographie und Luftspionage, Der Charakter des Condor-Syndikats (Beteiligungen, Finanzierung, Personen) Nationalisierung des Condor-Syndikates, Deutscher Einfluß in VARIG und VASP
5. Die deutsche Luftverkehrstätigkeit in Bolivien, Argentinien, Uruguay und Chile: Bolivien und die deutsche Luftfahrtpolitik in Südamerika, Argentinien - Luftverkehrstransitland und Pfeiler der deutschen Politik, Uruguay - Randerscheinung im luftfahrtpolitischen Interessenspiel? Das deutsche Südamerika-Luftprogramm und Chile
6. Der luftfahrtpolitische Machtanspruch Pazifikküste: Stoßrichtung Peru, Luftverkehrsziel Ecuador
7. Probleme und Grundzüge der Luftverkehrspolitik des deutschen Imperialismus in Lateinamerika: Deutscher und nordamerikanischer Luftverkehr in Südamerika zwischen Kooperation und Konkurrenz, Funktion und Charakter der Lufthansa-Tochtergesellschaften, Kontinuität und Unterschiede der deutschen Luftfahrtpolitik in der Weimarer Republik und in der Nazizeit, Fragen der Periodisierung, Historischer Standort der Lufthansapolitik des deutschen Imperialismus

Alfred Trützschler

NEUE PROBLEME UND TENDENZEN DER KOMBINATION BEIM ÜBERGANG ZU INDUSTRIEMÄSSIGER PRODUKTION IN DER LANDWIRTSCHAFT DER DDR

Dissertation A (25. 7. 1975)

Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin

1. Problemstellung
2. Die objektiven Erfordernisse der Kombination der Produktion beim Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden in der sozialistischen Landwirtschaft: Die Kombination der Produktion und ihre Wechselbeziehungen zu den anderen Grundformen der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit. Die Notwendigkeit und Möglichkeit einer neuen Kombination der Produktion bei der Erzeugung von Nahrungsgütern
3. Neue Probleme und Tendenzen der Kombination der Produktion von Erzeugnissen der Landwirtschaft und ihrer Be- und Verarbeitung beim Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden in der sozialistischen Landwirtschaft: Spezifische Besonderheiten der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Pflanzenprodukte und ihre Be- und Verarbeitung (Getreide, Kartoffeln); Tierproduktion am Beispiel der Schweinefleischproduktion

4. Konsequenzen für die Gestaltung einer neuen Kombination der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse und ihrer Verarbeitung beim Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden in der Landwirtschaft der DDR: Zur Gestaltung einer neuen Produktionsorganisation, Zur Gestaltung neuer Formen der Wirtschaftsorganisation

Carl-Erich Vollgraf

DIE ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG DER MARXISTISCHEN THEORIE  
VOM RELATIVEN MEHRWERT IN DEN JAHREN 1834 - 1858

Dissertation A (3. 10. 1975)

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1. Die ersten Elemente einer Hinwendung zur Arbeitswerttheorie und die Erkenntnis der kapitalistischen Mehrwertproduktion: Marx' Bekanntschaft mit der politischen Ökonomie, Friedrich Engels' "Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie", Marx' ökonomische Studien in Paris, Die "Ökonomisch-philosophischen Manuskripte", "Die heilige Familie", "Die Lage der arbeitenden Klasse in England"
2. Der erste Ansatz zur Ausarbeitung einer marxistischen Mehrwerttheorie: Ökonomische Studien in Brüssel, Erstes Resultat der Brüsseler Studien - Das Manuskript "Über Friedrich Lists Buch 'Das nationale System der politischen Ökonomie'", "Die deutsche Ideologie", Das "Elend der Philosophie", "Lohnarbeit und Kapital", Das "Manifest der Kommunistischen Partei".
3. Die ökonomischen Studien 1850 - 1856: Zur Motivation erneuter ökonomischer Studien, Die Londoner Exzerptheft
4. Die Ausarbeitung einer geschlossenen Theorie vom relativen Mehrwert in den "Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie": Die Einleitung der Kritik der politischen Ökonomie, Die Ware Arbeitsvermögen und der reine Mehrwert, Der relative Mehrwert, Die Produktion von absolutem und relativem Mehrwert

Manfred Walter

ZUR ENTWICKLUNG DES KOMBINATSGEDANKENS IN DER WIRTSCHAFTS-  
POLITIK DER SED (1945/46 - 1970/71)

Dissertation A (10. 12. 1975)

Bergakademie Freiberg

1. Zur Dialektik der Beziehungen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen
2. Der Kombinatsgedanke in der Wirtschaftspolitik der KPdSU
3. Zur Entwicklung des Kombinatsgedankens in der Wirtschaftspolitik der SED: Ausgangssituation, Der erste Fünfjahrplan
4. Zur Entwicklung des Kombinatsgedankens in der Wirtschaftspolitik der SED 1956 bis zum IV. Parteitag 1963: Die Notwendigkeit der verstärkten Einführung der Ergebnisse von Wissenschaft und Technik in die Produktion beim Übergang zum 2. Fünfjahrplan, Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse im 2. Fünfjahrplan (Beginn einer neuen industriellen Umwälzung; Konsequenzen für Entwicklung der Produktionsverhältnisse, besonders für den demokratischen Zen-



tralismus, für die Beziehungen zwischen den Betrieben; Der zweite Fünfjahrplan, eine Etappe der verstärkten Konzentration und Kombination der sozialistischen Industrie, Entwicklungsprobleme nach dem V. Parteitag der SED (Kurs auf die verstärkte Durchführung der sozialistischen Rekonstruktion der Industrie; Entwicklung der Konzentration und Kombination der sozialistischen Industrie in dieser Etappe)

5. Die Periode des beginnenden Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft (1963 - 1970): Neue Maßstäbe und neue Aufgaben. Der Übergang zu einer neuen Phase der intensiv erweiterten sozialistischen Reproduktion in der DDR - Aufgaben und Probleme. Grundrichtungen, Ergebnisse und Erfahrungen bei der Gestaltung einer zweckmäßigen sozialistischen Wirtschaftsorganisation in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre
6. Zur Rolle der Kombinate in der Periode der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft

Wolfgang Weißleder

WESEN UND FUNKTION DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFTS-KOMMISSION  
(DWK)

Dissertation A (30. 9. 1976)

Akademie der Wissenschaften der DDR

1. Die Entstehung der DWK im einheitlichen revolutionären Prozeß: Die Ursachen für die Gründung. Die Arbeit der DWK in ihrer ersten Entwicklungsphase bis Anfang 1948
2. Das Klassenwesen der DWK: Die Sicherung und Vertiefung der Hegemonie der Arbeiterklasse und der führenden Rolle ihrer marxistisch-leninistischen Partei. Der proletarische Internationalismus in der Arbeit der DWK. Bündnispolitik und DWK (Beziehungen DWK und VdgB; DWK und bürgerlich-demokratische Parteien - CDU und LDPD)
3. Aufbau und Arbeitsweise der DWK: Die Durchsetzung des demokratischen Zentralismus als staatsorganisatorisches Prinzip. Zur Rechtstätigkeit der DWK. Wissenschaftsorganisatorische Aufgaben der DWK im Bereich der Zweckforschung
4. DWK und Staatsgründung

Frank Würzburg

ZU GEGENWÄRTIGEN PROZESSEN DER MONOPOLISTISCHEN VERFLECHTUNG ZWISCHEN LANDWIRTSCHAFT, INDUSTRIE UND HANDEL IM IMPERIALISMUS; AM BEISPIEL DER BRD

Dissertation A (3. 3. 1976)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Der Entwicklungsstand und die Grundlagen der Verflechtung der kapitalistischen Landwirtschaft mit anderen Wirtschaftszweigen in der Gegenwart; Die Entwicklung der Verflechtung der kapitalistischen Landwirtschaft mit Industrie und Handel. Die Entwicklung der austauschmäßigen Verflechtung und Verschmelzung der Produktionsprozesse als Prozeß bei der weiteren Entwicklung der

Produktivkräfte und der Veränderung der Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals

2. Die Formen und Methoden sowie das Ausmaß der monopolkapitalistischen vertikalen Integration als Ausdruck des Prozesses der direkten Einordnung der kapitalistischen Landwirtschaft in den Verwertungsprozeß des Monopolkapitals: Instrumentarium der Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals in den mit der Landwirtschaft verbundenen Wirtschaftszweigen, Nutzung der Landwirtschaft als direkte Kapitalanlagesphäre für das Monopolkapital über die Fusion, Verbreitung der Vertragsintegration, Entwicklungslinien im Bezug von Produktionsmitteln für die Landwirtschaft und bei Be- und Verarbeitung sowie dem Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen
3. Die unmittelbare monopolistische Beherrschung der kapitalistischen Landwirtschaft und das Wesen des Prozesses der Entwicklung der monopolkapitalistischen vertikalen Integration im gegenwärtigen Imperialismus: Unmöglichkeit einer gesellschaftlichen effektiven Entwicklung der Verbindung von Landwirtschaft, Industrie und Handel über die vertikale Integration. Zu gegenwärtigen sozialen Entwicklungstendenzen in der kapitalistischen Landwirtschaft und Problemen der Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft

Reinhard Zilch

REICHSBANK UND FINANZIELLE KRIEGSVORBEREITUNG DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS 1907 - 1914

Dissertation A (8. 7. 1976)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Rolle und Funktion der Reichsbank: Das Bankgesetz, Die Beziehungen zur Reichsregierung und den Bundesstaaten, Der Zentralausschuß und die Bezirksausschüsse der Anteilseigner, Zur Problematik der Stellung der Reichsbank
2. Die finanzielle Kriegsvorbereitung: Staatsmonopolistische Regulierungsmaßnahmen im Bankwesen, Notenausgabe und bargeldloser Zahlungsverkehr, Die Goldpolitik der Reichsbank, Die Kreditpolitik des deutschen Zentralnoteninstituts, Der Stand der finanziellen Kriegsvorbereitungen
3. Die Anleihefinanzierung der Planung des imperialistischen Raubkrieges
4. Der Kriegsausbruch

MITTEILUNG  
ÜBER DIE VERLEIHUNG  
DES "RENE-KUCZYNSKI-PREISES" 1976

Der auf der Grundlage des René-Kuczynski-Fonds beim Institut für Wirtschaftsgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR gestiftete "René-Kuczynski-Preis" (siehe Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1977, Teil I) wird erstmalig 1977 für den wissenschaftlich wertvollsten Beitrag, der im Jahrgang 1976 des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte erschienen ist, verliehen.

Gemäß der Ordnung über die Verleihung des "René-Kuczynski-Preises" wurde ein Kuratorium zur Auswahl des Preisträgers in der folgenden Zusammensetzung gebildet:

Rudolf Berthold  
Wolfgang Jonas (Vorsitzender)  
Heinz Kreißig  
Karin Lehmann

Jan Peters (Sekretär)  
Alfred Schröter  
Rolf Sonnemann

Das Kuratorium beschloß am 1. 4. 1977, den "René-Kuczynski-Preis" des Jahres 1976 an

Helga Nussbaum

für ihren Artikel "Zur Diskussion um den historischen Platz des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der neueren marxistisch-leninistischen Literatur" (1976, Teil I) zu verleihen.

## AUTORENVERZEICHNIS

- Brandes, Wolfram, Student, Bereich Alte Geschichte, Sektion Geschichte, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Dandamaev, M. A., Kandidat der Wissenschaften, Institut der Völker Asiens, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Leningrad.
- Dillwitz, Sigrid, Dr. phil., Wissenschaftliche Oberassistentin, Sektion Geschichte, Universität Rostock.
- Epperlein, Siegfried, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Fischer, Hagen, Dr. phil., Wissenschaftlicher Assistent, Arbeitsgruppe Wirtschaftsgeschichte des Altertums, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Günther, Renate, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Handke, Horst, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Harnisch, Hartmut, Dr. phil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Lehmann, Hermann, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bereich Soziologie, Zentralinstitut für Philosophie, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Mehls, Hartmut, Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Wissenschaftsbereich Geschichte der DDR, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Meyer, Günther, Dr., Abteilungsleiter, Berliner Stadtbibliothek.
- Müller, Hans-Heinrich, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Njamasch, Marlene, Dr. phil., Wissenschaftliche Assistentin, Bereich Alte Geschichte, Sektion Geschichte, Humboldt-Universität zu Berlin.

Pade, Werner, Dr., Sektion Lateinamerikawissenschaften, Universität  
Rostock.

Schulze, Monika, Wissenschaftliche Aspirantin, Akademie für Gesell-  
schaftswissenschaften beim ZK der KPdSU, Moskau, UdSSR.

Stauder, Fritz, Prof. Dr. sc. phil., Direktor der Sektion Geschichte, Päd-  
agogische Hochschule Leipzig.

Strenz, Wilfried, Dr. phil., Abteilungsleiter, Institut für Wirtschaftsge-  
schichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

## СОДЕРЖАНИЕ

- Моника Шульце, Положение рабочих и классовая борьба на капиталистических предприятиях Советского Союза в период Новой Экономической Политики
- Хартмут Мелс, Обмен опытом народного предприятия "Elektrokohle Berlin-Lichtenberg" с советскими предприятиями партнерами с 1956 по 1960 год
- Курен Кучинский, Общий кризис капитализма и октябрьская революция
- Вернер Паде, Торговые связи германского империализма с Аргентиной /с 1918 по 1933 год/
- Гюнтер Майер, Немецкий капитал в нидерландской Индии перед первой империалистической войной
- Хорст Хандке, Некоторые исследования Августа Бебеля к вопросу положения рабочего класса в восьмидесятых годах и в начале девятых годах 19-ого столетия
- Фритц Штауде, Позиция Клары Цеткин в вопросе о роли женского профессионального труда
- Хартмут Харниш, Аграрно-политические реформы прусского государственного руководства в десятилетие до 1806/1807 года
- Зигфрид Эпперляйн, К вопросу роли торговцев и торговли в средневековых русских городах. Результаты исследований и проблемы истории русских городов с 10-ого по 15-ое столетие /2/
- М. А. Дандамаев, К вопросу рабства в Нововавилонской Империи: Гимиллу, раб храма Инанны в Уруке /6-ое столетие д. н. э./
- Хаген Фишер, Связи между Римской Империей и народами степной полосы севернее Чёрного моря
- Ханс-Хайнрих Мюллер, Экономическая история и искусство
- Курен Кучинский, Ценная работа - к сожалению с добавкой философии
- Херманн Леманн, К исследованию классовой структуры в буржуазной классической политической экономии
- Рenate Гюнтер, Картина в истории предприятий /с 11 по 13 ноября 1976 г. в Берлине/
- Вильфрид Стренц, Историческая география на XXIII международном конгрессе географов /с 27 июля по 3 августа 1976 года в Москве/
- Зигфрид Диллвитц, Крестьянское хозяйство и помещичье производство во время перехода от феодализма к капитализму /с 15 по 17 сентября 1976 года в Росточе/
- Вольфрам Брандес/Марлене Няммаш, Формирование феодализма в Византии /с 15 по 18 декабря 1976 года в Шверине/
- Рenate Гюнтер, Работы высших школ по экономической истории

- Monika Schulze, The situation of the workers and the class struggle in capitalist undertakings in the Soviet Union during the period of the New Economic Policy
- Hartmut Mehls, The significance of the exchange of experiences with Soviet partner works for development of the VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg 1956 - 1960
- Jürgen Kuczynski, The general crisis of capitalism and the Octoberrevolution
- Werner Pade, Trade relations of German Imperialism with Argentina (1918 to 1933)
- Günther Meyer, German capital in the Dutch Indies before world war I
- Horst Handke, Investigations of August Bebel on the situation of the working class (in the eighties and at the beginning of the nineties of the 19th century)
- Fritz Staude, Clara Zetkin's points of view on the role of womens' vocational activity
- Hartmut Harnisch, The measures of agrarian-political reform by the Prussian state leadership in the decade before 1806/07
- Siegfried Epperlein, On the role of merchants and trade in the medieval Russian town. Results of research and problems of the history of the Russian town from 10 th to 15 th century (II)
- M. A. Dandamaev, On the slavery in the Neo-Babylonian Empire: Gimillu, a temple-slave of Eanna in Uruk (6 th century A. C.)
- Hagen Fischer, Relations between the Roman Empire and the peoples of the steppe zone north of the Black Sea
- Hans-Heinrich Müller, Economic history and art
- Jürgen Kuczynski, A valuable work - unfortunately with an extra of philosophy
- Hermann Lehmann, On the consideration of the class structure in the classical Political economy of the bourgeoisie
- Renate Günther, The picture in works history (Nov. 11 th to 13 th, 1976, in Berlin)
- Wilfried Strenz, Historical Geography on the XXIII th International congress of Geographers (July 27 th to August 3 rd, 1976, in Moscow)
- Sigrid Dillwitz, Peasant and manor farms during the transition from feudalism to capitalism (Sept. 15 th to 17 th, 1976, in Rostock)
- Wolfram Brandes / Marlene Njammasch, The genesis of feudalism in Byzantium (Dec. 15 th to 18 th, 1976, in Schwerin)
- University publications on Economic History (Renate Günther)

- Monika Schulze, La situation des ouvriers et la lutte des classes dans les entreprises capitalistes de l' U. R. S. S. pendant la période de la Nouvelle Politique Economique
- Hartmut Mehls, L'échange d'expériences des usines nationalisées Elektrokohle Berlin-Lichtenberg avec des usines partenaires Soviétiques de 1956 à 1960
- Jürgen Kuczynski, La crise générale du capitalisme et la révolution d' octobre
- Werner Pade, Les rapports commerciaux de l' impérialisme allemand avec l' Argentine (1918 - 1933)
- Günther Meyer, Le capital allemand sur les Indes néerlandaises avant la 1<sup>ere</sup> Guerre Mondiale impérialiste
- Horst Handke, Recherches faites par August Bebel sur la situation de la classe ouvrière dans les quatre-vingt et au commencement des quatre-vingt-dix ans du 19<sup>e</sup> siècle
- Fritz Staude, Les positions de Clara Zetkin au sujet du rôle du travail professionnel des femmes
- Hartmut Harnisch, Les mesures de réforme agricoles prises par les dirigeants de l' Etat prussien dans la décennie avant 1806/07
- Siegfried Epperlein, Remarques sur le rôle des marchands et du commerce dans les villes russes au Moyen Age. Résultats de recherches et problèmes concernant l' histoire de la ville russe du 10<sup>e</sup> à 15<sup>e</sup> siècles (II)
- M. A. Dandamaev, Quelques mots sur l' esclavage dans la Nouvelle Babylonie: Gimillu, un exclave du temple Eanna dans l' Uruk (6<sup>e</sup> siècle avant l' ère chrétienne)
- Hagen Fischer, Observations sur les rapports entre l' Empire Romain et les peuples de la ceinture de steppes au nord de la mer Noire
- Hans-Heinrich Müller, L' histoire économique et l' art
- Jürgen Kuczynski, Un travail de valeur - malheureusement avec un coup de philosophie dedans
- Hermann Lehmann, Quelques remarques à faire quand l' on considère la structure des classes dans l' économie politique classique de la bourgeoisie
- Renate Günther, L' image dans l' histoire des entreprises (du 11 au 13 novembre 1976 à Berlin)
- Wilfried Strenz, La géographie historique au XIII<sup>e</sup> congrès International des géographes (du 27 Juillet au 3 août 1976 à Moscou)
- Sigrid Dillwitz, Economie rustique et exploitation agricole pendant la transitions de la féodalité au capitalisme (du 15 au 17 septembre 1976 à Rostock)
- Wolfram Brandes / Marlene Njammasch, Le développement de la féodalité à Byzance (du 15 au 18 décembre à Schwerin)
- Traité universitaires sur l' histoire économique (Renate Günther)



## SUMARIO

- Monika Schulze, La situación de los obreros y la lucha de clases en las empresas capitalistas de la Unión Soviética durante el período de la Política Económica Nueva
- Hartmut Mehls, El intercambio de experiencias de la empresa nacionalizada "Elektrokohle" ("Carbón Eléctrico") con empresas-interlocutores soviéticas desde 1956 hasta 1960
- Jürgen Kuczynski, La crisis general del capitalismo y la Revolución de Octubre
- Werner Pade, Las relaciones comerciales del imperialismo alemán con la Argentina (desde 1918 hasta 1933)
- Günther Meyer, El capital alemán en la India neerlandés antes de la primera Guerra Mundial imperialista
- Horst Handke, Investigaciones de August Bebel sobre la situación de la clase trabajador (los años ochenta y los principios de los años noventa del siglo XIX)
- Fritz Staude, Las posiciones de Clara Zetkin acerca del papel del trabajo profesional de las mujeres
- Hartmut Harnisch, Las medidas reformistas agrario-políticas de la dirección del Estado prusiano durante el decenio antes de 1806/07
- Siegfried Epperlein, Acerca del papel de los comerciantes y del comercio en la ciudad medieval rusa. Resultados de investigaciones y problemas en relación con la historia de la ciudad rusa desde el siglo X hasta el siglo XV (II)
- M. A. Dandamaev, Acerca de la esclavitud en el Imperio Babilónico Nuevo: Gimmillu - un esclavo de templo de Fanna en Uruc (siglo VI antes de nuestra época)
- Hagen Fischer, Acerca de las relaciones entre el Imperio Romano y los pueblos de la cintura de estepa al norte del Mar Negro
- Hans-Heinrich Müller, La historia económica y el arte
- Jürgen Kuczynski, Un tratado valioso - desgraciadamente incluyendo una mezcla de filosofía
- Herrmann Lehmann, Acerca de la reflexión de la estructura de clases en la economía política clásica de la burguesía
- Renate Günther, La imagen en la historia de empresas (desde el 11 hasta el 13 de noviembre en Berlín)
- Wilfried Strenz, La geografía histórica en el Congreso internacional de los Geógrafos no XXIII (desde el 27 de julio hasta el 3 de agosto de 1976 en Moscú)
- Sigrid Dillwitz, El cortijo y la hacienda durante la transición del feudalismo al capitalismo (desde el 15 hasta el 17 de septiembre de 1976 en Rostock)
- Wolfram Brandes / Marlene Njammasch, La formación del feudalismo en Bizancio (desde el 15 hasta al 18 de diciembre de 1976 en Schwerin)
- Tratados universitarios acerca de la historia económica (Renate Günther)

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

Helga Kanzig

Die Anwendung sowjetischer Erfahrungen und die Zusammenarbeit mit der UdSSR beim Aufbau des Sozialismus in der DDR

Frank Hoffmann/Michael Laschke

Einige Fragen der Erforschung der sozialistischen Industrialisierung

Wolfgang Weißleder

Die Gründung der Deutschen Wirtschaftskommission: Zentrale Staatsorgane der antifaschistisch-demokratischen Ordnung auf dem Weg zum Zweijahrplan

Hartmut Harnisch

Die Bedeutung der kapitalistischen Agrarreform für die Herausbildung des inneren Marktes und die Industrielle Revolution in den östlichen Provinzen Preußens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Ralph Sonnemann/Hans-Reinhard Meißner

Einige rechtshistorische Aspekte der Industriellen Revolution

Karl Lärmer

Zur Einführung der Dampfkraft in die Berliner Wirtschaft in der ersten Phase der Industriellen Revolution (vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Jahre 1830)

Bogdan Wachowiak

Die Entwicklung der Landwirtschaft Hinterpommerns in den Reiseberichten des Regierungsrates Haese aus den Jahren 1835 und 1837

Marguerite Kuczynski

Turgot zur kolonialen Frage

Werner Mägdefrau/Erika Langer

Thüringisch-hansische Wirtschafts- und Bündnisbeziehungen im Mittelalter. Von der Kölner Konföderation (1367) bis zum Austritt des Thüringer Dreistädtebundes aus dem Goslarer Bund (1432)

Burkhard Malich

Handwerk und Handwerksvereinigungen in Byzanz im Übergang zum Feudalismus

Leoš Jeleček/František Dudek

Komplexe Analyse der Industriellen Revolution

Jürgen Kuczynski

Ein Handbuch mit Schubladen

Traute Scholz

Meißen - betriebsgeschichtliche Anregungen durch eine Festschrift

Siegfried Epperlein

Zur Stellung der mittelalterlichen Stadt in der Feudalgesellschaft. Forschungsergebnisse und Probleme zur Geschichte der russischen Stadt vom 10. bis 15. Jahrhundert (III)

Renate Günther

Volksmassen und Fortschritt in der Geschichte (Tagung vom 20. bis 22. April 1977 in Frankfurt/Oder)

Heinz Brauser

Bilder für die Betriebsgeschichte

Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik (12. Fortsetzung)

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR, 11. Lieferung

Anneliese Braun

# Arbeitsproduktivität und Effektivität

## Zur volkswirtschaftlichen Effektivität der Substitution lebendiger Arbeit durch Fonds

(Schriften des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften,  
Band 15)

1976. 276 Seiten — 21 Abbildungen — 26 Tabellen — 8° — 19,— M  
Bestell-Nr. 753 000 9 (2158/15)

Die Substitution lebendiger Arbeit durch Fonds ist ein wesentlicher Faktor der Erhöhung des Nationaleinkommens. Die Autorin unterbreitet Vorschläge zur Messung der Effektivität dieser Substitutionsprozesse und zeigt Konsequenzen möglicher Entwicklungen auf. Die Arbeit enthält eine Fülle theoretischer Überlegungen und empirischen Materials.

*Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten*



AKADEMIE-VERLAG  
DDR-108 Berlin, Leipziger Str. 3—4

# **Gesetzmäßigkeiten der intensiv erweiterten Reproduktion bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft**

## **Teil I und II**

Herausgegeben von Wolfgang Heinrichs und Harry Maier

(Schriften des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften,  
Band 13/I–II)

1976. 970 Seiten — 12 Abbildungen — 99 Tabellen — 8° — 30,— M

Bestell-Nr. 752 826 7 (2158/13/I–II)

Die Autoren geben auf der Grundlage des neuesten Standes wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse eine umfassende Darstellung der intensiv erweiterten Reproduktion im entwickelten Sozialismus. Entsprechend dem Stand der ökonomischen Forschung und den Erfordernissen unserer Volkswirtschaft werden in dieser Arbeit Möglichkeiten untersucht, Faktoren, die nicht unmittelbar oder nur teilweise Bestandteil des Reproduktionsprozesses sind, für die Intensivierung desselben zu nutzen.

*Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten*



AKADEMIE-VERLAG  
DDR-108 Berlin, Leipziger Str. 3—4